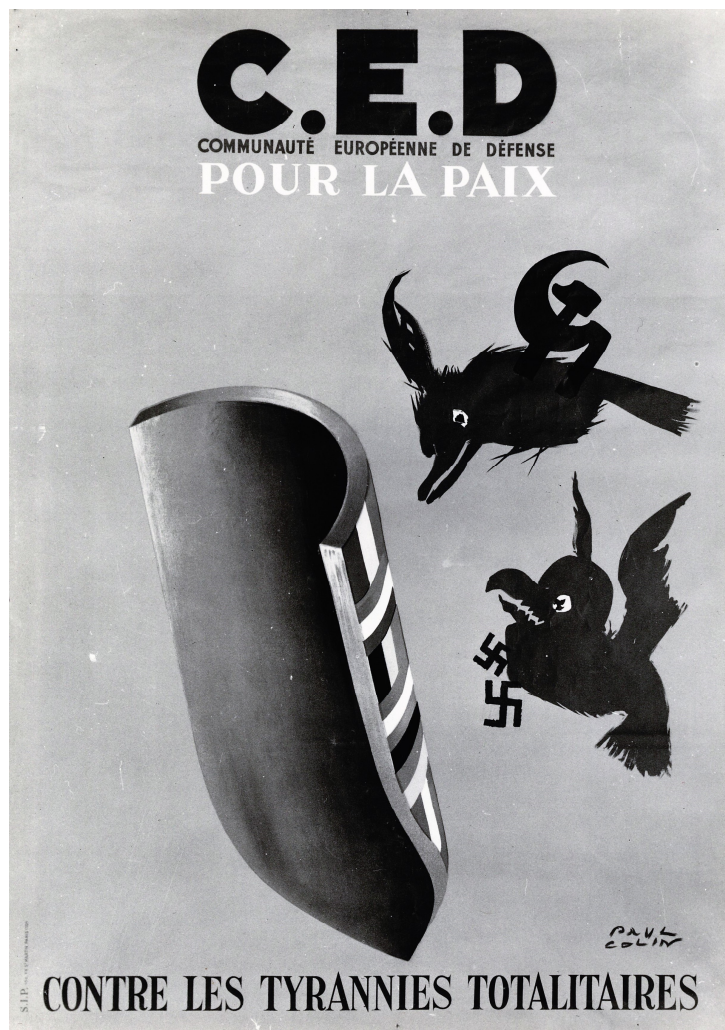


Mit und gegen Deutschland
Das „deutsche Problem“ als Motiv der
westeuropäischen Einigungsdiskussion
1945–1954



Dissertation zur Erlangung des Grades des
Doktors der Philosophie
an der Fakultät Geisteswissenschaften der Universität Hamburg
im Promotionsfach Mittlere und Neuere Geschichte
vorgelegt von Mathias Schütz
Hamburg, 2017

Erstgutachterin:	Prof. Dr. Gabriele Clemens (Universität Hamburg)
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Wolf D. Gruner (Universität Rostock)
Tag der mündlichen Prüfung:	5. September 2016

Inhaltsverzeichnis

„Deutsche Frage“? „Deutsches Problem“!	
Begriffliche Vorbemerkungen	4
1 Das „deutsche Problem“ als europäische Erfahrung	15
1.1 Thema und Untersuchungsgegenstand	15
<i>Von Henry Morgenthau zu Jean Monnet</i>	15
<i>Foren der europäischen Einigungsdiskussion</i>	20
1.2 Theoretische Überlegungen und Vorgehensweise	26
<i>Deutsche Vergangenheit, europäische Zukunft: Perception und Integration</i>	26
<i>Quellen und Aufbau der Darstellung</i>	31
2 Transnationale Erfahrung – europäisches Gedächtnis?	37
<i>Kriegserfahrung und Problemstellung</i>	38
<i>Westeuropäisches (Un-)Bewusstsein</i>	45
3 Das „deutsche Problem“ als Ausgangspunkt der Einigungsdiskussion 1945–1949	54
3.1 Die Deutschlandkommission der <i>Union Européenne des Fédéralistes</i>	56
<i>Föderalistische Motive gegenüber Deutschland</i>	56
<i>Erziehung der Erzieher</i>	61
3.2 Die Deutschlandkonferenz der <i>Nouvelles Equipes Internationales</i>	67
<i>Katholische Selbstvergewisserung</i>	67
<i>Über Deutschland nach Europa</i>	72
3.3 Heilsames Vergessen? Das <i>Mouvement Européen</i>	80
<i>Winston Churchill und die europäische Bewegung</i>	80
<i>Der Haager Kongress und die Deutschlandkommission des Mouvement Européen</i>	86
3.4 Ein „dilatorischer Formelkompromiss“: Der Brüsseler Pakt und die Gründung des Europarats	93
<i>Ohne Deutschland? Der Brüsseler Pakt und die europäische Einigung</i>	93
<i>Mit Deutschland! Die Gründung des Europarats</i>	100

4	„Deutsches Erwachen“? Die europäische Einigungsdiskussion und die Gründung der Bundesrepublik	107
4.1	Die Verschärfung des „deutschen Problems“ 1948/49	108
	<i>Versobene Bedrohung: Die Berlinkrise als „deutsches Problem“</i>	108
	<i>Nabe Gegenpole: Die UEF, der Brüsseler Pakt und die westdeutsche Staatsgründung</i>	112
4.2	Doppeltes Deutschland	118
	<i>Europäische Ambivalenzen</i>	118
	<i>„Besondere Umstände“: Die Bundesrepublik, der Europarat und die Menschenrechte</i>	124
5	„Eisen und Blut“. Das „deutsche Problem“ in der Integrationsphase 1950–1954	133
5.1	Deutsche Wirtschaft: Problem und Lösung für Europa	134
	<i>„Die Ruhr beherrscht Europa“</i>	134
	<i>Primat des Politischen. Der Schuman-Plan im Europarat</i>	139
	<i>Das deutsche Wirtschaftspotential in der europäischen Kalkulation</i>	145
5.2	Deutsches Militär: Chance und Krise Europas	153
	<i>Deutsche Wiederbewaffnung ohne deutsche Armee</i>	153
	<i>Der Plevan-Plan zwischen Militarismus und Neutralismus</i>	158
	<i>(K)eine europäische Lösung: Das „deutsche Problem“ in der EVG-Debatte</i>	165
5.3	Deutsche Souveränität: Europäisches Dilemma	172
	<i>Die politische Gemeinschaft als Rettungsanker</i>	172
	<i>Die EPG: Teil der Lösung oder Teil des Problems?</i>	179
6	Erneuter Aktionismus: Die Initiativen der Einigungsverbände 1951/52	185
	<i>Die EVG und die Verschärfung des „deutschen Problems“</i>	186
	<i>Rückkehr der Geschichte: Die Deutschlandkonferenz des ME</i>	192
	<i>Die UEF und der Verband deutscher Soldaten</i>	200
7	Deutschland als strukturelles Problem zwischen Ost und West	208
7.1	Deutsches Land	209
	<i>Deutsche oder europäische Einheit?</i>	209
	<i>„Germanisches Land“ als europäisches Territorium: Der Saarkonflikt</i>	217

7.2	Deutsches Volk	224
	<i>Keine Orientierung: Die deutsche Jugend</i>	224
	<i>Falsche Orientierung: Die deutschen Flüchtlinge</i>	230
7.3	Deutscher Charakter	238
	<i>Freiheit oder Nation?</i>	238
	<i>Nation als Befreiung?</i>	245
8	Das „deutsche Problem“ als Motiv der europäischen Einigung	253
8.1	Ein deutsch-europäisches Problem	254
	<i>Catastrophic Europeanism. Zur rhetorischen Konstruktion einer Schicksalsgemeinschaft</i>	254
	<i>Lernen aus der Geschichte</i>	259
8.2	Eine europäisch-deutsche Lösung?	264
	<i>Die europäische Einigung als mission civilisatrice</i>	264
	<i>„Ein Glück, dass wir ihn haben“. Konrad Adenauer als europäischer Hoffnungsträger</i>	270
9	Schlussbetrachtung	277
	Abkürzungsverzeichnis	284
	Quellen- und Literaturverzeichnis	286
	Kurzfassung/Summary	316
	Shout-outs	320
	Lebenslauf	321

„Deutsche Frage“? „Deutsches Problem“! Begriffliche Vorbemerkungen

Am 15. März 2013 veröffentlichte der italienische Philosoph Giorgio Agamben in der Zeitung *La Repubblica* einen Aufsatz, in dem er Frankreich, Italien und Spanien dazu aufforderte, sich zu einem „lateinischen Reich“ zusammenzuschließen. Diese Staatenunion sollte ein Gegengewicht zum als hegemonial verstandenen Deutschland in Europa bilden. Denn Agamben führte die Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU auf kulturelle und somit schier unüberbrückbare Gegensätze zwischen den katholischen Mittelmeerländern und dem protestantischen Norden unter der Führung Deutschlands zurück.¹ Am selben Tag erschien die Ausgabe der linken britischen Wochenzeitung *New Statesman* unter dem Titel „The German problem. From Bismarck to Merkel: Why Europe will always fear Berlin“. Der an der Universität Cambridge lehrende Historiker Brendan Simms verfolgte in seinem Beitrag dieses „deutsche Problem“ als ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen Deutschland und dem restlichen Kontinent bis in die frühe Neuzeit zurück. Deutschland sei in seiner historischen Entwicklung, vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation bis zum nationalsozialistischen „Dritten Reich“, stets entweder zu schwach oder zu stark für das restliche Europa gewesen und habe deswegen als Schlachtfeld der anderen Mächte gedient oder den Kontinent zu seinem Schlachtfeld gemacht. Die wiedervereinigte Bundesrepublik als dominierender, aber vor der eigenen Dominanz zurückschreckender Faktor des geeinten Europas sei nun dabei, den Kontinent erneut zu destabilisieren.²

Von der Symbolik des erst vier Monate zuvor an die EU verliehenen Friedensnobelpreises war bei dem italienischen Philosophen wie bei der britischen Zeitschrift nichts mehr zu vernehmen, stattdessen beschrieben sie das geeinte Europa als erneut ins gemeinschaftliche Unglück steuernden, weil vom deutschen Wohl und Wehen abhängigen Kontinent. Die Finanz- und Schuldenkrise hat in Europa die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg aufs Neue entfacht und scheint der materiellen Dimension von Erinnerung, dem Zusammenhang von unbewältigter Vergangenheit und ungeklärter Restitution in Europa zu entsprechen.³ Nicht nur die Diskussion über Reparationen für die Ausbeutungspolitik während der deutschen Besatzungsherrschaft in Griechenland, die im Sommer 2015 die euro-

¹ AGAMBEN: Se un impero latino prendesse forma nel cuore d'Europa.

² NEW STATESMAN: The German problem. Brendan Simms hat seine These auch in monographischer Form zu belegen versucht; SIMMS: Kampf um Vorherrschaft.

³ DINER: Restitution and Memory, S. 39f.

päische Öffentlichkeit beschäftigte, ist Ausdruck dieses Zusammenhangs.⁴ Dass gerade auf Demonstrationen gegen die Austeritätspolitik der EU in Italien und Griechenland die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel häufig als Nazi karikiert wurde, dürfte auch auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass in diesen beiden Ländern seit bald zwei Jahrzehnten versucht wird, die Bundesrepublik Deutschland gerichtlich zu Entschädigungszahlungen für während des Zweiten Weltkriegs verübte Massaker an der Zivilbevölkerung zu verpflichten – eine Verpflichtung, die von der Bundesregierung mit Hinweis auf die völkerrechtliche Staatsimmunität unbeirrt zurückgewiesen wird.⁵

Die Infragestellung einer von Deutschland angeführten EU im Zuge der Finanzkrise, und mittlerweile verstärkt durch die Flüchtlingskrise, zielt auf ihre Grundlagen. Die Frage, ob das der Union zugrundeliegende Konzept – oder was darunter verstanden wird – gültig und wirksam ist, bezieht sich deswegen nicht nur auf das Verhältnis von Mitgliedsstaaten und europäischen Institutionen, auf den gemeinsamen Markt, gemeinsame Währung oder die demokratische Legitimität. Die Infragestellung ist insofern fundamental, als sie die Anfänge der europäischen Einigung, die ursprünglichen Motive und Pläne in den Blick nehmen muss – nicht nur den gegenwärtigen Zustand oder die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft, sondern deren historische Ausgangssituation: das Jahr 1945, den Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus und das Problem einer angemessenen Behandlung des besiegten Deutschlands. Die Infragestellung der EU als politische Gemeinschaft ist deshalb gleichbedeutend mit der Infragestellung einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft. Jenes „peculiar kind of monument to the Second World War“⁶, als welches das europäische Projekt mitunter auch in der Wissenschaft gewürdigt wird, muss in seinen Grundfesten erschüttert, die EU ihrer historischen Legitimität beraubt werden, wenn sie als politische Realität verschwinden soll. Deswegen postulieren sowohl Giorgio Agamben als auch der *New Statesman* eine deutsch-europäische Inkompatibilität die als strukturell zu verstehen ist, also in ihrer *longue durée* stets nur kurzzeitig und oberflächlich aufgehoben werden konnte und nun, in der Finanzkrise, zwangsläufig wieder hervorbricht. Und deswegen beziehen sich beide, Agamben konzeptionell und der *New Statesman* begrifflich, auf eine Diskussion, die im spezifischen historischen Kontext der unmittelbaren Nachkriegszeit und den Anfängen europäischer Einigungspolitik geführt wurde.

⁴ Bereits im Jahr 2010 war die griechische Staatsverschuldung mit der Ausbeutung durch die nationalsozialistischen Besatzer in Verbindung gebracht worden, wenn auch durch den historisch falschen Vorwurf eines Raubs der griechischen Goldreserven; BAUERKÄMPER: Das umstrittene Gedächtnis, S. 11.

⁵ BOTHE: Remedies of Victims, S. 100f.

⁶ MÜLLER: On ‘European Memory’, S. 30.

So ist die Idee einer lateinischen Union, wie Agamben auch eingesteht, nicht von ihm selbst entwickelt worden. Sie basiert auf einem Memorandum, welches der französisch-russische Philosoph Alexandre Kojève kurz nach der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reichs“ an Charles de Gaulle, den Präsidenten der Provisorischen Regierung Frankreichs, sandte. In diesem Memorandum plädierte Kojève für ein lateinisches Reich unter französischer Führung als einzige wirksame Maßnahme zur Verhinderung einer erneuten deutschen Hegemonie.⁷ Das lateinische Mittelmeerdenken war schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine intellektuelle Modeerscheinung gewesen, doch erst in Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besetzung fast ganz Europas wurde es von Kojève als politisches Konzept ausformuliert.⁸ Bekanntlich griff die französische Regierung Kojèves mediterrane Einigungsidee nicht auf. Stattdessen entwickelte sich Frankreich zum Vorreiter eines anderen, kontinentalen Integrationskonzepts der Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität durch gemeinschaftliche Institutionen, dessen ideengeschichtliche Ausläufer ebenfalls in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückreichen, dessen politische Wirkungsmacht aber erst durch die europäische Kriegs- und Besatzungserfahrung entfaltet wurde. Denn der Kriegsverlauf hatte aufgezeigt, wie wenig die kontinentaleuropäischen Staaten und sogar die französische *Grande Nation* gegen die deutsche Wehrmacht hatten ausrichten können. Kojèves Projekt eines lateinischen Reichs genauso wie die letztlich realisierte, kontinentale Integrationspolitik reflektierten dieselbe traumatische Erfahrung der eigenen Schutzlosigkeit vor Deutschland, die auf einen in der Nachkriegszeit weit verbreiteten Begriff gebracht wurde: Das „deutsche Problem“.

Während Giorgio Agamben seine Kritik an der EU konzeptionell mit den Diskussionen der Nachkriegszeit – oder eher: mit einem ihrer obskuren und nicht weiter verfolgten Aspekte – verknüpfte, sind diese Diskussionen beim *New Statesman* begrifflich präsent, indem das Verhältnis Europas zu Deutschland als „deutsches Problem“ charakterisiert wird. Vielleicht ist es auf die relative Distanz Großbritanniens zur europäischen Integration und dadurch zur europäischen Erinnerungsgemeinschaft, auf die jüngst von Richard Evans betonte, europäische Sonderstellung der Briten zurückzuführen, die immer noch „unfinished business with the history of Germany“⁹ haben, dass der Begriff auf die Titelseite des *New Statesman* gelangte. Denn dieser Begriff ist in der Historiographie der europäischen Integration kaum anzutreffen, obwohl er in den Diskussionen der Nachkriegszeit und den

⁷ KOJÈVE: Das lateinische Reich. Charles de Gaulle hatte schon 1932 solch eine von Frankreich angeführte, lateinische Union zum Ausgangspunkt seiner weltpolitischen Vorstellungen gemacht, nach 1945 spielten sie hingegen keine Rolle mehr; LOTH: Charles de Gaulle, S. 124f.

⁸ RADISCH: Camus, S. 87f.

⁹ EVANS: A new Vision of Germany, S. 43.

Anfängen europäischer Einigungspolitik permanent benutzt wurde um die zentrale Herausforderung dieser Jahre auf den Punkt zu bringen: die Verhinderung der Rückkehr Deutschlands zu einer hegemonialen, expansiven und kriegerischen Politik in Europa. Die Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ begann, sobald der Sieg der Alliierten über das „Dritte Reich“ absehbar wurde, insbesondere von Seiten Intellektueller und Politiker, deren Leben aufgrund der Geschichte des Deutschen Reichs aus den Bahnen geworfen worden war und die nun versuchten, seine Entwicklung hin zum Nationalsozialismus zu erklären und politische Pläne für eine angemessene Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland zu umreißen.

Wie dem langjährigen amerikanischen Korrespondent im „Dritten Reich“, William L. Shirer, stellte sich zahlreichen Zeitgenossen mit der bedingungslosen Kapitulation die Frage: „Haben Niederlage und Zusammenbruch nun das deutsche Problem gelöst – wenigstens für den Rest unserer Lebenszeit?“¹⁰ Der Journalist Kurt Richard Grossmann, der als Generalsekretär der *Deutschen Liga für Menschenrechte* 1933 aus Deutschland geflohen war, veröffentlichte schon 1943 in den USA eine Broschüre über *Peace and the German Problem*.¹¹ Ein Jahr später legte Georges Weill, ein ehemaliger lothringischer SPD-Abgeordneter des Deutschen Reichstags, der sich 1914 in den Dienst der französischen Armee gestellt und die französische Staatsangehörigkeit angenommen hatte, in Algier seinen Erklärungsversuch und Lösungsvorschlag des „deutschen Problems“ vor; und auch der im schwedischen Exil lebende Sozialist und spätere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt schrieb 1944 seine Gedanken zu diesem Thema nieder.¹² 1945 folgten eine Broschüre des vor der deutschen Okkupation nach London geflohenen Widerstandskämpfers und Vorsitzenden der dänischen konservativen Partei John Christmas Møller, ein Artikel der im amerikanischen Exil lebenden Philosophin Hannah Arendt in der Zeitschrift *Partisan Review* sowie eine Broschüre des ebenfalls vor dem Nationalsozialismus geflohenen und mittlerweile in Genf lehrenden Wirtschaftsprofessors Wilhelm Röpke.¹³ André François-Poncet, Botschafter Frankreichs in Deutschland von 1933 bis 1938 sowie ab 1949 Alliiertes Hoher Kommissar in der Bundesrepublik, verfasste 1947 seine Sicht auf „das deutsche Problem der Gegenwart“.¹⁴

¹⁰ SHIRER: Berliner Tagebuch, S. 8.

¹¹ GROSSMANN: *Peace and the German Problem*.

¹² WEILL: *Le problème allemand*; BRANDT: *Das deutsche Problem*.

¹³ MØLLER: *The German Problem*; ARENDT: *Das »Deutsche Problem«*; RÖPKE: *Le problème allemand*. Ebenfalls 1945 veröffentlichte auch der ehemalige amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau seinen Plan einer Zerstückelung und Deindustrialisierung Deutschlands als Buch mit dem Titel *Germany is our Problem*; vgl. hierzu Kap. 1.1.

¹⁴ FRANÇOIS-PONCET: *Von Versailles nach Potsdam*. Das Buch erschien 1949 in deutscher Übersetzung, wurde aber 1947 geschrieben; vgl. ebd., S. 262.

Was diese Broschüren und Bücher so unterschiedlicher Persönlichkeiten wie Arendt, Röpke und François-Poncet miteinander verband, war die Frage, welches Ausmaß deutscher Selbstbestimmung zukünftig mit der Selbstbestimmung, der Freiheit und Sicherheit seiner Nachbarn, kurz: mit Frieden und Stabilität in Europa verträglich sein würde. Diese Frage beschäftigte die politischen Debatten in Europa bis 1954/55, als die Bundesrepublik der NATO und die DDR dem Warschauer Pakt beitraten. Damit waren die Teilung Deutschlands und die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die rivalisierenden Bündnissysteme vorerst abgeschlossen. Wie im Westen bestand auch im Osten ein tiefes Misstrauen, sowohl unter den östlichen Nachbarn als auch unter den während des Nationalsozialismus verfolgten deutschen Kommunisten, gegenüber den Deutschen fort; und wie die Bundesrepublik der NATO trat die DDR dem Warschauer Pakt nicht als vollkommen gleichberechtigtes Mitglied bei.¹⁵ Aus westlicher, zuvorderst westeuropäischer Perspektive existierte das „deutsche Problem“ vom Inkrafttreten der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs am 8. Mai 1945 bis zur Unterzeichnung der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954.¹⁶ Diese integrative Lösung des „deutschen Problems“ verstetigte gleichzeitig einen seiner Aspekte, nämlich die „deutsche Frage“, die erst mit dem Abschluss des Friedensvertrags zwischen den vier Alliierten und den beiden deutschen Staaten – dem Zwei-plus-vier-Vertrag vom 12. September 1990 – in Gestalt eines wiedervereinigten, souveränen Deutschlands in allseitig anerkannten Grenzen beantwortet wurde.

Diese mit der Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation 1806 aufgeworfene und bis 1990 offenbleibende „deutsche Frage“, die nationale Frage nach der Gestalt und den Grenzen Deutschlands in Europa,¹⁷ hat die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem „deutschen Problem“ vollkommen überlagert, vor allem in der deutschen Geschichtsschreibung der europäischen Integration. Dabei ist ein Verständnis der Differenzen zwischen „deutschem Problem“ und „deutscher Frage“ durchaus vorhanden. So unterscheidet Wilfried Loth, einer der wichtigsten deutschen Historiker auf den Gebieten der europäischen Integration und des Kalten Kriegs, die „umfassendere historische Dimension der deutschen Frage“ vom „Ausmaß der Niederlage von 1945“, der „Verantwortung der Deutschen für diese Niederlage“ und der „Relevanz, die das deutsche Problem, unabhängig von Ost-West-Konflikt, auch danach noch für die Siegermächte und die euro-

¹⁵ Zu den östlichen Nachbarn der DDR, den deutschen Kommunisten und dem Warschauer Pakt vgl. HERF: *Zweierlei Erinnerung*, S. 42f., S. 49–51; WEBER: *Timor Teutonorum*, S. 86; WETTIG: *Vorgeschichte und Gründung*, S. 173.

¹⁶ Die gelegentliche Anwendung des Begriffs auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ist insofern irreführend, als hier das „deutsche Problem“ als Quellenbegriff nicht auftaucht; etwa bei INGRAM: *La Ligue des droits de l'homme*, S. 119; SPÄTER: *Vansittart*, S. 21.

¹⁷ LOTH: *Die deutsche Frage als europäisches Problem*, S. 3.

päischen Nachbarn hatte.“¹⁸ Das „deutsche Problem“ prägte die Jahre 1945 bis 1954, die Suche nach einer Nachkriegsordnung und die Anfänge der europäischen Einigung; die „deutsche Frage“ mit ihren widerstreitenden klein- und großdeutschen Konzepten des deutschen Staats und der deutschen Nation überschneidet sich nur kurzzeitig mit dem „deutschen Problem“ und stellte in dieser Periode auch nur einen der zahlreichen Aspekte dar, die für die Lösung des „deutschen Problems“ berücksichtigt werden mussten.

Trotz dieser Unterscheidung spricht Wilfried Loth im Kontext der europäischen Integration stets von der „deutschen Frage“, die neben der Entwicklung der Produktivkräfte, der europäischen Selbstbehauptung und der Friedenssicherung als eine von vier Antriebskräften europäischer Einigungsbemühungen herausgestellt und gleichsam als „besonderer Aspekt“ unter der Friedenssicherung subsumiert wird.¹⁹ Wolf D. Gruner, der sich als einer der wenigen Historiker systematisch mit der Bedeutung Deutschlands für die Anfänge der europäischen Integration befasst hat, versteht die beiden Begriffe als synonym: „Die deutsche Frage war nie *allein* eine Frage der Deutschen, sondern eine europäische“, weil sie

historisch betrachtet, von zahlreichen Einflußgrößen wie Bevölkerungspotential, Geographie, Wirtschafts- und Machtpotential, Deutschlandbild und Organisationsform deutscher Staatlichkeit sowie von Sicherheitsüberlegungen als Ergebnis eines Bedrohungs- und Einkreisungssyndroms beeinflusst [war].²⁰

Gleichzeitig konstatiert Gruner, dass sich dieser Komplex aus deutscher und europäischer Perspektive je unterschiedlich darstellte, und vermerkt bezüglich des verbreiteten und auch von ihm selbst gewählten Begriffs der „deutschen Frage“: „Die Nachbarn dagegen sprechen vom ‚deutschen Problem‘. Bei der Begrifflichkeit wird auch die unterschiedliche Akzentuierung und Qualität der deutschen Frage bei den Deutschen und ihren Nachbarn deutlich.“²¹

Dieser begriffliche Niederschlag unterschiedlicher Perspektiven lässt sich durchaus empirisch nachverfolgen. So bestätigte der Historiker Dan Diner im März 2016 die schon von Giorgio Agamben und dem *New Statesman* ausgemachte, wiederkehrende deutsch-europäische Problematik, sprach von einer „Rückkehr der deutschen Frage“ und stellte fest: „Deutsche Frage und europäische Einigung sind auf das Engste miteinander ver-

¹⁸ LOTH: Die Historiker und die deutsche Frage, S. 373. Eine der wenigen Unterscheidungen zwischen „deutscher Frage“ und „deutschem Problem“ findet sich zudem bei HOLLSTEIN: Zur Geschichte christlich-demokratischer Zusammenarbeit, S. 88.

¹⁹ LOTH: Europas Einigung, S. 9–11. Vgl. DERS.: Beiträge der Geschichtswissenschaft, S. 97; DERS.: Der Prozess der europäischen Integration, S. 18–20; DERS.: Der Weg nach Europa, S. 134f.; DERS.: Integrating Paradigms, S. 261. Ausführlicher, aber mit derselben Begrifflichkeit wird der Faktor Deutschland in der europäischen Einigung gewürdigt bei THIEMEYER: Europäische Integration, S. 89–112.

²⁰ GRUNER: Die europäische Integration, S. 343f.

²¹ Ebd., S. 342. Vgl. DERS.: Deutschlandproblem und europäische Einigung, S. 590; DERS.: L'image de l'autre, S. 32. Ebenfalls vom „Deutschlandproblem“ sprechen CLEMENS/REINFELDT/WILLE: Geschichte der europäischen Integration, S. 61f.

zählt.²² Wie bei Diner ist in deutschsprachigen Veröffentlichungen, ganz gleich ob es um die *longue durée* der nationalen Frage, die Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit, die europäische Integration oder den Kalten Krieg geht, vorwiegend von der „deutschen Frage“ die Rede.²³ In französisch- oder englischsprachigen Publikationen findet hingegen weiterhin der Begriff des „deutschen Problems“ Verwendung²⁴ – ohne dass mit den unterschiedlichen Begriffen auch notwendig unterschiedliche Inhalte verbunden sein müssen.²⁵ Diese unsystematische Verwendung der Begriffe und die Überlagerung des „deutschen Problems“ durch die „deutsche Frage“ ist aber nicht nur auf die von Gruner hervorgehobene, perspektivische Akzentuierung zurückzuführen.

So hat Hélène Miard-Delacroix in ihrer Untersuchung französischer Wahrnehmungsmuster der „deutschen Frage“ darauf hingewiesen, dass das „deutsche Problem“ mehr umfasse als den ungeklärten nationalen Status Deutschlands; dass es sich um einen „terme flou“ handelt, „qui recouvre l’ensemble des difficultés liées à la gestion de l’avenir avec une Allemagne qui a été nazie, qu’il a fallu punir, rééduquer, démocratiser et aider mais toujours perçue comme une menace.“²⁶ Die im Begriff des „deutschen Problems“ kulminierende Gesamtheit europäischer Schwierigkeiten eines angemessenen Umgangs mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg macht den Begriff schwer greifbar, gerade weil er in den zeitgenössischen Diskussionen ganz selbstverständlich verwendet wurde und geradezu omnipräsent war. „Il est difficile de ne pas se répéter, tant ce problème a été étudié et discuté dans cet hémicycle“, so der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats und Vorsitzende der französischen sozialistischen Partei (SFIO), Guy Mollet, im Mai 1954.²⁷ Dieses Eingeständnis beschreibt nicht nur den Umfang der Diskussionen über das „deutsche Problem“ im ersten Nachkriegsjahrzehnt, sondern auch die anhaltende Unge-

²² DINER: Rückkehr der deutschen Frage.

²³ DOERING-MANTEUFFEL: Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem; FOSCHEPOTH (Hg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage; GEISS: Die deutsche Frage; GOSSEL: Briten, Deutsche und Europa; GRUNER: Die deutsche Frage in Europa; HACKER/MAMPEL (Hg.): Europäische Integration und deutsche Frage; HILDEBRAND/POMMERIN (Hg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht; HILLGRUBER: Deutsche Geschichte; KIPP: Eden, Adenauer und die deutsche Frage; LOTH (Hg.): Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit; MICHALKA (Hg.): Die Deutsche Frage in der Weltpolitik; STEININGER u.a. (Hg.): Die doppelte Eindämmung. Vgl. auch die vergleichende Untersuchung der deutschen und österreichischen Entwicklung von GEHLER: Modellfall für Deutschland.

²⁴ ALBRECHT-CARRIÉ: Europe and the German Problem; BLOCH/BLOCH: L’Europe déchirée; CALLEO: The German Problem reconsidered; GUILLEN: L’Italie et le problème allemande; LAGROU: European Integration; DERS.: La Résistance et les conceptions de l’Europe; LAMMERS: Living Next Door to Germany; MCALLISTER: No Exit; SZANAJDA: The Allies and the German Problem; WENKEL: Inquiétudes parlementaires. Zur innerdeutschen Entwicklung und Bewältigung des „deutschen Problems“ vgl. auch JARAUSCH: Die Umkehr.

²⁵ Das wird auch deutlich an der gegenläufigen Verwendung der Begriffe bei VON ARETIN/BARIÉTY/MÖLLER (Hg.): Das deutsche Problem in der neueren Geschichte; LEWKOWICZ: The German Question and the International Order.

²⁶ MIARD-DELACROIX: Question nationale allemande, S. 8.

²⁷ CE-AC, Sixième Session, 5. Sitzung, 25.05.1954, S. 90.

wissheit, wie es zu verstehen und zu lösen sei. Mollet sprach zwar in diesem wie in seinen zahlreichen weiteren Plädoyers für eine europäischen Einbindung Deutschlands meist vom „deutschen Problem“, benutzt aber auch den Begriff der „deutschen Frage“, ohne dass ein Bedeutungsunterschied feststellbar wäre. Diese fehlende Eindeutigkeit ist nicht zuletzt auf eine begriffliche Verwirrung zurückzuführen, die bereits in den ersten Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit herrschte.

So wurde Wilhelm Röpkes bereits erwähnte Broschüre *Le problème allemand* von 1945 noch im selben Jahr erweitert und in deutscher Sprache als Buch mit dem Titel *Die deutsche Frage* veröffentlicht. Die französische Übersetzung des Buchs erschien ebenfalls 1945 als *Explication de l'Allemagne* und die englische Ausgabe ein Jahr später als *The German Question*, während die italienische Übersetzung *Il problema della Germania* benannt wurde und die amerikanische Ausgabe von 1947 den Titel *The Solution of the German Problem* trug.²⁸ Solchen begrifflichen Inkonsistenzen ist es etwa zuzuschreiben, dass der Amerikaner John Gillingham als einer der wenigen Historiker der europäischen Integration konsequent vom „deutschen Problem“ spricht – Röpkes Buch, dessen amerikanische Ausgabe Gillingham vorlag, diente ihm als Ausgangspunkt seiner These vom „embedded liberalism“ der ersten Integrationsphase: Röpke forderte eine Zwangsliberalisierung der deutschen Wirtschaft, wodurch Freihandel, internationale Arbeitsteilung und gegenseitige Abhängigkeit durchgesetzt und Kollektivismus, Autarkie und Dominanz verunmöglicht werden sollten.²⁹ Schon diese von Röpke anvisierte Strategie lässt erkennen, dass das grundsätzliche Problem der Nachkriegszeit einen anderen Kern hatte als die „deutsche Frage“. Wenn die kontinentale Großmacht Frankreich nichts gegen die deutsche Wehrmacht ausrichten konnte, wenn die Neutralitätserklärungen der kleinen Staaten – im Falle Belgiens wiederholt – missachtet wurden, wenn die militärischen Restriktionen, finanziellen Reparationen und territorialen Amputationen infolge des Versailler Vertrags genauso wenig einen deutschen Wiederaufstieg unterbanden wie die Appeasementpolitik einen deutschen Überfall verhinderte, dann war weniger die zukünftige territoriale Gestalt Deutschlands entscheidend als die Verhinderung einer Rückkehr der Deutschen zu einer unabhängigen, selbstbezogenen Politik, ganz gleich in welchen Grenzen.

²⁸ RÖPKE: *Die deutsche Frage*, S. 9. Gleiches gilt für ein Buch des schweizerischen Philosophen Ernst von Schenck, dessen deutsche Ausgabe 1946 unter dem Titel *Europa vor der deutschen Frage*, die französische Übersetzung hingegen ein Jahr später als *L'Europe devant le problème allemand* veröffentlicht wurde, während das 1948 erschienene Buch *Europa und die deutsche Frage* des deutschen Historikers Gerhard Ritter vierzehn Jahre später unter dem Titel *Das deutsche Problem* wieder aufgelegt wurde. Diese begrifflichen Abweichungen gingen, wie auch bei Röpke, nicht mit inhaltlichen Unterschieden einher; VON SCHENCK: *Europa vor der deutschen Frage*; RITTER: *Das deutsche Problem*.

²⁹ GILLINGHAM: *European Integration*, S. 11–13; DERS.: *The German Problem and European Integration*. Vgl. RÖPKE: *Die deutsche Frage*, S. 276–279, S. 318–322.

Wie die erwähnte Unterscheidung Wolf D. Gruners schon andeutet, stellte sich die „deutsche Frage“ den Deutschen selbst, das „deutsche Problem“ hingegen den Alliierten und insbesondere den Nachbarn Deutschlands – insofern hatte die Lösung des „deutschen Problems“ das vorrangige Ziel, die Deutschen von der „deutschen Frage“, der Beschäftigung mit sich selbst und den klein- oder großdeutschen Perspektiven auf ihren ungeklärten nationalen Status abzubringen, ihnen stattdessen eine neue Perspektive zu vermitteln, durch welche sie die notwendige Beschränkung ihrer Unabhängigkeit als Beitrag zu einem gemeinschaftlichen Projekt anerkennen würden.³⁰ Dass in der Forschung vom Begriff des „deutschen Problems“ abgesehen, er als mit der „deutschen Frage“ synonym verstanden und durch diese ersetzt wird, ist angesichts der beschriebenen Verwirrung und fehlenden Eindeutigkeit erklärbar, aber deswegen nicht weniger kritisch zu beurteilen. Die Überlagerung des „deutschen Problems“ durch die „deutsche Frage“, gerade in der deutschsprachigen Historiographie, wirkt wie ein Ausdruck der „große[n] Neutralisierung“³¹ der nationalen Gegensätze und Gedächtnisse durch den Kalten Krieg in Europa. Unter den ideologischen und atomaren Schirmen der beiden Blöcke verdeckte der dominante Gegensatz zwischen Ost und West die vergangenen Konflikte zwischen den jeweiligen Mitgliedsstaaten. Die 1954/55 verstetigte Teilung der destabilisierenden Mittelmacht Deutschland in zwei Staaten mit gegensätzlichen Weltanschauungen, Gesellschaftssystemen und Bündnisverpflichtungen stabilisierte die Beziehungen zwischen den ehemaligen Feinden innerhalb der jeweiligen Blöcke in demselben Maß, wie die Feindschaft zwischen den Blöcken „stabil“ blieb.³²

Die Neutralisierung der vergangenen Konflikte war zugleich eine Neutralisierung der Erinnerung: die schicksalhaft anmutende Gemeinschaft der Gegenwart beeinflusste zwangsläufig die Analyse und Bewertung der verhängnisvollen, vergangenen Feindschaft.³³ Im Hinblick auf die Überlagerung des „deutschen Problems“ durch die „deutsche Frage“ ist diese „Neutralisierung [...] im europäischen Gewand“³⁴ in vierfacher Weise festzustel-

³⁰ Ein luzides Bewusstsein dieser historischen Problematik lässt sich noch in den 1980ern verschiedentlich in der amerikanischen Öffentlichkeit nachweisen, wo mit dem „deutschen Problem“ eine Abwendung der Bundesrepublik vom Westen, somit eine Reorientierung hin zu den despotischen – und antisemitischen – Regimes des europäischen und arabischen Ostens und eine zumindest implizite Rückbesinnung auf die „deutsche Frage“ assoziiert wurde; BALL: „The German Problem“; SAFIRE: The German Problem. Vgl. auch die persönliche Reflexion des amerikanischen Historikers Konrad H. Jarausch auf seine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“; JARAUSCH: Contemporary History.

³¹ DINER: Gedächtniszeiten, S. 30.

³² Dementsprechend spülte eine „Destabilisierung“ der Feindschaft zwischen den Blöcken, wie sie auf westlicher Seite mitunter in der Ostpolitik Willy Brandts, vor allem aber in der Wiedervereinigung gesehen wurde, die Erinnerung an die einstige Feindschaft innerhalb der Blöcke wieder empor.

³³ Am Werk des deutschen Historikers Walter Lipgens wird dies besonders deutlich; vgl. KAISER: „Überzeugter Katholik und CDU-Wähler“, S. 124–126; LOTH: Integrating Paradigms, S. 256, S. 260.

³⁴ DINER: Rückkehr der deutschen Frage.

len: Erstens handelt es sich um eine semantische Neutralisierung, weil eine Frage grundsätzlich Unwissen oder Unverständnis impliziert, ein Problem hingegen ein notwendig zu überwindendes Hindernis. Zweitens handelt es sich bei der „deutschen Frage“ um eine inhaltliche Neutralisierung des „deutschen Problems“, durch die schon angesprochene Reduktion dieses Problems auf den Aspekt der deutschen Territorialität, der ungeklärten Grenzen Deutschlands. Damit verbunden ist drittens die ebenfalls schon angedeutete, periodische Neutralisierung, weil die „deutsche Frage“ nicht nur mit dem Zweiten Weltkrieg verbunden war, sondern bis 1806 zurückverfolgt werden kann und sich bis 1990 stellte, wodurch der spezifische historische Kontext des „deutschen Problems“ und sein Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg verschwindet. Und viertens handelt es sich um eine Neutralisierung der zeitgenössischen Diskussionen, in denen der Begriff des „deutschen Problems“ prädominant Verwendung fand, während die „deutsche Frage“ – gleichsam in umgekehrter Konstellation zur Geschichtsschreibung – eher zufällig auftauchte.³⁵ Diese begriffliche und inhaltliche Neutralisierung des „deutschen Problems“ ist zweifellos auf seine erfolgreiche, historische Lösung zurückzuführen. Vielleicht noch klarer als an den hier entwickelten Argumenten lässt sich dies an den eingangs angeführten Beispielen Giorgio Agambens und des *New Statesman* ablesen – die Infragestellung der EU sprengt die Neutralisierung auf, sie führt inhaltlich und begrifflich zurück zum Ausgangspunkt des geeinten Europas, der Lösung des „deutschen Problem“ als Legitimationsquelle europäischer Einigungspolitik.

Diese Legitimationsquelle, also den deutsch-europäischen Zusammenhang des ersten Nachkriegsjahrzehnts freizulegen, ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Hierfür am Begriff des „deutschen Problems“ festzuhalten und diesen von der „deutschen Frage“ zu unterscheiden, erscheint nicht nur aus quantitativen Gründen geboten, wegen der Omnipräsenz dieses Begriffs in den zeitgenössischen Quellen. Wichtiger noch als die Omnipräsenz des Begriffs ist dessen Unbestimmtheit und Bedeutungsoffenheit, die mit der Unbestimmtheit und Bedeutungsoffenheit eines weiteren omnipräsenten Begriffs korrespondiert: Europa. Was unter Europa und seiner Einigung konkret verstanden wurde, hing nicht zuletzt damit zusammen, was unter dem „deutschen Problem“ als einer der zentralen Herausforderungen dieser Einigung verstanden wurde. Nicht nur war die deutsche Teilung gleichzeitig eine europäische Teilung und die zukünftige territoriale Gestalt Europas genauso ungewiss wie die zukünftige territoriale Gestalt Deutschlands. Auch konnte mit der Ei-

³⁵ Gerade der letzte Punkt lässt sich deutlich nachvollziehen bei WEBER: *Timor Teutonorum*, der seine methodisch elaborierte Emotionologie zur Erfassung der europäischen „Angst vor Deutschland“ hauptsächlich auf die Sekundärliteratur anwendet – wie in der Literatur taucht dann auch bei ihm das „deutsche Problem“ so gut wie nicht auf.

nigung Europas gleichermaßen die Auflösung des souveränen Nationalstaats in einer Föderation mit legislativen, exekutiven und judikativen Bundesorganen gemeint sein, wie eine Union souveräner Staaten, die sich auf der Regierungsebene über gemeinsame politische Maßnahmen verständigten. Das „deutsche Problem“ diente als Argument für unterschiedliche, mitunter gar widersprüchliche Vorstellungen von der Notwendigkeit, Möglichkeit und Gestalt der europäischen Einigung. Wie dieses Argument in den Diskussionen über die Konkretisierung der europäischen Einigungspolitik zwischen 1945 und 1954 entwickelt und genutzt wurde, wird im Folgenden dargestellt.

1 Das „deutsche Problem“ als europäische Erfahrung

1.1 Thema und Untersuchungsgegenstand

Von Henry Morgenthau zu Jean Monnet

„Germany is our Problem“ – so lautet der Titel eines Buchs, das Henry Morgenthau Jr. im Oktober 1945 veröffentlichte und in dem er seinen Plan einer Nachkriegsregelung für Deutschland ausführte, den berühmt-berüchtigten Morgenthau-Plan einer Aufteilung und Deindustrialisierung des Deutschen Reichs.³⁶ Henry Morgenthau hatte 12 Jahre lang, von 1933 bis 1945, als Staatssekretär und Finanzminister an der Seite des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt gearbeitet. Es mag diesem Zeitraum geschuldet sein, dass sich Morgenthau so radikal Deutschland und der Frage seiner dauerhaften Befriedung widmete, wie auch der Tatsache, dass sein Vater als amerikanischer Botschafter in Konstantinopel von 1916 bis 1918 Zeuge des Genozids an den Armeniern im Osmanischen Reich geworden war, und dass er selbst ab 1942 von der Vernichtung der europäischen Juden nicht nur wusste, sondern diese auch als geplante Vernichtung erkannte.

Was ihn aber zu seinem Plan einer Deindustrialisierung und Aufteilung Deutschlands in erster Linie motivierte, war seine direkte Erfahrung als Finanzminister mit der Kontrolle, die deutsche Firmen mittels Kartell- und Patentregelungen über die amerikanische Industrieproduktion ausübten und dadurch den Beginn des amerikanischen *war effort* schmerzlich einschränkten.³⁷ Morgenthau verstand diese Kontrolle als eine staatlich-großindustrielle Verschwörung Deutschlands. Er sprach vom einem deutschen „cartel octopus“³⁸, dessen Tentakel in die ganze Welt ausgriffen, gleichzeitig die deutsche Kriegsproduktion ermöglichen und die Aufrüstungsbemühungen anderer Länder vereitelten. Morgenthaus Verständnis einer Verschwörung, die noch die Anklagestrategie im Nürnberger Nachfolgeprozess gegen den I.G. Farben-Konzern maßgeblich bestimmte,³⁹ erscheint als unvereinbar mit der tatsächlichen Nachkriegspolitik der USA und Westeuropas, welche die Gründung der Bundesrepublik, ihre Eingliederung ins westliche Bündnis und ihre europäische Integration ermöglichte.

Mit dieser Politik der europäischen Integration untrennbar verbunden ist der Name Jean Monnet. Der Franzose Monnet entwickelte den Schuman-Plan über eine erste supranationale Institution, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), und er wurde 1952 der erste Präsident ihrer Hohen Behörde. Bis heute symbolisiert er den Beginn

³⁶ MORGENTHAU: *Germany is our Problem*.

³⁷ GREINER: *Die Morgenthau-Legende*, S. 32–40; vgl. MORGENTHAU: *Germany is our Problem*, S. 26f., S. 36–42.

³⁸ Ebd., S. 37.

³⁹ LINDNER: *Das Urteil im I.G.-Farben-Prozess*, S. 408–411.

des europäischen Einigungsprozesses und der deutsch-französischen Verständigung, er wirkt wie der Antipode Henry Morgenthau. Dabei fokussierten beide nicht nur auf dasselbe Thema – die deutsche Rohstoff- und Industrieproduktion –, sie kannten sich auch persönlich. Monnet war 1938 nach Washington gesandt worden, um mit Präsident Roosevelt über den Kauf amerikanischer Kampfflugzeuge durch Frankreich und England zu verhandeln, und er fand in dieser wie in den folgenden Verhandlungen der kommenden Jahre im amerikanischen Finanzminister einen entschiedenen Unterstützer gegen Widerstände aus der amerikanischen Politik und dem Militär.⁴⁰ Auch wenn Morgenthau dem Franzosen wegen dessen geschäftlichen Verbindungen zu deutschen Firmen und amerikanischen Isolationisten lange mit Misstrauen begegnete, blieben sich die beiden durch ihren Pragmatismus und ihre Ziele bis in die Nachkriegszeit verbunden.⁴¹ Darüber hinaus lehnte Monnet zwar die weitreichenden Implikationen des Morgenthau-Plans ab, teilte aber dessen grundsätzliches Motiv, nämlich die Verhinderung einer erneuten ökonomischen Dominanz Deutschlands. Morgenthaus Idee einer von Frankfurt am Main bis Kiel reichenden, international verwalteten Westzone ging sogar auf Anregungen Monnets zurück, auch wenn dieser das Industriepotential der Ruhr nicht abbauen, sondern lediglich kontrollieren wollte.⁴² Als Monnet und einige weitere Beamte der französischen Provisorischen Regierung unter Charles de Gaulle noch zu Kriegszeiten erste Pläne einer westeuropäischen Föderation entwarfen, zielten all diese Pläne nicht auf die Inkorporation ganz Deutschlands, sondern seiner westlichen Industriezentren an Rhein, Ruhr und Mosel.⁴³

Was Morgenthau und Monnet unterschied, war in erster Linie die Tatsache, dass die politische Karriere Morgenthaus 1945 endete, die Monnets zu diesem Zeitpunkt erst richtig begann. Der Morgenthau-Plan stand unter dem unvermittelten Eindruck deutscher ökonomisch-kriegerischer Expansion und unvorstellbarer Verbrechen, in seinem Buch sprach Morgenthau wiederholt die Gaskammern von Majdanek und das Massaker von Lidice an.⁴⁴ Monnet hingegen erinnerte sich in seiner 1976 veröffentlichten Autobiographie geradezu widerwillig und nur an einer einzigen Stelle an die Situation, die er bei seiner Rückkehr nach Europa vorfand: „sie war materiell weniger katastrophal und grausamer im menschlichen Bereich [...]“.⁴⁵ Sein supranationaler Integrationsplan, dessen Grundzüge zwar in die Kriegszeit zurückreichen, der aber erst 1950 entwickelt und umgesetzt werden konnte,

⁴⁰ MONNET: *Erinnerungen eines Europäers*, S. 153–156, S. 168, S. 174; vgl. DU RÉAU: Jean Monnet, S. 86f.

⁴¹ DUCHENE: Jean Monnet, S. 86f.

⁴² GRUNER: *Der Platz Deutschlands in Europa*, S. 50; GREINER: *Die Morgenthau-Legende*, S. 177; DUCHÈNE: Jean Monnet, S. 183.

⁴³ HÜSER: *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“*, S. 240–243.

⁴⁴ MORGENTHAU: *Germany is our Problem*, S. 105, S. 143.

⁴⁵ MONNET: *Erinnerungen eines Europäers*, S. 277.

reagierte auf die politische „Zwangslage“⁴⁶ des Scheiterns einer Weltordnung auf Grundlage der Anti-Hitler-Koalition und der Vereinten Nationen, auf das Ende der Kooperation zwischen den westlichen Siegermächten und der UdSSR. Monnet, der ab 1946 als Leiter der französischen Planungsbehörde für den Wiederaufbau der Wirtschaft verantwortlich war, sah sich mit der kombinierten Herausforderung einer anhaltenden ökonomischen Schwäche und eines permanenten Dollardefizits, des beginnenden Kalten Kriegs sowie des Wiederentstehens und Wiedererstarkens eines (west-)deutschen Staates konfrontiert.

Diese Verhältnisse drängten zu einer Lösung des „deutschen Problems“, deren Grundidee nicht weniger radikal war als jene, die Morgenthau vorgeschwebt hatte. Die neu gegründete Bundesrepublik würde sich auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit und die Rückkehr zu wirtschaftlicher und politischer Dominanz auf dem Kontinent konzentrieren, so die französische Annahme des Jahres 1950. Dies zu verhindern, musste bedeuten, das erfahrungsgemäß destruktive deutsche Potential in ein für Europa nützliches und konstruktives zu verwandeln.⁴⁷ Es erforderte, wie Monnet es selbst ausdrückt, eine Transformation der Umstände, gerade weil das „deutsche Problem“ fortbestand und virulent blieb:

Die deutsche Lage wird rasch in der nächsten Zukunft zu einem Krebsgeschwür für den Frieden werden, und für Frankreich sogar sofort, wenn man die Entwicklung für die Deutschen nicht auf Hoffnung und Mitarbeit mit den freien Völkern hinlenkt. Man darf nicht versuchen, das deutsche Problem mit den gegenwärtigen Gegebenheiten zu regeln. Man muß die Gegebenheiten ändern, indem man sie umbildet.⁴⁸

Monnets supranationale Umbildung der Gegebenheiten durch den Schuman-Plan, der die Bundesrepublik institutionell mit Westeuropa verband, sie zum Partner im europäischen Integrationsprozess erhob und ihr gleichzeitig die alleinige Verfügungsgewalt über ihr weiterhin kritisches Potential der Produktion von Kriegsmaterial – Kohle und Stahl – dauerhaft entzog, wies den Weg zur europäischen Lösung des „deutschen Problems“.⁴⁹

In der breit gefächerten Forschungsliteratur wird zwar durchweg anerkannt, dass der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und dem zukünftigen Status Deutschlands eine besondere Bedeutung im europäischen Integrationsprozess zukam, was am deutlichsten von Stanley Henig artikuliert wurde: „The German problem lay at the very heart of any discussion about European unification [...]. From 1945 onwards there is a close umbilical link

⁴⁶ POIDEVIN: Die europapolitischen Initiativen Frankreichs.

⁴⁷ TRAUSCH: Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität, S. 112–114.

⁴⁸ MONNET: Erinnerungen eines Europäers, S. 371. Monnet zitiert hier aus seinem Exposé vom April 1950, in dem er die Grundzüge des Schuman-Plans festhielt.

⁴⁹ THIEMEYER: Supranationalität, S. 11–13.

between the German problem and what we may term the 'European idea'.⁵⁰ Eine systematische Auseinandersetzung mit diesem Zusammenhang zwischen „deutschem Problem“ und europäischer Einigung ist bisher jedoch nicht unternommen worden.⁵¹ Dabei ist es offensichtlich, dass der Faktor Deutschland nach 1950 nicht an Bedeutung verlor, ganz im Gegenteil: Vier Jahre später, am 30. August 1954, stand das „deutsche Problem“ mehr denn je auf der Tagesordnung europäischer Politik, während seine europäische Lösung in Gestalt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) von der Tagesordnung der französischen Nationalversammlung gestrichen und dadurch zu Grabe getragen wurde.

Der erste französische Versuch einer supranationalen Umbildung der Gegebenheiten war erfolgreich, die EGKS wurde 1952 gegründet. Der zweite Versuch, mittels der EVG die deutsche Wiederbewaffnung unter europäische Kontrolle zu stellen, scheiterte hingegen am Widerstand im eigenen Land und setzte dem Versuch einer politischen Einigung des Kontinents ein vorläufiges Ende. Die gesamte Einigungspolitik in ihrer ersten Phase, ihr Gelingen wie ihr Scheitern, wurde maßgeblich von Frankreich bestimmt: Außenminister Georges Bidault gab im Juni 1948 den Anstoß zur Gründung des Europarats, sein Nachfolger Robert Schuman präsentierte im Mai 1950 Monnets Plan für die EGKS, Ministerpräsident René Pleven lancierte im Oktober desselben Jahres den Plan für die EVG, die wiederum im August 1954 vom französischen Parlament zu Fall gebracht wurde. Für all diese Einigungsinitiativen und ihre Entwicklung war wiederum das „deutsche Problem“ maßgeblich: „l'essentiel pour la France“ war, wie Gérard Bossuat es ausgedrückt hat, „de contenir l'ennemie de toujours, l'Allemagne.“⁵² Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Faktor Deutschland vorrangig in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der französischen Europapolitik und -debatte Erwähnung gefunden hat.⁵³

Aber war deswegen, wie schon zeitgenössisch vermutet wurde, das „deutsche Problem“ eigentlich ein „französisches Problem“?⁵⁴ Litt die französische Politik an einer „véri-

⁵⁰ HENIG: *The uniting of Europe*, S. 5. Neben den in Anm. 19 und 20 angegebenen Werken vgl. auch BITSCH: *Historie de la construction européenne*, S. 26f.; DÜLFFER: *Europa*, S. 533, S. 538; PATEL: *Foes to Friends*, S. 83; DERS.: *In Search for a Transnational Historicization*, S. 108f.; STRÄTH/SANDKÜHLER: *Europäische Integration*, S. 30f.; WURM: *Early European Integration*, S. 20f.

⁵¹ Im bisher umfassendsten Überblick des Forschungsstands zur europäischen Integration findet sich dementsprechend kein Hinweis auf eine gesonderte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ als Faktor der frühen Einigungspolitik; PATEL: *Europäische Integrationsgeschichte*.

⁵² BOSSUAT: *Faire l'Europe*, S. 21.

⁵³ Vgl. etwa BITSCH: *Le rôle de la France*; BOCK: *Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik*; GRUNER: *Der Platz Deutschlands in Europa*; KÖNIG: *Deutschlandperzeption und Europadebatte*; LOTH: *André Philip*; POIDEVIN: *Der Faktor Europa*; SOUTOU: *Georges Bidault et la construction européenne*; WEBER: *Edouard Daladier en Pologne*.

⁵⁴ So der deutsche Einigungsverband *Europa-Union* in einer Broschüre über die EVG; EUROPA-UNION DEUTSCHLAND: *Beiträge zum Thema*, S. 33.

table psychose⁵⁵ im Hinblick auf Deutschland, war also ihre Europapolitik, wie solch eine pathologisierende Zuschreibung impliziert, getrieben von irrationalen Ängsten vor dem östlichen Nachbarn – in ihren Einigungsinitiativen des Jahres 1950 genauso wie in ihrer Verhinderung der EVG im August 1954? Oder entwickelten sich zwischen 1945 und 1954 zwei unterschiedliche Perspektiven auf das „deutsche Problem“, eine nationale und eine europäische, und scheiterte die EVG, weil sich die europäische Perspektive nicht entschieden genug dafür einsetzte, die „emotionalen Sperren“⁵⁶ der nationalen Perspektive zu überwinden? Gerade für die letztere These scheint es hinreichend Belege zu geben: etwa die Entwicklung des ehemaligen Ministerpräsidenten Edouard Herriot, der den französischen Europaverband *Conseil Français de l'Europe Unie* (CFEU) gründete, maßgeblich für die Ausarbeitung der Satzung des Europarats verantwortlich war und die Gründung der EGKS unterstützte, sich aber zu einem entschiedenen Gegner der EVG entwickelte;⁵⁷ oder die des christdemokratischen Widerstandskämpfers und Überlebenden des KZ Dachau Edmond Michelet, der das von ihm mitbegründete *Comité International de Dachau* auf dem Gründungskongress des *Mouvement Européen* als „premier mouvement européen“⁵⁸ bezeichnete, aber zur Verhinderung der EVG auch vor einer Kooperation mit der Parti Communiste Français (PCF) nicht zurückschreckte – ganz so, als gelte es die überkommene politische Konstellation der französischen Résistance erneut gegen eine deutsche Bedrohung zu mobilisieren.⁵⁹

Die Beispiele Herriots und Michelets verdeutlichen, wie eng der Europagedanke mit dem „deutschen Problem“ verknüpft war und wie sehr die Akzeptanz der Einigungsinitiativen davon abhing, ob sie in der zeitgenössischen Wahrnehmung dazu beitragen würden das „deutsche Problem“ zu lösen. Dieser deutsch-europäische Zusammenhang resultierte jedoch nicht aus einem spezifisch französischen Trauma, auch wenn er bei den Franzosen Herriot und Michelet besonders deutlich zutage trat, sondern aus einer gemeinsamen, westeuropäischen Erfahrung mit Deutschland. Er lag nicht nur den französischen Plänen für die EGKS und die EVG zugrunde, vielmehr reflektierten diese Pläne eine die nationalen und weltanschaulichen Grenzen transzendierende Diskussion über die europäische Lösung des „deutschen Problems“, die schon seit dem letzten Kriegsjahr im Gange war. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, diesen deutsch-europäischen Zusammenhang aus seiner französischen Fixierung zu lösen und als genuin europäischen Diskussions- und Legitima-

⁵⁵ WENKEL: *Inquiétudes parlementaires*, S. 102.

⁵⁶ LOTH: *Europas Einigung*, S. 54.

⁵⁷ DE TAAR: *The French Radical Party*, S. 118–120.

⁵⁸ HAEU, ME-107, *Conseil International du Mouvement Européen*, Session inaugural à Bruxelles, Discours de M. Michelet, 27.02.1949, S. 1.

⁵⁹ FRANÇOIS: Edmond Michelet, S. 199f.; KIM: *Der Fehlschlag*, S. 327.

tionsprozess zu rekonstruieren, wodurch die transnationale Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, die sich in dem Begriff des „deutschen Problems“ spiegelt, als Faktor der europäischen Einigungspolitik zwischen 1945 und 1954 gewürdigt wird.

Foren der europäischen Einigungsdiskussion

In der Geschichtsschreibung der europäischen Integration ist schon seit einigen Jahren eine Tendenz festzustellen, die von den klassischen ideen-, diplomatie- und wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungsfeldern wegführt.⁶⁰ Stattdessen nimmt die Forschung verstärkt die transnationalen Prozesse der Bildung von europäischen Netzwerken, des europäischen Kulturtransfers, der Entwicklung eines europäischen Bewusstseins, von Europabildern und die Konstruktion von Identität in den Blick.⁶¹ Diese Tendenz geht einher mit einer Abgrenzung von der Fokussierung der traditionellen Integrationshistoriographie auf die europäische Zäsur des Jahres 1945, welche als verengte und teleologische Sichtweise kritisiert wird. Die offenkundige Frustration über ein normativ imprägniertes Verständnis der europäischen Integration, mitunter charakterisiert als „hurrah historiography“, „happy history“, „Meistererzählung“ oder Konstruktion einer „sinnstiftenden ‚Erfolgsgeschichte‘“, ist zwar berechtigt; die stets damit einhergehende Erklärung der Integrationssteleologie aus ihrer Fokussierung auf die Zäsur des Jahres 1945 ist es hingegen nicht.⁶²

Auch wenn es richtig und wichtig ist darauf hinzuweisen, dass sich Europabilder und -diskurse, wirtschaftliche Verflechtungen und Einigungspläne nicht auf den geographischen und zeitlichen Rahmen der westeuropäischen Integration ab 1945 beschränken, dass sie vielmehr mit diesem Integrationsprozess in einem – vorbereitenden oder widerstreitenden – Zusammenhang standen: ohne den Sieg des Deutschen Reichs über die westeuropäischen Staaten, seine Herrschaft über den Kontinent, seine bedingungslose Kapitulation und seine Auflösung nicht nur als zeitlichen, sondern auch als kausalen Ausgangspunkt anzuerkennen, ist der Integrationsprozess nicht zu verstehen. Erst Sieg und Herrschaft ließen die Einigung des Kontinents als eine Notwendigkeit erscheinen, erst Niederlage und

⁶⁰ Vgl. etwa die klassischen Werke von LIPGENS: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, und MILWARD: The Reconstruction of Western Europe, sowie die von der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Europäischen Kommission herausgegebenen Sammelbände von DUMOULIN (Hg.): Plan de temps de guerre, POIDEVIN (Hg.): Histoire des débuts, SCHWABE (Hg.): Die Anfänge des Schuman-Plans, und TRAUSCH (Hg.): Die Europäische Integration. Für den wirtschafts- und diplomatiegeschichtlichen Ansatz hervorzuheben ist zudem die umfassende Studie von KRÜGER: Sicherheit durch Integration.

⁶¹ Vgl. exemplarisch BÖSCH/BRILL/GREINER (Hg.): Europabilder im 20. Jahrhundert; BRILL: Abgrenzung und Hoffnung; CLEMENS: L'Image de l'Europe; DIES.: Von der Venus von Milo; DEPKAT: Erfahrungsgeschichtliche Wege; GREINER: Wege nach Europa; KÄLBLE: Europäisches Selbstverständnis; PFISTER: Europa im Bild; SCHMIDT-GERNING: Gibt es eine „europäische Identität“; TRUNK: Europa.

⁶² KAISER: From Isolation to Centrality, S. 45, S. 49f.; GERWARTH/MALINOWSKI: Europeanization through Violence, S. 190; GREINER: Wege nach Europa, S. 16; ECHTERNKAMP/MARTENS: Der Weltkrieg als Wegmarke, S. 14.

Auflösung ließen sie zu einer Möglichkeit werden.⁶³ Die Gleichzeitigkeit von aktueller Schwäche und potentieller – für die Vergangenheit erwiesener sowie für die Zukunft befürchteter – Übermacht Deutschlands auf dem Kontinent bildete den Ausgangspunkt für das zeitgenössische Verständnis des „deutschen Problems“ und den Versuch seiner europäischen Lösung.

Deswegen wird in der vorliegenden Arbeit an der Zäsur des Jahres 1945 festgehalten, gleichzeitig aber der Fokus von der ideen-, diplomatie- und wirtschaftsgeschichtlichen Ebene auf den transnationalen Diskussionsprozess verlagert, der sich im Rahmen von Europaverbänden und ersten europäischen Institutionen nach 1945 entwickelte. Kiran Klaus Patel hat auf den besonderen Wert transnationaler Netzwerke für ein Verständnis der europäischen Integration verwiesen, weil diese Netzwerke „den Prozess der Institutionenbildung auf europäischer Ebene teilweise vorbereitet, begleitet, abgestützt, zuweilen aber auch erst ermöglicht oder konterkariert haben“ und aufgrund ihrer personellen Überschneidungen mit der nationalstaatlichen Regierungs- und Parteipolitik „Foren jenseits der offiziellen Ebene“ darstellten.⁶⁴ Gerade das Konzept des Forums lässt sich für eine Untersuchung der ersten Phase europäischer Einigungspolitik übernehmen und erweitern: Denn europäische „Foren jenseits der offiziellen Ebene“ der Regierungsdiplomatie entstanden nach 1945 mit ganz unterschiedlicher Motivation und Funktion und in ganz unterschiedlicher Gestalt, formten aber in ihrer Gesamtheit jene europäische Einigungsdiskussion, die den Integrationsprozess diskursiv einrahmte, also kommentierte, anregte, kritisierte und zu legitimieren versuchte. Als Foren der europäischen Einigungsdiskussion werden demnach nicht nur transnationale Netzwerke mit einbezogen, sondern auch erste europäische Institutionen.

Erstens handelt es sich dabei um drei ausgewählte Einigungsverbände: die 1946 gegründete *Union Européenne des Fédéralistes*, in der sich zahlreiche, nach dem Ende der deutschen Besatzung gegründete Gruppierungen aus ganz Europa zusammenschlossen, und die eine möglichst weitgehende Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität in einem politisch geeinten Europa anstrebte; die 1947 von katholisch-christdemokratischen Parteien ins Leben gerufenen *Nouvelles Equipes Internationales*, die sich vor allem als weltanschauliches Netzwerk verstanden; sowie das ab 1948 als Dachorganisation der verschiedenen Einigungsverbände fungierende *Mouvement Européen* welches versuchte die verschiedenen, weltanschaulich geprägten Europaverbände in einer geschlossenen Interessensgruppe zu vereinen.⁶⁵ An die Seite dieser transnationalen Netzwerke trat als weiteres Forum der Brüsseler

⁶³ FREVERT: *Europeanizing Germany's Twentieth Century*, S. 102, S. 107.

⁶⁴ PATEL: *Europäische Integrationsgeschichte*, S. 619f. Vgl. auch CLEMENS: *Eine neue Ordnung*.

⁶⁵ Neben der UEF und den NEI waren der CFEU, Winston Churchills *United Europe Movement* (UEM), die liberale *Ligue Européenne de Coopération Economique* (LECE), die von Richard Coudenhove-Kalergi initiierte

Pakt, ein 1948 ins Leben gerufenes Verteidigungsbündnis Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Luxemburgs und der Niederlande, dass der engeren Kooperation dieser westeuropäischen Staaten dienen sollte und hierfür regelmäßig tagende Organe und Komitees einberief, in denen neben der Verteidigung auch allgemein- sowie kultur- und sozialpolitische Fragen besprochen wurden. Als drittes Forum der europäischen Einigungsdiskussion wird der 1949 konstituierte Europarat mit einbezogen, der bei seiner Gründung zwölf, ein Jahr später schon 15 Staaten umfasste,⁶⁶ die Delegierte in eine Beratende Versammlung entsandten und zudem ein Komitee der Außenminister bildeten.

Ausgewählt wurden diese Verbände und Institutionen aus vier Gründen: Erstens waren sie weniger Teil des politischen Entscheidungs- als des politischen Diskussionsprozesses in Westeuropa. Ihre Bedeutung ist in der Entwicklung von europapolitischen Positionen und Strategien zu sehen, nicht in deren Umsetzung, weil sie ihre selbst gesteckten politischen Ziele nicht umzusetzen vermochten – die Verbände wurden nicht zur Avantgarde des geeinten Kontinents, der Brüsseler Pakt entwickelte sich nicht zu seinem effektiven Verteidigungsbündnis und aus dem Europarats erwuchsen keine europäische Regierung und kein europäisches Parlament. Damit verbunden ist der zweite Grund, dass nämlich die Diskussionen in diesen Foren zwangsläufig grundsätzlicher Natur waren. Sie kreisten nicht um fachspezifische Argumente und technische Details, wie es etwa in der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) oder der EGKS mit ihren klar definierten Aufgabenfeldern, ebenso in den intergouvernementalen Verhandlungen über die Satzung des Europarats, die Verträge der EGKS und der EVG oder das Statut einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) der Fall war, sondern um die konzeptionellen und weltanschaulichen Voraussetzungen europäischer Kooperation und Integration – kurz: in den Foren der europäischen Einigungsdiskussion ging es vorrangig um das *ob*, weniger um das *wie* gemeinsamer Politik.

Drittens lassen sich diese Verbände und Institutionen auch deswegen unter dem Begriff „europäische Einigungsdiskussion“ zusammenfassen, weil sie entwicklungsgeschichtlich und personell eng miteinander verbunden sind. Das lässt sich sehr klar an der Gründungsgeschichte des Europarats nachvollziehen. Die Forderung nach einer europäischen Versammlung und einem intergouvernementalen Rat, welche die politische Einigung des

Europäische Parlamentarier-Union (EPU) und das *Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis d'Europe* (MSEUE) im ME vertreten.

⁶⁶ Die Satzung des Europarats wurde von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden beschlossen, bis zur ersten Sitzungsperiode stießen Griechenland und die Türkei hinzu und ab 1950 waren zusätzlich Island, die Bundesrepublik Deutschland und die Saar vertreten, wobei die beiden Letzteren als lediglich assoziierte Mitglieder vorerst nur in der Beratenden Versammlung vertreten waren.

Kontinents vorbereiten und durchführen sollten, ging auf eine Forderung der Europaverbände zurück. Sie wurde von der französischen Regierung in den Brüsseler Pakt hineingetragen und – in abgeschwächter Form – von diesem umgesetzt. Maßgeblich an der Durchsetzung der Gründung des Europarats im Brüsseler Pakt war der belgische Premier- und Außenminister Paul-Henri Spaak beteiligt. Nachdem er 1949 aus seinem Regierungsämtern ausgeschieden war, wählte ihn die Beratende Versammlung des Europarats zu ihrem ersten Präsidenten, ab 1950 stand er zusätzlich dem ME vor – und diese Präsenz einer Person auf mehreren Ebenen und in verschiedenen Funktionen war kein Einzelfall. Viertens aber, und dies ist der wichtigste Grund für ihre Auswahl, beschäftigten sich all diese Verbände und Institutionen intensiv mit dem „deutschen Problem“ und seiner europäischen Lösung, in Kommissionen, auf Kongressen, in Resolutionen und Broschüren und ganz allgemein als kontinuierlich präsentem Thema ihrer Diskussionen über die Notwendigkeit, Möglichkeit und Ausprägung europäischer Einigungspolitik.

Die europäische Einigungsdiskussion für eine Untersuchung des „deutschen Problems“ als Motiv und Faktor der ersten Integrationsphase heranzuziehen, bietet sich zudem an, weil ihre intensive Beschäftigung mit dem deutsch-europäischen Zusammenhang bisher nur in unzureichender Weise herausgearbeitet wurde. Insbesondere mit dem Namen Walter Lipgens ist die Begründung der westdeutschen Integrationshistoriographie verbunden, wie auch die These einer ideengeschichtlichen Kontinuität zwischen europäischer Résistance und europäischer Einigungsbewegung.⁶⁷ Dieser Kontinuitätsthese, die sich auf die Selbsthistorisierung der Einigungsbewegung, etwa durch die beiden führenden Föderalisten Altiero Spinelli und Henri Brugmans, berufen konnte,⁶⁸ lag die Auffassung zugrunde, noch zur Besatzungszeit habe im nichtkommunistischen Widerstand als Vorläufer der europäischen Einigungsbewegung „wie selbstverständlich ein außerordentlicher Wandel der Einstellung gegenüber Deutschland“ stattgefunden, der eine Unterscheidung „[z]wischen nationalsozialistischer Führungsschicht und deutschem Volk“⁶⁹ ermöglicht und somit die europäische Einbindung Deutschlands vorweggenommen. Der belgische Historiker Pieter Lagrou hat diese Auffassung wiederholt als „wishfull thinking“, „lofty effort“ und „noble myth“ der Integrationshistoriographie kritisiert,⁷⁰ nachfolgende Studien haben die Bedeu-

⁶⁷ Die These hat Lipgens insbesondere mit seinen beiden umfangreichen Editionsprojekte *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen* (EFW) und *Documents on the History of European Integration* (DHIE) zu belegen versucht.

⁶⁸ SPINELLI: *European Union in the Resistance*; BRUGMANS: *L'idée européenne*, S. 95–101.

⁶⁹ LIPGENS: *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik*, S. 53.

⁷⁰ LAGROU: *La Résistance et les conceptions de l'Europe*, S. 140, Anm. 8; DERS.: *The Legacy of Nazi Occupation*, S. 263; DERS.: *European Integration*, S. 80, S. 93. Vgl. auch HEYDE: *De l'esprit de la Résistance*, S. 49, Anm. 6.

tung des „deutschen Problems“ für die entstehende Europabewegung dennoch kaum weiter problematisiert.⁷¹

Besonders augenfällig wird dies bei der UEF, die personell am ehesten der Kontinuitätsthese von Widerstand und Einigungsbewegung entspricht, die aber schon mit ihrer Gründung eine *Commission pour le problème allemand* ins Leben rief. Drei jüngere, sehr elaborierte Studien zur Geschichte der UEF konstatieren zwar, ganz im Tenor der Integrationshistoriographie, dass dem „deutschen Problem“ gerade in der Anfangsphase des Verbands eine besondere Bedeutung zugekommen sei, führen diesen Aspekt jedoch nicht weiter aus.⁷² Ähnlich verhält es sich mit den NEI: Die frühe Beschäftigung der europäischen Christdemokraten mit dem „deutschen Problem“ – auf einer eigenen Konferenz, die Anfang 1948 in Luxemburg durchgeführt wurde – ist stets in die Verbandsgeschichte als wichtiges Motiv des Einigungsgedankens eingeordnet worden. Die Konferenz wird jedoch gleichzeitig als Endpunkt der Auseinandersetzung in den NEI angesehen, welche sich nahtlos in die Bewerkstelligung einer christdemokratisch-antikommunistischen Versöhnung (West-)Europas eingefügt habe.⁷³ Das ME wurde vor allem im Hinblick auf seine Durchführung des Haager Europakongresses im Mai 1948, seine Organisationsgeschichte, seine Kampagne für die Gründung einer europäischen Versammlung und seine Versuche der politischen Einflussnahme untersucht – dass es sich, auf einem Kongress in Hamburg im September 1951, ebenfalls speziell mit dem „deutschen Problem“ auseinandersetzte, wird dabei höchstens am Rande erwähnt.⁷⁴ Lediglich in einem Aufsatz über den Einsatz des ME und der Beratenden Versammlung des Europarats für eine europäische Menschenrechtskonvention ist die spezifische Bedeutung des „deutschen Problems“ deutlicher herausgestellt und zusätzlich auf die enge Verknüpfung der verschiedenen Ebenen der europäischen Einigungsdiskussion hingewiesen worden.⁷⁵

Diese enge Verknüpfung wird besonders deutlich an der Rolle, die dem Brüsseler Pakt für die Anfänge europäischer Einigungspolitik zukommt. Weil der Brüsseler Pakt seiner ursprünglichen Funktion als Verteidigungsbündnis nicht gerecht und diese Funktion ab 1949 von der NATO übernommen wurde, hat sich die Forschung hauptsächlich auf seine

⁷¹ Vgl. etwa LOTH (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration; NIESS: Die europäische Idee.

⁷² PISTONE: The Union of European Federalists; REVEILLARD: Les premières tentatives; VAYSSIÈRE: Vers une Europe fédérale. Ebenso ist auf die Bedeutung des „deutschen Problems“ für die französischen Föderalisten in der UEF hingewiesen worden; vgl. GREILSAMMER: Les Mouvements Fédéralistes, S. 66f.

⁷³ Hervorzuheben ist hier die Spezialuntersuchung von KAISER: Deutschland exkulpiert. Vgl. auch DERS.: Begegnungen christdemokratischer Politiker; GEHLER/KAISER: Transnationale Parteienkooperation; BECKER: Die Nouvelles Equipes Internationales; HOLLSTEIN: Zur Geschichte christlich-demokratischer Zusammenarbeit.

⁷⁴ GUIEU/LE DREAU (Hg.): Le «Congrès de l'Europe»; HICK: The European Movement; PALAYRET: De l'espoir à la désillusion; REBATTET: The „European Movement“.

⁷⁵ DURANTI: „A Blessed Act of Oblivion“.

Gründungsgeschichte und seine Rolle im Entstehungsprozess des nordatlantischen Bündnisses konzentriert.⁷⁶ Die nachhaltige historische Bedeutung des Brüsseler Pakts ist jedoch darin zu sehen, dass die Forderung der Europabewegung nach einer europäischen Versammlung von ihm aufgegriffen und umgesetzt wurde – wenn auch nur in eingeschränkter Gestalt. Das „deutsche Problem“ nahm in den Diskussionen des Brüsseler Pakts ebenfalls eine herausragende Rolle ein, nicht nur durch das im Vertragstext festgelegte Ziel, eine erneute aggressive Politik Deutschlands zu verhindern. „Gleichsam als Gespenst hatte Deutschland immer am Verhandlungstisch gesessen“⁷⁷, und die Diskussionen in den Kooperationsorganen des Brüsseler Pakt, insbesondere im Konsultativrat der Außenminister und in der Ständigen Kommission der Botschafter spiegeln diese Präsenz eindeutig wider, die sich auf die Gründung des Europarats auswirkte.

Der Europarat selbst, dessen Konstituierung am 5. Mai 1949, nur wenige Tage vor der Gründung der Bundesrepublik beschlossen wurde, und dessen Beratende Versammlung erstmalig am 10. August 1949, nur wenige Tage vor der ersten Bundestagswahl, zusammentrat, hatte das „deutsche Problem“ zum permanenten Thema. Nicht als eigener Tagesordnungspunkt, sondern im Zusammenhang mit den allgemeinen Herausforderungen der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Integration kamen die Delegierten immer wieder auf die besondere Herausforderung Deutschlands zu sprechen. Untersuchungen zur Geschichte des Europarats haben jedoch – wenn überhaupt – die Auseinandersetzung mit Deutschland auf dessen Gründungsgeschichte, die Frage der Mitgliedschaft der Bundesrepublik, das Saarproblem und die Konstruktion einer europäischen Identität reduziert; einzig eine jüngere Studie Achim Trunks geht näher auf die erinnerungspolitischen Konflikte in der Beratenden Versammlung zwischen westeuropäischen und deutschen Delegierten ein.⁷⁸ Hinsichtlich des Europarats, wie auch der anderen Ebenen der Einigungsdiskussion und der Integrationshistoriographie im allgemeinen lässt sich daher feststellen, dass das „deutsche Problem“ als Faktor europäischer Politik zwischen 1945 und 1954 anerkannt, jedoch nicht systematisch analysiert und deswegen in seiner grundsätzlichen Bedeutung und andauernden Präsenz bisher unterschätzt worden ist.

⁷⁶ VON GERSDORFF: Die Gründung der Nordatlantischen Allianz; STENGERS: Paul-Henri Spaak; ZEEMAN: Der Brüsseler Pakt.

⁷⁷ KRIEGER: Gründung und Entwicklung des Brüsseler Paktes, S. 205.

⁷⁸ BITSCH (Hg.): Jalons pour une Histoire; ENDERS: Der Konflikt um den Beitritt; FISCHER: Das Saarstatut; LEUVREY: La Sarre et le Conseil de l'Europe; LOTH: Der Abschied vom Europarat; SCHLINKMANN: Der Weg Deutschlands; TRUNK: Europa; WASSENBERG: Histoire du Conseil de l'Europe. Komplette ignoriert wird der Stellenwert, den das „deutsche Problem“ in den Debatten des Jahres 1949 einnahm, bei PAVKOVIC: What is common European heritage.

1.2 Theoretische Überlegungen und Vorgehensweise

Deutsche Vergangenheit, europäische Zukunft: Perzeption und Integration

In den Diskussionen über die europäische Lösung des „deutschen Problems“ wurde die Vergangenheit der nationalen Feindschaft, des Kriegs und der zahllosen Opfer einer Zukunft der Gemeinschaft, der Solidarität und des Friedens gegenübergestellt. Nach Volker Depkat verschränken sich Vergangenheit und Zukunft in einem „Epochenbewusstsein“, das „den Ort der Gegenwart in der Zeit bestimmt.“ Diese Verortung ist entscheidend für die Entwicklung eines Selbstbewusstseins im Sinne der Abwägung eigener Bedürfnisse, Möglichkeiten und Fähigkeiten, „und es ist eben deshalb auch ein Faktor politischen Handelns. Epochenbewusstsein eröffnet Handlungsspielräume oder verschließt sie, definiert Entscheidungsalternativen und legitimiert Politikstrategien.“⁷⁹ Diese Verschränkung von Vergangenheit und Zukunft, oder – wie es bei Reinhart Koselleck heißt – von Erfahrung und Erwartung in der Verortung der Gegenwart, ist immer prekär weil die erfahrene Vergangenheit und die erwartete Zukunft gleichermaßen auf den Verortungsprozess der Gegenwart Einfluss nehmen, sich dabei gegenseitig affizieren und überlagern.⁸⁰ Die von Koselleck vorgenommene Verhältnisbestimmung von Vergangenheit und Zukunft in diesem Prozess – „je größer die Erfahrung, desto vorsichtiger, aber auch offener die Erwartung“⁸¹ – bestätigt sich durch die Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ in der europäischen Einigungsdiskussion, der Gleichzeitigkeit eines wachen Problembewusstseins und einer entschiedenen Proklamation der Lösungsstrategie, die in das unbekannte Territorium der europäischen Integration führte.

Kosellecks Feststellung im Hinblick auf die Kriegserfahrung der Europäer im 20. Jahrhundert, dass sich trotz „ähnlicher und insofern vergleichbarer Leiden“ kein „durchgängiges und gemeinsames Kriegsbewußtsein der europäischen Nationen“⁸² eingestellt habe, ist durch die Verschränkung von Erfahrung und Erwartung im westeuropäischen Epochenbewusstsein erklärbar. Die Erinnerung hatte nicht nur das den Europäern gemeine und somit anonymisierte Leid des Kriegs zum Gegenstand, sondern genauso die Verantwortung für dieses Leid, die unzweifelhaft eine deutsche war, sowie die zukünftige Verunmöglichung erneuten Leids. Die politische Bewältigung vergangener Feindschaft durch die europäische Einigung konnte nur dann nicht als irrealer Utopie erscheinen, wenn sie diese Feindschaft ansprach und in ein gemeinsames europäisches Bezugssystem integrierte: Aus

⁷⁹ DEPKAT: Erfahrungsgeschichtliche Wege, S. 4f.

⁸⁰ KOSELLECK: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«, S. 354–358.

⁸¹ Ebd., S. 374.

⁸² KOSELLECK: Erinnerungsschleusen und Erfahrungsschichten, S. 274.

dem „deutschen Problem“ musste die europäische Einigung folgen, nicht nur als Wunsch, sondern als politische Möglichkeit und Notwendigkeit.

Mit Aleida Assmann lässt sich diesbezüglich von einem „Erinnern, um zu vergessen“ sprechen, das in angemessener Dosierung als „Instrument der politischen und gesellschaftlichen Befriedung“⁸³ zwischen den ehemaligen Feinden in Westeuropa dienen würde. Die Verschränkung von Vergangenheit und Zukunft in der europäischen Einigungsdiskussion ließ weder eine konsequente Erinnerung noch ein konsequentes Vergessen zu, solange das Projekt der europäischen Einigung als politische Bewältigung des „deutschen Problems“ nicht realisiert war. Praktisch bedeutete das, ein neues Narrativ zu formen, welches den Schrecken der Vergangenheit einen Sinn verlieh und so den Kausalzusammenhang zwischen „deutschem Problem“ und europäischer Einigung herstellte. Der französische Christdemokrat und langjährige Außenminister Georges Bidault formulierte diesen programmatischen Anspruch in der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung: „Il est très vrai – je tiens à le lui rappeler maintenant – qu’en effet beaucoup d’hommes sont morts alors, mais qu’aucun d’entre eux n’est mort pour haïr. Tous sont morts pour réconcilier.“⁸⁴ Den Opfern des Zweiten Weltkriegs sollte nachträglich Sinn zugesprochen werden, sie durften nicht umsonst gestorben sein. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus konnte so als Kampf für Europa, und die Opfer dieses Kampfs als Motiv der europäischen Versöhnung und Einigung präsentiert werden.

Wie prekär dieses Narrativ angesichts der proklamierten Einbeziehung Deutschlands war, lässt sich an einem (leider nie realisierten) Filmprojekt der UEF aus dem Jahr 1948 nachvollziehen. In diesem Film, für dessen Umsetzung mit Walt Disney ein Regisseur gewonnen werden sollte, der seine Produktion von Zeichentrickfilmen während des Zweiten Weltkriegs in den Dienst des amerikanischen *war effort* und der der antinazistischen Propaganda gestellte hatte,⁸⁵ tritt das „Erinnern, um zu vergessen“ bildhaft zutage:

The cartoon is to represent the story of World War II and all its most outstanding events acted [by] animals (the Nazi wolf, the little European animals, the Russian bear, the British lion, the American eagle etc.)[,] the underground movement in Europe acted by moles[,], the landing at Casablanca, the Atlantic Charter etc. and lastly, the final landing and the defeat and death of the wolf. The second part will show the bickering among the nations after the war, the growing hostility between the three big animals, (the lion, the eagle and the bear), the dispute and controversies among the little European animals and their [sic] for the protection of the big animals, the threat of another war, the bear preparing a fifth column and the eag[e] atomic bombs. In the end, just at the most crucial moment, when

⁸³ ASSMANN: Von kollektiver Gewalt, S. 46.

⁸⁴ CE-AC, Première Session, 15. Sitzung, 05.09.1949, S. 1017.

⁸⁵ Für seinen Trickfilm *Der Fuehrer's Face*, in dem Donald Duck die Unmenschlichkeit der Diktatur und des Kriegs durchlebt, erhielt Disney 1943 den Oscar in der Kategorie „Bester Kurzfilm“.

another war that would mean the death of all the little European animals appears to be unavoidable, all the little animals get together holding hands and, with the help of a good fairy (the Marshall plan), are turned by magic into a new big animal representing the European Federation, which takes the bear by one hand and the eagle by the oth[er] Dancing [sic!] and rejoicing.⁸⁶

Es drängt sich die Frage auf, was an die Stelle des bösen und übermächtigen Nazi-Wolfs getreten ist. Die Leerstelle, die hinsichtlich Deutschlands in dem Filmprojekt der UEF klafft, ist auf die Unbestimmtheit des „deutschen Problems“ zurückzuführen, auf die gar nicht befriedigend zu beantwortende Frage, ob der große Nazi-Wolf tatsächlich tot oder vielleicht nur betäubt war, ob Deutschland in Zukunft ein kleines oder ein großes Tier sein würde.

Weil die Frage nach der zukünftige Gestalt Deutschlands nicht beantwortet werden konnte, musste die Unklarheit über das „deutsche Problem“ insofern beseitigt werden, als dass – um die Metaphorik der UEF beizubehalten – Deutschland keine eigene tierische Gestalt mehr annehmen, sondern mit den anderen Tieren im großen Tier des geeinten Europa verschmelzen würde. Die europäische Einigung bedeutete in diesem Sinn, Deutschland den anderen europäischen Ländern gleich zu machen. Deswegen musste eine Veränderung des Status Deutschlands jenseits der europäischen Einigung das ohnehin prekäre Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft, das „Erinnern, um zu vergessen“ automatisch gefährden: Je mehr die politische Entwicklung der Nachkriegszeit dazu neigte, der Bundesrepublik wieder die Gestalt eines großen, wirtschaftlich erstarkten und auf Souveränität und Wiederbewaffnung zusteuernenden Tiers zu ermöglichen, desto mehr neigte das Epochenbewusstsein der anderen europäischen Tiere – oder des unvollendeten europäischen Tieres – dazu, der Vergangenheit gegenüber der Zukunft mehr Platz einzuräumen und das Verhältnis von „deutschem Problem“ und europäischer Einigung zu destabilisieren. Eine weitere bildhafte Darstellung erfuhr dieser Kausalzusammenhang in dem Werbeplakat „Für den Frieden, gegen die totalitären Diktaturen“, welches der Zeichner Paul Colin für die EVG-Kampagne entwarf: Hier taucht Deutschland gleich mehrfach auf, erstens als Teil des Schutzschilds, welches die Mitgliedstaaten der EVG bilden, zweitens in Gestalt eines Adlers mit Hakenkreuzklauen und Pickelhaube, und drittens – zumindest implizit – als Teil des kommunistischen Ostblocks.⁸⁷ Dieses Plakat und das Filmprojekt der UEF repräsentieren ein Deutschlandbild, demgemäß die europäische Integration der Bundesrepublik in erster Linie die Wiederverwandlung der Deutschen in ihre wolfs- oder adlerhafte Gestalt verhindern sollte.

⁸⁶ HAEU, UEF-233, Minutes of the meeting of the Cinema Commission, 17.01.1948.

⁸⁷ HAEU, ME-1256, Paul Colin, Plakat „Communauté Européenne de Défense. Pour la Paix, contre les tyrannies totalitaires“, 1954. Das Plakat ist auf der Titelseite der Dissertation abgebildet.

Das Deutschlandbild nahm, wie Wolf D. Gruner es ausgedrückt hat, in der europäischen Einigungsdiskussion eine „Scharnierfunktion“⁸⁸ zwischen den verschiedenen Elementen des „deutschen Problems“ ein, deren Gesamtheit und Untrennbarkeit es repräsentierte. Dieses Deutschlandbild nährte sich gleichermaßen aus den jüngeren Erfahrungen mit Deutschland wie aus seiner zeitgenössischen, geographischen und strategischen Position im Kalten Krieg: faktisch geschwächt und geteilt, galt es doch als zentraler Faktor der das Gleichgewicht der Supermächte und ihrer Bündnisse auf fatale Weise stören würde, sollte sein gesamtes Potential der einen oder anderen Seite zufließen. Deswegen spricht James McAllister schon von der unmittelbaren Nachkriegszeit als einem „latent tripolar system“, nicht aufgrund der realen Macht Deutschlands, sondern wegen der „perception of power as an independent or intervening variable [...]“.⁸⁹ Diese Perzeption hing gleichermaßen von der realen politischen Konstellation der Nachkriegszeit ab wie von den Erfahrungen der involvierten Personen, der betroffenen Gesellschaften und Staaten.⁹⁰

In der historischen und politikwissenschaftlichen Erforschung der internationalen Beziehungen wurde die Analysekategorie der Perzeption entwickelt, um die subjektive Dimension politischen Handelns verständlich zu machen. Nicht allein realistische Kategorien wie Interesse und Macht, oder idealistische Kategorien wie Wertesysteme und Ideologien, prägen demnach politisches Handeln. Vermeintlich objektive Handlungsmaximen werden beeinflusst durch subjektive Erfahrung, historisches Wissen, generationale und weltanschauliche Prägung, politische Erwartungshaltungen sowie ständig hinzukommende Informationen, die in einem permanenten Priorisierungs- und Selektionsprozess zu Selbst- und Fremdbildern geformt werden. Perzeption weist also einen konstitutiven „Prozeßcharakter“⁹¹ auf, muss deswegen jedoch nicht instabil und ständiger Wandlung unterworfen sein. Realität und Perzeption stehen in einem komplexen Wechselverhältnis, bedeutende Ereignisse können gleichermaßen zu einer Bestätigung des bestehenden wie zur Herausbildung eines neuartigen Bilds von Realität führen, sie können die Verfestigung oder Aufspaltung nationaler Selbst- und Fremdwahrnehmungen wie auch die Herausbildung eines transnationalen Bilds zur Folge haben.⁹²

Eine besondere Rolle in diesem Ausprägungs- und Wandlungsprozess nimmt, wie schon Robert Jervis in seiner Pionierstudie über Perzeption als Faktor internationaler Be-

⁸⁸ GRUNER: Deutschlandproblem und europäische Einigung, S. 591. Vgl. DERS.: *L'image de l'autre*, S. 37.

⁸⁹ MCALLISTER: *No Exit*, S. 11.

⁹⁰ Gerade im Kalten Krieg sollte die Erfahrung als Einflussfaktor der Perzeption von Bedeutung bleiben – so führt Timothy Garton Ash die deutsche Wiedervereinigung auch auf die Tatsache zurück, dass Michail Gorbatschow und Helmut Kohl „die ersten sowjetischen und deutschen Staatslenker seit 1945 [waren], die den Krieg nicht als Erwachsene erlebt hatten.“ GARTON ASH: *Im Namen Europas*, S. 534.

⁹¹ NIEDHART: *Selektive Wahrnehmungsprozesse*, S. 148.

⁹² FRANK: *Mentalités*, S. 358f.; DERS.: *Mentalitäten*, S. 170, S. 174.

ziehungen festgestellt hat, die Geschichte ein: „Previous international events provide the statesman with a range of imaginable situations and allow him to detect patterns and causal links that can help him understand his world.“⁹³ Die Abwägung von politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die Priorisierung von politischen Einflussfaktoren, kurz: die politische Komplexitätsreduktion durch Selbst- und Fremdbilder orientiert sich am Wegweiser der historischen Erfahrung. Das Wissen um politische Erfolge und Misserfolge der Vergangenheit dient als Orientierungspunkt bei der Bewertung und Bewältigung aktueller Herausforderungen. Dieser historisch geprägten, aber dennoch wandelbaren Perzeption als Faktor internationaler Beziehungen ist im Hinblick auf die europäische Einigung vor allem anhand des französischen Deutschlandbilds nachgegangen worden. Das ambivalente Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich in der Nachkriegszeit wurde in zahlreichen Studien beleuchtet. Exemplarisch lässt sich etwa gleichermaßen die historische Vorbelastung wie die Wandlungsfähigkeit der französischen Deutschlandperzeption an der aufgeheizten Debatte über die EVG in Frankreich nachvollziehen, der eine geradezu kathartische Wirkung auf das französische Selbstbewusstsein und sein tradiertes, negatives Deutschlandbild zugeschrieben wird.⁹⁴

Vergleicht man diese französische Ausprägung mit der Entwicklung in den Niederlanden, wird die Problematik des deutsch-europäischen Zusammenhangs in seiner länderübergreifenden Dimension deutlich: Hinsichtlich der Niederlande wird immer wieder der Kontrast zwischen einem nachhaltig-negativen Deutschlandbild und einer frühen, konsequenten Befürwortung der europäischen Integration in der Öffentlichkeit betont. Während in Frankreich das Deutschlandbild 1950 zur Initiative und 1954 zum Scheitern der EVG führte, traten die Niederlande vorerst nicht einmal den Verhandlungen über die EVG bei, waren dann aber das erste Land, das den Vertrag ratifizierte.⁹⁵ Die gegenläufige Entwicklung in beiden Ländern zeigt, dass der deutsch-europäische Zusammenhang kein deterministischer war, dass das Deutschlandbild gleichermaßen als Motivation für wie gegen die europäische Einigung dienen konnte.⁹⁶ Auch daran wird deutlich, dass das „deutsche Problem“ kein eindeutiger und einheitlich verwendeter Begriff, sondern vielmehr ein Argument

⁹³ JERVIS: *Perception and Misperception*, S. 217.

⁹⁴ KÖNIG: *Deutschlandperzeption*, S. 215; DEFRANCE/PFEIL: *Eine Nachkriegsgeschichte*, S. 203. In zahlreichen weiteren Studien zum deutsch-französischen Verhältnis hat sich die Bedeutung der wechselseitigen Perzeption niedergeschlagen; vgl. etwa BOCK: *Wechselseitige Wahrnehmung*; DERS.: *Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik*; HÜSER: *Frankreich*; DERS.: *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“*; MIRARD-DELACROIX: *Question nationale allemande*; WENKEL: *Auf der Suche*; DERS.: *Inquiétudes parlementaires*.

⁹⁵ MALLINSON: *From Neutrality to Commitment*, S. 158. Zum deutsch-europäischen Kontrast in den Niederlanden vgl. KERSTEN: *Die Niederlande*, S. 119f.; LADEMACHER: *Der ungleiche Nachbar*, S. 191; WIELENGA: *Vom Feind zum Partner*, S. 298.

⁹⁶ WIEVIORKA: *Divided Memory*, S. 81.

war, welches zu ganz unterschiedlichen politischen Zwecken entwickelt und angeführt werden konnte, auch wenn diese unterschiedlichen Argumentationen auf einer identischen Annahme beruhten. Ein Argument nährt sich weniger aus einem konkreten begrifflichen Bedeutungsgehalt als aus einem auf politische Handlung abzielenden Deutungs- und Vermittlungsprozess von Erfahrungen und Erwartungen.⁹⁷ Deswegen steht im Folgenden weniger die Begrifflichkeit und deren exakte Bedeutung im Vordergrund der Untersuchung, als vielmehr die argumentationsgeschichtliche Entstehung, Ausprägung, Anwendung und Wirkung des „deutschen Problems“ in der europäischen Einigungsdiskussion.⁹⁸

Quellen und Aufbau der Darstellung

Um das der europäischen Einigungsdiskussion zugrundeliegende und in ihr verhandelte Deutschlandbild herausstellen zu können, wurden die archivalischen und gedruckten Quellen der ausgewählten Verbände und Institutionen verwendet. Für die verschiedenen Einigungsverbände liegen ausgiebige Quelleneditionen vor, einerseits die von Walter Lipgens herausgegebenen, vierbändigen *Documents on the History of European Integration* (DHEI) von denen der dritte und vierte Band die transnationalen Gruppierungen – darunter die UEF, die NEI und das ME – für den Zeitraum 1945 bis 1950 umfassen; andererseits die von Wolfram Kaiser und Michael Gehler besorgte Edition *Transnationale Parteienkooperation europäischer Christdemokraten* (TPeC) die eine Auswahl an Dokumenten der NEI und des sogenannten *Genfer Kreises* christdemokratischer Politiker aus Westeuropa für die Periode 1945 bis 1965 präsentiert. Insbesondere Lipgens' Edition ist jedoch für die vorliegende Arbeit nur von eingeschränktem Wert; zum einen, weil sie mit dem Jahr 1950 endet, zum anderen, weil sie vorrangig offizielle, für die Öffentlichkeit bestimmte Dokumente wie Positionspapiere oder Resolutionen enthält. Hilfreicher für die Auswertung des Diskussionsprozesses über die europäische Einigung und das „deutsche Problem“ sind die Edition der Verhandlungen des Haager Europakongresses vom Mai 1948, die zu dessen 50. Jubiläum vom Europarat neu herausgegeben wurde, sowie die komplett vorliegenden Sitzungsprotokolle der Beratenden Versammlung des Europarats.⁹⁹ Neben diesen gedruckten Quellen wurden die Archivbestände der ausgewählten Verbände und Institutionen ausgewertet: Die Dokumente der UEF und des ME in den *Historical Archives of the European Union* (HAEU) in Florenz, die Dokumente der NEI im *Archiv für christlich-demokratische Politik* (ACDP) in Sankt Augustin bei Bonn, die Dokumente des Brüsseler Pakts in den *Archives Nationales de Luxembourg*

⁹⁷ LEONHARD: *Bellizismus und Nation*, S. 15f.

⁹⁸ SCHULTZ: *Begriffsgeschichte*, S. 258f.

⁹⁹ *Congress of Europe* (CoE) und *Conseil de l'Europe-Assemblée Consultative* (CE-AC).

(ANLux) und eine begrenzte Auswahl der Dokumente des Europarats in den *Archives du Conseil de l'Europe* (ACE) in Straßburg – wegen einer dauerhaften Schließung des Archivs für die Öffentlichkeit wurde lediglich eine Sondergenehmigung für einen fünftägigen Arbeitsaufenthalt in Straßburg erteilt, weswegen nur ein kleiner Teil der relevanten Dokumente eingesehen werden konnte.

Um den Diskussionsprozess der ersten Integrationsphase in seiner Vielfalt und Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Verbänden und Institutionen untersuchen zu können, stehen zwei Quellenkategorien im Fokus: Erstens die Sitzungsprotokolle der Verbands- und Institutionsorgane. Bei der UEF handelt es sich dabei um das *Comité Central*, welches Delegierte sämtlicher in dem Verband vertretenen Länder versammelte, und das *Bureau Exécutif*, in dem der Verbandspräsident, der Generalsekretär und sein Stellvertreter sowie die Vorsitzenden speziell eingerichteter Kommission zusammenkamen. Die NEI wiesen mit ihrem *Comité Exécutif*, das 1953 in *Comité Directeur* umbenannt wurde, nur ein Verbandsorgan auf, in dem ebenfalls Delegierte aus sämtlichen Mitgliedsländern vertreten waren und an dessen Spitze der Verbandspräsident sowie der – ungleich einflussreichere – Generalsekretär standen. Das ME verfügte wiederum aufgrund seiner besonderen Struktur und Funktion als Dachorganisation der Einigungsverbände über zwei Organe, die zum einen die Mitgliedsverbände, zum anderen die im ME vertretenen Länder repräsentierten: Das *Comité Exécutif International* als eigentlichem Entscheidungsgremium des ME versammelte die Mitgliedsverbände, der weitaus seltener zusammentretende *Conseil International* die Delegierten der nationalen Räte von den im ME vertretenen europäischen Ländern. Der Brüsseler Pakt hatte für seine Mitgliedsländer als Entscheidungsgremium einen *Conseil Consultatif* der Außenminister eingerichtet, sowie als Arbeitsgremium eine *Commission Permanente* der Botschafter, die in meist wöchentlichem Abstand in London zusammentrat. Unterhalb dieser politischen Ebene existierten Fachkommissionen für militärische, kulturelle und soziale Kooperation, von denen insbesondere die erstgenannte mit ranghohen Vertretern aus den Verteidigungsministerien und Armeen besetzt war. Die Sitzungsprotokolle der Beratenden Versammlung des Europarats liegen, wie erwähnt, in gedruckter Form vor, die Sitzungen der verschiedenen Kommissionen der Beratenden Versammlung konnten wegen der Schließung des ACE leider nicht in die Untersuchung mit einbezogen werden.

Die zweite Quellenkategorie, die für die Untersuchung der europäischen Einigungsdiskussion herangezogen relevant ist, bezieht sich auf die Einigungsverbände: Es handelt sich um die Dokumente der meist jährlich stattfindenden Verbandskongresse, die nicht nur für die Präsentation der Verbandsarbeit vor der europäischen Öffentlichkeit von Bedeutung waren, sondern ebenso für die interne Diskussion über Ziele und Strategien, deren

Ergebnisse in Gestalt von Resolutionen zum Ende der Kongresse verabschiedet wurde. Neben diesen beiden Hauptkategorien bezieht die Studie weitere Quellengattungen, vor allem die verfügbare Korrespondenz sowie internes und für die Öffentlichkeit bestimmtes Informationsmaterial wie Bulletins, Broschüren und Zeitschriften mit ein.

Die Darstellung beginnt mit einem kurzen Überblick verschiedener Personen, die in der europäischen Einigungsdiskussion besonders aktiv waren und an denen sich exemplarisch verschiedene Erfahrungshintergründe aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs – wie Widerstand, Exil oder Internierung – aufzeigen lassen (Kap. 2). Dabei geht es nicht nur um die Frage, vor welchem subjektiven Hintergrund sich die einzelnen Personen für Europa einsetzten, sondern ebenso um die Artikulation und Rationalisierung dieser Erfahrungen im Zuge der Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“. Im Folgenden werden die Anfänge der Einigungsdiskussion zwischen 1945 und 1949 in den Blick genommen (Kap. 3). Beginnend mit der UEF und ihrer Deutschlandkommission, die gemeinsam mit dem Verband Ende 1946 entstand, sowie den NEI und ihrer Anfang 1948 abgehaltenen Deutschlandkonferenz wird gezeigt, dass für beide Verbände das „deutsche Problem“ den Ausgangspunkt ihres Eintretens für die europäische Einigung darstellte, und dass für beide Verbände die europäische Lösung des „deutschen Problems“ nicht durch die Bildung europäischer Institutionen allein bewerkstelligt werden konnte. Vielmehr war der Einbindung der Deutschen in ein geeintes Europa eine Erziehungskomponente zu eigen. Die Entstehungsgeschichte des ME, das als nächster Verband auf die politische Bühne trat und in die Untersuchung einbezogen wird, wies eine abweichende Strategie europäischer Einigungspolitik auf: schon das *Joint International Committee of the Movements for European Unity*, das 1947 zur Koordination der Einigungsbemühungen der verschiedenen Europaverbände gegründet wurde und dessen Arbeit im Haager Kongress und der Entstehung des ME mündete, gab sich betont überparteilich und unideologisch, eine Auseinandersetzung mit inhaltlichen Differenzen und Konfliktpunkte – wie etwa dem „deutschen Problem“ – sollte vermieden und stattdessen ein gemeinsamer Nenner der kombinierten Einigungsbemühungen gefunden werden. Anhand des Haager Kongresses wird jedoch gezeigt, dass dieses Bemühen, sobald sich die Diskussion frei entfalten konnte, durch die automatische Thematisierung des „deutschen Problems“ unterminiert wurde. Der Brüsseler Pakt als Kooperationsorgan bildet den Abschluss des Kapitels über die Anfänge der europäischen Einigungsdiskussion. Anhand dieses Kooperationsorgans der westeuropäischen Staaten lässt sich der Einfluss der europapolitischen Debatten und Forderungen auf der Regierungsebene nachvollziehen: einen Monat nach dem Haager Kongress brachte der französische Außenminister Georges Bidault die Idee einer europäischen Föderation in den Konsultativrat des Brüsseler

Pakts ein, womit die Entstehung des Europarats eingeleitet wurde. Anhand der Diskussionen im Brüsseler Pakt wird nachgewiesen, dass die Gründung des Europarats als Reaktion auf den Konstituierungsprozess der Bundesrepublik verstanden werden muss. Gerade in der kompromisshaften Gestalt des mit keinen handfesten Kompetenzen ausgestatteten Europarats sehen die westeuropäischen Regierungen ein Mittel, die Bundesrepublik einzubinden ohne ihr ein Mitspracherecht in politischen Entscheidungen zuzugestehen.

Die Jahre 1948/49 stehen auch im Zentrum der weiteren Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ in der europäischen Einigungsdiskussion (Kap. 4). Dabei werden zum einen die Reaktionsweisen des Brüsseler Pakts und der UEF auf die sich in dieser Zeit abspielende erste Berlinkrise und die Gründung der Bundesrepublik miteinander verglichen. Anhand des Brüsseler Pakts und der UEF, die aufgrund ihrer konträren Zielvorstellungen die Gegenpole der Einigungsdiskussion darstellen, die aber sehr ähnliche Motive gegenüber Deutschland hegten, lässt sich die besondere Bedeutung des „deutschen Problems“ auch in der Konfrontation mit der UdSSR aufzeigen. Die Bedeutung des „deutschen Problems“ in dieser Phase der europäischen Einigungsdiskussion wird zudem an der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats, den Debatten über eine Mitgliedschaft der Bundesrepublik und der Saar sowie über eine europäische Menschenrechtskonvention deutlich; die Verpflichtung der Bundesrepublik auf die Menschenrechte sowie demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien stellten einen Versuch dar, die europäische Einbindung der Deutschen mit einer Aufsicht über deren innenpolitische Entwicklung zu verbinden. Mit dem Jahr 1950 konkretisierte sich die Einigungsdiskussion, nicht nur durch den Schuman-Plan über eine europäische Montanunion und den Pleven-Plan über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft. Auch die Aufnahme der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied des Europarats veränderte die Dynamik der Debatten, weil nun erstmals westdeutsche Politiker in offizieller Funktion in diesem europäischen Forum auftraten. Dieser Prozess wird anhand der Auseinandersetzungen über die wirtschaftliche, militärische und politische Einigung des Kontinents bis zum Scheitern der EVG im Jahr 1954 nachgezeichnet (Kap. 5). Hieran lässt sich zeigen, wie sich der Zusammenhang von „deutschem Problem“ und europäischer Einigung anhand konkreter Projekte artikuliert, die zwar nicht in der Beratenden Versammlung verhandelt und entschieden wurde aber den Hauptgegenstand ihrer Debatten ausmachten. Der sich durch die politische Entwicklung der EGKS-, EVG- und EPG-Verhandlungen, des Koreakriegs und der Stalin-Noten ausdifferenzierende Diskussionsprozess zeigte der europäischen Lösung des „deutschen Problems“ ihre Möglichkeiten und Grenzen auf. Denn dieselben mit Deutschland verbundenen Motive wurden hier als Argumente für wie gegen die europäische Einigung angeführt, und

die Beiträge sowie das Auftreten deutscher Politiker spielten in diesem Prozess eine bedeutende Rolle.

Auch wenn sich die Einigungsdiskussion von den Verbänden in die Beratende Versammlung verlagerte – der Brüsseler Pakt verlor ab 1950 zusehends seine Funktion als europäisches Forum – blieben die Verbände durch vielfältige personelle Überschneidungen mit der Versammlung verbunden und verminderten keinesfalls ihre Aktivität, sondern begleiteten die Debatten und Forderungen des Europarats mit Anregungen und Kritik. Die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen über die Wiederbewaffnung und verteidigungspolitische Einbindung der Bundesrepublik lässt sich auch in den Verbänden und ihrer erneuten Beschäftigung mit dem „deutschen Problem“ nachweisen (Kap. 6). Die NEI und das ME, welche seit 1948 das „deutsche Problem“ weitgehend ausgeblendet hatten, veranstalteten jeweils im September 1951 Kongresse, welche die EVG, die deutsch-französischen Beziehungen und die Hindernisse einer europäischen Einbindung der Bundesrepublik thematisierten. Die UEF, die nicht nur durch ihre Deutschlandkommission, sondern auf sämtlichen Kongressen und in zahlreichen Resolution das „deutsche Problem“ kontinuierlich thematisiert hatten, starteten 1952 eine weitere Initiative der Auseinandersetzung und Annäherung im Zeichen der EVG-Debatte: Durch zwei von dem Verband organisierte und moderierte Treffen zwischen westeuropäischen Veteranen und dem *Verband deutscher Soldaten* (VdS) sollten die europäische Lösung des Problems einer deutschen Wiederbewaffnung unterstützt werden. Die Aussicht auf die Wiederentstehung einer deutschen Armee prägte hingegen nicht nur als eigenes Thema die europäische Einigungsdiskussion zwischen 1950 und 1954, sie führte gleichzeitig die Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ auf verschiedene grundsätzliche Erwägungen zurück, die anhand der Motive des deutschen Territoriums, des deutschen Volks und des deutschen Charakters aufgeschlüsselt werden (Kap. 7). Hier artikulierte sich die Sorge über die als strukturell verstandenen deutschen Probleme der Teilung ihres Landes, der Abspaltung der Territorien jenseits der Oder-Neiße-Linie und des Saargebiets, den Grenzkonflikten im Westen, der Perspektivlosigkeit ihrer Jugend, den Millionen Vertriebenen und des nicht abreißenden Stroms an Flüchtlingen aus der DDR sowie der antidemokratischen, nationalistischen und aggressiven Politik der Vergangenheit. Gerade in dieser Auseinandersetzung reflektierte sich die fundamentale Frage, ob sich die (west-)deutsche Bevölkerung überhaupt auf die Werte und Ziele eines geeinten Europas einlassen oder vielmehr versuchen würden, die europäische Gemeinschaft in eine nationalistisch motivierte Politik gegenüber dem Osten hineinzuziehen – ob also das geeinte Europa tatsächlich zur Lösung des „deutschen Problems“ beitragen oder vielmehr erneut ein „deutsches Europa“ hervorbringen würde.

Abschließend wird analysiert, welche Legitimationsstrategien sich in der Einigungsdiskussion für die europäische Lösung des „deutschen Problems“ herauskristallisierten (Kap. 8). Dies erfolgt durch die Darstellung von vier Argumentationsmustern: Erstens anhand eines ausgeprägten europäischen Katastrophendenkens. Die sich durch die Einigungsdiskussion ziehende Vorstellung eines drohenden Untergangs des Kontinents, sollte seine Einigung nicht realisiert werden, verwies immer wieder auf das Konfliktpotential des „deutschen Problems“. Zweitens wird das Motiv eines Lernens aus der Geschichte dargestellt. Hierin reflektierte sich das „deutsche Problem“ als genuin europäisches Problem, einerseits aufgrund des europäischen Versagens gegenüber Deutschland in der Vergangenheit, andererseits aufgrund des deutschen Unvermögens zu demokratischer und friedlicher Politik. Als dritte Legitimationsstrategie diente die Präsentation der europäischen Einigung als Zivilisierungsmission gegenüber den politisch entwicklungsgehemmten Deutschen, denen durch ihre europäische Einbindung zu jener versagt geblieben, demokratischen und friedlichen Existenz verholten werden sollte. Und viertens wird auf die zunehmende und parteiübergreifende Fixierung der Einigungsdiskussion auf den „guten Europäer“ Konrad Adenauer eingegangen, der aufgrund seiner persönlichen Überzeugung und politischen Einsicht als Garant gegen die Wiederanknüpfung der Deutschen an ihre verhängnisvollen Traditionen diente. Die chronologische Darstellung der Einigungsdiskussion zwischen 1945 und 1954 und ihre gleichzeitige Systematisierung anhand dominanter Themen macht das vorherrschende Deutschlandbild in seiner ambivalenten, sowohl für als auch gegen die europäische Integration verwendbaren Ausprägung verständlich. Hierdurch wird die Bedeutung des „deutschen Problems“ als Faktor der ersten Phase europäischer Einigungspolitik erschlossen und seine Bedeutung transparent.

2 Transnationale Erfahrung – europäisches Gedächtnis?

Aus Perspektive der (gelungenen) europäischen Integration wird die wiederholte Kriegserfahrung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitunter als „Negativfolie der Einigung Europas“ und „als Ausgangspunkt für das europäische Bewußtsein“¹ beschrieben. Weitgehend unbeantwortet geblieben ist hingegen die Frage Jost Dülffers, ob durch die gemeinsame europäische Kriegserfahrung „auch eine gemeinsame, eben europäische Erinnerung entstanden und zu (re)konstruieren ist.“² Zur Beantwortung dieser Frage können einerseits Gemeinsamkeiten in verschiedenen europäischen Ländern untersucht werden, die auf Grund von vergleichbaren historischen Erfahrungen und politischen Entwicklungen Erinnerungskulturen herausbilden, welche bestimmte Strukturmerkmale, Themen und Bilder miteinander teilen. Andererseits können diese Überschneidungen der Erinnerung auch Ausdruck einer vom nationalen Bezugsrahmen gelösten, nicht nur geteilten, sondern tatsächlich gemeinsamen Erfahrung sein. Für beide Entwicklungen bot der Zweite Weltkrieg eine Grundlage.

Die geteilte Erinnerung von Menschen verschiedener Länder konnte etwa auf der Kriegs- und Besatzungserfahrung beruhen, die nahezu jeden europäischen Staat betraf, wie auch auf der Beteiligung an Résistance oder Kollaboration, die ebenfalls transnationale Phänomene darstellten. Eine gemeinsame Erinnerung entstand hingegen insbesondere durch die Erfahrung des Exils, der Zwangsarbeit oder der Internierung in den nationalsozialistischen KZ, die Menschen verschiedener Länder zwangsweise in dieselbe Situation brachte und zu Zweck- oder Interessengemeinschaften zusammenschweißte. Beide Möglichkeiten verweisen auf Deutschland als Grund für die geteilten oder gemeinsamen Erfahrungen sowie deren jeweiligen Erinnerungen beeinflusste. Die Beantwortung der Frage nach einer europäischen Erinnerung und deren Zusammenhang mit der europäischen Einigung muss insofern nicht nur den historischen Prozess in den Blick nehmen, der ohne Zweifel die nationalen Grenzen überschritt, sondern ebenso die lebensgeschichtlichen Brüche und deren politische Konsequenzen. Anhand einiger repräsentativer Persönlichkeiten aus der europäischen Einigungsdiskussion lässt sich zeigen, wie sich dieser Zusammenhang von Erfahrung, Erinnerung und politischer Positionierung konkret ausprägte.

¹ SPETH: Europäische Geschichtsbilder, S. 162.

² DÜLFFER: Europäische Zeitgeschichte, S. 67.

Kriegserfahrung und Problemstellung

Die Problematik einer gemeinsamen Erinnerung als Konsequenz geteilter, aber deswegen keineswegs identischer, sondern auch widersprüchlicher Erfahrungen mit der Herrschaft des Nationalsozialismus in Europa lässt sich am Beispiel des Schriftstellers und Philosophen Jean Améry nachvollziehen: Améry war 1938 vor der antisemitischen Verfolgung aus Österreich nach Belgien geflohen war, hatte sich dort am Widerstand gegen die deutsche Besatzung beteiligt, wurde verhaftet, gefoltert und nach Auschwitz deportiert, zum Kriegsende erst in das KZ Mittelbau-Dora und schließlich nach Bergen-Belsen verschleppt, und dort im April 1945 von britischen Truppen befreit. Unter dem Eindruck des ersten Auschwitz-Prozesses verfasste Améry seine 1966 veröffentlichten *Bewältigungsversuche eines Überwältigten*; darin erinnerte er sich an eine für ihn überraschende Entdeckung, die er bei seiner Rückkehr nach Belgien machte:

Nicht nur der Nationalsozialismus – *Deutschland* war Gegenstand eines allgemeinen Gefühls, das vor unseren Augen aus Haß zur Verachtung erstarrte. Nie wieder würde dieses Land, wie man damals sagte, „den Weltfrieden gefährden“. Mochte es leben, aber nicht mehr als das. Mochte es als Kartoffelacker Europas diesem Kontinent mit seinem Fleiß dienen, doch mit nichts anderem als ihm. Man sprach viel von der Kollektivschuld der Deutschen. Es wäre glatte Wahrheitsbeugung, gestände ich hier nicht ohne alle Bemäntelung ein, daß es mir recht war so. [...] Ich war, zum erstenmal in meinem Leben, gestimmt wie die um mich herum ertönende öffentliche Meinung.³

Das Erstaunen angesichts der Übereinstimmung zwischen seinem persönlichen – wie er es selbst bezeichnete – „Ressentiment“ und der herrschenden Wahrnehmung Deutschlands hielt nicht lange an. Die Selbstverständlichkeit deutscher Schuld wurde aus der Sicht Amérys von der Notwendigkeit einer Rehabilitierung Deutschlands verdrängt; denn „wollte man das deutsche Volk die ihm zugedachte europäische Rolle spielen lassen, durfte man es nicht kränken.“⁴

Amérys Erfahrung ging über die seiner Landsleute hinaus, weil er zwar als belgischer Widerstandskämpfer verhaftet und gefoltert, aber als Jude deportiert worden und nur knapp dem Tod entronnen war.⁵ Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg sollte in West- wie Osteuropa hingegen der nationalen oder ideologischen Rekonsolidierung dienen. Als Widerstandskämpfer war Améry Teil dieser Erinnerung, als Jude hingegen nicht, weil die spezifische Bedeutung des Antisemitismus und die Präzedenzlosigkeit des Holocaust nicht anerkannt wurden, ja mehr noch: die wenigen überlebenden und in ihre westeuropäischen

³ AMÉRY: *Jenseits von Schuld und Sühne*, S. 122f. Zur Amérys Wahrnehmung der gegen Deutschland gerichteten Stimmung vgl. HEIDELBERGER-LEONARD: Jean Améry, S. 113.

⁴ AMÉRY: *Jenseits von Schuld und Sühne*, S. 134.

⁵ Das erneute Durchleben und die Reflexion seiner Erfahrungen durch den Auschwitz-Prozess führte zu einem Urteil Amérys über die Deutschen, dass ungleich härter ausfiel als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg; HEIDELBERGER-LEONARD: Jean Améry, S. 119, S. 194.

Heimatländer zurückkehrenden Juden waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit einer Welle der Feindschaft konfrontiert. Ihr Ausschluss aus den nationalen Gemeinschaften durch antisemitische Gesetzgebung, Verfolgung und Deportation unter der nationalsozialistischen Besatzung verlängerte sich in der Nachkriegszeit durch ihren Ausschluss aus den nationalen Erinnerungsgemeinschaften.⁶

Zwar hat Timothy Snyder zurecht darauf hingewiesen, dass die westlichen Alliierten niemals die Schauplätze des deutschen Massenmords an den europäischen Juden betraten.⁷ Dies bedeutet hingegen nicht, dass man im Westen den Massenmord und die Verbrechen des „Dritten Reichs“ ignorierte – oder überhaupt ignorieren konnte. Auch wenn die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus über Jahrzehnte aus der europäischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ausgeschlossen blieben: die Befreiung der KZ Bergen-Belsen, Dachau oder Natzweiler-Struthof, die Geislerschießungen, die Deportationen, die Zwangsarbeit und die medizinischen Experimente blieben im Gedächtnis präsent und wurden in der Nachkriegszeit nicht zuletzt durch Gerichtsprozesse wachgehalten – István Déák spricht in diesem Zusammenhang von einem „continent-wide soul-searching“⁸. Die Logik, welche das westeuropäische Bewusstsein in den ersten Nachkriegsjahren beherrschte, und die es nicht zuletzt ermöglichte, den eigenen Anteil an Verbrechen und Massenmord im Zuge der Kollaboration zu verdrängen, folgte dem „universally acknowledged claim that responsibility for the war, its sufferings, and its crimes lay with the Germans.“⁹ Die von Christoph Cornelißen für die westeuropäischen Staaten konstatierten „erinnerungspolitische[n] Karenzzeiten“¹⁰ von 15 bis 20 Jahren, in denen eine Konfrontation insbesondere mit der eigenen Kollaborationsgeschichte vermieden wurde, ging einher mit der unzweifelhaften Schulzuschreibung an die Deutschen.

Solch eine selbstverständliche Schulzuschreibung begünstigte allerdings weder einen Ausgleich mit dem ehemaligen Feind noch eine europäische Einigung unter Einschluss Deutschlands.¹¹ Vielmehr schien der Zweite Weltkrieg, insbesondere in Frankreich und Großbritannien, schon zuvor ausgeprägten Negativzuschreibungen an Deutschland auf extreme Weise bestätigt zu haben: Bereits seit dem 19. Jahrhundert wurde die europäische Bewunderung für Deutschland als Kulturnation von einer Abneigung gegenüber dessen

⁶ LAGROU: *Return to a Vanished World*, S. 10f. Vgl. CESARANI: *A New Look at some Old Memoirs*, S. 137f.

⁷ SNYDER: *Bloodlands*, S. 14.

⁸ DÉÁK: *Europe on Trial*, S. 208. Vgl. auch STEINBACH: *Der Nürnberger Prozeß*, S. 38.

⁹ JUDT: *The Past is Another Country*, S. 296.

¹⁰ CORNELISSEN: *Vergangenheitsbewältigung*, S. 26.

¹¹ BRÜLL: *Belgien in Nachkriegsdeutschland*, S. 75; FORLENZA: *Sacrificial Memory*, S. 82f.; HÜSER: *Frankreich*, S. 27; TRAUSCH: *Luxemburg als Nachbar Deutschland*, S. 238; WIELENGA: *Vom Feind zum Partner*, S. 24. Vgl. auch KESTELOOT: *Die Stellung des Krieges*; LAGROU: *The Legacy of Nazi Occupation*.

Weltmachtgebaren abgelöst. Durch den Ersten Weltkrieg verstärkte und essentialisierte sich die Vorstellung einer zur Expansion treibenden und nur durch Macht zu beeindruckenden Nation in der Mitte des Kontinents.¹² Der Zweite Weltkrieg – die Missachtung internationaler Abkommen, der wiederholte militärische Überfall, die raschen Siegeszüge auf dem europäischen Kontinent, die Bombenangriffe auf europäische Großstädte, die Härten der Besatzungspolitik, die ökonomische Ausbeutung, die massenhaften Deportationen in die Zwangsarbeit und in den Tod, die Folter und die Geislerschießungen – verhärtete dieses Bild und ließ kaum noch Raum für Abwägungen über den Charakter der deutschen Nation. Den von Jean Améry beobachteten Bewusstseinswandel aufgreifend, stellt sich daher die Frage, wie die europäischen Nachbarn und wiederholten Opfer Deutschlands vom erfahrungsbedingten „Ressentiment“ und der Kollektivschuldthese zur Verständigung und europäischen Einbindung kamen – welche eine Einsicht- und Lernfähigkeit der Deutschen voraussetzten, von der ihre Nachbarn gerade aufgrund der jüngeren Erfahrungen nicht ausgehen konnten.¹³

Diese Entgegensetzung einer kollektiven Schuldzuweisung an die Deutschen und ihrer pragmatischen Rehabilitierung nur wenige Jahre später mag arg simplifiziert erscheinen. Sie trifft aber den Grundwiderspruch, mit dem Westeuropa ab 1945 zu ringen hatte und der sich in den Abwägungen einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“ reflektierte. Während es nach dem Ersten Weltkrieg eine „Kriegsschuldfrage“ gab, war nach dem Zweiten Weltkrieg die Verantwortung des Deutschen Reichs für Krieg und Verbrechen nicht zu leugnen. Aber genauso wie 1945 im Vergleich mit 1918 die deutsche Verantwortung ungleich klarer ins Bewusstsein trat, schärfte die zweite Nachkriegszeit auch das Bewusstsein für die politischen Defizite der ersten Nachkriegszeit und der Versailler Ordnung, welche Deutschland weder zur Kooperation ermutigt noch seine erneute Expansion verhindert hatte. Zusätzlich erschien eine ökonomische Erholung Europas ohne deutsche Ressourcen und Absatzmärkte als unerreichbar und somit die Wiedereingliederung Deutschlands – erst in Gestalt der westdeutschen Besatzungszonen, dann der Bundesrepublik – in den kontinentalen und globalen Handel als unumgänglich.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg stellte jedoch einen andauernden Widerspruch zur Normalisierung des Verhältnisses zu Deutschland dar, wie insbesondere die Konflikte um eine Beendigung der Kriegsverbrecherprozesse gegen ehemalige Wehrmachtssoldaten in Westeuropa belegen; und das gilt nicht nur für die nationalen Debatten,

¹² JEISSMANN: Das Vaterland der Feinde, S. 354–359; KETTENACKER: Preußen-Deutschland, S. 153–159. Vgl. auch WENKEL: Auf der Suche, S. 22f.; SPÄTER: Vansittart, S. 24f.; GRUNER: L'image de l'autre, S. 54; SCHIEDER: Politisches Handeln, S. 11.

¹³ DEFANCE/PFEIL: Verständigung und Versöhnung, S. 22.

sondern auch für die europäische Einigungsdiskussion.¹⁴ Der Konflikt zwischen einer notwendigen Normalisierung unter europäischen Vorzeichen und einer unwillkürlichen Erinnerung ist von verschiedenen Studien über die Anfänge europäischer Identitätskonstruktion in den 1950er Jahren aufgezeigt worden: Werbefilme für ein geeintes Europa inszenierten die Vergangenheit als gemeinsames europäisches Verhängnis, während dasselbe Narrativ, wenn es von deutscher Seite formuliert wurde, bei den Nachbarn auf Unverständnis und Widerspruch stieß.¹⁵ Die europäische Einigungsdiskussion vollzog seit ihren Anfängen einen erinnerungspolitischen Balanceakt, der stets zu kippen drohte: Weder konnte das Problem verdrängt noch durfte es überbetont werden. Vielmehr galt es, Problembewusstsein und Lösungsstrategie in ein tragbares Verhältnis zu setzen.

Solch eine zweckrationale Verhältnisbestimmung von Vergangenheit und Zukunft konnte aber nicht einfach postuliert, sondern musste verhandelt werden. Die europäische Geschichte als Konfliktgeschichte in ein gemeinsames Narrativ zu integrieren, setzte einen Vermittlungsprozess voraus, die Herausbildung einer gemeinsamen „europäischen Semantik“¹⁶ – das „deutsche Problem“ als zentraler Begriff der europäischen Einigungsdiskussion versinnbildlichte diesen Prozess der Aushandlung vergangener Konflikt und deren Integration in ein gemeinsames Bewusstsein. Dieser Vermittlungsprozess zwischen den Erfahrungen aus der Kriegszeit und dem „deutenden Umgang“¹⁷ mit diesen Erfahrungen in der Nachkriegszeit, also zwischen nationalen Narrativen, welche die deutschen Schuld herausstellten und einem europäischen Einigungsprojekt, in welches auch das negativ herausgestellte Deutschland integriert werden musste, steht in der historischen Forschung vor allem mit der schon erwähnten These Walter Lipgens’ in Verbindung, zwischen Résistance und Einigungsbewegung habe eine ungebrochene Kontinuität bestanden.¹⁸ Der Zusammenhang von Résistance und Einigungsbewegung bestand durchaus, lässt sich aber in seiner proklamierten und seither kaum hinterfragten Absolutheit nicht aufrechterhalten, vor allem nicht hinsichtlich des „deutschen Problems“.

Zwar unterschied sich die Erinnerung unter den proeuropäischen Kräften in Frankreich vom patriotischen und ideologisierten Helden- und Opfergedenken der Gaullisten und der PCF – daraus kann aber keineswegs ein abweichendes Verständnis oder gar Abse-

¹⁴ FREI: Nach der Tat, S. 21–24. Für die Beschäftigung der europäischen Einigungsdiskussion mit den Kriegsverbrecherprozessen vgl. Kap. 6 der vorliegenden Arbeit.

¹⁵ CLEMENS: Von der Venus von Milo, S. 426–429; DIES.: L’image de l’Europe, S. 440; TRUNK: Europa, S. 156–170.

¹⁶ LOTTES: Europäische Erinnerung, S. 86–88.

¹⁷ ECHTERNKAMP/MARTENS: Der Weltkrieg als Wegmarke, S. 4.

¹⁸ Vgl. Kap. 1.1.

hen vom „deutschen Problem“ gefolgt werden.¹⁹ Dies wird schon deutlich am Beispiel des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten und langjährigen Vorsitzenden der SFIO, Léon Blum, der vom Vichy-Regime interniert und 1943 ins KZ Buchenwald verschleppt wurde, und dessen in der Gefangenschaft verfasster *Blick auf die Menschheit* auch von Lipgens als „einer der europaföderalistischen Grundtexte“²⁰ anerkannt wird. Blum schrieb in diesem Buch: „Man wird sich weigern – und ich gebe zu, daß die Weigerung verständlich ist –, einen Unterschied zu machen zwischen dem Tyrannen, der sein Volk fanatisierte, und dem Volk, das seinem Tyrannen so mitleidlos gehorchte.“²¹

Um die Frage nach dem Zusammenhang von Kriegserfahrung, Verständnis des „deutschen Problems“ und Einigungspolitik in der westeuropäischen Nachkriegszeit beantworten zu können, ist es daher notwendig, den Erfahrungshintergrund der europäischen Einigungsdiskussion genauer zu betrachten. Dies ist selbstverständlich nicht in vollem Umfang, also für jede einzelne Person möglich, die in den verschiedenen Diskussionsforen in Erscheinung traten. Anhand einiger Beispiele, die aufgrund ihrer Rolle in dieser Diskussion hervorstechen, können aber verschiedene Motive des Engagements für ein geeintes Europa und des Verständnisses des „deutschen Problems“ herausgestellt werden, die dazu beitragen, die abstrakte Kausalität von Zweitem Weltkrieg und europäischer Einigung zu konkretisieren. Hierbei steht der erste Versuch einer Konkretisierung, die von Altiero Spinelli entwickelte Herleitung des europäischen Gedankens aus dem Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus im Vordergrund. Dass diese Herleitung von Spinelli stammt, ist kein Zufall: Als Kommunist befand sich der Italiener schon Mitte der 1920er Jahre im Widerstand gegen den Faschismus, von 1927 bis 1943 war er inhaftiert, sagte sich vom Kommunismus los und war 1941 Mitverfasser des europaföderalistischen *Manifests von Ventotente*, das als eines der Gründungsdokumente europäischer Einigungsbestrebungen gilt. Spinelli wurde nach Kriegsende einer der wichtigsten Akteure der UEF.²² Vergleichbare Entwicklungen wiesen andere wichtige Fürsprecher der europäischen Einigung während des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit auf, insbesondere in der Riege der Föderalisten.

Henri Brugmans begann seine politische Laufbahn als sozialistischer Abgeordneter im niederländischen Parlament, er wurde 1942 von der Gestapo als Geisel in Sint-Michielsgestel interniert, wandte sich dort dem Föderalismus zu und arbeitete nach seiner

¹⁹ WIEVIORKA: *Divided Memory*, S. 67, S. 79f.

²⁰ LIPGENS: *Die Anfänge europäischer Einigungspolitik*, S. 111.

²¹ BLUM: *Blick auf die Menschheit*, S. 109.

²² SAINT-OUEN: *Les grandes figures*, S. 198–207; D'AURIA: *The Ventotente Manifesto*, S. 144f., S. 149–154.

Entlassung 1944 an der Widerstandszeitschrift *Je maintiendrai* mit.²³ Von 1946 bis 1950 war Brugmans Präsident des Exekutivbüros der UEF. Auch der Franzose Henri Frenay, der 1949 zum Präsident des Zentralkomitees der UEF gewählt wurde und ein Jahr später Brugmans an der Spitze des Exekutivbüros ablöste, hatte seine entscheidende politische Prägung in der Résistance erlangt. Ende 1941 gründete und leitete er die wohl berühmteste französische Widerstandsbewegung *Combat*. „La Résistance, c’est fondamentalement la double expérience de la rupture et de l’invention historique“²⁴, und diese doppelte Erfahrung von Ende und Neubeginn führte Frenay zum europäischen Föderalismus. Sie ließ ihn Positionen hinsichtlich der Zukunft Frankreichs und Deutschlands vertreten, die für Charles de Gaulle und zahlreiche andere Franzosen im Exil kaum nachvollziehbar waren, die er aber mit Weggefährten wie den Sozialisten André Philip und Guy Mollet oder den Christdemokraten Georges Bidault, Robert Bichet und Pierre-Henri Teitgen aufgrund gemeinsamer Besatzungs- und Résistanceerfahrungen teilte.²⁵ All diese Personen traten nach 1945 in unterschiedlichen Funktionen für die europäische Integration ein. Dass die Résistance jedoch nicht automatisch den Weg ins geeinte Europa – und vor allem: unter Einschluss Deutschlands – ebnete, zeigt einer der berühmtesten Weggefährten Frenays in der Bewegung *Combat*, der Schriftsteller und spätere Nobelpreisträger Albert Camus. Dessen europäische Begeisterung war sehr kurzweilig; ähnlich wie für Alexandre Kojève spielte sich auch für den in Algerien aufgewachsenen Camus der „eigentliche Konflikt dieses Jahrhunderts“ zwischen „den deutschen Träumen und der mittelmeeischen Tradition, der Gewalt des ewigen Jünglings und der männlichen Stärke“ ab, zwischen Maßlosigkeit und Maß.²⁶

Politisch bedeutender als die unterschiedlichen Entwicklungen Henri Frenays und Albert Camus’ war der Gegensatz zwischen Frenay und Charles de Gaulle, der sich noch während des Kriegs ausprägte und während der Debatte über die EVG in einer gegen de Gaulle gerichteten, polemischen Broschüre mündete.²⁷ Dieser Konflikt ist nicht zuletzt aus der Erfahrung geboren, die den Kontinent vom Exil und – noch eindeutiger – von Großbritannien unterscheidet. De Gaulle war einer der wenigen französischen Truppenbefehls-

²³ VAN HEERIKHUIZEN: Pioniers van een verenigd Europa, S. 51f.

²⁴ BELOT: Henri Frenay, S. 465.

²⁵ Dieses Verhältnis übertrug sich auch auf die Integrationspolitik. Henri Brugmans schrieb etwa 1953, die Europabewegung verhalte sich zur Regierungsebene „wie die Illegalität in den von Hitler besetzten Gebieten sich zu den nach London ausgewichenen Exilregierungen verhalten hat. Gegen den gemeinsamen Feind hält man zusammen. Aber man mißtraut Regenten, deren Wunschtraum unbewußt konservativ ist, auch wenn sie die umwälzende Europa-Parole aufgenommen haben.“ BRUGMANS: Skizze, S. 152.

²⁶ CAMUS: Der Mensch in der Revolte, S. 337; vgl. auch RADISCH: Camus, S. 250f. Zur kurzen europäischen Episode Camus’ vgl. Vers une Europe fédérale, S. 90–96.

²⁷ BELOT: Henri Frenay, S. 472, S. 631; HAEU, UEF-97, Henri Frenay: La Communauté Européenne de Défense (C.E.D.). Réponse au Général de Gaulle, Paris 1953.

haber, dem es gelang, den deutschen Westfeldzug zurückzuschlagen. Er war sozusagen unbesiegt, als er am 17. Juni 1940 nach London floh und „im Namen Frankreichs“ den fortgesetzten Widerstand der ewigen französischen Nation proklamierte. Das bedeutet natürlich nicht, dass er die faktische Niederlage Frankreichs nicht realisierte, aber er erlebte diese Niederlage und deren Folgen – Besatzung und Kollaboration – anders als Frenay und all jene Résistants, die vorerst im Land geblieben waren. Für de Gaulle war der Zweite Weltkrieg der nächste Akt eines neuen Dreißigjährigen Kriegs. Er selbst repräsentierte die Kontinuität französischer Einheit und Größe, die zwar aufgehört hatte zu existieren aber in seiner Person gewahrt blieb und durch einen französischen Beitrag zum Krieg gegen Deutschland sowie durch die Umstrukturierung des französischen Staates nach der Befreiung wieder zur vollen Entfaltung kommen sollte.²⁸

Jene geographisch vermittelte Distanz zur kontinentalen Kriegs- und Besatzungserfahrung, die de Gaulle dazu befähigte eine französische Kontinuität zu behaupten und nach dem Krieg zu rekonstruieren, war für andere Exilpolitiker zwar ebenfalls gegeben, etwa für Paul-Henri Spaak als Außenminister der belgischen Exilregierung. Diesem gelang es aber nicht, das Scheitern der belgischen Neutralitätspolitik gegenüber dem „Dritten Reich“ zu übertünchen und auf einer der französischen analogen, belgischen Kontinuität zu beharren. Spaaks entscheidende Erfahrung des Exils war, wie er in seiner Autobiographie rekapitulierte, die Präsenz zahlreicher weiterer Exilpolitiker aus den anderen besetzten, kleineren Staaten des Kontinents – Dänemark, Griechenland, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen und der Tschechoslowakei –, mit denen er in London in Kontakt kam und deren Planung regionaler Zusammenschlüsse für die Nachkriegszeit er mitverfolgte.²⁹ Spaak selbst bemühte sich um die Einigung mit den ebenfalls besiegten und besetzten Niederlanden in einer Zollunion, für deren Zustandekommen die Erfahrung der Machtlosigkeit auf dem Kontinent wie im Exil ein wesentliches Motiv war.³⁰

Die Kontinuitätsbehauptung, welche für Paul-Henri Spaak indiskutabel war und von Charles de Gaulle gegenüber den Alliierten mühsam aufrechterhalten werden musste, war hingegen für britische Politiker Realität: Großbritannien blieb tatsächlich unbesiegt und unbesetzt, auch wenn die Kriegsanstrengungen und die Opfer deutscher Luftangriffe unter der Zivilbevölkerung noch so groß waren. Es erlebte keinen Bruch, sondern wurde zum Hort des europäischen Widerstands gegen das nationalsozialistische Deutschland, in dem die geflohenen Politiker des Kontinents ihre Exilregierungen ausriefen und über eine neue

²⁸ LOTH: Charles de Gaulle, S. 49, S. 57–60; LINSEL: Charles de Gaulle, S. 93; COWANS: Visions of the Postwar, S. 79.

²⁹ SPAAK: Memoiren eines Europäers, S. 117–119.

³⁰ DUMOULIN: Spaak, S. 280f.; BOEKESTIJN: The Incantation, S. 139.

Nachkriegsordnung diskutierten. Der fundamentale Unterschied zwischen dieser britischen und der kontinentalen Erfahrung, der sich schließlich in der Europapolitik der Nachkriegszeit niederschlug, wurde schon von Zeitgenossen betont. Jean Monnet, der den Zweiten Weltkrieg selbst hauptsächlich im Londoner Exil erlebte, machte das fehlende „Trauma der Besatzung“ dafür verantwortlich, dass die Briten nicht wie die Kontinentaleuropäer „gezwungen waren, eine Bilanz ihrer moralischen und materiellen Verluste zu ziehen, dann aufs neue wieder anzufangen und eine neue Rolle zu suchen.“³¹ Selbst Duncan Sandys, Schwiegersohn Winston Churchills und von 1948 bis 1950 Vorsitzender des ME, der als britischer Soldat in der Schlacht um Norwegen 1940 schwer verwundet worden war, engagierte sich somit vor einem anderen Erfahrungshintergrund für die Einigung Europas als seine Mitstreiter aus Frankreich oder den Benelux-Staaten.

Die beiden westeuropäischen Erfahrungsräume des Zweiten Weltkriegs, der eines traumatischen Bruchs und der einer widerständigen – und letztlich siegreichen – Kontinuität sind, dies sollte schon an den wenigen vorgestellten Beispielen deutlich werden, nicht als ausschließlich und absolut zu verstehen. Zwischen der kontinentalen Welt der Niederlage und Besatzung und der insularen Welt der fortgesetzten Kriegsanstrengung existierte die Welt des Exils, in der die nationale Kontinuitätsvorstellung eines Charles de Gaulle ebenso Bestand hatte wie der Impuls für die fundamentale Umstrukturierung Europas eines Paul-Henri Spaak. Henri Frenay wies auf den ersten Blick mehr Überschneidungen mit de Gaulle auf, in dessen Provisorischer Regierung er 1944 Minister wurde; seine direkte Erfahrung der Niederlage und Besatzung führte ihn jedoch schließlich an die Seite Spaaks, mit dem für die politische Einigung Europas und gegen de Gaulle kämpfte.³² Die geographisch-erfahrungsgeschichtliche Nähe/Distanz zum Geschehen auf dem Kontinent während des Zweiten Weltkriegs sowie die Anerkennung/Negierung eines fundamentalen Bruchs in der europäischen Entwicklung durch den Sieg des Nationalsozialismus prägten die europapolitischen Vorstellungen nach 1945 in vielen Fällen tatsächlich mehr als die nationale Zugehörigkeit.

Westeuropäisches (Un)Bewusstsein

Traumatischer noch als Niederlage, Besatzung und Exil wirkte sich die Erfahrung des Widerstands auf das politische Bewusstsein aus, weil sich spätestens hier die nationalsozialistische Herrschaft in ihrer mörderischen Qualität offenbarte. Henri Frenay floh 1943 nach Algier, und diese Flucht stand im Zusammenhang mit einer der großen Tragödien der

³¹ MONNET: *Erinnerungen eines Europäers*, S. 573; vgl. ebd., S. 390.

³² BELOT: *Henri Frenay*, S. 601, S. 630f.; vgl. auch VAYSSIERE: *Vers une Europe fédérale*, S. 295.

französischen Résistance, dem Tod Jean Moulins. Moulin hatte im Auftrag de Gaulles die wichtigsten französischen Widerstandsgruppen in einem *Conseil Nationale de la Résistance* vereinigt, wurde verhaftet und starb nach wochenlanger Folter durch den SD. In einem Gespräch mit westeuropäischen und deutschen Veteranen im Juni 1952 erinnerte Frenay nicht nur daran, dass in den 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft „un régime qui a assassiné 30 à 40 millions d’hommes, de femmes et d’enfants, a pu parler au nom de l’Allemagne“, sondern ebenfalls – das Schicksal Jean Moulins im Bewusstsein – an „les tortures scientifiques ordonnées par les S.D. [...]“. ³³ Nicht Krieg und Besatzung waren präzedenzlos, sondern Internierung, Deportation, Zwangsarbeit, Folter und Massenmord, die von den Deutschen verübten Verbrechen, die ihre Opfer in der Nachkriegszeit verfolgten.

Der ehemalige Anführer der italienischen Widerstandsgruppe *Partito d’Azione*, Ferruccio Parri, der ab 1949 als liberaler Delegierter in der Beratenden Versammlung des Europarats saß, wollte in seinem Einsatz für die europäische Einigung nicht als „avocat des Allemands“ verstanden werden. An die französischen Delegierten gewandt, mit denen er die Widerstandserfahrung teilte, betonte Parri, er könne und dürfe die Kämpfe der Vergangenheit die er angeführt, und die Opfer der italienischen Jugend die unter seiner Verantwortung gestanden hatte, nicht vergessen:

L’Allemagne a meurtri à mort mon pays non moins que la France. La fleur de la jeunesse d’Italie est tombée dans la lutte contre le nazisme. Ce sont plusieurs dizaines de milliers de jeunes hommes. Dix mille de nos camarades de la résistance ont été déportés dans les *lagers*; un millier seulement ont revu le ciel de leur pays. Moi-même je fus dans les griffes des nazis pendant quelques mois. ³⁴

Der niederländische Sozialist Marinus van der Goes van Naters erinnerte noch 1954 in der Beratenden Versammlung an „les quatre années pendant lesquelles j’ai été enfermé“ ³⁵ als Grund seiner mittlerweile überwundenen „Germanophobie“. Gemeint war damit seine Geiselhaft im KZ Buchenwald sowie, gemeinsam mit Henri Brugmans, in Sint-Michielsgestel von 1940 bis 1944. Ebenfalls in der Beratenden Versammlung berichtete der französische Christdemokrat Pierre-Henri Teitgen vom Schicksal seiner Familie: Er selbst war in die Fänge der Gestapo geraten, sein Bruder und sein Vater wurden in die KZ Dachau und Buchenwald verschleppt und einer seiner Schwäger war im KZ Mauthausen umgekommen. ³⁶

Dass solche Erinnerungen insbesondere im Straßburger Europarat vorgetragen wurden, war kein Zufall. Der durch die europäische Einigung zu überwindende deutsch-

³³ HAEU, UEF-141, Projet de Procès-verbal de la Réunion d’Anciens Combattants Européens de Bad Lauterbach, 28./29.06.1952, S. 23.

³⁴ CE-AC, Première Session, 15. Sitzung, 05.09.1949, S. 1009.

³⁵ Ebd., Sixième Session, 8. Sitzung, 26.05.1954, S. 183.

³⁶ Ebd., Première Session, 8. Sitzung, 19.08.1949, S. 411.

französische Gegensatz hatte sich hier wie an keinem anderen Ort manifestiert. Straßburg war nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 mit Elsass-Lothringen dem neu entstandenen Deutschen Reich einverleibt worden, nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg fielen Stadt und Region zurück an Frankreich, der Beginn und das Ende des Zweiten Weltkriegs gingen jeweils mit einem erneuten Wechsel der territorialen und nationalen Zugehörigkeit Straßburgs und Elsass-Lothringens einher. Den Europarat hier anzusiedeln war daher von nicht geringerer Symbolkraft und auch genauso intendiert, die Delegierten der Beratenden Versammlung waren sich der Symbolik des Orts ihres Zusammentreffens vollkommen bewusst.³⁷ Zahlreiche Delegierte wiesen in der ersten Sitzungsperiode auf die historische Bedeutung der Stadt und nicht zuletzt auf den Auftrag hin, der mit diesem Ort verbunden wurde: So beschwor der französische Sozialist Jean le Bail einen „nouveau serment de Strasbourg“ welcher die Delegierten darauf verpflichtete „que dès maintenant nous sommes unis dans une patrie commune pour le meilleur et pour le pire.“³⁸ Doch die intendierte Symbolik Straßburgs vermochte es keinesfalls, die Assoziierung der Stadt und ihrer Umgebung mit der konfliktreichen Vergangenheit zu überlagern: Der Europarat befand sich nur wenige Kilometer entfernt vom ehemaligen KZ Natzweiler-Struthof.³⁹ Diese geografische Nähe trug dazu bei, die Erinnerung an Verfolgung, Deportation und Mord auch ohne persönliche Erfahrung wachzuhalten, wie bei dem Delegierten der britischen Labour-Partei Maurice Edelman:

No one in this Assembly needs to be reminded of the horrors which the Nazis brought upon Europe. But if by chance there is anyone who needs so to be reminded, let him merely visit the concentration camp of Struthof, only twenty-five miles from Strasbourg, where so many thousands of innocent from the nations represented here today were done to death in a most atrocious way.⁴⁰

Edelman, dessen Eltern 1905 vor den zaristischen Pogromen aus Russland geflohen waren, stellte die Erinnerung der „horrors“ von Natzweiler-Struthof in einen Zusammenhang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarats, und auch andere

³⁷ TRUNK: Europa, S. 117. Straßburg als deutsch-französisches und europäisches Symbol ist von der durch Pierre Nora angestoßenen Erforschung der Erinnerungsorte kaum gewürdigt worden: In den französischen *lieux de mémoire* wird lediglich die Region des Elsass mit einem Artikel bedacht, der bezeichnenderweise die nationale Perspektive auf die „mémoire-frontière“ betont und in dem die europäische Bedeutung Straßburgs nach 1945 keine Erwähnung findet; unter den deutschen Erinnerungsorten nimmt die Stadt gar keinen Stellenwert ein, als europäischer Erinnerungsort wird sie nur mittelbar durch den Hinweis auf die Menschenrechtskonvention des Europarats angeführt, gleichsam ohne auf den symbolischen Ort Straßburg hinzuweisen, an dem die Konvention entstand; MAYEUR: Une mémoire-frontière; FRANÇOIS/SCHULZE: Deutsche Erinnerungsorte; WOLGAST: Menschenrechte, S. 174. Vgl. auch FRANÇOIS: Europäische *lieux de mémoire*.

³⁸ CE-AC, Première Session, 6. Sitzung, 17.08.1949, S. 225.

³⁹ Im Komplex des KZ Natzweiler-Struthof starben seit Mai 1941 ca. 20.000 Menschen an den Bedingungen der Haft, an der Zwangsarbeit sowie an medizinischen Experimenten oder wurden ermordet; STEEGMANN: Das Konzentrationslager Natzweiler-Struthof, S. 200–243.

⁴⁰ CE-AC, Deuxième Session, 21. Sitzung, 28.08.1950, S. 1142.

Delegierte nutzten die geographische Nähe von Europarat und KZ, um den Zusammenhang von deutscher Vergangenheit und europäischer Zukunft herauszustellen. Als der deutsche SPD-Abgeordnete Erik Nölting den Schuman-Plan als „Politik der Sieger“ charakterisierte, empfahl ihm sein französischer Genosse André Philip nach Struthof zu fahren – dort würde er sich darüber klar werden, „que tous les Français, même ceux qui ont la meilleure volonté internationale, sont obligés de lutter contre eux-mêmes, contre leurs souvenirs et contre leur subconscient.“⁴¹ Gemeint war hiermit das Ressentiment gegenüber den Deutschen. Für Philip – wie für zahlreiche seiner europäischen Mitstreiter – galt es, gerade im Bewusstsein der deutschen Verbrechen eine Konsequenz aus der Vergangenheit zu ziehen, die politische Konsequenz der europäischen Einigung mit Deutschland. Seine Formulierung ist jedoch insofern bemerkenswert, weil Sie dennoch auf etwas Verdrängtes – und permanent zu Verdrängendes – verweist, auf den obligatorischen Kampf eines jeden mit sich selbst und seiner Erinnerung.

Was verdrängt werden musste und durch das Bewusstsein deutscher Verbrechen auch einfacher verdrängt werden konnte, war die europäische Beihilfe zu diesen Verbrechen. Nur äußerst selten trat das Wissen um die Kollaboration mit dem Nationalsozialismus in der europäischen Einigungsdiskussion zutage. Deswegen wirkt es geradezu wie eine Freudsche Fehlleistung, liest man in den Sitzungsprotokollen der Beratenden Versammlung des Europarats, nur wenige Tage nach Philips Skizzierung des Kampfs gegen das Unterbewusste, die Feststellung des dänischen Delegierten Per Federspiel, dass

within the last decade hundreds of thousands of people all over Europe, from the most varied classes, of all creeds and professions, took up arms in a most improvised manner, and against the most deadly risk, to fight for [sic!] something perhaps equally vague, something which we might today look upon as having been a distorted form of the ideal which is uniting us here to-day – the unity of Europe, but a Europe united under Nazi tyranny.⁴²

Nicht der Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung, in der Federspiel eine wichtige Rolle eingenommen und die ihm mehrere Verhaftungen und Internierungen durch die Gestapo eingebracht hatte, wurde hier betont, sondern die Kollaboration. In der folgenden Sitzungsperiode des Europarats führte Federspiel seine außergewöhnliche Dekonstruktion des europäischen Mythos eines im Widerstand vereinten Kontinents noch fort; er erinnerte daran, dass unter deutscher Besatzung „Europe was as close to unity as it has been for a thousand years. From the plains of Russia to the Atlantic Ocean the swastika dom-

⁴¹ Ebd., Troisième Session, 10. Sitzung, 11.05.1951, S. 246.

⁴² Ebd., 14. Sitzung, 14.05.1951, S. 358.

inated not only the destinies of Europe, but a good deal of its political thought.“⁴³ Die politische Bewunderung des Nationalsozialismus und die Kollaboration im Europa der 1930er und 1940er Jahre wurden in der europäischen Einigungsdiskussion nahezu vollständig ausgeklammert, was nicht zuletzt an den verwickelten Vorgeschichten so mancher Protagonisten dieser Einigungsdiskussion lag.

So hatten etwa Paul-Henri Spaak und sein politischer Ziehvater bei der belgischen Arbeiterpartei, Henri de Man, in den 1930er Jahren nicht nur jeden Versuch einer Beendigung der belgischen Neutralität gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus aufs Schärfste bekämpft; auch wies ihr Konzept eines „nationalen Sozialismus“ Schnittmengen mit der korporatistisch-antiparlamentarischen, faschistischen Ideologie auf.⁴⁴ Während Spaak nach der Niederlage Belgiens 1940 ins Londoner Exil ging, diente sich de Man den deutschen Besatzern an und begrüßte den Zusammenbruch der westeuropäischen Demokratien als „Erlösung“.⁴⁵ Das nationalsozialistische „Neue Europa“ war keine bloße Propagandaformel, sondern besaß eine große Anziehungskraft, nicht nur auf die faschistischen Parteien und Bewegungen in den besetzten Ländern. Weniger die Vorstellung der Neuordnung Europas unter nationalsozialistischer Führung wirkte abschreckend als die Praxis dieser Neuordnung, die auf Wünsche und Konzepte der Kollaborateure wenig Rücksicht nahm.⁴⁶

Unter den französischen Aktivisten der UEF gab es besonders viele solcher biographischen Verwicklungen, die sich in das „paradoxe français“⁴⁷ einreihen, die Beteiligung an Kollaboration oder Widerstand keineswegs politischen Kategorien wie rechts und links, autoritär und demokratisch oder eben nationalistisch und europäisch zuordnen zu können. Alexandre Marc, der erste Generalsekretär der UEF, hatte sich in den 1930er Jahren als Protagonist der nonkonformistischen Bewegung um die Zeitschriften *Esprit* und *L'Ordre nouveau* hervorgetan. Er war gleichermaßen antiparlamentarisch, antimarxistisch, antikapitalistisch und antiliberal eingestellt, träumte von einem radikalen Umsturz und einem Neuaufbau von Staat und Gesellschaft, und seine Vorstellungen erinnerten trotz offizieller Ab-

⁴³ Ebd., Quatrième Session, 27. Sitzung, 30.09.1952, S. 726. Ähnlich urteilte auch der amerikanische Diplomat George Kennan: „Bei meiner Tätigkeit in Berlin während des Krieges war mir aufgefallen, daß Hitler selbst, wenn auch aus unedlen Zwecken, die europäische Vereinigung technisch bereits weitgehend vollzogen hatte.“ KENNAN: *Memoiren eines Diplomaten*, S. 417.

⁴⁴ DUMOULIN: Spaak, S. 86–97; HELLMAN: *The Communitarian Third Way*, S. 145; STERNHELL/SZNAIDER/ASHERI: *Die Entstehung der faschistischen Ideologie*, S. 308f.

⁴⁵ MAZOWER: *Hitlers Imperium*, S. 432. Spaak gestand in seinen *Memoiren* zwar ein, dass de Man „schwere Fehler“ begangen habe, nichtsdestotrotz galt er ihm weiterhin als „der unverfälschteste sozialistische Denker des 20. Jahrhunderts“; SPAAK: *Memoiren eines Europäers*, S. 9.

⁴⁶ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung bei GRUNERT: *Der Europagedanke*. Zu den „collaborationnistes européens“ in Frankreich vgl. auch BOSSUAT: *La France*, S. 63–65.

⁴⁷ EPSTEIN: *Un paradoxe français*.

lehnung des Totalitarismus stark an den italienischen Faschismus.⁴⁸ Marc begeisterte sich für den als jugendlich imaginierten Kampf der Deutschen gegen die Weimarer Republik und für deren Abschaffung durch den Nationalsozialismus: So relativierte er 1933 nicht nur die Gewaltmaßnahmen des neuen Regimes, sondern kommentierte den gesamten Katalog nationalsozialistischer Politik mit den lakonischen Worten: „comment ne pas approuver“.⁴⁹ Der 1933 zum Katholizismus konvertierte Marc – er entstammte einer jüdischen Familie aus Odessa – lehnte zwar den Rassismus der Nationalsozialisten grundsätzlich ab, verlor aber gerade über den Antisemitismus kein Wort, wie auch nach dem Krieg über die Vernichtung der europäischen Juden.⁵⁰

Henri Frenay hatte ebenfalls vor seiner Hinwendung zur europäischen Einigung ganz anderen politischen Idee angehangen. Wenige Monate nach der französischen Niederlage, in deren Folge das Kollaborationsregime Philippe Pétains mit den *Statuts des Juifs* die ersten antisemitischen Entrechtungsmaßnahmen erlassen hatte, verfasste der spätere Widerstandsheld Frenay im November 1940 ein Manifest der nationalen Befreiung, in dem er zwar einerseits zum Widerstand gegen die deutschen Besatzer aufrief, andererseits aber der nationalen Revolution Pétains ebenso das Wort redete wie dem Ausschluss der Juden aus der widerständigen französischen Nation.⁵¹ Andere Franzosen, die sich in der Nachkriegszeit für den europäischen Föderalismus einsetzten, wiesen ebenfalls problematische Vorgeschichten auf. Raymond Silva bewunderte etwa den portugiesischen Diktator Antonio Salazar.⁵² André Voisin, Gründer und Generalsekretär des französischen Föderalistenverbandes *La Fédération* sowie langjähriges Mitglied des Zentralkomitees der UEF hatte sich in den 1930er Jahren im politischen Umfeld der faschistischen *Action française* und *Parti social français* betätigt und unter Pétains Kollaborationsregime das *Collège d'études syndicales et corporatives* geleitet.⁵³

Die Ideologie des „Dritten Wegs“ oder der „Dritten Kraft“ zwischen Ost und West, zwischen Kapitalismus und Kommunismus, welche die europäischen Ordnungsvorstellungen bis zum Ausbruch des Koreakriegs durchzog, war dem faschistischen und nationalsozialistischen Anspruch einer fundamentalen innen- und außenpolitischen Neuordnung strukturell verwandt. Deswegen kann es nicht verwundern, dass sich einige Anhänger die-

⁴⁸ 1935 reiste eine Delegation dieser französischen Nonkonformisten nach Rom, um sich am *Istituto fascista di cultura* mit dem italienischen Konzept sozialer Neuordnung vertraut zu machen; vgl. STERNHELL: *Ni droite ni gauche*, S. 428.

⁴⁹ Zit. nach ebd., S. 463.

⁵⁰ HELLMAN: *The Communitarian Third Way*, S. 186.

⁵¹ Zur ausführlichen Diskussion dieses Manifests und seiner Zuschreibung an Frenay vgl. BELOT: *Henri Frenay*, S. 163–187.

⁵² BRUGMANS: *A travers le siècle*, S. 240; VAYSSIÈRE: *Vers une Europe fédérale*, S. 118f.

⁵³ COTILLON: *Ce qu'il reste de Vichy*, S. 187–189; HICK: *Die Union Europäischer Föderalisten*, S. 192.

ses „Dritten Wegs“ bis zum Zweiten Weltkrieg im „Dritten Reich“ wiedererkannten. Für die UEF, die nach 1945 konsequent außer- und zum Teil auch weiterhin antiparlamentarisch auftrat, und insbesondere ihre französische Sektion *La Fédération*, war die europäische Einigung der Ausweg aus einer gesellschaftlichen und politischen Ordnung, die man schon in den 1930er Jahren unter anderen Vorzeichen bekämpft hatte.⁵⁴ Solche strukturellen Übereinstimmungen wurden auch in der Einigungsdiskussion festgestellt, und die Anhänger des Föderalismus mussten sich mitunter gegen ihre Assoziierung mit Korporatismus und Faschismus verteidigen.⁵⁵ Insofern war die Hinwendung zur europäischen Einigung nicht nur auf integrationspolitische, sondern auch auf vergangenheitspolitische und biografische Motive zurückzuführen. Die Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ und seine Bewältigung durch die europäische Einigung stellte gleichzeitig eine Bewältigung der eigenen Vergangenheit dar, die zum Teil eine bemerkenswerte ideologische Nähe zu Aspekten der deutschen Vergangenheit aufgewiesen hatte.

Das Verständnis des Zweiten Weltkriegs als fundamentale Zäsur, als praktische Widerlegung des Systems der europäischen Nationalstaaten und insbesondere der Schutzfunktion dieser Staaten gegenüber ihren Bürgern, war bei zahlreichen Anhängern der europäischen Einigung nach 1945 auf deren persönliche Erfahrung zurückzuführen. Was diese kumulierte europäische Erfahrung des Bruchs in ihren heroischen Aspekten des Widerstands, ihren traumatisierenden Aspekten der Verfolgung und Internierung oder ihren verschwiegenen Aspekten der Kollaboration hingegen nicht umfasste, war der eigentliche Bruch, den die nationalsozialistische Herrschaft über den Kontinent bedeutete, der „Zivilisationsbruch“⁵⁶ des präzedenzlosen, systematischen Massenmords an den europäischen Juden. Die Dokumentation und Erinnerung des Holocaust blieb den Überlebenden überlassen – während sich in den ersten Nachkriegsjahren verschiedene Europaverbände konstituierten, sich mit der europäischen Lösung des „deutschen Problems“ auseinandersetzten, und auch intellektuelle Organisationen mit der europäisch-kulturellen Rehabilitierung der Deutschen begannen, gründete sich im Dezember 1947 ein europäisches Koordinationskomitee jüdischer Kommissionen und Dokumentationszentren, um die Bemühungen zur Aufklärung des Massenmords zusammenzufassen.⁵⁷

Das Auseinandertreten des europäischen und des jüdischen Gedächtnisses bedeutet zwar nicht, dass der Mord an den europäischen Juden und insbesondere die Symbole dieses Mords, die Gaskammern und Krematorien, in der Diskussion über die europäische Einigung

⁵⁴ Zur Kontinuität des „Dritten Wegs“ vgl. COHEN: *De la révolution nationale*.

⁵⁵ CoE, Political Committee, 08.05.1948, Rede Claude Lussan, S. 92, Rede Henri Brugmans, S. 103.

⁵⁶ DINER: *Gedächtniszeiten*, S. 152.

⁵⁷ SZNAIDER, *Gedächtnisraum Europa*, S. 72–75, S. 87–95; JOKUSCH: *Khurban Forschung*, S. 462f.

gung und das „deutsche Problem“ vollkommen ausgeblendet wurden: Henri Brugmans etwa sprach von der Empörung, welche die Menschen befällt, wenn die Mächtigen „eine ganze ‚Rasse‘ liquidieren“, weswegen „die Kampfansage an die Nationalsozialisten erst gemeinverständlich [wurde], als die Judenverfolgungen begonnen hatten.“⁵⁸ Auch Brugmans Nachfolger an der Spitze der UEF, Henri Frenay, bezifferte nicht nur die Millionen Menschen, die im Namen Deutschlands ermordet worden waren, sondern benannte auch konkret die „crimes contre l’humanité, ce sont les chambres à gaz, le massacre des Juifs, la mort lente dans les camps d’internés civils.“⁵⁹ Solche Verweise auf das besondere Schicksal der Juden blieben jedoch die absolute Ausnahme.

Insofern ist zwar Tony Judts Feststellung für die europäische Nachkriegszeit zu widersprechen, dass „jede Andeutung, dem jüdischen Leiden müsse möglicherweise Vorrang eingeräumt werden, mit Empörung aufgenommen [wurde].“⁶⁰ Dagegen ist die von ihm betonte gemeineuropäische Tendenz, bei der Thematisierung deutscher Verbrechen von deren Besonderheiten und Unterschieden abzusehen, auch in der europäischen Einigungsdiskussion zu erkennen. Dies offenbarte sich nicht zuletzt daran, dass die Beratende Versammlung des Europarats trotz der wiederholten, eindringlichen Plädoyers des italienischen Sozialisten Giovanni Persico für eine Aufnahme der Tatbestände der Verbrechen gegen die Menschheit und des Genozids in die europäische Menschenrechtscharta,⁶¹ „did not feel that these matters need find a place in the Convention at the moment [...]“⁶² Die weitgehende Ausblendung des Antisemitismus und des Holocaust aus den Diskussionen über das „deutsche Problem“ ist insofern erklärbar, dass die Vernichtung der Juden „kein Narrativ“ hat – die Opfer waren verscharrt oder verbrannt worden, die meisten Überlebenden emigrierten in der Nachkriegszeit aus Europa, und die schiere Dimension des Massenmords „destruiert eine jede dem Ereignis angemessene Erzählstruktur.“⁶³ Die europäischen Juden und ihr Schicksal aus dem Bewusstsein zu verdrängen, verhinderte zudem die Erinnerung an den Schuldanteil der Kollaboration mit dem Nationalsozialismus. Insofern begünstigte die „de-Judification“⁶⁴ der europäischen Erinnerung die politische Reintegration der Deutschen.

Wie eng die nahezu vollständige Ausblendung des Holocaust mit der europäischen Lösung des „deutschen Problems“ in Zusammenhang stand, zeigte sich etwa bei Pierre-

⁵⁸ BRUGMANS: Skizze, S. 53f.

⁵⁹ BOISSIER/FRENAY: *Afin que justice soit faite*, S. 14.

⁶⁰ JUDT: *Geschichte Europas*, S. 939.

⁶¹ CE-AC, *Première Session*, 8. Sitzung, 19.08.1949, S. 447; ebd., *Deuxième Session*, 6. Sitzung, 14.08.1950, S. 347f.

⁶² Ebd., 16. Sitzung, 25.08.1950, Rede David Maxwell Fyfe, S. 888.

⁶³ DINER: *Gedächtniszeiten*, S. 214.

⁶⁴ LAGROU: *The Legacy of Nazi Occupation*, S. 286.

Henri Teitgen, der das Scheitern der EVG unter anderem auf die „aversion incontrôlée non seulement pour le nazisme de la ‚solution finale‘ mais pour l’Allemagne dans son ensemble“⁶⁵ des (jüdischen) französischen Ministerpräsident Pierre Mendès France zurückführte – die Erinnerung an die jüdischen Opfer wachzuhalten, bedeutete die Erinnerung an die deutschen Täter und die Dimension ihrer Verbrechen wachzuhalten. Teitgen selbst sprach zwar in seinen Reden in der Beratenden Versammlung des Europarats mehr als jeder andere über die KZ, die Gaskammern und die Krematorien. Er nutze diese Hinweise jedoch als rhetorisches Mittel zur Legitimierung einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“, zur Gegenüberstellung des Deutschlands der „Endlösung“ und des zivilisierten, weil europäisierten Deutschlands. Die Hinweise auf die Vernichtungspolitik dienten gleichermaßen als Warnung vor der Vergangenheit wie als Ausdruck ihrer Überwindung, die durch die europäische Einigung und Einbindung Deutschland erreicht worden sei:

Ce que je sais, c’est que l’Allemagne, dans son immense majorité, vous déclare qu’elle est définitivement – et le temps n’est pas si loin où flambaient les fours crématoires – pour la paix et pour la justice, pour la liberté et pour la démocratie. Je ne pense pas qu’au terme de pareille déclaration il soit opportun de chicaner.⁶⁶

Den Deutschen ihre Verbrechen vorzuhalten, würde bedeuten, diese Entwicklung infrage zu stellen: hier tritt jener erinnerungspolitische Balanceakt zutage, der die Diskussion über die europäische Lösung des „deutschen Problem“ in der Nachkriegszeit prägte.

⁶⁵ TEITGEN: *Faites entre le témoin suivant*, S. 451.

⁶⁶ CE-AC, Cinquième Session, 5. Sitzung, 09.05.1953, S. 83.

3 Das „deutsche Problem“ als Ausgangspunkt der Einigungsdiskussion 1945–1949

Dass der Zweite Weltkrieg einen Bruch im europäischen Selbstverständnis bedeutete, lässt sich insbesondere daran ablesen, dass sich in den Jahren 1946 bis 1948 verschiedene Verbände gründeten, die auf unterschiedlicher weltanschaulicher Grundlage für die europäische Einigung eintraten. Schon in der ersten europäischen Nachkriegszeit nach 1918/19 hatte sich eine Bewegung gebildet, die sich für einen geeinten Kontinent als Mittel der politischen und ökonomischen Selbstbehauptung Europas gegenüber den USA und der UdSSR einsetzte. Aber diese Bewegung beschränkte sich auf politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten, die der Gründer der *Paneuropa-Union*, Richard Coudenhove-Kalergi, auf Kongressen versammeln konnte oder die sich in klandestinen Zirkeln europäischer Großindustrieller zusammenschlossen. Die Europabewegung der Zwischenkriegszeit war ein Honoratiorenphänomen ohne gesellschaftliche Basis, sie hatte keinen Einfluss auf die politische Entwicklung Europas, und der einzige Vorstoß in Richtung eines europäischen Zusammenschlusses durch den französischen Außenminister Aristide Briand aus dem Jahr 1929 fand kaum Anklang. Dem Aufstieg des Faschismus und der allgemeinen Verhärtung der inner- und zwischenstaatlichen politischen Gegensätze auf dem Kontinent konnte sie nichts entgegensetzen.¹

Erst der Zweite Weltkrieg verschaffte der europäischen Einigungsidee eine breitere Aufmerksamkeit und politische Rezeption. Sie fand Ausdruck in einer Pluralität von Gruppierungen, Unterstützung in Presse und Öffentlichkeit, Anklang in allen relevanten Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Eingang in die Regierungspolitiken. Allerdings standen die nach 1945 konstituierten Europaverbände zum Teil in einer persönlichen oder weltanschaulichen Kontinuität zur Zwischenkriegszeit: Richard Coudenhove-Kalergi, der den Zweiten Weltkrieg im amerikanischen Exil verbracht hatte, kehrte nach Europa zurück und führte seine elitären, paneuropäischen Organisationsbemühungen in der EPU fort, die liberale LECE propagierte den Freihandel und das MSEUE des sozialistischen Internationalismus. Neben dieser Anknüpfung an schon vor dem Zweiten Weltkrieg bestehende Gruppierungen und Konzepte entwickelten sich aber auch verschiedene neuartige Europaverbände, die in keiner Traditionslinie zur Zwischenkriegszeit standen, sondern aus Überlegungen und Kontakten resultierten, die sich erst während des Kriegs entwickelt hatten:

¹ Zur Geschichte der Europabewegung der Zwischenkriegszeit, der *Paneuropa-Union* und dem Briand-Plan vgl. CLEMENS: Eine neue Ordnung; CONZE: Richard Coudenhove-Kalergi; FLEURY/JÍLEK (Hg.): Le Plan Briand; HENRICH-FRANKE (Hg.): Die Schaffung Europas; MÜLLER: Europäische Gesellschaftsbeziehungen; ORLUC: A last Stronghold; WYRWA: Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi, ZIEGERHOFER-PRETTENTHA-LER: Botschafter Europas.

Hierzu gehören die föderalistische UEF, die christdemokratischen NEI und das ME als überparteiliche Dachorganisation der europäischen Einigungsverbände.²

Das Neuartigen an den Verbänden der UEF, der NEI und des ME im Vergleich mit der EPU, der LECE und dem MSEUE bildete ihre durch den Zweiten Weltkrieg angestrebte Überzeugung, die politische Entwicklung Europas auf eine neue Grundlage zu stellen. Die UEF verfolgte eine föderalistische Organisation von unten, die NEI eine transnationale Kooperation auf christlicher Grundlage und das ME eine überparteiliche Sammlung und Politikberatung. Dass sich diese Bestrebungen im Gegensatz zu denen der anderen Einigungsverbände nicht darin erschöpften, schon bestehende Konzepte und Netzwerke lediglich an die neuen politischen Bedingungen anzupassen, dass sie diese neuen Bedingungen vielmehr zum Anlass eines weltanschaulichen und organisatorischen Neubeginns nahmen, lässt sich auch an der Intensität ihrer Beschäftigung mit dem „deutschen Problem“ nachvollziehen: Für die UEF, die NEI und das ME stand die Lösung dieses Problems durch die europäische Einigung mit der jeweiligen Verbandsgründung auf der Tagesordnung. Zwar äußerte sich auch Coudenhove-Kalergis EPU zum „deutschen Problem“,³ plante die LECE im Frühjahr 1947 einen Deutschlandkongress, dessen Notwendigkeit jedoch aus Sicht des Verbands durch den Marshall-Plan obsolet wurde,⁴ und veröffentlichte das MSEUE mit seiner Gründung im Juni 1947 einen „Appell an das deutsche Volk“.⁵ Jedoch konnten diese Verbände aufgrund ihrer weltanschaulichen Traditionslinien das „deutsche Problem“ einfacher in schon bestehenden Erklärungsmuster und Lösungsstrategien internationaler Politik einbetten, es erforderte keine gesonderte Aufmerksamkeit. Für den Konstituierungsprozess der Föderalisten, der Christdemokraten und des überparteilichen ME stellte das „deutsche Problem“ hingegen eine ungleich größere Herausforderung dar. Ihr Anspruch, Europa auf eine neue Grundlage zu stellen, erforderte eine Selbstverständigung über die fundamentale Frage, inwiefern sich Deutschland in die jeweiligen Vorstellungen von der europäischen Einigung integrieren ließ. Diese Selbstverständigung als Ausgangspunkt der europäischen Einigungsdiskussion, die auch die Debatten im Brüsseler Pakt und die Gründung des Europarats prägten, wird im Folgenden analysiert.

² Auch für die deutsche *Europa-Union* wurde festgehalten, dass sie nicht an die Europabewegung der Zwischenkriegszeit anknüpfte; CONZE: *Das Europa der Deutschen*, S. 218.

³ DHEI, Bd. 4, Dok. 39: *European Parliamentary Union: Second Congress at Interlaken*, 01.–05.09.1948, S. 141.

⁴ Ebd., Dok. 49: Lord Beveridge: 'The German Problem', April–Juni 1947, S. 197f.

⁵ Ebd., Dok. 61: *Inaugural Congress in Montrouge*, 21.–22.06.1947, S. 294–296.

3.1 Die Deutschlandkommission der *Union Européenne des Fédéralistes*

Föderalistische Motive gegenüber Deutschland

Im Dezember 1946 gründete sich in Basel der Europaverband UEF als Dachorganisation föderalistischer Bewegungen, die sich zum Teil schon während des Zweiten Weltkriegs aus den Widerstandsgruppen verschiedener europäischer Länder herausgebildet hatten. Sowohl in den föderalistisch orientierten Widerstandszirkeln als auch in der UEF war die Forderung einer föderalen Neuorganisation Europas eng verbunden mit der Reflexion über die Zukunft Deutschlands, der Möglichkeit und Notwendigkeit einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“. Die Föderalisten erkannten diese Möglichkeit und Notwendigkeit in der absehbaren, desaströsen Niederlage des Deutschen Reichs, wie auch in einem aus Kriegs- und Besatzungserfahrung hergeleiteten Bedürfnis einer Neuordnung Europas jenseits des Systems souveräner Nationalstaaten, die weder Frieden mit noch Sicherheit vor Deutschland zu garantieren vermocht hatten. Schon 1942 wies der spätere Generalsekretär der UEF, Raymond Silva, auf diesen Zusammenhang und den damit verbundenen engen Zeithorizont der Einigungsperspektive hin: „La retarder serait funeste, car une fois le danger écarté, l’oubli vient vite [...]“.⁶

Niederlage und Besetzung würden Deutschland auf absehbare Zeit als europäische Großmacht ausschalten und im Bewusstsein seiner Nachbarn disqualifizieren. Genau diese Zeitspanne, in der das Bewusstsein der Gefährdung Europas durch Deutschland noch ungetrübt, aber die Gefährdung vorerst neutralisiert war, sollte für die eigenen Ziele genutzt werden. Dementsprechend begannen noch zu Kriegszeiten die Koordinations- und Planungsbemühungen föderalistisch orientierter Widerstandskämpfer. Am 20. Mai 1944 veröffentlichte eine Gruppe europäischer Résistants in Genf eine gemeinsame Deklaration, welche die Errichtung einer europäischen Föderation forderte. Den strittigsten Punkt der vorausgegangenen Überlegungen und Diskussionen bildete die Verständigung über das „deutsche Problem“ und seine Lösung im Rahmen einer europäischen Föderation.⁷ Die Bedeutung dieses Punkts wird dadurch unterstrichen, dass ihm in dieser ersten europäischen Erklärung ein eigener Abschnitt gewidmet war, dessen programmatischer Kern lau-

⁶ Zit nach VAYSSIERE: *Vers une Europe fédérale*, S. 55.

⁷ Ebd., S. 74. An den Treffen nahmen zwischen März und Juli 1944 ca. 15 Personen aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden, Norwegen, Polen, der Schweiz und der Tschechoslowakei teil. Gegen die Anwesenheit deutscher Exilanten erhoben zahlreiche Teilnehmer Einspruch, woraufhin Altiero Spinelli mit dem bezeichnenden Vergleich konterte, man könne kaum in europäischem Bewusstsein zusammenarbeiten, wenn die Deutschen als „zweites jüdisches Volk“ behandelt und ausgeschlossen würden; HEYDE: *De l’esprit de la Résistance*, S. 136, S. 141.

tete: „Germany must be helped and, if necessary, compelled to change her political and economic structure with a view to qualifying for membership of the Federal Union.“⁸

In diesem grundsätzlichen Ziel gipfelten die konkreten Überlegungen der Deklarationen hinsichtlich Deutschlands: politische und ökonomische Dezentralisierung, demokratische Erziehung und Förderung demokratischer Elemente aus dem deutschen Widerstand, Zerstörung von Preußentum, Militarismus, Bürokratismus und Feudalismus. Mehr noch als diese konkreten Forderungen enthält die abstrakte Zielperspektive die Grundüberzeugung der Föderalisten vom „deutschen Problem“ und seiner europäischen Lösung: Erstens musste sich Deutschland qualifizieren, um einen Platz in der zukünftigen europäischen Föderation zu haben. Die Voraussetzung einer erfolgreichen europäischen Einbindung Deutschlands sei das Erreichen gewisser Mindeststandards an Dezentralisierung, insbesondere in der politischen und ökonomischen Sphäre. Zweitens müsste Deutschland unter die Arme gegriffen werden um diese Mindeststandards zu erreichen, im Zweifelsfall würde es jedoch dazu gezwungen werden, die entsprechenden politischen und ökonomischen Maßnahmen durchzuführen. Und drittens wurde den Deutschen somit faktisch nicht zugetraut die qualifizierenden Mindeststandards aus eigener Einsicht und Anstrengung zu erreichen. Insofern war die geforderte Überwindung nationalstaatlicher Strukturen in Europa in erster Linie eine Überwindung der nationalstaatlichen Struktur Deutschlands, und dessen Einbindung in eine europäische Föderation kein bloßes Angebot, sondern im Zweifelsfall eine politische Zwangsmaßnahme.

Mit dieser Überzeugung, dass es den Deutschen nicht selbst überlassen bleiben dürfe, Teil des geeinten Europas zu werden, standen die Föderalisten keineswegs allein. Auch dem französischen Sozialisten und ehemaligen Ministerpräsidenten Léon Blum, der vom Vichy-Régime interniert und 1943 ins KZ Buchenwald verschleppt wurde, diente diese Überzeugung als zentraler Punkt seines 1941 verfassten Plädoyer für die europäische Einigung:

Um [...] die Unschädlichkeit Deutschlands in einem friedlichen und gesicherten europäischen Statut zu erreichen, gibt es daher einen einzigen Weg: die Eingliederung der deutschen Nation in eine internationale Gemeinschaft, welche genügend Macht besitzt, um es umzuschulen, zu disziplinieren und nötigenfalls zu meistern.⁹

⁸ DHEI, Bd. 1, Dok. 216: Geneva conference of resistance fighters: draft Declaration II on European federation, 20.05.1944, S. 682. Zur Entstehung dieser Deklaration vgl. HEYDE: *De l'esprit de la Résistance*, S. 140–151.

⁹ BLUM: *Blick auf die Menschheit*, S. 109. Die Identität dieses Motivs bei Blum und in der Résistance-Erklärung konstatiert auch BITSCH: *La triple option de Paris*, S. 82. Mitunter wird dieses immer wieder angeführte Zitat seiner Essenz beraubt, indem die Notwendigkeit des Umschulens, Disziplinierens und Meisterns unterschlagen wird; vgl. etwa LOTH: *Der Prozess der europäischen Integration*, S. 19.

Auch die erste systematische Auseinandersetzung der Föderalisten mit dem „deutschen Problem“, die Henri Brugmans 1946 verfasste, reflektiert den Zwangscharakter der europäischen Einbindung Deutschlands. Der Autor verglich die europäisch-föderale Behandlung Deutschlands mit einer Resozialisierungsmaßnahme und bezeichnete sie als „reclassement des criminels“: Eigentlich müsse Deutschland gegenüber seinen Opfern zurückgesetzt werden, ihm selbst im Rahmen eines gemeinsamen Plans zum Wiederaufbau Europas die geringste Priorität zukommen lassen. Gleichzeitig gelte es, seinen Rückfall in den „banditisme“ zu verhindern und ihm die Perspektive eines „vie honorable“ zu eröffnen.¹⁰

Brugmans betonte mit Verweis auf seinen Beitrag zum Widerstand gegen die Nationalsozialisten, dass ihn keine „tendresse particulière pour le peuple allemand“ zu dieser Ansicht bewege, sondern die Erkenntnis, dass Deutschland Europa aufs Neue in eine Katastrophe reißen werde:

Cette fois, non par sa puissance, mais par sa misère, non par son fanatisme, mais par son désespoir. [...] [L]a vie d'un peuple européen perd toute perspective, sauf celle de la famine et de la mort. Ce n'est pas la pitié que nous devons plaider ici: c'est le réalisme. Le néant est à nos portes.¹¹

Gerade angesichts der sowjetischen Übermacht sowie der Uneinigkeit und der Ideenlosigkeit der westlichen Besatzungsmächte mussten die Europäer sich über eins klarwerden: „Nous continuons à être responsables de ce qui passera en Allemagne“¹², weswegen auf ein zweigliedriges deutschlandpolitisches Programm hinzuarbeiten sei. Einerseits müsse es die ökonomische und andererseits die kulturelle und politische Entwicklung beeinflussen, was bedeutete: wirtschaftlicher Wiederaufbau und Föderalisierung. Diese Maßnahmen sollten „préparer sa rentrée dans la communauté européenne. Ces deux problèmes-là une fois résolus (ou plutôt, il suffirait déjà que l'on vît les premières lueurs d'une solution possible), nous pourrions commencer à penser à la trop fameuse ‚rééducation‘ des masses.“¹³

Für einen Mentalitätswandel der Deutschen mussten also erst die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Denn der „rêve atroce du Deutschtum n'est pas mort, et il ne mourra jamais, tant qu'existe (ou tant qu'on peut espérer que renaîtra) un Gross Deutschland. Il faut maintenant que chaque Allemand sache que, une fois pour toutes, l'Allemagne unifiée ne se relèvera plus [...]“. Als Sachsen, Westfalen oder Rheinländer, eingebunden in eine offene europäische Gesellschaft, könnten die Deutschen ihren Beitrag zum Fortschritt der Menschheit leisten, nicht aber in einem eigenen deutschen Zentralstaat. Der „cauchemar de l'unité allemande“ führe dazu, dass die Deutschen „dégénèrent tous en

¹⁰ BRUGMANS: L'Allemagne et le fédéralisme européen, S. 25.

¹¹ Ebd., S. 17f.

¹² Ebd., S. 23.

¹³ Ebd., S. 24f.

„Boches“, pour ne rêver que guerre, annexion, militarisme et mysticisme idolâtre.“¹⁴ Brugmans verstand die Existenz eines deutschen Staats und dessen aggressive Expansion als konsequente Abfolge. Deswegen bedeutete für ihn die Lösung des „deutschen Problems“ in erster Linie, die Wiederentstehung eines deutschen Staats zu verhindern, der diese Abfolge auslösen würde. Die Deutschen müssten „pensent en hommes“¹⁵, also aufhören ihren verhängnisvollen Traum von der Einheit, Größe und Mission Deutschlands verwirklichen zu wollen. Insofern bildete die Errichtung einer europäischen Föderation eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Lösung des „deutschen Problems“; allein durch eine politische und ökonomische Neuordnung Europas – was bedeutet: ohne die deutsche Einsicht in diese Notwendigkeit – war dies nicht zu bewältigen.

Brugmans' Überlegungen zum „deutschen Problem“ und dem europäischen Föderalismus bildeten den Ausgangspunkt der Beschäftigung der UEF mit dem Thema. Auf einer Konferenz im schweizerischen Hertenstein, auf der im September 1946 die Gründung der UEF beschlossen wurde, flossen sie in eine Resolution hinsichtlich des „deutschen Problems“ ein.¹⁶ Als sich der Verband dann im Dezember in Basel konstituierte, folgten aus diesen Überlegungen auch gleich organisatorischen Konsequenzen: Neben Kommissionen für die Beziehungen zwischen den verschiedenen föderalistischen Gruppierungen, für Wirtschaft, Gewerkschaften, Jugend und Erziehung gründete die UEF auch eine Deutschlandkommission, welche die wichtigste, langlebigste und effektivste dieser Arbeitsgruppen darstellen sollte.¹⁷ Doch nicht nur in der Deutschlandkommission sondern ebenfalls in der Kommission für Erziehung setzten sich die Föderalisten mit dem „deutschen Problem“ auseinander. In einem internen Rundbrief forderte das Generalsekretariat den Vorsitzenden dieser Kommission, den in der Schweiz lebenden Franzosen Léon van Vassenhove, dazu auf, ein „projet „pédagogique““ zu entwerfen und darüber dem Generalsekretariat sowie der UNESCO zu berichten, die offenbar für die Unterstützung des Erziehungsprojekts gewonnen werden sollte.¹⁸ In der Schweiz sollte ein „établissement d'enseignement, destiné à des allemands“ entstehen, und es sei „inutile d'insister sur le caractère de nécessité et d'urgence que présente la réalisation d'un tel projet.“¹⁹

¹⁴ Ebd., S. 29.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ LIPGENS: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 302f.

¹⁷ VAYSSIERE: Vers une Europe fédérale, S. 119. Die Bezeichnung der Kommission in den Quellen ist vollkommen unsystematisch: Commission „pour l'Allemagne“, „pour les questions allemands“, „pour le problème allemand“, „pour l'étude des problèmes allemands“ oder einfach „Commission allemand“; teilweise tauchen in einem Dokument verschiedene Bezeichnungen auf.

¹⁸ Hier besteht eine Überschneidung mit den französischen Überlegungen zur *rééducation* der Deutschen, für deren Durchführung ebenfalls die UNESCO als Koordinationsrahmen der westlichen Alliierten anvisiert wurde; DEFRANCE: Edmond Vermeil, S. 218.

¹⁹ HAEU, UEF-88, Lettre circulaire N° 3, 18.01.1947, S. 3.

Offenbar hatte diese Aufforderung keine Wirkung, zumindest beschwerte sich das Generalsekretariat einen Monat später darüber, dass bisher außer von Seiten der Deutschlandkommission keine Berichte über begonnene Aktivitäten eingegangen seien.²⁰ Die Deutschlandkommission war für die Aufnahme und Pflege von Kontakten mit deutschen Föderalisten zuständig, auf diese Weise sollte sie gleichzeitig deren tatsächliche Gesinnung überprüfen. Henri Brugmans, der 1946 durch Deutschland gereist war und erste Gespräche geführt hatte, war zur der Überzeugung gekommen, dass der Begriff Föderalismus mitunter als Deckmantel eines regionalistischen Egoismus diene – Brugmans bezeichnete dies als „Kartoffel-Föderalismus“ der vorwiegend agrarisch geprägten Gebiete.²¹ Aber nicht nur aus Skepsis gegenüber den möglicherweise opportunistischen Motiven der Deutschen erschien eine genaue Überprüfung notwendig, sondern auch aus einer anhaltenden Furcht vor „survivances si tenaces du Führerprinzip et de la Gleichschaltung“ oder Organisationsweisen „de la manière nazie“.²²

Auf der ersten Sitzung ihres Zentralkomitees, die im April 1947 in Amsterdam stattfand, betraute die UEF den Schweizer Ernst von Schenck mit den Beziehungen zu den deutschsprachigen Ländern.²³ Auch in den weiteren Beschlüssen der Sitzung spiegelte sich der Stellenwert des „deutschen Problems“ wider. Zum einen wurde es im allgemeinpolitischen Antrag thematisiert: Nur im Rahmen einer föderativen Gemeinschaft interessierter Nationen könne die „réintégration du peuple allemand“ bewältigt werden, „en excluant tout danger d'hégémonie et d'agression, d'où qu'il vienne [...]“.²⁴ Zum anderen konstatierte ein eigener „Antrag über das deutsche Problem“, dass für dessen genauere Überprüfung eine Beteiligung der deutschen Föderalisten wünschenswert sei, auf deren zukünftige Mitarbeit man hoffe. Erneut fasste das Zentralkomitee der UEF zusammen, dass Deutschlands Zukunft nur in einer europäischen Föderation konstruktiv sein könne. Die föderalistische Lösung dürfe nicht als Bestrafung der Besiegten durch die Sieger verstanden werden, vielmehr müssten die Deutschen einsehen, dass diese Lösung ihnen den ökonomischen, sozialen und kulturellen Wiederaufbau ermögliche und ihrer Jugend ein neues Lebensideal schenke.

Das deutsche Volk könne einzig durch seine unaufgeforderte und aktive Zustimmung zu dieser Lösung seine Kooperationsbereitschaft aufzeigen. Diese freiwillige und

²⁰ Ebd., Lettre circulaire, N° 5, 20.02.1947, S. 2.

²¹ BRUGMANS: A travers le siècle, S. 241. Vgl. VAYSSIERE: Vers une Europe fédérale, S. 99.

²² HAEU, UEF-1, UEF an Haut-Commissariat de la République française en Autriche, 15.07.1947; HAEU, UEF-141, Ernst von Schenck, Rapport du Congrès de l'Europa Union, 25.05.1949, S. 1.

²³ HAEU, UEF-88, Lettre circulaire N° 8, 25.04.1947, S. 2, S. 5.

²⁴ HAEU, UEF-128, Réunion du Comité Central à Amsterdam, 11.–16.04.1947, Motion de politique générale.

überzeugte Mitarbeit am Aufbau einer europäischen Föderation würde beweisen, „qu’il a rompu délibérément avec le national-socialisme [...]“.²⁵ Ein „Appell an die öffentliche Meinung“ beschloss die Thematisierung des „deutschen Problems“ mit der Befürchtung, dass „revendications, de nature territoriale ou économique, présentées par des nations victorieuses, ont pour conséquence de créer des ferments de guerre futures“, weswegen „seule la solution fédéraliste, si elle intervient à temps, peut encore sauver l’humanité [...]“.²⁶ Dieser Präsentation der europäischen Lösung des „deutschen Problems“ als einzige erfolgversprechende Strategie einer Rettung der Menschheit mangelte es nicht an Eindeutigkeit. Zugleich aber verlieh sie, wie schon Henri Brugmans’ Aufsatz über Deutschland und den europäischen Föderalismus, einer grundsätzlichen Verunsicherung Ausdruck, was genau der europäischen Lösung zugrunde liegen müsse. Denn paradoxerweise präsentierte sie einerseits die europäische Föderation als Voraussetzung, um das „deutsche Problem“ zu lösen. Andererseits sollte aber diese Lösung von einem Mentalitätswandel der Deutschen, ihrer freiwilligen Abkehr von den nationalistischen Träumen als Voraussetzung einer erfolgreichen Eingliederung Deutschlands in die europäische Föderation abhängig sein.

Erziehung der Erzieher

Insofern kann hinsichtlich der Ergebnisse des Amsterdamer Treffens keineswegs von einer „alsdann uneingeschränkten Annahme der Deutschen als Mitglieder der Föderation“²⁷ die Rede sein. Vielmehr wiederholte sich die argumentative Konstellation der Genfer Résistance-Deklaration von 1944 und aus Brugmans’ Aufsatz von 1946: Erstens war die europäische Einbindung Deutschlands nicht optional; es wurde eindeutig unterschieden zwischen den „interessierten“ europäischen Nationen, die zur Bildung einer Föderation aufgefordert wurden, und den Deutschen, deren Einbindung in die Föderation vorausgesetzt wurde. Zweitens mussten die Deutschen den Beweis antreten, dass sie die Notwendigkeit dieser Einbindung erkannt und mit ihrer Vergangenheit gebrochen hatten. Brugmans bemühte in seiner Verteidigung dieses letzten Punkts des Amsterdamer Deutschland-Antrags erneut das Bild der Resozialisierung und sprach von einem Kind, dem – „même difficile, voire criminel, est peut-être celui-là en particulier“ – Verantwortung für seine Taten wie für seine Besserung zukomme: „La seule façon d’approcher les Allemandes, c’est donc de se mettre sur le même plan qu’eux, sans oublier pour cela leur haute trahison

²⁵ Ebd., Motion sur le problème allemand.

²⁶ Ebd., Appel à l’opinion publique.

²⁷ LIPGENS: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 375.

envers l'Europe.“ Um jedoch diese Wiedereingliederung zu erreichen, „il faut d'abord former les éducateurs, qui ne peuvent être qu'allemands.“²⁸

Die Kontaktaufnahme der UEF zu deutschen Föderalisten, die im Juni 1947 mit einer Deutschlandreise Ernst von Schencks begann²⁹ und auf dem Kongress von Montreux im August 1947 zur Wahl von drei Deutschen in das Zentralkomitee des Verbands führte, stand ganz im Zeichen der von Brugmans geforderten Erziehung der Erzieher. Für diese Aufgabe war die Deutschlandkommission Ernst von Schencks zuständig. So wandte sich von Schenck im Vorfeld des Kongresses von Montreux mit einem langen Brief an die deutschen Föderalisten, um sie auf die besondere Bedeutung des „deutschen Problems“ für die europäische Einigung und die Arbeit der UEF hinzuweisen. Diese Hervorhebung kam in seinem Schreiben auch zum Ausdruck. Von Schenck wies auf seine Aufgabe als Vorsitzender der Deutschlandkommission hin, die Entwicklung der deutschen Föderalistengruppierungen zu beobachten, ihre Schwierigkeiten und Anliegen in der UEF verständlich zu machen und gleichzeitig den Anliegen der UEF in Deutschland Gehör zu verschaffen, „auch wenn sie Ursachen zu haben scheinen, die von den Deutschen nicht ohne weiteres als gut europäisch und föderalistisch akzeptiert werden“³⁰ könnten.

Er bat um eine ernsthafte Abwägung seiner Vorschläge, weder Unterwürfigkeit noch eine Abwehrhaltung seien angebracht. Mit seinem Schreiben wollte von Schenck, wie er offen eingestand, auf ein bedachtes und tendenziell zurückhaltendes Auftreten der deutschen Föderalisten hinwirken, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Erstens bei der Gründung von Gruppierungen und deren Beitritt zur UEF, um den „immer wieder befürchtete[n] Eindruck einer deutschen Preponderanz [sic!]“ zu vermeiden. Zweitens sollte vorerst nicht auf die „Bildung einer eigentlichen Massenbewegung“ hingearbeitet werden, weil dies „dem inneren Zustand des deutschen Volkes heute eher angemessen sein dürfte“ und es für die Deutschen sehr leicht, für die „Angehörigen der ehemals überfallenen Länder umso schwerer“ sein würde, sich der UEF anzuschließen „je stärker die Deutschen in der Bewegung zur Geltung kommen.“ Und drittens, „um den Eindruck nicht aufkommen zu lassen, als drehe sich das ganze Europa-Problem vor allem oder gar einzig um die Lösung der deutschen Frage.“³¹ Die gleichberechtigte Mitwirkung der Deutschen auf dem Kongress von Montreux und in der UEF stellte er gleichzeitig als Kapital des Verbands bei der „dauerhaf-

²⁸ BRUGMANS: L'Union Européenne des Fédéralistes se réunit à Amsterdam, S. 34f.

²⁹ HAEU, UEF-88, Lettre circulaire N° 11, 18.06.1947, S. 2f.

³⁰ HAEU, UEF-141, Ernst von Schenck, Rundschreiben an die Europa Föderalisten (Gruppen und Einzelne) in Deutschland, August 1947, S. 1. Vanessa Conze datiert das Schreiben auf den Juli 1947; CONZE: Das Europa der Deutschen, S. 300.

³¹ HAEU, UEF-141, Ernst von Schenck, Rundschreiben an die Europa Föderalisten (Gruppen und Einzelne) in Deutschland, August 1947, S. 3f.

ten und wirklich konstruktiven Lösung des Deutschland-Problems“ dar, wie auch als „besonderes Wagnis“. Deswegen würde der „maximalen persönlichen und politischen (unbedingte Ausschaltung von Nationalsozialisten und Nazionalisten [sic!]) Integrität der uns angeschlossenen deutschen Gruppen“ die besondere Aufmerksamkeit des Verbands zukommen.³²

In Montreux fanden Ende August 1947 der erste Jahreskongress der UEF und die zweite Sitzung des Zentralkomitees statt. Den Kongress beherrschten zwei Themen: Zum einen die sich im Zuge des Marshall-Plans und seiner Ablehnung durch die UdSSR im Mai/Juli 1947 herauskristallisierende Blockkonfrontation, zum anderen das „deutsche Problem“.³³ Verbandspräsident Brugmans versuchte in seinem Referat über „Grundsätzliche Positionen des europäischen Föderalismus“ eine gemäßigte und entgegenkommende Haltung gegenüber der Sowjetunion einzunehmen. Er verglich Stalin mit Napoleon, die Rote Armee mit den Sansculotten, den Zustand Europas mit der *Großen Furcht* zu Beginn der französischen Revolution und reihte somit die UdSSR in das gemeinsame europäische Erbe ein. Er führte die Ablehnung der Marshallplanhilfe in Osteuropa nicht nur auf die Jaltakonferenz vom Februar 1945 zurück, auf der sich Roosevelt, Churchill und Stalin über die Teilung Deutschlands – und somit Europas – in zwei Besatzungs- und Einflusszonen verständigt hatten, sondern auch auf den „Verrat von München“, also auf das Münchner Abkommen vom September 1938, durch welches Großbritannien und Frankreich die Tschechoslowakei an das „Dritte Reich“ ausgeliefert hatten. Und er warnte vor der doppelten Gefahr einer Vorherrschaft der USA sowie ihrer Rückkehr zum Isolationismus.³⁴ Dennoch manifestierte der Kongress von Montreux wegen der im Vorfeld gescheiterten Versuche, Kontakte nach Osteuropa und insbesondere in die Tschechoslowakei zu knüpfen, für die UEF einen wichtigen Schritt hin zu der Einsicht, dass ihr neutralistisches, pazifistisches Konzept von Europa als „Dritter Kraft“ zwischen den Blöcken gescheitert war.³⁵

Hierzu wird auch die Auseinandersetzung mit den deutschen Teilnehmern beigetragen haben. Schon durch eine kurze Erklärung Wilhelm Kasting vom Berliner *Panuropa-Bund* in der Sitzung des Zentralkomitees musste den Anwesenden klar werden, welcher großen Druck und Einfluss die sowjetischen Besatzungsbehörden im Vorfeld seiner Teilnah-

³² Ebd., S. 1, S. 4f. Wie berechtigt diese Aufmerksamkeit und die Furcht vor einer Infiltration war, zeigt der „glückliche Zufall“, dass die Teilnahme Herbert Ritters von der deutschnationalen *Europäischen Volksbewegung* am Kongress von Montreux nur durch dessen Verhaftung durch die Besatzungsbehörden verhindert wurde; HAEU, UEF-141, Ernst von Schenck, Rapport du Congrès de l'Europa Union, 25.05.1949, S. 1f.

³³ VAYSSIERE: L'Europe aux Européens, S. 207.

³⁴ UNION EUROPEENNE DES FEDERALISTES: Rapport du premier congrès, S. 17–21.

³⁵ VAYSSIERE: L'Europe aux Européens, S. 217–220.

me auf ihn ausgeübt hatte.³⁶ Unter diesen Umständen trat das „deutsche Problem“ nicht in den Hintergrund, sondern gewann noch an Bedeutung. Der allgemeinpolitische Antrag des Kongresses proklamierte, dass die Beibehaltung nationaler Souveränität einen Zustand bedeute, „qui peut mener a chaque instant à une catastrophe terrible et peut-être définitive.“³⁷ Was genau diese endgültige Katastrophe hervorrufen würde, verdeutlichte nicht nur die Rede des britischen Mitglieds des Zentralkomitees, Frances Josephy, die darauf bestand: „For Europe the danger remains Germany – a strong Germany or a weak Germany, so long as it is an independent Germany.“³⁸ Auch konstatierte ein erneuter, zehn Punkte umfassender „Antrag über die deutsche Frage“, dass „l'état actuel de l'Allemagne et du peuple allemand constitue un danger pour l'avenir de l'Europe.“ Das Besatzungsregime habe nicht für eine effektive Entnazifizierung gesorgt und böte keinen Schutz gegen „le réveil menaçant du nationalisme et du militarisme“, weswegen die heraufziehende Teilung der Welt in zwei Machtblöcke auf Deutschland „des effets particulièrement désastreux“ haben würde. Nur die europäische Föderation könne zu einer „édification d'une Allemagne pacifiée“ beitragen und die Gefahr eines neuen Krieges bannen, denn: „Il s'agit d'obtenir la neutralisation de l'Allemagne en tant que facteur de puissance politique.“³⁹

Die Probleme der Grenzen Deutschlands, seiner politischen und ökonomischen Neuordnung jenseits des Nationalstaats, seiner kulturellen und sozialen Wiederbelebung sowie der Verhinderung einer „erneuten totalitären Abweichung“ könnten allein durch die föderale, sich von unten nach oben selbst entfaltende Entwicklung des Kontinents – und „insbesondere in Deutschland“ – gelöst werden. Der europäische Föderalismus beinhalte jene „spirituellen Anfänge“, von denen sich die Deutschen aus dem Zustand der Orientierungslosigkeit und Isolation herausführen ließen.⁴⁰ Dieser Antrag, den von Schenck schon in seinem Brief an die deutschen Föderalisten angekündigt hatte,⁴¹ der also nicht gemeinsam mit den deutschen Teilnehmern auf dem Kongress in Montreux verfasst, sondern von diesen lediglich akzeptiert wurde, bildete auf Jahre hin den argumentativen Bezugspunkt der UEF hinsichtlich des „deutschen Problems“. Trotz seiner Ausführlichkeit kamen keine wesentlichen Überlegungen gegenüber den vorhergegangenen Positionierungen des Verbands hinzu oder wurden unter dem Eindruck der deutschen Präsenz abgemildert. Wilhelm Hermes, neben Wilhelm Kasting und Eugen Kogon einer der drei Deutschen, die ins

³⁶ HAEU, UEF-128, Procès-verbal de la réunion du Comité Central à Montreux, 31.08.1947, S. 2f.

³⁷ UNION EUROPEENNE DES FEDERALISTES: Rapport du premier congrès, S. 132.

³⁸ Ebd., S. 97.

³⁹ Ebd., S. 127f.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ HAEU, UEF-141, Ernst von Schenck, Rundschreiben an die Europa Föderalisten (Gruppen und Einzelne) in Deutschland, August 1947, S. 4.

Zentralkomitee der UEF gewählt wurden, stimmte vielmehr in den Tenor des Deutschlandantrags ein und beschwor die Erziehung der Deutschen und insbesondere der deutschen Jugend im nicht-nationalistischen, nicht-militaristischen Geiste, was im internen Zirkular der UEF wohlwollend wiedergegeben wurde.⁴²

Ebenfalls wurde Ernst von Schencks Verantwortung im Rahmen der Deutschlandkommission bestätigt, und er prägte die Entwicklung der deutschen Föderalistengruppen maßgeblich mit. Ihm war es gelungen, seinen Protegé Eugen Kogon als Gegengewicht zu den ihm suspekten Deutschen Hermes und Kastings ins Zentralkomitee wählen zu lassen, obwohl Kogon in Montreux nicht anwesend sein konnte; auch machte er gegen Hermes Stimmung, was der Bündelung föderalistischer Kräfte in der deutschen *Europa-Union* unter Kogons Führung ebenfalls zuträglich gewesen sein muss.⁴³ Somit ist Vanessa Conze zuzustimmen, dass in Montreux die „Isolierung der Deutschen [...] endgültig durchbrochen“⁴⁴ wurde. An der Sichtweise der UEF auf Deutschland und das „deutsche Problem“ änderte dies jedoch nichts. In einem Bericht vom April 1948 betonte von Schenck zwar den konstruktiven Einfluss der Zusammenarbeit der UEF mit den deutschen Föderalisten, wies aber auch darauf hin, dass „il faudra encore beaucoup de temps pour arriver à une juste évaluation des forces spirituelles, à la précision des conceptions et à l'élimination de concepts nationalistes et centralisateurs.“⁴⁵

Die von Brugmans geforderte Erziehung der Erzieher war also mit Montreux keinesfalls abgeschlossen, sondern blieb unter der Aufsicht von Schencks, der dem Verband regelmäßig über die – meist von ihm mitinitiierten und beeinflussten – Aktivitäten und Entwicklungen der deutschen Föderalisten Bericht erstattete. Als die UEF im November 1948 zu ihrem zweiten Jahreskongress in Rom zusammenkam, wurde zwar nicht mehr in einem gesonderten Antrag über das „deutsche Problem“ entschieden, doch trat von Schenck als „Verantwortlicher der deutschen Delegation“ auf.⁴⁶ Generalsekretär Raymond Silva würdigte in seiner Rede von Schencks Engagement in Deutschland, durch welches „nos thèses en faveur de l'intégration à la communauté européenne d'une Allemagne démocratique et débarrassée de tout virus nationaliste et militariste“ verbreitet würde.⁴⁷ In der ökonomischen Resolution forderte der Kongress die Einrichtung einer „Société européenne

⁴² HAEU, UEF-128, Procès-verbal de la réunion du Comité Central à Montreux, 31.08.1947, S. 2; HAEU, UEF-88, Lettre circulaire N° 14, 08.09.1947, S. 3.

⁴³ HAEU, UEF-141, Ernst von Schenck, Rapport du Congrès de l'Europa Union, 25.05.1949, S. 2; HAEU, UEF-5, Ernst von Schenck an Milo di Villagrazia, 20.08.1948. Vgl. auch LIPGENS: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 600, Anm. 306.

⁴⁴ CONZE: Das Europa der Deutschen, S. 299.

⁴⁵ HAEU, UEF-88, Lettre circulaire N° 18, 14.04.1948, S. 3.

⁴⁶ HAEU, UEF-100, Deuxième congrès annuel de l'Union Européenne des Fédéralistes à Rome, 7.–11.11.1948, Ordre de Jour.

⁴⁷ Ebd., Rapport moral par le Secrétaire Général Raymond Silva, S. 6.

des Houillères“ zur Beendigung der Konflikte um die Ruhr, und die politische Resolution betonte, dass ohne die europäische Föderation „la reconstitution du pouvoir étatique en Allemagne, bien que nécessaire en fait, provoque des appréhensions compréhensibles dans les autres pays du continent.“⁴⁸

Angesichts dieser unveränderten Problemlage achtete die UEF auch nach Montreux geradezu eifersüchtig darauf, dass die Aufsicht über die deutsche Europabewegung in ihrer Hand blieb. Im Vorfeld des Haager Kongresses und im Zuge der Gründung des ME wurde sie zum bevorzugten Ansprechpartner, wann immer es um Fragen bezüglich Deutschlands ging: So lieferte sie eine durch von Schenck abgesegnete Liste potentieller deutscher Teilnehmer für den Haager Kongress.⁴⁹ ME-Präsident Duncan Sandys versuchte zudem, von Schenck über die deutschen Verhältnisse befragen zu lassen, um die Arbeit der Dachorganisation in den westdeutschen Besatzungszonen zu erleichtern, was von Schenck als „Ungehörigkeit“ bewertete, weil sich das ME „ohne vorherige Verabredung mit uns“ in Deutschland zu etablieren versuchte.⁵⁰ Schließlich bewilligte die UEF die Entsendung von Schencks in die – letztlich inaktive – Deutschlandkommission des ME, fügte jedoch hinzu: „A ce propos, il est entendu qu'en aucun cas la commission pour le problème allemand de l'UEF doit être considéré comme dissoute et que le président M. Von Schenck serait chargé de la réunir au cas où celle du M.E. ne fonctionnerait pas.“⁵¹

Die Deutschlandkommission der UEF blieb auch nach 1947 ein Herausstellungsmerkmal gegenüber den konkurrierenden Europaverbänden. Ihre fortgesetzte Aktivität begründete sich durch ihre Funktion als Instrument des Kontakts, der Koordination und der Einflussnahme hinsichtlich der deutschen Europabewegung, als welches sie von Beginn an konzipiert worden war. Nach erfolgreicher Durchführung einer Konferenz durch die Deutschlandkommission in Bad Homburg, auf der im Mai 1948 von prominenten deutschen Rednern über staatsrechtliche, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitische Fragen diskutiert wurde,⁵² sprach sich die UEF selbst ein „Quasimonopol in Deutschland“⁵³ zu; trotz dieses Monopols wurden die Mitglieder dazu angehalten, ihre prinzipiell begrüßenswerten Kontakte nach und Besuche in Deutschland von Ernst von Schenck überprüfen und absegnen zu lassen.⁵⁴ Insofern lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Europaföderalisten

⁴⁸ Ebd., Notes et extraits, S. 9f.

⁴⁹ HAEU, UEF-4, Raymond Silva an Duncan Sandys, 10.03.1948.

⁵⁰ Ebd., Ernst von Schenck an Raymond Silva, 23.11.1948.

⁵¹ HAEU, UEF-128, Procès-verbal de la réunion du Comité Central à Paris, 24.–26.09.1949, S. 3. Zur Deutschlandkommission des ME vgl. Kap. 3.3.

⁵² Von deutscher Seite nahmen u.a. Carlo Schmidt, Walter Hallstein und Alexander Mitscherlich teil; HAEU, UEF-141, Hans Deichmann an die der UEF angeschlossenen Verbände, 10.03.1948.

⁵³ HAEU, UEF-5, Willem Verkade an Raymond Silva, 22.06.1948.

⁵⁴ HAEU, UEF-245, Bulletin N° 2, August 1948, S. 17.

ihre Überlegungen und Aktivitäten auf die Notwendigkeit zuschnitten, Deutschland und die Deutschen in einen europäischen Zusammenhang einzubinden um eine erneute und als fatal verstandene Eskalation der politischen Beziehungen in Europa zu verhindern. Die verschiedenen Anträge der UEF zu Deutschland sowie ihre Deutschlandkommission stehen exemplarisch für die Bedeutung des „deutschen Problems“ als Ausgangspunkt der föderalistischen Europaidee.

3.2 Die Deutschlandkonferenz der *Nouvelles Equipes Internationales*

Katholische Selbstvergewisserung

Die katholische Christdemokratie Westeuropas hatte mit Politikern wie Robert Schuman (MRP), Konrad Adenauer (CDU), Alcide de Gasperi (*Democrazia Cristiana*), Paul van Zee-land (*Parti Social Chrétien–Christelijke Volkspartij*) oder Joseph Bech (*Chrëschtlech Sozial Volkspartei*) einen besonderen Anteil an der ersten Phase europäischer Einigungspolitik. Auch wenn die Entstehung des politischen Katholizismus in das 19. Jahrhundert zurückreicht und all die genannten Personen schon vor dem Zweiten Weltkrieg politische Ämter bekleidet hatten: Die Parteien, denen sie nach 1945 angehörten und die sie entscheidend mitprägten, waren sämtlich erst im Zuge oder nach der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus entstanden. Hieran lässt sich der Wandel im Selbstbewusstsein des politischen Katholizismus ablesen, den die Herrschaft von Faschismus und Nationalsozialismus in Europa hervorrief. Die Entwicklung des politischen Katholizismus zur einer entscheidenden Stütze der Demokratie wie zu einer entscheidenden politischen Kraft auf nationaler wie auf europapolitischer Ebene war eine Folge des Zweiten Weltkriegs.

Aufstieg und Bedeutung der Christdemokratie ab 1945 waren darauf zurückzuführen, dass sie als einzige Strömung auf der weitgehend diskreditierten politischen Rechten gleichermaßen Tradition und Neubeginn glaubhaft repräsentieren konnte. Die Neukonstituierung der genannten christdemokratischen Parteien kann insofern auch als Bruch mit einer katholisch-politischen Tradition verstanden werden, die sich in der Zwischenkriegszeit mitunter gegen die Demokratie gewandt hatte.⁵⁵ Die NEI als Zusammenschluss europäischer, katholisch-christdemokratischer Parteien bauten nicht auf den – ohnehin nur rudimentär vorhandenen – europäischen Vernetzungsstrukturen auf, die vor dem Krieg oder

⁵⁵ BURGESS: Politischer Katholizismus, S. 129–133.

im Exil existiert hatten, sondern stellten ebenfalls einen Neubeginn dar.⁵⁶ Sie bildeten die direkte Konsequenz des Aufstiegs der Christdemokratie, der sich bereits in den französischen Parlamentswahlen im November 1945 bemerkbar machte. Auf dem Parteitag des MRP kam es einen Monat nach diesen Wahlen zur ersten Kontaktaufnahme zwischen französischen und anderen europäischen Christdemokraten, die 1946 weiter ausgebaut wurden und die, bestärkt durch eine Initiative der Schweizerischen *Konservativen Volkspartei*, im März 1947 in ein Zusammentreffen in Luzern mündeten, auf dem die NEI konstituiert wurden.⁵⁷

Die NEI standen seit ihrer Gründung unter französisch-belgischer Dominanz, was sich schon an den wichtigsten Persönlichkeiten des Verbands ablesen lässt: Erster Präsident wurde der Franzose Robert Bichet, erster Generalsekretär der Belgier Jules Soyeur; nach Soyeurs Rücktritt 1949 wechselte Bichet auf den Posten des Generalsekretärs und der Belgier August de Schryver wurde Präsident. Franzosen und Belgier verhinderten erfolgreich eine zu deutliche Herausstellung des Katholizismus und einen allzu verbindlichen Zusammenschluss der Parteien, damit die Öffentlichkeit sie nicht als ultramontanes Netzwerk und „schwarze Internationale“ wahrnahm. Dieses Bedürfnis, das sich nicht zuletzt in der wenig eindeutigen Namenswahl des Verbands widerspiegelt, stellte aber dessen weltanschauliche Prägung nie in Frage.⁵⁸ Diese Prägung war Ausgangs- und ständiger Fixpunkt der NEI, nicht der europäische Gedanke.⁵⁹ Auch wenn sich der Verband mit der Zeit zu einem entschiedenen Unterstützer des europäischen Föderalismus und der politischen Einigung Europas entwickelte, stand zunächst die „Umgestaltung des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens aus christlichem Geist“⁶⁰ im Vordergrund, wie es in der Pressemitteilung des Luzerner Gründungstreffens hieß. Solch eine Umgestaltung musste die Einigung Europas nicht ausschließen, sie wurde aber weder hier noch in der Entschließung des Gründungstreffens als Ziel der NEI thematisiert.

In der vorausgegangenen Diskussion war das Thema der europäischen Einigung hingegen sehr wohl angesprochen worden, in einem Appell des Delegierten der niederländischen *Katholieke Volkspartij* (KVP), Emanuel Sassen, und auch hier wurde ihre Notwendigkeit in einen engen Zusammenhang mit dem „deutschen Problem“ gestellt. Sassen forderte im Namen der KVP eine aktive Außenpolitik im Hinblick auf die dringende Überwindung

⁵⁶ GISCH: Die europäischen Christdemokraten, S. 229f.; GEHLER/KAISER: Transnationale Parteienkooperation, S. 40.

⁵⁷ KAISER: Begegnungen christdemokratischer Politiker, S. 140f.

⁵⁸ Zu diesen Entwicklungen vgl. GEHLER/KAISER: Transnationale Parteienkooperation, S. 44–47.

⁵⁹ GISCH: Die europäischen Christdemokraten, S. 233.

⁶⁰ TPcC, Dok. 5: Convenium christlicher Politiker Europas, Luzern, 27.02.–02.03.1947, Pressemitteilung, S. 94.

des „Zustands egoistischer Balkanisierung“ auf dem Kontinent, sonst sei die Zukunft Europas unmittelbar bedroht. Zwar distanzierte er die Position seiner Partei explizit vom Fatalismus eines „Untergang des Abendlandes“⁶¹, dennoch sei die Überwindung dieses zersplitterten europäischen Status „plus que mûre“ weil seine Aufrechterhaltung nicht weniger bedeuten würde als „le suicide, ou plutôt, pour utiliser une formule plus moderne, le génocide des Européens. La question est plus que mûre, parce que l'on doit résoudre le problème allemand et on ne peut le faire qu'en résolvant le problème de l'Europe.“ Die Lösung des „deutschen Problems“ könne aber nur dadurch erreicht werden, dass Europa sich selbst, „comme unité morale, culturelle, économique et politique“, wiederbelebe. Gelingen dies nicht, dann seien die Zukunftsaussichten katastrophal, „l'Europe périra et nos enfants avec elle!“⁶²

Der Appell Sassens baute das „deutsche Problem“ und die zwingende Notwendigkeit seiner europäischen Lösung geradezu dramaturgisch auf. Die gleichzeitige Benennung und Abgrenzung von Oswald Spenglers einflussreichem Buch *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte* (1918/1922) diene der Verdeutlichung eines Zustands, der die Vernichtung Europas befürchten ließ, aber nicht aus historischer Gesetzmäßigkeit, sondern aus eigenem Verschulden herrühre. Denn der Feststellung des Zustands einer „egoistischen Balkanisierung“ wurde die prinzipielle Einheit Europas entgegengestellt, die Vision eines notwendigen Verfalls – und der damit verbundenen Beschwörung eines Führers und Retters, wie sie Spengler zu eigen war – mit der Vision einer solidarischen Zusammenarbeit kontrastiert.⁶³ Die Darstellung des Scheiterns dieser Zusammenarbeit als „Selbstmord“ oder „Genozid“ der Europäer erweckte die katastrophische Assoziation mit dem massenhaften Tod in den beiden Weltkriegen. Aus heutiger Perspektive drängt es sich auf, den „Selbstmord“ der Europäer mit dem Ersten und den „Genozid“ mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung zu bringen – Sassens Hervorhebung des Genozidbegriffs als „moderner“ zeugt zumindest vom seinem Wissen um die deutsche Vernich-

⁶¹ Ebd., Dok. 4: Convenium christlicher Politiker Europas, Luzern, 27.02.–02.03.1947, Aussprache, S. 91. [Deutsch im Original]

⁶² Ebd.

⁶³ Eine Abgrenzung von Spengler lässt sich auch in anderen Zusammenhängen der Einigungsdiskussion nachweisen, und sie wurde jedes Mal von Niederländern formuliert: So beschwerte sich der Jan Schmal von der (protestantischen) *Christelijk-Historische Unie* im Jahr 1954 darüber, dass in der Bibliothek des Europarats bis vor kurzem ein Exemplar von Spenglers Buch, jedoch keine Bibel zu finden gewesen sei. Henri Brugmans skizzierte gegen Spengler die europäische Geschichte als tragisches Heldenepos, wodurch sie sich von der Entwicklung anderer Regionen und Völker unterscheide; CE-AC, Sixième Session, 18. Sitzung, 17.09.1954, S. 447; BRUGMANS: Skizze, S. 138.

tungspolitik im Zweiten Weltkrieg, und dieser Begriff erschien ihm offenbar auch als angemessener um die drohende Vernichtung Europas zu beschreiben.⁶⁴

Auch wenn in Sassens Appel nicht auf die konkreten historischen Ereignisse des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie des Holocaust verwiesen und dementsprechend weder Opfer noch Täter konkret benannt wurde, hob die Dramaturgie seines Appells doch die Deutschen heraus: Wenn Sassen im folgenden Satz noch einmal betonte, die Einigung Europas sei überreif weil das „deutsche Problem“ gelöst werden müsse und nur durch die Überwindung des aktuellen Status in Europa gelöst werden könne, dann stand die drohende Vernichtung Europas in einem zumindest assoziativen Zusammenhang mit den Deutschen, welche die Täter des tatsächlichen Genozids in Europa während des Zweiten Weltkriegs gewesen waren. Es ist nicht überliefert, wie die anderen Anwesenden des Luzerner Treffens auf den Appel reagierten, in den Ergebnissen schlug er sich, wie erwähnt, nicht unmittelbar nieder. Dass der Verband aber zumindest für die von Sassen zusammengebrachten Themen Deutschland und Europa sensibilisiert war, lässt sich aus dem Arbeitsprogramm entnehmen, der auf dem ersten Kongress der NEI Ende Mai 1947 in Chaudfontaine bei Lüttich beschlossen wurde. Im November 1947 sollte in den Niederlanden das „deutsche Problem“ diskutiert werden, im Februar 1948 in Luxemburg die Landwirtschaft und im Frühjahr 1948 in der Tschechoslowakei die europäische Kooperation.⁶⁵

Diese thematische Nachrangigkeit Europas gegenüber Deutschland zeigt, dass sich die NEI zuerst über das „deutsche Problem“ als solches verständigen wollten, anstatt gleich, wie es von der UEF betrieben und auch von Emanuel Sassen gefordert worden war, dessen europäische Lösung als selbstverständlich und alternativlos zu postulieren. Auf dem Kongress in Chaudfontaine stand jedoch die christliche Selbstvergewisserung im Vordergrund, ihr widmete der ehemalige Ministerpräsident Belgiens und Ehrenpräsident des Kongresses, Paul van Zeeland, seine Rede.⁶⁶ Ähnlich dramatisch wie Emanuel Sassen drückte sich auch van Zeeland aus: Angesichts der gespaltenen, gleichermaßen materialistischen und spirituellen Natur des Menschen versicherte er seinen Zuhörern, dass „la civilisation chrétienne a réussi mieux que tout autre à harmoniser ces contraires [...]“. Nachdem aber die harmonisierenden, christlichen Prinzipien zwei Mal in Vergessenheit geraten seien, was

⁶⁴ Der Begriff des Genozids als geplante Vernichtung eines Volkes wurde von Raphael Lemkin in seinem 1944 veröffentlichten Buch *Axis Rule in Occupied Europe* eingeführt. Er floss, wenn auch unsystematisch, in die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen durch die Nürnberger Militärtribunale ein und prägte die 1948 von der UN verabschiedete Völkermordskonvention; EARL: Prosecuting genocide.

⁶⁵ ACDP, 009-002-011/1, Procès-verbal de la réunion à Chaudfontaine, 31.05.1947, S. 4.

⁶⁶ Paul van Zeeland war zwar der prominenteste belgische Christdemokrat, jedoch abgesehen von der Ehrenpräsidentschaft auf dem Kongress in Chaudfontaine nicht in den NEI aktiv. Stattdessen wirkte er maßgeblich am Aufbau der 1946/47 ins Leben gerufenen, wirtschaftsliberal orientierten LECE mit; DUMOULIN/DUTRIEUE: La Ligue Européenne, S. 20–25.

zu den beiden Weltkriegen geführt habe, „ce sera peut-être notre dernière chance“, mit der sich entscheide ob „nous laisserons périr notre civilisation qui ne survivrait probablement pas à un nouveau conflit.“⁶⁷

Die Entwicklung der NEI im Jahr 1947 wurde begleitet von einer raschen Abfolge politischer Ereignisse, welche die Blockkonfrontation zu einem dauerhaften Zustand werden ließen – die Truman-Doktrin, das Verteidigungsabkommen von Dünkirchen zwischen Großbritannien und Frankreich, das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz der vier Siegermächte, der Marshall-Plan und seine Ablehnung durch die UdSSR –, wodurch nicht zuletzt die anvisierte Abhaltung einer christdemokratischen Konferenz in der Tschechoslowakei als immer unrealistischer erscheinen musste. Untermalt wurde diese Entwicklung von den apokalyptischen Visionen Sassens und van Zeelands und ihrer Forderung einer Besinnung auf eine gemeinsame, europäisch-christliche Grundlage im Angesicht der drohenden Vernichtung. Dass sich die NEI unter diesem Eindruck als erstes Deutschland und nicht etwa dem Kommunismus widmeten, unterstreicht nicht nur dessen allgemeine Bedeutung für die europäische Einigungsdiskussion, sondern ebenso die besondere Herausforderung, die das „deutsche Problem“ für das Selbstverständnis der europäischen Katholiken darstellte.

Hinsichtlich der für den November 1947 geplanten Konferenz mit dem Titel „Le problème allemand“ standen zwei Fragen im Vordergrund: Erstens, wie sich der Verband dem „deutschen Problem“ am sinnvollsten annähern sollte, und zweitens, ob die Anwesenheit von Deutschen auf der Konferenz erwünscht war. Auf dem Vorbereitungstreffen in Luxemburg am 28. September entschied man sich für einen Termin kurz vor Weihnachten – letztlich tagte die Konferenz vom 30. Januar bis 1. Februar 1948 – und forderte die nationalen Equipes zur Abgabe von Stellungnahmen zum Konferenzthema auf. Ebenso entschied der Verband, deutsche Christdemokraten einzuladen. Dafür würden zunächst Namen und Adressen von potentiellen Teilnehmern gesammelt und ausgetauscht: Nur diejenigen Kandidaten, über deren Teilnahme einhellige Zustimmung erreicht werden konnte, sollten auch eingeladen werden.⁶⁸ Ihre inhaltliche Vorbereitung intensivierten die NEI zusätzlich durch eine Umfrage, in der die (aus den überlieferten Quellen nicht ersichtlichen) Angeschriebenen zu den „ständigen Gegebenheiten“ des „deutschen Problems“, den aus den gegenwärtigen Umständen resultierenden „besonderen Gegebenheiten“ sowie zur Frage eines Friedens mit Deutschland Stellung beziehen sollten.⁶⁹

⁶⁷ TPcC, Dok. 9: Le Congrès des Nouvelles Equipes Internationales. Clôture des travaux de la première session, in: La Libre Belgique, 04.06.1947, S. 100.

⁶⁸ ACDP, 09-002-011/2, Procès-verbal de la réunion à Luxembourg, 28.09.1947, S. 2f.

⁶⁹ Ebd., Enquête sur le Problème Allemand, o.D.

Während hinsichtlich dieser inhaltlichen Vorbereitung der Deutschlandkonferenz Konsens herrschte, bereitete die Frage einer deutschen Beteiligung weitaus mehr Probleme. Schon im Vorfeld von Luzern hatte die schweizerischen Gastgeber die Frage in den Raum gestellt, ob Mitglieder der süddeutschen christdemokratischen Parteien eingeladen werden sollten.⁷⁰ Während die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP) von Beginn an und unwidersprochen in den NEI mitarbeiten konnte – mit einem Anteil von 90% Katholiken war die Aufnahme der Österreicher allein aus konfessionellen Gesichtspunkten unproblematischer als bei den vorwiegend protestantischen Deutschen – und nun gemeinsam mit den Schweizern eine deutsche Teilnahme an der Konferenz einforderte, wollten die Niederländer das Eingeständnis einer deutschen Kollektivschuld zu ihrer Voraussetzung machen.⁷¹ Diese Voraussetzung, die eine deutsche Teilnahme praktisch verunmöglicht hätte, wurde jedoch abgelehnt. Im November 1947 konnte Generalsekretär Soyeur die Namen der zur Auswahl stehenden Deutschen mitteilen: Neben Konrad Adenauer und Jakob Kaiser (CDU) waren dies Josef Müller von der bayrischen *Christlich-Sozialen Union* (CSU), Carl Spiecker von der *Deutschen Zentrumspartei* (DZP) sowie der parteilose, aber der DZP nahestehende Rainer Barzel.⁷² Für Adenauer stellte die Teilnahme an der Luxemburger Konferenz die erste Möglichkeit einer Auslandsreise nach 1945 dar, und er nutzte die Möglichkeit, an den NEI als Forum „kollektiver Selbstvergewisserung über den eigenen weltanschaulichen Standort“⁷³ mitzuwirken, für eine nachhaltige Beeinflussung des deutsch-europäischen Verhältnisses.

Über Deutschland nach Europa

Dass die NEI den deutschen Konferenzteilnehmern nicht das Eingeständnis einer Kollektivschuld abverlangen wollten, bedeutete keineswegs die Ablehnung der Kollektivschuldthese, wie in verschiedenen Reden in Luxemburg deutlich wurde. Zwar charakterisierte der Schweizer Redner Karl Wick den Nationalsozialismus als „teutonische[n] Ausdruck einer allgemeinen Krisis überhaupt“ und projizierte ihn auf die fortgesetzte Gefahr

⁷⁰ TPcC, Dok. 2: Martin Rosenberg, Vorschläge für die Durchführung eines Conveniums führender Vertreter der christlichen Parteien, Vorlage für den Leitenden Ausschuss der SKVP, 25.09.1946, S. 84.

⁷¹ GISCH: Die europäischen Christdemokraten, S. 231, BOSMANS: Das Ringen um Europa, S. 140, sowie KAISER: Deutschland exkulpiert, S. 711f., beziehen sich hier auf die Erinnerungen von Rudolf Lewandowski (ÖVP) und Josef Müller (CSU). In den Unterlagen der NEI ist über die Forderung nach einer Kollektivschulderklärung nichts zu finden. Die anhaltende Skepsis der Niederländer wird jedoch daran deutlich, dass sich Emanuel Sassen bei der Abstimmung über die Konferenzresolution der Stimme enthielt, weil er eine konföderale Organisation der deutschen Länder einem föderalisierten deutschen Staat vorzog; ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 10, Anm. 1.

⁷² Ebd., Rundschreiben Jules Soyeur, 17.11.1947.

⁷³ KAISER: Deutschland exkulpiert, S. 709.

des „rote[n] Nationalsozialismus“ der UdSSR.⁷⁴ Aber gleichzeitig ging auch Wick auf die deutsche Spezifik ein, die den deutschen Nationalsozialismus als radikalsten Ausdruck der „allgemeinen Krisis“ ermöglicht hatte, also auf dessen Voraussetzungen: „Es geht in der Frage der innern und äußern [sic!] Befriedung Deutschlands um mehr als bloß um die totale Ausmerzung des Nationalsozialismus.“ Für Wick wie für die NEI im Allgemeinen führte ein direkter Weg von Luther zu Hitler, weil die Reformation zur Trennung von individueller und kollektiver Moral, somit „zur Erziehung zu einer Kollektivmoral“ und der Verleugung der „Grundsätze einer humanistisch-christlichen Moral in der Politik“ geführt habe und in der „Verherrlichung der nationalen Macht“ in Deutschland gemündet sei. Diese protestantische „Verpreußung Deutschlands“ habe sich aber nicht nur auf die Lutheraner verhängnisvoll ausgewirkt, sondern „das ganze deutsche Volk infiltriert.“

Insofern lief Wicks zentrale Feststellung, dass „Deutschland [...] nicht ohne Europa, aber Europa [...] auch nicht ohne Deutschland“⁷⁵ leben könne, auf die Rücknahme der verhängnisvollen, preußisch-protestantischen Entwicklung in Deutschland und eine Angleichung der deutschen und westeuropäischen Moralitätsvorstellungen hinaus – hierin lag die Voraussetzung dafür, dass das konstatierte deutsch-europäische Abhängigkeitsverhältnis nicht zu einer erneuten Konfrontation und zum Krieg führen würde. In der Broschüre, welche die NEI infolge der Konferenz herausgaben, sind neben einem Vorwort des Generalsekretärs Jules Soyeur und der Abschlussresolution auch drei Reden abgedruckt, die sich mit der kulturellen, ökonomischen und politischen Dimension des „deutschen Problems“ auseinandersetzten. All diese Reden betonten die verhängnisvolle protestantisch-preußische, antidemokratisch-kollektivistische Tradition Deutschlands, welche durch eine (Re-)Orientierung der Deutschen nach Westen überwunden werden müsse.

Der Belgier Désiré Lamalle und der Niederländer Jos Serrarens lieferten in ihren Reden jeweils geschichtliche Abrisse über die Kontinuität der ökonomischen und politischen Aspekte des „deutschen Problems“ sowie über die gegenwärtige Situation im besetzten Deutschland. Beide Redner forderten, den Deutschen eine Entwicklungsperspektive zu geben und ihnen für ihre Entwicklung schrittweise und kontrolliert auch Verantwortung zu übertragen. Bezeichnend war vor allem bei Lamalle die Konzentration auf die westlichen Besatzungszonen, welchen, „encore imprégnées de christianisme“⁷⁶, zumindest das Potential zu einer Westorientierung zugestanden wurde. Serrarens, für den „une ligne directe [...]“

⁷⁴ TPcC, Dok. 14: Karl Wick, Die deutsche Frage, Exposé, NEI-Kongress, Luxemburg, 30.01.–01.02.1948, S. 107, S. 109.

⁷⁵ Ebd., S. 108f.

⁷⁶ ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 57.

du „philosophe de Sans-Soucie“⁷⁷ à Bismarck et Hitler“ und somit in die „antithèse catholico-cisme-national-socialisme“ führte, erschien es schon verdächtig, dass die Berliner CDU und Jakob Kaiser die deutsche Einheit forderten, worin er das Wiederaufleben des preußischen Geistes, des Einheits- und somit des Reichsgedankens erblickte: „Nous ne devons pas être dupes.“ Fast schon erleichtert wirkt Serrarens' Feststellung, dass eine Vereinigung der vier Besatzungszonen wegen der deutschlandpolitischen Konflikte zwischen der UdSSR und den Westmächten keine Frage sei, die sich derzeit stelle. Selbst wenn sich die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherstellen lasse, „l'unité politique du Reich, sous Berlin, ne s'impose certainement pas.“⁷⁸ Wie für Karl Wick war auch für Lamalle und für Serrarens das „deutsche Problems“ weniger eine ökonomische oder politische Herausforderung als eine charakterliche Sonderentwicklung der Deutschen, welche die Beschränkungen der christlichen Moral abgeworfen und sich der nationalen Macht verschrieben hatten. Diese Sonderentwicklung bildete das Fundament der christdemokratischen Interpretation des „deutschen Problems“. Wichtiger als die Überlegungen zu den politischen und ökonomischen Gegebenheiten war insofern die Rede des Luxemburgers Pierre Frieden, der das christdemokratische Verständnis der spirituellen und kulturellen Aspekte des „deutschen Problems“ in aller Deutlichkeit ausführte.

Frieden betonte zwar, dass man nicht vom christlichen Universalismus und der Einheit der menschlichen Natur abweichen wolle, weil „même les camps de concentration et les tortures les plus barbares ne sont privilège d'aucun peuple.“ Dennoch sei es notwendig sich über den spezifischen Charakter und die historische Entwicklung der Deutschen klarzuwerden: „le problème allemand est en première ligne le problème du peuple allemand.“ Die Spezifik des deutschen Charakters und somit des „deutschen Problems“ resultiere aus dessen Bipolarität, der Gleichzeitigkeit von aktiv-dominanten und sentimental-unterwürfigen Elementen, von Individualismus und Kollektivismus, die zu einer Abgrenzung nach außen und der Betonung der eigenen Besonderheit geführt habe: „l'esprit allemand, rebelle à la forme, subit plus facilement l'uniforme [...]“. Individuum sei in Deutschland nicht die Person, sondern die Nation, individualistische Abgrenzung und Einfügung ins Kollektiv seien ein identischer Prozess. Die „idée allemande de la culture, de la liberté, du droit“, die Ausprägung eigener Begriffe und Werte, mache den deutschen Charakter unvereinbar mit der Idee der einen Menschheit, und dadurch mit der Transzendenz. „Il y a là un des traits éternels de l'esprit allemand, au fond anticatholique, antiuniversaliste.“ Des-

⁷⁷ Gemeint ist hier der preußische König Friedrich II. („der Große“), der von seinem zeitweiligen Gast im Schloss Sanssouci, dem französischen Aufklärer Voltaire, als „Philosophenkönig“ bezeichnet wurde.

⁷⁸ ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 63, S. 65, S. 67, S. 69.

wegen könne dem deutschen Charakter auch keine wertgebundene Form, keine Stabilität zukommen; er bleibe notwendig verschwommen, unkontrolliert, seiner selbst unsicher, und dadurch exhibitionistisch, tosend, realitätsfeindlich, was ihn für die Gewalt und den Totalitarismus prädisponiere. „L’Allemand aime à se sentir engagé dans un rôle important, magnifique, colossal.“⁷⁹

Aus dieser Annahme ergaben sich für die Herausforderungen der Gegenwart und die Frage nach Lösungsperspektiven des „deutschen Problems“ schwerwiegende Konsequenzen. Frieden betonte, dass Europa heute nicht vor einer anderen Situation als 1933 stehe, denn die militärische Niederlage gehe keineswegs mit einer Einsicht der Deutschen in ihre Fehler und einer moralischen Umorientierung einher. Die Ideen Hitlers hätten schon vor 1933 existiert und sie würden weiter existieren. Sie hätten sich nicht diskreditiert, bloß weil es Hitler nicht geschafft habe sie umzusetzen. „C’est le succès historique qui décide d’une action, d’une idée, d’un principe, non la philosophie ou la morale. Cette conception subsiste toujours dans le peuple allemand. La faute du nazisme n’est pas dans sa doctrine, mais dans sa défaite.“ Insofern grenzte sich Frieden auch nicht von der Kollektivschuldthese ab, diese schien ihm so selbstverständlich, dass sie überhaupt nicht diskutiert werden musste. „On a discuté le problème de la culpabilité collective; mieux vaut aborder celui de la guérison collective par l’éducation.“ Wichtiger als Schuld und Bestrafung waren aus Friedens Perspektive die Förderung von Einsicht und Umdenken unter den Deutschen; ansonsten würden sie niemals zu einer „santé spirituelle“, und erst recht nicht zu einer für sie selbst wie für ihre Nachbarn gesunden politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gelangen.⁸⁰

Diese Anleitung und Erziehung der Deutschen könne aber nicht isoliert vorgenommen werden, wie es die Alliierten mit ihrer demokratischen *Reeducation* unternähmen, sondern nur im Kontakt und Austausch Deutschlands mit seinen Nachbarn. Einzig dieser Austausch im Sinne einer christlichen Anleitung und Reorientierung vermöge es, die positiven Elemente des bipolaren deutschen Charakters zu mobilisieren und ihn gleichsam zu stabilisieren. Zusammenfassend betonte Frieden, dass der grundlegende Konflikt der Gegenwart weniger ein ökonomischer oder politischer sei als ein spiritueller, er finde statt zwischen christlicher Moral und Kollektivismus. Dieser Kampf werde auf europäischer, ja auf globaler Ebene geführt und das „deutsche Problem“ füge sich in diesen Kampf ein. Dennoch bleibe es ein besonderes Problem, aufgrund der Ungewissheit, ob „le peuple allemand, infesté profondément de nazisme, c’est-à-dire d’antichristianisme, ne soit trop pré-

⁷⁹ Ebd., S. 15, S. 13, S. 18, S. 20.

⁸⁰ Ebd., S. 25, S. 27.

paré à accepter le second terme de l'alternative. Là est le véritable problème allemand.⁸¹ Ähnlich der UEF sahen die NEI eine deutsche Sonderentwicklung, die durch Eingliederung Deutschlands in einen gemeinsamen Rahmen, die Verhinderung seiner erneuten Isolierung beendet werden musste. Die Deutschen erschienen als geradezu willenslose Opfer ihrer eigenen Charakterzüge und ihnen musste geholfen werden, damit sie nicht wieder konsequent in ihr Unglück steuerten, welches automatisch das Unglück ihrer Nachbarn bedeuten würde.

Die Hervorhebung der ökonomischen und politischen Organisation Deutschlands zur Charakterisierung des „deutschen Problems“ wurde bei der UEF eingerahmt von einer Psychologisierung der Deutschen, bei den NEI war es genau anders herum. Hier bildete der deutsche Geist die argumentative Essenz und wurde eingerahmt von ökonomischen und politischen Analyse. Diese Gewichtung der verschiedenen Aspekte ließ die Lösung gemäß den argumentativen Prämissen beider Verbände gleichermaßen einfacher und schwieriger erscheinen: Auf der einen Seite ging die Fokussierung der UEF auf den institutionellen Rahmen, also die europäische Föderation als einzig mögliche wie einzig nötige Lösungsstrategie für das „deutsche Problem“ mit einem eindeutigen politischen Programm einher. So, wie die deutschen Föderalisten in die UEF aufgenommen und gleichsam angeleitet und kontrolliert wurden, so würde Deutschland in die europäische Föderation aufgenommen, angeleitet und kontrolliert werden. Jedoch ließ diese Lösungsstrategie das „deutsche Problem“ solange als virulent erscheinen, wie die europäische Föderation nicht existierte. Für die NEI auf der anderen Seite bestand die Lösung in einer europäischen Rechristianisierung der Deutschen. Die notwendige Einbindung der Deutschen müsse in erster Linie spiritueller Natur sein, gemeinsame politische Institutionen oder ökonomisch Organisationsformen spielten in dieser Lösungsstrategie vorerst keine Rolle. Wie die verschiedenen Redner selbst konstatierten, waren die Rezeption und das Gelingen eines solchen Unterfangens vollkommen fragwürdig, ja geradezu unwahrscheinlich. Jedoch eröffnete sich die Perspektive einer spirituellen „Genesung“ der Deutschen durch ihre institutionelle Einbindung noch auf dem Luxemburger Kongress durch einen entscheidenden Faktor: Konrad Adenauer.

Adenauer nahm nicht nur die Möglichkeit wahr, auf der Luxemburger Konferenz in Kontakt mit der prominent vertretenen, europäischen Christdemokratie zu treten.⁸² Vielmehr nutzte er diese Gelegenheit, um in seiner eigenen Rede die deutsche Sicht der Dinge

⁸¹ Ebd., S. 30.

⁸² BOSMANS: Das Ringen um Europa, S. 139. Die Anwesenheit u.a. von Alcide de Gasperi und Robert Schuman ist angesichts der Tatsache, dass in den NEI vor allem weniger prominente Christdemokraten mitwirkten, bemerkenswert und kann wohl auch auf das Konferenzthema zurückgeführt werden

zu kommunizieren und deren Kongruenz mit den Positionen der NEI zum „deutschen Problem“ herauszustellen. Der ehemalige Kölner Oberbürgermeister und Vorsitzende der CDU in der britischen Besatzungszone bedankte sich eingangs für die Vermeidung der Kollektivschuldthese durch die Redner und Diskutanten. Er selbst widersprach im Folgenden der Kollektivschuld des deutschen Volks und hob den „mutig[en] und energisch[en] Widerstand“ insbesondere christlicher Kreise gegen den Nationalsozialismus hervor. Diese Verteidigung verband er jedoch mit der Anerkennung einer kollektiven Verantwortung der Deutschen zur Wiedergutmachung, um schließlich zu seiner Analyse der jüngsten Vergangenheit überzugehen: „Der Nationalsozialismus war der vollendete Sieg des Materialismus. Dieser Materialismus war nicht nur auf Deutschland beschränkt. In jedem Land fand er seinen anderen politischen Ausdruck.“ Dennoch habe das deutsche Obrigkeitsdenken seinen Aufstieg ermöglicht, und angesichts seiner Fortführung im sowjetischen Kommunismus sei ein europäischer Zusammenschluss notwendig, der die Deutschen aus ihrer Perspektivlosigkeit und ihrem materiellen Elend befreie. Die deutsche Christdemokratie stehe für die christliche Formung der deutschen Jugend, darüber hinaus müsse jedoch die in der Hinwendung Englands zum Kontinent sowie im Zusammenschluss der Benelux-Staaten zum Ausdruck kommende, europäische Perspektive gestärkt werden, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland. „[D]enn der Gedanke einer europäischen Föderation steht und fällt mit einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland; dabei muss dem Wunsch Frankreichs nach Sicherheit unter allen Umständen Rechnung getragen werden.“⁸³

Adenauer stimmte mit den von den NEI-Rednern formulierten Positionen grundsätzlich überein, insbesondere hinsichtlich der fatalen Dominanz des protestantischen Preußen in der deutschen Geschichte.⁸⁴ Auch wenn die CDU nach 1945 als interkonfessionelle Partei konstituiert wurde, blieb der Katholizismus in den ersten Jahren ihres Bestehens dominant. Dies manifestierte sich nicht nur an personellen Kontinuitäten zur Zentrumspartei und den christlichen Gewerkschaften der Weimarer Republik, sondern auch in einer spezifisch katholischen, den Kampf zwischen Christentum und „Materialismus“ ins Zentrum rückenden Geschichtsinterpretation, wobei Christentum und Katholizismus als synonym galten. Zwar wurde der Protestantismus in den Diskussionen der CDU über die deutsche Vergangenheit nicht offen kritisiert, aber doch mit der verhängnisvollen Entwick-

⁸³ ACDP, 09-002-011/2, Mitteilung Hans August Lücklers, MdEP, Vorsitzender der Robert-Schuman-Stiftung an das ACDP, Oktober 1981: Konrad Adenauer und die Tagung der NEI (heute EUCD) Anfang 1948 in Luxemburg. Zur Authentizität dieser Überlieferung vgl. TPcC, Dok. 18: Konrad Adenauer, Ansprache, NEI-Kongress, Luxemburg, 30.01.–01.02.1948, S. 118, Anm. 1.

⁸⁴ Vgl. hierzu auch WINKLER: Adenauer und der deutsche Sonderweg, S. 14f.

lung des preußisch-deutschen Reichs assoziiert. Den deutschen Protestanten wurde der Nachweis von Widerständigkeit und Frömmigkeit abverlangt – Verhaltensweisen, die den deutschen Katholiken kollektiv zugesprochen wurden.⁸⁵

Adenauer trat in Luxemburg als Repräsentant eines geläuterten, rechristianisierten Deutschlands auf. Da er die Überlegungen der NEI in wesentlichen Punkten bestätigte, konnte er den Fokus dieser Überlegungen schrittweise verschieben: gen Osten, wo der Materialismus im sowjetischen Gewand fortlebte, und gen Westen, wo die Lösung des „deutschen Problems“ in der europäischen Föderation gesucht werden musste. In den Reden der NEI-Repräsentanten war der europäische Einigungsgedanke nur im Sinne einer Kontrolle des deutschen Industriepotentials vorgetragen worden.⁸⁶ Nach dem Bekenntnis Adenauers zur europäischen Föderation erweiterte die Konferenzresolution diese zaghaften Anklänge dahingehend, dass die „organisation fédérale de l’Allemagne doit favoriser la constitution d’une Europe fédérative [...]“.⁸⁷ Dieses erste, vorsichtige Bekenntnis zum geeinten Europa bestätigt nicht nur die These Wolfram Kaisers, dass die „europäische Frage [...] in den NEI [...] unauflöslich mit der ‚deutschen Frage‘ verbunden“⁸⁸ war. Es lässt sich darüber hinaus feststellen, dass das „deutsche Problem“ den europäischen Einigungsgedanken überhaupt erst in die NEI hineinrug.

Emanuel Sassen hatte dieses Motiv beim Gründungstreffen eingebracht, aber erst das Bekenntnis Adenauers zur europäischen Föderation führte zu einem ebensolchen Bekenntnis des Verbands. Diese Verknüpfung von „deutschem Problem“ und europäischer Einigung durch Konrad Adenauer im Rahmen der europäischen Christdemokratie bestätigen auch die Erinnerungen des MRP-Politikers Pierre-Henri Teitgen, der behauptete, von Adenauer zum Europäer gemacht worden zu sein: Erst dessen Beharren auf einer europäischen Einbindung der Deutschen als einzigem Mittel, sie dauerhaft von einem nationalistischen Rückfall abzuhalten, habe Teitgen überzeugt.⁸⁹ Gerade weil Adenauer das Verständnis der europäischen Christdemokraten vom „deutschen Problem“ bestätigte, kam ihm eine besondere Glaubwürdigkeit und seiner Unterstützung der europäischen Einigung ein

⁸⁵ MITCHELL: *Materialism and Secularism*, S. 281–284, S. 291–293, S. 300. Das Bild von der CDU als katholisch dominierter Partei hielt unter deutschen Protestanten bis in die 1960er Jahre an und führte in der Partei immer wieder zu konfessionellen Verwerfungen und entsprechenden Ausgleichsversuchen; BÖSCH: *Die Adenauer-CDU*, S. 113–118.

⁸⁶ Désiré Lamalle sah die Lösung des „deutschen Problems“ im Willen der Deutschen, diese Kontrolle durch seine schrittweise Integration in ein „Europe nouvelle“ und in eine „fédération d’Occident“ selbst anzustreben; ACDP, 09-002-011/2, *Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand*. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 58.

⁸⁷ Ebd., S. 11.

⁸⁸ KAISER: *Deutschland exkulpieren*, S. 714. Bezeichnend an dieser Formulierung ist, dass Kaiser selbst hinsichtlich einer Konferenz über das „deutsche Problem“ diesen Ausdruck vermeidet und durch die „deutsche Frage“ ersetzt.

⁸⁹ TEITGEN: *Faites entre le témoin suivant*, S. 476.

besonderes Gewicht zu. So verwundert es nicht, dass die NEI infolge der Luxemburger Konferenz Adenauer und die deutschen Christdemokraten nicht nur zum Beitritt einluden,⁹⁰ sondern diesem Beitritt regelrecht entgegenfielerten. Als im Juni 1948 noch keine Nachricht über die Bildung einer deutschen NEI-Equipe vorlag, betonte das Exekutivkomitee „l'urgence [...] pour mettre immédiatement cette équipe sur pied.“⁹¹ Es beauftragte eines seiner nach Deutschland gereisten Mitglieder mit der Kontaktierung Adenauers, Josef Müllers, Jakob Kaisers und Adolf Süsterhenns.

Drei Monate später stand die deutsche Equipe und Adenauer nahm an der Sitzung des Exekutivkomitees in Den Haag teil, wo er seine europäische Gesinnung gleich dadurch unterstreichen konnte, dass er der Aufnahme einer Equipe der aus der französischen Besatzungszone herausgelösten, autonomen Saar zustimmte.⁹² Zusätzlich nahmen Adenauer und weitere CDU-Politiker bereits seit Juni 1948 an den Treffen eines informellen Zirkels europäischer Christdemokraten teil, dem sogenannten *Genfer Kreis*. Hierdurch wurde ein Austausch mit zum Teil prominenten Gesprächspartnern wie dem mehrfachen französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Georges Bidault ermöglicht. Adenauer trug etwa seine Überzeugung einer dauerhaften Teilung Deutschlands und der europäischen Orientierung Westdeutschlands vor, und er ergriff auch die Gelegenheit, heikle deutschlandpolitische Themen zu eruieren. Als er im Dezember 1948 das Gespräch auf eine deutsche Wiederbewaffnung lenkte, erntete er das ungemilderte Unverständnis Bidaults und des belgischen CVP-Sekretärs Robert Houben, die sich angesichts der „souvenirs de la dernière occupation [...] très cruels“ welche „restent très vifs dans l'esprit des populations“, über die bloße Thematisierung entrüsteten.⁹³ Somit nahmen die christdemokratischen Zusammenhänge nicht nur die Möglichkeiten europäischer Kooperation und Integration zur Lösung des „deutschen Problems“ vorweg, sondern auch deren Grenzen. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass gerade die schonungslose, zumindest implizit die Kollektivschuldthese proklamierende Auseinandersetzung der NEI mit Deutschland ihre Hinwendung zur europäischen Einigung und Einbindung der Deutschen nicht erschwerte, sondern überhaupt erst ermöglichte.

⁹⁰ ACDP, 09-002-002, Procès-verbal de la réunion du Comité exécutif, 21.03.1948, S. 1

⁹¹ Ebd., Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à Liège, 21.06.1948, S. 5.

⁹² ACDP, 09-002-005/1, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à la Haye, 16.09.1948.

⁹³ TPcC, Dok. 36: Genfer Kreis, 22.12.1948, Protokoll Koutzine, S. 151. Dennoch hatten die Treffen mit Adenauer im Genfer Kreis einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die deutschland- und europapolitische Reorientierung Georges Bidaults; SOUTOU: Georges Bidault, S. 287–291.

3.3 Heilsamen Vergessen? Das *Mouvement Européen*

Winston Churchill und die europäische Bewegung

Die UEF und insbesondere die NEI waren hauptsächlich kontinentale Organisationen, auch wenn etwa die schon erwähnte liberale Politikerin Frances Josephy die britische Organisation *Federal Union* in der UEF repräsentierte. Während aber Josephy und *Federal Union* auch nach dem Krieg ihrer seit 1939 vertretenen Position treu blieben und zahlreiche britische Abgeordnete für ihre Pläne begeistern konnten, durch eine Föderation die internationale Anarchie zu beenden und auf diese Weise den „volcano“⁹⁴ Deutschland vor einem erneuten Ausbruch zu bewahren, kehrten anderen frühere Befürworter des Föderalismus zum Souveränitätsprinzip zurück, sobald der Krieg beendet war.⁹⁵ Clement Attlee, Premierminister der britischen Labour-Regierung von 1945 bis 1951, hatte bei Kriegsbeginn die europäische Föderation zum Ziel seiner Partei erklärt. „[W]eil in Europa ein Land besteht“ das „die elementarsten Bedingungen für eine zivilisierte Existenz“ ablehne und durch ein in kleinere und größere Staaten zersplittertes Europa weder in Schach gehalten noch auf den rechten Weg geführt werden könne, hatte Attlee das viel zitierte Motto ausgegeben: „Europa muss sich föderieren oder zugrunde gehen.“⁹⁶

Nach Kriegsende arbeitete seine Regierung dann lediglich auf eine engere Kooperation der westeuropäischen Staaten, eine *Western Union* hin. Diese Bestrebungen manifestierten sich im britisch-französischen Vertrag von Dünkirchen vom März 1947 sowie im ein Jahr später gegründeten Brüsseler Pakt. Die 1939 geforderte europäische Föderation lehnte die britische Regierung unter Attlee nun kategorisch ab, weil sie mit dem britischen Commonwealth nicht zu vereinbaren sei.⁹⁷ Diese ablehnende Haltung tat zwar der Bewunderung, die Großbritannien aufgrund seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg in Europa und auch unter den Einigungsbefürwortern genoss, keinen Abbruch. Zum europäischen Stichwortgeber avancierte jedoch der ehemalige Premierminister aus Kriegszeiten und konservative Gegenspieler Attlees, Winston Churchill. Churchills Europagedanke ging noch auf die Kriegszeit zurück, er hatte bereits 1943 die Einrichtung eines europäischen Rats für die Nachkriegszeit gefordert.⁹⁸ Nach der Niederlage seiner konservativen Partei in der britischen Unterhauswahl am 5. Juli 1945 wurde Churchill zum beliebten und umtriebigen

⁹⁴ DHEI, Bd. 2, Dok. 96: F. L. Josephy: 'Why Europe Must Federate', April 1944, S. 256.

⁹⁵ PINDER: *British Federalists*, S. 260–267.

⁹⁶ ATTLEE: *Der Friede*, S. 102, S. 108. Auch dieser Ausspruch wird in der Literatur immer wieder zitiert, ohne seinen spezifischen Kontext zu beachten; vgl. etwa LOTH: *Europas Einigung*, S. 11.

⁹⁷ WARNER: *Die britische Labour-Regierung*, S. 310–314.

⁹⁸ So in einer Radioansprache am 21. März 1943, in der er einen „Council of Europe“ forderte als „practical action into which we shall have to leap once the hideous spell of Nazi tyranny has been broken.“ CHURCHILL: *His Complete Speeches*, S. 6758f.

Redner auf dem Kontinent, und hier entwickelte er seine Idee eines geeinten Europas weiter.

Bereits in einer Rede vor den beiden Kammern des belgischen Parlaments am 16. November 1945 fiel der Begriff der „United States of Europe“.⁹⁹ Am 14. Juli 1946 hob er dann in Metz etwas spezifischer die besondere Rolle Frankreichs für die Zukunft Europas hervor. Dabei erinnerte er an die zweifache Schicksalsgemeinschaft von Briten und Franzosen in ihrer „resistance to German aggression and tyranny“, an die zwei Millionen gefallenen Franzosen des Ersten und die Verzweiflung des Zweiten Weltkriegs, sowie an das eigene Versagen, mit einer effektiven Durchsetzung des Versailler Vertrags die Wiederaufrüstung Deutschlands zu unterbinden. Angesichts dieser gleichermaßen heldenhaften und unrühmlichen Vergangenheit müsse nun eine neue Ära beginnen. Nachdem der Kontinent zweimal durch die USA und Russland gerettet worden sei, „Europe must arise from her ruin and spare the world a third and possibly fatal holocaust.“¹⁰⁰ Denn ohne ein geeintes Europa sei jede Nachkriegsordnung und -institution, inklusive der UN, nutzlos. Nur ein geeintes Europa könne sein eigenes Abgleiten ins Unglück – und somit das der gesamten Welt – verhindern; Frankreich müsse dabei die Führungsrolle in der Einigungspolitik übernehmen. Nur drei Monate, nachdem Churchill in Metz der beiden Weltkriege und ihrer Opfer, der deutschen Aggression und der britisch-französischen Waffenbrüderschaft gedacht sowie die Einigung Europas zur Abwendung seines Untergangs gefordert hatte, kam er erneut auf dieses Verhältnis von europäischer Vergangenheit und Zukunft zusprechen, jedoch mit einer entscheidenden Verschiebung.

Zur gleichen Zeit, als die europäischen Föderalisten in Hertenstein zusammentrafen und die Gründung der UEF beschlossen, hielt Churchill in nur unwesentlicher Entfernung seine berühmt gewordene Rede an der Universität Zürich, in der er seine Vorstellungen vom Aufbau eines geeinten Europas näher ausführte:

We all know that the two world wars through which we have passed arose out of the vain passion of a newly-united Germany to play the dominating part in the world. In this last struggle crimes and massacres have been committed for which there is no parallel since the invasion of the Mongols in the fourteenth century and no equal at any time in human history. The guilty must be punished. Germany must be deprived of the power to rearm and make another aggressive war. But when all this has been done, as it will be done, as it is being done, there must be an end to retribution. There must be what Mr. Gladstone many years ago called ‘a blessed act of oblivion.’ We must all turn our backs upon the horrors of the past. We must look to the future. We cannot afford to drag forward across the years that are to come the hatreds and revenges which have sprung from the injuries of the past. If Europe

⁹⁹ Ebd., S. 7253.

¹⁰⁰ Ebd., S. 7357f.

is to be saved from infinite misery, and indeed from final doom, there must be an act of faith in the European family and an act of oblivion against all the crimes and follies of the past.¹⁰¹

Nicht länger die Erinnerung deutschen Aggression, ihrer Verbrechen und Opfer sowie des vereinten Widerstands gegen diese Aggression stand hier im Vordergrund, die Erinnerung sollte vielmehr unterdrückt werden um die Einigung des Kontinents zu ermöglichen. Churchill forderte das Vergessen als Voraussetzung einer französisch-deutschen Aussöhnung und Partnerschaft sowie eines „Council of Europe“ als erstem Schritt hin zu den „United States of Europe“. Die deutschen Taten zu vergessen, würde dem europäischen Zusammenschluss dienen und dieser Zusammenschluss würde eine Wiederholung der deutschen Taten verhindern.

Insofern entsprach das Motiv des Vergessens weniger einem Wunsch nach Versöhnung als einem Wunsch nach Neutralisierung des deutschen Nationalismus, was auch an einer weiteren Forderung deutlich wurde: Nicht ein deutscher Nationalstaat solle Teil des europäischen Zusammenschlusses werden, vielmehr könnten die „ancient states and principalities of Germany, freely joined together for mutual convenience in a federal system, [...] each take their individual place among the United States of Europe.“¹⁰² Churchills Europaidee kreiste um Deutschland und war, wie bei der UEF und den NEI, eingerahmt von apokalyptischen Visionen eines „third and possibly fatal holocaust“ und eines „final doom“. Wie die Projektion eines „Genozid“ auf die Europäer im Rahmen der NEI bezog sich der Begriff „Holocaust“ nicht auf den Mord an den europäischen Juden als spezifisches Ereignis der jüngsten europäischen Geschichte. Zwar wurde der Begriff zu dieser Zeit im englischsprachigen Raum durchaus im Hinblick auf die Judenvernichtung verwendet, war aber nicht auf dieses Ereignis beschränkt, sondern diente als Synonym für ein schicksalhaftes, todbringendes Unglück.¹⁰³ Ähnlich der UEF und der NEI ging es Churchill darum, durch seine Vernichtungs- und Untergangsvisionen die Europäer vor dem Hintergrund der beiden Weltkriege für einen Zusammenschluss zu mobilisieren – im Gegensatz zur UEF und den NEI sah er aber in einer Vergegenwärtigung der Weltkriege und der deutschen Verantwortung ein wesentliches Hindernis für die europäische Einigung. Als Churchill Anfang 1947 sein *United Europe Committee* – ab Sommer des Jahres unter dem Namen *United Europe Movement* firmierend – ins Leben rief, war von den vergangenen Kriegen nur noch als „anarchy of Europe“ die Rede, und genauso unspezifisch wie das Bild einer anarchischen Vergangenheit und einer chaotischen Gegenwart war das Ziel, „to unite

¹⁰¹ Ebd., S. 7380f. Zu dieser Rede, ihrer zeitgenössischen Aufnahme und ihrer Nachwirkung vgl. DURANTI: *A Blessed Act of Oblivion*, S. 116f.

¹⁰² CHURCHILL: *His Complete Speeches*, S. 7381.

¹⁰³ PETRIE: *The secular word HOLOCAUST*, S. 33–38.

all the peoples of Europe and give expression to their sense of being Europeans, while preserving their own traditions and identity.“¹⁰⁴

Großbritannien sollte die Rolle des Vermittlers zwischen den kontinentalen Staaten übernehmen, wie bereits im Dezember 1946 Churchills Schwiegersohn und wichtigster Mitstreiter Duncan Sandys in einem Brief an Richard Coudenhove-Kalergi hervorgehoben hatte. Es ging darum, die französische Angst vor Deutschland und vor einem deutschen Europa zu lindern, hierdurch die Einigung Europas zu ermöglichen und den Fokus auf die Bedrohung durch die Sowjetunion zu verlagern.¹⁰⁵ Churchills Vorstoß vom September 1946 löste sowohl Zustimmung als auch große Skepsis aus. Einerseits wurde, vor allem in der französischen Öffentlichkeit, die den Deutschen zugesprochene Rolle in einem geeinten Europa kritisiert; gegenüber Charles de Gaulle fügte er dementsprechend die Erklärung hinzu,

that if France could take Germany by the hand and, with full English cooperation, rally her to the West and to European civilization, this would indeed be a glorious victory and make her amends for all we have gone through and perhaps save us having to go through a lot more.¹⁰⁶

Andererseits befürchteten etwa die Föderalisten eine aggressive, gegen die UdSSR gerichtete Stoßrichtung der „United States of Europe“, die ihrem Konzept der europäischen „Dritten Kraft“ zwischen den Supermächten widersprach.¹⁰⁷

Den Unterschied zwischen den Europavorstellungen der UEF und des UEM offenbarte auch eine Rede, die Duncan Sandys im August 1947 auf dem UEF-Kongress in Montreux hielt. Sandys sprach hauptsächlich über Deutschland, ging zudem auf die Rolle Frankreichs und Großbritanniens ein – „Unless Britain can convince France that she means to play her part as a full and effective member of the European family, the whole project will come to nought“ –, vor allem aber setzte er der Erwartungshaltung der UEF an die europäische Einigung als Lösung aller Probleme die Feststellung entgegen: „I do not for a moment claim that a United Europe provides a complete answer to those two giant problems [d.i. ökonomische Depression und Kriegsgefahr].“¹⁰⁸ Dieser Pragmatismus war, neben dem Vergessen, ein zweites Motiv, durch das Churchills Ansatz den nun beginnenden Zusammenschluss der Europaverbände in einer Dachorganisation entscheidend beeinflusste. Das Motiv der UEF war eine grundsätzliche Neugestaltung der europäischen Politik, die Aufhebung des souveränen Nationalstaats in einer europäischen Föderation. Das Motiv der NEI war der Kampf gegen den antichristlichen Materialismus in seinen verschiedenen

¹⁰⁴ DHEI, Bd. 3, Dok. 195: United Europe Committee: ‘Statement of Policy’, 16.01.1947, S. 669.

¹⁰⁵ REBATTET: *The European Movement*, S. 28.

¹⁰⁶ Zit. nach GILBERT: *Never Despair*, S. 285.

¹⁰⁷ LIPGENS: *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik*, S. 316; NIESS: *Die europäische Idee*, S. 67f.

¹⁰⁸ UNION EUROPEENNE DES FEDERALISTES: *Rapport du premier congrès*, S. 102f.

Ausprägungen, unter die auch die Omnipotenz des Nationalstaats fiel. Beiden Verbänden war eine ideologische Ausschließlichkeit zu eigen, während der britische Ansatz auf eine Überwindung dieser ideologischen Momente abzielte. Pragmatismus bedeutete in erster Linie, die Europaverbände unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung zusammenzubringen, den gemeinsamen Nenner einer vereinten Bewegung zu finden und dadurch den Einfluss der Einigungsforderung zu bündeln und zu stärken.

Der gemeinsamen Nenner, wenig spezifisch wie er notwendig sein musste, bestand in dem grundsätzlichen Anspruch „to promote the cause of European unity“¹⁰⁹, wie es in der Vereinbarung des *European Liaison Committee* vom Juli 1947 hieß. Diese unverfängliche Vereinbarung des auf Initiative des UEM gemeinsam mit anderen Europaverbänden gegründeten Komitees zielte in erster Linie auf die Zusammenfassung der verschiedenen Aktivitäten. Im November 1947 erhielt diese Vereinbarung mit dem *Joint International Committee of the Movements for European Unity* auch eine organisatorische Gestalt.¹¹⁰ Für die gemeinsame Arbeit wurden einerseits die Gründung eines Koordinationskomitees, eines Generalsekretariats und eines Exekutivkomitees unter dem Vorsitz Duncan Sandys', andererseits die Organisation einer „conference of representative Europeans“¹¹¹ in Den Haag und weitere Kampagnen vereinbart, während eine inhaltliche Konkretisierung von Positionen und Zielen dieser Kampagnen vorerst nicht stattfand. Wie schon das UEM als propagandistischer Honoratiorenverband konzipiert war,¹¹² so ging es auch dem *Joint Committee* der Einigungsverbände vorrangig um Öffentlichkeitswirksamkeit. Ideologische Auseinandersetzungen um eine zukünftige europäische Gemeinschaft konnten diesem Vorhaben, und vor allem dem Gelingen des geplanten Haager Europakongresses, nur schaden. Die Vermeidung weltanschaulicher und konzeptioneller Auseinandersetzungen über die europäische Einigung sollte ein möglichst breites Bündnis ermöglichen, was jedoch nicht in vollem Umfang gelang.

Der im Sommer 1947 gegründete sozialistische Europaverband MSEUE lehnte unter dem Einfluss der britischen Labour-Party die Mitarbeit an dem von Churchill initiierten Zusammenschluss wie auch eine Teilnahme am Haager Kongress ab. Der Verband ließ sich auch von der Werbung der UEF nicht dazu überreden und kam erst unter der Führung der französischen Sozialisten Ende 1948 zum ME hinzu¹¹³ – am Haager Kongress

¹⁰⁹ DHEI, Bd. 4, Dok. 68: ILEC, EUF, EPU, UEM: European Liaison Committee, 20.07.1947, S. 324.

¹¹⁰ Churchills UEM gewann Coudenhove-Kalergis EPU, die föderalistischen UEF und die liberale LECE für eine Mitarbeit an dem Komitee. Die EPU schied schon bald wieder aus, dafür stieß der französische Ableger von Churchills Bewegung, der CFEU, hinzu.

¹¹¹ Ebd., Dok. 69 : ILEC, EUF, UEM, CFEU: European Co-ordinating Committee, 11.11.1947, S. 326.

¹¹² NIESS: Die europäische Idee, S. 138f.

¹¹³ LOTH: Sozialismus und Internationalismus, S. 199–201. Vgl. auch LEFEBVRE: Les socialistes français.

nahmen letztlich 13 Parlamentarier der französischen Sozialisten teil, jedoch nicht als Repräsentanten ihrer Partei oder ihres Europaverbands.¹¹⁴ Die NEI wurden zwar schon Anfang 1948 zur Beteiligung am *Joint Committee* aufgefordert, stießen jedoch erst mit dem Haager Kongress hinzu. Die Entscheidung für eine Beteiligung am Zusammenschluss der Europaverbände begründete Robert Bichet im Vorstand der NEI mit einer drohenden Unterwanderung des *Joint Committee* durch liberal-freimaurerische Kräfte, welche durch den christdemokratischen Einfluss verhindert würde.¹¹⁵ Und auch der stets um historische Analogien bemühte Henri Brugmans verglich später die Rolle der UEF im Zusammenschluss der Einigungsverbände mit jener der *Fabian Society* in der britischen Arbeiterpartei, also der Unterwanderung und Radikalisierung einer reformistischen Organisation.¹¹⁶

Die Hoffnung der verschiedenen Einigungsverbände bestand darin, durch die Mitarbeit am *Joint Committee* und am Haager Kongress die „extremely general terms“¹¹⁷, mit denen Duncan Sandys die europäische Einigung als integrative, kein Land und keine interessierte Partei ausschließende Idee umschreiben wissen wollte, gemäß den jeweils eigenen Vorstellungen zuspitzen zu können. Die UEF nahm durch ihre Deutschlandkommission tatsächlich insofern Einfluss, als dass sie, wie erwähnt, auf Anfrage des *Joint Committee* eine Liste von möglichen deutschen Teilnehmern für den Haager Kongress bereitstellte.¹¹⁸ Darüber hinaus konnte dieser Einfluss auch inhaltlich geltend gemacht werden. Der politische Bericht, welchen das *Joint Committee* dem Kongress als Diskussionsgrundlage vorlegte, basierte auf vier Entwürfen der Mitgliedsverbände und stellte detailliertere Maßnahmen – Gründung eines europäischen Rats der Regierungen, einer Versammlung als Beratungsorgan und eines Gerichtshof für Menschenrechte – sowie Ziele – politische und ökonomische Einigung, europäische Armee, europäische Staatsbürgerschaft, europäisches Parlament – des Einigungsprojekts vor.¹¹⁹

Auch über das „deutsche Problem“ hatte sich das *Joint Committee* Gedanken gemacht: Der politische Bericht bezeichnete es als „dual problem“ der ökonomischen Wiederbelebung Deutschlands und der Gefahr erneuter Aggression, „if the formidable war potential of the Ruhr and the Rhineland is allowed to revert to the exclusive control of a German

¹¹⁴ LACHAISE: La délégation française, S. 155.

¹¹⁵ ACDP, 09-002-011/3, Jacques Bassot an Jules Soyeur, 06.02.1948; ACDP, 09-002-005/1, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à Liège, 21.06.1948.

¹¹⁶ HAEU, UEF-90, Henri Brugmans: Pour l'avenir de l'UEF, April 1949, S. 2.

¹¹⁷ DHEI, Bd. 4, Dok. 71: Duncan Sandys: Suggested Outline of the Political Report for the Hague Congress, 21.12.1947, S. 331.

¹¹⁸ Vgl. Kap. 3.1. Die deutsche Delegation auf dem Kongress umfasste letztlich jedoch nicht nur Personen aus dem Umfeld der UEF, sondern vor allem führende Mitglieder der CDU; CoE, List of Participants of the Congress of Europe, S. 436f.

¹¹⁹ DHEI, Bd. 4, Dok. 73: International Committee: Congress of Europe – Political Report, Mai 1948, S. 336f.

State.“ Wie die UEF und die NEI verwies auch der politische Bericht des *Joint Committee* auf die europäische Föderation als „the only solution“ dieses doppelten Problems.¹²⁰ Schon im *Joint Committee* zeigte sich also, dass Churchills Anspruch des „heilsamen Vergessens“ als Voraussetzung einer Einigung Europas, die inhaltliche Auseinandersetzungen vermeiden- de, weil auf Überparteilichkeit und eine möglichst breite Koalition abzielende Zusammen- fassung der Europabewegung an ihre Grenzen stieß. Auf dem Haager Kongress stand dann endgültig die inhaltliche Auseinandersetzung im Vordergrund, und somit auch wieder das „deutsche Problem“.

Der Haager Kongress und die Deutschlandkommission des *Mouvement Européen*

Der Einladung des *Joint Committee* zum Europakongress nach Den Haag folgten zwischen dem 7. und dem 11. Mai 1948 ungefähr 800 Personen.¹²¹ Nicht nur Winston Churchill, der den Ehrenvorsitz des Kongresses übernahm, personifizierte die Anziehungskraft des Europagedankens. Die ehemaligen Regierungschefs Frankreichs und Belgiens, Paul Ramadier und Paul van Zeeland, übernahmen den Vorsitz der politischen und der ökonomischen Kommission, der exilspanische Politiker und Professor Salvador de Madariaga leitete die Kulturkommission. Churchill wies in seiner Eröffnungsansprache, die deutsche Delegation willkommen heißend, auf die schon im politischen Bericht angesprochene doppelte Herausforderung hin, die das „deutsche Problem“ aufgrund der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus *von* und eines Schutzes *vor* Deutschland darstelle. Zwar erneuerte er in diesem Zusammenhang auch seinen Züricher Anspruch, „[t]o rebuild Europe from its ruins and make its light shine forth again upon the world, we must first of all conquer ourselves.“ Aber auch die an Charles de Gaulle gerichtete Formulierung einer „proud mission of the victorious nations to take the Germans by the hand and lead them back into the European family“¹²², fand Eingang in seine Rede. Als integrativer „blessed act of oblivion“ ließ sich solch eine Herausstellung nicht interpretieren. Vielmehr brachte nun auch Churchill öffentlich jene Überzeugung zum Ausdruck, die bereits in den Auseinandersetzungen der UEF und der NEI mit dem „deutschen Problem“ erkennbar wurde und die zwischen Europa und Deutschland insofern unterschied, als den Deutschen das Vermögen abgesprochen wurde eigenständig zu einer friedlichen Existenz in Europa zu gelangen. Während aber die UEF und die NEI eine Zustimmung der Deutschen zu ihren föderalistischen und christdemokratischen Analysen des „deutschen Problems“ zur Voraussetzung

¹²⁰ Ebd., S. 335.

¹²¹ Die genaue Teilnehmerzahl ist nicht klar. Vgl. hierzu CoE, List of Participants of the Congress of Europe, S. 423–450, sowie die unterschiedlichen Zahlen bei LACHAISE: La délégation française, S. 152.

¹²² CoE, Opening Plenary Session, 07.05.1948, S. 8f.

einer Aufnahme in den jeweiligen Verband gemacht hatten, bot die relative inhaltliche Unbestimmtheit und Überparteilichkeit des *Joint Committee* auf dem Haager Kongress Anlass zu Disput, wann immer es um Deutschland ging.

Dabei führte einerseits die Charakterisierung des „deutschen Problems“ als doppelter Herausforderung zu Verwirrung. Die ökonomische Kommission debattierte heftig darüber, inwieweit das schwerindustrielle Potential des Ruhrgebiets in der Resolution auftauchen dürfe, da es sich hierbei weniger um ein wirtschaftliches als um ein politisches Problem handele.¹²³ Mit dieser Kompetenzfrage verbunden waren die sich insbesondere zwischen französischen und deutschen Delegierten in den Diskussionen der ökonomischen und der politischen Kommission offenbarenden Auffassungsunterschiede, inwieweit auf das „deutsche Problem“ als besonderes Motiv der europäischen Einigung überhaupt eingegangen werden sollte. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister Rudolf Petersen von der CDU verlangte etwa in der ökonomischen Kommission die Abänderung des Resolutionstexts, weil durch die Benennung des Ruhrgebiets der Eindruck einer „control of one single industrial area in one country only“ und somit von „unilateral actions“ entstehe.¹²⁴ Damit traf er den Grundkonflikt der europäischen Einigungsdiskussion, nämlich Deutschland als ein besonderes Problem für Europa zu benennen, es aber gleichzeitig in die Einigungsperspektive mit einbeziehen zu müssen. Der britische Delegierte Walter Layton widersprach Petersens Abänderungswunsch noch sehr diplomatisch, indem er darauf verwies, „that it materially alters the character of the report“, während der französische Delegierte Daniel Serruys weitaus energischer auf einer Nennung der Ruhr bestand: Denn dieses „instrument de toute la politique agressive de l'Allemagne“ stelle nicht weniger die „bombe atomique de l'Europe“ dar.¹²⁵

Letztlich tauchte die Ruhr in der ökonomischen Resolution an allerletzter Stelle auf; hier wurde empfohlen, neben denen Aspekten der *Displaced Persons*, des Marshall-Plans, der Reisefreiheit, der Besteuerung und der Lohn- und Sozialstandards auch „des aspects économiques du problème de la Ruhr“ infolge des Haager Kongresses eingehender zu untersuchen.¹²⁶ In der politischen Kommission stand das „deutsche Problem“ sowohl am Anfang als auch am Ende der Diskussionen. Diese zentrale Bedeutung spiegelt sich in der generalisierenden Formulierung, die letztlich für die politische Resolution gewählt wurde, nicht angemessen wider; diese hielt lediglich fest, dass der Kongress „affirme que l'unique solution des problèmes allemands tant sur le plan économique que sur le plan politique, est

¹²³ Ebd., Economic Committee, 09.05.1948, S. 249–251.

¹²⁴ Ebd., Economic Committee, 08.05.1948, S. 220.

¹²⁵ Ebd., S. 221; Economic Committee, 09.05.1948, S. 249.

¹²⁶ Ebd., Résolution économique et sociale, S. 418.

fournie par l'Union ou Fédération Européenne.¹²⁷ René Courtin, Mitbegründer des CFEU und Sprecher des *Joint Committee* in der politischen Kommission, brachte hingegen gleich zu Beginn der ersten Sitzung, „en représentant de la résistance française“, die gleichzeitige Freude und Sorge zum Ausdruck, welche die Beteiligung der Deutschen am Haager Kongress auslöste:

Parce que nous pensons, en effet que l'Allemagne a sa place naturelle dans l'Europe à laquelle elle a appartenu jusqu'au jour où son destin a été si gravement infléchi par le nationalisme, le pan-germanisme, le racisme et le nazisme. Et nous croyons que l'Allemagne ne cessera d'être à la fois malheureuse et dangereuse pour ses voisins que du jour où elle n'aura plus la possibilité de s'isoler ni moralement, ni intellectuellement, ni économiquement [...].¹²⁸

Für die Diskussion des Resolutionsabschnitts, der sich mit dem „deutschen Problem“ beschäftigen sollte, berief die Kommission eigens eine Nachtsitzung ein. Hier sprach sich einerseits der britische Intellektuelle Lionel Curtis für den Beitritt der deutschen Staaten – also nicht *eines* deutschen *Staats* – zu einer internationalen Föderation aus. Für ihn war diese Einbindung „a problem second in importance to no other“ und eine „question of life and death“. In den erzieherischen Tenor der Einigungsdiskussion einstimmend, proklamierte Curtis: „There can be no solution of the German problem until the German people learn to practice the art of responsible government as they have never learnt in the past“, und durch einen Beitritt der deutschen Staaten zu einer Föderation der westeuropäischen Staaten „they would learn the political habits of their neighbours in no long time.“¹²⁹ Andererseits forderte der Deutsche Heinrich Georg Ritzel, der als Mitglied der schweizerischen Delegation angereist war, aber ab 1949 für die SPD im Bundestag sitzen sollte, „dass Deutschland nicht als Objekt von einer ‚Union Européenne Fédéraliste‘ behandelt wird, sondern dass es behandelt wird als gleichberechtigtes Mitglied.“¹³⁰

Die explizite Kritik Ritzels an der UEF und ihrer Deutschlandkommission war gleichzeitig eine implizite Kritik an den Aussagen, die Churchill in seiner Eröffnungsrede oder Courtin und Curtis in der politischen Kommission getätigt hatten. Denn in all diesen Aussagen erschien Deutschland tatsächlich als Objekt der europäischen Einigungsbemühungen. Trotz dieser Kritik konnten sich sämtliche Delegierte in der politischen Kommission sehr schnell auf den vorliegenden Resolutionsabschnitt zum „deutschen Problem“ einigen und nahmen ihn einstimmig an. Damit war aber die Diskussion noch nicht beendet, sondern begann erst richtig: Denn André François-Poncet, ehemaliger französischer Bot-

¹²⁷ Ebd., Résolution politique, S. 411f.

¹²⁸ Ebd., Political Committee, 08.05.1948, S. 47f.

¹²⁹ Ebd., Political Committee, 09.05.1948, S. 114.

¹³⁰ Ebd., S. 117.

schafter und zukünftiger Vertreter Frankreichs in der AHK,¹³¹ hatte zwar für den Resolutionsabschnitt gestimmt, fühlte sich aber durch dessen unbestimmte Formulierung keineswegs beruhigt und warnte davor, den Föderalismus als „clé magique“ zu verstehen, durch den die europäische Tür zur Lösung des „deutschen Problems“ geöffnet werde. Stattdessen gelte es dafür Sorge zu tragen, dass die Beschäftigung mit der europäischen Lösung auch nach dem Ende des Kongresses weitergehe. Deutschland müsse kontinuierlicher Gegenstand der Einigungsdiskussion bleiben, „d’un examen et d’une étude dans une commission où, naturellement, les Allemands auront leurs délégués.“¹³²

Gegen die Einrichtung dieser Kommission sprach sich nicht nur Ritzel aus, der erneut einen Objektstatus Deutschlands witterte, sondern auch die UEF-Mitglieder Frances Josephy und Ernst von Schenck erblickten darin einen Widerspruch zum Resolutionstext und eine Kompetenzüberschreitung der Kommission.¹³³ Ronald Mackay, einer der wenigen Abgeordneten der britischen Labour-Partei der am Haager Kongress teilnahm, wollte gar im Namen des *Joint Committee* die weitere Diskussion unterbinden, doch wiesen Ramadier und Courtin seinen Versuch entschieden zurück.¹³⁴ Angesichts dieses Streits plädierte der belgische Sozialist Jean Drapier inständig an die Delegierten, die noch vorhandenen Vorbehalte der öffentlichen Meinung in den ehemals von Deutschland besetzten Ländern nicht zu vergessen: „Il faut tenir compte de ces éléments en vue de les apaiser pour les faire disparaître les uns après les autres.“¹³⁵ Diese Befriedung und das sukzessive Verschwinden der Erinnerung an die Besatzung bedürfe jedoch einer Auseinandersetzung in der Gestalt, die François-Poncet vorgeschlagen hatte und die Drapier als ein Kontaktkomitee verstanden wissen wollte. François-Poncet stimmte Drapiers Interpretation zu und beschrieb die von den vier Mitgliedsverbände des *Joint Committee* einzurichtende Deutschlandkommission als einzigartiges Organ, welches das fortgesetzte Bemühen sicherstellen werde „de travailler ensemble à l’étude de ce problème fondamental, central, de la paix de demain, de ce problème que pose le retour de l’Allemagne dans la famille européenne“. Eine direkte Reaktion auf die vorangegangene Intervention Ritzels bildete offenbar sein Zusatz: „C’est avec tristesse que je m’aperçois que je n’ai pas été compris et qu’à cette occasion, ce sont des délégués allemands qui la refusent. Je le regrette pour vous, messieurs.“¹³⁶

¹³¹ Zu François-Poncet und seinem Deutschlandbild vgl. BOCK: Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik.

¹³² CoE, Political Committee, 09.05.1948, S. 119.

¹³³ Ebd., S. 121, S. 124f.

¹³⁴ Ebd., S. 122–124.

¹³⁵ Ebd., S. 125.

¹³⁶ Ebd., S. 127.

Trotz der verschiedenen Proteste wurde der Antrag mit 61 gegen 29 Stimmen angenommen und an das *Joint Committee* weiterverwiesen.¹³⁷ Diese Entscheidung und insbesondere der Verweis Jean Drapiers auf die Irritation in den ehemals besetzten Ländern angesichts des „deutschen Problems“ zeigen erneut die besondere Rolle auf, die Deutschland auch auf dem Haager Kongress einnahm. Während die Einigungsverbände und auch die Diskutanten auf dem Kongress immer wieder auf die Wünsche und Bedürfnisse der Öffentlichkeit verwiesen, wann immer es darum ging, Druck auf die europäischen Regierungen auszuüben und so für ihre Methoden und Ziele europäischer Einigungspolitik zu werben,¹³⁸ verhielt es sich mit dem „deutschen Problem“ genau umgekehrt. Wie Drapier betonte, musste die Öffentlichkeit in den ehemals besetzten Ländern Europas von ihrer hemmenden Erinnerung abgelenkt und von der Möglichkeit wie Notwendigkeit einer europäischen Einbindung Deutschlands überzeugt werden. Hieran lässt sich weniger die tatsächliche Stimmungslage in den europäischen Gesellschaften als die eigene Ambivalenz der europäischen Akteure auf dem Haager Kongress ablesen, die schon in der UEF und in den NEI zutage getreten war: nämlich die Deutschen als selbstverständliche Partner in Europa zu begrüßen, dabei aber gleichzeitig immer wieder zu betonen, dass sie eben kein Teil von Europa waren, vielmehr erst durch europäische Hilfe solch eine Rolle einnehmen könnten – dass sie also, wie Churchill es ausgedrückt hatte, an die Hand genommen werden mussten.

Im Zeitraum zwischen dem Haager Kongress im Mai und der Gründung des ME im Oktober 1948 versuchte das *Joint Committee*, diese Aufgabe auf doppelte und in sich widersprüchliche Weise anzugehen. Im August 1948 beauftragte es René Courtin damit, einen Entwurf für die Konstituierung der vom Kongress beschlossenen Deutschlandkommission, seiner Zusammensetzung und seiner Aufgaben auszuarbeiten.¹³⁹ Pünktlich zur Gründung des ME lag im Oktober dieser Entwurf einer „Commission des Problèmes Allemands“ vor. Courtin verwies auf die Verantwortung des ME gegenüber der Entscheidung der politischen Kommission auf dem Haager Kongress, der man sich unmöglich verweigern könne, weil „le problème posé est capital pour la réussite de l'œuvre que nous avons entreprise.“ Die europäische Einigung sei ohne Einbindung Deutschlands nicht vorstellbar. Gleichzeitig werde das Ziel der Einbindung Deutschlands immer schwieriger zu erreichen, denn die Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte bringe ständig neue Probleme hervor und entzweie die Politik und öffentliche Meinung in Frankreich und Großbritannien. Um

¹³⁷ Ebd., S. 128, Political Committee, Plenary Session, 10.05.1948, S. 157f.

¹³⁸ REINFELDT: The Hague Congress of Europe, S. 297.

¹³⁹ HAEU, ME-334, Procès-verbal de la réunion du Bureau à Paris, 18.08.1948, S. 4.

diese Gegensätze zu überwinden und eine „solution pleinement acceptable par tous“ zu finden, solle die vom Haager Kongress sanktionierte Deutschlandkommission eingerichtet werden.¹⁴⁰

Sie würde mit sieben Deutschen aus verschiedenen Regionen und politischen Parteien, sieben „représentants des nations alliés“, also Großbritanniens, Frankreichs, der Benelux-Staaten, Dänemarks und Norwegens, sowie einem Präsidenten aus einem „pays neutre“, vorzugsweise aus der Schweiz, bestückt werden – die Zusammensetzung der Kommission führte damit die Weltkriegskonstellation und -unterscheidung zwischen Deutschen, Alliierten und Neutralen ungebrochen fort. Aufgabe der Kommission sei die Vorbereitung einer deutschen Repräsentation in den Organen und auf den Konferenzen des ME sowie die Sicherstellung der europäischen Integration Deutschlands, seiner Beteiligung an einer europäischen Versammlung und ganz allgemein der Erarbeitung von „méthodes à employer pour assurer le développement de l'idée européenne en Allemagne.“¹⁴¹ In der ersten Sitzung des Exekutivbüros des ME wurden dann nicht nur der Name der Dachorganisation sowie die Ehrenpräsidentschaften von Léon Blum, Winston Churchill, Alcide de Gasperi und Paul-Henri Spaak verkündet, sondern auch die Konstituierung der Deutschlandkommission. Entgegen der von Courtin angestrebten Parität zwischen „Alliierten“ und Deutschen sollten hingegen jeweils ein Repräsentant aus der Schweiz, Holland und Belgien, jeweils zwei Briten und Franzosen sowie lediglich drei Deutsche in der Kommission mitarbeiten.¹⁴²

Noch bevor Courtin überhaupt mit der Ausarbeitung seines Entwurfs beauftragt worden war, hatte das mittlerweile durch die NEI verstärkte *Joint Committee* aber schon die Gründung einer dreiköpfigen Kommission, „chargée d'examiner les questions d'organisation, représentation et action en général en Allemagne et Autriche“ beschlossen.¹⁴³ Dieser Beschluss wurde noch dahingehend spezifiziert, dass neben Repräsentanten des CFEU und der NEI auch Ernst von Schenck von der UEF zu dieser Vorbereitungskommission gehören sollte, und dass deren Aufgabe unter anderem in der Wahl eines „représentant du secrétariat international pour ce pays“¹⁴⁴ bestehe – als für Deutschland zuständiger Vertreter des Generalsekretariats wurde offenbar der Brite Gerald Sharp ernannt, der schon bald damit begann, Kontakte nach Deutschland zu knüpfen. Im September 1948 fasste das Koordinierungskomitee den Fortschritt bei der Konstituierung nationaler

¹⁴⁰ HAEU, ME-264, Réunion du Bureau exécutif à Bruxelles, Note sur la Création d'une Commission des Problèmes Allemands, présentée par René Courtin, 24.10.1948, S. 1.

¹⁴¹ Ebd., S. 1f.

¹⁴² Ebd., Procès-verbal de la réunion du Bureau exécutif à Bruxelles, 24.10.1948, S. 3–5.

¹⁴³ HAEU, ME-333, Procès-verbal des réunions du Comité exécutif à Paris, 17./18.07.1948, S. 6.

¹⁴⁴ Ebd., Disposition envisager au cours des réunions des 16-17-18 juillet, 05.08.1948.

Räte zusammen, die dem in Gründung begriffenen ME angeschlossen werden sollten. Während hinsichtlich Österreichs bereits konkrete Schritte beschlossen wurden, beauftragte das Komitee seine dreiköpfige Kommission damit, nach Westdeutschland zu reisen und Personen auszuwählen, denen die Gründung eines solchen nationalen Rats anvertraut werden sollte.¹⁴⁵ Knapp zwei Wochen nachdem sich das ME konstituiert hatte, wandte sich das mit den „deutschen Angelegenheiten“ beauftragte Mitglied des Generalsekretariats, Gerald Sharp, in einem Brief an Eugen Kogon und ersuchte ihn um Unterstützung bei der Gründung eines nationalen Rats des ME für Westdeutschland. Deutschland sollte baldmöglichst im Internationalen Rat des ME repräsentiert werden, da aber dessen erste Zusammenkunft schon für Februar 1949 angesetzt war, sei es unwahrscheinlich, dass ein deutscher Rat, „formed on a democratic basis on German initiative“, zu diesem Zeitpunkt bestehen werde. Deswegen wolle das ME selbst deutsche Delegierte ernennen und bat Kogon, das Generalsekretariat bei dem Auswahlprozess zu unterstützen.¹⁴⁶ In diesem Zusammenhang erfolgte dann auch das schon erwähnte Ersuchen des ME an Ernst von Schenck, bei der Vermittlung von Kontakten nach Deutschland behilflich zu sein¹⁴⁷ – allein auf Kogon wollte man sich vorerst offenbar nicht verlassen.

Im Januar 1949 traf sich Sharp mit Kogon in Deutschland. Letzterer konnte offenbar schon mit konkreten Resultaten aufwarten – so gratulierte ihm Sharp in einem Brief vom 26. Januar zu seiner Wahl als Repräsentant des deutschen Rats in den Organen des ME, und nur einen Tag später folgte eine Einladung von Generalsekretär Józef Retinger zum Treffen des Internationalen Rats in Brüssel.¹⁴⁸ Anstatt also die beschlossene Konstituierung der von René Courtin entworfenen Deutschlandkommission abzuwarten, in deren Kompetenz solch eine Kontaktaufnahme und die Initiative zur Gründung eines deutschen Rats des ME eigentlich gefallen wäre, schuf das Generalsekretariat Fakten. Damit wurde auch die Deutschlandkommission obsolet. Ihre weitere Existenz ist in den Quellen des ME nicht nachweisbar.¹⁴⁹ Es steht zu vermuten, dass die politische Entwicklung des Jahres 1948 – insbesondere die sich abzeichnende Gründung eines westdeutschen Staats – die Aufnahme der Kommissionsarbeit als zu langwierig erscheinen ließ, weswegen das Generalsekretariat

¹⁴⁵ HAEU, ME-331, Réunion du Comité exécutif, Constitution de Conseils nationaux. Rapport sur les progrès réalisés, 11./12.09.1948, S. 1, S. 3.

¹⁴⁶ HAEU, ME-613, Gerald Sharp an Eugen Kogon, 06.11.1948.

¹⁴⁷ Vgl. Kap. 3.1.

¹⁴⁸ HAEU, ME-613, Gerald Sharp an Eugen Kogon, 26.01.1949; Józef Retinger an Eugen Kogon, 27.01.1949.

¹⁴⁹ Die Berufung Ernst von Schencks in die Kommission im September 1949 verweist zwar auf deren Fortexistenz, auch in diesem Zusammenhang wird jedoch ihre Inaktivität angedeutet. Ebenfalls auf von Schenck geht ein Hinweis aus dem Februar 1950 zurück, dass sich die Kommission gerade formiere. Vgl. Kap. 3.1; HAEU, UEF-141, Commission pour l'étude des problèmes allemands, Projet d'une résolution concernant de la Sarre, 05.02.1950, S. 5.

eine direkte Anbindung der deutschen Europaaktivisten an das ME durchsetzte. Eugen Kogon, der als Mitglied des Zentralkomitees der UEF in seinem Einsatz für Europa über jeden Zweifel erhaben war, und der als ehemaliger KZ-Internierter den Zusammenhang von „deutschen Problem“ und europäischer Einigung auch biographisch repräsentierte, konnte für die Stabilität dieser direkten Anbindung eine ähnliche Garantiefunktion einnehmen wie Konrad Adenauer in den NEI.¹⁵⁰

3.4 Ein „dilatorischer Formelkompromiss“: Der Brüsseler Pakt und die Gründung des Europarats

Ohne Deutschland? Der Brüsseler Pakt und die europäische Einigung

Eine der zentralen Forderungen des Haager Kongresses bildete die Gründung einer europäischen Versammlung, in der die öffentliche Meinung Europas Ausdruck erhalten und zu einem politischen und ökonomischen Programm geformt, also der europäische Einigungsprozess vorbereitet werden sollte.¹⁵¹ Aber schon in der Resolution des Haager Kongresses und ihre Unterscheidung zwischen den Alternativen einer europäischen „Union“ und „Föderation“ trat die Uneinigkeit über die Zielvorstellung des Einigungsprozesses zutage, welche sich durch die gesamte weitere Integrationsdebatte ziehen sollte: Das Konzept einer europäischen Union sah eine engere Zusammenarbeit und Koordination der Politik der beteiligten europäischen Staaten vor, welche durchaus die Gestalt gemeinsamer Institutionen annehmen könnte, aber die politischen Entscheidungsbefugnisse bei den Mitgliedsstaaten belassen würde. Das Konzept einer europäischen Föderation hingegen hatte als Hauptziel, genau diese Entscheidungshoheit der Nationalstaaten einzuschränken und sie auf gemeinschaftliche Institutionen einer europäischen Exekutive, Legislative und Judikative zu übertragen.¹⁵²

Mit der unentschiedenen Frage, welche politische Form das geeinte Europa annehmen sollte, war automatisch die Frage verbunden, wer über diese politische Form zu entscheiden hatte, wer also eine europäische Versammlung mit welchen Kompetenzen ins Leben rufen würde. Während die Anhänger des Unionskonzepts auf die Verhandlungen der

¹⁵⁰ CONZE: Das Europa der Deutschen, S. 232; VAYSSIÈRE: Vers une Europe fédérale, S. 145f.

¹⁵¹ CoE, Résolution politique, S. 412.

¹⁵² Diese Zielvorstellung war keineswegs konsensfähig unter den Europaföderalisten der UEF: neben der Strömung eines „konstitutionalistischen“ Föderalismus, der solch eine supranationale Einigung favorisierte, existierte insbesondere unter den französischen Föderalisten eine starke „integrale“, auf kommunale und soziale Selbstorganisation abzielende Tendenz, die einen supranationalen „zentralisierten Superstaat“ ablehnte und sich 1953 von der UEF lossagte; GREILSAMMER: Les Mouvements Fédéralistes, S. 72. Vgl. auch VAYSSIÈRE: Vers une Europe fédérale, S. 56f.; BELOT: Henri Frenay, S. 622–625.

europäischen Regierungen bauten, setzten die Anhänger der Föderation auf öffentlichen Druck und parlamentarische Initiativen zur Ingangsetzung der erhofften Kausalkette von europäischer Versammlung, Konstitution und Föderation. Dementsprechend unterschiedlich positionierten sich die Anhänger der beiden Konzepte zum im März 1948 gegründeten, westeuropäischen Verteidigungsbündnis des Brüsseler Pakts. Während etwa das überparteiliche *Joint Committee* den Brüsseler Pakt als Ausdruck einer zunehmenden europäischen Zusammenarbeit begrüßte, verstanden die UEF das Bündnis als unzureichende Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen und somit als Schritt in die falsche Richtung.¹⁵³

Der Brüsseler Pakt war weder ein klassisches zwischenstaatliches Bündnis noch ein Zusammenschluss mit integrationspolitischer Ausrichtung. Seinen Nukleus bildete der britische-französische Verteidigungspakt von Dünkirchen vom März 1947. Der ein Jahr später geschlossene Brüsseler Pakt bedeutete eine Erweiterung dieser britisch-französischen Allianz in dreifacher Hinsicht: Erstens hatte 1947 die britische Sorge um die innenpolitische Stabilität Frankreichs den Ausschlag für das Bündnisangebot gegeben, während die Gründung des Brüsseler Pakts unter dem Eindruck der zunehmenden Konfrontation zwischen den Blöcken stand, die sich im Februar 1948 durch den kommunistischen Putsch in Prag weiter verschärft hatte.¹⁵⁴ Auch wenn sowohl der Dünkirchener als auch der Brüsseler Pakt offiziell die Prävention einer „renewal by Germany of a policy of aggression“¹⁵⁵ fast wortgleich als offizielles Ziel benannten, hatte sich ihre faktische Ausrichtung in diesem Zeitraum doch auf die UdSSR verlagert. Schon der Vorschlag einer antisowjetischen „Western Union“, den der britische Außenminister Ernest Bevin im Januar 1948 darlegte und der den Anstoß für die Gründung des Brüsseler Pakts gab, war Ausdruck dieser perspektivischen Verschiebung.¹⁵⁶ Der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak bezeichnete die explizite Ausrichtung des Bündnisses gegen Deutschland dementsprechend als „caractère fictif“¹⁵⁷ des Brüsseler Pakts.

¹⁵³ DHEI, Bd. 4, Dok 73: International Committee: Congress of Europa – Political Report, Mai 1948, S. 334; HAEU, UEF-100, Deuxième congrès annuel de l'Union Européenne des Fédéralistes à Rome, 7.–11.11.1948, Notes et extraits, S. 9.

¹⁵⁴ VON GERSDORFF: Die Gründung der Nordatlantischen Allianz, S. 35, S. 92f.; HITCHCOCK: France Restored, S. 68, S. 93.

¹⁵⁵ ANLux, UEO-BTO-013, Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, 17.03.1948, S. 2; die Formulierung wird noch einmal wiederholt in Art. VII des Vertrags, vgl. ebd., S. 6.

¹⁵⁶ In einer Rede vor dem britischen Unterhaus forderte Bevin am 22. Januar 1948 die Eindämmung der sowjetischen Expansionspolitik, richtete sich aber gleichzeitig mit der Warnung an die Deutschen: „[A]lthough I am not blaming the whole German people, they were the great factor which brought the world to this condition. They must realise that, as a people, they have got to work hard to get their own country and the world back to a proper equilibrium.“ Zit. nach GOSSEL: Briten, Deutsche und Europa, S. 42.

¹⁵⁷ STENGERS: Paul-Henri Spaak, S. 126.

Die zweite Erweiterung des Dünkirchener Bündnisses erfolgte in Gestalt einer Hinzuziehung weiterer westeuropäischer Staaten im Brüsseler Pakt, nämlich der drei Benelux-Länder. Und die dritte Erweiterung bestand in seiner Aufgabenstellung und Arbeitsweise. Hatte das Dünkirchener Bündnis keinerlei militärische Konsequenzen im Sinne einer engeren Kooperation oder Koordination zwischen Frankreich und Großbritannien nach sich gezogen, sollte dies nun im Rahmen des Brüsseler Pakts durch die Einrichtung gemeinsamer Komitees und Kooperationsorgane gewährleistet werden – und zwar nicht nur auf militärischen Ebene, sondern ebenso auf kulturellem, sozialen und ökonomischen Gebiet. Die neuartige Qualität des Brüsseler Pakts offenbarte sich zusätzlich an der Berufung auf Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in der Präambel sowie durch den in Art. III des Vertrags formulierten Anspruch der Mitglieder, „to lead their peoples towards a better understanding of the principles which form the basis of their common civilization [...]“.¹⁵⁸ Gleichzeitig wurde schon am Einstimmigkeitsprinzip in den Entscheidungsgremien deutlich, dass die engere Verbindung der westeuropäischen Staaten keinem integrationspolitischen Zweck folgen, sondern der Koordination einzelstaatlicher Politiken dienen würde.

Der Brüsseler Pakt war ein Kompromiss zwischen den Einzelinteressen seiner Mitglieder und deren gemeinsamem Bedürfnis, die USA, die eine engere Kooperation zwischen den westeuropäischen Staaten verlangten, dauerhaft an den Kontinent zu binden; und er gab den Benelux-Staaten die Hoffnung, durch die Kooperationsorgane stärker in die deutschlandpolitischen Verhandlungen zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA eingebunden zu werden.¹⁵⁹ Die parallel zur Vertragsunterzeichnung des Brüsseler Pakts stattfindende Londoner Sechsmächtekonferenz, welche die Gründung der Bundesrepublik einleitete, bestätigte die Benelux-Staaten in ihrem gemeinsamen und bestimmten Auftreten: Nicht nur wurden sie erstmals zu den Verhandlungen der drei westlichen Besatzungsmächte hinzugezogen. Auch konnten sie, unter Zurückstellung ihrer Forderung nach Inkorporation deutscher Gebiete, gemeinsam mit Frankreich die Einrichtung einer Internationalen Ruhrbehörde (IRB) durchsetzen. Die IRB sollte die Produktionskapazitäten des Ruhrgebiets regulieren, wodurch das deutsche Industriepotential gleichermaßen freigesetzt wie der alleinigen deutschen Verfügungsgewalt entzogen würde.¹⁶⁰ Dies entsprach insbesondere dem ambivalenten Blick der Niederlande auf Deutschland. Eine durch die verheerende Be-

¹⁵⁸ ANLux, UEO-BTO-013, Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, 17.03.1948, S. 4.

¹⁵⁹ KRÜGER: Sicherheit durch Integration, S. 66–74.

¹⁶⁰ DORFEY: Die Benelux-Länder und die Internationale Ruhrbehörde, S. 29; BRÜLL: Belgien im Nachkriegsdeutschland, S. 163.

satzung gegen Deutschland gerichtete Stimmung, die sich in Forderungen nach hohen Reparationszahlungen sowie Grenzkorrekturen manifestierte, verschwand nicht einfach durch den Kalten Krieg und den Handelsinteressen des Lands. Deswegen erschien der Brüsseler Pakt den Niederländern als adäquater Garant westeuropäischer Sicherheit vor Deutschland, gleichzeitig aber als Instrument einer zukünftigen Anbindung und Einbeziehung eines westdeutschen Staats.¹⁶¹

Auch wenn die Mitglieder des Brüsseler Pakts Deutschland nicht als unmittelbare Bedrohung für Westeuropa ansahen, nahm das „deutsche Problem“ doch eine besondere Rolle für die Arbeit seiner Kooperationsorgane ein.¹⁶² Auf dem zweiten Treffen des Konsultativrats der Außenminister,¹⁶³ das am 19. und 20. Juli 1948 in Den Haag stattfand, informierte Ernest Bevin seine Kollegen über die deutschlandpolitische Entwicklung des vergangenen Jahres, deren Dilemma er wie folgt beschrieb:

It had been the wish of none of the Western Allies to split Germany, not so much because of the effect on Germany but because of the effect on Europe. [...] On the one hand His Majesty's Government did not desire to see the resurgence of Germany. On the other hand it was undesirable for Germany to become a buffer State. Speaking frankly, the Secretary of State wanted the Slavs to be held on the Oder. The Rhine was our basic line of defence, but the Slavs should not come beyond the Oder.¹⁶⁴

Auch wenn es zwischen den Mitgliedern des Brüsseler Pakts keinen Widerspruch hinsichtlich der von Bevin umrissenen Problemstellung gab, offenbarten sich doch Unterschiede darüber, wie diesem Problem zu begegnen sei. Als Bevin seinen Kollegen die Strategie seiner Regierung darlegte, den durch die Berlinkrise eskalierten Konflikt mit der UdSSR¹⁶⁵ durch voneinander getrennte Verhandlungsschritte zu lösen – „settling the problem of Berlin first and then the German problem and then the whole of Europe“ –, widersprach der französische Außenminister Georges Bidault, der die gesamteuropäische Situation nicht vom „deutschen Problem“ getrennt verstanden und behandelt sehen wollte.¹⁶⁶ Diese unterschiedlichen Auffassungen einer Verknüpfung des „deutschen Problems“ mit der europäischen und globalen Konfrontationslage des Kalten Kriegs verband sich mit Differenzen

¹⁶¹ MALLINSON: From Neutrality to Commitment, S. 17f. WIELENGA: Vom Feind zum Partner, S. 47f.; KERSTEN: Die Niederlande, S. 130.

¹⁶² Vgl. hierzu auch ZEEMAN: Der Brüsseler Pakt.

¹⁶³ Das erste Treffen im April 1948 diente lediglich der Implementierung der vertraglichen Vereinbarungen. Neben dem Konsultativrat der Außenminister, der nach Bedarf tagen sollte, wurden eine monatlich in London zusammentreffende Ständige Kommission der Botschafter und des britischen Staatssekretärs im Außenministerium, ein Generalsekretariat und ein Militärkomitee eingerichtet sowie Komitees für ökonomische, soziale und kulturelle Kooperation anvisiert; ANLux, UEO-BTO-018, Permanent Commission, Communiqué of 17th April 1948, 08.06.1948.

¹⁶⁴ ANLux, UEO-BTO-013, Record of the Second Meeting of the Consultative Council held at The Hague, 19.–20.07.1948, S. 3f.

¹⁶⁵ Vgl. Kap. 4.1.

¹⁶⁶ ANLux, UEO-BTO-013, Record of the Second Meeting of the Consultative Council held at The Hague, 19.–20.07.1948, S. 5.

hinsichtlich der Kooperationsmöglichkeiten und -notwendigkeiten zwischen den Mitgliedern des Brüsseler Pakts.

Zur Bewältigung der ökonomischen und finanziellen Probleme Westeuropas forderten die Niederlande die Einrichtung eines ökonomischen Komitees, was Bevin mit Hinweis auf den schon bestehenden Kooperationsrahmen der OEEC als unnötig abtat – diesen Diskussionszusammenhang, in dem erste Zwistigkeiten zwischen Großbritannien und den kontinentalen Mitgliedern über die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen Westeuropas zutage traten, nutzte Georges Bidault für eine eindringliche „Erklärung zum Problem des europäischen Föderalismus“.¹⁶⁷ Bidault kritisierte, dass die Proklamation einer engeren Kooperation zwischen den westeuropäischen Staaten bisher keinerlei praktische Konsequenzen, nicht einmal eine eingehende theoretische Erörterung gezeitigt habe. Diese Untätigkeit kontrastierte er mit der Entwicklung der öffentlichen Meinung, die begreife, „que de la solution du problème européen dépend non seulement l’avenir, mais peut-être l’existence même de nos pays et de la civilisation qu’ils ont depuis tant de siècles la tradition d’incarner.“¹⁶⁸ Bidault unterstrich die Notwendigkeit eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zur Sicherstellung des Wohlstands und der Unabhängigkeit Europas von der Hilfe der USA, womit er die niederländische Forderung nach engerer ökonomischer Kooperation aufgriff.

Im Zentrum seiner Argumentation stand hingegen eine ungleich größere Herausforderung, „le problème essentiel de l’Allemagne“; dieses wesentliche Problem stelle sich allen Mitgliedern des Brüsseler Pakts, es könne weder kaschiert, noch dauerhaft und friedlich gelöst werden „en dehors d’un cadre européen.“ Angesichts des immer stärker werdenden Einigungsmotivs der öffentlichen Meinung in Europa konstatierte Bidault: „C’est un moment peut-être unique dans l’histoire d’un Continent qui a connu tant de luttes, de divisions intérieures, que celui où les forces de rapprochement sont devenues plus grandes que les forces du préjugé, de la défiance et de l’égoïsme.“ Die bestehenden Strukturen reichten nicht aus, um diese historische Möglichkeit zu realisieren – „pour vivre, pour survivre“ brauche es eine entschiedene, gemeinsame Initiative der Mitglieder Brüsseler Pakts. Diese sollten in der OEEC gemeinsam den Vorschlag einer europäischen Zollunion einbringen, und zusätzlich ihre Ständige Kommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine europäische Versammlung beauftragen.¹⁶⁹ Bidault trug mit seinem Plädoyer für eine europäische Föderation nicht nur die Positionen, sondern auch die Rhetorik der europäischen Ei-

¹⁶⁷ Ebd., S. 2f.

¹⁶⁸ ANLux, UEO-BTO-019, Compte rendu de la seconde session du Conseil Consultatif à La Haye, 19.–20.07.1948, S. 21f.

¹⁶⁹ Ebd.

nigungsbewegung in den Konsultativrat des Brüsseler Pakts hinein: Er griff die Forderung des Haager Kongresses nach einer europäischen Versammlung auf, folgte der Dramaturgie einer Alternativstellung von Einigung oder Untergang, und stellte das „deutsche Problem“ ins Zentrum seiner Argumentation.

Wie das englische Protokoll der Sitzung des Konsultativrats festhielt, konnte Bidault wegen einer sich hinziehenden Kabinettsumbildung nicht im Auftrag einer amtierenden französischen Regierung sprechen. Aber er fühlte sich dazu ermächtigt und verpflichtet, die von der Mehrheit der Franzosen geteilte Forderung nach einer europäischen Föderation zum Ausdruck zu bringen.¹⁷⁰ Trotz dieser fragwürdigen Repräsentativität begannen am 2. September 1948 die Diskussionen über Bidaults Vorschlag in der Ständigen Kommission des Brüsseler Pakts. Das *Joint Committee* der europäischen Einigungsverbände hatte in der Zwischenzeit ein Memorandum über die Gründung einer europäischen Versammlung veröffentlicht, dem sich die französische Regierung unter dem neuen Außenminister Robert Schuman angeschlossen und wofür sie die Unterstützung Belgiens gewonnen hatte, während sich Briten und Niederländer skeptisch zeigten. In der Ständigen Kommission wurde dennoch die weitere Auseinandersetzung mit einer möglichen europäischen Versammlung vereinbart.¹⁷¹ Auch wenn die unterschiedlichen Sichtweisen von Franzosen (und Belgiern) sowie Briten (und Niederländern) in den weiteren Auseinandersetzungen in der Ständigen Kommission anhielten, gab es doch zwei entscheidende Übereinstimmungen: Erstens, dass die europäische Einigungsinitiative nicht privaten Gruppierungen – also den Einigungsverbänden – überlassen werden dürfe,¹⁷² und zweitens, dass die bloße Aussicht auf den Beitritt zu einer europäischen Versammlung eine positive Wirkung auf den entstehenden westdeutschen Staat haben und ihn von einem Rückfall in den Nationalismus abhalten würde.

Gerade das zweite Motiv entsprach dem Bedürfnis der französischen Regierung, ihre Deutschlandpolitik nach dem Scheitern einer Viermächteregelelung und der Entscheidung über die Gründung der Bundesrepublik auf eine neue Grundlage zu stellen, also das Ziel einer dauerhaften Kontrolle der politischen und ökonomischen Entwicklung Deutschlands im Rahmen eines geeinten Europas durchzusetzen.¹⁷³ Der nationale Kontrollimperativ Frankreichs ließ sich hingegen nur in ein europäisches Gewand hüllen, weil sich das Argument einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“, welches die französische Re-

¹⁷⁰ ANLux, UEO-BTO-013, Record of the Second Meeting of the Consultative Council held at The Hague, 19.–20.07.1948, S. 19. Im französischen Protokoll fehlt dieser Hinweis.

¹⁷¹ ANLux, UEO-BTO-122, Minutes of the 27th Meeting of the Permanent Commission, 02.09.1948, Bl. 19f. Vgl. BITSCH: *Le rôle de la France*, S. 165–167.

¹⁷² ANLux, UEO-BTO-122, Minutes of the 28th Meeting of the Permanent Commission, 08.09.1948, Bl. 21; ebd., French Reply to the British Note of 7th September, 1948 on European Assembly, 05.10.1948, Bl. 27–29.

¹⁷³ SOUTOU: Georges Bidault, S. 287–289.

gierung im Brüsseler Pakt präsentierte, bereits zu einem Hauptthema der europäischen Einigungsverbände entwickelt hatte – diese Lösungsstrategie wurde nun aufgegriffen, weil zwischen der französischen Regierung und der Einigungsdiskussion prinzipiell Einigkeit in der Problembewertung herrschte. So unterstrich die Stellungnahme, welche die französische Regierung am 14. Oktober in die Ständige Kommission des Brüsseler Pakts einbrachte, ihre Überzeugung

that the adjustment of the various interests – national or private – will be easier if we succeed in creating a large wave of public opinion in favour of the European idea. This is true in a general way and it is also true in a more specific way if one considers the problem of Germany. It is essential that we succeed in offering to the political imagination of Germany a continental system in which Germany would have its part and role. The rapid regrowth of nationalism in German youth claims our attention. We are of the opinion that, if the Western Powers are not in a position, when Western Germany becomes organised, to show her concrete results very quickly and thereby to give her hope by showing her the great future of European co-operation, German nationalism will crystallize completely around the idea of the reconstruction of German unity and Germany will resort again to her see-saw tactics between East and West with this end in view. Even if Western Germany is not called during this time to participate in a European Assembly, the existence alone of such an assembly would be able to facilitate the orientation of the German people towards West. It is in order to hasten progress in the right direction that we stress the importance of a meeting of the preparatory conference of the European Assembly.¹⁷⁴

Hier tritt das von Martina Kessel für die französische Deutschlandpolitik beschriebene Bedürfnis zutage, den entstehenden deutschen Staaten den „Regeln internationaler Moralität“¹⁷⁵ zu unterwerfen. Diese „motivation fondamentale“¹⁷⁶ war hingegen nicht nur ein französisches Motiv. Während sich Franzosen und Briten hinsichtlich der Ausgestaltung oder bloßen Notwendigkeit einer europäischen Versammlung geradezu unversöhnlich gegenüberstanden, brachte der britische Vertreter in der Ständigen Kommission seine Sympathie für die französischen Ausführungen über die Einbindung Deutschlands zum Ausdruck, „in which he saw great hope for the future.“¹⁷⁷ Trotz dieser grundsätzlichen Übereinstimmung bestanden weiterhin ebenso grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten: In ihrem Bericht für die Sitzung des Konsultativrats am 25. und 26. Oktober 1948 musste die Ständige Kommission eingestehen, dass die unterschiedlichen Positionen „have not been reconciled“, was insbesondere an der unbeantworteten Frage lag, wie die anvisierte Vorbe-

¹⁷⁴ ANLux, UEO-BTO-122, French Statement on the Subject of a European Assembly, 14.10.1948, Bl. 36. Diese Stellungnahme war eine Reaktion auf das Scheitern Frankreichs, auf der Londoner Sechsmächtekonferenz seine deutschlandpolitischen Interessen durchzusetzen; POIDEVIN: Der Faktor Europa, S. 409f.

¹⁷⁵ KESSEL: L'empêchement, S. 84.

¹⁷⁶ BITSCH: Le rôle de la France, S. 170.

¹⁷⁷ ANLux, UEO-BTO-027, Minutes of the 33rd Meeting of the Permanent Commission, 14.10.1948, Bl. 140.

reitungskonferenz für eine europäische Versammlung auszusehen habe. Während Franzosen und Belgier auf einer Delegation von Parlamentariern bestanden um eine offene Diskussion zu gewährleisten und der Öffentlichkeit das gewünschte Signal einer entschiedenen europäischen Initiative zu geben, „the absence of which would make the settlement of the German question still more difficult“, wollten die Briten die Vorbereitung auf der Regierungsebene belassen.¹⁷⁸

Dabei ging es auch Frankreich und Belgien nicht um die unvermittelte Ingangsetzung der Förderung Europas. Vielmehr lagen der Initiative für eine europäische Versammlung, wie schon den Diskussionen über die Einrichtung einer Deutschlandkommission auf dem Haager Kongress, zwei Motive zugrunde, zwischen denen vermittelt werden musste: die öffentliche Meinung, welcher der Wunsch nach einer Einigung Europas zugeschrieben wurde, und das „deutsche Problem“, welches durch diese Einigung gelöst werden sollte. Wie schon das politische Komitee auf dem Haager Kongress mit seiner Forderung nach einer Deutschlandkommission, versuchte auch Frankreich mit seiner Forderung nach einer europäischen Versammlung dem Wunsch der öffentlichen Meinung einen realistischen Ausdruck zu verleihen, also zwischen dem unbestimmten Bedürfnis nach einem geeinten Europa und der gebotenen Vorsicht bei der anvisierten Einbindung Deutschlands zu vermitteln.¹⁷⁹ In beiden Fällen hatte das „deutsche Problem“ eine gleichermaßen progressive wie retardierende Funktion, diente es als Argument für die Einigungsinitiative wie als Argument gegen deren zu weitreichende Konzipierung.

Mit Deutschland! Die Gründung des Europarats

Auf der dritten Sitzung des Konsultativrats gab es im Oktober 1948 eine regelrechte Arbeitsteilung zwischen dem französischen Außenminister Robert Schuman und Paul-Henri Spaak, dem belgischen Regierungschef und Außenminister in Personalunion. Um die Gegensätze mit Großbritannien aus dem Weg zu räumen, führte Schuman erneut die Bedeutung der europäischen Föderation an, die nicht nur aus militärischer oder politischer Perspektive bestehe, sondern insbesondere aus diplomatischer Perspektive, „because [...] the problem of Germany could be approached with greater effectiveness this way.“ Schumans Äußerung, diese Frage müsse von der Ebene der privaten Diskussion auf die Regierungsebene gehoben werden, führte Spaak weiter aus: „By remaining passive, a growing hiatus

¹⁷⁸ ANLux, UEO-BTO-122, Report of the Permanent Commission on the Questions of the European Assembly, 21.10.1948, Bl. 37.

¹⁷⁹ Diese Abwägung von innenpolitischen und außenpolitischen Erfordernissen wird deutlich in der Aussage Paul Ramadiers gegenüber Ernest Bevin vom September 1948, das Volk brauche „betörende Zukunftsphantasien“ um die politischen Notwendigkeit der europäischen Einigung mitzutragen; VON GERSDORFF: Die Gründung der Nordatlantischen Allianz, S. 292f.

would be created between opinion and the Governments. It was for the latter to take the necessary action in order to guide private initiative in the path of reality.“ Keineswegs ziele die französisch-belgische Initiative einer parlamentarisch besetzten Vorbereitungskonferenz auf die Delegierung von legislativen Befugnissen ab, sondern auf eine „purely consultative capacity“ und somit auf einen „propaganda effect“.¹⁸⁰

Bevin ließ sich davon jedoch nicht beruhigen und behielt seine skeptische Haltung bei. Zum einen wollte er nicht einfach davon ausgehen, dass eine europäische Versammlung „could have a great attraction for Germany.“ Gerade diesbezüglich sei es wichtig, „that the Governments should in any case retain their responsibilities and keep their control on the details of the proposals which might be made.“ Denn ein Scheitern des vorgeschlagenen Wegs habe fatale Konsequenzen auch für den Brüsseler Pakt. Deswegen schlug Bevin die Vorbereitung durch einen kleinen Kreis ausgewählter Regierungsvertreter und die Gründung eines Rats der europäischen Regierungen vor, der später durch Italien, Österreich und Deutschland erweitert werden könne, insofern letzteres „developed along pacific lines.“¹⁸¹ Die Niederlande und Luxemburg schlossen sich Bevins Sichtweise an, und die fünf Außenminister einigten sich darauf, ein Komitee mit der Frage einer europäischen Versammlung und eines europäischen Rats zu betrauen, welches bis zu nächsten Sitzung des Konsultativrats seine Ergebnisse und Empfehlungen vorlegen sollte.

Auf der vierten Sitzung des Konsultativrats Anfang 1949 einigten sich die fünf Außenminister schließlich auf die Gründung des Europarats. Die Kommission unter der Leitung des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Edouard Herriot hatte am 15. Dezember 1948 ihren Bericht präsentiert, der trotz Darlegung verschiedener Vorschläge und Optionen die spätere Gestalt des Europarats – ein Ministerkomitee und eine beratende Versammlung – vorwegnahm. Drei Tage später hatte zwar die britische Regierung einen eigenen Entwurf nachgeschoben, der lediglich die bisherige Position – ein Rat der europäischen Regierungen – wiederholte. Doch teilte nun der niederländische Außenminister Dirk Stikker mit, seine Regierung stelle sich „entirely behind the French and Belgian plan“, und dass „a decision of principle in the constitution of European Unity was now necessary in order to satisfy certain desires. Italy could be a member of the Organisation envisaged and Western Germany could also take part when it had a Constitution.“¹⁸² Luxemburg stimmte

¹⁸⁰ ANLux, UEO-BTO-013, Record of the Third Meeting of the Consultative Council held in Paris, 25.–26.10.1948, Pt. II: Discussion of Point 6 of the Agenda relating to the Proposal for a European Assembly, S. 2.

¹⁸¹ Ebd., S. 3f.

¹⁸² Ebd., Record of the Fourth Meeting of the Consultative Council held in London, 27.–28.01.1949, Pt. II: Report of the Committee for the Study of European Unity, S. 3. Der niederländische Richtungswechsel

ebenfalls grundsätzlich mit dem Ergebnis des Kommissionsberichts überein, weswegen sich die Diskussion auf die Frage der Zusammensetzung und Kompetenzen einer europäischen Versammlung verlagerte.

In diesen Punkten gingen Schuman und Spaak auf die Wünsche ihrer Kollegen ein und stellten noch einmal heraus, dass die europäische Versammlung vor allem ein Ziel verfolge: „giving European opinion another means of expression to replace that of private organisations, which always tended to outbid each other for the support of those who were interested in European Unity.“ Gleichzeitig müsse diese Versammlung als „*porte-parole* for European opinion“ mit Personen besetzt werden, die diesem Ziel dienten, weswegen jedes Land das Prozedere für die Auswahl seiner Delegierten selbst bestimmen solle.¹⁸³ Auch stimmte Schuman dem Hinweis Dirk Stickers zu, es sei ein „psychological and political error“, zu den weiteren Verhandlungen nicht auch diejenigen europäischen Staaten einzuladen, „which were ready to take part in our work“ – zur Diskussion standen Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz und die Türkei. Die Resolution sprach jedoch letztlich nur von „other European countries“ und der Konsultativrat verwies diesen wie alle zu diskutierenden Punkte an die Ständige Kommission.¹⁸⁴

Bereits Ende November 1948 hatte das ME in einem Positionspapier die Mitgliedschaft im Europarat für alle Nationen Europas gefordert, die ihre Vertreter nach demokratischem Verfahren bestimmen könnten. Hierzu zählte es neben den fünf Brüsseler Pakt-Staaten und Österreich, Dänemark, Irland, Griechenland, Island, Italien, Norwegen, Schweden, die Schweiz, die Türkei auch den Einparteiensstaat Portugal – sowie „the Western Zones of Germany“¹⁸⁵. Aus Sicht des Brüsseler Pakts war die Mitgliedschaft der skandinavischen Staaten sowie Italiens unstrittig. Parallel zu den Beratungen über die Gründung des Europarats fanden die Verhandlungen über die Gründung der NATO statt, in deren Zuge die USA die Aufnahme Italiens in den Brüsseler Pakt forderten. Weil die fünf Mitgliedsstaaten diese Forderung einhellig ablehnten, gedachten sie durch die italienische Mitgliedschaft im Europarat den Druck der Amerikaner abzumildern.¹⁸⁶ Gab es im Falle Itali-

war in erster Linie von dem Bedürfnis nach Anbindung des entstehenden westdeutschen Staates motiviert; MALLINSON: From Neutrality to Commitment, S. 119.

¹⁸³ ANLux, UEO-BTO-013, Record of the Fourth Meeting of the Consultative Council held in London, 27.–28.01.1949, Pt. II: Report of the Committee for the Study of European Unity, S. 5. Diese restriktive Auswahl der Delegierten führte dazu, dass bis 1970 keine Kommunisten in der Beratenden Versammlung des Europarats saßen; WASSENBERG: Histoire du Conseil de l'Europe, S. 55.

¹⁸⁴ ANLux, UEO-BTO-013, Record of the Fourth Meeting of the Consultative Council held in London, 27.–28.01.1949, Pt. II: Report of the Committee for the Study of European Unity, S. 5f., S. 11.

¹⁸⁵ DHEI, Bd. 4, Dok. 86: European Movement Executive Committee: European Consultative Assembly and European Council of Ministers, 23.11.1948, S. 371.

¹⁸⁶ ANLux, UEO-BTO-028, Minutes of the 51st Meeting of the Permanent Commission, 21.01.1949.

ens noch eine strategische Abwägung, erübrigte sich jegliche Diskussion über die Mitgliedschaft Deutschlands: diese wurde im Brüsseler Pakt schlichtweg vorausgesetzt.

So nannte ein erster Entwurf Großbritanniens über die mögliche Zusammensetzung der Beratenden Versammlung auch Deutschland, das mit 13 Sitzen vertreten sein und somit genauso viele wie Italien, aber zwei Sitze weniger als Großbritannien und Frankreich erhalten sollte.¹⁸⁷ In der Diskussion revidierte der britische Vertreter in der Ständigen Kommission, Gladwyn Jebb, diese Sitzverteilung und schlug die gleiche Anzahl von 15 Sitzen für die „Great Powers“ Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien vor – wichtig war ihm vor allem, Diskussionen darüber zu vermeiden „that population was the dominant consideration (a principle which might prove awkward in the case of Germany).“¹⁸⁸ Dem Risiko einer Übermacht Deutschlands aufgrund seiner Bevölkerungszahl sollte durch diese Regelung präventiv ein Riegel vorgeschoben werden. Auch in den weiteren Sitzungen der Ständigen Kommission wurde die deutsche Mitgliedschaft als eine Selbstverständlichkeit behandelt. Fraglich war lediglich, wie diese Mitgliedschaft angesichts des Status Deutschlands genau aussehen würde, weswegen die Kommission eine Teilrepräsentation – in der Beratenden Versammlung, nicht aber im Ministerkomitee – anvisierte.¹⁸⁹

Die Einigung der Ständigen Kommission über die Sitzverteilung brachte eine leichte quantitative Erhöhung, ansonsten aber keine Änderung mit sich: Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland würden jeweils 18, Belgien, die Niederlande und Schweden sechs, Norwegen, Dänemark und Irland vier sowie Luxemburg drei Sitze erhalten, was eine Gesamtzahl von 105 Sitzen in der Beratenden Versammlung ausmachte – eine Regelung, der das ME entschieden widersprach und stattdessen forderte, dass „France, the United Kingdom, Italy and Germany should have a maximum of 40 seats with other countries proportionally less.“¹⁹⁰ Diese vorausgesetzte, keinerlei Diskussion entfachende Einbeziehung eines noch nicht existierenden westdeutschen Staats unterstreicht noch einmal das ursprünglich Motiv Frankreichs, die Gründung des Europarats anzustreben und in den Brüsseler Pakt einzubringen – ein Motiv, dass, wie erwähnt, im Gegensatz zu allen weiteren Erwägungen über die Notwendigkeit und Ausgestaltung des Europarats unter den Mitgliedern des Brüsseler Pakts auf allgemeine Zustimmung stieß. Während das „deutsche Problem“ anfänglich als Hauptargument für die Gründung einer europäischen Versammlung

¹⁸⁷ ANLux, UEO-BTO-122, Secretary General's Note: Council of Europe, 02.02.1949, Bl. 95.

¹⁸⁸ ANLux, UEO-BTO-028, Minutes of the 54th Meeting of the Permanent Commission, 09.02.1949, Bl. 67.

¹⁸⁹ Ebd., Minutes of the 55th Meeting of the Permanent Commission, 10.02.1949, Bl. 79f.

¹⁹⁰ Ebd., Minutes of the 58th Meeting of the Permanent Commission, 23.02.1949, Bl. 110; ACE, Box 24/17, Preparatory Conference for the Establishment of the Council of Europe, Minutes of the 5th Meeting, Deputation from the European Movement, 06.04.1949, S. 1

diente, verschwand es nunmehr fast vollständig aus den Diskussionen des Brüsseler Pakts, sobald diese Gründung beschlossen worden war.

Vergleicht man dieses Verschwinden mit den intensiven Diskussionen über die Mitgliedschaft Griechenlands und der Türkei sowie den darin aufscheinenden, historischen und kulturellen Motiven, tritt die Zentralität der Mitgliedschaft Deutschlands noch deutlicher zutage. Als im Frühjahr 1949 die Gründung des Europarats konkrete Gestalt annahm – im Mai fand in London die Konferenz der zehn Gründungsmitglieder statt¹⁹¹ –, teilte der britische Vertreter in der Ständigen Kommission, Gladwyn Jebb, seinen Kollegen den Wunsch Griechenlands nach Aufnahme in den Europarat mit. Während die britische Regierung diese Erweiterung an sich begrüßte, sah sie Schwierigkeiten heraufziehen, sollten die Griechen nun eingeladen und somit der Türkei, Portugal „and perhaps even Austria“ vorgezogen werden. Diesem Vergleich widersprach der niederländische Botschafter Jonkheer Michiels van Verduynen mit dem Hinweis, „that the Greeks had fought admirably during the war, whereas Portugal and Turkey had not taken part in the war on our side, and Austria had been on the side of the enemy.“¹⁹² In der nächsten Sitzung unterstützte der belgische Botschafter Vicomte Alain Obert de Thieusies seinen niederländischen Kollegen und betonte, „that his Government felt that there were strong sentimental arguments for the participation of Greece, the more so since Italy, a former enemy country, had already been invited.“¹⁹³ Als Frankreich Anfang April den Vorschlag machte, die Mitgliedschaften Griechenlands und der Türkei von der Londoner Gründungskonferenz behandeln zu lassen, widersprach de Thieusies erneut, verlangte die Bevorzugung Griechenlands und unterstrich diese gewünschte Differenzierung mit der Anmerkung, dass „Turkey could not be considered as a European Power; her capital was in Asia and 13 million of her inhabitants lived on the Asiatic continent.“ Diesem Einwand, welcher die Zustimmung der niederländischen und luxemburgischen Repräsentanten fand, entgegnete der französische Botschafter, die Griechen seien aufgrund der „close nature of their relationship with Turkey“ möglicherweise „embarrassed“, sollte man eine Unterscheidung zwischen beiden Ländern vornehmen.¹⁹⁴

Letztlich nahm sich die Londoner Konferenz der zehn Gründungsstaaten dem Problem an. Hier stellte wiederum der norwegische Außenminister Halvard Lange die Frage, ob Griechenland und die Türkei den demokratischen Prinzipien des Europarats entsprächen. Aus seiner Sicht war es eine historische Tatsache, „that they were in a different stage of

¹⁹¹ Hierzu zählten neben den Mitgliedsstaaten des Brüsseler Pakt noch Dänemark, Irland, Italien, Norwegen und Schweden.

¹⁹² ANLux, UEO-BTO-028, Minutes of the 64th Meeting of the Permanent Commission, 24.03.1949, Bl. 184.

¹⁹³ Ebd., Minutes of the 65th Meeting of the Permanent Commission, 31.03.1949, Bl. 208.

¹⁹⁴ Ebd., Minutes of the 66th Meeting of the Permanent Commission, 06.04.1949, Bl. 222f.

democratic development.“ Dieser Feststellung widersprach zwar keiner der anwesenden Außenminister, jedoch relativiert sie der irische Außenminister Sean MacBride mit der Überlegung, der Europarat sei eine Möglichkeit „of influencing them and getting them to change their methods if necessary.“ Ebenso äußerte Robert Schuman die Ansicht, ihre Mitgliedschaft im Europarat würde es ermöglichen „to influence them for good.“ Relativierung wurden zudem politischen Umstände, nämlich die Bedrohung beider Staaten durch den Kommunismus und der griechischen Bürgerkrieg, angeführt. Ernest Bevin sprach sich insbesondere für Griechenland aus, „which suffered the German occupation and was now being persecuted by the Soviet Union and her satellites.“ Man einigte sich auf eine Formulierung, die zum Ausdruck brachte, dass eine sofortige Aufnahme beider Staaten nicht möglich sei, darüber aber entschieden werde, sobald sich das Ministerkomitee des Europarats konstituiert habe.¹⁹⁵

Vergleicht man diese Diskussionen über die Mitgliedschaften Griechenlands und der Türkei mit der exemplarischen Feststellung Ernest Bevins, die Erwägungen im Brüsseler Pakt zielten „not so much on the principle as on the timing of Germany’s inclusion in the Council of Europe“¹⁹⁶, dann wird erneut deutlich, wie eng die Gründung des Europarats mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland verknüpft war. Im Brüsseler Pakt wie auf der Londoner Konferenz stritten die westeuropäischen Regierungen über die historische Rolle – insbesondere in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft in Europa – und die Entwicklung der politischen Kultur potentieller Mitgliedsländer des Europarats. Eine entsprechende Erörterung entfiel im Fall Deutschlands, weil die Idee des Europarats gerade aus der eindeutigen historischen Rolle und unabsehbaren politischen Entwicklung der Deutschen resultierte und darauf ausgerichtet war, dem in Gründung begriffenen westdeutschen Staat eine Perspektive jenseits des Nationalismus aufzuzeigen.

Im „deutschen Problem“ ist keinesfalls das einzige Motiv der Gründung des Europarats zu sehen, aber das entscheidende Argument, mit dem die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten im Brüsseler Pakt erzielt werden konnte. Als die Grundsatzentscheidung gefällt und die Gründung des Europarats beschlossen wurde, stand auch die Einbeziehung der zukünftigen Bundesrepublik, ja selbst deren Anteil an Sitzen in der Beratenden Versammlung schon fest, während die Erörterung der Mitgliedschaft anderer Staaten nun überhaupt erst beginnen konnte. Insbesondere Robert Schuman ging es darum, den von den Einigungsverbänden vertretenen Forderungen Ausdruck zu verleihen und gleichzeitig

¹⁹⁵ ACE, Box 26/19, Minutes of the Conference for the Establishment of a Council of Europe held in London, 03.–05.05.1949, S. 16f.

¹⁹⁶ ANLux, UEO-BTO-004, Record of the Sixth Session of the Consultative Council held in Luxembourg, 17.–18.06.1949, Pt. II, S. 5.

einer Einigungsdynamik vorzubeugen, durch welche der entstehende westdeutsche Staat von seinen Besatzungsrestriktionen befreit und ihm die Rückkehr zu einer unabhängigen, nationalistischen und hegemonialen Politik auf dem Kontinent ermöglicht würde.¹⁹⁷ Deswegen zeigten sich Schuman und sein Mitstreiter Spaak, die entschieden für das Prinzip des Europarats gekämpft hatten, hinsichtlich der Struktur, der Kompetenzen und der Zusammensetzung des Europarats ungleich kompromissbereiter gegenüber den Einwänden der anderen Mitglieder des Brüsseler Pakts; beide betonten selbst, dass der anzunehmende Enthusiasmus insbesondere in der Beratenden Versammlung durch Kontrollmechanismen „kanalisiert“ werden müsse um eine effektive Arbeitsweise sicherzustellen.¹⁹⁸

Dem „deutsche Problem“ kam in diesem Prozess erneut eine gleichermaßen progressive wie retardierende argumentative Funktion zu, weil es einerseits die Gründung des Europarats, andererseits die Beschränkung seiner politischen Kompetenzen stützte. Wie Alan Milward geschrieben hat, diene der Europarat dazu

to keep the idea of a ‚European‘ solution before parliamentary and public opinion and the outcome was yet another loose association between Western European countries, one more buffer poised for the shock of the encounter with the politics of the Federal Republic.¹⁹⁹

Insofern lässt sich die Gründung des Europarats als „dilatorischer Formelkompromiss“²⁰⁰ der Anfänge europäischer Einigungspolitik verstehen: Diese Charakterisierung bezieht sich nicht nur auf die Vermittlung zwischen den weitreichenden Forderungen der Einigungsbewegung und der ablehnenden Haltung Großbritanniens. Ungleich wichtiger erschien es den französischen Initiatoren – und, wie die Verhandlungen im Brüsseler Pakt zeigten, nicht nur ihnen –, auf die anstehende Gründung der Bundesrepublik zu reagieren: sie machte eine rasche Initiative zur Einbindung des westdeutschen Staates notwendig, sollte aber gleichzeitig verhindern, dass den Deutschen hierdurch die Gleichberechtigung und ein Mitspracherecht eingeräumt würde. Der Europarat als europäische Institution ohne europapolitische Kompetenz war ein „dilatorischer Formelkompromiss“ zwischen der dauerhaften Kontrolle Deutschlands und seiner perspektivischen Rückkehr zur Souveränität, zwischen der erneuten Isolierung der Deutschen in Europa und ihrer Mitentscheidung in europäischen Angelegenheiten.

¹⁹⁷ Zur französischen Sorge über solch eine Entwicklung vgl. BITSCH: *Le rôle de la France*, S. 172f.

¹⁹⁸ ANLux, UEO-BTO-004, Record of the Sixth Session of the Consultative Council held in Luxembourg 17th–18th June, 1949. III: The Brussels Treaty and the Council of Europe, S. 4f.

¹⁹⁹ MILWARD: *The Reconstruction of Western Europe*, S. 393.

²⁰⁰ Der Begriff „dilatorischer Formelkompromiss“ wurde von dem nationalsozialistischen Juristen Carl Schmitt in seiner Kritik der Weimarer Reichsverfassung geprägt und meint eine verfassungsrechtliche Bestimmung, die „überhaupt keine Entscheidung, auch keine Kompromißentscheidung enthält“, stattdessen darauf abzielt „die Entscheidung zu vertagen“; SCHMITT: *Verfassungslehre*, S. 34. Die analytische Instrumentalisierung dieses Begriffs soll selbstverständlich keine Absehung von seiner unzweifelhaften, politischen Stoßrichtung oder gar deren Affirmation bedeuten.

4 „Deutsches Erwachen“? Die europäische Einigungsdiskussion und die Gründung der Bundesrepublik

Der Historiker Dan Diner hat das Jahr 1947 mit Blick auf den Beginn des Kalten Kriegs als „Achsenjahr moderner politischer Geschichte“¹ charakterisiert. Die Truman-Doktrin als Grundlage der amerikanischen Intervention im griechischen Bürgerkrieg, die Ablehnung des Marshall-Plans durch die Sowjetunion und ihre Satelliten, das Ausscheiden kommunistischer Minister aus den Regierungen Belgiens, Frankreichs und Italiens sowie das Scheitern der Viermächteverhandlungen auf der Londoner Außenministerkonferenz bedeuteten das Ende der Anti-Hitler-Koalition und leiteten die mehr als 40 Jahre anhaltende Spaltung Europas und der Welt in weltanschauliche Blöcke ein, die sich nicht zuletzt in der Gründung zweier deutscher Staaten im Jahr 1949 manifestierte.² Dieser Manifestation, also der Rückkehr Deutschlands zur – wenn auch geteilten – Staatlichkeit, widmete sich die europäische Einigungsdiskussion in jenen Jahren weitaus intensiver als der globalen Konfrontation der Blöcke. Die Auseinandersetzungen der Einigungsverbände und des Brüsseler Pakts mit dem „deutschen Problem“ in den Jahren 1948/49, vom Haager Kongress bis zur Gründung des Europarats, stellten den Versuch dar auf die Herausforderung der wiederlangten Staatlichkeit Deutschlands zu reagieren. Die Blockkonfrontation wurde in den Diskussionen keineswegs ausgeblendet, aber das „deutsche Problem“ lag der westeuropäischen Bedrohungsperzeption nicht nur geographisch näher: Gerade einmal vier Jahre waren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen als sich die Bundesrepublik konstituierte, und dieser westdeutsche Staat bildete die Frontlinie in einem Konflikt, welcher durch seine Gründung eine zusätzliche Verschärfung erfuhr.³

Der Einfluss, den die westeuropäischen Staaten geltend machen konnten und den sie mit dem Europarat auch betont geltend machen wollten, fokussierte deswegen auf die politische Entwicklung der Bundesrepublik. Es galt zu verhindern, dass Deutschland als primäres europäisches Objekt des Kalten Kriegs zu dessen primärem europäischen Subjekt wurde – zu einer unabhängigen politischen Kraft, die auf einen Ausgleich oder eine Auseinandersetzung mit der UdSSR zusteuern und dadurch den gesamten Kontinent in eine existentiell bedrohliche Lage versetzen würde. Insofern gilt nicht nur für die französische Perspektive dieser Zeit, dass „la question des relations Est-Ouest est perçue par le prisme du problème allemand“⁴, dass die Wahrnehmung und Bewertung einer sich zuspitzenden sow-

¹ DINER: Gedächtniszeiten, S. 45.

² LOTH: Die Teilung der Welt, S. 181–199; KÜSTERS: Der Integrationsfriede, S. 364–382.

³ LEFFLER: The Struggle for Germany, S. 55.

⁴ WENKEL: Inquiétudes parlementaires, S. 87.

jetischen Bedrohung Europas „vient seulement se surimposer à une menace allemande qui ne s’est pas totalement effacée.“⁵ Der durch das Prisma des „deutschen Problems“ fokussierte, westeuropäische Blick auf die Blockkonfrontation lässt sich an den Reaktionen der UEF und des Brüsseler Pakts auf die erste Berlinkrise und die Gründung der Bundesrepublik ablesen; gerade jene beiden Foren, die aufgrund ihrer diametralen Strategien – einerseits der europäischen Föderation, andererseits des „dilatorischen Formelkompromisses“ des Europarats – die Gegenpole der westeuropäischen Einigungsdiskussion bildeten, fanden in dieser angespannten Entscheidungsphase zu einer bemerkenswerten analytischen Nähe.

4.1 Die Verschärfung des „deutschen Problems“ 1948/49

Verschobene Bedrohung: Die Berlinkrise als „deutsches Problem“

Die erste Berlinkrise führte zu einer sowjetischen Blockade der Stadt vom 24. Mai 1948 bis zum 12. Juni 1949. Sie war eine Reaktion der UdSSR auf die Londoner Sechsmächtekonferenz und die Durchführung der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen, durch welche die separate Gründung eines westdeutschen Staats beschlossen und praktisch vorweggenommen wurde. Die erste Berlinkrise bildete insofern eine nicht-kriegerische, aber dennoch militärische Konfrontation, wegen der Unterbindung des freien Zugangs der amerikanischen, britischen und französischen Armeen zu ihren Berliner Besatzungssektoren – die dort stationierten Truppen der drei westlichen Staaten waren faktisch von der Versorgung abgeschnitten. Auch wenn die westlichen Alliierten die Versorgung Berlins durch die legendär gewordene Luftbrücke gewährleisten konnten, so stellte die Blockade doch eine erste Eskalationsstufe der deutschlandpolitischen Konfrontation zwischen den Blöcken dar, die eine friedliche Nachkriegsordnung für den europäischen Kontinent grundsätzlich in Frage stellte.⁶

Im Konsultativrat des Brüsseler Pakts, der insbesondere den Benelux-Staaten als Informationsquelle über die deutschlandpolitische Entwicklung diente, war die Berlinkrise ganz selbstverständlich ein brennendes Thema. Anfänglich herrschte die Sorge über eine mögliche Eskalation der Krise vor, welche die kontinentaleuropäischen Mitglieder dazu veranlasste vorerst von Verpflichtungserklärungen im Rahmen der Verhandlungen über die Gründung der NATO Abstand zu nehmen um die Situation nicht weiter zu verschärfen.⁷ Gleichzeitig gestaltete sich der Austausch über die westlichen Reaktionen auf die Blockade und über mögliche Maßnahmen zur ihrer Beendigung sehr sachlich und nahm teilweise

⁵ POIDEVIN: *La France devant le danger allemand*, S. 263.

⁶ LEMKE: *Die Berlinkrisen*, S. 234, S. 241; DÜLFFER: *Europa im Ost-West-Konflikt*, S. 4f.

⁷ VON GERSDORFF: *Die Gründung der Nordatlantischen Allianz*, S. 222–224.

sogar optimistische Züge an.⁸ Exemplarisch für die relative Gelassenheit der Mitglieder des Brüsseler Pakt angesichts der Berlinkrise steht die Einschätzung des belgischen Außenministers Paul-Henri Spaaks auf der Sitzung des Konsultativrats im Juli 1948, der die Blockade nicht als Ausdruck notorischer sowjetischer Aggression sondern als „very natural reaction“⁹ auf die politische Entwicklung der jüngsten Zeit beschrieb. Auf der folgenden Sitzung im Oktober ging Spaak soweit zu behaupten, dass „the German affair had not taken an unfavourable turn“, womit er die jüngste Sitzung des UN-Sicherheitsrats meinte in der die Sowjetunion als Verursacher der Krise bloßgestellt worden war.¹⁰ Die Wahrnehmung einer akuten Bedrohung spiegelt sich in solchen Einschätzungen nicht wider.

Im Konsultativrat des Brüsseler Pakts – wie auch in den USA – wurde die Berlinkrise zwar als ernstzunehmende Herausforderung der Standhaftigkeit der westlichen Besatzungsmächte, nicht aber als unmittelbare militärische Bedrohung oder Kriegsgefahr diskutiert.¹¹ Vielmehr trat dieses Bedrohungsszenario in anderer Gestalt zutage, nämlich durch das mögliche Hinzutreten eines unkalkulierbaren Eskalationsfaktors: Am 15. November 1948 erörterte das Militärkomitee des Brüsseler Pakts die Möglichkeit einer „German aggression in Western Germany“. Angesichts der bisherigen Methode der Sowjetunion, durch die von Moskau gelenkten kommunistischen Parteien eine indirekte Ausweitung ihres Einflussbereichs in Ost- und Mitteleuropa zu betreiben, schätzte auch das Militärkomitee die Gefahr einer direkten Konfrontation mit der UdSSR als eher gering ein während eine „attack on the Western Zones, led by German units, regular or not, acting in the name of a provisional German government“ als durchaus möglich erschien. Diese Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Westdeutschland wurde einerseits als indirekte, politische Provokation erörtert, in Gestalt kommunistisch gelenkter Unruhen und Aufstände in Westdeutschland sowie Hilferufe der Aufständischen an „*German* pro-Russian forces, coming from the Eastern Zone.“ Aber auch die Möglichkeit einer „[d]irect intervention of German Police and Military Forces, regular or otherwise, from the Russian Zone of Occupation“ zog das Militärkomitee in Betracht. Auch wenn diese Erörterung im Zuge der Berlinkrise begann

⁸ Ebd., S. 290; PIKART: Militärische Lage und Bedrohungspereptionen, S. 232.

⁹ ANLux, UEO-BTO-013, Record of the Second Meeting of the Consultative Council held at The Hague, 19.–20.07.1948, S. 6.

¹⁰ Ebd., Record of the Third Meeting of the Consultative Council held in Paris, 25.–26.10.1948, Secret Session, S. 2. In der Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 25.10.1948 brachten die nichtständigen Mitglieder Argentinien, Belgien, Kanada, Kolumbien und Syrien sowie das ständige Mitglied China eine Resolution ein, die zur Aufhebung der Blockade und zur Rückkehr an den Verhandlungstisch aufrief. Die UdSSR legte ein Veto gegen die Resolution ein, wodurch ihr die Verantwortung für das Andauern der Krise eindeutig zugeschrieben werden konnte. JESSUP: The Berlin Blockade, S. 170.

¹¹ WIGGERSHAUS: Nordatlantische Bedrohungspereptionen, S. 22f. Die offiziellen, dramatischeren Stellungnahmen der Westeuropäer dienten in erster Linie als Druckmittel gegenüber den USA, die Sicherheit des Kontinents zu garantieren – nicht nur vor der UdSSR, sondern auch vor Deutschland. Vgl. hierzu TRACHTENBERG: A Constructed Peace, S. 83–86.

und durch sie beeinflusst war, wurde festgehalten, dass die Möglichkeit ganz unabhängig von der Situation in Berlin bestehe. Deswegen erging von Seiten des Komitees die prinzipielle Forderung an die Regierungen des Brüsseler Pakts darin übereinzukommen und zu beschließen, dass solch eine deutsche Attacke, genau wie jeder andere Angriff auf die Besatzungstruppen der Mitgliedsländer, automatisch den Bündnisfall auslösen würde.¹²

Das Komitee der Stabschefs schloss sich der Forderung des Militärkomitees an und empfahl den Verteidigungsministern der Brüsseler Pakt-Staaten, eine entsprechende Entscheidung zu fällen.¹³ Die Verteidigungsminister bestätigten, dass eine solche Aggression automatisch die Verteidigungsmechanismen des Pakts in Gang setzen würde, und auch der Konsultativrat schloss sich dieser Interpretation an.¹⁴ Doch war das Szenario einer deutschen Aggression kein bloßes Planspiel der Militärs. Vielmehr entsprach es der auch in anderen Zusammenhängen anzutreffenden Sorge über eine erneute Orientierung der Deutschen nach Osten und einen damit assoziierten Versuch, Deutschlands Einheit durch die Annäherung an die UdSSR wiederherzustellen. In Frankreich, wo „le problème allemand [...] reste une question primordiale conditionnant plus ou moins toutes les autres“¹⁵, befeuerte die Berlinkrise weniger die Sorge um einen bevorstehenden militärischen Konflikt mit der Sowjetunion als vor einer „nationalbolschewistischen“ Ausrichtung Deutschlands zur Wiederherstellung des preußisch-deutschen Reichs. Das Bündnis von deutschem Nationalismus und russischem Bolschewismus wurde in der französischen Öffentlichkeit als schwelendes Bedrohungspotential der andauernden Berlinkrise wahrgenommen.¹⁶

Wiederum nicht nur aus der nationalen französischen Perspektive Frankreichs auf Deutschland, sondern auch aus der europäischen Perspektive der Föderalisten bestand hierin eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Die UEF stellen ein weiteres Forum der europäischen Einigungsdiskussion dar, in dem die Berlinkrise erstens überhaupt thematisiert, und zweitens ebenfalls als spezifisch „deutsches Problem“ begriffen wurde. So ging der Präsident des Exekutivbüros, Henri Brugmans, auf dem UEF-Kongress in Rom im November 1948 kurz auf die Blockade ein: „C’est à Berlin que se joue le destin de notre époque.“ Eine erfolgreiche Bewältigung der Krise würde aber nicht allein durch die Luft-

¹² ANLux, UEO-BTO-042, Military Committee, Note on the Possibility of a German Aggression in Western Germany, 15.11.1948, Bl. 102f. Diese Einschätzung reflektierte und spezifizierte die Überlegungen, die sich schon in den gleichzeitigen Verhandlungen über die Gründung der NATO im sogenannten *Washington Paper* vom 9. September 1948 niedergeschlagen hatten. WIGGERSHAUS: Nordatlantische Bedrohungspereptionen, S. 23.

¹³ ANLux, UEO-BTO-042, Report by the Western Union Chiefs of Staff Committee, Aggression in Germany, 23.12.1948, Bl. 101.

¹⁴ Ebd., Minutes of the Meeting of the Ministers of Defence in Brussels, 14.01.1949, Bl. 13; ANLux, UEO-BTO-021, Résolution du Conseil Consultatif à propos du Rapport sur la Défense, 03.02.1949.

¹⁵ POIDEVIN: Robert Schuman, S. 188.

¹⁶ FRITSCH-BOURNAZEL: Mourir pour Berlin, S. 189f.

brücke oder die Standhaftigkeit des westlichen Lagers erreicht werden, sondern durch die Schaffung einer „alternative au 4^e Reich national-communiste [...]“. Diese Alternative lag für Brugmans in der „perspective d’une Europe prête à réintégrer l’Allemagne réconciliée et intégrale“ – der deutschen Jugend, „sceptique, désabusée, hostile aux phrases toutes faites, mais prête aux sacrifices si vraiment un horizon s’ouvrait“, müsse dieser Horizont als geeintes Europa präsentiert werden um sie vom Horizont eines nationalbolschewistischen Vierten Reichs fernzuhalten.¹⁷

Die Sorgen über eine nationalbolschewistische Orientierung der Deutschen bezogen sich nicht auf das reale „historisch-ideologische Gestrüpp“¹⁸ der unbedeutenden nationalbolschewistischen Bewegung, die in der Weimarer Republik eine gleichermaßen soziale wie nationale Revolution propagiert hatte. Auch wurden nicht die naheliegenden Analogien der deutsch-sowjetischen Verträge von Rapallo (1922) und Moskau (1939) bemüht. Die Tragweite der westeuropäischen Bedenken gegenüber Deutschland lässt sich gerade daran ablesen, dass solch eine historische Einordnung gar nicht notwendig war – ein Bündnis zwischen deutschem Nationalismus und sowjetischem Kommunismus war ein ganz selbstverständliches und realistisch wirkendes Szenario. Die internationale Krise, welche die absehbare westdeutsche Staatsgründung ausgelöst hatte, befeuerte die Furcht vor einer antiwestlichen und antieuropäischen Orientierung der Deutschen und ihrer Anlehnung an die Sowjetunion, mittels der die nationale Einheit Deutschlands durchgesetzt und die Position Westeuropas unterminiert würde. Die Warnung im Brüsseler Pakt vor einer nationalrevolutionären Reaktion der Deutschen auf die sich manifestierende Teilung ihres Landes war insofern Ausdruck derselben Bedrohungsperzeption, wie sie von Brugmans für die UEF formuliert wurde. Dass „deutsches Problem“ war nicht einfach Teil des allgemeinen Problems nationalstaatlicher und systemischer Interessenskonflikte. In der internationalen Auseinandersetzung über die Zukunft Deutschlands erschienen die Deutschen selbst als der unsicherste Faktor.

Dass das „deutschen Problem“ dazu angetan war, die ohnehin schon konfrontative Situation weiter zuzuspitzen, zeigt auch die weitere Auseinandersetzung der UEF mit der europäischen Einbindung Deutschlands im Zuge der Gründung der Bundesrepublik. Im Januar 1949 leitet Generalsekretär André Voisin den Mitgliedern des Zentralkomitees eine Studie französischer Wissenschaftlern weiter, die sich insbesondere mit der Frage der Souveränität beschäftigte. Voisin schloss aus dieser Studie die Notwendigkeit, dass ein Ge-

¹⁷ HAEU, UEF-100, Deuxième congrès annuel de l’Union Européenne des Fédéralistes à Rome, 7.–11.11.1948, Discours du Président Henri Brugmans, S. 8f.

¹⁸ DUPEUX: Nationalbolschewismus in Deutschland, S. 14. Vgl. auch KOENEN: Der Russland-Komplex, S. 402–405.

richtshof für Menschenrechte und eine Vereinheitlichung des europäischen Rechts „doivent être organisées dans l’avenir immédiat avec toute la minutie nécessaire.“¹⁹ Die Studie enthielt einen Vergleich der französischen und deutschen Rechtstraditionen. Ihre zentrale Aussage bestand darin, dass in beiden Traditionen das Souveränitätsprinzip über die Gültigkeit internationaler Vereinbarungen und Verpflichtungen gestellt werde, diese somit keinen Bestand haben könnten. Doch fügten die Verfasser eine wesentliche Unterscheidung hinzu: Während nämlich die liberal-individualistische Rechtstradition Frankreichs gemäß dem Prinzip „*sic rebus stantibus*“ internationale Vereinbarungen als bindend akzeptiere, solange sich die Umstände der Vereinbarungen nicht änderten, sei „la thèse allemande [...] plus brutale ou plus cynique – c’est-à-dire peut-être plus *logiquement* rigoureuse.“²⁰

Die deutsche Rechtstradition bestreite, dass der Staat überhaupt internationale Vereinbarungen anerkennen könne. Aus deutscher Sicht sei das internationale Recht Mittel des Staats, denn der Staat stehe über dem Recht und könne sich ihm deswegen nicht unterwerfen. Die französische Infragestellung und die deutsche Leugnung internationaler Verpflichtungen seien für das Verhängnis Europas gleichermaßen verantwortlich und dieses doppelte Beharren auf der Souveränität „explique l’histoire européenne depuis un siècle, avec toutes ses conséquences: principe des nationalités, nazisme, communisme et guerre. Mais alors, il faut refuser l’Europe. On ne sortira pas de là...“²¹ Sinn und Notwendigkeit der europäischen Föderation lägen daher in der Überwindung eines bestenfalls prekären Zustands internationaler Beziehungen. Aber auch in diesem generellen Urteil wurde mit der Charakterisierung der deutschen Rechtstradition als „logisch konsequenter“ Ausdruck des allgemeinen Problems nationalstaatlicher Souveränität das besondere „deutsche Problem“ gewürdigt. In Deutschland, seinem Staats- und Rechtsverständnis habe das fatale Prinzip des souveränen Nationalstaats, die Leugnung und Verwerfung internationaler Abmachungen sowie die notwendig krieglerische Tendenz zu seiner Reinform gefunden.

Die sich der UEF aufdrängende Notwendigkeit einer institutionellen Einbindung des im Entstehen begriffenen westdeutschen Staat bestätigte auch Altiero Spinelli. Der föderalistische Theoretiker, der sich bisher nicht durch eine hervorgehobene Beschäftigung mit dem „deutschen Problem“ ausgezeichnet hatte, stellte angesichts des Widerentstehens eines deutschen Staats eine regelrechte Bipolarität des deutschen Charakters heraus. Einerseits sei

¹⁹ HAEU, UEF-91, André Voisin, Deuxième lettre circulaire aux Membres du Comité Central de l’Union Européenne des Fédéralistes, 30.01.1949.

²⁰ Ebd., Note sur les principes d’un droit international et la Cour Suprême de Justice (Européenne), S. 3f. [Hervorhebungen im Original.]

²¹ Ebd., S. 4.

die europäische Föderation „le seul grand espoir des démocrates allemands“, andererseits bedeute das Fehlen dieser Föderation, dass „on doit s’attendre à une renaissance du nationalisme allemand qui ira marchander entre l’Orient et l’Occident pour reconquérir l’unité et le puissance de ce pays.“ Der deutsche Geist enthalte beide Tendenzen, „souvent dans les mêmes personnes.“ Deswegen werde der entstehende deutsche Staat „soit la pierre d’achoppement pour l’Europa désunie, soit la pierre d’angle de l’Europe unie“ darstellen.²² Die Notwendigkeit der europäischen Föderation lag für die UEF nicht einfach im allgemeingültigen Prinzip des nationalstaatlicher Souveränität begründet, sondern in erster Linie in der spezifischen Ausprägung, die dieses fatale Prinzip in Deutschland angenommen habe – und zwangsläufig wieder annehmen müsse, wenn die europäischen Tendenz des bipolaren deutschen Charakters nicht rechtzeitig durch eine institutionelle Einbindung der Deutschen gestützt werde.

Je näher die Gründung der Bundesrepublik rückte, desto mehr trat die grundsätzliche föderalistische Position, die im souveränen Nationalstaat die Wurzel allen Übels ausmache, hinter der Erörterung des spezifischen „deutschen Problems“ zurück, welches auch durch den föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik nicht gelöst würde. So erinnerte Henri Brugmans in einem Positionspapier vom April 1949 an die seit dem Kongress von Montreux bestehende Doktrin der UEF, dass „le fédéralisme interne n’est possible qu’en fonction de l’intégration européenne.“ Angesichts der Wiederentstehung eines deutschen Staates stelle sich nun die Frage: „Oui ou non, acceptons-nous la Constitution de Bonn? Faisons-nous campagne pour les Etats-Unis d’Allemagne ou bien pensons-nous que le courant d’unité est trop fort?“²³ Mit der Beantwortung der Frage wurde die Deutschlandkommission der UEF betraut. Parallel zu dieser Erörterung widmeten die Föderalisten die Juni-Ausgabe ihres Bulletins dem Thema Deutschland. Das Heft rekapitulierte die Positionen der UEF und ihrer Mitgliedsverbände zum „deutschen Problem“, gab Reden von Funktionären wieder und berichtete von den Aktivitäten der deutschen Europa-Föderalisten. Im Zuge der westdeutschen Staatsgründung erschien es dem Verband noch einmal wichtig zu betonen, „que face à ce problème comme à tant d’autres, l’U.E.F. a fait figure de précurseur.“²⁴

²² HAEU, UEF-95, Altiero Spinelli: Thèses pour l’élaboration d’une politique de l’U.E.F., März 1949, S. 12.

²³ HAEU, UEF-90, Henri Brugmans: Pour l’avenir de l’UEF, April 1949, S. 4. Zum Kongress von Montreux im August 1947 vgl. Kap. 3.1.

²⁴ HAEU, UEF-246, Bulletin N° 3, Juni 1949, S. 1.

Nahe Gegenpole: Die UEF, der Brüsseler Pakt und die westdeutsche Staatsgründung

Einen Monat nach dieser propagandistischen Begleitung der bundesrepublikanischen Staatsgründung im Bulletin der UEF folgte die inhaltliche Auseinandersetzung im Zentralkomitee. Bezeichnenderweise war es dessen erster Zusammenkunft in Deutschland vorbehalten, zur wiedererlangten deutschen Staatlichkeit Stellung zu beziehen. Anfang Juli beriet das Zentralkomitee in Bernkastel-Kues über die von Brugmans gestellte Frage – „Ja oder nein, akzeptieren wir die Verfassung von Bonn?“ – und ließ mit einer Resolution über „Das deutsche Problem und die europäische Föderation“ keinen Zweifel an seiner Ablehnung aufkommen. Die in Bernkastel-Kues verabschiedete Resolution betonte zwar, dass sich die UEF für eine gleichberechtigte Teilhabe der Deutschen an der europäischen Einigung, gegen alle nationalistisch motivierten deutschlandpolitischen Maßnahmen wie Grenzkorrekturen oder Demontagen und sogar gegen die IRB ausspreche sowie die Aufnahme Deutschlands in den Europarat fordere.

Gleichzeitig wurde in dem Text mit deutlichen Worten auf die angenommenen, fatalen Konsequenzen der westdeutschen Staatsgründung hingewiesen:

L'avenir de l'Allemagne se décidera maintenant et non plus tard, comme on pourrait être tenté de le croire. C'est, en effet, maintenant qu'il sera décidé si des parties importantes du peuple allemand vont recouvrer une souveraineté nationale totale, ou bien si, dès le début, une partie de cette souveraineté pourra être abandonnée à la Fédération européenne par le peuple allemand lui-même. La première solution n'en est pas une: elle abandonne l'Allemagne à son éternel réveil nationaliste dont on ne pourra enchaîner l'essor par aucune mesure d'exception. Elle évoque pour les peuples européens les expériences passées en leur faisant craindre une nouvelle tentative impérialiste qui aurait comme but d'unir l'Europe en une 'Europe-Allemande'. [...] Le Comité Central de l'U.E.F. proclame donc une fois de plus que seule l'intégration de l'Allemagne dans une Europe fédérale peut résoudre le problème allemand et faire en sorte que l'Allemagne cesse d'être un problème spécial pour l'Europe.²⁵

Deutschland müsse sich, „au lieu d'être un danger éventuel pour l'Europe et pour le monde“, zur europäischen Einigung bekennen und somit dem gemeinsamen Interesse Europas unterwerfen, anstatt darauf zu beharren, „que l'Europe doit satisfaire tous les intérêts particuliers allemands“ – diesen deutschen Interessen, so legitim sie auch sein mochten, würde nur noch „une valeur relative“ zukommen, die Bedeutung der Deutschen im geeinten Europa auf „une manière normale“ reduziert und auf die gemeinsamen Herausforderungen und Ziele ausgerichtet werden. Abschließend forderte die UEF die Verwandlung des gerade erst ins Leben gerufenen Europarats in eine supranationale politische Autorität, „pour

²⁵ HAEU, UEF-128, Réunion du Comité Central à Bernkastel-Kues, 05./06.07.1949, Annexe N° 2: Le Problème Allemand et la Fédération Européenne, S. 1.

que l'Allemagne ne devienne plus un Etat national, en dehors de la communauté européenne.²⁶

Diese Resolution, die das Zentralkomitee der UEF ausführlich diskutierte und einvernehmlich annahm, basierte auf Berichten Ernst von Schencks und Eugen Kogon.²⁷ Sie gab den vorhergegangenen Auseinandersetzungen in der UEF über die Gründung der Bundesrepublik einen konzentrierten Ausdruck und stellte das „deutsche Problem“ als zentrale Herausforderung der europäischen Einigung ungeschminkt heraus: Entweder die Wiedererlangungen der „totalen nationalen Souveränität“ der Deutschen, die ihr „ewiges nationalistische Erwachen“ und dadurch die reaktive, aus der jüngsten Erfahrung resultierende Angst seiner Nachbarn vor einem „deutschen Europa“ hervorbringen würde; oder die Verhinderung eines deutschen Nationalstaats durch die europäische Föderation, in der die Deutschen zur Befriedigung nicht ihrer eigenen sondern der gemeinsamen Interessen beitragen und somit aufhören würden, ein „besonderes Problem“ für Europa zu darzustellen. Wie Frankreich, das noch im Mai 1948 auf der Londoner Sechsmächtekonferenz gegen die Etablierung eines deutschen Staates aufgetreten war, selbst wenn dieser Staat föderal strukturiert sein würde,²⁸ sahen auch die Föderalisten in der föderalen Struktur der Bundesrepublik kein Mittel gegen den deutschen Nationalismus.

Auch die Prognose eines erneuten „deutschen Erwachens“ und die in dieser Formulierung enthaltene Analogie zum Nationalsozialismus entsprach den französischen Befürchtungen, wie sie etwa in der Kommission für Auswärtige Angelegenheit des französischen Parlaments ausgesprochen wurden – [...] solche „allusions historiques“ waren keine „spécificité“²⁹ dieser französischen Debatte, sondern fanden gerade in den Stellungnahmen der Föderalisten Widerhall. Der Unterschied zwischen der Position der UEF sowie der von Frankreich in den Brüsseler Pakt hineingetragenen Vorstellung lag vielmehr im jeweiligen Lösungsansatz. Der Brüsseler Pakt rief den von Frankreich initiierten „dilatorischen Formelkompromiss“ des Europarats ins Leben dessen Kernstück, die Beratende Versammlung, als kompetenzloses Organ dazu ausersehen war, die europäische Einbindung der Bundesrepublik einzuleiten ohne dadurch dem westdeutschen Staat automatisch eine gleichberechtigte Mitsprache oder gar Mitentscheidung zugestehen zu müssen. Die UEF

²⁶ Ebd., S. 1f.

²⁷ Ebd., Réunion du Comité Central à Bernkastel-Kues, 05./06.07.1949, S. 3f.

²⁸ WEHNER: Die Westalliierten und das Grundgesetz, S. 223f. Gegen die Gefahr einer erneuten Zentralisierung der deutschen Staatsgewalt wandte sich auch Belgien. In diesem Punkt sowie in der Forderung nach Grenzkorrekturen und nach einer effektiven Kontrolle der Ruhr lagen die wichtigsten Anknüpfungspunkte zwischen Frankreich und den Benelux-Staaten, die sich ansonsten eher an der amerikanisch-britischen Position orientierten. Vgl. DUJARDIN: La Belgique, S. 32–34.

²⁹ WENKEL: Inquiétudes parlementaires, S. 87.

hingegen nahm in dieser dilatorischen Gestalt des Europarats eine vollkommen unzureichende Reaktion auf die Gründung der Bundesrepublik wahr und begann ihre Kampagne für einen Bundespakt mit dem Ziel, die Beratende Versammlung in eine europäische Konstituante zu transformieren.³⁰

Die grundsätzliche Differenz zwischen der UEF und dem Brüsseler Pakt als Gegenpolen der Einigungsdiskussion spiegelt sich in der von Robert Schuman und Paul-Henri Spaak gewählten Formulierung einer „Kanalisation“ der Tätigkeit der Beratenden Versammlung wider, mit der die beiden Außenminister im Konsultativrat ihre Skepsis hinsichtlich eines Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zum Ausdruck brachten.³¹ Diese „Kanalisation“ implizierte keineswegs eine Ablehnung der Beschäftigung der Beratenden Versammlung mit den Menschenrechten und deren Kodifizierung. Denn die Statuten des Europarats führten die Menschenrechte als dessen Grundlage an und machten Neumitgliedschaften von der Achtung der Menschenrechte durch den beitretenden Staat abhängig. Vielmehr bezog sich ihre Skepsis, wie die des gesamten Konsultativrats, auf die Errichtung einer europäischen Institution welche dazu befähigt sein würde in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten einzugreifen. Aus Sicht des Brüsseler Pakts musste solch eine Institution allerdings vielmehr dazu führen, Konflikte zwischen den europäischen Staaten zu schüren anstatt diese beizulegen. Diese Befürchtung bezog sich, wie Großbritannien in der Ständigen Kommission ausführte, insbesondere auf Deutschland, namentlich auf die Bürger des Saargebiets sowie der an Belgien und die Niederlande abzutretenden deutschen Gebiete.³²

Die Vorstellung, dass die Errichtung gemeinsamer, mit politischen oder juristischen Befugnissen ausgestatteter Institutionen die bestehenden Konflikte zwischen den Mitgliedsstaaten nicht beenden, sondern vielmehr die gesamte Gemeinschaft belasten würde, war nicht nur eine theoretische Erwägung, sondern konnte sich auf die negative Erfahrung berufen die sämtliche Mitgliedsstaaten des Brüsseler Pakts in der Zwischenkriegszeit mit dem Minderheitenschutz im Rahmen des Völkerbunds gemacht hatten. Der damalige Minderheitenschutz, gemäß dem infolge des Ersten Weltkriegs proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völker, hatte letztlich das nationalstaatliche Prinzip eher verstärkt als geschwächt. Er hatte den Minderheiten – insbesondere der deutschen Minderheit in Polen – ein Mittel und eine Legitimationsgrundlage an die Hand gegeben, die Integration in die

³⁰ Vgl. hierzu Kap. 4.2.

³¹ ANLux, UEO-BTO-004, Record of the Sixth Session of the Consultative Council held in Luxembourg 17.–18.06.1949, III: The Brussels Treaty and the Council of Europe, S. 4f.

³² ANLux, UEO-BTO-028, Minutes of the 59th Meeting of the Permanent Commission, 03.03.1949, Bl. 132.

neu- oder wiedererstandenen mitteleuropäischen Staaten abzulehnen und stattdessen die nationalen und völkischen Trennungslinien zu vertiefen.³³ Die Diskussionen über einen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Brüsseler Pakt nahmen auf die Entwicklungen der Zwischenkriegszeit keinen direkten Bezug, drückten aber eine weit verbreitete Sorge aus, die nur vor diesem Erfahrungshintergrund zu verstehen ist. Sie entsprachen der Verschiebung des Fokus des internationalen Rechts vom Schutz der kollektiven Minderheitenrechte auf den Schutz der individuellen Menschenrechte infolge des Zweiten Weltkriegs und spiegeln die Befürchtung wider, dass gemeinschaftliche Institutionen erneut für die nationalistischen Zwecke der Deutschen missbraucht würden.³⁴

Das geschärfte Risikobewusstsein im Brüsseler Pakt angesichts der Gründung der Bundesrepublik verdeutlicht zudem ein Memorandum, welches die niederländische Regierung in der Sitzung des Konsultativrats im Juni 1949 vorlegte.³⁵ Wegen des Scheiterns der Viermächteverhandlungen, der auf unbestimmte Zeit anhaltenden Teilung Deutschlands und der anzunehmenden, langen Periode internationaler Spannungen, sei „a resolute continuation and elaboration of the policy towards Western Germany [...] the only way left open.“ Die Mitgliedsländer wurden dazu aufgefordert „to re-determine the course to be followed with regards to the German problem to the largest possible degree.“ Es sei unabwendbar, dass die europäischen Staaten den „main political issues concerning Germany“ ihre ungeteilte Aufmerksamkeit widmeten. Aus niederländischer Sicht bedeutete dies einerseits die westeuropäische Einbindung der Bundesrepublik – vorrangig durch dessen Aufnahme als assoziiertes Mitglied in den Europarat – sowie die möglichst effektive Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft voranzutreiben. Andererseits sprach das Memorandum die Befürchtung aus, dass „[a] policy of re-establishing Germany [...] might create a new and additional threat to Western Europe’s safety.“ Die beiden Weltkriege hätten den Beweis geliefert, „that a united Germany can constitute a mortal threat to Western Europe“, und diese tödliche Bedrohung würde umso größer werden, wenn es Deutschland gelinge seinen traditionellen „strong trends towards the East“ nachzugehen um sich entweder mit der UdSSR zu verbünden oder „to acquire such an independent position, that she could

³³ FINK: *Defender of Minorities*, S. 330–357.

³⁴ Zum diesem Wandel als Ergebnis der negativen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit vgl. FINK: *Minority Rights as an International Question*, S. 395f.; SCHULZE-FORBERG: *Before Integration*, S. 40f.

³⁵ Dieses Risikobewusstsein tritt zudem in einem weiteren deutschlandpolitischen Memorandum zutage, das die niederländische Regierung einen Monat später vor der Zweiten Parlamentskammer präsentierte. Auch wenn es fast ausschließlich ökonomische Fragen behandelte, hieß es grundsätzlich, dass „as long as there is no real proof that the German people are working with all their heart for a democratic form of government, with a durable character, then the security question needs to be watched permanently. [...] Admission of Germany to the cultural, social, economic and political co-operation between the other European states [...] can lead in the long run to the removal of the danger of renewed German aggression.“ Zit. MALLINSON: *From Neutrality to Commitment*, S. 113.

choose whether to hold the balance or upset it.“ Deswegen müsse die Deutschlandpolitik des Brüsseler Pakts, neben der Assoziierung der Bundesrepublik mit dem Europarat, die Fortsetzung der militärischen Besatzung Westdeutschlands „until the military and political position of Western Europe is much stronger than at present“, das Verbot von Streitkräften und das Verbot der Produktion von Kriegsmaterial zum Ziel habe. Als weitere Forderung kam die Unterbindung jeglicher Autarkiebestrebungen hinzu.³⁶

Die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Ernest Bevin und Robert Schuman, nahmen ausführlich zu dem Memorandum Stellung und stimmten der niederländischen Analyse und Strategie in allen Punkten zu. Sowohl Bevin als auch Schuman betonten, dass die Besatzungstruppen auch nach Abschluss eines Friedensvertrags nicht einfach abgezogen würden, vor allem nicht ohne Konsultation der Nachbarn und Opfer Deutschlands. Denn, wie Bevin es formulierte, „[t]he security of all Five countries was involved; there had been two wars and some countries had been invaded three times during the last 60 [sic!] years.“³⁷ Beide Außenminister stimmten zudem mit dem Memorandum darin überein, die Orientierung der Deutschen nach Osten sehr genau zu beobachten. Dabei waren für Schuman selbst „economic relations with the East [...] dangerous so long as there was not a firm political link established between Germany and the West.“³⁸ Auch die baldige Assoziierung der Bundesrepublik mit dem Europarat, welche dem Brüsseler Pakt ohnehin als Ausgangspunkt seiner Entscheidung über die Gründung dieser ersten europäischen Institution gedient hatte, fand die Zustimmung der Briten und Franzosen.

Der Konsultativrat beschloss, sich nach der Bildung einer westdeutschen Regierung erneut über das Prozedere der Aufnahme der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied in den Europarat zu verständigen, bevor das Thema dann im Ministerkomitee des Europarats behandelt werden sollte.³⁹ Weder die Wünsche der Bundesrepublik noch die Meinung der Beratenden Versammlung noch die Vorstellungen der anderen im Ministerkomitee vertretenen Mitglieder des Europarats sollten demnach für diese Assoziierung ausschlaggebend sein. An diesem Punkt tritt der Anspruch des Brüsseler Pakts, mit dem Europarat ein Mittel zur gleichzeitigen Einbindung und Kontrolle der jungen Bundesrepublik zu schaffen, noch

³⁶ ANLux, UEO-BTO-004, Record of the Sixth Session of the Consultative Council held in Luxembourg, 17.–18.06.1949, Annex: Memorandum of the Netherlands Government on Policy towards Germany. Neben diesem grundsätzlichen deutschlandpolitischen Memorandum wurde in der Sitzung noch ein weiteres „Memorandum by the Netherlands Government referring to Investments in Germany“ besprochen. Vgl. hierzu auch ZEEMAN: Der Brüsseler Pakt, S. 415.

³⁷ ANLux, UEO-BTO-004, Record of the Sixth Session of the Consultative Council held in Luxembourg, 17.–18.06.1949, Pt. II, S. 5. Wie so oft war auch hier die Erinnerung etwas ungenau – das Jahr 1870, in dem Frankreich und Luxemburg das erste von drei Malen von Deutschland überfallen worden waren, lag schon fast 80 Jahre zurück.

³⁸ Ebd., S. 7.

³⁹ Ebd., S. 8.

einmal besonders deutlich hervor. Die Deutungshoheit über den deutsch-europäischen Zusammenhang sollte den fünf Mitgliedsstaaten vorbehalten bleiben anstatt dem erweiterten Kreis der in Gründung begriffenen Institution anvertraut zu werden.

Der Vergleich des Verhaltens der beiden Gegenpole der europäischen Einigungsdiskussion auf die erste Berlinkrise und die Gründung der Bundesrepublik offenbaren den jeweils hergestellten Zusammenhang des „deutschen Problems“ mit der europäischen Einigung. Sowohl im Brüsseler Pakt als auch in der UEF wurde die Berlinkrise primär aus dem Blickwinkel des „deutschen Problems“ bewertet. Während der UdSSR eine strategische Vernunft zugeschrieben wurde, die sie davon abhielt den Konflikt um Berlin zur kriegerischen Eskalation zu treiben, unterstellte man den Deutschen im Brüsseler Pakt wie in der UEF eine verhängnisvolle nationalistische Tendenz, der zur Wiederherstellung der nationalen Einheit jedes erdenkliche Mittel und jede Koalition recht sein würde. Aus diesem Grund verschärfen sich die jeweiligen Befürchtungen im Zuge der Gründung der Bundesrepublik. Auch wenn die westlichen Besatzungsmächte und die AHK weitgehende Einspruchsrechte in Deutschland behielten, sah man im Brüsseler Pakt wie in der UEF in der Rückkehr zur deutschen Staatlichkeit – die Gründung der DDR spielte interessanterweise überhaupt keine Rolle – die Basis für eine nationalistische Sammlung der Deutschen, für ihr Verlangen nach Wiedervereinigung und für die partikularistische, die europäischen oder gar globalen Konflikte befeuernde Außenpolitik Deutschlands. Die gleichgearteten Analysen des „deutschen Problems“, welche die Mitglieder des Brüsseler Pakts und die UEF im Zuge der westdeutschen Staatsgründung präsentierten, zielten jeweils auf den Europarat als Lösungsansatz. Allerdings traten in der Einschätzung dieser Institution entscheidende Zielkonflikte zutage: Während der Brüsseler Pakt den Europarat als symbolischen Orientierungspunkt für die Deutschen verstand, um sie von ihren nationalistischen Tendenzen abzubringen, wollte die UEF den Europarat umgehend in eine supranationale europäische Autorität umwandeln um die Einbindung der Bundesrepublik nicht nur symbolisch zum Ausdruck zu bringen, sondern institutionell zu fixieren.

4.2 Doppeltes Deutschland

Europäische Ambivalenzen

Im Zuge der analogen Gründung des Europarats und der Bundesrepublik Deutschland startete die UEF ihre Kampagne für einen Bundespakt. Diese Kampagne verfolgte das Ziel, Druck auf die europäische Politik auszuüben um zur Stärkung der Kompetenzen der Beratenden Versammlung bis hin zu ihrer Transformation in eine europäische Konstituan-

te beizutragen. Das Kampagnenprogramm beschrieb den europäischen Zustand als „rapidly approaching the critical point after which there will be no further possibility of preventing the final collapse of our civilization.“ Angesichts dieses Katastrophenszenarios, hervorgerufen durch die Ineffektivität bestehender Institutionen wie der OEEC bei der erforderlichen Begrenzung nationalstaatlicher Souveränität, der ökonomischen, sozialen und verteidigungspolitischen Mängel und „the urgent problems created by the setting up of the German Federal Republic“⁴⁰ forderten die Föderalisten, unterstützt von sieben Delegierten der Beratenden Versammlung,⁴¹ die Etablierung einer supranationalen politischen Autorität. In einem eigenen Abschnitt ging das Programm auf Deutschland als „special question“ ein: Die Kampagne forderte die gleichberechtigte Teilhabe der Bundesrepublik an der europäischen Föderation, jedoch mit der Einschränkung, dass der konkrete Modus dieser Teilhabe gemeinsam mit den Besatzungsbehörden festzulegen sei. Ebenso müssten der Zeitpunkt und die Art der Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigung Europas, „without becoming a new source of danger to her neighbours and herself“, durch die europäische Exekutive bestimmt werden.⁴² Mit ihrer Kampagne betonte die UEF erneut die Notwendigkeit, möglichst rasch zu einer möglichst weitgehenden politischen Integration der europäischen Staaten – insbesondere der Bundesrepublik – zu kommen. Damit brachte sie nicht nur ihre Enttäuschung über den „dilatorischen Formelkompromiss“ des Europarats, sondern auch über Entwicklung des ME seit seiner Gründung infolge des Haager Kongresses zum Ausdruck.

Mit der Wahl Henri Frenays, des legendären Gründers der Résistanceorganisation *Combat* und kurzzeitigen Ministers in der provisorischen Regierung Charles de Gaulles, erst zum Präsidenten des Zentralkomitees und dann zum Präsidenten des Exekutivkomitees des Verbands, „l’UEF connaît une phase d’activisme.“⁴³ Die Kampagne für einen Bundespakt war erster Ausdruck dieser neuen Phase. Frenay entwickelte sie in Abgrenzung zum ME, welches auf die Beeinflussung der Arbeit der Beratenden Versammlung durch gezielte Informationspolitik setzte.⁴⁴ Dabei brachte auch das ME seine Enttäuschung über die Gestaltungsmöglichkeiten der Beratenden Versammlung zum Ausdruck, forderte die Errichtung einer supranationalen politischen Autorität und die Aufnahme Deutschlands als asso-

⁴⁰ HAEU, UEF-95, European Union of Federalists, From the Powerless Consultative Assembly to a European Pact, 1949, S. 3,

⁴¹ Hierzu zählten die Franzosen Edouard Bonnefous, Pierre de Félice, François de Menthon, André Philip, Paul Reynaud und Pierre-Henri Teitgen sowie der Brite Ronald Mackay. Auch mehrere Deutsche, darunter der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold, gehörten zu den Unterstützern. Ebd., S. 12–14.

⁴² Ebd., S. 8.

⁴³ BELOT: Henri Frenay, S. 547. Vgl. auch VAYSSIERE: Vers une Europe fédérale, S. 213.

⁴⁴ Ebd., S. 230f.; PALAYRET: De l’espoir à la désillusion, S. 104–107.

ziiertes Mitglied, „in the interest of her own democratic development and in the interest of Europe as a whole.“⁴⁵ Die Forderung nach sofortiger Aufnahme der Bundesrepublik, die erstmals auf der Gründungskonferenz des Internationalen Rats des ME Ende Februar 1949 in Brüssel formuliert worden war, reflektierte die gleichzeitige Entscheidung des Verbands, mit der Einbeziehung der westdeutschen Europabewegung voranzuschreiten ohne die Konstituierung der hierfür eigens ins Leben gerufenen Deutschlandkommission abzuwarten.⁴⁶ Im April 1949 präsentierte eine Delegation des ME der Vorbereitungskonferenz des Europarats gar ein Memorandum, dass die Repräsentation Deutschlands in der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung verlangte, selbst wenn „il n'existe pas encore de Gouvernement ou de Parlement allemand [...]“.⁴⁷

Ähnlich dem ME thematisierten auch die christdemokratischen NEI nach der Inkorporation der Deutschen in ihren Verband das „deutsche Problem“ nur noch am Rande oder in Gestalt einer Wiederholung grundsätzlicher Positionen.⁴⁸ Eine nach der Zusammenkunft des Exekutivkomitees im österreichischen Bad Hofgastein im Januar 1949 veröffentlichte *Botschaft der NEI* beschränkte sich hinsichtlich des „deutschen Problems“ auf die bekannte Formel, die Einbindung Deutschlands als „indispensable“ für die Einrichtung eines neuen, friedlichen Europas zu bezeichnen. Gleichzeitig wies die Botschaft darauf hin, dass insbesondere der ökonomische Wiederaufbau Deutschlands keine „reconstruction d'un potentiel militaire, instrument en vue d'une nouvelle agression“, darstellen dürfe. Die internationale Kontrolle der Ruhr sei in diesem Zusammenhang gleichzeitig Sicherheitsgarantie für die Europäer wie „un point de départ“ für die europäische Integration der Rohstoffproduktion. Diese europäische Perspektive sei einziger Garant einer „démocratie véritable“ und der Friedenssicherung, während das Verharren im nationalstaatlichen Partikularismus die „perspective d'une troisième guerre mondiale“ und des „ruine de la civilisation“ eröffne.⁴⁹ In solchen Positionen spiegelt sich die Entwicklung der NEI wider, deren Befürwortung der europäischen Einigung sich erst aus der Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ ergeben hatte.

⁴⁵ DHEI, Bd. 4, Dok. 97: European Movement Secretariat: European Movement and the Consultative Assembly, September 1949, S. 411.

⁴⁶ HAEU, ME-107, Conseil International du Mouvement Européen, Session inaugural à Bruxelles, Résolution concernant l'Assemblée Européenne, 27.02.1949. Diese Forderung wurde auch direkt an die Konferenz der zehn Gründungsmitglieder des Europarats gesandt. ACE, Box 25/18/1, European Movement, Recommendation adopted at the Meeting of the International Council, Brussels, übermittelt von Generalsekretär Józef Retinger, 14.03.1949. Zur Deutschlandkommission des ME vgl. Kap. 3.3.

⁴⁷ HAEU, ME-547, Nouvelles de l'Europe, Un nouveau mémorandum du Mouvement Européen sur l'Assemblée Consultative Européenne, April 1949, S. 16.

⁴⁸ Vgl. KAISER: Deutschland exkulpiert, S. 713.

⁴⁹ ACDP, 09-002-002, Procès-verbal du Comité Exécutif à Bad Hofgastein, 15./16.01.1949, Annexe 11: Message des N.E.I., S. 2f.

Die 1947 im Zusammenhang mit dem „deutschen Problem“ formulierte Vision einer drohenden europäischen Apokalypse, welche durch die extensive Auseinandersetzung auf der Luxemburger Deutschlandkonferenz Anfang 1948 den Ausweg der europäischen Einigung eröffnet hatte, bestand, wie die Botschaft von Bad Hofgastein zeigte, nicht nur weiter, sondern verselbstständigte sich geradezu. So taucht in einer ebenfalls im Januar 1949 veröffentlichten Broschüre der NEI erstmals die Formel „Faire l'Europe ou mourir“⁵⁰ auf, die in den kommenden Jahren ständig wiederholt und regelrecht zum Motto des Verbands werden sollte, jedoch ohne weiter auf das „deutsche Problem“ zu verweisen.⁵¹ Und auch in anderen Aspekten reflektierte sich das durch die eingehende Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ geschärfte, historische Problembewusstsein der Christdemokraten, selbst wenn Deutschland gar nicht betroffen war: In einer ebenfalls in Bad Hofgastein stattfindenden Diskussion über die Aufnahme eines slowakischen Exilverbands erörterten die NEI ausführlich das Problem der katholischen Hlinka-Partei und ihrer Kollaboration mit dem Nationalsozialismus, und befürworteten eine gemeinsame Equipe von Tschechen und Slowaken.⁵² Wie schon an den Diskussionen im Brüsseler Pakt über die historische Rolle Griechenlands und der Türkei⁵³ wird auch hieran deutlich, dass die Erörterung der Vergangenheit und insbesondere der nationalsozialistischen Periode weiterhin eine Bedeutung für das jeweilige Selbstverständnis hatte, welche durch die Beschäftigung mit dem zentralen „deutschen Problem“ hervorgerufen worden war.

Die NEI wiesen durchaus eine größere Nähe zur Regierungspolitik der westeuropäischen Staaten und insbesondere Frankreichs auf als die UEF und verstanden beispielsweise die IRB als Ausgangspunkt, nicht als Hindernis der europäischen Einigung. Dennoch war die Forderung nach Aufnahme Deutschlands in den Europarat, die der Generalsekretär der NEI, Robert Bichet, Anfang 1949 auf dem Kongress des Internationalen Rats des ME in Brüssel initiierte, nicht einfach auf einen „broader shift in French policy towards Germany“⁵⁴ zurückzuführen. Sie resultierte vielmehr aus der Beschäftigung der NEI im Besonde-

⁵⁰ ACDP, 09-002-100/1, Nouvelles Equipes Internationales, Broschüre, Januar 1949. Dieses Motto kann gleichermaßen von Clement Attlees zu Beginn des Zweiten Weltkriegs getätigten Ausspruch „Europe must federate or perish“ wie von dem 1929 erschienenen Buch „S'unir ou mourir“ des französischen Schriftstellers Gaston Riou inspiriert worden sein. Vgl. Kap. 3.3; FRANK/LAFFÉACH: André Philip et l'Europe, S. 408.

⁵¹ ACDP, 09-002-055/3, Interview Robert Bichet, Juli 1949; ACDP, 09-002-100/1, Nouvelles Équipes Internationales: Unir l'Europe pour construire la paix. Pour une action concertée des hommes animés du même idéal chrétien, o.D. [ca. 1952]; ACDP, 009-002-035/1, Nouvelles Équipes Internationales: La Démocratie face au Communisme. Session d'étude des Nouvelles Equipes Internationales (Luxembourg 1951), Paris 1952, S. 7.

⁵² ACDP, 09-002-002, Procès-verbal du réunion du Comité Exécutif à Bad Hofgastein, 15./16.01.1949, Annexe 4: L'admission des Slovaques aux Nouvelles Équipes Internationales.

⁵³ Vgl. Kap. 3.4.

⁵⁴ DURANTI: A Blessed Act of Oblivion, S. 130.

ren und der europäischen Einigungsdiskussion im Allgemeinen mit dem „deutschen Problem“. Schon auf dem Haager Kongress hatte Bichet für sich und die NEI eine Vorreiterrolle hinsichtlich der europäischen Lösung des „deutschen Problems“ und der Einbeziehung Deutschlands in die europäische Einigungsbewegung in Anspruch genommen.⁵⁵ Dass sowohl die NEI als auch die UEF und das ME die Aufnahme Deutschlands in den Europarat forderten, ergab sich nicht nur konsequent aus vorherigen Positionierung der Verbände. Die Forderung entsprach ebenfalls der grundsätzlichen Motivation des Brüsseler Pakts, den Europarat überhaupt ins Leben zu rufen. Wenn auch die Zielvorstellungen der einzelnen Verbände und des Brüsseler Pakts nicht immer übereinstimmten, bestand hierin doch ein unhintergebarer Konsens der westeuropäischen Einigungsdiskussion angesichts der Gründung der Bundesrepublik.

Für das verbreitete Verständnis des „deutschen Problems“ noch aufschlussreicher als die grundsätzliche Entscheidung für die Aufnahme Deutschlands in den Europarat war die Art und Weise, wie diese Aufnahme schließlich diskutiert, legitimiert und durchgeführt wurde.⁵⁶ Als die Beratende Versammlung des Europarats am 10. August 1949 zum ersten Mal zusammentrat, war die Kontinuität zur europäischen Einigungsbewegung und zum Brüsseler Pakt nicht nur in personeller Hinsicht sichtbar. Edouard Herriot, der Ende 1948 die Kommission des Brüsseler Pakts zur Vorbereitung des Europarats geleitet hatte, fungierte als Eröffnungspräsident; Jacques Camille Paris, Leiter der Europaabteilung im französischen Außenministerium und in dieser Funktion eng mit der Gründung des Europarats im Brüsseler Pakt verbunden, avancierte zu dessen Generalsekretär;⁵⁷ Paul-Henri Spaak, den zwischenzeitlich Paul van Zeeland als belgischer Außenminister abgelöst hatte, wählte die Beratende Versammlung zu ihrem Präsidenten; und zahlreiche andere Delegierte, am prominentesten Winston Churchill und Georges Bidault, hatten sich schon als Verfechter der europäischen Einigung hervorgetan.

Die Kontinuität zur europäischen Einigungsdiskussion ist in der Beratenden Versammlung aber vor allem aufgrund der Priorisierung des „deutschen Problems“ ersichtlich und trat schon in Herriots Eröffnungsrede zutage. Die Rede fügte sich ein in die Konstatierung einer existentiellen, moralischen wie ökonomischen Krise Europas sowie in die Beschwörung einer gemeinsamen Zukunft: „le problème que vous allez avoir à traiter est,

⁵⁵ CoE, Closing Plenary Session, 10.05.1948, S. 36.

⁵⁶ Vgl. auch SCHLINKMANN: Der Weg Deutschlands in den Europarat, S. 200; ENDERS: Der Konflikt, S. 22f.

⁵⁷ Weil Jacques Camille Paris vom Ministerkomitee vorgeschlagen worden war und die Beratende Versammlung kein eigenes Initiativrecht besaß, entfachte sich an seiner letztlich erfolgten Wahl direkt eine Grundsatzdebatte über die Kompetenzverteilung des Europarats. Vgl. CE-AC, Première Session, 2. Sitzung, 11.08.1949, S. 26–37.

pour l'Europe, un problème de vie ou du mort. [...] Il s'agit pour vous de réussir, par un effort général, dans un domaine où tant d'efforts partiels ont échoué.⁵⁸ Herriot betonte, dass er der Beratenden Versammlung nicht ihre Themen vorschreiben wolle, fühlte sich aber gleichzeitig dazu verpflichtet, aus der allgemeinen Zustandsbeschreibung ein spezielles Problem herauszuheben und auf dieses näher einzugehen, weil sich an diesem Problem das Scheitern jeglicher Teillösung besonders deutlich darstellen lasse: Ein langer Abschnitt seiner Eröffnungsrede bezog sich auf Deutschland und seine gleichermaßen ruhmreiche wie unrühmliche Vergangenheit.

Nachdem Herriot den großartigen Beitrag der Deutschen zur Entwicklung von Wissenschaft, Kunst und Kultur, zum Fortschritt in Europa und der Welt gewürdigt hatte – er nannte Kant, Goethe, Hegel und Beethoven – fügte er hinzu:

Si l'Allemagne était fidèle à ces hauts exemples, avec quel empressement nous travaillerions avec elle à l'organisation d'une Europe libérale! Mais, représentant et, dans une certaine mesure, responsables de nombreuses vies humaines, nous éprouvons l'angoisse de voir réapparaître certaines idéologies fondées sur le culte de la force, sur le 'droit du poing', qui, à plusieurs reprises, ont provoqué, dans une proportion inconnue jusque-là, des massacres, des tortures, des exécutions, des déportations, l'horreur des chambres à gaz et ont fait de nombreuses victimes dont beaucoup de familles européennes portent le deuil. Il appartiendra donc à l'Allemagne elle-même de répondre à une question qui pose pour nous un problème encore bien plus moral que politique.⁵⁹

Damit trug er die Unsicherheit, welche der Behandlung des „deutschen Problems“ in der europäischen Einigungsdiskussion zugrunde lag, schon durch die Eröffnungsansprache in die Beratende Versammlung hinein: Die auch von Herriot als existentiell erachtete Frage, ob Deutschland angesichts der jüngsten Geschichte zu einem zuverlässigen europäischen Partner avancieren könne.

Wie schon in den anderen Foren, den Einigungsverbänden und dem Brüsseler Pakt, bedeutete auch in der Beratenden Versammlung der Beginn der gemeinsamen Arbeit den Beginn der gemeinsamen Auseinandersetzung mit dem, wie Herriot es ausdrückte, gleichermaßen moralischen wie politischen „deutschen Problem“. Eine erste Bewährungsprobe des verlangten Nachweises der politischen Zuverlässigkeit Deutschlands stellte die Bundestagswahl dar, die am 14. August 1949 und somit nur wenige Tage nach Eröffnung der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung stattfand. So formulierte einerseits Robert Boothby stellvertretend für die britischen Konservativen den Wunsch, die „vital question of Germany“⁶⁰ und somit die Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat auf die Tagesordnung zu setzen; andererseits mahnte Winston Churchill zu Vorsicht und Geduld:

⁵⁸ Ebd., 1. Sitzung, 10.08.1949, S. 9f.

⁵⁹ Ebd., S. 11.

⁶⁰ Ebd., 3. Sitzung, 12.08.1949, S. 76.

Auch wenn „obviously the life of united Europe depends upon our association in some form or other with Germany“, sei es doch „unwise for us to take a decision upon that now, at this moment while the German elections are on[.] I think we have to walk carefully in this matter.“⁶¹

An dieser Vorsicht änderte vorerst auch die erfolgreiche Durchführung der Bundestagswahl nichts. Zwar gratulierte der niederländische Delegierte Marinus van der Goes van Naters seinen deutschen Genossen von der SPD zu ihrem Wahlergebnis und sprach von seiner Hoffnung, schon in der nächsten Sitzungsperiode den Europarat durch „un membre allemand vraiment démocratique“ erweitert zu sehen, warnte jedoch vor einem „mauvais service à cette Allemagne démocratique naissante [...] si nous forçons les choses par une invitation prématurée.“ Deswegen legte van der Goes van Naters einen Resolutionsentwurf vor, dessen erster Punkt das Komitee für Allgemeine Angelegenheit damit beauftragte, eine Stellungnahme für das Ministerkomitee hinsichtlich der möglichen Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat vorzubereiten.⁶² Wie Churchill und van der Goes van Naters befürwortet auch der britische Labour-Delegierte Maurice Edelman prinzipiell den deutschen Beitritt, aber erst „after the new federal Republic has served a proper apprenticeship [...]“⁶³ Für den italienische Liberalen Ugo la Malfa war die Bewältigung des ernsten und schwierigen Problems der Einbeziehung Deutschlands gar der Lackmustest des gesamten Einigungsprojekts, weil sich hieran herausstellen müsse, „whether European unification is possible or not.“⁶⁴

Winston Churchill, mittlerweile „encouraged by the evident size and validity of the poll and by the general results“, brachte am 17. August die Forderung nach einer außerordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung ein, um die Bundesrepublik noch im Winter 1949/50 mit dem Europarat zu assoziieren.⁶⁵ Die, wie er betonte, ursprünglich vom ME formulierte Idee einer europäischen Versammlung als „possibly the only immediately effective means“ der westlich-demokratischen Anbindung des westdeutschen Staats, und somit „the greatest and most important of all the questions that are before us“, wollte Churchill nicht aufschieben bis die Beratende Versammlung in einem Jahr wieder zusammentrete: „That year is too precious to lose. If lost, it might be lost for ever.“⁶⁶ Churchill,

⁶¹ Ebd., S. 60.

⁶² Ebd., 5. Sitzung, 16.08.1949, S. 167, S. 170.

⁶³ Ebd., S. 184.

⁶⁴ Ebd., 6. Sitzung, 17.08.1949, S. 246f.

⁶⁵ Diese Forderung wurde letztlich von der Ständigen Kommission der Beratenden Versammlung abgelehnt, aber die nächste reguläre Sitzungsperiode ins Frühjahr 1950 vorzuziehen. ACE, Box 577/769/030/1, Jacques Camille Paris an Gustav Rasmussen, 16.11.1949, S. 5.

⁶⁶ CE-AC, Première Session, 6. Sitzung, 17.08.1949, S. 284f.

der nach seiner anfänglichen, wegen der anstehenden Bundestagswahl abwartenden Haltung nun sehr rasch mit der Assoziierung Deutschlands voranschreiten wollte, war deswegen nicht der Vorreiter dieser Assoziierung.⁶⁷ Die Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Versammlung war, wie Churchill selbst hervorhob, seit dem Haager Kongress das Ursprungsmotiv des Europarats gewesen.

Die Debatten der ersten Sitzungsperiode kreisten um Deutschland, doch ging es dabei nicht um die Frage seiner Aufnahme in den Europarat – kein einziger der Delegierten sprach sich dagegen aus –, sondern um die Frage, was mit dieser Aufnahme kurz-, mittel- und langfristig erreicht werden sollte. Die Kontrastierung des Deutschlands der Kants und Beethovens mit dem Deutschland der Gaskammern durch Edouard Herriot offenbart, wie unsicher sich die Beratende Versammlung über die politische Entwicklung der Bundesrepublik war.⁶⁸ Als das Generalsekretariat des Europarats zeitgleich zu den Debatten in der Beratenden Versammlung die Behandlung von Anfragen aus Westdeutschland erwog, verlangte der stellvertretende Generalsekretär A.S. Halford die Einbeziehung der Besatzungsbehörden. Es gelte, das Risiko „of entering into correspondence, even of a routine nature, with Nazi-tainted bodies“ auszuschließen. Auf den Einspruch, solch eine Maßnahme stelle eine Ungleichbehandlung der Deutschen dar, fügte er hinzu: „The difference between Germany and other countries is that she is (a) occupied and (b) full of Nazis. I know of no other country in a similar position. I think we should be imprudent to treat Germany in the same manner as any other country.“⁶⁹

„Besondere Umstände“: Die Bundesrepublik, der Europarat und die Menschenrechte

Die Entscheidung, ob und wann Deutschland als assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen werden und in der Beratenden Versammlung repräsentiert sein sollte, lag nicht bei der Beratenden Versammlung selbst, sondern beim Ministerkomitee, das eine Einladung aussprechen musste. Anfang November 1949 setzten sich die Außenminister

⁶⁷ So lautet etwa die Darstellung Birte Wassenbergs, auch weil sie die Forderung vom 17. August auf den 12. August vordatiert, als Churchill sich noch betont abwartend geäußert hatte. WASSENBERG: *Histoire du Conseil de l'Europe*, S. 71.

⁶⁸ Die Vorstellung eines doppelten Deutschlands mit den beiden Gegenpolen Geist und Gewalt ging auf die Niederlage Frankreichs im Krieg 1870/71 zurück, war aber keineswegs eine rein französische Imagination. Robert Boothby etwa fügte der Kontrastierung Herriots noch Wilhelm von Humboldt sowie, als Vertreter einer „accursed doctrine of power“, Johann Gottlieb Fichte und Heinrich von Treitschke hinzu. CE-AC, *Première Session*, 5. Sitzung, 16.08.1949, S. 174. Zur französischen Theorie des doppelten Deutschlands vgl. WENKEL: *Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“*, S. 18–23.

⁶⁹ ACE, Box 577/769/030/1, Anton Struycken an A.S. Halford, 07.09.1949, handschriftliche Vermerke Halfords vom 09.09.1949 und 13.09.1949. Die Anfrage an die Besatzungsbehörden erging dann einen Monat später. Ebd., A.S. Halford an M. le Président de la Haute Commission Alliée, 11.10.1949.

mit der Forderung nach Aufnahme der Bundesrepublik auseinander. Diese wurde zu einem baldmöglichsten Zeitpunkt gewünscht, im Namen des Ministerkomitees bat jedoch der dänische Außenminister Gustav Rasmussen die Ständige Kommission der Beratenden Versammlung um eine Stellungnahme hinsichtlich des Artikel 5 der Satzung des Europarats.⁷⁰ Dieser schrieb vor, dass „[u]nter besonderen Umständen [...] ein europäisches Land, das für fähig und gewillt befunden wird, die Bestimmungen des Artikels 3 zu erfüllen, vom Ministerkomitee eingeladen werden [kann], Assoziiertes Mitglied des Europarats zu werden.“ Artikel 3 der Satzung wiederum verpflichtete die Mitglieder, den „Grundsatz von der Vorherrschaft des Rechts und den Grundsatz an[zuerkennen], daß jeder, der seiner Hoheitsgewalt unterliegt, der Menschenrechte und Grundfreiheiten teilhaftig werden soll.“⁷¹

Dass die „besonderen Umstände“ der Aufnahme eines assoziierten Mitglieds noch einmal gesondert auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten verwiesen, war kein Zufall, sondern dem besonderen Zusammenhang von europäischer Einigungsdiskussion und „deutschem Problem“ geschuldet, durch den sich ein „new idiom of international human rights norms as a means of facilitating the entry of Germany“⁷² entwickelte, wie es Marco Duranti formuliert hat. In einem Vorabgespräch zwischen den Repräsentanten des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung, Robert Schuman und Paul-Henri Spaak, wurde unter anderem die Frage nach der Einschätzung der Minister aufgeworfen, „que l’Allemagne était capable de se conformer aux dispositions de l’article du Statut et en avait la volonté [...]“. Die Ständige Kommission selbst befürwortete die Aufnahme Deutschlands, bestand aber auf der Voraussetzung „d’obtenir de l’Allemagne une affirmation formelle de sa volonté de respecter les principes de la démocratie et les libertés fondamentales, avant de lui adresser l’invitation prévue à l’article du Statut.“⁷³

Spaak teilte dem Ministerkomitee zusätzlich in einer weiteren Stellungnahme mit, dass eine prinzipiell befürwortete Aufnahme Deutschlands unter dem Vorbehalt eines Bekenntnisses zu den Satzungsprinzipien stünde.⁷⁴ Den dahinter stehenden Gedanken hatte in der Beratenden Versammlung der französische Sozialist André Philip vorgetragen: Gerade weil „la carte de l’intégration de l’Allemagne dans l’Europe est la seule carte pacifique que nous puissions jouer en Allemagne“, müsse sich die Bundesrepublik vor ihrer Einladung zu den Prinzipien des Europarats, „c’est-à-dire la primauté du droit et le respect du

⁷⁰ Ebd., Gustav Rasmussen an Paul-Henri Spaak, 05.11.1949.

⁷¹ Zusätzlich verwies Artikel 3 noch auf Kapitel 1 der Satzung, in der als Aufgabe und Ziel des Europarats u.a. der „Schutz und die Fortentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ festgehalten wurden. DEI, Dok. 32: Satzung des Europarats, 05.05.1949, S. 32f. Vgl. auch ENDERS: Der Konflikt, S. 32.

⁷² DURANTI: A Blessed Act of Oblivion, S. 127.

⁷³ ACE, Box 577/769/030/1, Jacques Camille Paris an Gustav Rasmussen, 16.11.1949, S. 2f.

⁷⁴ Ebd., Paul-Henri Spaak an Gustav Rasmussen, 10.11.1949, S. 1.

caractère sacré des libertés individuelles“ bekennen und von sich aus die Aufnahme beantragen; nur so könne der Eindruck vermieden werden, „que c’est nous qui demandons à l’Allemagne d’entrer au sein de notre Conseil“, was letztlich nicht die deutschen Demokraten, sondern die deutschen Nationalisten stärken würde.⁷⁵ Wie sehr Artikel 5 der Satzung mit seinem Verweis auf die Menschenrechte auf die Bundesrepublik zugeschnitten war, wird auch deutlich an der gleichzeitigen Behandlung eines weiteren Kandidaten für die Aufnahme als assoziiertes Mitglied: der Saar.

Seit 1945 aus der französischen Besatzungszone herausgelöst, gab sich die Bevölkerung des Saargebiets 1947 eine Verfassung und entschied sich somit für den Weg eines autonomen Status in einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich.⁷⁶ Für eine Aufnahme des Saargebiets als assoziiertes Mitglied galten dieselben „besonderen Umstände“ wie für die Bundesrepublik, doch erfuhr es von Seiten des Europarats eine vollkommen andere Behandlung. Zum einen war seine Aufnahme ein rein französisches Verlangen, mit ihr sollte der völkerrechtlich fragwürdige, autonome Status der Saar untermauert werden.⁷⁷ In den Debatten der Beratenden Versammlung stand neben den allseitigen Forderungen nach Aufnahme der Bundesrepublik lediglich die Rede Georges Bidaults, der gleichzeitig mit Westdeutschland auch das Saarland zum assoziierten Mitglied machen wollte.⁷⁸ Zum anderen insistierten die Gremien des Europarat hinsichtlich der Saar nicht auf den Bedingungen einer assoziierten Mitgliedschaft, die sie gleichzeitig der Bundesrepublik auferlegten.

Nachdem der französische Außenminister Robert Schuman den Wunsch der Saarregierung nach assoziierter Mitgliedschaft mitgeteilt hatte, einigte sich das Ministerkomitee auf eine von Ernest Bevin formulierte Resolution, nach der bis zum Abschluss einer endgültigen Regelung des Status der Saar durch einen Friedensvertrag seine Repräsentation im Europarat wünschenswert erschien.⁷⁹ Auch zu dieser Resolution sollte die Ständige Kommission der Beratenden Versammlung Stellung beziehen, und Spaak teilte dem Ministerkomitee auch in diesem Punkt die Zustimmung der Ständigen Kommission mit – jedoch ohne Forderung nach einer Verpflichtung der Saarregierung auf die Prinzipien des Europarats, wie sie im Fall der Bundesrepublik gleich mehrfach vorgetragen worden war.⁸⁰ Weder wurde das Ministerkomitee vorab nach seiner Einschätzung gefragt, ob die Saarregierung

⁷⁵ CE-AC, Première Session, 15. Sitzung, 05.09.1949, S. 1113f.

⁷⁶ HEINEN: Saarjahre, S. 98–100.

⁷⁷ ENDERS: Der Konflikt, S. 24f.

⁷⁸ CE-AC, Première Session, 6. Sitzung, 17.08.1949, S. 301.

⁷⁹ ACE, Box 577/769/030/1, Comité des Ministres, Deuxième Session, Procès-verbal de la deuxième séance, 04.11.1949, S. 2f.

⁸⁰ Ebd., Paul-Henri Spaak an Gustav Rasmussen, 10.11.1949, S. 2.

willens und fähig sei sich den Prinzipien der Satzung zu unterwerfen, noch formulierte der Aufnahmebeschluss der Ständigen Kommission solch eine Voraussetzung.⁸¹ Problematisch an der Aufnahme der Saar erschien zumindest zwei Mitgliedern der Ständigen Kommission, den dänischen und französischen Sozialisten Frode Jakobsen und Guy Mollet, etwas anderes. Sie enthielten sich der Stimme, denn die Saar sei „un pays allemand“ und seine Aufnahme in den Europarat „risquerait de provoquer, tôt ou tard, un mouvement nationaliste tendant à la rattacher de nouveau à l’Allemagne.“⁸²

Die gleichzeitige Aufnahme der Bundesrepublik und der Saar als assoziierte Mitglieder in den Europarat hatte, wie es der stellvertretende Generalsekretär des Europarats, A.S. Halford, nach einem Gespräch im britischen Foreign Office ausdrückte, „bedeviled everything.“⁸³ Die innenpolitischen Konflikte in der Bundesrepublik, welche durch die anvisierte Aufnahme der Saar ausgelöst wurden, schienen die Position von Bundeskanzler Konrad Adenauer zu gefährden und ließen das geforderte Ersuchen der Bundesregierung um Aufnahme in den Europarat wie auch ihr Vorabbekennntnis zu dessen Prinzipien als inopportun erscheinen.⁸⁴ Die Alternativen zu diesem erwünschten Verfahren waren ein Verzicht auf die Vorleistung der Bundesrepublik oder eine Verschiebung der Aufnahme, bis der Disput um die Saar geklärt sei – das Ministerkomitee entschied sich für die erstere Alternative und ließ Einladungsschreiben, „*rédigées dans des termes identiques*“⁸⁵, für beide Kandidaten aufsetzen. Diese politische Abwägung änderte jedoch nichts an dem Zusammenhang zwischen Menschenrechtsschutz und „deutschem Problem“, der in den Debatten der Beratenden Versammlung in den Sitzungsperioden 1949/50 über eine europäische Menschenrechtscharta weiterhin deutlich zutage trat.

Wie schon in den Diskussionen über die Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat ging es auch in der Menschenrechtsdebatte darum, einen politischen Prozess zu legitimieren, der durch das „deutsche Problem“ motiviert war, der sich aber gerade deswegen als kollektive, eben europäische Notwendigkeit präsentieren musste: Die Herrschaft und die Verbrechen des Nationalsozialismus in Europa gaben den Anstoß für den Schutz der Menschenrechte, dem sich jedoch alle Mitglieder des Europarats unterwerfen sollten.⁸⁶ Mit dieser gemeinschaftlichen Unterwerfung waren zwei grundsätzliche Probleme verbun-

⁸¹ Ebd., Jacques Camille Paris an Gustav Rasmussen, 16.11.1949, 2f.

⁸² Ebd., S. 4.

⁸³ Ebd., A.S. Halford an Jacques Camille Paris, 16.03.1950, S. 1.

⁸⁴ Für die Ablehnung eines Beitritts der Bundesrepublik zum Europarat durch die SPD spielte die gleichzeitige Aufnahme der Saar eine maßgebliche Rolle. ROGOSCH: Vorstellungen von Europa, S. 113–123.

⁸⁵ ACE, Box 577/769/030/1, Comité des Ministres, Troisième Session, Procès-verbal de la première séance, 30.03.1950, S. 2.

⁸⁶ Zur Prägung der Diskussionen über die Menschenrechtskonvention durch die Erfahrung des Nationalsozialismus vgl. ECKEL: Die Ambivalenz des Guten, S. 163f.

den, die einerseits die politische Zweckmäßigkeit, zum anderen das westeuropäische Selbstverständnis betrafen: Bereits in der Ständigen Kommission des Brüsseler Pakts war die Einrichtung eines europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus der Befürchtung heraus abgelehnt worden, Deutschland könne diesen Gerichtshof für nationalistische Zwecke und gegen seine Nachbarn instrumentalisieren.⁸⁷ Ebenfalls in der Ständigen Kommission wurde zudem die Frage erörtert, ob das Ziel einer Stärkung westlicher Werte in den Mitgliedsländern auch auf Deutschland ausgeweitet werden sollte. Diese Frage wurde verneint, und zwar nicht nur aufgrund der Überschneidung mit den bereits existierenden Bildungsprogrammen der Besatzungsmächte. Vielmehr formulierte die Ständige Kommission eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen den „narrowly educational problems“ der Deutschen und den „more popular measures for making people conscious of Western culture, in the broadest sense of the term“, die an die Bevölkerungen der westeuropäischen Mitgliedsländer gerichtet seien.⁸⁸ Während den Deutschen zuallererst die Ansätze beigebracht werden mussten, sollten die Westeuropäer für das große Ganze sensibilisiert werden.

Beide Motive dieser Unterscheidung zwischen Deutschland und Europa tauchen erneut in den Debatten der Beratenden Versammlung über eine Menschenrechtcharta und einen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf. So führte etwa der belgische Sozialist Hendrik Fayat das Argument an, „que les libertés fondamentales n’ont pas eu besoin, dans la plupart de nos pays, d’être garanties collectivement.“⁸⁹ In den meisten Mitgliedsländern seien die Menschenrechte und Grundfreiheiten im nationalen Rahmen ausreichend, wenn nicht sogar besser geschützt als im europäischen Rahmen, weil sie einen festen Bestandteil der nationalen Identität darstellten. Fayats britischer Genosse Will Nally griff wiederum das schon im Brüsseler Pakt formulierte Argument auf, die Charta der Menschenrechte könne den Deutschen als Mittel im Kampf gegen die Politik der Besatzungsmächte dienen.⁹⁰ Auch fand die Unterscheidung zwischen Deutschland und Europa Eingang in die Reden Pierre-Henri Teitgens und David Maxwell Fyfes, den beiden Hauptverantwortlichen für den Bericht, welcher der Beratenden Versammlung über den Schutz der Menschenrechte vorgelegt wurde. Hier diente die Unterscheidung jedoch als Argument *für*

⁸⁷ Vgl. Kap. 4.1.

⁸⁸ ANLux, UEO-BTO-028, Minutes of the 52nd Meeting of the Permanent Commission, 25.01.1949, Bl. 45f. Noch deutlicher wird die Unterscheidung zwischen deutschen und westeuropäischen Bedürfnissen im französischen Protokoll: hier ist die Rede von einer „rééducation en Allemagne“, im Hinblick auf die Mitgliedsstaaten des Brüsseler Pakts hingegen von „éducation“. Ebd., Bl. 51f.

⁸⁹ CE-AC, Première Session, 8. Sitzung, 19.08.1949, S. 433.

⁹⁰ Ebd., 18. Sitzung, 08.09.1949, S. 1268.

einen europäischen Schutz der Menschenrechte, wobei der Erfahrungshintergrund der beiden Personen ihre jeweilige Argumentation prägte.

Maxwell Fyfe hatte als britischer Ankläger am Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher mitgewirkt, und er stellte diesen direkten Bezug zu den Verbrechen des Nationalsozialismus selbst als Motiv für den Schutz der Menschenrechte heraus.⁹¹ Gegen den Einwand Fayats argumentierte Maxwell Fyfe, dass „countries with a similar outlook upon problems of Human Rights and long experience in enforcing Human Rights are in the most favourable position to set an example to nations not yet Members of their circle.“ Die vorgeschlagene Menschenrechtskonvention „provides a system of collective security against tyranny and oppression. It is not enough to possess freedom: positive action must be taken to defend it.“⁹² Mittels der Konvention sollte eine verbindliche Grundlage geschaffen werden, auf die neue Mitglieder des Europarats verpflichtet und die als Schutz vor einem Rückfall in die Unfreiheit und Rechtlosigkeit dienen würden – die beschriebene Diskussion über die Aufnahme der Bundesrepublik zeigte dann auch gleich die praktische Relevanz, oder eher: den praktischen Anspruch dieses Arguments auf. Noch expliziter als sein britischer Kollege verknüpfte wiederum Pierre-Henri Teitgen die Notwendigkeit eines internationalen Schutzes der Menschenrechte mit der Erfahrung des Nationalsozialismus, wobei sich hierin seine Rolle als französischer Justizminister und Verantwortlicher für die Prozesse gegen französische Kollaborateure in den Jahren 1945/46 reflektierte.⁹³ Denn neben den sozialen und wirtschaftlichen Problemen führte Teitgen zwei weitere Aspekte an, welche die Zukunft Europas bedrohten: Erstens „l'éternelle raison d'Etat“, und zweitens, dass

le fascisme, l'hitlérisme ont imprégné, hélas, l'opinion publique européenne. Ces doctrines de mort se sont infiltrées dans nos pays. Elles y ont laissé des traces. Elles ont empoisonné certains secteurs de l'opinion. Le racisme n'est pas mort tout entier avec Hitler.⁹⁴

Die strafrechtliche Auseinandersetzung mit der Kollaboration machte Teitgen pessimistischer als Maxwell Fyfe. Sie hatte ihm gezeigt, dass die zivilisatorische Tradition der westlichen Demokratien eben nicht unhintergebar war, dass diese Demokratien angesichts der nationalsozialistischen Übermacht freimütig ihre Tradition preisgegeben hatten, und dass die Folgen der zivilisatorischen Kapitulation diese Gesellschaften nach wie vor präg-

⁹¹ So verknüpfte er verschiedene Paragraphen der vorgeschlagenen Charta mit der Erfahrung des Nationalsozialismus, insbesondere den Nürnberger Gesetzen und den Deportationen. Ebd., S. 1222. Vgl. auch DUXBURY: Lord Kilmuir, S. 107f.

⁹² CE-AC, Première Session, 8. Sitzung, 19.08.1949, S. 446f., S. 450.

⁹³ Als Justizminister verteidigte er die justizielle *épuration* gegen den kommunistischen Vorwurf der Inkonsistenz, indem er sich auf 150.000 Verurteilungen berief. Auch wenn diese Zahl übertrieben war, wird hieran Teitgens ungemilderter Eindruck vom Ausmaß der französischen Kollaboration deutlich. VERGEZ-CHAIGNON: Histoire de l'épuration, S. 15f.

⁹⁴ CE-AC, Première Session, 8. Sitzung, 19.08.1949, S. 405f.

ten.⁹⁵ Teitgen verhehlte nicht, dass die ursprünglichen „Doktrinen des Todes“ in Deutschland entstanden waren und sich dort durchgesetzt hatten. Ihm ging es aber um das grundsätzliche Problem, das langsame Abgleiten einer Gesellschaft in die Diktatur zu verhindern:

Les démocraties ne deviennent pas en un jour des pays nazis. Le mal progresse sournoisement; une minorité agissante, comme l'on dit, s'empare des leviers de commande. Une à une, les libertés sont supprimées, secteur par secteur. L'opinion publique, la conscience universelle, la conscience nationale sont asphyxiées. Puis, quand tout est en place, on installe le führer et cette évolution va jusqu'au four crématoire. Il faut intervenir avant qu'il ne soit trop tard.⁹⁶

Um den von der Demokratie ins Krematorium, von Weimar nach Auschwitz führenden zivilisatorischen Verfall zu unterbinden, müsse die „ewige Staatsräson“ eingeschränkt werden. Im Vorhaben, die politischen, Freiheits- und Menschenrechte zu begrenzen, müsse auch die Souveränität des Nationalstaats an ihre Grenzen stoßen. Teitgens Versuch, die spezifische Entwicklung des Nationalsozialismus aus dem Souveränitätsprinzip zu erklären, ging so weit, dass er behauptete, auf dem Haupttor des KZ Buchenwald habe der Spruch „Juste ou injuste, la patrie!“ geprangt.⁹⁷ Aus der zynischen, an die Lagerinsassen gerichteten Botschaft „Jedem das seine“ machte Teitgen, bewusst oder unbewusst, einen Ausdruck des nationalen Souveränitätsprinzips. Darin reflektiert sich der schon aus den anderen Zusammenhängen der Einigungsdiskussion bekannte Versuch, die deutsche Geschichte als besonders konsequenten Ausdruck einer universellen Entwicklungstendenz, und das „deutsche Problem“ somit als extremen Ausdruck eines gemeineuropäischen Problems darzustellen, welches nicht durch besondere Maßnahmen, sondern nur im Rahmen eines gemeinsamen Ansatzes gelöst werden könne.

⁹⁵ Zu dieser Vorstellung Teitgens vgl. ROUSSO: L'épuration en France, S. 86.

⁹⁶ CE-AC, Première Session, 17. Sitzung, 07.09.1949, S. 1159.

⁹⁷ Ebd., 8. Sitzung, 19.08.1949, S. 411.

5 „Eisen und Blut“. Das „deutsche Problem“ in der Integrationsphase 1950–1954

In den Jahren 1949 und 1950 ging die europäische Einigungsinitiative nur kurzzeitig von den Europaverbänden auf den Europarat über, denn gleichzeitig veränderten sich die Bedingungen dieser Initiative durch drei Faktoren: Erstens, durch die sich abzeichnende Ablehnung einer konsequenten Einigungspolitik von britischer Seite. Zweitens durch das Scheitern einer Ausweitung der Kompetenzen der Beratenden Versammlung. Und drittens durch die Gründung der Bundesrepublik, welche mit der Präsenz westdeutscher Delegierter seit der zweiten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung auch die Dynamik der Einigungsdiskussion im Europarat beeinflusste. Den Zusammenhang zwischen diesen drei Faktoren sprach schon im August 1949 der zusehends frustrierte französische Delegierte Paul Reynaud in der Beratenden Versammlung an: Er teilte seinen sich gegen vertiefende Einigungsmaßnahmen im ökonomischen und politischen Bereich aussprechenden britischen Kollegen mit, dass er nicht umhin könne an einen berühmten Ausspruch Otto von Bismarcks zu denken: „On ne fera l'unité allemande que par le fer et par le sang.“¹ Dieses Zitat sollte nicht als Plädoyer für eine im Zweifelsfall gewaltsame Einigung des Kontinents verstanden werden, und auch Reynauds Landsmann Félix Gaillard bestätigte, dass „il est heureux qu'aucun des Etats de notre Europe occidentale ne soit assez fort pour accomplir, par le fer et par le feu, ce que Bismarck fit pour l'Allemagne.“² Reynaud wollte mit seiner Abwandlung des bismarckschen Zitats³ auf die sensiblen Punkte und zentralen Herausforderungen der europäischen Einigung hinweisen, die auch Großbritannien betrafen: „Sécurité, et matières premières“⁴, Blut und Eisen. Die bismarcksche Einigung Deutschlands in den Kriegen zwischen 1864 und 1871 diene ihm als Gegenbild zur europäischen Einigung. Das deutsche Potential an „Eisen und Blut“ müsse in einen europäischen Zusammenhang integriert und somit unter gemeinschaftliche Kontrolle gestellt werden, um einen erneuten Einigungsversuchs nach dem Vorbild des „eisernen Kanzlers“ zu verhindern.

Was Reynaud hier antizipierte, gleichermaßen in seiner Frustration über Großbritannien wie in seiner Benennung der beiden Hauptaspekte europäischer Einigungspolitik, war die Entwicklung der Integrationspolitik ab 1950: Der Schuman-Plan einer europäischen Montanunion und der Pleven-Plan einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, denen

¹ CE-AC, Première Session, 10. Sitzung, 23.08.1949, S. 505.

² Ebd., 11. Sitzung, 24.08.1949, S. 595.

³ Ministerpräsident Bismarck sagte am 30. September 1862 vor der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses: „[N]icht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden [...] sondern durch Eisen und Blut.“

⁴ Ebd., 10. Sitzung, 23.08.1949, S. 501.

Großbritannien jeweils fernblieb.⁵ Damit ging die Einigungsinitiative auf die Ebene der integrationswilligen europäischen Regierungen Belgiens, der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande über, sie vollzog sich jenseits des Europarats und ohne Großbritannien.⁶ Die Aussicht auf eine kontinentale Integration, also ohne Großbritannien, aber mit der Bundesrepublik, vertiefte die Ambivalenz der europäischen Einigungsdiskussion gegenüber dem „deutschen Problem“ und die Befürchtung einer erneuten ökonomischen und militärischen Dominanz Deutschlands. Der dänische Delegierte Per Federspiel rief etwa im September 1952 erneut Bismarcks „blood and steel“ community⁷ ins Gedächtnis – eine unverhohlene Anspielung auf die zwei Monate zuvor gegründete *European Coal and Steel Community*, die er nicht als Instrument des europäischen Ausgleichs, sondern der deutschen Hegemonie verstand. Auch wenn die Beratende Versammlung des Europarats von den Verhandlungen über die Integrationspolitik der Jahre 1950 bis 1954 ausgeschlossen war, blieb sie doch das wichtigste Forum der Einigungsdiskussion. Denn in der Beratenden Versammlung entfalteten nicht nur die Anhänger, sondern auch die Gegner einer auf sektorale Gemeinschaften und das kontinentale Westeuropa begrenzten Integration ihre Argumente. Diese Argumente orientierten sich an der grundsätzlichen Frage der Einigungsdiskussion, ob eine supranationale Integration unter Ausschluss Großbritanniens oder ein kooperativer Rahmen, an dem Großbritannien teilhabe würde, besser dazu geeignet war, das „deutsche Problem“ Europas zu lösen.

5.1 Deutsche Wirtschaft: Problem und Lösung für Europa

„Die Ruhr beherrscht Europa“

Bevor Robert Schuman am 9. Mai 1950 seinen von Jean Monnet entworfenen Plan vorstellte, in dem die Zusammenfassung und Verwaltung der deutsch-französischen Kohle- und Stahlproduktion unter dem Dach einer gemeinschaftlichen Autorität vorgeschlagen und andere europäische Länder zur Teilnahme an dieser Gemeinschaft eingeladen wurden, hatte der französische Außenminister zwei Personen informiert – den amerikanischen Außenminister Dean Acheson und den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer.⁸ Die Einweihung Achesons resultierte aus der Doppelwahrnehmung der USA in Frankreich: ei-

⁵ Zu Reynauds Rolle bei der Gründung des Europarats, seine Mitarbeit in der Beratenden Versammlung und seine zunehmende Frustration über deren mangelhafte Kompetenz und Durchsetzungsfähigkeit vgl. GRÜNER: Paul Reynaud, S. 373f.

⁶ LOTH: Der Abschied vom Europarat, S. 185.

⁷ CE-AC, Quatrième Session, 27. Sitzung, 30.09.1952, S. 726.

⁸ LAPPENKÜPER: Der Schuman-Plan, S. 410f.

nerseits zwangsläufiger Garant europäischer Stabilität zu sein, andererseits entschiedener Verfechter einer baldmöglichsten Freisetzung der weiterhin beschränkten und durch die IRB kontrollierten westdeutschen Rohstoff- und Industrieproduktion. Letzteres verstand die französische Regierung als Gefahr für den mühsamen Wiederaufbau der eigenen Stahlindustrie, die von dem bevorzugten Zugang zur deutschen Kohle abhängig war, wie auch als fahrlässige Unterschätzung des deutschen Industriepotentials, das eine Bedrohung für die Stabilität und den Frieden in Europa bedeute.⁹

Die Einweihung Adenauers wiederum lag darin begründet, dass Schumans Plan auf Deutschland zugeschnitten und von dessen Mitarbeit abhängig war. Eine sektorale Integration der europäischen Kohle- und Stahlproduktion ohne Beteiligung Deutschland wäre so unsinnig wie ineffizient gewesen. Die Konklusion John Gillinghams, die französische Initiative sei ganz selbstverständlich aus einer ökonomischen Zwangsläufigkeit gefolgt und von den aus französischer Schwäche resultierenden, rachsüchtigen Ablenkungsmanövern einer restriktiven Ruhrpolitik lediglich verlangsamt worden, unterschlägt die konkreten Umstände und deutschlandpolitischen Konflikte des Jahres 1950.¹⁰ Tatsächlich begann Jean Monnets bereits 1941, sich Gedanken über eine europäische Einbindung Deutschlands zu machen, womit die Grundlagen des Schumans-Plans aus der Erfahrung heraus gelegt wurden, ein isoliertes Deutschland würde aufgrund seines ökonomischen Potentials immer wieder eine Gefahr für seine Nachbarn darstellen.¹¹ Gleichzeitig wird schon an diesem ursprünglichen Motiv deutlich, dass die Initiatoren des Schuman-Plans nicht einfach blinden ökonomischen Sachzwängen folgten, sondern ebenso im historischem Bewusstsein der strukturellen Überlegenheit Deutschlands handelten. Es ging bei dem Vorschlag einer europäischen Montanunion, so Monnet gegenüber Schuman, um „eine dynamische Aktion“, die „den Geist der Deutschen verändert.“¹²

Dieser grundsätzliche Anspruch, den Geist der Deutschen auf Europa auszurichten und ihm so eine Perspektive jenseits des Nationalismus zu geben, stellte, wie auch die Fixierung auf die deutsche Rohstoffproduktion, einen Anknüpfungspunkt der französischen Überlegungen zur europäischen Einigungsdiskussion dar. Die Ruhr stand bei allen Einigungsverbänden für das deutsche Gefahrenpotential, Daniel Serruys hatte sie auf dem Haager Kongress gar als „Atombombe Europas“ bezeichnet.¹³ Im Brüsseler Pakt sorgte

⁹ POIDEVIN: Die europapolitischen Initiativen Frankreichs, S. 258f.

¹⁰ „To be heard the French had to shout, to be noticed they had to annoy, and to have any impact, they had to obstruct.“ GILLINGHAM: Coal, steel and the Rebirth of Europa, S. 151. Vgl. DERS.: Die französische Ruhrpolitik, S. 24.

¹¹ GRUNER: Der Platz Deutschlands in Europa, S. 35f.

¹² Jean Monnet an Robert Schuman, 01.05.1950; zit. nach LAPPENKÜPER: Der Schuman-Plan, S. 409.

¹³ CoE, Economic Committee, 09.05.1948, S. 249. Vgl. Kap. 3.3.

sich die niederländische Regierung über „the way in which the reorganization of the Ruhr coal mines and steel industries is being carried out“, sah darin eine „serious threat to allied interests in the Ruhr“ und eine Entwicklung, die alliierten Sicherheitsinteressen schwächen würde.¹⁴ In dieser Hinsicht am weitsichtigsten war die UEF gewesen, die schon im November 1948 auf ihrem zweiten Jahreskongress in Rom eine „europäische Bergwerksgesellschaft“ zur Bewältigung des allgemeinen Produktions- wie des speziellen Ruhrproblems gefordert hatte.¹⁵ Das ME hatte auf seinem Gründungstreffen Anfang 1949 in Brüssel verlangt, dass die internationale Verwaltung der Ruhrproduktion durch die IRB „ne doit pas rester un régime exceptionnel, mais doit constituer un pas vers la création d’organismes économiques communs pour l’ensemble de l’Europe occidentale.“¹⁶ Als die Dachorganisation der Europaverbände zwei Monate später zu einer Wirtschaftskonferenz in Westminster zusammenkam um diese Vorstellungen zu konkretisieren, war in der Abschlussresolution kein Wort mehr über die Ruhr zu lesen, was der allgemeinen Absehung des ME von einer hervorgehobenen Thematisierung des „deutschen Problems“ nach seiner Gründung entsprach.¹⁷

Im Europarat tauchten die Themen Ruhr und Integration der Rohstoffproduktion schon zu Beginn der ersten Sitzungsperiode auf. Paul Reynaud verwies im Hinblick auf das europäische Bedürfnis nach Rohstoffen darauf, dass durch die beiden Weltkriege „l’Allemagne a brisé le mécanisme qui faisait vivre l’Europe“; er gab zu bedenken, dass solange kein gemeinsamer Markt und keine gemeinsame Rohstoffproduktion existierten, die finanzielle und ökonomische Abhängigkeit Europas von den USA weiterbestehen würde, und dass „la présence ici de l’Allemagne ne réglerait rien à cet égard [...]“.¹⁸ Deutschland könne in seinem gegenwärtigen Zustand nicht zum Wiederaufbau Europas und somit zur Wiedergutmachung der von ihm angerichteten Zerstörung europäischer Wirtschaftsstrukturen beitragen, was aber nicht nur an der eigenen Abhängigkeit der Bundesrepublik von amerikanischer Alimentation liege. Es war vielmehr auf das von dem britischen Labour-Delegierten Maurice Edelman ausgesprochene Paradox zurückzuführen, einerseits das konzentrierte Industriepotential abbauen zu wollen, „to reduce Western Germany’s power

¹⁴ ANLux, UEO-BTO-004, Record of the Sixth Session of the Consultative Council held in Luxembourg 17.–18.06.1949, Annex B: Memorandum by the Netherlands Government referring to Investments in Germany, S. 1. Zwei Monate zuvor hatten sich die USA weitgehend mit ihrer Forderung durchgesetzt, die Demontagen in und Reparationsleistungen aus den westlichen Besatzungszonen zugunsten des Aufbaus der deutschen Rohstoff- und Industrieproduktion massiv herabzusetzen; GILLINGHAM: Coal, steel and the Rebirth of Europa, S. 212f.; FOSCHÉPOTH: Konflikte in der Reparationspolitik, S. 193f.

¹⁵ HAEU, UEF-100, Deuxième congrès annuel de l’Union Européenne des Fédéralistes à Rome, 7.–11.11.1948, Notes et extraits, S. 10. Vgl. Kap. 3.1.

¹⁶ HAEU, ME-107, Conseil International du Mouvement Européen, Session inaugural à Bruxelles, Commission Politique, Principes de Politique Européenne, 27.02.1949, S. 5.

¹⁷ HAEU, ME-79, Conférence Economique de Westminster, 20.–25.04.1949, Résolutions.

¹⁸ CE-AC, Première Session, 10. Sitzung, 23.08.1949, S. 501, S. 503f.

to wage war“, andererseits aber seine Industrieproduktion ankurbeln zu müssen, wodurch die Briten und anderen Europäer, „by building up a most dangerous competitor“¹⁹, ihren eigenen Ruin riskierten.

Während aber die Labour-Partei eine Auflösung des Widerspruchs von Ab- und Aufbau der deutschen Industrie durch Integration der gesamten westeuropäischen Rohstoffproduktion ablehnte, forderten zahlreiche kontinentaleuropäische Delegierte gerade solch eine integrative Lösung. Der SFIO-Delegierte und ehemalige französische Wirtschaftsminister André Philip bezeichnete die durch eine politische Autorität gewährleistete „coordination systématique des investissements et des organismes de production“ als eine „nécessité urgente“ und eine „condition d’existence“ Europas, und der niederländische Christdemokrat Jos Serrarens forderte hinsichtlich der internationalen Verwaltung der Ruhrproduktion „l’extension d’un tel régime à toute la production de charbon, de fer et d’acier, à toute l’industrie lourde.“²⁰ Für Edouard Bonnefous, der auch dem Auswärtigen Ausschuss der französischen Nationalversammlung vorsah, musste die Ruhr, „au lieu d’être un objet de discorde, devient la première étape d’une politique constructive“, denn: „Si l’Allemagne devait récupérer seule sa puissance industrielle d’avant-guerre, les mêmes causes produiraient inévitablement les mêmes effets.“²¹ Und auch André Philip spezifizierte in einer weiteren Rede seine vagen Aussagen über den Zusammenhang zwischen der Koordination der Produktion und der Existenz Europas: „Le problème de la Ruhr domine vraiment toute la situation européenne.“ Dies war ganz und gar wörtlich zu verstehen, weil nicht erst Hitler, sondern schon deutsche Regierungen vor ihm die Ruhrkohle als Instrument der Erpressung gegenüber anderen Staaten eingesetzt hätten. „La réalité, c’est que le maître de la Ruhr est le maître de l’Europe. Le seul moyen pour qu’une nouvelle Allemagne ne domine pas l’Europe, c’est que l’Europe domine la Ruhr.“²²

Dementsprechend enthusiastisch reagierten die Anhänger einer europäisierten Ruhrindustrie auf den Schuman-Plan. Für die UEF, die von der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung desillusioniert war, „le Plan Schuman apparaît comme une planche de salut inespérée [...]“.²³ Ihr Präsident Henri Frenay schrieb Schuman umgehend einen Brief, in dem er persönlich seine Bewunderung und Dankbarkeit für diese „grande et belle

¹⁹ Ebd., 5. Sitzung, 16.08.1949, S. 184.

²⁰ Ebd., S. 141, S. 195.

²¹ Ebd., 10. Sitzung, 23.08.1949, S. 541.

²² Ebd., S. 553. Als Vorsitzender des ökonomischen Komitees der Beratenden Versammlung setzte Philip im Dezember 1949 eine Resolution durch, in der eine für die europäische Stahlindustrie verantwortliche Behörde gefordert, die aber zu Beginn der zweiten Sitzungsperiode vom Schuman-Plan überholt und nicht weiterverfolgt wurde; KIPPING: Zwischen Kartellen und Konkurrenz, S. 150f.; MILWARD: The Reconstruction of Western Europe, S. 395.

²³ VAYSSIERE: Vers une Europa fédérale, S. 260.

initiative“ zum Ausdruck brachte und sie mit seiner eigenen Arbeit für eine „entente franco-allemande, clef de voûte de la nécessaire Fédération européenne“ in Verbindung setzte. Besonders wichtig erschien Frenay, dass Schumans Initiative die Enttäuschungen und Entmutigungen des vergangenen Jahres durchbrochen habe: „Tout est changé maintenant.“²⁴ Was die UEF am Schuman-Plan begeisterte, war die Einbettung dieses Versuches einer französisch-deutschen Verständigung in den europäischen Zusammenhang. Erst zwei Monate zuvor hatte das Exekutivbüro des Verbands Konrad Adenauers Vorschlag einer französisch-deutschen Union rundheraus abgelehnt, nicht nur weil dessen Vorbedingung einer Rückgabe des Saargebiets nicht zu erfüllen war, sondern auch weil die wirtschaftliche Disparität der beiden Länder zu einem inneren Ungleichgewicht der anvisierten Union führen würde. Zudem sei der französischen Öffentlichkeit nach der Erfahrung der deutschen Besatzung solch ein bilaterales Unterfangen nicht zu vermitteln, und es würde die anderen europäischen Staaten beunruhigen. Nur unter Hinzuziehung einer größeren Anzahl von Staaten könne solch ein Zusammenschluss funktionieren.²⁵

Gerade aus diesen Gründen schloss sich das Exekutivbüro der UEF mit einer in englischer, französischer und deutscher Sprache veröffentlichten Resolution Anfang Juni 1950 der schon von Frenay gegenüber Schuman ausgesprochenen Unterstützung des Schuman-Plans an. Die Resolution verwies auf die eigenen Beschlüsse von Montreux 1947 und Rom 1948, wo bereits die ökonomische Integration und insbesondere die der deutschen Rohstoffproduktion gefordert worden war. Der Verband konnte „es nicht genug unterstreichen“, dass der Schuman-Plan zur deutsch-französischen Verständigung führen und „jeder Konflikt zwischen den beiden Ländern, insbesondere auch der um die Saar ipso facto ausgelöscht würde.“ Das Ruhrstatut könne durch die Integration aufhören, „ein Ausnahmeregime zu sein und zu einem mitbildenden Element der geplanten Organisation werden.“ Man sollte darüber aber nicht vergessen, dass für das Gelingen die Einbindung einer möglichst großen Anzahl an europäischen Staaten notwendig sei und zudem „nicht aus den Augen verlieren, dass die Zeit drängt.“²⁶

Entscheidend für die Ablehnung von Adenauers und die Begrüßung von Schumans Vorschlag war zum einen, dass letzterer das Problem der deutsch-französischen Verständigung aus dem bilateralen Verhältnis herauslöste, was die UEF gerade im Hinblick auf die Saar als entscheidend verstanden. Was aber daran ebenfalls deutlich wird, ist die Hie-

²⁴ HAEU, UEF-12, Henri Frenay an Robert Schuman, 11.05.1950.

²⁵ HAEU, UEF-135, L'offre d'union franco-allemande du Chancelier Adenauer, 09.03.1950. Die Reaktionen auf Adenauers Vorschlag waren allgemein ablehnend; KÜSTERS: Die Verhandlungen über das institutionelle System, S. 74.

²⁶ HAEU, UEF-135, Resolution des Exekutivbüros der UEF, Die Föderalisten und der Schumanplan, 03.06.1950, S. 1.

rarchie im anvisierten Einigungsprozess, welche die Föderalisten bereits in ihrer Résistance-Resolution von 1944 formuliert hatten, und die in der Gründung des Europarats besonders deutlich zutage getreten war: Deutschland war Objekt des Einigungsprozesses, es hatte diesem Prozess, der von anderen initiiert werden musste, zuzustimmen, sich ihm zu unterwerfen bevor es als Gleicher unter Gleichen anerkannt werden könne.²⁷ Dementsprechend skeptisch stand die UEF Adenauers Vorschlag einer bilateralen Union gegenüber, in dem die Gefahr einer deutschen Übermacht im unvermittelten Verhältnis zu Frankreich erblickt wurde, und dementsprechend begeistert reagierte sie auf die Initiative Schumans. Diese fiel zwar einerseits hinter die Idee Adenauers zurück und beschränkte sich auf den Sektor der Rohstoffproduktion, schien jedoch durch die Einladung interessierter europäischer Staaten und eine gemeinsame, übergeordnete Autorität die deutsch-französische Fixierung mit all ihren Fallstricken durch die europäische Perspektive zu überwinden. Nachdem die französische Regierung ihre Vorstellungen über die europäische Montanunion konkretisiert hatte, unterstrich das Zentralkomitee der UEF die Zustimmung des Verbands zu diesem „tour-nant décisif dans l’histoire de l’Europe“, begrüßte insbesondere den nicht zur Verhandlung stehenden „caractère irrévocable“ dieser Montanunion, warnte aber vor einer Politik der Kartellierung und Monopolisierung, welche durch die politische Kontrolle der gemeinschaftlichen Institutionen verhindert werden müsse.²⁸ In dieselbe Richtung ging die Diskussion in den NEI, welche ebenfalls die Bedeutung des Schuman-Plans für die französisch-deutsche Verständigung, die europäische Dimension, den Souveränitätsverzicht und die Verhinderung einer Kartellierung hervorhoben.²⁹

Primat des Politischen. Der Schuman-Plan im Europarat

Der Schuman-Plan beraubte die Beratende Versammlung des Europarats nicht nur ihrer Aura als Vorreiter europäischer Einigungspolitik und änderte somit die Bedingungen, unter denen die Integrationsperspektive diskutiert wurde. Die zweite Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung fand selbst wiederum unter völlig veränderten Bedingungen statt, die nicht nur mit der Initiative des französischen Außenministers für eine Montanunion zusammenhingen. Vielmehr wurde diese Initiative zweitweise durch den Ausbruch des Koreakriegs am 25. Juni 1950 und den rasanten Vorstoß der Truppen des kommunistischen

²⁷ Insofern waren Vorschläge von deutscher Seite – wie derjenige Adenauers oder der des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold über die Europäisierung der IRB – der Entwicklung des Schuman-Plans durchaus förderlich, weil sie die deutsche Bereitschaft zur Kooperation signalisierten; diese „origines allemandes“ waren „indirectes mais bien réelles“; BITSCH: La triple option de Paris, S. 87.

²⁸ HAEU, UEF-128, Procès-verbal de la réunion du Comité Central à Paris, 30.06./01.07.1950, Annexe N° 2: L’U.E.F. et le ‘document de travail’ français pour le Plan Schuman.

²⁹ ACDP, 09-002-002, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à Bruxelles, 01./02.07.1950, S. 7f.

Nordens überschattet.³⁰ Was die Diskussionsbedingungen in Straßburg zusätzlich veränderte, war die Präsenz deutscher Delegierter, nachdem die Bundesrepublik ab der zweiten Sitzungsperiode 1950 als assoziiertes Mitglied in der Beratenden Versammlung war und mit der dritten Sitzungsperiode 1951 zum ordentlichen Mitglied aufgewertet wurde. Zudem vertiefte sich in diesem Zusammenhang das integrationspolitische Schisma, welches zwischen den Kontinentaleuropäern einerseits, Großbritannien und skandinavischen Staaten andererseits verlief – sowie, was noch schwerer wog, sich auch in der deutschen Delegation zwischen den Sozialdemokraten und den Mitgliedern der Regierungsparteien abzeichnete. Während Maurice Edelman von der britischen Labour-Partei, der den Schuman-Plan aufgrund der undemokratischen „irresponsible nature of the supra-national Authority“ regelrecht verriss, gleichzeitig aber die „sincerity“, „generosity“ und „ingenuity“ der französischen Motive gegenüber Deutschland würdigte,³¹ zog die SPD gerade diese Motive in Zweifel. Nachdem Robert Schuman im August 1950 seinen Plan in der Beratenden Versammlung persönlich vorgestellt, die Organisation der Montanunion umschrieben und vor allem das überschießende Moment seines Plan betont hatte, dass durch seine begrenzte, sektorale Initiative ein Prozess initiiert worden sei, „que se développeront rapidement dans le sens de l’unification complète, économique et politique de l’Europe“³², zog sich dieser Grundsatzkonflikt durch die Debatten der Beratenden Versammlung.

Auch wenn zahlreiche Delegierte der Beratenden Versammlung Bedenken gegenüber dem Schuman-Plan, seiner Beschränkung auf Kohle und Stahl, seiner potentiell technokratischen Struktur sowie einer schwierigen Angleichung von Interessen und Bedürfnissen der Mitgliedsländer äußerten: Gerade diese Schwierigkeiten hoben seine Bedeutung hervor. Dass „der politische Aspekt des französischen Vorschlages [...] als historischer Einschnitt nicht überbewertet“ werden sollte, wie Matthias Kipping im Hinblick auf die wirtschaftliche Intention des Schuman-Plans gefordert hat,³³ ändert nichts an der nahezu ausschließlichen Konzentration der europäischen Einigungsdiskussion auf diesen politischen Aspekt und historischen Einschnitt. Der belgische Liberale Roger Motz sah die friedenswahrende Funktion zwischen Frankreich und Deutschland und somit für Europa darin, dass „le domaine de l’acier et du charbon est le plus spectaculaire, qu’il frappe vivement l’imagination

³⁰ Zum Veränderung der integrationspolitischen Bedingungen durch den Koreakrieg vgl. GREINER: Zur Rolle Kontinentaleuropas, S. 150; KRÜGER: Sicherheit durch Integration, S. 201; LOTH: Der Weg nach Europa, S. 91; POIDEVIN: Die europapolitischen Initiativen Frankreichs, S. 261f.; ZEEMAN: Der Brüsseler Pakt, S. 423f.

³¹ CE-AC, Deuxième Session, 7. Sitzung, 14.08.1950, S. 384f.

³² Ebd., 4. Sitzung, 10.08.1950, S. 183.

³³ KIPPING: Zwischen Kartellen und Konkurrenz, S. 165. Kipping konstatiert selbst, dass die politische Würdigung in den zeitgenössischen Reaktionen vollkommen überwog.

publique.“³⁴ Harold Macmillan von den britischen Konservativen brachte diese Vorstellungskraft auch gleich zum Ausdruck, als er hervorhob, dass „the Schuman Plan is something greater than any specific proposal made to implement it.“³⁵

Dabei beeinflusste der Vorschlag einer supranationalen Montanunion die europäische Vorstellungskraft nicht nur positiv. Macmillans Parteikollege David Eccles sprach sich etwa dagegen aus, die britische Industrie einer europäischen ökonomischen Planung, Verwaltung und Kontrolle zu unterwerfen. Für die Zukunft Europas seien nicht nur ökonomische Erwägung entscheidend, dies war für Eccles eine Lehre aus der Vergangenheit:

What would have happened to us in 1940-1941 had we followed a purely expert economic plan? I venture to say that when the Battle of the Atlantic was being fought, we would have been in very great difficulties. Furthermore, it would not have been only us who would have suffered, but all those who are present here.³⁶

Eccles stellte nicht weniger als die Grundintention der Montanunion infrage. Er wies darauf hin, welche desaströse Folgen eine gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der europäischen Staaten, wie sie der Schuman-Plan bezweckte, nach der Eroberung des Kontinents durch das „Dritte Reich“ gezeitigt hätte, nämlich das Ende der britischen Kriegsanstrengungen und die vollendete Herrschaft des Nationalsozialismus.

Hieran wird deutlich, welche unterschiedliche Konsequenzen aus einem vergleichbaren Deutschlandbild der Kontinentaleuropäer und Briten abgeleitet werden konnten: Sowohl für die Befürworter als auch für die Gegner der Montanunion repräsentierte der Schuman-Plan mehr als seinen konkreten Inhalt, mehr als Kohle und Stahl und eine supranationale Hohe Behörde. Beide Seiten sprachen Deutschland, selbst in der Gestalt der Bundesrepublik, aufgrund seiner natürlichen Ressourcen auch eine quasi-natürliche Vormachtstellung auf dem Kontinent zu. Dabei wogen aus britischer Sicht die Nachteile eines allgemeinen Souveränitätsverzichts schwerer, weil durch ihn ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen der britischen und der kontinentaleuropäischen Industrie entstünde, welches sich im Zweiten Weltkrieg fatal ausgewirkt hätte – die britische Perspektive war also maßgeblich durch die Erfahrung des Durchhaltens und des letztlichen Siegs bestimmt.³⁷ Die kontinentaleuropäische Sicht stand hingegen unter dem Zeichen des Zusammenbruchs und der Niederlage, weswegen sie im Schuman-Plan nicht nur ein Instrument des wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern – gerade wegen des intendierten, eng gestrickten „web of economic

³⁴ CE-AC, Deuxième Session, 7. Sitzung, 14.08.1950, S. 397.

³⁵ Ebd., 8. Sitzung, 15.08.1950, S. 438.

³⁶ Ebd., 7. Sitzung, 14.08.1950, S. 374.

³⁷ MILWARD: The Reconstruction of Western Europa, S. 406.

and political relationships between the member states“³⁸ – ein Instrument der europäischen Stabilität erblickte.

André Philip stellte beispielsweise die von ihm selbst seit langem verfochtenen, ökonomischen Motive des Schuman-Plans weiter heraus. Er verwies aber gleichermaßen auf die Erfahrung der Zwischenkriegszeit und „le danger de voir se renouveler certaines difficultés et certains déséquilibres“³⁹ – eine Gefahr, die insbesondere in den ungleich gewichteten Vorteilen eines gemeinsamen Kohle- und Stahlmarktes für die verschiedenen Mitgliedsländer fortwirke. Deswegen wandte sich Philip „en toute franchise, en même temps qu’en toute fraternité“ mit der Feststellung an seine deutschen Kollegen, dass „les Français ne seraient pas très contents si l’Allemagne, après avoir tiré du plan Schuman un moyen d’améliorer sa situation, se retirait ensuite.“⁴⁰ Das von Eccles befürchtete, enge Netz gegenseitiger Verpflichtungen und Abhängigkeiten, die nicht unilateral wieder aufzuhebende Einbindung eines jeden Mitgliedslandes in die Montanunion erschien Philip als *conditio sine qua non* ihres Gelingens. In der Garantie, dass die Bundesrepublik nicht nach erfolgreicher Wiederbelebung ihrer Wirtschaft wieder aus der Gemeinschaft austrete und zu einer ökonomischen und politischen Dominanz in Europa zurückkehre, lag die Bedeutung des Schuman-Plans, die ihn über das Motiv des erhofften ökonomischen Aufschwungs erhob. Der belgische Christdemokrat Henri Heyman fasste die politische Metaebene des Schuman-Plans mit den Worten zusammen, dass solange insbesondere in Frankreich die Angst bestehe, „qu’un jour une nouvelle armée puisse, s’appuyant sur les forces industrielles et économiques de la Ruhr, se mettre en marche, aussi longtemps que ce danger ne sera pas écarté, la paix ne sera pas assurée en Europe.“⁴¹

Dieses Motiv des Schuman-Plans lief auf eine Entscheidung nicht nur für oder gegen seine Annahme, sondern für oder gegen die europäische Einigung hinaus, je mehr sich die britische Ablehnung herauskristallisierte und sich die Diskussion in der Beratenden Versammlung zuspitzte. Paul Reynaud sprach davon, dass „[o]u bien vous acceptez cela, ou bien vous n’acceptez pas l’Europe. Vous pouvez être d’excellents voisins. Vous pouvez essayer, par des accords avec d’autres gouvernements, de développer vos relations de bon voisinage, mais vous ne ferez pas l’Europe.“⁴² Als die Beratende Versammlung im Mai 1951 zu ihrer dritten Sitzungsperiode zusammentrat, war der EGKS-Vertrag gerade unterschrieben worden, aber noch nicht ratifiziert. Der Koreakrieg und die Pläne einer deut-

³⁸ Ebd., S. 380.

³⁹ CE-AC, 8. Sitzung, 15.08.1950, S. 457.

⁴⁰ Ebd., S. 461.

⁴¹ Ebd., S. 481.

⁴² Ebd., 23. Sitzung, 21.11.1950, S. 1405.

schen Wiederbewaffnung hatten den Handlungsspielraum der Bundesrepublik erhöht und zu Konflikten über die Einbeziehung der Saar und die Dekartellierung der großen Ruhrkonzerne geführt, die erst unter amerikanischem Druck beigelegt und zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden konnten.⁴³ André Philip verwies als für die EGKS-Verhandlungen zuständiger Berichterstatter der Beratenden Versammlung auf die fundamentale Bedeutung der Montanunion, durch welche die Sonderstellung der Bundesrepublik und ihrer Rohstoffproduktion in der IRB abgebaut und ihr die Gleichberechtigung wiedergegeben würde. Aber er ging auch auf den sensiblen Punkt der Entflechtung der Ruhrkartelle ein, welcher die EGKS-Verhandlungen fast hätte scheitern lassen. Für Philip war diese Entflechtung nicht zuletzt historisch legitimiert, weil sie dem Integrationsmotiv entsprach, großindustrielle und nationale Partikularinteressen in ihre Grenzen zu weisen:

Nous avons suffisamment souffert avant la guerre de l'exploitation systématique du marché européen, tantôt par un cartel international de l'acier, tantôt par l'usage nationaliste d'un monopole, pour éviter de retomber dans ce danger. Ni une organisation privée, ni un Etat particulier ne doivent avoir le pouvoir de dominer le marché.⁴⁴

Genau an diesem Punkt, nämlich der Frage gleicher Ausgangsbedingungen und gleicher Behandlung, setzte die Kritik des SPD-Delegierten Erik Nölting an. Schon auf den Internationalen Sozialistischen Konferenzen des Jahres 1950 hatte die von ihren Schwesterparteien als wenig europäisch wahrgenommene Haltung der SPD zum Schuman-Plan für Irritationen gesorgt, nun sollte die Fundamentalopposition der deutschen Sozialdemokraten gegen die EGKS auch die Beratende Versammlung entfremden.⁴⁵ Denn für Nölting war die EGKS mit ihrer supranationalen Hohen Behörde kein integrationspolitischer Neubeginn: „La Haute Autorité a pour nous un prédécesseur: c'est l'autorité internationale de la Ruhr.“ Für den deutschen Sozialdemokraten war die Montanunion bloß eine weitere Institution der ökonomischen Kontrolle und politischen Diskriminierung. Deutschland würde mit Kohle und Erz „son patrimoine le plus précieux“ in die EGKS mit einbringen, dafür aber keine angemessene Behandlung erfahren.⁴⁶ Die Repräsentation Deutschlands bleibe hinter seinem ökonomischen Potential und Beitrag zurück, dadurch werde es von den anderen Staaten majorisiert. Die für die Effizienz der Ruhrproduktion so wichtigen Kohle- und Stahlkomplexe würden zerschlagen, Deutschland übervorteilt, seine Bevölkerung der Arbeitslosigkeit preisgegeben und in den Neofaschismus getrieben.⁴⁷ Deswegen stellte

⁴³ LAPPENKÜPER: Der Schuman-Plan, S. 431–433; KIPPING: Zwischen Kartellen und Konkurrenz, S. 255f.

⁴⁴ CE-AC, Troisième Session, 8. Sitzung, 10.05.1951, S. 194f.

⁴⁵ KLOTZBACH: Die deutsche Sozialdemokratie, S. 336–338.

⁴⁶ CE-AC, Troisième Session, 9. Sitzung, 11.05.1951, S. 200.

⁴⁷ Es half dem nationalistischen Eindruck, den Nölting mit seiner Rhetorik vermittelte, sicher nicht, dass er behauptete die SPD habe als einzige Partei bei der niedersächsischen Landtagswahl keine Stimmen gegenüber den rechten Parteien eingebüßt. Bei der Wahl am 6. Mai 1951 waren auf die *Sozialistische Reichspartei*

Nölting für die SPD fest, dass „la politique des vainqueurs sera incorporée dans le plan Schuman, est pour cinquante ans.“⁴⁸

Es waren weniger die – in den EGKS-Verhandlung zum Teil auch von der Bundesregierung vertretenen⁴⁹ – Positionen, die Nölting für die SPD vortrug, als seine rhetorische Vehemenz und Kompromisslosigkeit, die einen Proteststurm auslöste. Heinrich von Brentano widersprach Nölting für die Bundesregierung und die CDU, Paul Reynaud charakterisierte die Anschuldigungen als „griefs d’ordre allemand“ und fügte hinzu: „Quel nationalisme pour ne pas dire plus!“⁵⁰ Der belgische Sozialist Victor Larock relativierte Nöltings Rede zwar insofern, dass „son expression dépassait sa pensée, et ce qui est exagéré ne compte pas.“ Gleichzeitig gabe er aber zu bedenken, dass die deutsch-französischen Querelen das Wesentliche, nämlich den „point de vue européen“⁵¹ zu überlagern drohten, und sein christdemokratischer Landsmann Paul Struye erinnerte ebenfalls daran, dass „il y a une conception supérieure: l’avenir de l’Europe, l’avenir d’une civilisation qui, nous ne devrions jamais l’oublier, est et reste menacée mais qui ne veut pas mourir.“⁵²

André Philip in seiner Funktion als Berichterstatter der Beratenden Versammlung widmete fast seine gesamte Antwortrede den Anschuldigungen Nöltings und versuchte dabei, ebenso sachlich wie bestimmt zu argumentieren.⁵³ Philip verhehlte nicht, dass er Nöltings „arguments aussi faux et aussi dangereux“ als „choqué et peiné“ empfunden habe.⁵⁴ Er erinnerte Nölting daran, dass die von ihm in Schutz genommenen Ruhrkartelle wegen ihrer antidemokratischen Einflussnahme auf die Politik eine kontinuierliche Bedrohung der Weimarer Republik dargestellt hätten, dass die Zusammenfassung und Kontrolle der Produktivkräfte durch die Hohe Behörde die Interessen der Arbeiter stärken würden, und dass nicht nur Deutschland, sondern aufgrund der Zerstörung und Ausplünderung der europäischen Wirtschaft durch die nationalsozialistische Besatzung gleichermaßen die westlichen Nachbarn Deutschlands eine bevorzugte Investitionspolitik beanspruchen könnten. Vor allem aber versuchte er Nölting zu erklären, was Supranationalität eigentlich bedeute:

11 % und auf den *Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten/Gesamtdeutscher Block* (BHE/GB) knapp 15 % der Stimmen entfallen; ebd., S. 201.

⁴⁸ Ebd., S. 202.

⁴⁹ Hinsichtlich der Positionen der Bundesregierung zur Repräsentation in der EGKS und der Dekartellierung der Ruhrkonzerne vgl. KÜSTERS: Die Verhandlungen, S. 95f.

⁵⁰ CE-AC, Troisième Session, 9. Sitzung, 11.05.1951, S. 213f., S. 222.

⁵¹ Ebd., 10. Sitzung, 11.05.1951, S. 237.

⁵² Ebd., S. 241. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass Struye selbst ein Gegner der EGKS war; GÉRARD-LIBOIS/LEWIN: La Belgique entre dans la guerre froide et l’Europe, S. 162.

⁵³ In diese Rede fiel auch Philips Vorschlag an Nölting, ins nahegelegene KZ Natzweiler-Struthof zu fahren um sich der französischen Anstrengung bei der Bewältigung der Vergangenheit bewusst zu werden und somit auch das französische Entgegenkommen besser einschätzen zu können; vgl. Kap. 2.

⁵⁴ CE-AC, Troisième Session, 10. Sitzung, 11.05.1951, S. 246.

Il veut une autorité supranationale, mais il ne veut pas courir le danger que l'Allemagne puisse être 'majorisée'. Bien sûr, l'Allemagne sera 'majorisée'! Et la France également, et l'Italie également. Tout le monde sera 'majorisée'! En effet, les proportions ont été établies de telle façon qu'aucun pays et même aucun groupe, même l'association des deux pays les plus puissants, la France et l'Allemagne, ne puisse, à lui seul, imposer sa volonté aux autres. C'est cela la démocratie, c'est l'acceptation du danger de pouvoir être 'majorisée'! Nous réalisons l'égalité des droits, mais, là, je suis inquiet encore de l'expression de M. Nölting lorsqu'il réclame pour son pays le 'poids' qui lui est dû. L'égalité, c'est l'égalité! Ce n'est pas un 'poids' proportionnel, car on s'oriente alors vers une notion de l'égalité tendant déjà à la domination du plus lourd sur les pays dont le poids est plus léger.⁵⁵

Hier treten noch einmal zwei grundsätzliche Motive der europäischen Einigungsdiskussion gegenüber dem „deutschen Problem“ zutage, die seit den ersten Positionierungen der Föderalisten bestand hatten: Die Verhinderung deutscher Dominanz und die Vermittlung von demokratisch-egalitär-kooperativen Maximen, deren Kombination eine erneute politische Entwicklung Deutschlands ohne und gegen Europa unterbinden sollten. Im Europarat wurde aber gerade in diesem Bewusstsein Kritik an der EGKS formuliert, weil sie das überschießende Moment der französischen Einigungsinitiative, die von Schuman selbst in der Beratenden Versammlung geforderte, komplette politische und ökonomische Integration letztlich nicht realisieren konnte.⁵⁶ Der Schuman-Plan verwies in den Augen vieler Einigungsbefürworter nicht nur auf die Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit und Integration, sondern gleichermaßen auf die ihm selbst inhärenten, konzeptionellen Defizite, was die UEF mit besonderer Deutlichkeit herausstellten: „Doch das Hauptverdienst des Schumanplanes liegt, so seltsam dies auch klingen mag, nicht in seiner positiven Leistung, sondern darin, daß durch ihn eine Reihe weiterer Probleme auftauchte und gelöst werden muß.“⁵⁷

Das deutsche Wirtschaftspotential in der europäischen Kalkulation

Die Kohle- und Stahlindustrie der Ruhr als Faktor deutscher Dominanz in Europa wie als Faktor des europäischen Aufschwungs zog die besondere Aufmerksamkeit der europäischen Einigungsdiskussion auf sich, woraus der Schuman-Plan und die EGKS folgten. Das deutsche ökonomische Potential für Europa nutzbar zu machen und gleichzeitig eine deutsche Vormachtstellung zu verhindern, die den Kontinent erneut destabilisieren würde, wurde dabei als eine, über den hervorgehobenen Aspekt der Ruhr hinausgehende, zentrale Herausforderung der europäischen Integration verstanden. Der Generalsekretär der UEF, Raymond Silva, brachte dieses umfassende Verständnis im November 1948 auf dem Ver-

⁵⁵ Ebd., S. 245f.

⁵⁶ TRAUSCH: Der Schuman-Plan, S. 126f.

⁵⁷ UNION EUROPÉENNE DES FÉDÉRALISTES: Die Stunde der europäischen Einigung, S. 18f.

bandskongress in Rom auf den Punkt: Die europäische Föderation sei die Voraussetzung dafür, dass „l’Allemagne trouvera un équilibre dont les autres nations ne profiteront pas moins qu’elle-même.“⁵⁸ Der Integrationsansatz der Föderalisten basierte auf einer über ihren Kreis hinaus verbreiteten Überzeugung, die einzelnen Probleme Europas seien nicht getrennt voneinander lösbar. Insofern betrachteten sie auch das „deutsche Problem“ stets im Hinblick auf die weiteren Herausforderungen europäischer Politik. Das deutsche Wirtschaftswachstum verstanden sie als Bedingung gleichermaßen der politischen Stabilisierung der Bundesrepublik wie der ökonomischen Stabilisierung Europas. Diese Überzeugung musste jedoch permanent gegen die Befürchtung abgewogen werden, dieses Wirtschaftswachstum könne zur erneuten Dominanz der Deutschen und zu ihrem Rückfall in den Nationalismus führen, wodurch die deutsche Demokratie wie der ökonomische Aufschwung Europas gefährdet würden.

Nicht nur die Diskussionen über den vom Schuman-Plan abgedeckten Sektor der Rohstoff- und Industrieproduktion waren von dieser Abwägung betroffen, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft – oder eher: deren Potential. Das „deutsche Problem“ umfasste alle Bereiche der Ökonomie und Politik, und dementsprechend umfassend musste sich seine europäische Lösung gestalten. Nicht durch bilaterale Vereinbarungen wie dem Abbau von Handelshemmnissen könne der ökonomische Wiederaufschwung in Europa angestoßen werden, so der Vorsitzende der französischen Sozialisten, Guy Mollet, in der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung, und deswegen auch keine Lösung des „deutschen Problems“. Genau wie solch ein Verharren im nationalstaatlichen Partikularismus diesen Wiederaufschwung verunmögliche, „le grave problème allemand risque d’être insoluble tant qu’il se posera sur le plan des politiques particulières contradictoires de chacun des Etats intéressés.“⁵⁹ Die gleichzeitige Lösung des „deutschen Problems“ und der ökonomischen Probleme Europas wurde auch von dem italienischen Liberalen Ferruccio Parri in Zusammenhang gebracht, der betonte, dass „cette Allemagne est une réalité, une grande réalité, un bloc d’intérêts – et quel bloc! – une force puissante de travail“ und deswegen Winston Churchills Forderung nach einer außerordentlichen Sitzungsperiode unterstützte, „pour examiner les questions qui se rattachent à l’admission de l’Allemagne et à la crise économique.“⁶⁰

⁵⁸ HAEU, UEF-100, Deuxième congrès annuel de l’Union Européenne des Fédéralistes à Rome, 7.–11.11.1948, Rapport moral par le Secrétaire Général Raymond Silva, S. 6.

⁵⁹ CE-AC, Première Session, 6. Sitzung, 17.08.1949, S. 309. Mollet bezieht sich hier wohl auf den letztlich gescheiterten Versuch, die wenig effiziente französisch-italienische Zollunion um die Benelux-Staaten zu erweitern. Die Verhandlungen hierüber begannen im Herbst 1949; KRÜGER: Sicherheit durch Integration, S. 120f.; MILWARD: The Reconstruction of Western Europe, S. 306f.

⁶⁰ CE-AC, Première Session, 15. Sitzung, 05.09.1949, S. 1009.

Etwas konkreter hatten die Außenminister der Brüsseler Pakt-Staaten diesen Zusammenhang bereits im Konsultativrat des Brüsseler Pakts ausformuliert, wo sie sich nicht nur über ihre gemeinsamen Interessen hinsichtlich der Ruhr verständigten, sondern auch auf andere ökonomische Aspekte des „deutschen Problems“ eingingen. Bei ihrem Versuch, den anzunehmenden Enthusiasmus der Beratenden Versammlung durch eine Agenda von konkreten Diskussionsgegenständen zu „kanalisieren“, benannte Robert Schuman „the setting-up of a European Patents Office, a special problem presenting a certain urgency as regards Germany.“⁶¹ Während sich die Beratende Versammlung ansonsten von Beginn an gegen die Einmischung der europäischen Regierungen in ihre Agenda wehrte, stellte der sozialistische Delegierte Marius Moutet zu Beginn der ersten Sitzungsperiode tatsächlich den Antrag, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Er begründete seinen, parteiübergreifend von elf weiteren französischen Delegierten unterstützten Antrag damit, dass „[d]ans l'ancienne Europe, vous savez qu'une seule nation avait pour ainsi dire mis la main sur cette question des brevets, qu'elle avait organisé une sorte de recherche scientifique dans le domaine des brevets et en tirait le plus grand profit.“⁶² Gemeint war damit, wie schon bei Schuman, die Gefahr einer erneuten ökonomischen Expansion Deutschlands, mit der die Franzosen in der Zwischenkriegszeit negative Erfahrungen gemacht hatten – das Patent als Mittel einer deutsch dominierten industriellen Konzentration und Kartellbildung, als „Waffe im Wirtschaftskampf“⁶³ hatte nicht zuletzt zu den Schwierigkeiten der französischen und amerikanischen Aufrüstung zu Beginn des Zweiten Weltkriegs aufgrund patentrechtlicher Verflechtungen amerikanischer Hersteller mit deutschen Firmen beigetragen.⁶⁴ Die Beratende Versammlung begrüßte den französischen Antrag, nahm ihn einstimmig an und verfolgte ihn auch weiter, bis zur Gründung des Europäischen Patentamts sollten es aber noch fast 30 Jahre dauern.⁶⁵

Weil das deutsche Wirtschaftspotential als Voraussetzung wie als Gefahr der ökonomischen – und somit politischen – Stabilität Europas galt, musste eine europäische Lösung für die kontrollierte Entfaltung dieses Potentials gefunden werden. Dies galt umso mehr für die Stabilisierung der Bundesrepublik selbst. Zwar machten alle europäischen

⁶¹ ANLux, UEO-BTO-004, Record of the Sixth Session of the Consultative Council held in Luxembourg, 17.–18.06.1949, Pt. III, S. 3. Frankreich verfolgte bereits seit 1945 eine europäische Vereinheitlichung des Patentrechts, nur eine Woche vor der Sitzung des Konsultativrats war ein Abkommen zwischen Frankreich und den Benelux-Staaten über die Errichtung eines Internationalen Patentinstituts in Kraft getreten; LÖHNING: Wechselwirkungen, S. 79.

⁶² CE-AC, Première Session, 4. Sitzung, 13.08.1949, S. 109.

⁶³ PAHLOW: Das Patent, S. 117–119.

⁶⁴ Vgl. Kap. 1.1.

⁶⁵ LÖHNING: Wechselwirkungen, S. 81f. Neben der Beratenden Versammlung fordert auch die zweite Wirtschaftskonferenz des ME in Westminster Anfang 1954 die Gründung eines europäischen Patentamts; ACDP, 09-002-045/1, Mouvement Européen: Deuxième Conférence Economique de Westminster, 29 janvier–1 février 1954. Compte-Rendu et Résolutions, Bruxelles o.J., S. 28.

Länder nach 1945 die ökonomische Misere als politische Bedrohung aus. Jedoch speiste sich die europäische Furcht vor einem kommunistischen Umsturz, insbesondere in Italien und Frankreich, nicht nur aus der gegenwärtigen Situation oder den eigenen Erfahrungen der ökonomischen und politischen Krisen der Zwischenkriegszeit, sondern gerade aus dem deutschen Beispiel des Aufstiegs des Nationalsozialismus. „The secrets of the future are rooted in the past“⁶⁶, so der britische Liberale Walter Layton im August 1949 in der Beratenden Versammlung. Layton verglich die Situation des Jahres 1949 mit der des Jahres 1927, als die Genfer Weltwirtschaftskonferenz erfolglos versucht hatte, einen Ausgleich der gegensätzlichen nationalökonomischen Interessen zu erreichen.⁶⁷

Der liberale belgische Delegierte Roger Motz griff dieses Scheitern der Bemühungen der Zwischenkriegszeit um ökonomische Kooperation gleich mehrmals auf: Hätten sich die europäischen Staaten 1927 zu einer Entwicklung ihrer Handelsbeziehungen entschlossen, wäre es niemals zur Weltwirtschaftskrise, zur Massenarbeitslosigkeit, zum Aufstieg des Nationalsozialismus „avec toutes ses répercussions politiques et militaires“, also niemals zum Zweiten Weltkrieg gekommen.⁶⁸ Solche Versuche, den Aufstieg des Nationalsozialismus aus ökonomischen Fehlentwicklungen zu erklären, waren keine Ausnahme. Robert Boothby beschwor etwa das Andenken Walter Rathenaus, der 1921, ein Jahr vor seiner Ermordung durch die rechtsradikale *Organisation Consul*, als deutscher Wiederaufbauminister die „necessity for the rationalisation of the basic industries of Europe on an international scale“ erkannte habe; „had he lived and had his way, the Second World War might have been avoided.“⁶⁹ Die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft innerhalb eines europäischen Rahmens erschien gleichermaßen als Voraussetzung des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs wie der allgemeinen politischen Stabilität. Zudem zeige das deutsche Beispiel, wohin eine nationalistische Wirtschaftspolitik führe, nämlich in die ökonomische und politische Krise sowie in den Krieg.

Die Erfahrung mit Deutschland, dass nur zehn Jahre nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise mit seiner Autarkiepolitik zur Unterwerfung fast ganz Europa befähigt gewesen war und somit die strukturelle Überlegenheit seines ökonomischen Potentials unter

⁶⁶ CE-AC, Première Session, 11. Sitzung, 24.08.1949, S. 596.

⁶⁷ 1927 tagte in Genf eine Weltwirtschaftskonferenz, die sich mit Fragen der Liberalisierung des Welthandels beschäftigt. Die Forderung eines weltweiten Abbaus von protektionistischen Maßnahmen floss zwar in eine Konvention des Völkerbunds ein, wurde aber nie umgesetzt; BLESSING: Der mögliche Frieden, S. 428–432.

⁶⁸ CE-AC, Troisième Session, 32. Sitzung, 05.12.1951, S. 819f.; vgl. ebd., Première Session, 11. Sitzung, 24.08.1949, S. 641.

⁶⁹ Ebd., Quatrième Session, 3. Sitzung, 27.05.1952, S. 57. Boothby meint hier wohl das 1921 zwischen Deutschland und Frankreich geschlossene *Wiesbadener Abkommen*, welches die Zahlung von deutschen Reparationen durch Sachleistungen – insbesondere Kohle – statt Devisen festlegte und hierfür die Einrichtung kooperativer Vermittlungsorgane vorsah; GILLINGHAM: Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, S. 8.

Beweis gestellt hatte, wirkte komplementär zum amerikanischen Wunsch nach einer progressiven Liberalisierung des europäischen Binnenhandels. Ab 1950 wurde diese Liberalisierung im Rahmen der OEEC wirksam und durch die Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU) institutionell eingebettet. Die EZU sollte die Abhängigkeit Westeuropas vom Dollarraum reduzieren und zum Aufbau der westdeutschen Export- und Importmärkte beitragen, worin nicht nur die USA eine Voraussetzung des europäischen Aufschwungs sahen.⁷⁰ Die EZU sorgte für volle Währungsconvertibilität zwischen den beteiligten Staaten sowie für Importkredite. Ihre Charakterisierung als eine der „drei Dimensionen der Westintegration“⁷¹ der Bundesrepublik – neben der EGKS und der NATO – erscheint auf den ersten Blick als überzogen. Aber gerade im Jahr ihres Entstehens konnte sie die Nützlichkeit europäischer Kooperation und gegenseitiger Hilfe unter Beweis stellen und erfüllte somit neben dem ökonomischen auch einen symbolischen Zweck. Denn sie verhinderte den aufgrund des westdeutschen Exportdefizits drohenden Zusammenbruch des europäischen Binnenhandels, der nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für den gesamten europäischen Wiederaufschwung verheerende Folgen gezeitigt hätte.⁷²

Infolge des Koreakriegs hatte sich der Import von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in die Bundesrepublik massiv ausgeweitet, konnte durch den gleichzeitig gesteigerten Export nicht kompensiert werden und absorbierte das westdeutsche Kreditvolumen in der EZU. Die europäischen Partner der Bundesrepublik beäugten den explodierenden, kreditfinanzierten Import durchaus kritisch und verstanden ihn als Ausdruck eines erneuten deutschen Aufschwungs auf Kosten seiner Nachbarn, dessen Ausweitung zur Dominanz auf den Märkten führen und dessen Kollaps das gesamte europäische System in den Abgrund reißen würde.⁷³ Dennoch gewährten die EZU-Partner einen Sonderkredit und nahmen schließlich auch die einseitige Rücknahme der Handelsliberalisierung durch die Bundesrepublik hin, obwohl dadurch die eigenen Exportmärkte geschädigt wurden, insbesondere in den Niederlanden, die gerade selbst eine Bilanzkrise zu bewältigen hatten.⁷⁴ Nicht nur die parallel verlaufenden Verhandlungen über den Schuman-Plan sorgten für ein Entgegenkommen der europäischen Nachbarn, sondern auch das Bewusstsein, ein Rückfall in

⁷⁰ DICKHAUS: It is only the Provisional that lasts, S. 186.

⁷¹ MAIER: Die drei Dimensionen.

⁷² MILWARD: The Reconstruction of Western Europe, S. 429.

⁷³ Ebd., S. 425, S. 431. Verschärft wurde das deutsche Defizit aber zum Teil durch seine Nachbarn selbst, die deutsche Kohle in einem Ausmaß einkauften, dass für den deutschen Eigenbedarf amerikanische Kohle importiert werden musste; SCHINZINGER: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, S. 147f.

⁷⁴ KAPLAN/SCHLEIMINGER: The European Payments Union, S. 98f.; MALLINSON: From Neutrality to Commitment, S. 158f.

den Protektionismus würde, wie schon in den 1930er Jahren, allen Beteiligten schaden – den EZU-Partnern der Bundesrepublik jedoch mehr als dieser selbst.⁷⁵

Die europäische Hinnahme der deutschen Importrestriktionen und des gleichzeitig gesteigerten Exports in die EZU-Partnerländer führte in kürzester Zeit zur Stabilisierung der westdeutschen Handelsbilanz. Die erfolgreiche Bewältigung dieser Krise im Rahmen der EZU wurde zu Beginn der vierten Sitzungsperiode im Mai 1952 auch in der Beratenden Versammlung des Europarats gewürdigt, namentlich vom liberalen Außenminister der Niederlande, Dirk Stikker, und dem liberalen belgischen Delegierten Roger Motz.⁷⁶ Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die deutsche Position im EZU-Rahmen schon umgekehrt, die Bundesrepublik war vom Kreditnehmer zum Kreditgeber geworden und stand bald unangefochten an der Spitze der – wenigen – Länder mit einer positiven Handelsbilanz.⁷⁷ Diese Umkehrung der Verhältnisse führte nicht nur im Rahmen der EZU zu einer Neujustierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik und der Forderung nach weiteren Importerleichterungen, einer Reduzierung der Förderung des Warenexports und einer Ausweitung des Kapitalgüterexports.⁷⁸ Auch in der Beratenden Versammlung wurde die Sorge über die deutschen Überschüsse geteilt.

Unmittelbar nach dem Lob der EZU-Maßnahmen während der deutschen Bilanzkrise ging ein weiterer Liberaler, der britische Delegierte Walter Layton, zur Erörterung des nunmehr aktuellen Problems über: Er thematisierte den gegenwärtigen deutschen Kapitalüberschuss und erinnerte an die zerstörerische Wettbewerbssituation, wie sie die deutschen und britischen Produzenten in der Zwischenkriegszeit erlebt hätten. Deswegen forderte Layton, dass „Germany, in particular, should be encouraged to concentrate on the export of capital goods [...] to the associated overseas territories of Western Europe, thus relieving the pressure of intra-European industrial competition.“⁷⁹ Layton formulierte diese Idee am 27. Mai 1952 und somit genau einen Tag nach Abschluss des Generalvertrags zwischen der Bundesrepublik und den drei westlichen Besatzungsmächten. Der Generalvertrag sollte in Verbindung mit dem EVG-Vertrag die Aufhebung des Besatzungsstatuts beschließen und somit die Bundesrepublik in die Souveränität entlassen. Wäre er in Kraft getreten – wegen den anhaltenden Diskussionen über die EVG und ihrem Scheitern tat er es bis 1955 nicht –, so hätte die Bundesrepublik auch ihre vollen Rechte zum Abschluss von Handelsabkommen mit den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas zurückerlangt, die bisher

⁷⁵ MILWARD: *The Reconstruction of Western Europe*, S. 432; ASBEEK BRUSSE: *Liberalising Intra-European Trade*, S. 129f.

⁷⁶ CE-AC, Quatrième Session, 2. Sitzung, 26.05.1952, S. 30; ebd., 3. Sitzung, 27.05.1952, S. 49f.

⁷⁷ DICKHAUS: *It is only the Provisional that lasts*, S. 184.

⁷⁸ KAPLAN/SCHLEIMINGER: *The European Payments Union*, S. 248.

⁷⁹ CE-AC, Quatrième Session, 3. Sitzung, 27.05.1952, S. 57.

besatzungsrechtlichen Restriktionen und Zustimmungspflichten unterlagen.⁸⁰ Insofern war Laytons Vorschlag durch zwei Befürchtungen motiviert: durch die explizite Sorge vor einer Rückkehr zu einer desaströsen Wettbewerbssituation auf den westlichen Märkten, sowie durch die, dem Zeitpunkt seines Vorschlags zu entnehmende Sorge über einen massiven Export des überschüssigen deutschen Kapitals nach Osteuropa, einer Reorientierung der Bundesrepublik nach Osten.⁸¹

Diese Motive wurde im Kontext der Rückkehr der Bundesrepublik zu ökonomischer Stärke und ihrer perspektivischen Rückkehr zur Souveränität zusätzlich durch den offensichtlichen Unterschied zwischen den deutschen Sozial- und Christdemokraten in der Beratenden Versammlung genährt. Der notorische Erik Nölting behauptete „une surestimation du potentiel économique allemand“ und bestritt die Existenz eines deutschen Wirtschaftswunders. Stattdessen verlangte er – nicht zuletzt um die deutsche Auslandsschulden begleichen zu können⁸² – nach einem „espace vital pour nos industries“, der nur durch eine „intensification des échanges avec les pays de l’Europe orientale“ zu erreichen sei. Der deutsche industrielle „Lebensraum“ im Osten, die traditionellen Handelswege Deutschlands, „en grande partie dirigées vers l’Est et vers le Sud-Est“ seien heute „recouvertes d’obstacles d’origine politique et sont impraticables.“ Solch eine politisch motivierte Begrenzung der deutschen Handelsbeziehungen und des deutschen Wirtschaftsaufschwungs wollte Nölting nicht anerkennen, denn sie sei „en fait, une loi d’exception pour nous seuls.“⁸³ Angesichts dieser Einlassungen Nöltings wird verständlich, wie euphorisch verschiedene Delegierte der Beratenden Versammlung auf einen Bericht des ökonomischen Komitees reagierten, in dem die Einrichtung einer europäischen Entwicklungsbank für die überseeischen Gebiete, die Intensivierung von Investitionen in und des Handels mit diesen Gebieten, insbesondere mit dem Commonwealth, gefordert wurde – und zwar weniger aufgrund des Inhalts als wegen des Berichterstatters, dem CSU-Delegierten Johannes Semler.⁸⁴

Aufgrund der Bedeutung, „which colonial development played in the growing tension that led up to the Second World War“, wofür exemplarisch „Hitler’s offer to let Brit-

⁸⁰ SPAULDING: Osthandel and Ostpolitik, S. 351–353.

⁸¹ Tatsächlich nahm zwar der deutsche Handel mit Osteuropa auch unter den Besatzungsrestriktionen ständig zu, erreichte aber aufgrund der Dominanz westeuropäischer und vor allem amerikanischer Partner nicht mehr die Bedeutung aus der Vorkriegszeit. Weil aber gleichzeitig die ökonomische Bedeutung der Bundesrepublik für die osteuropäischen Staaten wuchs, ergab sich genau jene Situation, welche die westeuropäischen Staaten befürchteten: Handelsbeziehungen der Bundesrepublik nach Osteuropa, die vor allem politischen Interessen dienen; vgl. ebd., S. 371f.

⁸² Das gleiche Argument, es gebe nur einen fragilen Aufschwung und kein deutsches Wirtschaftswunder, wurde auch von Seiten der Bundesregierung in den Verhandlungen über das Londoner Schuldenabkommen vorgebracht, dessen Abschluss am 27. Februar 1953 die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden massiv reduzierte; ROMBECK-JASCHINSKI: Das Londoner Schuldenabkommen, S. 291.

⁸³ CE-AC, Quatrième Session, 16. Sitzung, 23.09.1952, S. 420f.

⁸⁴ Ebd., 19. Sitzung, 25.09.1952, S. 470–475.

ain look after the Empire if she would leave Europe to Germany“ genannt wurde, betonte erneut Walter Layton, „that it is highly significant that a German Representative should this morning be presenting a report concerning the links of Europe with the overseas countries.“⁸⁵ Sein konservativer Landsmann Christopher Hollis stimmte in das Lob ein und stellte zudem den Gegensatz zur Rede Nöltings heraus: Deutschland, „whose whole tradition has been that of a capital-exporting country which, through the ages, has sent capital into Central and Eastern Europe“, werde nun seine Märkte in den westeuropäischen Territorien in Übersee suchen und zu deren Entwicklung beitragen. „It is encouraging that we should have this report before us and doubly encouraging that we should have had it presented to us in such a distinguished way from a German source.“⁸⁶ Auch der Labour-Delegierte Fred Peart sprach im folgenden Jahr im Namen der dritten britischen Partei in der Beratenden Versammlung die Hoffnung aus, „that German skill and German ingenuity will be directed in the future not to the winning of markets, but to [...] the need to develop underdeveloped territories.“⁸⁷

Die Idee einer kontrollierten Nutzbarmachung des deutschen Potentials durch seine Ablenkung von den ost- und westeuropäischen Märkten und seine Umleitung in die überseeischen Gebiete wirkt wie ein europäisch gelenkter Sozialimperialismus – wie eine „ökonomische Expansion über die nationalen Grenzen hinweg, mithin Waren- und Kapitalexport“⁸⁸, nur dass in diesem Fall nicht die nationalen sondern die europäischen Grenzen überschritten werden und das deutsche Potential der Entwicklung außereuropäischer Territorien dienen sollte. Aber auch solch eine Maßnahme zur Verhinderung innereuropäischer ökonomischer und sozialer Konflikte war nicht unbedingt konsensfähig – André Philip berichtete etwas 1951 in der Beratenden Versammlung von französischen Argumenten gegen den Schuman-Plan, die sich aus der Vorstellung speisten, dieser würde „livrer les territoires d’outre-mer à l’invasion des produits métallurgiques allemands [...]“.⁸⁹

Ganz gleich in welche Richtung sich das deutsche Wirtschaftspotential entwickeln würde, in seine Thematisierung schwang immer die Vorstellung mit, ihm sei eine nur schwer zu kontrollierende, nationalistische Eigendynamik inhärent, wie es der niederländische Sozialist Paul Kapteyn 1953 ausdrückte:

⁸⁵ Ebd., S. 476.

⁸⁶ Ebd., 20. Sitzung, 25.09.1952, S. 498. Im folgenden Jahr wiederholte Hollis sein diesen Zusammenhang von deutschem Kapitalüberschuss, Abtrennung von den osteuropäischen Märkten und Entwicklung der überseeischen Territorien in fast identischem Wortlaut; ebd., Quatrième Session/Session Extraordinaire, 32. Sitzung, 16.01.1953, S. 48.

⁸⁷ Ebd., Cinquième Session, 18. Sitzung, 21.09.1953, S. 410f.

⁸⁸ WEHLER: Sozialimperialismus, S. 85.

⁸⁹ CE-AC, Troisième Session, 8. Sitzung, 10.05.1951, S. 195.

A large common market of a united Europe will enable us to eliminate the danger of a revival of German nationalism. Already in the first decennium of this century Germany was the most dangerous rival in the export markets. In a united Europe it would be an asset to all of us. Why compel the industry of an independent Germany to an inevitable ruthless competition? A divided Europe lacks the necessary background to compete with it. Why compel an industrious people of 60 million to adopt the policy of *Machtpolitik*, power politics, because without it they cannot find the outlets for their industrial production? This can be avoided; there is a way out.⁹⁰

Die Idee einer Umleitung des deutschen Kapitalüberschusses nach Übersee hatte unzweifelhaft eine spezifisch britische Note, die Lösung des Problems deutscher Marktdominanz durch einen gemeinsamen Markt war eine spezifisch niederländische Vorstellung.⁹¹ Aber in beiden Ansätzen ging es darum, das deutsche Wirtschaftspotential für Europa nutzbar zu machen anstatt mit ihm in Konkurrenz zu treten – und dadurch letztlich von ihm dominiert zu werden.

5.2 Deutsches Militär: Chance und Krise Europas

Deutsche Wiederbewaffnung ohne deutsche Armee

Die Idee einer europäischen Armee, welche durch den Pleven-Plan vom 24. Oktober 1950 die Gestalt einer supranationalen Verteidigungsgemeinschaft westeuropäischer Staaten annahm, entwickelte sich als Reaktion auf den Beginn des Koreakriegs vier Monate zuvor. Dafür spielten nicht nur strategische Erwägungen wie die Verschiebung der westlichen Verteidigungslinie vom Rhein an die Elbe eine entscheidende Rolle. Die ostasiatische Konstellation, also die Invasion Südkoreas durch den kommunistischen Norden, unterstützt von der Sowjetunion und der Volksrepublik China, und das rasche Vordringen der kommunistischen Truppen, übertrugen die in der NATO verbündeten westlichen Staaten – wie auch Konrad Adenauer – auf den europäischen Schauplatz.⁹² Gerüchte über die Militarisierung der ostdeutschen Volkspolizei sowie ominöse Drohungen der SED, in Westdeutschland könne es einen bewaffneten Aufstand geben und die Bundesregierung würde das Schicksal der südkoreanischen Regierung teilen, verliehen dieser Übertragung eine ge-

⁹⁰ Ebd., Cinquième Session, 21. Sitzung, 23.09.1953, S. 595.

⁹¹ Der Plan des niederländischen Außenministers Johan Beyen, die militärische und politische durch eine Marktintegration zu ergänzen – bekannt als Beyen-Plan –, wurde im Februar 1953 vorgestellt. Er wurde aufgrund des Scheiterns der EVG/EPG vorerst nicht weiterverfolgt, bildete aber die Grundlage der 1958 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG); DEI, Dok. 110: Beyen-Plan, 14.02.1953, S. 72. Vgl. HARRYVAN u.a.: Dutch Attitudes, S. 331–335.

⁹² GREINER: Zur Rolle Kontinentaleuropas, S. 150; WIGGERSHAUS: Die Entscheidung, S. 347; FURSDON: The European Defence Community, S. 68.

wisse Plausibilität.⁹³ Ein geteiltes Land zwischen West und Ost und eine Übermacht an konventionellen sowjetischen Streitkräften steigerten die Furcht vor einer Invasion.

Somit erschien die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik als eine notwendige Maßnahme – selbst in Frankreich, wo schließlich das Konzept der EVG als Alternative zur deutschen Wiederbewaffnung in der NATO entwickelt wurde, weil, wie Robert Schuman es ausdrückte, die Bundesrepublik „einer speziellen Art von ‚containment‘ unterworfen werden müsse [...]“.⁹⁴ Die französische Generalität hatte sich zwar zum Teil schon Anfang 1948 für eine westdeutsche Wiederbewaffnung ausgesprochen, aber die strategische Zweckmäßigkeit einer Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungspolitik änderte nichts daran, dass die Aufstellung deutscher Kampfverbände bis 1950 als in-diskutabel galt, nicht nur in der französischen Politik.⁹⁵ Als das Militärkomitee des Brüsseler Pakts im September 1948 einen Bericht über einen deutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas verfasste, in dem keineswegs die Bewaffnung, sondern lediglich die Anstellung von Deutschen durch die westlichen Mächte diskutiert wurde, unterband die Ständige Kommission die Weiterverfolgung des Vorschlags und kassierte sämtliche Exemplare des im Umlauf befindlichen Dokuments⁹⁶ – das Thema war kein militärisches, sondern „a highly political matter [...]“.⁹⁷ Und auch in den anderen Foren der Einigungsdiskussion kam ein deutscher Beitrag zur Verteidigung erst mit der Gründung der NATO und den strategischen Überlegungen einer Verschiebung der westeuropäischen Verteidigungslinie über den Rhein überhaupt auf die Tagesordnung.

Im Februar 1950 informierte Henri Frenay den Präsidenten des Exekutivbüros der UEF, Henri Brugmans, über einen Kommissionsbericht zu militärischen Fragen und dessen Schlussfolgerung, dass „[e]n aucun cas, l'Allemagne, ne doit être réarmée dans le cadre du Pacte Atlantique, ou en dehors. Mais dans la mesure de son intégration dans une Europe fédérée, les citoyens de l'Allemagne pourront faire partie des forces fédérales ou internationales.“⁹⁸ Im Juni legte Brugmans dann seine eigenen Überlegungen zur Verteidigung Europas vor, in denen er auch die Möglichkeit einer sowjetischen Invasion erörterte.⁹⁹ Deutschland fand in diesem Bericht, der sich in erster Linie gegen die Vorstellung eines eu-

⁹³ MASTNY: Die Nato, S. 404. Das Risiko eines ostdeutschen Angriffs und eines Aufstands in den westlichen Besatzungszonen war knapp zwei Jahre zuvor bereits im Brüsseler Pakt eruiert worden, es wurde also unabhängig vom Korea-Krieg als Möglichkeit in Erwägung gezogen; vgl. Kap. 4.1.

⁹⁴ So auf der NATO-Ratstagung am 22. Februar 1952 in Lissabon; zit. nach MEIER-DÖRNBERG: Politische und militärische Faktoren, S. 271.

⁹⁵ SOUTOU: France and the German Rearmament Problem, S. 496f.; HITCHCOCK: France restored, S. 118; FURSDON: The European Defence Community, S. 64.

⁹⁶ ANLux, UEO-BTO-027, Minutes of the 34th Meeting of the Permanent Commission, 21.10.1948, Bl. 155.

⁹⁷ Ebd., Minutes of the 33rd Meeting of the Permanent Commission, 14.10.1948, Bl. 139.

⁹⁸ HAEU, UEF-7, Henri Frenay an Henri Brugmans, 14.02.1950.

⁹⁹ HAEU, UEF-128, Henri Brugmans, The Defence of Europe and Atlantic Solidarity, 21.06.1950, S. 2.

europäischen Neutralismus zwischen Ost und West richtete, keine direkte Erwähnung. Er datiert auf vier Tag vor dem nordkoreanischen Angriff auf Südkorea, und er floss fünf Tage nach diesem Angriff in eine Resolution des Zentralkomitees ein, in der zwar der „impérialisme totalitaire communiste“ verurteilt und konstatiert wurde, dass „l'Europe, elle aussi, se trouve sous la menace d'une invasion toujours possible“ – von einem deutschen Beitrag zur nunmehr geforderten europäischen Verteidigung, welche durch eine europäische Föderation organisiert und politisch kontrolliert werden müsse, war aber weiterhin nicht die Rede.¹⁰⁰

Auch der Konsultativrat des Brüsseler Pakts, der nach Beginn des Koreakriegs erstmals wieder am 1. August 1950 zusammentrat, zog eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas nicht unmittelbar in Erwägung. Zwar konstatierten die fünf Außenminister das bisherige Unvermögen des Brüsseler Pakts, seine Ressourcen und Kapazitäten nutzbringend zu organisieren – der Luxemburgische Außenminister Josef Bech gestand ein, der Brüsseler Pakt habe „completely failed to put any teeth in it [...]“. ¹⁰¹ Eine Lösung des Problems sahen sie aber gerade deswegen nicht in der Hinzuziehung weiterer Staaten, ganz im Gegenteil: Ernest Bevin rekapitulierte die Ablehnung einer Aufnahme Italiens in den Brüsseler Pakt aus der Überzeugung, dass die ohnehin schon begrenzten Ressourcen nur noch ineffizienter verteilt würden. Und er fügte hinzu, dass „rightly or wrongly, he had always taken the view that German forces could not be integrated into a European army until there were strong French and Belgian armies.“ Unter den gegebenen Bedingungen würde eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik der UdSSR den Vorwand für einen Angriff geben, ohne dass durch diese Wiederbewaffnung die Verteidigung Westeuropas tatsächlich verbessert werden könne.¹⁰² Robert Schuman stimmte dieser Analyse zu.

Lediglich der niederländische Außenminister Dirk Stikker plädierte für eine Einbeziehung der Bundesrepublik in die gemeinsamen Verteidigungsbemühungen, aber wiederum aus der geostrategischen Erwägung, dass die westeuropäische Verteidigungslinie entlang den Flüssen Rhein und IJssel einen Teil des niederländischen Staatsgebiets, inklusive der Hauptstadt Den Haag, außen vor ließ.¹⁰³ Unter strategischen Gesichtspunkten erschien die Wiederbewaffnung Deutschlands nicht unmittelbar als Lösung des westeuropäischen Verteidigungsdefizits, mitunter sogar als Hemmnis. Erst in der, wenige Tage nach dem

¹⁰⁰ Ebd., Procès-verbal de la réunion du Comité Central à Paris, 30.06./01.07.1950, Annexe N° 1: L'U.E.F. et la Défense de l'Europe.

¹⁰¹ ANLux, UEO-BTO-007, Record of the Ninth Session of the Consultative Council, The Hague, 01.08.1950, Pt. I, S. 5.

¹⁰² Ebd., S. 6f.

¹⁰³ Ebd., S. 13f. Damit vollzog die niederländische Regierung ein Richtungswechsel zu ihrem ein Jahr zuvor in den Konsultativrat eingebrachten „Memorandum on Policy towards Germany“; vgl. Kap. 4.1; ZEE-MAN: Der Brüsseler Pakt, S. 423f.

Treffen des Konsultativrats beginnenden, zweiten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats brachten verschiedene Delegierte diesen doppelten Vorschlag – Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und Konstituierung einer europäischen Armee – ein. Der Vorschlag eines europäischen Verteidigungsministers sowie einer europäisch organisierten und demokratisch kontrollierten Armee, an der auch „our German friends“ beteiligt würden, kam hier am prominentesten in einem Antrag Winston Churchills zum Ausdruck, der die Deutschen durch das Versprechen zu überzeugen versuchte, „that, if they throw in their lot with us, we shall hold their safety and freedom as sacred as our own.“¹⁰⁴ Es war aber, wie schon bei der Forderung nach einer Aufnahme der Bundesrepublik in die Beratende Versammlung ein Jahr zuvor, nicht Churchill, der diese Idee zuerst in Umlauf brachte. Schon im August 1949 hatte der britische Labour-Delegierte Aiden Crawley die der europäischen Armee zugrundeliegende, doppelte Überzeugung formuliert: „[Y]ou cannot contemplate an organization of European defence unless you consider the problem of Germany“, dass es für diese europäische Verteidigung aber gleichzeitig eines „strong and united framework within which Germany will never be able to be the dominant element“ bedürfe.¹⁰⁵

Und auch nach Beginn des Koreakriegs sprach nicht Churchill, sondern der französische Sozialist André Philip diese Möglichkeit als erster aus.¹⁰⁶ Die nahezu vollständige Eroberung des südlichen Landesteils Koreas durch die kommunistischen Truppen des Nordens rief in der Beratenden Versammlung die Sorge vor einem bevorstehenden Angriff der Sowjetunion auf Westeuropa hervor, gepaart mit einer harschen Kritik am Ministerkomitee, welches eine effiziente Arbeit der Versammlung verhindere. André Philip erschien das Verhalten des Ministerkomitees angesichts der bedrohlichen Lage als nicht mehr ernstzunehmen: „Si probablement demain une guerre éclatait, sans doute les services en question continueraient-ils, dans les camps de concentration russes [...]“. ¹⁰⁷ Mehr denn je müssten rasche und grundsätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Eine dieser Maßnahmen sei es, das Problem der Beteiligung Westdeutschlands an der Verteidigung Westeuropas auf eine neue Ebene zu stellen. Eine nationale deutsche Armee bleibe undenkbar, sie „serait dangereux et pour la démocratie naissante de ce pays, et pour la sécurité générale.“ Eine europäische Armee hingegen würde diese Gefahr bannen; solch eine Armee wäre eine Orga-

¹⁰⁴ CE-AC, Deuxième Session, 5. Sitzung, 11.08.1950, S. 224. Bereits in einer Unterhausrede im März 1950 sowie in einem Brief an Premierminister Clement Attlee zwei Monate später hatte Churchill einen deutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas ins Spiel gebracht, war aber auf Unverständnis und Empörung gestoßen; GOSSEL: Briten, Deutsche und Europa, S. 48; VON GERSDORFF: Die Gründung der Nordatlantischen Allianz, S. 384.

¹⁰⁵ CE-AC, Première Session, 5. Sitzung, 16.08.1949, S. 200.

¹⁰⁶ LIPGENS: EVG und politische Föderation, S. 642, Anm. 11.

¹⁰⁷ CE-AC, Deuxième Session, 2. Sitzung, 08.08.1950, S. 49.

nisationsform „où il n’y a plus alors de problèmes à caractère national et où chacun peut être libre de prendre sa place suivant ses possibilités et suivant ses désirs.“ Deswegen erschien die europäische Armee, sobald sie denn existiere, als geeignet auch einen deutschen Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung zu gewährleisten.¹⁰⁸

Weil aber Philip diesen Vorschlag nicht in der formellen Gestalt eines Antrags vorbrachte, konnte sich Winston Churchill als Vordenker der Lösung des Problems eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags durch die europäische Armee etablieren, nicht zuletzt im Bewusstsein der Beratenden Versammlung selbst. Wie schon 1949 wartete Churchill mit seinem Antrag die ohnehin schon im Gange befindliche Diskussion über das Verhältnis zu Deutschland und insbesondere dessen Positionierung ab. Hatte er 1949 seinen Antrag auf baldmögliche Aufnahme der Bundesrepublik infolge des zufriedenstellenden Verlaufs der ersten Bundestagswahl eingebracht, so folgte 1950 sein Antrag auf Gründung einer europäischen Armee unter Einschluss der Bundesrepublik auf die Stellungnahmen deutscher Delegierter in der Beratenden Versammlung. Denn nachdem André Philip die Idee eines deutschen Verteidigungsbeitrags im Rahmen einer europäischen Armee ausgesprochen hatte, wurden die mittlerweile in der Beratenden Versammlung vertretenen deutschen Mitglieder von Robert Boothby und Paul Reynaud aufgefordert, ihre prinzipielle Bereitschaft zu einer integrierten Wiederbewaffnung mitzuteilen.¹⁰⁹

Eugen Gerstenmaier von der CDU sprach zwar von einer verbreiteten Ablehnung der Wiederbewaffnung unter der westdeutschen Bevölkerung, betonte aber gleichzeitig den europäischen Bewusstseinswandel der Deutschen und ihren Willen, an der Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit in gleicher Weise mitzuwirken wie ihre westeuropäischen Partner.¹¹⁰ Carlo Schmid wandte sich hingegen im Namen der SPD gegen die Widerbewaffnung und gegen die Gründung einer europäischen Armee. Solange eine politisch-supranationale Autorität in Europa fehlte, würden diese Maßnahmen der Friedenssicherung einen schlechten Dienst erweisen, psychologische Hindernisse der europäischen Einigung eher untermauern als abbauen, an der Ineffizienz der westeuropäischen Verteidigung nichts ändern und zudem der Sowjetunion einen Vorwand für ihre aggressive Politik liefern.¹¹¹ In der angespannten Stimmungslage der Beratenden Versammlung fand Schmid Priorisierung der politischen gegenüber der militärischen Integration und der westlichen Aufrüstung gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung, die den bisherigen Überlegungen

¹⁰⁸ Ebd., S. 51.

¹⁰⁹ Ebd., 3. Sitzung, 09.08.1950, S. 78, S. 121.

¹¹⁰ Ebd., S. 131f.

¹¹¹ Ebd., 4. Sitzung, 10.08.1950, S. 155f.

zur europäischen Verteidigung von den UEF bis zum Brüsseler Pakt entsprach, kein Gehör.¹¹²

Zwar stellten auch andere Delegierte Churchills Antrag infrage, dessen Zweckmäßigkeit und Umsetzbarkeit selbst unter Absehung von dem Spezialproblem der deutschen Wiederbewaffnung kaum kalkulierbar waren: So unterstützte der französische Republikaner Paul Bastid zwar prinzipiell die Errichtung einer europäischen Armee, machte aber auf „l'insuffisance présente d'un véritable esprit européen“ und auf die Gefahr aufmerksam, hinsichtlich der „domaine particulièrement pathétique“ der Verteidigungspolitik eine Lösung zu proklamieren, deren Durchsetzung vollkommen ungewiss sei; dies würde bedeuten „de donner de l'opium à nos peuples.“¹¹³ Aber gerade die aufgewühlte Stimmung im Zuge des Koreakriegs ließ den umfassenden Lösungsansatz einer deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen einer europäischen Armee zu, hingegen wenig Raum für eine Abwägung der militärischen Zweckmäßigkeit und politischen Durchsetzbarkeit dieser Lösung. Auch Paul Reynaud sprach von einem „moment pathétique de l'histoire de l'Europe“, in dem „il s'agit de la paix, il s'agit de l'Europe, il s'agit de l'idéal que nous avons tous au cœur, il s'agit de notre civilisation commune“ – weswegen er nicht nur den Antrag auf Gründung einer europäischen Armee unterstützte, sondern Winston Churchill auch gleich als europäischen Verteidigungsminister vorschlug.¹¹⁴ Nachdem Churchill erneut eine Stellungnahme von deutscher Seite gefordert und Heinrich von Brentano für die CDU – und somit für die Regierung der Bundesrepublik – den Willen der Deutschen beschworen hatte, an der europäischen Verteidigung nicht durch eine nationale deutschen Armee, sondern durch eine integrierte und demokratisch kontrollierte europäische Armee mitzuwirken, nahm die Beratende Versammlung den Antrag an, in dem die deutsche Wiederbewaffnung nicht explizit erwähnt wurde, aber durch die Rede Churchills mit inbegriffen war.¹¹⁵

Der Plevén-Plan zwischen Militarismus und Neutralismus

Mit Churchills Antrag fand die Forderung nach einer deutschen Wiederbewaffnung Eingang in die europäische Einigungsdiskussion. Ohne den Koreakrieg wäre solch eine Entwicklung zumindest zu diesem Zeitpunkt kaum denkbar gewesen. Der Vorschlag einer integrierten Europaarmee bildete den Ausgangspunkt einer alternativen Ermöglichung der deutschen Wiederbewaffnung zu den amerikanischen Plänen einer europäischen Streitkraft,

¹¹² FURSDON: The European Defence Community, S. 74f.

¹¹³ CE-AC, Deuxième Session, 5. Sitzung, 11.08.1950, S. 275.

¹¹⁴ Ebd., S. 299f.

¹¹⁵ Ebd., S. 276; S. 299. Der Antrag wurde mit 89 zu 5 Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen; vgl. ebd., S. 310.

die aus nationalen Verbänden zusammengesetzt und der NATO unterstellt sein würde. Nichtsdestotrotz lehnte der französische Außenminister Robert Schuman auf einer Pressekonferenz am 5. September 1950 weiterhin jede Form der deutschen Wiederbewaffnung, auch im Rahmen einer Europaarmee, ab und beharrte vorerst auf dem Vorrang der westeuropäischen Aufrüstung.¹¹⁶ Während der Verhandlungen der drei Außenminister und der Alliierten Hohen Kommissare Frankreichs, Großbritanniens und der USA sowie des NATO-Rats, die vom 12. bis 18. September in New York stattfanden, war Schuman jedoch isoliert und konnte lediglich einen zeitlichen Aufschub der französischen Entscheidung erreichen. Dieser wurde genutzt um eine supranationale Lösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung zu entwerfen.¹¹⁷

Das Resultat, der erneut von Jean Monnet ausgearbeitete Pleven-Plan einer europäischen Verteidigungsorganisation, war in seiner Zielsetzung noch offensichtlicher politisch motiviert als der vorausgegangene Schuman-Plan, weil er den „very core of national sovereignty“¹¹⁸ betraf: Er sollte die deutschlandpolitische Initiative Frankreichs bewahren, indem er die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ermöglichte und gleichsam dem deutschen Staat – wie auch allen anderen beteiligten Staaten – die alleinige Verfügungsgewalt über die integrierten Streitkräfte entzog.¹¹⁹ Monnets europäische Verteidigungsorganisation, benannt nach dem damaligen französischen Ministerpräsidenten René Pleven, griff Churchills Vorschlag eines europäischen Verteidigungsministers auf: Er sollte von einem Ministerrat der Mitgliedsländer bestimmt und diesem sowie einer europäischen Versammlung gegenüber verantwortlich sein, er würde mit einem eigenen Budget die Aufstellung, Ausrüstung und Versorgung der europäischen Armee, bestehend aus nationalen Bataillonen, organisieren. Neben dieser gemeinschaftlichen, europäischen Armee, die als autonome Einheit unter dem Kommando der NATO stünde, sollten nationale Kampfverbände für nichteuropäische Zwecke – etwa in den Kolonien – weiterbestehen.¹²⁰

Gerade der letzte Punkt verdeutlicht, wie eng der supranationale Ansatz mit dem „deutschen Problem“ verknüpft war. Weil die Bundesrepublik weder über bereits bestehende Kampfverbände noch über politische Verpflichtungen oder Zuständigkeiten außerhalb Europas verfügte, würden sämtliche der auszuhebenden deutschen Soldaten in der europäischen Armee aufgehen. Darüber hinaus zielte auch das niedrig angesetzte Integrationsniveau des Pleven-Plans darauf ab, eine nationale Eigendynamik der deutschen Wieder-

¹¹⁶ WIGGERSHAUS: Die Entscheidung, S. 354–359.

¹¹⁷ Ebd., S. 376f., S. 380–386; FURSDON: The European Defence Community, S. 78–84.

¹¹⁸ Ebd., S. 87.

¹¹⁹ KRÜGER: Sicherheit durch Integration, S. 204f.

¹²⁰ FURSDON: The European Defence Community, S. 89f.; CLESSE: Le projet de C.E.D., S. 30f.

bewaffnung zu unterminieren: Die Einbindung der Kampfverbände auf der Ebene des Bataillons und die Unterstellung der europäischen Armee unter einen europäischen Verteidigungsminister sollten die Herausbildung eines nationalen Korpsgeistes und eines deutschen Generalstabs verhindern. Insofern laborierte die Idee einer europäischen Armee an einem konzeptionellen Widerspruch zwischen militärischer Effizienz und supranationaler Kontrolle, der ihre Umsetzung in der EVG von Beginn an hemmte. Die doppelte Motivation des Pleven-Plans avancierte zum „Doppelproblem“ Frankreichs und der anderen westlichen Nachbarn Deutschlands, „ihrer Sicherheit *vor* bzw. größerer Sicherheit *mit* Westdeutschland.“¹²¹

Nicht nur Frankreich, sondern auch die weiteren westeuropäischen Mitgliedsländer der NATO wollten hinsichtlich der deutschen Wiederbewaffnung ein übereiltes Vorgehen vermeiden und stimmten mit dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson in der Notwendigkeit eines „single package“, also eines kohärenten Gesamtkonzept für die Optimierung der westlichen Verteidigungsbemühungen überein.¹²² Wie allerdings dieses Gesamtkonzept auszusehen hatte, war und blieb umstritten. Die Niederlande beharrten aus geographischen und ökonomischen Überlegungen heraus auf der Einbindung deutscher Streitkräfte in die NATO. Sie verlangten nach einer Verschiebung der Verteidigungslinie über den Rhein hinaus und sahen ihren wirtschaftlichen Aufschwung durch ein erhöhtes Verteidigungsbudget gefährdet, wofür jeweils die deutsche Wiederbewaffnung eine Lösung zu bieten schien.¹²³ Sowohl in Belgien als auch in Italien war die Position der USA ausschlaggebend, weswegen beide Länder erst die NATO-Lösung, nach dem amerikanischen Umschwenken auf der NATO-Tagung im Dezember 1950 die EVG-Lösung befürworteten; während jedoch Belgien die supranationale Struktur der EVG, also die Aufgabe der nationalen Souveränität weitgehend einschränken wollte, sah Italien gerade in der Supranationalität einen Weg, seinen Einfluss gegenüber einer befürchteten, deutsch-französischen Koalition in Europa zu wahren.¹²⁴

Aufgrund der Entmilitarisierung Deutschlands infolge des Zweiten Weltkriegs verfügte die Bundesrepublik weder über nationale Streitkräfte noch über ein Verteidigungsministerium oder einen Generalstab, und sie würde diese Institutionen nach dem Pleven-Plan auch nicht aufbauen dürfen. Nicht nur kritisierte die Bundesrepublik ihre Ungleichbehandlung durch den Pleven-Plan, auch stellten die vorrangig politischen Motive seiner integrativen Struktur die militärische Effizienz der europäischen Armee infrage und dieser Wider-

¹²¹ MEIER-DÖRNBERG: Politische und militärische Faktoren, S. 272; vgl. ebd., S. 290.

¹²² WIGGERSHAUS: Die Entscheidung, S. 381.

¹²³ KERSTEN: Niederländische Regierung, S. 193–195; MALLINSON: From Neutrality to Commitment, S. 144.

¹²⁴ BRÜLL: Belgien im Nachkriegsdeutschland, S. 330; KRÜGER: Sicherheit durch Integration, S. 211f.

spruch zwischen der militärischen und der Kontrollfunktion der EVG konnte nicht aufgelöst werden. Zwar einigten sich Frankreich und seine Partner im Zuge der weiteren Verhandlungen darauf, die supranationale Organisation der EVG einzuschränken und die Gleichbehandlung der Mitglieder zu gewährleisten, den Verteidigungsminister durch ein neunköpfiges Exekutivorgan zu ersetzen, die (Fort-)Existenz von nationalen Streitkräften auf genehmigungspflichtige Ausnahmen zu begrenzen und den Aufbau der deutschen Streitkräfte durch einen deutschen Generalstab hinzunehmen – der nach Vollendung seiner Aufgabe gemeinsam mit den deutschen Streitkräften in die EVG integriert werden würde.¹²⁵ Auch verwässerte das supranationale Kernelement des Pleven-Plans, indem die Integration nationaler Kampfverbände in eine europäische Armee ab dem Bataillon (ca. 1.000 Soldaten) auf die Ebene der Division (12.000–15.000 Soldaten) angehoben wurde.¹²⁶

Gleichzeitig sollte sich der vereinbarte deutsche Verteidigungsbeitrag auf lediglich zwölf Divisionen belaufen, was angesichts der überzogenen Berechnung von 175 kampfbereiten sowjetischen Divisionen, von der die strategische Planung der NATO ausging und die etwa Paul Reynaud auch in der Beratenden Versammlung als Schreckensbild an die Wand malte,¹²⁷ eher eine symbolische als eine effiziente militärische Bedeutung hatte. Aber wie der Mythos der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands und der einzigartigen Arbeitskraft der Deutschen die Diskussionen über die wirtschaftliche Integration durchzog, so durchzog der Mythos der militärischen Stärke und der einzigartigen Kampfkraft der Deutschen die Diskussionen über die EVG. Wie also der Bundesrepublik das Potential zugesprochen wurde, Europa vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten, so wurde ihr das Potential zugesprochen, Europa vor der Invasion durch die UdSSR zu bewahren – allein die Aussicht auf eine begrenzte Anzahl deutscher Divisionen relativierte etwa die Bedrohungsperzeption der britischen Regierung, denn „die Deutschen würden erfahrungsgemäß auch gegen starke sowjetische Übermacht ‚halten‘.“¹²⁸

Nicht nur in dieser ihm zugeschriebene Fähigkeit, sich auch gegen eine überlegene Streitmacht zu „halten“, spiegelt sich die regelrechte Mythisierung des deutschen Militärs in der europäischen Einigungsdiskussion wider. In zahlreichen Stellungnahmen über die deutsche Wiederbewaffnung, den Pleven-Plan und die EVG wurde in erster Linie an die politische Bedeutung der deutschen Armee erinnert und dieser eine, der militärischen Effizienz nicht nachrangige Fähigkeit zugeschrieben, verheerenden Einfluss auf die deutsche Gesell-

¹²⁵ MEIER-DÖRNBERG: Politische und militärische Faktoren, S. 286–289.

¹²⁶ WIGGERSHAUS: Die Entscheidung, S. 396–398; POIDEVIN: Frankreich, S. 103. Um diese Verkehrung zu kaschieren, wurde im EVG-Vertrag die Division schlichtweg in „Gruppe“ umgetauft; CLESSE: Le projet de C.E.D., S. 64f.

¹²⁷ MASTNY: Die Nato, S. 415; CE-AC, Quatrième Session, 7. Sitzung, 29.05.1952, S. 168.

¹²⁸ WIGGERSHAUS: Nordatlantische Bedrohungsperzeptionen, S. 39.

schaft und Politik auszuüben und somit gleichermaßen die deutsche Demokratie wie den europäischen Frieden zu gefährden. Deswegen betonte Robert Schuman, als er in seiner zweiten Rede des Jahres 1950 den Pleven-Plan in der Beratenden Versammlung vorstellte, dass „il n’y a pas d’armée nationale, ni d’armement national“, sondern eine europäische „armée dénationalisée“ geben würde.¹²⁹ Der britische Labour-Delegierte Maurice Edelman, der Vorsitzende der französischen Sozialisten, Guy Mollet, und der niederländische Sozialist Jaap Burger warnten jeweils vor einer Erweckung des deutschen Militarismus und dessen Einflussnahme auf die deutsche Politik, die sie als logische Konsequenz der mangelnden politischen Überwachung und Kontrolle einer deutschen Wiederbewaffnung verstanden.¹³⁰ Der belgische Sozialist Victor Larock sprach nur besonders deutlich aus, was in der europäischen Einigungsdiskussion schlichtweg miteinander identifiziert wurde: „Ce qu’il faut absolument éviter [...] c’est la restauration, maintenant ou plus tard, du militarisme allemand, parlons net, d’une armée nationale allemande.“¹³¹

Das Schlagwort des Militarismus diente der Untermalung einer immanenten Entwicklungslogik der deutschen Wiederbewaffnung, die zahlreichen Delegierten offenbar größere Sorgen bereitete als die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion. Diese Sorge drückte sich nicht nur im Schlagwort des Militarismus aus: Paul Reynaud sprach von der „résurrection de la Wehrmacht“, die ebenfalls nicht aufgrund ihrer militärischen sondern ihrer politischen Bedeutung verhindert werden müsse; denn mit der nationalen deutschen Armee würde auch der „grand état-major de Berlin“ wiederhergestellt werden, „qui, dans l’histoire, a si souvent et si désastreusement pesé sur le gouvernement de son pays.“¹³² Weil der Koreakrieg eine Situation geschaffen hatte, in der die deutsche Wiederbewaffnung als unausweichlich erschien, gab es für Westeuropa nur zwei Wahlmöglichkeiten, wie der französische Linksdemokrat Pierre de Félice feststellte: „ou bien c’est l’armée européenne, ou bien c’est la Wehrmacht ressuscitée.“¹³³ Die Debatte über den Pleven-Plan und die EVG war weniger bestimmt durch die Sorge über eine effiziente Verteidigungsorganisation, als durch die Sorge über eine effiziente Kontrolle des deutschen Beitrags zu dieser Verteidigung. Insofern kam der Positionierung der deutschen Delegierten, ihrer Einwilligung in die Pläne einer gemeinschaftlichen europäischen Verteidigung, eine besondere Bedeutung zu.

¹²⁹ CE-AC, Deuxième Session, 27. Sitzung, 24.11.1950, S. 1691, S. 1693.

¹³⁰ Ebd., 21. Sitzung, 28.08.1950, S. 1142; ebd., 28. Sitzung, 24.11.1950, S. 1785, S. 1789; ebd., Troisième Session, 12. Sitzung, 12.05.1951, S. 300.

¹³¹ Ebd., 39. Sitzung, 10.12.1951, S. 1045.

¹³² Ebd., 21. Sitzung, 28.11.1951, S. 517.

¹³³ Ebd., 39. Sitzung, 10.12.1951, S. 1066.

Dabei musste sich die Einigungsdiskussion nicht nur mit dem hypothetischen Problem einer Wiedererweckung des deutschen Militarismus durch eine nationale Armee auseinandersetzen, sondern ebenso mit dem realen Problem der deutschen Opposition gegen die Wiederbewaffnung im Rahmen einer europäischen Armee. Diesbezüglich stellte der britische Konservative Robert Boothby fest: „The fact is that German public opinion can no longer be disregarded; and at the moment it is overwhelmingly pacifist. We cannot force Germany to rearm.“¹³⁴ Diese verbreitete, gegen eine Wiederbewaffnung im Rahmen einer europäischen Armee gerichtete Stimmung in der Bundesrepublik¹³⁵ vertrat Erich Ollenhauer in der Beratenden Versammlung für die SPD. Der zukünftige sozialdemokratische Parteivorsitzende wiederholte nicht nur die Ablehnung der deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen einer europäischen Armee, sondern sprach der Beratenden Versammlung kurzerhand die Kompetenz ab, dieses Thema überhaupt zu behandeln.¹³⁶ Angesichts dieser vollständigen Obstruktion der Diskussionen durch die SPD stellte sich nicht nur der Belgier Paul Struye die Frage, „s’ils croient qu’une attitude négative servirait vraiment la cause et la sécurité de l’Europe.“¹³⁷

Auch Paul Reynaud sah in der kompromisslosen Haltung der deutschen Sozialdemokraten eine unmittelbare Gefährdung der gemeinsamen Verteidigung. Mit ihrer nationalistisch imprägnierten Verweigerung, die Reynaud schon in der Debatte über den Schuman-Plan angeprangert hatte, provoziere die SPD „nos anciens ressentiments“ während es doch gerade notwendig sei, Übereinkunft zu schaffen um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen. Denn durch ihre „langage d’un vainqueur à un vainqueur“ mache die SPD deutlich, dass sie die faktische Position Deutschland als Verlierer des Zweiten Weltkriegs nicht anerkenne, wodurch es ihren europäischen Nachbarn unmöglich werde, über die Konflikte der Vergangenheit hinwegzusehen und in Deutschland einen Partner bei der gemeinsamen Bewältigung dieser existentiellen Herausforderungen der Gegenwart zu erkennen. André Philip wies zudem auf die Gefahren hin, welche aus der „position pacifiste profonde“ seiner deutschen Genossen resultierten: weil die Wahl zwischen einer europäischen und einer deutschen Armee nicht einfach verweigert werden könne, komme die Ablehnung der europäischen einer Zustimmung zur deutschen Armee gleich, weswegen die SPD mitverantwortlich sein würde für „la reconstitution en Allemagne, par la voie de volontaires,

¹³⁴ Ebd., Deuxième Session, 24. Sitzung, 22.11.1950, S. 1438.

¹³⁵ Zur nationalistischen Motivation der deutschen Opposition gegen Wiederbewaffnung und EVG vgl. GEYER: Der Kalte Krieg, S. 281f., S. 297.

¹³⁶ CE-AC, Deuxième Session, 28. Sitzung, 24.11.1950, S. 1740f.

¹³⁷ Ebd., S. 1763.

d'organismes purement nationaux dont nous ne savons pas s'ils ne redeviendraient pas les nouvelles chemises brunes de la démocratie actuelle.“¹³⁸

Solch deutliche Warnungen blieben nicht allein den französischen Befürwortern der EVG überlassen. Deutlicher noch als die französischen Delegierten verurteilte der britische Konservative und spätere Premierminister Harold Macmillan die Fundamentalopposition der SPD, auf die er mit einer unverblünten Drohung reagierte:

Whether we like it or not, to defend ourselves Germany must be defended. But if we fail, for lack, perhaps, of your support, will Germany escape? Will she be allowed an easy and prosperous neutrality? I do not believe it. Even if the invader were to allow it, could we or France or any survivor allow it in our own self-defence? Germany would become, not a neutral territory, but a vast no-man's land where in our own self-defence every German installation would be subjected to every weapon in the terrible armoury of modern war. Make no mistake.¹³⁹

Als der SPD-Delegierte Gerhard Lütken zu Beginn der nächsten Sitzungsperiode im Mai 1951 die Verweigerung seiner Partei, sich an der Debatte über die EVG auch nur zu beteiligen, noch einmal bestätigte,¹⁴⁰ griff auch Duncan Sandys, Initiator und bis 1950 Vorsitzender des ME, auf die von seinem konservativen Parteifreund Macmillan aufgebaute Drohkulisse zurück: Die Neutralisierung der Bundesrepublik oder eines wiedervereinigten Deutschlands, auf der die SPD und die westdeutsche Oppositionsbewegung gegen die Wiederbewaffnung beharrten, hinterlasse ein Machtvakuum im Zentrum des Kontinents „and Germany, instead of being an enclave of peace and neutralism in the centre of Europe, will, instead, become a cockpit and a battleground.“ Die allgemeine Empörung über die unkooperative, sich allein an nationalen Interessen ausrichtende Verweigerungshaltung der SPD zusammenfassend, schlussfolgerte Sandys: „In fact the questions of German demilitarisation and unification are really not German problems at all.“¹⁴¹

Die prospektiven Partner der Bundesrepublik in der EVG wie die außen vor bleibenden Briten stimmten grundsätzlich darin überein: Weil das „deutsche Problem“ durch die Eskalation des Blockkonflikts im Zuge des Koreakriegs endgültig und unauflöslich mit der Zukunft Westeuropas verknüpft wurde, musste die Bundesrepublik endgültig und unauflöslich an Westeuropa gebunden werden – deutsche Interessen und Probleme durften nur insofern berücksichtigt werden, als sie mit den gemeinsamen europäischen Interessen und Problemen kongruent waren. Die Übereinstimmung der westeuropäischen Delegierten der Beratenden Versammlung in ihren Warnungen vor dem deutschen Militarismus und dem deutschen Neutralismus bedeutete hingegen keine Übereinstimmung darüber, wie die-

¹³⁸ Ebd., S. 1809.

¹³⁹ Ebd., S. 1782.

¹⁴⁰ CE-AC, Troisième Session, 12. Sitzung, 12.05.1951, S. 292.

¹⁴¹ Ebd., S. 296f.

sen Risiken beizukommen sei. Während sich Kontinentaleuropäer und Briten in der Problembestimmung einig waren, folgten daraus gänzlich widersprüchliche Lösungsvorstellungen.

(K)eine europäische Lösung: Das „deutsche Problem“ in der EVG-Debatte

Die Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung war von einem Gefühl der Verunsicherung durchzogen, wie Guy Mollet 1951 in der Beratenden Versammlung eingestand: „nous ne sommes pas encore sûrs de l'utilisation même que l'Allemagne, demain, ferait de son armée reconstituée.“¹⁴² Dieses Gefühl erhielt letztlich mit den 132 Artikeln des EVG-Vertrags, seinen zahlreichen Zusatzprotokollen, ergänzenden Erklärungen und Abkommen Ausdruck in einer „a plethora of documentation“¹⁴³, die vorrangig auf eine effiziente Einbindung und Kontrolle der Bundesrepublik abzielte, weniger auf eine effiziente Verteidigungsorganisation. Gemeinsam mit dem EVG-Vertrag zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden wurde am 26./27. Mai 1952 der Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei westlichen Besatzungsmächten geschlossen. Letzterer sollte die besatzungsrechtlichen Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung und die Rückkehr der Bundesrepublik zur Souveränität zu regeln. Frankreich setzte sich mit seiner Forderung nach einem Junktum der beiden Verträge durch – beide würden gleichzeitig in Kraft treten, die Bundesrepublik also unmittelbar mit ihrer Rückkehr zur Souveränität in die EVG eingegliedert werden. Damit war die Wiedererlangung der politischen Handlungsfreiheit an die sofortige Wiederabtretung dieser Handlungsfreiheit gekoppelt. Die hypothetische Möglichkeit des westdeutschen Staats, Kampfverbände außerhalb des europäischen Rahmens aufzustellen oder sich gar von diesem europäischen Rahmen ganz abzuwenden, würde durch das Junktum vereitelt werden – sollte die EVG nicht zustande kommen, würde die Bundesrepublik auch nicht souverän werden.¹⁴⁴

Verkompliziert wurden die Rahmenbedingungen, unter denen der EVG-Vertrag unterzeichnet und in den folgenden zwei Jahren bis zur Ablehnung durch die französische Nationalversammlung weiter verhandelt wurde, durch eine diplomatische Offensive der Sowjetunion, den Stalin-Noten vom Frühjahr 1952. Diese Noten katapultierten ein wiedervereinigtes, souveränes und neutrales Deutschland zwischen Ost und West als reale Möglichkeit zurück in den Vorstellungshorizont der deutschlandpolitischen und Integrationsdebatten, ungeachtet der Tatsache, dass sie von den Westmächten und der Bundesregierung als offensichtlicher Versuch einer Vereitelung der EVG und unter Verweis auf die

¹⁴² Ebd., S. 1787.

¹⁴³ FURSDON: The European Defence Community, S. 150.

¹⁴⁴ ROUCHE: Le Quai d'Orsay, S. 46f.; HITCHCOCK: France restored, S. 155f.

mangelnde Zusage von freien, gesamtdeutschen Wahlen abgelehnt wurden.¹⁴⁵ Die Stalin-Noten veränderten erneut die Dynamik der Einigungsdiskussion und offenbarten in der Beratenden Versammlung einen französisch-britischen Gegensatz im Hinblick auf die EVG als Lösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung, der sich nahezu identischer Argumente bediente. Schon vor 1952 hatten sich einige Delegierte der Labour-Partei gegen die – mit Winston Churchills Forderung nach einer europäischen Armee identifizierte – EVG ausgesprochen.¹⁴⁶ Als Churchill und seine konservative Partei im Herbst 1951 die Unterhauswahlen gewannen, entfachte dies die Hoffnung, Großbritannien schliesse sich doch noch der EVG an. Diese Hoffnung war jedoch vergebens, auch Churchill verweigerte sich der Teilhabe Großbritanniens an der von ihm initiierten europäischen Armee, was nicht nur die späteren Mitgliedsstaaten der EVG mit Enttäuschung aufnahmen, sondern auch Teile seiner eigenen Partei.¹⁴⁷

Aus britischer Perspektive war mit der EVG ein dreifaches Problem verbunden: Erstens, durch die Stalin-Noten, die zumindest hypothetische Aussicht auf eine Wiedervereinigung Deutschlands als neutraler und souveräner Staat. Zweitens dadurch, dass diese Aussicht mit dem General- und EVG-Vertrag, also der Fixierung der europäischen Integration der Bundesrepublik, praktisch untergraben würde. Und drittens, wegen der Aufhebung des Besatzungsstatuts und dem britischen Fernbleiben von der EVG, durch den drohenden Verlust von Einfluss auf die politische Entwicklung in der Bundesrepublik und in Europa. Die potentiellen Konsequenzen dieser dreifachen Entwicklung führte in den Debatten der Jahre 1952 und 1953 der Labour-Delegierte Denis Healey mit exemplarischer Vehemenz aus. Wie die Anhänger der EVG verstand Healey das anarchische System souveräner Nationalstaaten als Wurzel allen Übels, weswegen „Russia and Germany have no more original sin than Britain or France or the United States of America“ – und wie die Föderalisten erkannte er in diesem universellen Problem ein besonderes, hervorgehobenes Problem: „The key problem at the present time“, ja sogar „the most serious and important of all our problems – the problem of Germany.“¹⁴⁸

Im Gegensatz zu den Anhängern der EVG sah Healey jedoch in der kontinentalen Einigung nicht die Lösung, sondern die Verschärfung dieses „deutschen Problems“: Die

¹⁴⁵ Zum Inhalt der Stalin-Noten und den westlichen Reaktionen vgl. WETTIG: Die Stalin-Note, S. 15–18, S. 140–147; LOTH: Die Teilung der Welt, S. 303.

¹⁴⁶ William Glenwill Hall sprach sich für die NATO-Integration der Bundesrepublik und behauptete, mit einem vergleichbaren Bündnis im Jahr 1939 „the Second World War might well have been averted.“ Sein Parteigenosse Eric Fletcher wehrte sich gegen jede Form der deutschen Wiederbewaffnung wegen „ominous signs of a revival of Nazi or neo-Nazi elements“; CE-AC, Troisième Session, 14. Sitzung, 14.05.1951, S. 344, S. 353.

¹⁴⁷ GOSSEL: Briten, Deutsche und Europa, S. 58; RHODES JAMES: Robert Boothby, S. 363f.

¹⁴⁸ CE-AC, Cinquième Session, 18. Sitzung, 21.09.1953, S. 389f., S. 393.

Herausforderung des Westens durch das „essential problem of Germany“ bestehe darin, einen Rahmen zu schaffen, in welchen die Deutschen als gleichberechtigtes Mitglied eingebunden werden konnten ohne diesen Rahmen zu dominieren und für ihre eigenen Interessen zu missbrauchen; indem sich also die Deutschen wie europäischen Nachbarn wechselseitig als Partner anerkennen und loyal zueinander verhalten würden.¹⁴⁹ Healey war davon überzeugt, eine kontinentaleuropäische Gemeinschaft allein werde die Bundesrepublik als „the greatest Power in Europe“ und baldige „world Power“ nicht zu solch einem loyalen Verhalten bewegen, „it would simply ensure that the other countries in it would be less capable of escaping German domination.“ Die Einbindung der Bundesrepublik sollte verhindern, dass zwischen den Blöcken ein gefährliches Machtvakuum entstand. In einer rein kontinentaleuropäischen Gemeinschaft würde die Bundesrepublik hingegen zu ihrer traditionellen und strukturellen Dominanz zurückfinden und diese Dominanz auf das Ziel der Wiedervereinigung ausrichten; „instead of power vacuum, you had a powerful Germany, you would have recreated the German problem in exactly the same form as produced the last two World Wars.“¹⁵⁰

Healy befürchtete zudem, dass die supranationale Gemeinschaft der EVG eine Wiedervereinigung Deutschlands hemme, sie aber wegen der strukturellen Übermacht der Bundesrepublik auf Dauer nicht verhindern könne. Dadurch würden beide Ziele der Einbindung der Bundesrepublik, loyale Partnerschaft und machtpolitische Kontrolle, gleichermaßen untergraben. Dieses doppelte Scheitern der EVG müsse fatale Konsequenzen nach sich ziehen, „the West will lose the battle for the soul of Germany. In my view, a Third World War will then become inevitable.“¹⁵¹ Anstatt das „deutsche Problem“ zu lösen, den Deutschen eine partnerschaftliche Perspektive und geben und sie einer effektiven Kontrolle zu unterwerfen, lief die EVG für Healey den Lehren aus der desaströsen Entwicklung der ersten Jahrhunderthälfte vollkommen zuwider: „there is no European solution to the German problem, and that fact has been proved in the last two World Wars.“¹⁵² Was ihm stattdessen vorschwebte, war eine Alternative wie sie mit den Pariser Verträgen, der Gründung der WEU und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO 1955 tatsächlich umgesetzt wurde: US-amerikanische Sicherheitsgarantie und Truppenpräsenz, britische Mitgliedschaft in einer europäischen Verteidigungsorganisation, französische Zustimmung zur

¹⁴⁹ Ebd.; ebd., Quatrième Session, 6. Sitzung, 29.05.1952, S. 155.

¹⁵⁰ Ebd., Cinquième Session, 18. Sitzung, 21.09.1953, S. 393.

¹⁵¹ Ebd., Quatrième Session, 6. Sitzung, 29.05.1952, S. 157.

¹⁵² Ebd., Cinquième Session, 18. Sitzung, 21.09.1953, S. 395.

NATO-Integration der Bundesrepublik und somit das Ende der deutschen „dreams of restoring Germany's position in Europe through the means of the six-Power Community.“¹⁵³

Healey erhielt für seine dramatischen Plädoyers gegen die EVG Unterstützung von den britischen Konservativen, die der europäischen Integration in der Vergangenheit weit- aus freundlicher gegenübergestanden hatten als die Labour-Partei. Der britische Konservative Christopher Hollis formulierte die Überzeugung, die deutsche Wiederbewaffnung „must of its nature be a different business from French, British or American re-armament, because the other Western nations make no demands for territorial re-arrangements for themselves on the Continent of Europe.“ Im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung müsse sichergestellt werden, „that we should keep in our own hands the mastery of the details and the timing of that policy“, dass also der europäische Kontinent keinen „defeatist surrender to German leadership“ vollziehe, für Hollis „the worst of all disasters.“ Gerade weil „the German problem more than anything else“ die Notwendigkeit eines starken Europas offenbare, „strong enough to give Germany a feeling of security, and also strong enough for Germany to know that she can never hope to dominate it“, könne das „deutsche Problem“ nicht durch Europa allein gelöst werden, sondern nur durch die Einbindung einer europäischen Armee in den übergeordneten Rahmen der NATO.¹⁵⁴

Der ebenfalls der konservativen Partei angehörende Robert Boothby beschrieb die Integration der Bundesrepublik in die EVG als Fixierung der europäischen Teilung und der deutschen Dominanz in Westeuropa: „It would establish the Russians on the Elbe and the Germans on the Channel. These, Mr. President, are certainly not the objectives which we went to war in 1939 to achieve.“ Weil „so long as the Red Army remains in the heart of Europe there can be no European solution to any problem, least of all that of Germany“, plädierte Boothby für eine Einbindung der Bundesrepublik in die NATO als einzigen Weg, zumindest die deutsche Dominanz zu relativieren.¹⁵⁵ Insbesondere das Beispiel Boothbys ist bezeichnend: Der langjährige Weggefährte und Unterstützer Churchills in europapolitischen Belangen zeigte sich besonders desillusioniert und fatalistisch angesichts der Absage des britischen Premierministers an die europäische Einigung und sprach von einer Auslieferung Westeuropas an Deutschland.¹⁵⁶

¹⁵³ Ebd., Cinquième Session, 18. Sitzung, 21.09.1953, S. 393, S. 396. Die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954, welche die WEU- und NATO-Integration der Bundesrepublik festlegten, begrüßte Healey dement- sprechend als „the last chance of solving the German problem, if not the best chance.“ Zit. nach PEARCE: Denis Healey, S. 367.

¹⁵⁴ CE-AC, Quatrième Session, 13. Sitzung, 17.09.1952, S. 340, S. 342.

¹⁵⁵ Ebd., Cinquième Session, 20. Sitzung, 22.09.1953, S. 466; vgl. ebd., Quatrième Session, 13. Sitzung, 17.09.1952, S. 323.

¹⁵⁶ In einem Brief vom 11. August 1952 an Lord Beaverbrook: „Having thrown Western Europe to Germa- ny, the consolidation of the Empire remains our only hope.“ RHODES JAMES: Robert Boothby, S. 366.

Denis Healey argumentierte stellvertretend für die Befürworter der NATO-Lösung, dass durch die EVG politische Verhältnisse geschaffen würden, die der Situation von 1939 vergleichbar wären – deutsche Übermacht in Westeuropa bei offenen Territorialansprüchen Deutschlands im Osten. Die EVG-Anhänger führten wiederum ähnliche Analogien gegen die NATO-Lösung an. Mit derselben Vehemenz und Beharrlichkeit Healeys trug der Vorsitzende der SFIO, Guy Mollet, seine Plädoyers für die supranationale Integration vor. Ihm diene das Bild eines souveränen Deutschlands mit einer autonomen Armee, „capable de fixer seule, indépendamment de ses voisins, son destin, comme en 1939“¹⁵⁷, als wichtigstes Argument für diese supranationale Einigung und Einbindung der Bundesrepublik. Nach der Unterzeichnung von General- und EVG-Vertrag nahm Mollet in jeder Sitzungsperiode von 1952 bis 1954 ausführlich zur deutschen Wiederbewaffnung und zur EVG Stellung. Dabei stand stets das Bild eines bewaffneten Deutschland, „maître de ses destinées“¹⁵⁸, im Mittelpunkt der Stellungnahmen.

Das Eintreten Mollets für die europäische Einigung basierte – zugespitzt – auf der Überzeugung, dass den Deutschen als Nation alles verweigert, den Deutschen als Europäern hingegen alles gewährt werden müsse¹⁵⁹ – dass also nicht nur die Neutralisierung Deutschlands, sondern auch die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO abgelehnt werden müsse. Denn in der NATO würde die Bundesrepublik denselben – souveränen – Status haben wie die anderen Mitgliedsländer, was in erster Linie bedeutete: eine eigene Armee. Aufgrund der für Mollet historisch erwiesenen Tatsache, „que les militaires, les militaires supérieurs, ont quelquefois une influence désastreuse sur les destinées politiques de leur pays“ – er verwies diesbezüglich auf die französische Geschichte, fügte aber hinzu, „c’est encore plus vrai quand il s’agit de l’Allemagne“ – sei diese deutsche Armee auch im Rahmen der NATO keine Lösung des „deutschen Problems“ sondern dessen

¹⁵⁷ CE-AC, Troisième Session, 20. Sitzung, 27.11.1951, S. 494f.

¹⁵⁸ Ebd., Quatrième Session, 7. Sitzung, 29.05.1952, S. 207; ebd., Cinquième Session, 20. Sitzung, 22.09.1953, S. 509; ebd., Sixième Session, 5. Sitzung, 25.05.1954, S. 90. Die letzte Rede vom Mai 1954 hielt Mollet gar als Präsident der Beratenden Versammlung, als welcher er zu inhaltlicher Neutralität verpflichtet war. Dabei betonte er zwar, als Delegierter der französischen Sozialisten und nicht als Versammlungspräsident zu sprechen, aber bis dato hatte es keiner seiner beiden Vorgänger Paul-Henri Spaak und François de Menthon als nötig empfunden, vom präsidentiellen Kodex abzuweichen und an den Debatten teilzunehmen.

¹⁵⁹ Am 23. Dezember 1789 forderte Stanislas de Clermont-Tonnerre in der französischen Nationalversammlung, den Juden als Nation alles zu verweigern, ihnen als Individuen aber alles zu gewähren. Dieses Postulat eines kollektiven jüdischen Partikularinteresses, von dem sich die Juden zu emanzipieren hätten um als Bürger anerkannt zu werden, war wesentlicher Bestandteil des aufgeklärten Antisemitismus. Auch wenn diese Formulierung von Mollet nicht aufgegriffen wurde, drängt sie sich zumindest implizit auf: das Bild des „ewigen Deutschen“, der, einzig seinem partikularen Gesetz und Interesse folgend, die Welt ins Unglück stürzt und erst zum Menschen, zum Bürger erzogen werden muss um gleicher Rechte habhaft zu werden, beinhaltet zumindest Aspekte des Arsenal des (aufgeklärten) Antisemitismus. Solch eine vergleichbare Semantik darf selbstverständlich nicht über die vollkommen unterschiedliche Genese und Konsequenz des Deutschlandbilds im Vergleich mit dem antisemitischen Bild des „ewigen Juden“ hinwegtäuschen: Ersteres resultierte aus zwei Weltkriegen, zweiteres aus dem oberflächlich säkularisierten, christlichen Mythos des Gottesmörders; vgl. LENHARD: Volk oder Religion, S. 106.

Verschärfung, „parce que cela risquerait de changer le caractère d’alliance défensive [...]“.¹⁶⁰

Die deutsche Wiederbewaffnung zu kontrollieren, ihren defensiven Charakter zu bewahren und eine Eskalation des Kalten Kriegs durch das deutsche Bedürfnis nach Wiedervereinigung zu verhindern, bildete ein entscheidendes Motiv der Befürworter kontinentaler Integrationspolitik, nicht nur der französischen Sozialisten, welche die supranationale Kontrollfunktion der EVG noch ausweiten wollten.¹⁶¹ So erinnerte Mollets niederländischer Genosse Marinus van der Goes van Naters am 9. Mai 1953 an den „jour le plus atroce de notre histoire“ – gemeint war damit die deutsche Invasion der Niederlande am 10. Mai 1940 –, und versah diese Erinnerung mit der Erklärung: „Si je me suis rallié de tout cœur à la cause de l’intégration économique, militaire et politique de l’Allemagne de l’Ouest et de l’Ouest tout entier, c’est précisément parce que je ne veux plus jamais que le 9 mai, comme en 1940, ait un lendemain.“¹⁶² Auch Paul-Henri Spaak sah in der supranationalen Einbindung der Bundesrepublik die einzige Möglichkeit eine Entwicklung zu verhindern, die wegen des deutschen Wunschs nach Wiedervereinigung und des sowjetischem Expansionismus auf die apokalyptische Alternative hinauslaufe: „des Munich internationaux, ou bien, inévitablement, la troisième guerre mondiale.“ Er wehrte sich gegen die Behauptung, dass „l’Allemagne serait moins forte si elle restait en dehors de la Communauté“, und dass „l’Europe se fera autour de l’Allemagne [...]“.¹⁶³

Wie tief die Furcht vor einem entfesselten Deutschland saß, bekannte Spaak im September 1954, als er nunmehr wieder als belgischer Außenminister über das Scheitern der EVG sprach und doch an deren Grundmotiv festhielt:

Ce que je crains dans le réarmement national allemand, c’est la cristallisation du nationalisme autour de la nouvelle armée et autour du grand état-major qui va ressusciter. [...] Si nous devons changer notre voie comme tout le fait craindre, nous pourrions encore assurer le réarmement de l’Allemagne, nous pourrions encore limiter cet armement, mais rien, quel que soit l’effort que l’on fera [...] rien ne nous garantira contre la résurrection du grand état-major allemand.¹⁶⁴

Die Anhänger der NATO wie der EVG erkannten in der deutschen Wiederbewaffnung dasselbe Problem und griffen auf dieselben Erinnerungen und Analogien zurück, kamen aber zu konträren Schlussfolgerungen. Was sich die Befürworter der EVG- und der

¹⁶⁰ CE-AC, Cinquième Session, 20. Sitzung, 22.09.1953, S. 509; ebd., Quatrième Session, 7. Sitzung, 29.05.1952, S. 207.

¹⁶¹ MEYER-LANDRUT: Frankreich und die deutsche Einheit, S. 96; POIDEVIN: Frankreich, S. 112; KERSTEN: Niederländische Regierung, S. 196.

¹⁶² CE-AC, Cinquième Session, 4. Sitzung, 09.05.1953, S. 59.

¹⁶³ Ebd., Quatrième Session, 7. Sitzung, 29.05.1952, S. 176; ebd., Cinquième Session, 15. Sitzung, 17.09.1953, S. 312f.

¹⁶⁴ Ebd., Sixième Session, 20. Sitzung, 18.09.1954, S. 518f. Ebenso in SPAAK: Memoiren eines Euroäers, S. 239.

NATO-Lösung einer deutschen Wiederbewaffnung gegenseitig unterstellten, war die Ermöglichung eines erneuten deutschen Sonderwegs durch mangelnde Kontrollmechanismen. Den Anhängern der EVG erschien die NATO als zu offen, sie würde eine nationale deutsche Armee als Kristallisationspunkt des deutschen Nationalismus ermöglichen. Den Anhängern der NATO dagegen erschien die EVG als zu klein und zu rigide, sie würde die Mitgliedsstaaten der deutschen Dominanz ausliefern aber keine Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung auf diplomatischem Wege zulassen. Und für beide Seiten steuerte die Gegenposition wegen der mangelnden Kontrollmechanismen und Integrationskräfte jeweils auf einen neuen Krieg zu.

Die EVG ist letztlich, nach zweijährigen Nachverhandlungen und dem Versuch, mittels der EPG ein zusätzliches Instrument der effizienten supranationalen Integration der Bundesrepublik zu schaffen,¹⁶⁵ nicht einfach „an der antideutschen Agitation der kommunistischen und gaullistischen Gegner“¹⁶⁶ in Frankreich gescheitert – sie scheiterte vielmehr, weil diese „Agitation“ keine geringe Schnittmenge mit jenen Sorgen aufwies, die auch die Anhänger der EVG äußerten. Insofern ist es, wie Wilfried Loth betont hat, weniger bemerkenswert, dass die EVG scheiterte, als dass „ein großer Teil der politischen Kräfte auch in Frankreich gleichwohl so lange an dem Projekt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft festhielt [...]“.¹⁶⁷ Nachdem der dramatische Verlauf des Koreakonflikts Mitte 1951 in einen Stellungskrieg überging und die EVG-Verhandlungen die im Plevén-Plan vorgesehenen Kontrollmechanismen sukzessive aufweichten, verlor zudem der deutsche Verteidigungsbeitrag seine Selbstverständlichkeit.¹⁶⁸ Als André Philip Anfang 1952 im Exekutivbüro des ME über die EVG-Verhandlungen berichtete, war dieser Stimmungswandel auch bei der organisierten Einigungsbewegung feststellbar.

Die EVG lief aus der Sicht Philips den Grundintentionen europäischer Einigungspolitik vollkommen zuwider: Erstens bleibe die nationale Souveränität praktisch uneingeschränkt, weder würde eine politische Autorität eingerichtet noch der Entscheidungsprozess supranational ausgestaltet; das Vetorecht der Mitgliedsstaaten öffne einer nationalen Obstruktionspolitik Tür und Tor, was Philip an dem Beispiel veranschaulichte, die Bundes-

¹⁶⁵ Vgl. Kap. 5.3.

¹⁶⁶ LIPGENS: Die Bedeutung des EVG-Projekts, S. 30. Die französischen Gaullisten, die nach ihrem Sieg bei den französischen Parlamentswahlen 1951 auch in der Beratenden Versammlung vertretenen waren, kritisierten an der sektoralen Integration im Rahmen von EGKS und EVG hauptsächlich das Legitimationsdefizit und die Inkonsistenz des supranationalen Moments und forderten eine politische Autorität als Bedingung der militärischen Integration, so etwa der ehemalige Militärgouverneur der französischen Besatzungszone in Deutschland, General Marie-Pierre Kœnig, in der Beratenden Versammlung; CE-AC, Troisième Session, 20. Sitzung, 27.11.1951, S. 499–502. Vgl. auch LOTH: De Gaulle und Europa, S. 639–645; POIDEVIN: Frankreich, S. 104, Anm. 13.

¹⁶⁷ LOTH: Europas Einigung, S. 55.

¹⁶⁸ Nach dem Scheitern der EVG wandte sich etwa deren konsequenteste Befürworterin in Frankreich, das christdemokratische MRP, gegen die deutsche Wiederbewaffnung; HITCHCOCK: France Restored, S. 201.

republik können im Konfliktfall die Mobilisierung der EVG verhindern und sich mit der UdSSR über die deutsche Einheit und die Rückgabe der Ostgebiete einigen. Zweitens sei eine politische Autorität zur Kontrolle der europäischen Armee nicht in Sicht. Und drittens würde die Ablehnung der EVG in der deutschen Bevölkerung dazu führen, dass die deutschen Divisionen von „cadres politiquement dangereux“ dominiert würden, was angesichts der fehlenden Integrationsmechanismen umso problematischer sei. Weil aber die politische Dimension der EVG hinter den ursprünglichen Plänen zurückbleibe, stelle sich die Frage, ob „aurait-il une solution quelconque possible, en dehors de la reconstitution d'une armée nationale allemande, ou d'une neutralisation dont la nocivité a été déjà démontrée?“ Was Philip stattdessen vorschwebte, war eine Einigung mit der UdSSR über ein wiedervereinigtes, neutrales und entmilitarisiertes Deutschland, dass ökonomisch und politisch mit Europa verbunden bleibe und durch eine europäische Armee „restant indéfiniment occupée“.¹⁶⁹ Das Exekutivbüro wollte Philip in dieser Überlegung nicht folgen. Auch wenn es die Lücken und Fehler, die „intégration moins poussée“ und die „nette régression“ der EVG gegenüber der Integrationsidee scharf kritisierte, hielt es doch das Scheitern der EVG für eine „grave danger“ und ihre Konsequenzen für die europäische Einigung für „desastreuses“. Nichtsdestotrotz teilte sie das Unbehagen Philips darüber, dass „le progrès de l'unité européenne est, par la force des choses, lié actuellement à ce projet, né lui-même de l'idée du réarmement allemand [...]“.¹⁷⁰ Weil aber die Planungen einer deutschen Wiederbewaffnung nicht einfach wieder zurückgenommen werden konnten, ging es der Einigungsbewegung von nun an darum, einen politischen Rahmen zu schaffen, der die supranationalen Defizite der EVG ausgleichen würde.

5.3 Deutsche Souveränität: Europäisches Dilemma

Die politische Gemeinschaft als Rettungsanker

Als im Februar 1951 ein italienisch-französisches Gipfeltreffen in Santa Margherita di Ligure stattfand, wandten sich die Mitgliedsverbände der UEF beider Länder an ihre jeweiligen Regierungen um zu unterstreichen, es handle sich vielleicht um „the last opportunity for the governments of the two countries to establish an agreed policy seriously aiming at European unification.“ Die unpopuläre aber notwendige „emergency measure“ eines deutschen Verteidigungsbeitrags könne nur im Rahmen einer europäischen Armee durchgesetzt

¹⁶⁹ HAEU, OFME-69, L'Armée Européenne, Rapport de M. André Philip, 20.02.1952, S. 6f.

¹⁷⁰ Ebd., Résolution et procès-verbal de la réunion du Bureau exécutif international à Paris, 23./24.02.1952.

werden. Diese Alternativlosigkeit bestehe zum einen aufgrund der Ablehnung einer „resurrection of a national German Army“ im Rahmen einer Militärallianzen wie der NATO, zum anderen aufgrund der „absurd positions of more or less open neutralism“; nur eine europäische Armee stelle eine wirkliche Alternative dieser beiden Pole der Wiederbewaffnungsdebatte dar, und deren Aufstellung in der gegebenen Dringlichkeit sei wiederum nur möglich durch eine „political authority able to organize, pay and control the European army.“ Die italienischen und die französischen Regierungen sollten einen „common call, directed to Germany and to all other democratic European governments“ ergehen lassen, „to sign immediately a treaty for the convocation of a European Constituent Assembly that would be composed of popular representatives and would be given the precise mandate to prepare a draft of a European federal constitution.“¹⁷¹

Das Gipfeltreffen beschäftigte sich dann zwar mit bescheideneren Themen wie einer westeuropäischen Zollunion und dem Pleven-Plan, dem gegenüber die italienische Regierung die NATO-Lösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung vorzog. Dennoch scheint sich hier der Wille der italienischen Regierung herauskristallisiert zu haben, auf eine politische Integration Europas hinzuarbeiten.¹⁷² Auch Robert Schuman sah angesichts der innen- wie außenpolitischen Komplikationen der EVG-Verhandlungen keine Alternative zur einer erneuten „Flucht nach vorn“¹⁷³ – auf der Washingtoner Konferenz mit den amerikanischen und britischen Außenministern unterbreitete er Ende September 1951 seine Idee einer supranationalen politischen Gemeinschaft. Bereits am 9. Oktober legte der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi im Rahmen der EVG-Verhandlungen in Paris seinen Plan für eine europäische Versammlung mit verteidigungspolitischem Budgetrecht und einem europäischen Verteidigungskommissar vor, der auf den Überlegungen des italienischen Vordenkers der UEF, Altiero Spinelli, basierte.¹⁷⁴

Auf der Konferenz über den Pleven-Plan hatten sich die beteiligten Regierungen am 24. Juli 1951 auf die Eingliederung deutscher Kampfverbände in eine europäische Armee in Divisionsstärke geeinigt, was über die ursprünglich anvisierte Größe der zu integrierenden nationalen Kampfverbände weit hinausging. Der sozialistische Verteidigungsminister Frankreichs lehnte diese Lösung ab, die SFIO schied zudem wegen innenpolitischer Zerrwürfnisse aus der Regierung aus. Das neue französische Kabinett hielt zwar an der EVG-

¹⁷¹ HAEU, UEF-97, Memorandum of the ‘European Federalist Movement’ on the European Constituent Assembly addressed to the Honorable De Gasperi and Sforza in view of the forthcoming Italo-French discussions, 27.01.1951.

¹⁷² So die Konklusion bei KRÜGER: Sicherheit durch Integration, S. 211–214.

¹⁷³ LOTH: Die EVG, S. 197; vgl. auch KIM: Der Fehlschlag, S. 49.

¹⁷⁴ KÜSTERS: Zwischen Vormarsch und Schlaganfall, S. 261; LIPGENS: EVG und politische Föderation, S. 655f.

Lösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung fest, ergänzte sie jedoch um das Ziel eines politischen Rahmens für die beiden sektoralen Gemeinschaften der EGKS und der EVG.¹⁷⁵ Erneut wurde die Integration deutscher Verbände in Divisionsstärke nicht nur in Frankreich als Problem für die EVG erkannt. In einem Bericht für die UEF, den Altiero Spinelli infolge der Konferenz über den Pleven-Plan verfasste, war dieses Integrationsniveau zentrales Thema.¹⁷⁶ Es warf nämlich die Frage auf, ab welchem Punkt man überhaupt noch von einer effizienten Integration sprechen könne und nicht vor die vollendete Tatsache einer impliziten „reconstitution de l’armée allemande“ gestellt würde, die es „dans l’intérêt même de la solidarité européenne et de la solidité de la démocratie allemande“ gerade zu verhindern gelte.¹⁷⁷

Sollte die europäische Armee auf Grundlage nationaler Divisionen konstituiert werden, sei davon auszugehen, dass diese Verbände auch eine nationale Eigendynamik entwickelten: „plus les unités nationales à caractère homogène seront importantes, plus elles conserveront une conscience nationale au lieu d’acquérir une conscience européenne.“ Hierdurch würde eine Entwicklung provoziert, die man aus der Geschichte der Militärbündnisse nur zu gut kenne, nämlich den Bruch des Bündnisses aus nationaler Kalkulation – Spinelli nannte als Beispiele die Bündniswechsel Preußens 1812/13, Frankreichs 1940 und Italiens 1943. Um solch eine nationale Infragestellung der EVG zu dauerhaft ausschließen zu können, müsse eine integrative Lösung „non pas sur le plan technique mais sur le plan politique“ gefunden werden, also nicht durch ein anders gearteter Kompromiss zwischen deutschen und französischen Vorstellungen über die angemessene Größe nationaler Kampfverbände in der EVG. Das Problem des deutschen Verteidigungsbeitrags war nicht nur ein militärisches, sondern aus der Perspektive Spinellis vorrangig politischer Natur und bedurfte daher auch einer politischen Lösung.

Der Souveränitätsverzicht der Mitglieder der EVG zugunsten einer europäischen politischen Autorität sollte die Gemeinschaft gegen nationale Alleingänge absichern.¹⁷⁸ Spinelli wiederholte den Appel, den die italienischen und französischen Föderalisten anlässlich des italienisch-französischen Gipfeltreffens an ihre Regierungen gerichtet hatten, und forderte die Einberufung einer europäischen Konstituante, welche die Verfassung einer europäischen Gemeinschaft mit entsprechenden Kontrollbefugnissen über die europäische Armee

¹⁷⁵ SOUTOU: France and the German Rearmament Problem, S. 500.

¹⁷⁶ Der Bericht im UEF-Bestand des HAEU weist Spinelli nicht als Verfasser aus, er wird ihm jedoch überzeugend von Walter Lipgens zugeschrieben und in Auszügen dokumentiert; LIPGENS: EVG und politische Föderation, S. 662–664.

¹⁷⁷ HAEU, UEF-97, Secrétariat Général: Mémoire sur le rapport intérimaire déposé par la Conférence pour l’Organisation d’une Communauté de Défense Européenne (Juillet 1951), Octobre 1951, S. 2.

¹⁷⁸ Ebd., S. 17f.

entwerfen würde. Etwas ratlos stand der föderalistische Theoretiker jedoch der Frage gegenüber, wie der deutsche Verteidigungsbeitrag in der Übergangszeit einer Konstituierung der europäischen politischen Gemeinschaft und des Aufbaus einer integrierten europäischen Armee zu bewältigen sei. Er sprach sich sowohl gegen die Aufstellung deutscher Verbände vor dem Entstehen der europäischen Gemeinschaft und Armee als auch gegen die Verschiebung der Wiederbewaffnung bis zu diesem Zeitpunkt aus. Ersteres untergrabe aufgrund der Existenz nationaler deutscher Kampfverbände ohne europäische Einbindung und Kontrolle die politische Gemeinschaft noch vor ihrem Entstehen, zweiteres verschiebe hingegen die gemeinsame Verteidigung auf unbestimmte Zeit. Als Kompromiss schwebte ihm die Festsetzung eines Termins nach der Einberufung der Konstituante vor, zu dem die Wiederbewaffnung – nicht als deutsche Wiederbewaffnung, sondern als „recrutement international de troupes allemandes“ – beginnen könne.¹⁷⁹

Die Argumente für die notwendige Einrichtung einer politischen Gemeinschaft waren durchaus unterschiedlich akzentuiert und es ist festzuhalten, dass der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi zwar Spinellis Vorschlag aufgriff und in die Verhandlungen über die EVG einbrachte, die eigentliche Interessenkongruenz aber zwischen Spinelli und Schuman bestand. Denn de Gasperi hatte ursprünglich die NATO-Integration der Bundesrepublik befürwortet und sich – genau wie die Niederlande, die nun ihren Beobachterstatus aufgaben und als vollwertige Partner an den Verhandlungen teilnahmen¹⁸⁰ – erst infolge der amerikanischen Unterstützung für die EVG-Lösung umentschieden. Sein Vorschlag einer politischen Gemeinschaft war zwar durchaus von einer europaföderalistischen Überzeugung inspiriert, hatte aber in erster Linie die innenpolitischen Widerstände gegen die EVG und die Verhinderung einer Marginalisierung Italiens durch Frankreich und Deutschland im vereinbarten Rahmen der gemeinsamen Verteidigung im Visier.¹⁸¹ Die supranationalen Ansätze eines Verteidigungskommissars und einer europäischen Versammlung als Kontroll- und Budgetierungsinstanzen entsprachen diesen Motiven, weil durch diese supranationalen Organe den Italienern ein größeres Mitspracherecht zukommen würde.

Schuman hingegen sah wie Spinelli die Praktikabilität der militärischen Integration, also der Kontrolle der westdeutschen Truppen durch die Erhöhung des Integrationsniveaus auf die Divisionsebene gefährdet.¹⁸² Die politische Gemeinschaft sollte insofern die Kontrolldefizite der militärischen Integration – ohne britische Beteiligung, aber mit natio-

¹⁷⁹ Ebd., S. 32f.

¹⁸⁰ HARRYVAN u.a.: Dutch Attitudes, S. 322; KERSTEN: Niederländische Regierung, S. 208.

¹⁸¹ KIM: Der Fehlschlag, S. 55–59.

¹⁸² Auch mit anderen Föderalisten, wie dem französischen Sozialisten André Philip, war sich Schuman in dieser Befürchtung einig; FRANK/LAFFÉACH: André Philip, S. 413.

nen deutschen Divisionen – ausgleichen. Zwar zielte die Idee einer politischen Gemeinschaft auch auf die innenpolitischen Widerstände der Sozialisten und Gaullisten ab, die eine politische Legitimierung und Kontrolle der EVG forderten. Vor allem aber ging es Schuman um die Unterbindung eines deutschen Abrückens von Westeuropa. Die Möglichkeit eines solchen Abrückens erkannte der französische Außenminister – wie auch Spinelli – aufgrund der Erhöhung des Integrationsniveaus auf die Divisionsebene im EVG-Vertrag sowie aufgrund der sich abzeichnenden Aufhebung des Besatzungsstatuts im parallel ausgehandelten Generalvertrag. Die politische Gemeinschaft als den sektoralen Gemeinschaften der EGKS und EVG übergeordnetes Kontrollorgan sollte diesen Risiken entgegenwirken, weswegen für Schuman die Vergemeinschaftung der Außenpolitik eine zentrale Stellung einnahm.¹⁸³ In den weiteren Verhandlungen über die EVG kam es jedoch aufgrund des Widerstands der Benelux-Staaten gegen eine sofortige Ausweitung des supranationalen Prinzips nur zu dem Kompromiss, die politische Gemeinschaft als Ziel der Mitgliedstaaten in Art. 38 des EVG-Vertrags festzuhalten.¹⁸⁴

Gleichzeitig verschärfte sich in der Beratenden Versammlung der Gegensatz zwischen den Anhängern der supranationalen Integration im Rahmen der Sechs und den Befürwortern einer Einbindung der Sechsergemeinschaft in den Rahmen des Europarats. Einerseits trat der frustrierte Präsident der Beratenden Versammlung, Paul-Henri Spaak, am 11. Dezember 1951 von seinem Amt zurück, nachdem Großbritannien auch unter dem wiedergewählten Premierminister Winston Churchill seinen Unwillen zur Teilhabe am Integrationsprozess bekundet hatte und die Beratende Versammlung mit ihrem halbherzigen Versuch gescheitert war, doch noch mittels Satzungsrevision ihren Status der Einflusslosigkeit zu überwinden. Beides, sowohl die Absage Churchills an das Europa der Sechs als auch die Abwendung Spaaks vom Europa der 15 mit der Begründung, „que nous sommes en train de mourir de notre sagesse“¹⁸⁵, versinnbildlichte die Spaltung der europäischen Einigungsdiskussion.¹⁸⁶ Spaak setzte sich von nun an, vorerst als Präsident des ME, entschieden für die supranationale Gemeinschaft der Sechs ein. Die britische Regierung lancierte hingegen im März 1952 den sogenannten Eden-Plan – benannt nach dem britischen Außenminister Anthony Eden –, der die Einbindung der Sechsergemeinschaften in den Europarat zum Ziel hatte.

¹⁸³ KIM: Der Fehlschlag, S. 47–50, S. 60; KÜSTERS: Zwischen Vormarsch und Schlaganfall, S. 265.

¹⁸⁴ Ebd., S. 264; KIM: Der Fehlschlag, S. 68. Zur Interessenallianz der Benelux-Staaten vgl. MALLINSON: From Neutrality to Commitment, S. 178.

¹⁸⁵ CE-AC, Troisième Session, 40. Sitzung, 11.12.1951, S. 1111.

¹⁸⁶ Vgl. hierzu SPAAK: Memoiren eines Europäers, S. 284–286. Die Absage der britischen Regierung wurde selbst von den Gegnern des supranationalen Europa der Sechs, wie dem niederländischen Außenminister Dirk Stikker, mit Unverständnis und Enttäuschung aufgenommen; MALLINSON: From Neutrality to Commitment, S. 153–155.

Großbritannien hoffte durch die Einbindung der EGKS und der EVG weiterhin Einfluss auf die supranationale Integration zu wahren, ohne an ihr teilhaben zu müssen.¹⁸⁷ Die Beratende Versammlung des Europarats versuchte sich zwar noch an dem Spagat, zwischen den sich widersprechenden Konzepten des Eden-Plans und des Aufbaus einer supranationalen, politischen Gemeinschaft der Sechs zu vermitteln. Aber dieses Bemühen, angeführt von dem Vorsitzenden der französischen Sozialisten, Guy Mollet, und inspiriert von dem Wunsch, durch eine größere britische Rolle im Integrationsprozess die deutsche Vorherrschaft im Europa der Sechs zu verhindern, scheiterte. Die Außenminister der Sechsergemeinschaft erteilten der am 13. September 1952 erstmals zusammentretenden Gemeinsamen Versammlung der EGKS den Auftrag, sich der in Art. 38 des EVG-Vertrags formulierten Zielvorgabe einer politischen Gemeinschaft anzunehmen und einen Satzungsentwurf für eine politische Gemeinschaft auszuarbeiten. Schon zwei Tage später trat die zu diesem Zweck gebildete ad hoc-Versammlung unter dem Vorsitz Paul-Henri Spaaks zusammen.¹⁸⁸ Die Initiative zu einer politischen Gemeinschaft ging aus der Krise der EVG-Verhandlungen hervor, aber ihr Ergebnis, der EPG-Satzungsentwurf, trug nicht dazu bei die Skepsis oder Ablehnung gegenüber der EVG zu mindern.¹⁸⁹ Dies lag nicht zuletzt daran, dass es die anvisierte Gestalt der EPG nicht vermochte, die Sorge über eine deutsche Vormachtstellung in der EVG und die daraus resultierenden Zweifel über ihren Sinn und Zweck zu verringern.

Der Entwurf einer EPG-Satzung reflektierte das „deutsche Problem“ als Hauptkonflikt der europäischen Einigungsdiskussion in verschiedenen Punkten. Allerdings schrieb der Entwurf diesen Konflikt eher fort als Lösungsmöglichkeiten für die damit verbundenen Probleme aufzuzeigen. Lediglich im ersten Artikel, der die Unauflösbarkeit der politischen Gemeinschaft festlegte, konnte sich der Ansatz einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“ durchsetzen, der schon die supranationale Gemeinschaftsbildung durch den Schuman-Plan in Gang gesetzt hatte.¹⁹⁰ Den Wunsch der Saarregierung nach Mitgliedschaft in der EPG übergangen die Verhandlungen in der ad hoc-Versammlung hingegen aufgrund des deutschen Widerstands, und der Satzungsentwurf klammerte das Saarproblem einfach aus (Art. 102).¹⁹¹ Auch der Ansatz einer gemeinsamen Außenpolitik konnte sich nicht

¹⁸⁷ Zu Spaaks Engagement und dem Eden-Plan vgl. PALAYRET: *De l'espoir à la désillusion*, S. 126; WASSENBERG: *Histoire du Conseil de l'Europe*, S. 88f.; KIM: *Der Fehlschlag*, S. 86.

¹⁸⁸ KÜSTERS: *Zwischen Vormarsch und Schlaganfall*, S. 272f.

¹⁸⁹ Das Potential hierzu wird der EPG zumindest zugeschrieben von LIPGENS: *Die Bedeutung des EVG-Projekts*, S. 30.

¹⁹⁰ DEI, Dok. 113: *EPG-Satzungsentwurf der ad hoc-Versammlung*, 10.03.1953, S. 73.

¹⁹¹ Ebd., S. 83. Das Saarproblem führte auch in ad hoc-Versammlung zu schier unversöhnlichen Diskussionen, in deren Verlauf Pierre-Henri Teitgen gar mit der öffentlichen Verlesung der deutschen Kapitulationsurkunde vom 8. Mai 1945 drohte; KÜSTERS: *Zwischen Vormarsch und Schlaganfall*, S. 280–282.

durchsetzen. Der Satzungsentwurf sah lediglich eine Koordinierung und Konsultation zwischen den Mitgliedsstaaten sowie deren Verpflichtung vor, keine Verträge oder Abkommen zu schließen, welche der Gemeinschaft entgegenstünden (Art. 69–73): „Letzten Endes blieb die Außenpolitik bei den Mitgliedsstaaten.“¹⁹² Und auch hinsichtlich der „deutschen Frage“ nach den Grenzen Deutschlands, die durch die Stalin-Noten erneut aufgeworfen worden war, konnte keine überzeugende Antwort gefunden werden – denn es ging schließlich nicht nur um die Vergrößerung des deutschen Einflusses innerhalb der EPG im Zuge einer Vergrößerung des deutschen Staatsgebiets und der deutschen Bevölkerung, sondern um das grundsätzliche Problem, wie ein wiedervereinigter deutscher Staat überhaupt an die EPG und ihre sektoralen Gemeinschaften gebunden werden könne.

Beide Probleme verband der EPG-Satzungsentwurf miteinander. Einerseits konnte sich Frankreich durch die Einbeziehung seiner überseeischen Territorien einen Vorteil bei der Sitzverteilung in der parlamentarischen Völkerkammer sichern und erhielt 70 Sitze gegenüber jeweils 63 Sitzen für die Bundesrepublik und Italien, je 30 für Belgien und die Niederlande sowie 12 für Luxemburg (Art. 15).¹⁹³ Die ursprüngliche Forderung nach einem noch höheren Anteil an Sitzen für die französischen Überseegebiete war von deutscher Seite mit dem Argument gekontert worden, dass bei einer Wiedervereinigung Deutschlands ebenfalls eine automatische und proportionale Erhöhung der Sitzanzahl erfolgen müsse, was jedoch in der ad hoc-Versammlung keine Zustimmung fand. Stattdessen wurde die Zahl der Sitze für die französischen Überseegebiete auf sieben und die Höchstzahl der Sitze auf 70 pro Mitgliedsland beschränkt – mehr würde auch ein wiedervereinigtes Deutschland nicht erhalten, wodurch die französisch-deutsche Parität gesichert erschien. Ergänzend hielt der Entwurf fest, dass wenn „ein Mitgliedsstaat seine Hoheitsgewalt wieder über ein Gebiet [erlangt], das am 31. Dezember 1937 einen Teil dieses Staates gebildet hat“, die Satzung der EPG auf das betreffende Gebiet ausgeweitet und hinsichtlich der Anzahl der Sitze entsprechend angepasst, also die Anzahl der deutschen Sitze erhöht würde (Art. 103).¹⁹⁴

Diese Regelung war vollkommen auf Deutschland zugeschnitten, sie reagierte auf die doppelte Sorge über ein deutsches Ausscheren aus der Gemeinschaft und einer deutschen Dominanz in der Gemeinschaft, welche die Einigungsdiskussion seit ihren Anfängen durchzog. Während also die ad hoc-Versammlung mit ihrem Satzungsentwurf für die realen Herausforderungen einer politischen Gemeinschaft, wie sie das Saarproblem und die

¹⁹² KIM: Der Fehlschlag, S. 148; vgl. DEI, Dok. 113: EPG-Satzungsentwurf der ad hoc-Versammlung, 10.03.1953, S. 80.

¹⁹³ Ebd., S. 74.

¹⁹⁴ Ebd., S. 83f. Für die Diskussionen in der ad hoc-Versammlung vgl. KIM: Der Fehlschlag, S. 155f.

gemeinsame Außenpolitik aufwarfen, keine oder unzureichende praktische Lösungen finden konnte, präsentierte sie mit der Unauflöslichkeit der Gemeinschaft, der präsumtiven Einbeziehung eines wiedervereinigten Deutschlands und der paritätischen Sitzverteilung endgültige Lösungen für eine rein hypothetische Herausforderung. In diesem Widerspruch zwischen der Inkonsequenz praktischer Lösungsansätze und der vorwegnehmenden Fixierung einer vollkommen unabsehbaren Entwicklung schrieb die EPG lediglich jene europäische Unsicherheit gegenüber dem „deutschen Problem“ fort, welche schon die Einigungsdiskussion im Hinblick auf die EVG vor unüberwindbare Widersprüche gestellt hatte.

Die EPG: Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Als im Januar 1953 eine außerordentliche Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats einberufen wurde, in der der Paul-Henri Spaak als Präsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS den ad hoc-Entwurf für die EPG vorstellte, fanden Anhänger wie Gegner der EVG ihre jeweiligen Argumente bestätigt – denn die EVG blieb, wie der gaullistische Delegierte Marie-Pierre Kœnig festhielt, Ursprung und Gegenstand des Entwurfs.¹⁹⁵ Dementsprechend gestaltete sich auch die Diskussion: Der belgische Christdemokrat Paul Struye stellte die Frage, wie vernünftig es sei die Außenpolitik der Mitgliedstaaten zu vergemeinschaften angesichts des Widerspruchs, „que certains États membres de la Communauté ont une politique purement défensive tandis qu’un autre au moins a déclaré, avec une parfaite loyauté, qu’il avait une politique revendicative?“¹⁹⁶ Der niederländische Sozialist Marinus van der Goes van Naters beschwor hingegen die Umkehr der Deutschen, ihre Begeisterung für Europa und ihre Befürwortung der supranationalen Vergemeinschaftung: „Ce serait un crime de notre part de la lui refuser.“ Damit gab er nicht nur eine europäische Abhängigkeit vom Willen der Deutschen zu, die nicht zurückgewiesen werden dürften; auch malte er die fatalen, historisch belegten Konsequenzen solch einer Zurückweisung aus, indem er auf die nahgelegenen nationalsozialistischen Lager Natzweiler-Struhof und Schirmeck-Vorbruck sowie das Massaker der Waffen-SS an der Zivilbevölkerung in Oradour-sur-Glane verwies. Mit diesen Anmerkungen unterstrich van der Goes van Naters die europäische Umkehr der Deutschen, erinnerte aber gleichermaßen daran, was von einem in die Isolation zurückfallenden Deutschland erfahrungsgemäß zu erwartet sei.¹⁹⁷

Der Vorsitzende der französischen Christdemokraten, Pierre-Henri Teitgen, gab zu bedenken, für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich brauche es „autre

¹⁹⁵ CE-AC, Quatrième Session/Session Extraordinaire, 32. Sitzung, 16.01.1953, S. 82.

¹⁹⁶ Ebd., S. 90.

¹⁹⁷ Ebd., 34. Sitzung, 17.01.1953, S. 136.

chose sur nous et dans nos têtes que les souvenirs“ – eine Ablehnung der EPG würde jedoch dazu führen, dass „les souvenirs reprendront le dessus“, und dass diese Übernahmen der Vergangenheit sich auch praktisch manifestierende werde, durch die „reconstitution d’une *Wehrmacht* autonome aux mains de l’État allemand souverain [...]“.“¹⁹⁸ Guy Mollet, Vorsitzender der französischen Sozialisten, stimmte Teilgen zwar in der Notwendigkeit zu, diese Entwicklung durch die EVG zu unterbinden. Die Einschätzung der EPG als Teil der Lösung des „deutschen Problems“ konnte Mollet hingegen nicht unterschreiben, da sie die Spaltung Westeuropas nur weiter vertiefen und dabei nicht einmal eine parlamentarisch kontrollierte, supranationale Autorität schaffen werde:

Je crains que tout cela ne conduise à la ruine de nos espoirs d’organisation de la défense européenne. Je crains que cela ne se traduise à brève échéance par la création d’une force allemande autonome. Je crains que les rêves de création d’une Europe unie ne soient par là même eux aussi anéantis.¹⁹⁹

Als sich die Beratende Versammlung dann im Mai 1953 dem finalen Entwurf der EPG zuwandte, welcher von der ad hoc-Versammlung dem Ministerrat der EGKS übergeben worden war, änderte sich nicht viel an den Argumenten für oder wider die EPG/EVG, jedoch trat nun ein bestimmter Aspekt in den Vordergrund: Der Art. 103 des Satzungsentwurfs, welcher im Falle einer Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit den von ihr beanspruchten, östlichen Gebieten die entsprechende Ausweitung der EPG vorsah – der also, noch deutlicher als die sogenannte „Bindungsklausel“ in Art 7 Abs. 3 Generalvertrags die Eingliederung auch eines wiedervereinigten Deutschlands ins westlich-europäische Lager vorschrieb.²⁰⁰ Die Stalin-Noten des Jahres 1952 hatten das Thema der deutschen Wiedervereinigung und einer festeren Einbindung der Bundesrepublik in eine politische Gemeinschaft an die Oberfläche gespült, auch wenn die sowjetische Offerte eines neutralen Deutschlands als Versuch, die Westbindung und europäische Integration der Bundesrepublik zu hintertreiben, von den Westmächten und der Bundesregierung abgelehnt worden war, und auch wenn Stalins Vorschlag einer nationalen deutschen Armee selbst unter den französischen Kommunisten Unbehagen und Ratlosigkeit erzeugte.²⁰¹

Die Wiederholung der „Bindungsklausel“ des Generalvertrags im EPG-Satzungsentwurf entsprach dem französischen Bedürfnis, Deutschland – in welcher Gestalt auch immer – europäisch eingebunden zu wissen.²⁰² Sie entsprach aber gleichermaßen der Priorisierung der Westbindung und europäischen Integration gegenüber der Wiedervereinigung durch die deutsche Bundesregierung: In der Beratenden Versammlung waren es gera-

¹⁹⁸ Ebd., 33. Sitzung, 17.01.1943, S. 107f.

¹⁹⁹ Ebd., S. 120.

²⁰⁰ MEYER-LANDRUT: Frankreich und die deutsche Einheit, S. 82; ROUCHE: Le Quai d’Orsay, S. 51.

²⁰¹ KRÜGER: Sicherheit durch Integration, S. 268; SOUTOU: La France, S. 264; WETTIG: Die Lage, S. 66.

²⁰² SOUTOU: La France, S. 269f.

de Heinrich von Brentano von der CDU und Hans-Joachim von Merkatz von der DP, die den Artikel 103 entschieden verteidigten.²⁰³ Diese Bekenntnisse zur unhintergehbaren Einbindung der Bundesrepublik wie eines wiedervereinigten Deutschlands in die EPG erschienen insbesondere aufgrund der nicht weniger entschiedenen Angriffe des belgischen Sozialisten Henri Rolin als notwendig. Rolin, der noch 1950 den Pleven-Plan gegen die SPD verteidigt hatte,²⁰⁴ hatte sich seither in Belgien wie in der Beratenden Versammlung zu einem der lautstärksten Gegner der EVG und zum Antipoden seines Parteigenossen Paul-Henri Spaaks entwickelt. Die Gefahr einer Eskalation des „deutschen Problems“ nahm einen zentralen Platz in seiner Kritik ein.²⁰⁵

Bereits ein Jahr nach seiner Verteidigung des Pleven-Plans gab Rolin im November 1951 in der Beratenden Versammlung zu bedenken, „que l’armée européenne, si elle veut réussir et spécialement si elle veut réussir avec nos collègues allemands, doit être considérée comme ayant sa valeur en elle-même.“ Damit gemeint war vor allem, dass diese europäische Armee nicht von momentanen politischen Entwicklungen, dem Ost-West-Konflikt oder der NATO abhängig sein dürfe, sondern ihren „valeur organique“, ihren „valeur comme manifestation de l’idée européenne“ zum Ausdruck bringen müsse. Dieser Ausdruck sei nur durch die Teilnahme Großbritanniens an der europäischen Armee gegeben, während hinsichtlich der Einbeziehung der Bundesrepublik „il n’y a pas peut-être la même urgence à considérer comme actuelle et indispensable“ – die tatsächliche Konstellation einer europäischen Armee ohne Großbritannien und mit der Bundesrepublik war für Rolin kein Ausdruck des organischen Werts der europäischen Idee, ganz im Gegenteil: sie erschien ihm als „obsession de vouloir cristalliser le partage de l’Europe, si on le fait coïncider avec le partage de l’Allemagne“, weswegen in Europa und insbesondere in Deutschland kaum Enthusiasmus für die EVG zu erwarten sei.²⁰⁶

Wenige Tage nach der Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrags am 26./27. Mai 1952 gab Rolin dann endgültig seine Ablehnung zu Protokoll. Die Aufweichung des Pleven-Plans durch die EVG bringe die Gefahr der „résurrection de certaines idéologies non nationalistes ou non exclusivement nationalistes, pour les appeler par leur nom: le nazisme et le fascisme“ mit sich, weil alte Nazis schon ins Auswärtigen Amt zurückkehrten. Die Bundesrepublik stelle aufgrund ihrer gegenüber der EVG gespaltenen Bevölkerung keine tragende Säule des europäischen Verteidigungskonstrukts dar und die

²⁰³ CE-AC, Cinquième Session, 5. Sitzung, 09.05.1953, S. 71–75, S. 90–96.

²⁰⁴ Ebd., Deuxième Session, 28. Sitzung, 24.11.1950, S. 1797.

²⁰⁵ DEVLEESHOUWER: Henri Rolin, S. 476–483; vgl. ROGOSCH: Vorstellungen von Europa, S. 229f.; GÉRARD-LIBOIS/LEWIN: La Belgique, S. 228.

²⁰⁶ CE-AC, Troisième Session, 22. Sitzung, 28.11.1951, S. 562.

brennende Frage, wie sich die EVG mit einem wiedervereinigten Deutschland vertrage, werde entweder ignoriert oder negativ beantwortete: Denn die Wiedervereinigung werde effektiv dadurch verhindert, dass die Integration auch des geeinten Deutschlands in die EVG zur Bedingung jeglicher Verhandlung gemacht werde, „une chose qui peut gravement compromettre dans l’opinion allemande la cause occidentale [...]“.²⁰⁷ Die Deutschen, sowohl in der Bundesrepublik als auch in einem vereinten Deutschland für den Westen zu gewinnen, müsse hingegen bedeuten, sie selbst entscheiden zu lassen.

Hier setzte auch Rolins Kritik am Art. 103 des EPG-Satzungsentwurfs an, der bestimme, dass „l’Allemagne unifiée sera de plein droit, qu’elle le veuille ou non, tenue par le traité indissoluble [...]“. Während selbst Art. 7 Abs. 3 des Generalvertrags einen Vorbehalt formulierte, der die Anerkennung der Verpflichtungen der Bundesrepublik durch ein wiedervereinigtes Deutschland – also Westbindung und europäische Integration – zum Ziel erklärte anstatt ihn rechtlich fixieren zu wollen, sei die Qualität des EPG-Vertrags „impérative, qui ne laisse place à aucun choix et qui prétend que l’Allemagne unifiée sera liée.“²⁰⁸ Der Jurist Rolin, der stets aus konstitutioneller Perspektive gegen die „superstition du supranationalisme“²⁰⁹ argumentierte, warnte vor allem davor, mit dem Art. 103 ein geeintes Deutschland präsumtiv zur einer Säule des europäischen Gemeinschaftskonstrukts zu erklären: „cette colonne n’est pas du matériau solide, c’est une fausse colonne, c’est du stuc peint en marbre“²¹⁰ – ein Warnung, deren Wiederhall in der Beratenden Versammlung zumindest so groß war, dass sie zwar in ihrer Stellungnahme den EPG-Vertragsentwurf begrüßte, jedoch empfahl, „que l’article 103 soit réexaminé à la lumière des objections qui pourraient être soulevées contre le texte actuel du dit article [...]“.²¹¹

Die Befürworter der EVG und der EPG konzentrierten ihr Eintreten für die supranationale Integration im 1953 gegründeten *Comité d’Action pour l’autorité supranationale européenne*, an dessen Spitze der Präsident des ME, Paul-Henri Spaak, und der Präsident des Exekutivbüros der UEF, Henri Frenay, standen.²¹² Im Herbst 1953 veranstaltete dieses Komitee unter dem Dach des ME einen zweiten Haager Europakongress. Hier fasste Altiero Spinelli, der Vordenker der politischen Einigung, die Argumente für die supranationale In-

²⁰⁷ Ebd., Quatrième Session, 6. Sitzung, 29.05.1952, S. 150f.

²⁰⁸ Ebd., Cinquième Session, 4. Sitzung, 09.05.1953, S. 52. Hier ist darauf hinzuweisen, dass diese rigide Formulierung im EPG-Vertragsentwurf in der ad hoc-Versammlung von deutscher Seite eingebracht wurde, und dass die schwächere Formulierung im Generalvertrag dem Wunsch Adenauers nach einer irreversiblen Bindung auch eines geeinten Deutschlands an den Westen widersprach und von ihm nur widerwillig akzeptiert wurde; KIM: Der Fehlschlag, S. 156; FOSCHEPOTH: Westintegration statt Wiedervereinigung, S. 38; SCHWENGLER: Der doppelte Anspruch, S. 276f.

²⁰⁹ Zit. nach DEVLEESHOUSER: Henri Rolin, S. 466. Vgl. ROGOSCH: Vorstellungen von Europa, S. 211.

²¹⁰ CE-AC, Cinquième Session, 4. Sitzung, 09.05.1953, S. 54.

²¹¹ Ebd., 8. Sitzung, 11.05.1953, S. 134.

²¹² VAYSSIÈRE: Vers une Europe fédérale, S. 295; BELOT: Henri Frenay, S. 617, S. 642.

tegration noch einmal zusammen. Dabei ging er auch auf das „deutsche Problem“ als Ausgangspunkt der europäischen Einigung ein: „Dès le début de cette aventure que représente la création de l'unité européenne, le problème allemand fut le problème crucial.“ Mittlerweile sei hingegen zu konstatieren, dass der überwältigende Sieg Adenauers bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 die Bundesrepublik zum Vorreiter der Integration gemacht habe. Die Deutschen hätten sich gegen den Nationalismus und für das supranationale Europa entschieden. Sie dürften nun nicht enttäuscht werden, sonst würde sich die Geschichte wiederholen:

Si les autres pays acceptent, une ère nouvelle s'ouvre pour l'Europe: si les autres pays refusent, rien au monde ne pourra maintenir plus longtemps l'Allemagne, avec son potentiel démographique et économique, dans l'Etat actuel de désarmement et d'occupation militaire. Le cycle des événements qui se sont produits après 1918 se renouvellerait. La volonté européenne que manifeste aujourd'hui le peuple allemand s'évanouirait, et le nationalisme renaîtrait de ses cendres.²¹³

Auch die enthusiastische Aufnahme von Adenauers Wahlsieg änderte nichts an der grundlegenden Konstellation des europäischen Einigungsprozesses, mit dem „deutschen Problem“ in seinem Zentrum, welches die Einigung Europas oder seinen Untergang zu den einzig denkbaren Entwicklungen machte. Dementsprechend endete die Rede Spinellis mit dem drängenden Plädoyer, die Möglichkeit der supranationalen Integration durch die EPG – die keineswegs den Vorstellungen Spinellis oder der UEF vom europäischen Föderalismus entsprach – nicht verstreichen zu lassen, „si l'on veut éviter le retour de l'Allemagne au statut d'Etat souverain doté de tous les attributs de la souveraineté et notamment d'une armée nationale. Car, dans ce dernier cas, on devrait dire que l'Europe démocratique a voulu sa fin.“²¹⁴ Ganz im Gegensatz zu Rolin interpretierte Spinelli die EPG als einzige Möglichkeit der friedlichen Lösung des „deutschen Problems“, weil nur sie die Verhinderung eines souveränen deutschen Staates und einer nationalen deutschen Armee gewährleiste und somit das wichtigste Argument der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa – Schutz vor Deutschland – neutralisiere.

In demselben Tenor wie Spinelli trug Paul-Henri Spaak in der Beratenden Versammlung seine Argumente für die EPG gegen die Angriffe eines Henri Rolin und gegen die Einwände eines Guy Mollet vor.²¹⁵ Gerade das Verhalten Guy Mollets war bezeichnend für die Unentschlossenheit der europäischen Einigungsdiskussion gegenüber der EVG und der EPG: Der Vorsitzende der französischen Sozialisten, der die Gemeinschaftsbildung stets

²¹³ HAEU, ME-952, Mouvement Européen–Comité d'Action pour la Communauté Supranationale Européenne: Deuxième Congrès de La Haye, 8–10 Octobre 1953. Rapport Politique par Altiero Spinelli, S. 22f.

²¹⁴ Ebd., S. 28.

²¹⁵ CE-AC, Cinquième Session, 15. Sitzung, 17.09.1953, S. 307–317; 20. Sitzung, 22.09.1953, S. 544–548.

als unzureichend, weil supranational unterentwickelt, kritisiert hatte, setzte sich letztlich mit aller Kraft für die Ratifizierung der Verträge ein, konnte aber nicht einmal die französischen Sozialisten überzeugen und die Reihen seiner eigenen Partei schließen.²¹⁶ Wie schon in der EVG-Debatte diente das „deutsche Problem“ auch hinsichtlich der EPG als zentrales Argument ihrer Anhänger wie ihrer Gegner. In beiden Debatten bedienten sich beide Seite ähnlicher bis identischer Motive, und in beiden Fällen erschien die vereinbarte Ausgestaltung der Gemeinschaft selbst ihren Anhängern als kompromisshaft und inkonsequent, und deswegen nicht als hinreichende, sondern lediglich als prekäre Notlösung des „deutschen Problems“.

²¹⁶ KIM: Der Fehlschlag, S. 329f.; LAFON: Guy Mollet, S. 424.

6 Erneuter Aktionismus: Die Initiativen der Einigungsverbände 1951/52

Nachdem die NEI ihren Luxemburger Kongress vom Frühjahr 1948 dem „deutschen Problem“ gewidmet und die im *Joint Committee of Movements for European Unity* zusammengeschlossenen Europaaktivisten auf dem Haager Europakongress wenige Monate später ebenfalls intensiv über Deutschland diskutiert hatten, verschwand Deutschland nahezu aus den Diskussionen der beiden Zusammenhänge. Im Fall der NEI hing dieser abrupte Abbruch mit der Aufnahme einer deutschen Equipe unter der Führung Konrad Adenauers und dessen Wahl zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Auf den jährlichen Kongressen der NEI, die im Juli 1949 im österreichischen Bad Hofgastein und im April 1950 im italienischen Sorrento stattfanden, stand wieder vermehrt die christliche Prägung Europas und deren Herausstellung im europäischen Einigungsprozess im Vordergrund. Das ME wiederum verlagerte und erweiterte seine Aktivitäten nach dem Haager Kongress mit der im April 1949 in Westminster stattfindenden Wirtschaftskonferenz und der im Juli 1950 in Rom abgehaltenen Sozialkonferenz auf die sozioökonomischen Herausforderungen der europäischen Integration. Mit der raschen Bildung eines deutschen Rats des ME unter der Führung Eugen Kogons, der Konstituierung des Europarats und dem Schuman-Plan wurden die auf dem Haager Kongress formulierten Forderungen hinsichtlich des „deutschen Problems“ – Einbindung der Deutschen in die europäische Einigungsbewegung sowie der Bundesrepublik in eine europäische Versammlung, europäische Lösung des Ruhrproblems – erfüllt, wenn auch jeweils nicht in der gewünschten Konsequenz.¹

Einen unverminderten Aktionismus entfaltete hingegen die UEF, der die Ergebnisse der Integrationspolitik aus ihrer maximalistischen Perspektive als unzureichend erschienen. Weil für die UEF die europäische Föderation die einzig mögliche Lösung des „deutschen Problems“ darstellte, verschwand das Thema auch nach dem Kongress in Montreux vom August 1947 nicht aus dem Blickfeld der UEF. Die Aufnahme deutscher Föderalisten in die UEF und ihre ausführliche Positionierung zum „deutschen Problem“ in Montreux änderten aus der Sicht des Verbands nichts an der fortwährenden Relevanz des Themas. Der Kongress in Rom vom November 1948 stand im Zeichen der Berlinkrise und die Aktivitäten der UEF des Jahres 1949 unter dem Eindruck der Gründung der Bundesrepublik und des Europarats, auf die sie

¹ Zur Beschäftigung der NEI und des ME mit dem „deutschen Problem“ vgl. Kap. 3.2; Kap. 3.3.

mit der *Campagne pour un pacte fédérale* reagierten.² Als der Verband im November 1950 in Straßburg zu seinem dritten Kongress zusammenkam, war das „deutsche Problem“ durch den Koreakrieg, die Debatte über eine deutsche Wiederbewaffnung und die EVG wieder voll entflammt. Diese erneute Verschärfung des „deutschen Problem“ beschäftigte aber nicht nur die UEF. Auch bei den NEI und dem ME kehrte das Thema im Zuge der EVG-Debatte zurück auf die Tagesordnung und wurde eingehend diskutiert, wobei diese erneut hervorgehobene Beschäftigung in allen Zusammenhängen eher dazu beitrug, die Konflikte der anhaltenden Debatte herauszustellen als diese zu entschärfen.

Die EVG und die Verschärfung des „deutschen Problems“

Mit dem Koreakrieg und der Aussicht auf eine westdeutsche Wiederbewaffnung trat in der Einigungsdiskussion die ohnehin schon virulente Frage, ob die Bundesrepublik am Ziel der europäischen Integration festhalten werde, noch stärker in den Vordergrund. „L’Allemagne est, à mon avis, la pièce maîtresse dans le grand jeu européen et mondial“, so der italienische Christdemokrat Stefano Jacini im Mai 1951 in der Beratenden Versammlung des Europarats. Weil „les adversaires de la démocratie européenne fondent sur cette pièce tous leurs espoirs de s’emparer sans guerre de l’Europe [...], ils sont prêts à tout sacrifier, même au point de vue territorial.“ Die zentrale Stellung Deutschlands im europäischen und globalen Konflikt verhalf der Bundesrepublik zu neuen außenpolitischen Handlungsspielräumen. Um ihre Integration zu gewährleisten und die europäischen wie globalen Verhältnisse zu stabilisieren, müssten auch die Anhänger der europäischen Einigung ein größeres Entgegenkommen an den Tag legen: „il n’est pas de sacrifice que nous ne devions consentir en vue d’asseoir la démocratie allemande, aussi bien sur le terrain politique et militaire que sur le terrain économique et social.“³ Das Gefühl einer Abhängigkeit von der politischen Entwicklung der Bundesrepublik, welches Jacini hier zum Ausdruck brachte, speiste sich aus der Beobachtung einer zunehmenden Mobilisierung der westdeutschen Öffentlichkeit – und nicht zuletzt aus dem Auftretens der SPD in der Beratenden Versammlung – gegen die Integrationspolitik der Regierung Adenauer und für ein wiedervereinigtes, neutrales und souveränes Deutschland.⁴

Wenige Monate nach Ausbruch des Koreakriegs und unmittelbar nach der Vorstellung des Plevén-Plans kam die UEF im November 1950 in Straßburg zu ihrem dritten Jahreskon-

² Vgl. Kap. 4.1; Kap. 4.2.

³ CE-AC, Troisième Session, 4. Sitzung, 08.05.1951, S. 71.

⁴ Vgl. hierzu GALLUS: Die Neutralisten; GEYER: Der Kalte Krieg; LEUGERS-SCHERZBERG: Von den Stalin-Noten.

gress zusammen. Hier vollzog der Verband seine endgültige Abkehr vom europäischen Neutralismus einer „Dritten Kraft“, der sich bereits seit dem Kongress von Montreux drei Jahre zuvor angekündigt hatte und nun, angesichts des Koreakriegs, der Wiederbewaffnungsdebatte und der Mobilisierung des westdeutschen Neutralismus vollzogen wurde.⁵ Diese Abkehr ging mit einem Bekenntnis zur westdeutschen Wiederbewaffnung einher, die jedoch keineswegs unumstritten war: Denn der Bericht der Verteidigungskommission, der eine europäische Armee forderte „à laquelle s'intégrerait normalement l'apport allemand“, und diese gemeinsam aufgestellte und von der europäischen Föderation kontrollierte Armee als einziges Mittel beschrieb, „capable d'éliminer les dangers d'une armée nationale allemande“, wurde bei drei Gegenstimmen und zehn Enthaltungen angenommen – ein durchaus bemerkenswertes Abstimmungsergebnis, weil solch eine Opposition gegen die Verbandslinie bei anderen Beschlüssen nicht nachweisbar ist.⁶

Der mittlerweile zum Präsidenten des Exekutivbüros aufgestiegene Henri Frenay stellte in seiner Rede fest, der Korea-Krieg „fit l'effet d'une bombe dans un monde assoupi. [...] Un vent de panique souffla sur le monde libre.“⁷ Und diese Charakterisierung traf durchaus auch auf die UEF mit ihrem nunmehr eindeutigen Bekenntnis zum Westen und zur Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen eines geeinten Europas zu. Frenay verurteilte den einst von der UEF selbst vertretenen europäischen Neutralismus, den „mythe d'une 3ème Force Internationale“, als „une absurdité et un crime.“ Die Absage an das Konzept der „Dritten Kraft“ ging mit einem scharfen Angriff auf verschiedene deutsche Politiker und deren Opposition gegen die Wiederbewaffnung einher, wie sie besonders prominent in der Positionierung eines Gustav Heinemann zutage trat⁸ – Frenay sprach von einer „double offensive du nationalisme et du neutralisme“ gegen die Regierung Adenauer.⁹ Er plädierte für die europäische Perspektive, für die Gleichberechtigung aller Mitglieder einer europäischen Verteidigungsorganisation und somit gegen deutsche wie französische Sonderwünsche in den Verhandlungen über den

⁵ VAYSSIÈRE: L'Europe aux Européens, S. 221.

⁶ HAEU, UEF-101, Les documents du IIIème Congrès de l'UEF à Strasbourg, 17.–19.11.1950, Commission de la Défense, S. 3f.

⁷ Ebd., Rapport de Politique Générale présenté par Henri Frenay, S. 38.

⁸ Heinemann war am 9. Oktober 1950 aus Protest gegen die Wiederbewaffnungspläne als Bundesinnenministers zurückgetreten und hatte vier Tage später die Souveränität, Einheit und Neutralität Deutschlands gefordert; GALLUS: Die Neutralisten, S. 79.

⁹ HAEU, UEF-101, Les documents du IIIème Congrès de l'UEF à Strasbourg, 17.–19.11.1950, Rapport de Politique Générale présenté par Henri Frenay, S. 42, S. 44. In einer UEF-Broschüre vom Winter 1951/52 wurde der Neutralismus zusätzlich als „ein Unding“ bezeichnet, wie gerade die Deutschen selbst, nämlich die „Angriffe Wilhelms II. und Hitlers“ auf ihre neutralen Nachbarn bewiesen hätten; UNION EUROPÉENNE DES FÉDÉRALISTES: Die Stunde der europäischen Einigung, S. 12.

Pleven-Plan. Und er gab der Stimmungslage angesichts der aufbrechenden Konflikte um die deutsche Wiederbewaffnung, dem von ihm selbst festgestellten „vent de panique“, auch persönlich Ausdruck:

Si cet engrenage infernal ne devait pas être brisé, je ne donnerai pas cher en Allemagne du sort de la jeune démocratie, je ne donnerai pas cher de l'entente franco-allemande, ce qui veut dire, en dernière analyse, que je ne donnerai pas cher de l'Europe et de son unité.¹⁰

Weniger dramatisch, aber nicht weniger eindeutig gestaltete sich die Auseinandersetzung in den NEI. Nachdem infolge des Luxemburger Kongresses Anfang 1948, der Aufnahme der CDU in die NEI und der Einreihung des Verbands in die europäische Einigungsbewegung das „deutsche Problem“ aus dem Sichtfeld der europäischen Christdemokraten verschwunden war, lenkte die Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung und den Pleven-Plan den Blick zurück auf Deutschland. Im Januar 1951 beschloss das Exekutivkomitee, zum ersten Mal einen Kongress in der Bundesrepublik abzuhalten. In Bad Neuenahr sollten im April das deutsch-französische Verhältnis unter dem Rahmenthema „Europa und der Friede“ behandelt werden – obwohl in der Besprechung des Exekutivkomitees die bilaterale Fixierung auf Deutschland und Frankreich kritisiert und eine explizit europäische Perspektive eingefordert wurde, erschien gerade den französischen und deutschen Mitgliedern des Exekutivkomitees, Robert Bichet und Bruno Dörpinghaus, diese Hervorhebung der Aussöhnung zwischen den beiden Staaten als Schlüssel zur europäischen Einigung. Dörpinghaus war davon überzeugt, dass sobald „cette réconciliation sera effective, l'Europe pourra se faire plus facilement.“¹¹

Stattdessen offenbarte die Kongressplanung in den NEI selbst eine beschränkte Effektivität der beschworenen deutsch-französischen Allianz: Nur eine Woche vor dem geplanten Beginn des Kongresses wurde er von Konrad Adenauer abgesagt. Die Pariser Konferenz zur letzten Verhandlung über den Schuman-Plans verhindere seine, die Landtags- und Landratswahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen die Teilnahme zahlreicher anderer CDU-Politiker, so die Begründung des Bundeskanzlers – Bichet mutmaßte vertraulich, dass diese Gründe nur vorgeschoben und vielmehr die Angst der CDU von einer negativen Auswirkung des Saarproblems und seiner wahltaktischen Instrumentalisierung durch die SPD entscheidend für die Absage seien, denn immerhin wiesen die NEI auch ein saarländische Equipe auf.¹² Die

¹⁰ HAEU, UEF-101, Les documents du IIIème Congrès de l'UEF à Strasbourg, 17.–19.11.1950, Rapport de Politique Générale présenté par Henri Frenay, S. 46.

¹¹ ACDP, 09-002-002, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à Paris, 27.01.1951, S. 6.

¹² ACDP, 09-002-012, Konrad Adenauer an Robert Bichet, 05.04.1951; ACDP, 09-002-005/1, Robert Bichet an Lambert Schaus, 12.04.1951.

CDU wollte den Kongress weiterhin abhalten, und obwohl „plusieurs équipes des N.E.I. ont vivement regretté l'attitude de leurs collègues allemands“¹³, es zu Konflikten um Ort und Datum des Kongresses kam, die Rednerliste eigenmächtig erweitert wurde und die CDU in der Vorbereitung insgesamt ein wenig kooperatives Vorgehen an den Tag legte, konnte der Kongress letztlich im September 1951 in Bad Ems stattfinden. Wie sehr sich das Verhältnis zwischen Westeuropäern und Deutschen seit 1948 verschoben hatte, wird nicht nur an der eigenwilligen Vorbereitung des Kongresses deutlich, sondern auch an der Liste der Hauptredner: Konrad Adenauer, Adolf Süsterhenn und Heinrich von Brentano stand mit Pierre-Henri Teitgen lediglich ein Franzose gegenüber.

Adenauer verschob in seiner Eröffnungsrede, wie schon 1948 in Luxemburg den Fokus von Deutschland auf die Sowjetunion. Während er über die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten kein Wort verlor, sondern konsequent von den „Deutschen“ sprach, äußerte er sich ausgiebig über die Geschichte und die politischen Verhältnisse der UdSSR. Dort habe durch die bolschewistische Revolution und „durch die Ausrottung der Ober- und Mittelschicht das asiatische Element die Oberhand gewonnen“, es sei „der Einfluss des europäischen Teils Russlands völlig verschwunden“ und Sowjetrussland werde daher von Männern regiert, „die ihre Heimat nicht in Europa gehabt haben und die nicht europäische Anschauungen ihr eigen nennen.“¹⁴ Diesem asiatischen Sowjetrussland und seinem ungebremsen Expansionsbedürfnis stellte Adenauer die Deutschen gegenüber, die gegen die Verheißungen des Kommunismus „ziemlich immun“ seien, weil sie sich durch die Besatzung und die Kriegsgefangenen der sowjetischen „Schändungen des Menschen“ bewusst wären. Gleichzeitig bekannte Adenauer, er sei selbst „ehrlich erstaunt und überrascht“ angesichts der geringen Nachwirkungen des Nationalsozialismus in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Dies gelte insbesondere für das deutsche Militär in Gestalt der Soldatenverbände. Adenauer verteidigte diese Verbände gegen den Vorwurf des Militarismus und betonte, dass sich „die jetzt entstandenen Soldatenbünde in Deutschland [...] auf den Boden des heutigen Staates gestellt“¹⁵ hätten. Dem inneren Bekenntnis der Deutschen und ihrer ehemaligen Weltkriegssoldaten zur westlichen Demokratie müsse nun, im Rahmen der EVG, das Bekenntnis der westlichen Demokratien zu den Deutschen folgen. Adenauer teilte seine feste Überzeugung mit, dass das deutsche Volk,

¹³ ADCP, 09-002-012, August de Schryver an Lambert Schaus, 23.04.1951.

¹⁴ Ebd., Stenogramm der Rede des Bundeskanzlers anlässlich der NEI-Tagung in Bad Ems am 14. September 1951, S. 3f.

¹⁵ Ebd., S. 5f.

wenn es erst sieht, wenn es in Wahrheit an Tatsachen sieht, dass der Westen fest entschlossen ist, unter keinen Umständen zuzulassen, dass Sowjetrussland in irgendeiner Form, auch nicht im Wege der Demilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands die Bundesrepublik in seinen Machtbereich zieht, dass das deutsche Volk dann fest zum Westen stehen [...] wird.¹⁶

Das Bekenntnis des Westens zur Bundesrepublik und ihrer Integration in die EVG war für Adenauer „die einzige Möglichkeit, den Frieden zu retten“ – allerdings würde die Bundesrepublik hierfür nur ihre „ganze Kraft“ einsetzen, wenn sie „den anderen Partnern gleichberechtigt ist. Gleiche Pflichten haben gleiche Rechte zur Voraussetzung.“¹⁷ Während Adolf Süsterhenns Rede sehr allgemein gehalten und auf das christdemokratische Bekenntnis zu Europa fokussiert war, sprach Heinrich von Brentano zwei weitere Konfliktpunkte an, die in den NEI weitgehend ignoriert oder zumindest nicht offen thematisiert wurden. Brentano plädiert dafür, „à incorporer le territoire de la Sarre dans la structure des peuples européens.“ Im Zuge dessen ging er auch auf die Teilung Deutschlands in zwei Staaten ein, deren Überwindung zwar immer Ziel der Bundesrepublik bleiben, aber niemals im Widerspruch zur europäischen Integration stehen werde: „Si nous voulons renier cet objectif, nous devrions renier l'Europe.“¹⁸ Alle drei deutschen Hauptredner sprachen in ihren Beiträgen hauptsächlich über die Vereinbarkeit von deutschen und europäischen Vorstellungen im Rahmen des Integrationsprozesses. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, das ursprünglich im Fokus der Konferenz stehen sollte, brachten sie mit der europäischen Einigung nur implizit in Zusammenhang. So blieb es dem französischen Redner Pierre-Henri Teitgen überlassen, die konkrete deutsch-französische Problematik anzusprechen und auf die europäischen Einigung zu beziehen.

Teitgen kritisierte gleich zu Beginn seiner Rede das grundsätzliche Missverständnis der an sich sehr wünschenswerten deutsch-französischen Aussöhnung, die als bilateraler Verständigungsprozess nicht möglich sein, vielmehr negative Auswirkungen auf die europäische Einigung haben werde. Teitgen sprach sich dagegen aus „de faire d'un rapprochement franco-allemand la condition *préalable* d'une union européenne“, wobei er sich nicht nur an sein deutsches Publikum, sondern auch an Briten und Skandinavier wandte, die dazu neigten „de faire de l'Europe un salon de conversation [...]“. Die Verständigung sei hingegen nicht durch Gespräche zu erreichen, sondern allein durch den politischen Prozess der europäischen Einigung: „En vérité le 'rapprochement' de la France et de l'Allemagne [...] et l'édification d'une Europe

¹⁶ Ebd., S. 7.

¹⁷ Ebd., S. 12f.

¹⁸ Ebd., Nouvelles Equipes Internationales: L'Europe et la Paix. Congrès de Bad Ems, 14, 15 et 16 Septembre 1951, S. 58f.

fortement unie sont *récioproquement condition l'un de l'autre*.¹⁹ Teitgen ging es dabei nicht nur um die Verweigerungshaltung von Briten und Skandinaviern, welche die Einigungsinitiativen im Europarat unterminierten. Es ging ihm genauso um löbliche, aber politisch folgenlose Proklamationen guten europäischen Willens, welche nichts dazu beitrügen die weiterhin bestehenden Konflikte zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zu beenden. Denn diese Konflikte basierten hauptsächlich auf der Sorge über das deutschen Potential, die überlegenen Ressourcen und Produktivkräfte der Bundesrepublik, die ihr insbesondere im sich nun abzeichnenden „Kleineuropa“ der Sechs auch eine überlegene machpolitische sowie – zumindest perspektivisch – militärische Position verschaffen würden.

Dennoch könnten die deutsch-französischen Konflikte eingeebnet werden, wenn eine gemeinsame Autorität entstünde, die das übermächtige deutsche Potential einer europäischen Verwaltung unterstellen und somit neutralisieren würde. „Nous serions tous enclins en effet à admirer sans réserve le dynamisme du peuple allemand si nous n'avions toujours la crainte de voir quelque démon pervertir ce dynamisme en volonté de puissance et de domination [...]; l'Europe change le climat.“²⁰ Deswegen bestand Teitgen darauf, dass die Bedeutung der EVG nicht nur symbolisch sei und die deutsch-französische Verständigung zum Ausdruck bringe, sondern einen konkreten politischen Zweck verfolge: „c'est la certitude que c'en est fini de nos luttes fratricides, c'est la certitude d'aussi d'être devenus assez forts, nous Européens, pour obtenir désormais le respect même des plus puissants.“ Wichtiger als die in militärischer Hinsicht vorerst symbolische europäische Armee zur Abwehr eines sowjetischen Angriffs war die Botschaft, welche die deutsche Beteiligung an die westeuropäischen Partner sende und die Unsicherheit darüber beseitige, „où nous nous trouvons tous du destin que l'Allemagne se verra assigner ou qu'elle s'assignera à elle-même dans les jours qui viennent.“²¹ Die europäische Einigung, inklusive ihres wesentlichen Bestandteils der EVG, dürfe nicht als gegenseitiges Zugeständnis zwischen der Bundesrepublik und ihren westeuropäischen Partner verstanden werden, sondern als das genaue Gegenteil einer solchen, von Partikularinteressen geleiteten Zusammenarbeit: nämlich als gemeinsame Anstrengung für ein gemeinsames Ziel.

Insofern sei es selbstverständlich, dass „l'égalité des droits est une conséquence nécessaire de l'intégration. J'insiste sur le mot 'conséquence' pour l'opposer au mot 'condition'.“ In dem Teitgen die deutsche Gleichberechtigung, die Adenauer in seiner Rede zur Bedingung der

¹⁹ Ebd., S. 25f.

²⁰ Ebd., S. 28f.

²¹ Ebd., S. 32f.

europäischen Gemeinschaft gemacht hatte, umkehrte und nur als Konsequenz dieser europäischen Gemeinschaft gewährt sehen wollte, macht er auch noch einmal deutlich, wie es um die Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik im Einigungsprozess stand: Selbstverständlich habe Westdeutschland die Freiheit, sich für oder gegen die europäische Einigung und die EVG zu entscheiden. Dabei müssten sich die Deutschen jedoch darüber klar werden, dass im Falle eines Optierens für die Neutralität „personne n’a non plus à lui en payer le prix“, und dass „une telle neutralisation ne pourrait être acceptée par aucune des Nations occidentales.“²² Die Überzeugung, die Deutschen hätten in Vorleistung zu treten um ihren Partnern ihre Verlässlichkeit zu beweisen, ging einher mit der Drohung, sie müssten im Fall eines Optierens gegen die EVG einen hohen Preis für ihren Neutralismus zahlen.²³ Das zugrundeliegende Motiv war die Identifikation der souveränen Entscheidungsfreiheit der Deutschen mit einer Entscheidung gegen den Westen und gegen Europas. An diesem Motiv hatte sich zwischen dem Luxemburger Kongress Anfang 1948 und dem Kongress von Bad Ems im September 1951 weniger geändert, als das oberflächliche Verschwinden des „deutschen Problems“ aus den Diskussionen der NEI Glauben machte. Dieselbe Entwicklung einer mehrjährigen Ausblendung und plötzlichen Wiederentdeckung des „deutschen Problems“ lässt sich ebenfalls beim ME feststellen.

Rückkehr der Geschichte: Die Deutschlandkonferenz des ME

Seit 1948, als infolge des Haager Europakongresses eine Deutschlandkommission eingerichtet worden war ohne jemals eine nachweisbare Aktivität zu entfalten, war das „deutsche Problem“ aus dem Horizont des ME verschwunden. Erst im Januar 1951 kündigte der Generalsekretär des ME, Józef Retinger, dem Präsident des deutschen Rats der Europäischen Bewegung, Eugen Kogon, seine anstehende Reise in die Bundesrepublik an, um mit ihm die Vorbereitung einer „German conference“ zu besprechen, die nach dem Wunsch Paul-Henri Spaaks – seit 1950 Präsident des ME – noch vor Beginn der dritten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats im Mai stattfinden sollte.²⁴ Die rechtzeitige Abhaltung dieser Deutschlandkonferenz erschien dem ME als so wichtig, dass es dafür eine schon geplante Konferenz über Osteuropa verschob.²⁵ Kogon wandte sich daraufhin am 1. März persönlich

²² Ebd., S. 33.

²³ Entsprechende Drohungen hatten im Zuge der Wiederbewaffnungsdebatte bereite die britischen Konservativen Harold Macmillan und Duncan Sandys in der Beratenden Versammlung ausgesprochen; vgl. Kap. 5.2.

²⁴ HAEU, ME-613, Józef Retinger an Eugen Kogon, 12.01.1951.

²⁵ HAEU, ME-644, Józef Retinger an Jan Pomian, 12.01.1951; zur Ostmitteleuropa-Kommission des ME, die von den polnischen Exilanten Retinger und Pomian initiiert bzw. geleitet wurde, vgl. LAPTOS: Visionen des gemeinsamen Europas, S. 333f.

an Spaak, um ihm seine Überlegungen zu dieser Konferenz mitzuteilen. Prinzipiell stimmte er mit Spaaks Idee einer „deutsch-westeuropäischen Konferenz“ überein, jedoch nicht in Gestalt einer „mehrtägige[n] Aussprache über Schwierigkeiten und Missverständnisse, die zwischen den Einzelnationen des europäischen Westens und Deutschland gegeben sind.“ Denn dadurch komme es lediglich zu „einer hinderlichen gegenseitigen ‚Aufrechnung‘ begangener Fehler und mangelnden Einfühlungsvermögens [...]“. ²⁶ Gegen den anvisierten Termin im April führte Kogon die Landtags- und Landratswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz an. Dennoch bestätigte er dem Präsidenten des ME die Dringlichkeit einer solchen, nur eben wohlüberlegt konzipierten Konferenz:

Die Entscheidung über Deutschland, das heisst über die Frage, ob es in diesem Jahr wiedervereinigt und allenfalls ‚neutralisiert‘ werden soll, kann die gesamte westeuropäische Politik von Grund auf verändern und jeden Gedanken einer politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas radikal aus der Welt schaffen. ²⁷

Da „[w]eiteste Kreise des deutschen Volkes“ dazu neigten, der von Kogon als „illusionistisch“ charakterisierten Option einer Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands zuzustimmen und somit die Einigung Europas zu untergraben, müsse eine Konferenz „positive Ziele“ für die psychologischen, politischen, rechtlichen, kulturellen und ökonomischen Aufgaben des Integrationsprozesses formulieren um „die politische Willensbildung im deutschen Volke“ effektiv zu beeinflussen. Kogon schlug vor, ein Exposé für eine solche Konferenz auszuarbeiten, es den Gremien des ME zur Verfügung zu stellen und von dem französischen Intellektuellen Raymond Aron, auf den sich Kogon und Retinger schon vorab als westeuropäischen Ansprechpartner geeinigt hatten, kommentieren zu lassen, um die Konferenz schlussendlich im Juni 1951 durchzuführen. ²⁸ Das Exekutivbüro des ME stimmte dieser Vorgehensweise zu, musste den Konferenztermin jedoch wegen der Wahlen zur französischen Nationalversammlung erst in den Juli und schließlich in den September verschieben. ²⁹ Wie in den NEI entfaltete sich also auch im ME Ende 1950 das Bedürfnis, die sich in der Beratenden Versammlung des Europarats wie in den Regierungsverhandlungen über die EGKS und die EVG offenbarenden Konflikte zwischen Deutschen und Westeuropäern anzugehen, und wie bei den NEI schnitten auch die Verantwortlichen des ME die anvisierte Konferenz auf das Verhältnis

²⁶ HAEU, ME-613, Eugen Kogon an Paul-Henri Spaak, 01.03.1951, S. 1.

²⁷ Ebd., S. 2.

²⁸ Ebd., S. 2f.

²⁹ Ebd., Józef Retinger an Eugen Kogon, 08.03.1951; HAEU, ME-644, Extrait du procès-verbal du réunion du Comité Exécutif International à Bruxelles, 21./22.04.1951; Ankündigung des Bureau Exécutif International, 23.05.1951.

zwischen Deutschland und Frankreich zu: Raymond Aron fungierte als französischer Hauptreferent der Deutschlandkonferenz, der Journalist Ernst Friedländer als sein deutsches Gegenüber.³⁰ Jedoch avancierte im ME, mehr noch als bei den NEI, die Sorge über eine potentielle neutralistische Abwendung der Bundesrepublik von Europa zum bestimmenden Motiv der Konferenz. Mehrfach versuchte das ME – nicht zuletzt durch ihren Präsidenten Paul-Henri Spaak persönlich –, den Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, als Personifikation der für die Wiedervereinigung und gegen die EVG gestimmten politischen Kräfte in der Bundesrepublik zu einer Teilnahme an der Konferenz zu bewegen, ein gleichermaßen vielsagendes wie vergebliches Unterfangen.³¹

Die Konferenz „Deutschland und Europa“ fand vom 21. bis 23. September 1951 in Hamburg statt. Nach den Einleitungsreferaten von Raymond Aron und Ernst Friedländer diskutierten drei Komitees die aus der Vergangenheit resultierenden, psychologischen Hindernisse der Einbindung Deutschlands, die Rechte und Pflichten der Mitglieder einer europäischen Gemeinschaft sowie deren mögliche Verfasstheit. Vorsitzender des ersten Komitees war der Präsident des Exekutivbüros der UEF, Henri Frenay, dem zweiten Komitees saß der Präsident des Exekutivkomitees der NEI, August de Schryver, vor, und als Vorsitzender des dritten Komitees fungierte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats und spätere, erste Außenminister der Bundesrepublik, Heinrich von Brentano, der nur eine Woche zuvor eines der Hauptreferate auf dem NEI-Kongress in Bad-Ems gehalten hatte.³² Wie es in der Abschlussresolution hieß, stand die Konferenz im Zeichen eines gemeinsamen Bemühens der Teilnehmer „to concentrate, not on past differences but on the future, which demands unity.“ Schon in der Begrüßungsansprache hatte der Generalsekretär des ME, Józef Retinger, die Zusammenarbeit der Europäer und die Überwindung der vergangenen Konflikte beschworen; diese Unterfangen sei existentiell, wie er unter Rückgriff auf die verbreitete Dramaturgie der Einigungsdiskussion behauptete, „for all our he-

³⁰ Ebd., Hermann Brill an Georges Rebattet, 25.07.1951.

³¹ Ebd., Walter Stahl an Józef Retinger, 23.08.1951, S. 1; Hermann Brill an Józef Retinger, 24.08.1951; Józef Retinger an Walter Stahl, 30.08.1951, S. 1.

³² HAEU, ME-608, European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 1. Die NEI hatten wegen der erwarteten Dominanz von Sozialisten noch auf ihrem eigenen Kongress über eine Teilnahme an der Hamburger Konferenz diskutiert. De Schryver hatte sich aber gerade aus diesem Grund für die Teilnahme ausgesprochen, und so wurde die Konferenz letztlich auch in Bad Ems beworben; ACDP, 09-002-002, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à Bad Ems, 14./15.09.1951, S. 9; ACDP, 09-002-049/5, Józef Retinger an Robert Bichet, 14.09.1951.

ritage may go overboard within a few year's time.“³³ Stattdessen trat ein, was Eugen Kogon schon in seinen ersten Überlegungen zur Deutschlandkonferenz befürchtet hatte, nämlich ein Verharren der unterschiedlichen Lager in diametralen Positionen und gegenseitigen Vorwürfen. Diese Verwerfungen, insbesondere zwischen Deutschen und Franzosen, hingen maßgeblich mit der Konzeption der Hamburger Konferenz zusammen, die gerade nicht, wie von Kogon gewünscht, auf die „positiven Zielen“ der Einigungspolitik fokussierte. Stattdessen begann das ME nach mehr als dreijähriger Absehung vom „deutschen Problem“ wieder eine intensive Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und dem Schatten, den diese Vergangenheit auf die europäische Einigung warf.

Raymond Aron betonte in seinem Einleitungsreferat, dass die Ungleichheit zwischen Deutschen und Westeuropäern im Einigungsprozess nicht zuletzt aus den Erfahrungen der Vergangenheit erwachsen sei, welche die heutigen Partner der Deutschen erst wenige Jahre zuvor gemacht hatten: „it is impossible for Europeans not to hold the Germans chiefly responsible for what happened [...]“. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern, dass die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland zahlreiche Fehler aufweise. Die durchaus kritikwürdige Kurzsichtigkeit der Besatzungspolitik „pales into insignificance before the racial and imperialistic policy of the Third Reich.“ Eine Vergegenwärtigung dieser Tatsache sei unumgänglich „to remind the Germans that it is a mistake to be for ever demanding equality of rights“, denn: „Equality within the Western world must be of an order primarily psychological and moral; it will not appear suddenly one day as if by the touch of a magic wand.“³⁴ Aron, der gerade für seine abwägende Perspektive auf das „deutsche Problem“ bekannt und wohl auch deswegen als Hauptredner ausgesucht worden war,³⁵ führte dasselbe Argument an wie Pierre-Henri Teitgen auf dem NEI-Kongress eine Woche zuvor. Die Rechtsgleichheit der Deutschen in einer europäischen Gemeinschaft sei nicht Voraussetzung, sondern das Resultat des erfolgreichen Einigungsprozesses. Ein anderes Vorgehen erschien ihm aufgrund der Kriegs- und Besatzungserfahrungen der Westeuropäer und insbesondere der Franzosen nicht vermittelbar und entbehre zudem jeder historischen, moralischen und politischen Legitimität.

Arons Aussagen über die europäische Integration der Bundesrepublik resultierten keineswegs nur aus den konkreten Umständen der EVG-Debatte, sondern wiederholten eine Selbstverständlichkeit der Einigungsdiskussion und Einigungspolitik seit ihren Anfängen: dass

³³ HAEU, ME-608, European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 4, S. 2.

³⁴ Ebd., S. 8.

³⁵ Zu Arons Deutschlandbild vgl. OPPERMANN: Raymond Aron.

nämlich die Deutschen durch ihre bereitwillige Mitarbeit an der europäischen Integration ihre politische Reife unter Beweis stellen müssten um sich schließlich einen anerkannten, gleichberechtigten Status zu verdienen. Während aber die westeuropäische Position gegenüber dem „deutschen Problem“ dieselbe war wie in den Anfängen der Einigungsdiskussion, erschien insbesondere der deutsche Hauptredner auf der Hamburger Konferenz, Ernst Friedländer, nicht länger bereit, sich dieser europäisch-deutschen Hierarchie zu unterwerfen. Stattdessen formulierte er eine Kritik nicht nur an den Thesen Arons, sondern an der Konferenz als solcher:

The theme of the Conference should be ‘Germany *in* Europe’ and not ‘Germany *and* Europe’. The latter title suggests the idea that Germany is excluded from Europe, if not as a criminal, at least as an outsider, and that we have first to find how to imagine her once again a part of Europe and, afterwards, how to bring her back again.³⁶

Friedländer erkannte und artikulierte sehr klar, worum es in der europäischen Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ ging, wollte sich aber nicht länger mit dieser Herausstellung abfinden. Während für Aron die deutsche Sonderrolle im Einigungsprozess eine zwangsläufige und selbstverständliche Konsequenz der jüngeren deutschen Vergangenheit, und diese Vergangenheit nur als Konsequenz der Einigung Europas zu bewältigen war, verlief für Friedländer die Kausalität des Einigungsprozesses genau andersherum: „One must [...] get away from the past before considering the present and thereby foreseeing the future, and not work backwards by starting from a past still vivid in our minds [...]“. Die Deutschen stellten keine Gefahr mehr für ihre Nachbarn dar, sie hätten sich für Frieden, Demokratie, Europa und den Westen entschieden, weswegen die Beweislast nun nicht mehr bei den Deutschen, sondern bei ihren prospektiven Partnern liege. In der Besatzungspolitik, hinsichtlich der Saar und der Produktionsbeschränkungen müssten sich diese Partner der Bundesrepublik erst einmal als Partner erweisen. „Until these decisions have been taken, German politicians are powerless against the resentment felt by the German people. Responsibility for removing it lies, therefore, not with Germany, but with Western Europe.“³⁷

Die Logik Friedländers, nach der sich die Deutschen gegenüber Westeuropa bewährt hätten, sich Westeuropa hingegen erst noch vor den Deutschen zu bewähren habe, stieß bei Raymond Aron auf Unverständnis, insbesondere was die Stabilität der bundesrepublikanischen Demokratie anbelangte. Denn „if the political future of the German Federal Republic is as safe

³⁶ HAEU, ME-608, European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 10.

³⁷ Ebd., S. 13, S. 34.

as Herr Friedlaender assures us it is, the case of German democracy will be an absolute exception in Europe“ – Friedländers Optimismus hinsichtlich der Gegenwart und Zukunft der deutschen Demokratie nährte sich für Aron gerade aus dessen Absehung von der Vergangenheit. Deutschland als „little island of democracy whose future is assured“ zu präsentieren, musste schon im zeitgenössischen, europäischen Vergleich als trügerisch erscheinen. Umso trügerischer wurde dieses Bild, wenn man nicht – wie Friedländer es forderte – die Vergangenheit ausblendete, sondern sich vergegenwärtigte, wo genau dieses demokratische Wunder stattfinden sollte: „precisely there where democracy has not flourished with any particular spontaneity and facility.“³⁸ Und Friedländers Forderung, von der Vergangenheit abzusehen, seine Apologie der deutschen Demokratie und sein Plädoyer für Gleichberechtigung – was bedeutete: für die Rückkehr der Bundesrepublik zur Souveränität bis zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaft –, führten auch bei den anderen westeuropäischen Teilnehmern der Hamburger Konferenz zu unvermittelten Reaktionen und Assoziationen mit der deutschen Vergangenheit.

Dies gilt insbesondere für die französischen Europaaktivisten. René Courtin sah sich angesichts der Aufrechnung von deutschem und alliierterem Fehlverhalten seit dem Ersten Weltkrieg gar zu einer Verteidigung des Versailler Vertrags genötigt: „If the Versailles Treaty has failed, it is not because it was imperfect but because men betrayed it [...]“. ³⁹ André Philip erinnerte noch einmal daran, dass die Behandlung des „deutschen Problems“ durch die europäische Bewegung nicht auf die „Sentimentalität“ von „Germanophilen“ zurückzuführen sei, sondern auf das Bewusstsein ehemaliger Résistancekämpfer, „that in the world today the situation is such that we must either perish all together or save ourselves all together“ – der gemeinsame Kampf der Europäer gegen den Nationalsozialismus würde nun als Kampf gegen „the dangers which might threaten German democracy“ weitergeführt, und dieser europäische Kampf für die deutsche Demokratie dürfe unter keinem Vorbehalt stehen, auch nicht unter dem der Wiedervereinigung. Denn angesichts eines desillusionierten deutschen Volks sei es „dangerous for Germany to achieve democratic unity on the basis of and at the price of separation from the rest of Europe.“ Einheit, Neutralität und Souveränität würden Deutschland entweder direkt an die Seite der Sowjetunion treiben oder zu einem gefährlichen politischen Vakuum zwischen den Blöcken führen. So oder so gelte: „It would mean the end of Europe, for Europe cannot exist without Germany.“ Deswegen sei eine Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt nur als Wiedervereinigung Europas „with the countries beyond the Elbe and

³⁸ Ebd., S. 13.

³⁹ Ebd., S. 18.

the Pyrenees“ zu denken.⁴⁰ Die in den Reaktionen der Franzosen zutage tretende Perspektive auf das „deutsche Problem“ und ihre Entgegensetzung zur Perspektive Friedländers unterstrich, was schon Pierre-Henri Teitgen auf dem NEI-Kongress in Bad Ems ausgeführt hatte und was nun erneut Paul Ramadier auf den Punkt brachte: „Germany and France cannot find themselves face to face in a European Community.“⁴¹

Aber auch hier war die französische Perspektive nur konzentrierter Ausdruck der allgemeinen Stimmung. Wie die französischen Redner kritisierte der Brite Walter Layton die für ihn vollkommen inakzeptable Behauptung, „that there is no German danger or that the German danger could not arise again.“ Anstatt solch einen falschen Optimismus vorzutäuschen, gehe es darum die europäische Einbindung der Bundesrepublik als einzige Möglichkeit „of ensuring that those dangers do not materialise“ zu gewährleisten. Deswegen lehnte Layton auch „the suggestion made by Herr Friedlaender that there should be a restoration of the sovereignty of Germany as an interim step“, als Gefahr für Europa ab. Er beharrte ebenfalls auf der Rechtsgleichheit der Deutschen nicht als Bedingung, sondern als Konsequenz der europäischen Gemeinschaft: „There is no other answer to the German problem.“⁴² Wie die französischen Redner bestand der Brite Edward Clement Davies auf dem Nachweis deutscher Zuverlässigkeit, weil „[t]he German Race has tremendous power. A power which can be exercised for the good of humanity or for evil.“⁴³ Und wie die französischen Redner betonte der Italiener Altiero Spinnelli, dass es insbesondere für die Deutschen nicht mehr um „sovereign rights“ sondern einzig um „a loyal and free existence, in the heart of Europe“ gehen könne.⁴⁴ Angesichts der hervorbrechenden Konflikte zwischen dem deutschen Hauptredner Ernst Friedländer und den westeuropäischen Konferenzteilnehmern ist es bezeichnend, dass Paul-Henri Spaak in seiner Abschlussrede die „atmosphere of so much good will and mutual understanding“ lobend hervorhob, und behauptete: „we have tried to establish good political relations between Europe and Germany. This was precisely the object of the Conference, and in this I think we have succeeded.“⁴⁵ Die Konferenzdiskussionen widersprachen dieser erneuten Beschwörung einer europäischen Verständigung. Vielmehr repräsentierten diese erneute Auseinandersetzung, was im ME seit 1948 konsequent ausgeblendet worden war, von den Anwesenden jedoch in anderen

⁴⁰ Ebd., S. 16, S. 26.

⁴¹ Ebd., S. 31.

⁴² Ebd., S. 17, S. 28.

⁴³ Ebd., S. 38.

⁴⁴ Ebd., S. 30.

⁴⁵ Ebd., S. 46f.

Foren der Einigungsdiskussion wie der Beratenden Versammlung des Europarats kontinuierlich thematisiert wurde: die Wahrnehmung eines weiterhin bestehenden Gegensatzes zwischen „Deutschland und Europa“, des unterschiedlichen Verhältnisses von Deutschen und Westeuropäern zur Vergangenheit und der unterschiedlichen Motivation von Deutschen und Westeuropäern für die europäische Einigung

Dass die Hamburger Konferenz des ME die Verantwortung für Nationalsozialismus und Krieg nicht einfach auf die kollektiven Verfehlungen der Zwischenkriegszeit und auf den Nationalismus aller europäischen Staaten abwälzte – wie dies etwa Achim Trunk behauptet hat⁴⁶ –, dass sie solch einem ignoranten bis apologetischen Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit vielmehr einen Riegel vorschob, wird nicht nur an den Konferenzdebatten selbst, sondern auch an ihrem Resultat deutlich: der neuerlichen Gründung einer Deutschlandkommission. Die von Henri Frenay geleitete Kommission Nr. 1, die sich mit den aus der Vergangenheit resultierenden psychologischen Hindernissen einer europäischen Einbindung Deutschlands befasste, hatte noch in Hamburg die Gründung solch einer Kommission unter dem Dach des ME vorgeschlagen. Die ständige Kommission, bestehend aus ungefähr zehn Personen, darunter drei bis vier Deutschen – die Details der Struktur, der Zusammensetzung und des Arbeitsauftrags dieser Kommission sollten von den Gremien des ME festgelegt werden –, würde den zwischen Deutschen und Westeuropäern fortbestehenden Konflikten auf den Grund gehen, Anschuldigungen überprüfen und Aufklärungsmaßnahmen in den betroffenen Ländern in Gang setzen.⁴⁷ Diesen Vorschlag, der auch den auf der Hamburger Konferenz vorgelegten Bericht der Kommission Nr. 1 abschloss, nahm das Exekutivbüro des ME unmittelbar nach der Konferenz an.⁴⁸ Fünf Wochen später, Anfang November 1951, wandte sich Generalsekretär Retinger mit der Bitte an Präsident Spaak, konkrete Vorschläge für die Einrichtung der Ständigen Kommission zu machen. Die Gremien des ME könnten dann schon zum Dezember die Gründung der Kommission beschließen und alles Weitere in Gang setzen.⁴⁹ Doch wie schon 1948, als infolge des Haager Kongresses eine Kommission gegründet worden war, die sich speziell mit Deutschland und seiner besonderen Rolle für die europäische Einigung auseinandersetzen sollte, aber nie eine nachweisbare Aktivität entfaltete, nahm auch die infolge der

⁴⁶ TRUNK: Europa, S. 164.

⁴⁷ HAEU, ME-608, Projet d'une commission du Mouvement Européen chargée de lutter contre les obstacles à l'intégration de l'Allemagne à la communauté européenne qui résultent du passé, 22.09.1951.

⁴⁸ Ebd., Rapport de la Commission N° 1, 23.09.1951, S. 5; ebd., Extrait du procès-verbal de la réunion du Bureau Exécutif International, 24.09.1951. Vgl. ebd., European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 20.

⁴⁹ Ebd., Józef Retinger an Paul-Henri Spaak, 05.11.1951.

Hamburger Konferenz gegründete Kommission offenbar nie ihre Arbeit auf.⁵⁰ Als Reaktion auf die Auseinandersetzungen auf der Hamburger Deutschlandkonferenz – und möglicherweise in Zusammenhang mit der erneut wirkungslosen Deutschlandkommission – entwickelten stattdessen Henri Frenay und die UEF eine entschlossene Initiative zur Bewältigung der Konflikte zwischen Deutschen und Westeuropäern.

Die UEF und der *Verband deutscher Soldaten*

Henri Frenay hatte auf der Hamburger Konferenz des ME nicht nur als Vorsitzender der Kommission Nr. 1 gedient. Als föderalistischer Kritiker Paul-Henri Spaaks und des ME hatte er letztlich seine Zustimmung zur Abschlussresolution verweigert, weil er das europapolitische Engagement des Dachverbands, sein Fernbleiben von den Initiativen der UEF wie der *Campagne pour un pacte fédéral*, seine Beschränkung auf Diskussion und Propaganda sowie seine Auseinandersetzung mit dem virulenten „deutschen Problem“ für vollkommen unzureichend hielt. Frenay verlangte nach mehr als theoretischen Auseinandersetzungen, Debatten und Propagandaaktionen um die europäische Einigungsinitiative zu unterstützen: „if this European community is not going to become a fact in the very future all that we have said and all that we have done here will become a dead letter.“⁵¹ Dass Frenay der Kommission Nr. 1 als Vorsitzender diente, die Gründung einer ständigen Kommission zur Untersuchung der psychologischen Hindernisse einer europäischen Einbindung Deutschlands initiierte und dieser ebenfalls vor- saß, unterstreicht seine Kritik an der theoretischen Beschäftigung mit dem „deutschen Problem“ und seiner europäischen Lösung. Ihm ging es darum, die Deutschen für die europäische Einigung zu gewinnen um diese Lösung auch praktisch herbeizuführen.

Wie die UEF 1947 als erster Einigungsverband Deutsche in ihr Zentralkomitee aufgenommen hatte, und diese Deutschen mittlerweile selbstverständlicher Bestandteil der Kampagnenpolitik des Verbands waren, so startete der Verband im Zuge der Konflikte um die EVG einen neuen Einbindungsversuch: Diesmal ging die UEF auf die deutschen Veteranen zu, deren Verbände innerhalb der Bundesrepublik als scharfe Kritiker der EVG auftraten.⁵² Diese Initiative gegenüber den deutschen Veteranen stand mit der wiederaufflammenden Be-

⁵⁰ Zumindest gab Henri Frenay im März 1952 den Vorsitz der Kommission ab, woraufhin beschlossen wurde Eugen Kogon über die „opportunité actuelle de cette entreprise, déjà trop retardée“, zu befragen; HAEU, ME-882, Procès-verbal de la réunion du Commission permanente à Bruxelles, 22.03.1952.

⁵¹ HAEU, ME-608, European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 42.

⁵² Vgl. hierzu auch die eingehende Darstellung in SCHÜTZ: Kein Vergessen.

schäftigung der NEI und des ME mit dem „deutschen Problem“ in einem engen Zusammenhang. Einerseits hatte Adenauer in Bad Ems die Verbände der Veteranen gegen den Vorwurf des Militarismus und der Gefährdung der deutschen Demokratie verteidigt, andererseits hatte sich die von Frenay geleitete Kommission Nr. 1 in Hamburg mit den Prozessen gegen deutsche Kriegsverbrecher beschäftigt, welche einen wesentlichen Bestandteil der Propaganda der Veteranenverbände gegen die EVG ausmachten und insbesondere das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich schwer belasteten.⁵³

Der Bericht der Kommission Nr. 1 gestand zwar zu, dass die Durchführung der Kriegsverbrecherprozesse durchaus kritik- und zum Teil auch revisionsbedürftig sei, nicht aber das zugrundeliegende Prinzip „to affirm the preeminence of the fundamental rights of the human beings as the duty of states and individuals to acknowledge, [...] to set against the crimes a universal conscience above state law“, weswegen die pauschale Ablehnung der Prozesse in der deutschen Öffentlichkeit als „particularly dangerous and unfair“ charakterisiert wurde. Die Einrichtung eines europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erschien der Kommission umso mehr als „a vital need“⁵⁴, weil die Kriegsverbrecherprozesse den Ausgleich zwischen Deutschen und Westeuropäern zusätzlich erschwerten, die Klärung des Konflikts hingegen nicht auf bilateralem Weg, sondern nur auf einer gemeinsamen Grundlage und durch eine gemeinsame Instanz erreicht werden könne. Solch eine Verbindung des Kriegsverbrecherproblems mit der europäischen Menschenrechtskonvention war zwar schon von der CDU-Delegierten Helene Weber in der Beratenden Versammlung des Europarats gefordert, aber aufgrund ihrer offensichtlichen Intention einer unterschiedslosen Freilassung aller inhaftierten deutschen Soldaten mit Empörung und einem Abbruch der Diskussion quittiert worden.⁵⁵ Die UEF versuchten hingegen zwischen den deutschen und westeuropäischen Perspektiven zu vermitteln, also zwischen dem hehren Anspruch der Kriegsverbrecherprozesse und ihrer defizitären Wirklichkeit zu differenzieren und dadurch auf eine europäische Entschärfung der Konflikte hinzuwirken. Das Motiv einer europäischen Lösung des Kriegsverbrecherproblems bildete die Grundlage für die Initiative der UEF, welche sich an die deutschen und westeuropäischen Weltkriegsveteranen richtete und im März 1952 konkrete Gestalt annahm.

⁵³ BROCHHAGEN: Nach Nürnberg, S. 130–139; zu den Rehabilitationsbemühungen der Veteranenverbände vgl. MANIG: Die Politik der Ehre.

⁵⁴ HAEU, ME-608, European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 19.

⁵⁵ CE-AC, Deuxième Session, 17. Sitzung, 25.08.1950, S. 925–927.

Am 8. und 9. März 1952 kamen im Hotel Bad Lauterbach in schweizerischen Oftringen Vertreter deutscher und französischer Veteranenverbände zusammen, um sich über Möglichkeiten der Annäherung zwischen beiden Ländern im Rahmen der europäischen Einigung zu verständigen. Vermittelt wurde dieses Treffen von der UEF – neben den Präsidenten des Zentralkomitees und des Exekutivbüros, Eugen Kogon und Henri Frenay, nahmen als Vertreter der deutschen und französischen Föderalistenverbände Otto Blessing für die *Europa-Union* und Jean-Maurice Martin für *La Fédération* an dem Treffen teil. Der *Verband deutscher Soldaten* (VdS) hatte vier Delegierte entsandt,⁵⁶ aus Frankreich waren ebenfalls vier Vertreter verschiedener Veteranen- und Résistanceverbände angereist – allesamt in persönlicher Kapazität, also mit der Zustimmung aber ohne das Mandat ihrer Verbände. Die Anwesenden konstatierten ihr gemeinsames Verlangen nach einem europäischen Zusammenschluss und einer deutsch-französischen Aussöhnung, und sie bestätigten die vom Europarat verabschiedete Charta der Menschenrechte als Grundlage beider Ziele. Auf der gemeinsamen Basis der Menschenrechte und des Einigungswillens versuchten sie dann, die konträren Positionen der deutschen und französischen Vertreter hinsichtlich zweier wesentlicher Konflikte anzugleichen. Den ersten Konfliktpunkt bildete die Waffen-SS, den zweiten die Kriegsverbrecher.

Zwar konnten sich die Anwesenden auf die Formel einigen, dass nur eine Minderheit der Waffen-SS „s’est comportée en tortionnaire est en assassin“; dies änderte jedoch nichts Ablehnung der Waffen-SS als Organisation durch die UEF und die französischen Veteranen: Mitglieder der Waffen-SS seien lediglich als Individuen in die deutschen Veteranenverbände aufzunehmen, deren eigene Verbände hätten sich freiwillig aufzulösen.⁵⁷ Einen ähnlichen Spagat vollführten die Teilnehmer des Veteranentreffens hinsichtlich der Kriegsverbrecher, die insofern ein größeres Problem darstellten, als der VdS das Ende der strafrechtlichen Verfolgung und die Freilassung der Inhaftierten zur Voraussetzung einer Zustimmung zur EVG gemacht hatte. Die UEF und die französischen Veteranen forderten die deutschen Vertreter dazu auf, eine Dokumentation der von ihnen angeprangerten Verfehlungen der Kriegsverbrecherprozesse vorzulegen, sowie keine verurteilten Kriegsverbrecher in ihre Verbände aufzunehmen. Gleichzeitig erteilten die französischen Veteranen und europäischen Föderalisten dem deutschen Verlangen nach Generalamnestie und Anerkennung der kollektiven Ehre der Wehrmachtssoldaten, also ihrem unterschiedslosen Freispruch, mit Verweis auf die Prinzipien der

⁵⁶ Der VdS war im September als Dachverband und Interessensvertreter verschiedener Soldatenbünde gegründet worden. Zu seiner konfliktreichen Gründungsgeschichte vgl. DIEHL: The Thanks of the Fatherland.

⁵⁷ HAEU, UEF-141, Procès-verbal de la réunion des Anciens Combattants à Bad Lauterbach, (adopté lors de la réunion des 28 et 29 Juin 1952), 08./09.03.1952, S. 3.

europäischen Einigung eine klare Absage: „Le problème de l'honneur du soldat allemand' ayant été soulevé, il a été constaté que la notion juridique de culpabilité ou d'honneur d'une collectivité est contraire aux principes de la Charte des Droits de l'Homme accepté au début de la réunion.“⁵⁸ Das Treffen, dessen Beschlüsse über die Waffen-SS und die Kriegsverbrecher keinerlei Konsequenzen von Seiten des VdS nach sich zogen,⁵⁹ verbuchte Henri Frenay als Erfolg. Schon Ende Mai kündigte er im Exekutivbüro der UEF ein weiteres Treffen offiziellen Charakters an, dass unter Hinzuziehung von Veteranenverbänden aus den restlichen vier Mitgliedsländern der Montanunion stattfinden sollte.⁶⁰

Auf diesem zweiten Treffen, das unter der erneuten Leitung Frenays am 28. und 29. Juni 1952 wieder im Hotel Bad Lauterbach stattfand, traten die Gegensätze zwischen Westeuropäern und Deutschen noch deutlicher zutage. In einem Brief, den der VdS-Vorsitzende, Admiral a.D. Gottfried Hansen, im Vorfeld an die Teilnehmer der Konferenz richtete, beharrte dieser unvermindert auf dem Junktim von Generalamnestie und EVG.⁶¹ Die Vertreter des VdS legten auf dem Treffen nicht die angekündigte Dokumentation von Verfehlungen der Kriegsverbrecherprozesse vor, und diese Abwehrhaltung führte auf Seiten der Westeuropäer – nicht zuletzt Henri Frenays – zu empörten Reaktionen. Auch wenn Frenay hervorhob, dass „[l]a discussion n'a pas lieu entre les Allemands d'une part, et tous les autres d'autre part, mais entre Européens“, ließ der VdS in seinen Augen eine wenig europäische Gesinnung erkennen. Dies veranlasste wiederum den Präsidenten der UEF dazu, an die gerade erst überwundene Periode zu erinnern, während der „un régime qui a assassiné 30 à 40 millions d'hommes, de femmes et d'enfants, a pu parler au nom de l'Allemagne.“ Angesichts dieser psychologischen Vorbelastung einer europäischen Einigung und Verständigung mit den Deutschen sei es nur zu verständlich, dass „une partie de l'opinion publique de nos pays se demande si l'opinion allemande et les organisations d'anciens combattants ont rempu avec le régime hitlérien.“⁶²

Aufgrund der unversöhnlichen Gegensätze, an denen das zweite Veteranentreffen nichts zu ändern vermochte, tauchte das Problem der Kriegsverbrecher in der Abschlussresolution

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Tatsächlich traten 1952 zahlreiche Gliederungen der von Veteranen der Waffen-SS gegründeten *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit* dem VdS bei, und auch die Propaganda für eine Generalamnestie fand vorerst kein Ende; WILKE: Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit«, S. 42f.; MANIG: Die Politik der Ehre, S. 456–463.

⁶⁰ HAEU, UEF-135, Réunion du Bureau Exécutif à Strasbourg, 27.05.1952, S. 5f.

⁶¹ HAEU, UEF-141, Lettre adressé par l'Admiral Hansen, président du Verband Deutscher Soldaten aux participants à la réunion des 28/29 Juin 1952, 25.06.1952.

⁶² Ebd., Projet de Procès-verbal de la réunion d'Anciens Combattants Européens de Bad Lauterbach, 28./29.06.1952, S. 23f.

nicht auf. Die Resolution beschränkte sich auf das erneute Bekenntnis zur Charta der Menschenrechte, zur europäischen Einigung und zur weiteren Zusammenarbeit, für die unter dem Dach der UEF ein *Secrétariat permanente des Anciens Combattants* geschaffen wurde.⁶³ Der Spagat zwischen deutschen und westeuropäischen Vorstellungen wurde fortgeführt, und die Beharrlichkeit Frenays schien sich auszuzahlen: Im September 1952 berichtete er im Zentralkomitee der UEF von den fortgesetzten Kontakten zu den Veteranenverbänden und dem Bemühen, diese auf die europäische Föderation einzuschwören und an die UEF zu binden, sowie von einem Besuch beim Vorstandstreffen des VdS, auf dem er Anfang September erneut „vigoureux-ment“ Position gegen die Generalamnestie bezogen habe – scheinbar mit Erfolg, denn „l'on sait aujourd'hui que cette association cherche un moyen de renoncer à son attitude antérieure sans perdre la face.“⁶⁴ Aber diese Zuversicht erwies sich zumindest als verfrüht. Im Zuge der Umwerbung des im Oktober 1952 aus der britischen Haft entlassenen Wehrmachtsgenerals und verurteilten Kriegsverbrechers Albert Kesselring durch die deutschen Soldatenverbände, deren fortwährender Forderung nach einer Generalamnestie sowie militaristischer und nationalistischer Manifestationen kam in der UEF auch die vollkommen entgegengesetzte Überzeugung auf, dass nämlich mit den deutschen Veteranen keine Zusammenarbeit für die europäische Einigung möglich sei.⁶⁵

Die Beilegung oder zumindest Entschärfung des Disputs über die Kriegsverbrecher erschien nicht nur der UEF als Voraussetzung der europäischen Einigung – Belgien vollzog im März 1951 eine „stille Liquidierung“⁶⁶ der Kriegsverbrecherprozesse, was nicht allein mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik in Zusammenhang steht, sondern ebenso mit der anstehenden Unterzeichnung des EGKS-Vertrags. Henri Frenay intensivierte infolge des zweiten Veteranentreffens von Bad Lauterbach seine persönliche Beschäftigung mit dem Problem der Kriegsverbrecherprozesse, und diese Beschäftigung resultierte in einem, gemeinsam mit dem schweizerischen Völkerrechtler Pierre Boissier verfassten Artikel in der von Frenay herausgegebenen Zeitschrift *Monde Nouveau – Paru*. Frenay und Boissier, der schon früh als Kritiker der strafrechtlichen Behandlung der Kriegsverbrecher in Frankreich hervorge-

⁶³ Ebd., Résolution adopté par les participants à la réunion d'Anciens Combattants de Bad Lauterbach, 28./29.06.1952.

⁶⁴ HAEU, UEF-129, Réunion du Comité Central à Strasbourg, 21./22.9.1952, S. 11.

⁶⁵ HAEU, UEF-18, Marco de Meis an Jean-Maurice Martin, 31.10.1952. Zur Umwerbung Kesselrings durch die Veteranenverbände vgl. VON LINGEN: Kesselrings letzte Schlacht, S. 295–297, S. 305.

⁶⁶ LAGROU: Eine Frage, S. 349. Vgl. auch BRÜLL: Belgien im Nachkriegsdeutschland, S. 291, der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen allein auf die Revision des Besatzungsstatuts zurückführt.

treten war,⁶⁷ führten hier den europäischen Spagat zwischen den diametralen Positionen fort. Auf der einen Seite relativierten die Autoren die bloße Möglichkeit einer strafrechtlichen Erfassung von Kriegsverbrechen, weil selbst Verbrechen gegen die Menschheit vom nationalsozialistischen Recht gedeckt gewesen seien und auch nach internationalem Recht sowie dem Recht der besetzten Staaten keine strafrechtliche Handhabe zur Verfolgung der Kriegsverbrechen existiere. Und sie behaupteten wider besseren Wissens, „que l’opinion allemande et notamment les anciens combattants allemands, groupés dans le ‘Verband Deutscher Soldaten’, n’incrimine pas toute la répression“, sondern lediglich die Verfolgung ohne Rechtsgrundlage, weswegen „la répression des crimes de guerre ne rééduque pas, elle pervertit.“⁶⁸ Gleichzeitig betonten die Autoren, dass die von den deutschen Soldaten akzeptierte Gehorsamspflicht gegenüber dem nationalsozialistischen Staat „pouvait faire de chaque Allemand un assassin“, lehnten eine pauschale Freisprechung angeklagter und verurteilter Kriegsverbrecher ab, plädierten für eine Einzelfallüberprüfung strittiger Prozesse und beriefen sich auf „des principes, supérieurs aux lois humaines“ als Legitimationsgrundlage der Nürnberger Prozesse und eines zu entwickelnden internationalen Strafrechts.⁶⁹ Diese „fondements de notre civilisation“ hätten nun mit der europäischen Menschenrechtskonvention eine konkrete Gestalt angenommen und seien zum Ausgangspunkt der europäischen Einigung, zum „ciment des peuples européens“ geworden.⁷⁰ Wie schon die beiden Veteranentreffen in Bad Lauterbach stellten auch Frenay und Boissier die Menschenrechtskonvention als gemeinverbindliche Grundlage der Europäer heraus, nur auf dieser Grundlage erschien auch das Problem der Kriegsverbrecher lösbar. Der offenkundige Widerspruch, die Kriegsverbrecherprozesse aus strafrechtlicher Perspektive infrage zu stellen aber auf ihrer moralischen Legitimität zu beharren, fügte sich in den bewährten Umgang der UEF mit dem „deutschen Problem“ ein: nämlich die verbrecherische Entwicklung des deutschen Staats als konsequenten Ausdruck des grundsätzlichen Problems nationalstaatlicher Souveränität zu präsentieren, wodurch das „deutsche Problem“ in all seinen Aspekten solange als Antinomie erscheinen musste, bis Souveränitätsprinzip und Nationalstaatlichkeit durch die europäische Föderation aufgehoben würden.

Im Exekutivbüro der UEF konnte Frenay schon bald davon berichten, dass sein Artikel in *Monde Nouveau – Paru* „a reçu en général un accueil extrêmement favorable“, und dass weitere Aktionen zur Anbindung möglichst vieler europäischer Veteranenverbände an die UEF ge-

⁶⁷ MOISEL: Résistance und Repressalien, S. 274.

⁶⁸ BOISSIER/FRENAY: Afin que justice soit faite, S. 31, S. 33.

⁶⁹ Ebd., S. 41f.

⁷⁰ Ebd., S. 43.

plant seien.⁷¹ Tatsächlich rückte der VdS nun von seiner Forderung nach einer Generalamnestie ab und konzentrierte sich auf die europäische Menschenrechtskonvention als unverfängliche Argumentationsgrundlage gegen die Kriegsverbrecherprozesse – was jedoch nicht auf die Lektüre des Artikels von Frenay und Boissier zurückzuführen ist, sondern auf den Wunsch des VdS nach politischer Anerkennung, wie sie den ehemaligen Wehrmachtssoldaten durch die Ehrenerklärung Adenauers vor dem Bundestag im Dezember 1952 zuteilwurde.⁷² Das Engagement Frenays und der UEF führte auch nicht zu dem erhofften Ergebnis einer institutionellen Anbindung des VdS, obwohl der Kontakt zwischen deutschen Veteranen und Europaföderalisten fortgesetzt wurde. Im März 1953 veranstaltete der deutsche Mitgliedsverband der UEF, die *Europa-Union*, in Rhöndorf bei Bonn eine Tagung, an der neben Frenay, Kogon und zahlreichen weiteren führenden Mitgliedern der UEF auch 120 deutsche Soldaten, „vom Schützen bis zum General“⁷³ teilnahmen. Aber schon hier zeichnete sich ab, dass die Initiative der UEF zur europäischen Einbeziehung des VdS an eine Grenze gestoßen war. Denn wichtiger als die Präsenz der UEF-Riege und die inhaltlichen Diskussionen erschien den soldatischen Teilnehmern der Rhöndorfer Tagung die Anwesenheit des französischen Generals a.D. und ehemaligen Hochkommissars in Österreich, Marie Emile Antoine Béthouart, der sich ebenfalls für eine europäische Armee „auf der Grundlage gegenseitiger Achtung“⁷⁴ aussprach, aber mit seiner Anerkennung nationaler Traditionen und Organisationsformen den Vorstellungen des VdS weitaus näherstand als die UEF mit ihrer Forderung nach gemischten Kampfverbänden und Kommandostrukturen.

Infolge des Rhöndorfer Treffens konnte Béthouart die Initiative eines Zusammenschlusses der europäischen Veteranen an sich ziehen und schon auf dem zweiten Haager Kongress des ME im Herbst 1953 die Gründung einer *Fédération Européenne des Anciens Combattants* ankündigen.⁷⁵ Er unterschied sich von der UEF weder in seinem Deutschlandbild noch in seiner Unterstützung der europäischen Einigung und der EVG als Lösung des „deutschen Problems“.⁷⁶ Auch bekannte er sich zur europäischen Menschenrechtskonvention als Basis des soldatischen Zusammenschlusses und versuchte ebenfalls, Konfliktpunkte durch gegenseitiges Entgegenkommen zu lösen. So bemühte sich Béthouart um die Zustimmung des VdS zur

⁷¹ HAEU, UEF-135, Réunion du Bureau Exécutif à Paris, 08.11.1952, S. 1f.

⁷² MANIG: Die Politik der Ehre, S. 475.

⁷³ EUROPA-UNION DEUTSCHLAND: Beiträge zum Thema, S. 27.

⁷⁴ Ebd., S. 34.

⁷⁵ HAEU, ME-943, Deuxième Congrès de La Haye, Message de Général Béthouart, 08.10.1953.

⁷⁶ Vgl. hierzu seine Rechtfertigung der EVG in BÉTHOUART: Réflexions, S. 134; DERS.: La peur du risque, S. 28f.

Aufnahmen bestimmter Gruppen von Résistancekämpfern in seinen Verband, weswegen ihm die UEF vorwarf, den deutschen Soldaten ein Vetorecht gegenüber den westeuropäischen Partisanen und Widerstandskämpfern an die Hand zu geben.⁷⁷ Obwohl Béthouart mit seinem soldatischen Selbstverständnis den deutschen Veteranen weitaus näher stand als die UEF, scheiterte letztlich auch sein Versuch der Einbindung des VdS. In beiden Versuchen, den VdS für die europäische Einigung zu gewinnen, reflektiert sich in besonders markanter Weise das Dilemma einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“, welche nur unter Zustimmung der Deutschen erreicht werden konnte. Die hierfür notwendige Überzeugungsarbeit musste angesichts der breiten Opposition in der westdeutschen Gesellschaft gegen die Wiederbewaffnung und die EVG gerade eine Gruppierung wie den VdS einbeziehen, die als Zusammenschluss der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere und -generäle wie kaum ein anderer Interessenverband in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft mit der verhängnisvollen, nationalistischen und militaristischen Tradition Deutschlands identifiziert wurde.⁷⁸

⁷⁷ HAEU, UEF-20, Guglielmo Usellini an Luciano Bolis, 12.11.1953.

⁷⁸ Nicht nur in der europäischen Einigungsdiskussion wurde die deutsche Generalität, die im VdS besonders präsent war, als virulente Gefahr für die deutsche Demokratie und den europäischen Frieden wahrgenommen, auch die Bundesregierung und die Besatzungsbehörden sahen im VdS eine potentielle, national-revanchistische Bedrohung; LARGE: *Germans to the Front*, S. 191f.

7 Deutschland als strukturelles Problem zwischen Ost und West

Die territoriale „deutsche Frage“ bildete den Ost-West-Konflikt in konzentrierter Gestalt ab. Die Teilung Deutschlands infolge des Zweiten Weltkriegs zog die „Teilung der Welt“¹ in ideologisch, politisch und gesellschaftlich gegensätzliche und um globalen Einfluss konkurrierende Blöcke nach sich. Deutschland war und blieb das Zentrum dieses Konflikts. Wenngleich sich sein Beginn mit guten Gründen auf das Jahr 1917 und die russische Oktoberrevolution zurückdatieren lässt, so manifestierte und verstetigte sich der Ost-West-Konflikt doch erst infolge des Kriegs, den das „Dritte Reich“ gegen Ost und West geführt hatte. Der territoriale Ausdruck dieses globalen Konflikts in der deutschen Teilung wirkte als Symbol des gemeinsamen Siegs über das nationalsozialistische Deutschland, mit dem die jeweiligen Ansprüche und Legitimationsstrategien der östlich-staatssozialistischen und westlich-kapitalistischen Dominanz der Supermächte verbunden blieben.² Dies lässt sich schon daran ablesen, dass sich die konkurrierenden Systeme gegenseitig als mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt, als „faschistischer Kapitalismus“ beziehungsweise als „Totalitarismus“ zu delegitimieren versuchten. Deutschland nahm in den jeweiligen Perspektiven nicht nur aus geographischen und politischen Gründen eine hervorgehobene Position im Ost-West-Konflikt ein, sondern auch aus historischen Gründen, die in der Nachkriegszeit und im Systemkonflikt fortwirkten.³

Die deutsche Teilung war insofern nur Ausdruck eines historischen Prozesses, der von Deutschland ausgegangen war und der politische Maßnahmen in bisher unbekanntem Ausmaß nach sich zog – von der bedingungslosen Kapitulation und der vollständigen Besetzung und Aufteilung Deutschlands, über die Nürnberger Prozesse, die Entnazifizierung und die Umerziehungspolitik, bis hin zu den Grenzveränderungen und der Vertreibung großer Bevölkerungsgruppen.⁴ Der Ost-West-Konflikt entfachte sich in der Nachkriegszeit sowohl in als auch um Deutschland: Deutschland als gedachte Einheit blieb trotz seiner manifesten Teilung ständiger Referenzpunkt der strategischen Positionierung beider Supermächte, weswegen James McAllister eben nicht von einem bipolaren, sondern von ei-

¹ LOTH: Die Teilung der Welt.

² Dan Diner spricht von einem „Weltbürgerkrieg der Werte und Ideologien“ zwischen der UdSSR und den USA, einem Gegensatz der gesellschaftlichen Weltdeutungen, der vom gemeinsamen Kampf gegen die biologistische und für beide Seiten inkompatible Weltdeutung des „Dritten Reichs“ kurzfristig überlagert wurde; DINER: Das Jahrhundert verstehen, S. 66.

³ DÜLFFER: Europa im Ost-West-Konflikt, S. 5f.

⁴ Grenzveränderungen und Bevölkerungstransfers zur geopolitischen und demographischen Stabilisierung betrafen nicht nur Deutschland. So führt Timothy Snyder die ethnische Homogenisierung Litauens, Polens, der Ukraine und Weißrusslands infolge des Zweiten Weltkriegs auf Stalins Annahme eines erneuten deutschen Angriffs zurück; SNYDER: The Reconstruction of Nations, S. 184.

nem „latent tripolar system“⁵ spricht. Deutschland als Einheit in eines der beiden Lager hineinzuziehen, würde das ohnehin schon prekäre machtpolitische Gleichgewicht zerstören, weswegen Deutschland als Einheit überhaupt nur im eigenen Lager vorstellbar war, die Wiederherstellung dieser Einheit also dem Ende des Systemkonflikts gleichkam. Die nationale „deutsche Frage“ nach der Einheit und den Grenzen Deutschlands konnte nur durch einen Friedensvertrag geregelt werden, auf dessen Zustandekommen Westeuropa lediglich mittelbar – durch Frankreich und Großbritannien – würde Einfluss nehmen können. Deswegen stellte sich die „deutsche Frage“ aus Perspektive der westeuropäischen Einigungsdiskussion als struktureller Aspekt des „deutschen Problems“ dar: die deutsche Teilung und die ungeklärten Grenzfragen, die Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen und die unterstellte Fixierung der Deutschen auf den Osten schienen einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“ entgegenzustehen. Sie wurden als Faktoren der permanenten Destabilisierung der Bundesrepublik verstanden, deren Zukunft als demokratischer, westlich-europäisch eingebundener Staat gemeinsam mit der „deutschen Frage“ offenblieb. Gerade weil die „deutsche Frage“ nicht durch die europäische Integration der Bundesrepublik gelöst werden konnte, widmete sich die europäische Einigungsdiskussion mit besonderer Intensität ihrer territorialen, demographischen und charakterlichen Ausdrucksformen.

7.1 Deutsches Land

Deutsche oder europäische Einheit?

Die Neuordnung Mittel- und Osteuropas infolge des Zweiten Weltkriegs, insbesondere die Westverschiebung der polnischen und deutschen Ostgrenzen sowie die dadurch ausgelösten Bevölkerungstransfers von mehreren Millionen Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa in die Gebiete der vier Besatzungszonen stellten für die westeuropäische Einigungsdiskussion eine politische und moralische Herausforderung dar. Wenn auch das Potsdamer Abkommen grenz- und bevölkerungspolitische Fakten schuf, standen die Grenzen Deutschlands doch unter dem Vorbehalt der endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag. Die Westmächte und insbesondere Frankreich fassten eine Rückkehr hinter diesen Status quo, also zu den in Deutschland geforderten „Grenzen von 1937“, nicht als politisches Ziel ins Auge.⁶ Dennoch beschäftigte die territorial bestimmte „deutsche Frage“ die westeuro-

⁵ McALLISTER: No Exit, S. 11.

⁶ MIARD-DELACROIX: Question nationale allemande, S. 132f.

päische Einigungsdiskussion in dreifacher Hinsicht: Erstens durch die zwar nicht wahrscheinliche, aber dennoch mögliche Revision der deutschen Ostgrenzen im Zuge einer Wiedervereinigung. Zweitens durch die Forderungen der Benelux-Staaten nach Grenzkorrekturen im Westen. Und drittens durch die Herauslösung des Saargebiets aus der französischen Besatzungszone und somit aus dem deutschen Territorialverband.

Diese dreifach gestellte „deutsche Frage“ fand in der europäischen Einigungsdiskussion auf unterschiedliche Weise Widerhall. Unmittelbar betroffen waren die Westeuropäer von den Territorialdisputen im Westen, also der Herauslösung der Saar und den von Frankreich unterstützten Forderungen der Benelux-Staaten nach Grenzkorrekturen. Die deutsche Westgrenze blieb noch bis Anfang der 1960er Jahre ein Zankapfel zwischen den Benelux-Staaten und der Bundesrepublik und drohte zeitweise die europäische Einigung infrage zu stellen, und die minimalen Grenzkorrekturen stießen nicht nur in den Benelux-Staaten selbst auf eine europäisch inspirierte Kritik. Eine sich gleichermaßen europäisch gebende Abwehrhaltung formulierte auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold, jedoch erweckte das europäische Argument zur Verhinderung territorialer Veränderungen, sobald sie von deutscher Seite kam, den Verdacht einer nationalistischen Instrumentalisierung des Europagedankens und Zweifel an der europäischen Gesinnung der Deutschen.⁷

Solch eine nationalistische Reaktion antizipierten auch die schärfsten Kritiker der Grenzkorrekturen, nämlich die UEF. Auf die Londoner Erklärung der sechs Mächte vom 26. März 1949, die solche Grenzkorrekturen zugunsten der Benelux-Staaten prinzipiell – wenn auch in unbestimmtem Ausmaß – in Aussicht stellte,⁸ reagierte der Verband mit einer eigenen Resolution. Schon auf dem Kongress in Montreux im August 1947 war die UEF in ihrem deutschlandpolitischen Antrag auf die Problem der Grenzen eingegangen, welches „par l’agression et par la capitulation du Reich“ entstanden sei und nur durch die europäische Föderation „d’une manière satisfaisante pour tous les intéressés“ gelöst werden könne.⁹ Als sich im Vorfeld der westdeutschen Staatsgründung die Diskussion über das „deutsche Problem“ intensivierte, entwarf der Präsident des Zentralkomitees, Henri Frenay, eine Resolution „à propos des rectifications des frontières“ für das Exekutivbüro, die eine scharfe Kritik der Position Frankreichs und der Benelux-Staaten enthielt. Zwar zweifelte sie nicht am prinzipiellen Recht dieser Staaten auf Reparationen, charakterisiert jedoch deren Versuche, Grenzkorrekturen gegenüber Deutschland durchzusetzen, als in mehrfacher

⁷ WIELENGA: Vom Feind zum Partner, S. 39–44; BRÜLL: Belgien im Nachkriegsdeutschland, S. 163–170.

⁸ Ebd., S. 219.

⁹ UNION EUROPEENNE DES FEDERALISTES: Rapport du premier congrès annuel, S. 127.

Hinsicht kontraproduktiv: Nicht nur widerspreche die Forderung nach Grenzverschiebungen dem Recht der Nationen und der Völker, auch legitimiere sie die Annexionspolitik der UdSSR, zu der lediglich ein quantitativer, aber kein qualitativer Unterschied bestehe. Solch eine „politique nationaliste“ erschien angesichts der gegenwärtigen politischen Lage, in der sich der Einigungsgedanke im Bewusstsein der europäischen Regierungen und Völker verbreite, „périmée et dangereuse“. Die UEF sah die gefährlichen Konsequenzen dieser Politik insbesondere in der entstehenden Bundesrepublik heraufziehen, denn sie sei „de nature à favoriser en Allemagne le développement d'un sentiment super-nationaliste et revanchard et peut-être même de ressusciter une forme nouvelle de national-socialisme.“¹⁰ Was die UEF als Reaktion auf die Grenzkorrekturen befürchtete, war die Gleichsetzung der Politik des Westens mit der des Ostens, wodurch die europäische Einigung unter den Deutschen diskreditiert und die Option eines deutschen Ausgleichs mit der UdSSR an Anziehungskraft gewinnen würde.

Hier spiegelt sich eine widersprüchlich anmutende Grundsatzposition der UEF wider: Die Ablehnung eines deutschen Staates bei gleichzeitigem Beharren auf der territorialen Integrität Deutschlands. Im April 1950 stellte das Zentralkomitee fest, dass die politische Entwicklung der Bundesrepublik seit ihrer Gründung in den zu erwartenden nationalistischen Bahnen verlaufe, gegen die man Stellung beziehen müsse, „car les dangers totalitaires sont plus que jamais à craindre [...]“.¹¹ In einer Resolution beklagte es die Stagnation des Einigungsprozesses in der Beratenden Versammlung des Europarats und forderte eine neue Initiative zur Errichtung einer europäischen Föderation, weil „l'incertitude actuelle accroît les chances de succès de l'offensive totalitaire, notamment dans l'Allemagne divisée [...]“.¹² Aus Sicht der UEF stellte der Einigungsdrang der Deutschen, insofern er in einem souveränen Staat Ausdruck fände, eine kaum zu überschätzende Gefahr für den Frieden dar, weswegen dieser Einigungsdrang, wie die deutsche Staatlichkeit selbst, in der europäischen Föderation aufgehoben werden müsse. Als Henri Brugmans auf dem Kongress der deutschen *Europa-Union* in Hamburg im Mai 1949 das Verbandsmotto „Une Allemagne unie dans une Europe unie“ vorschlug, lag die Betonung dementsprechend auf dem geeinten Europa – die europäische Föderation erschien als einzige Alternative zu den militärischen oder neutralistischen Optionen einer Wiedervereinigung, somit der Abwendung der Deutschen von Europa und ihren Rückfall in den Nationalismus.¹³

¹⁰ HAEU, UEF-246, Supplément au Bulletin N° 1, April 1949.

¹¹ HAEU, UEF-128, Procès-verbal de la réunion du Comité Central à Paris, 22./23.04.1950, S. 11.

¹² Ebd., Résolution politique, 22.04.1950.

¹³ HAEU, UEF-246, Bulletin No. 3, Juni 1949, S. 20f.; Ernst von Schenck hielt es in seinem Kongressbericht für notwendig darauf hinzuweisen, dass dieses Motto von Brugmans im Namen der UEF ausgege-

Henri Frenay stellte diesen Konnex von deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einigung in seiner Rede auf dem Kongress der *Europa-Union* noch deutlicher heraus. Er sprach davon, dass „[l]’organisation de l’Allemagne doit être conçue par tous, alliés ou allemands, pour ébaucher l’union européenne.“ Damit war die Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Mitglieder einer europäischen Föderation gemeint, die Sonderwege bei der Behandlung Deutschlands genauso ausschließe wie deutsche Sonderwege zur Wiederherstellung der nationalen Einheit. „L’unité de l’Allemagne ne peut être envisagée tant que son territoire sera occupé par les armées étrangères.“ Die Forderung der UEF nach Freiheit und Einheit Deutschlands müsse mit der Forderung der Deutschen nach Freiheit und Einheit Europas einhergehen, nur in diesem Zusammenhang seien die jeweiligen Forderungen überhaupt sinnvoll zu stellen:

Si dans le même moment où vous demandez et à nous demandons avec vous qu’il vous soit accordé vos libertés, vous n’affirmez pas et prouveriez pas en actes que ces libertés vous les utiliserez pour la démocratie et pour l’internationalisme européen, alors vous auriez trahi ceux qui veulent mettre en vous leur confiance – vous auriez donné raison à nos ennemis qui sont aussi les vôtres. Ce sont eux qui triompheraient et leur triomphe signifierait encore la guerre où sombrerait cette fois notre civilisation.¹⁴

Aus Sicht der UEF hatten die Deutschen in Vorleistung zu treten und sich dem ihnen gewährten Vorschussvertrauen würdig zu erweisen; so sollten etwa die deutschen Föderalisten die *Campagne pour un pacte fédéral* ungeachtet der noch nicht erfolgten Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat und des Konflikts um die Saar unterstützen, wie Frenay im Februar 1950 in einem Brief an Otto Blessing von der *Europa-Union* forderte: „Si l’Allemagne n’y participait pas pour des raisons purement formelles, les conséquences politiques pourraient en être graves“, während eine Unterstützung der Kampagne und deren Erfolg in Deutschland dazu führe, dass die „inquiétudes, fondées ou non, qui s’expriment ici : remilitarisation, potentiel économique dangereux, seront ipso facto détruites [...]“.“¹⁵

Die UEF sprach die Grenzkonflikte zwar offen an, ordnete sie aber gleichzeitig ihrer Forderung nach einer Föderation als Gesamtlösung unter und lehnte daher eine gesonderte Behandlung und Lösungsstrategie ab. In den anderen Foren der Einigungsdiskussion wurde die Grenzfrage entweder ignoriert, oder es wurde von ihrem spezifischen Konfliktpotential abstrahiert. Die Delegierten der Beratenden Versammlung, die sich dem Thema überhaupt annahmen, artikulierten lediglich die Überzeugung, dass Staatsgrenzen in ökonomischer wie in politischer Hinsicht ein zu überwindendes Relikt der Vergangenheit seien.

ben worden war, um Verwechslungen mit den Kommunisten und den Nationalisten zu vermeiden; HAEU, UEF-141, Ernst von Schenck, Rapport du Congrès de l’Europa Union, 25.05.1949, S. 5.

¹⁴ HAEU, UEF-246, Bulletin No. 3, Juni 1949, S. 17f.

¹⁵ HAEU, UEF-7, Henri Frenay an Otto Blessing, 21.02.1950.

Diese Überzeugung verband sich nicht nur mit praktischen Forderungen der Einigungsdiskussion nach einem europäischen Pass, dem Abbau von Handelsbarrieren und der Errichtung einer Zollunion sowie der Europäisierung der Rohstoffproduktion. Sie betraf auch das Selbstverständnis Europas als zivilisatorische Einheit, dessen Existenz die zwischenstaatlichen und geographischen Grenzen aufhebe. „Notre Europe est la seule Europe disponible. Ce n'est pas l'Europe de la géographie, ce n'est même pas l'Europe de l'espérance; c'est l'Europe de la nécessité“, so der Initiator des Europarats und ehemalige französische Außenminister, Georges Bidault, in seiner ersten Rede vor der Beratenden Versammlung. Die Einigung Europas aus existentieller Notwendigkeit sollte die Zufälle der Geographie und die sich in den Grenzstreitigkeiten reflektierenden, nationalen Ansprüche überwinden. Bidault sprach konkret den deutsch-französischen „cauchemar de la frontière“ an und formulierte die gemeinsame Aufgabe dafür zu sorgen, dass jene Grenze, „cette cicatrice de l'histoire, si longtemps brûlante, soit à l'avenir pacifiée.“¹⁶

Mit der Aufnahme der Bundesrepublik und der Saar als assoziierte Mitglieder in den Europarat hoffte Bidault auf diese Befriedung hinzuwirken. Angesichts der aufgeheizten Stimmung im deutschen Bundestagswahlkampf im Kontext des Saarkonflikts¹⁷ formulierte Bidault zwei Fragen, welche sich die demokratischen Parteien der Bundesrepublik stellen sollten: „La première: par qui l'Europe et les Européens ont-ils souffert?... La seconde: par qui eux-mêmes ont-ils souffert?“¹⁸ Mit diesen Fragen hoffte Bidault den deutschen Demokraten zu veranschaulichen, auf welch gefährliche Abwege die nationalistische Instrumentalisierung der Territorialkonflikte führe. Sein Beharren auf dem „Europa der Notwendigkeit“ anstatt eines Europas der Geographie diene einer Delegitimierung der deutschen Ansprüche auf die Saar, welche mit der Erweckung der konfliktreichen Vergangenheit assoziiert wurden. In seiner Charakterisierung des Denkens in geographischen und territorialen Kategorien als eines Verharrens in der Vergangenheit, die durch die europäische Einigung zu überwinden sei, konnte sich Bidault der Unterstützung seiner Kollegen sicher sein. Der belgische Liberale Roger Motz bezeichnete die zwischenstaatlichen Grenzen etwa als „indigne de notre civilisation [...]. J'espère cependant qu'on en gardera quelques-uns comme on garde quelques chambres de torture en témoignage de la barbarie de nos ancêtres.“¹⁹

¹⁶ CE-AC, Première Session, 6. Sitzung, 17.08.1949, S. 297, S. 301.

¹⁷ Verschiedene deutsche Politiker hatten den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat vom Fernbleiben der Saar abhängig gemacht, da eine Aufnahme der Saar deren Separation von Deutschland festschreiben würden; vgl. ENDERS: Der Konflikt, S. 28f.

¹⁸ CE-AC, Première Session, 6. Sitzung, 17.08.1949, S. 301.

¹⁹ Ebd., 11. Sitzung, 24.08.1949, S. 639.

In der nächsten Sitzungsperiode ging der italienische Außenminister Carlo Sforza vor der Beratenden Versammlung noch einen Schritt weiter, als er den Ärmelkanal als „erreur géographique“²⁰ bezeichnete. Georges Bidault schloss sich dieser Charakterisierung an und fügte noch die Ostsee als weiteren geographischen Fehler Europas hinzu, wodurch die wenig integrationswilligen Briten und Skandinavier zum selbstverständlichen Bestandteil des ideellen Europas erklärt wurden.²¹ Gleichzeitig verstärkte sich 1950 das Bewusstsein jener Grenze, die auch durch die Beschwörung der zivilisatorischen Einheit Europas nicht aufzuheben war, sondern vielmehr deren Ausbreitungsgrad markierte, wie es Harold Macmillan von den britischen Konservativen anhand einer historischen Analogie verdeutlichte: „By a strange coincidence, if you look at Europe today, the frontiers of free Europe are almost exactly those of Charlemagne.“²² Die ideelle Aufhebung der inneren, zwischenstaatlichen wie geographischen Grenzen Europas ging einher mit der Aufrichtung der äußeren Grenze Europas als zivilisatorischer Einheit – und diese Grenze verlief mitten durch Deutschland. Noch deutlicher als Macmillan nahmen die NEI diese zivilisatorische Grenzziehung vor, die zwar die Hinnahme der Grenzveränderungen im Osten durch die angelsächsischen Mächte auf der Potsdamer Konferenz als „prématurée“ bezeichneten, gleichzeitig aber den Eisernen Vorhang als „limes nouveau“ charakterisierten, als Grenze zwischen Zivilisation und Barbarei.²³

Für die NEI markierte die objektive Grenze des zu einigenden Europas gleichzeitig die wünschenswerte Grenze des zu integrierenden Deutschlands, weil sie das „deutsche Problem“ in erster Linie mit dem preußischen Protestantismus identifizierten. Die preußisch-protestantische Tradition schien ihnen durch die Teilung Deutschlands schlichtweg exterritorialisert, was dem Projekt eines im christlichen – oder eher: katholischen – Bewusstsein geeinten Europas entgegenkam.²⁴ Adenauer stützte diese Sichtweise vor allem im klandestinen *Genfer Kreis*, an dessen Treffen er ab Sommer 1948 teilnahm. Gegenüber französischen Christdemokraten teilte er seine Überzeugung mit, dass die Teilung Deutschlands aufgrund der Einbeziehung der Ostzone in die sowjetische Planwirtschaft und die Einführung zweier Währungen besiegelt sei und sich an diesem Fakt vorerst nichts ändern lasse. Es gehe nun darum die Gefahr für Westdeutschland zu bannen, „d’y voir s’y instau-

²⁰ Ebd., Deuxième Session, 22. Sitzung, 18.11.1950, S. 1291.

²¹ Ebd., 26. Sitzung, 23.11.1950, S. 1589.

²² Ebd., 8. Sitzung, 15.08.1950, S. 436.

²³ ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 46, S. 40.

²⁴ GEHLER/KAISER: Transnationale Parteienkooperation, S. 62. Diesbezüglich waren sich westeuropäische Christdemokraten und osteuropäische Kommunisten übrigens sehr nahe: Auch in Polen und der Tschechoslowakei herrschte noch in den 1950er Jahren wenig Vertrauen gegenüber der „preußischen“ DDR; vgl. WEBER: *Timor Teutonorum*, S. 86.

rer un nouveau nationalisme tourné vers l'Est.²⁵ Der Schlüssel hierzu sei die Ankurbelung der westdeutschen Wirtschaft. Aussagen wie diese hoben Adenauer in den Augen der westeuropäischen Christdemokraten gegenüber anderen, auf die Vereinigung der Besatzungszonen pochenden CDU-Politikern wie Jakob Kaiser hervor; sie ließen ihn als Personifikation der christlich-westeuropäischen Reorientierung Deutschlands erscheinen und besänftigten die Furcht vor einem deutsch-russischen Ausgleich auf Kosten Europas.²⁶

Die Exterritorialisierung des „deutschen Problems“ durch die deutsche Teilung, die sich im Rahmen der NEI auch daran bemerkbar machte, dass etwa die Herrschafts- und Unterdrückungsmethoden jenseits des Eisernen Vorhangs als „camps de concentration“, „travail forcé“ und „déportations“²⁷ verurteilt und in einen – zumindest begrifflichen – Zusammenhang mit der westeuropäischen Erfahrung des Nationalsozialismus gestellt wurden, hatte zur Folge, dass die NEI aus eigener Motivation die deutsche Teilung nicht thematisierten. Erst 1954, anlässlich der Berliner Viermächtekonferenz und dann im Zuge des Scheiterns der EVG, bezogen sie Stellung zur Wiedervereinigung und bezeichneten diese als „postulat essentiel à l'unité européenne“, nur um gleichzeitig die Bedingung aufzustellen: „Les frontières de cette Allemagne ne peuvent cependant jamais être autres que celles de la liberté et de la paix.“²⁸ Die Grenze Deutschlands hatte die Grenze der Freiheit und somit die Grenze des geeinten Europas zu sein – die NEI bestätigten mit ihrer späten Stellungnahme nur, was ohnehin die Überzeugung der europäischen Einigungsdiskussion war: Die deutsche Wiedervereinigung war der Einigung Europas unterzuordnen, sie war unabhängig von dieser Einigung hingegen weder vorstellbar noch erwünscht.

Wie auch die UEF schon in einer Resolution über die erste Stalin-Note vom 10. März 1952 geschrieben hatte, wäre eine deutsche Neutralität vollkommen inakzeptabel: Keinerlei Bedingungen, vor allem nicht die einer zukünftigen deutschen Neutralität, dürfe an die Durchführung freier Wahlen „sous contrôle international“ geknüpft werden. Das zukünftige, vereinte und demokratische Deutschland „doit être libre d'adhérer à la Fédération Européenne, car c'est au sein d'une telle Fédération seulement que peut être garanti l'avenir libre, indépendant, démocratique et pacifique du peuple allemand.“²⁹ Den Deutschen sollte ihre Freiheit garantiert werden, sich für die europäische Föderation zu ent-

²⁵ TPcC, Dok. 28: Treffen in Genf [Genfer Kreis] zwischen deutschen Politikern der Außenpolitischen Kommission der CDU und französischen Persönlichkeiten, Zusammenfassung, Barthelemy Ott, 01.07.1948, S. 137.

²⁶ GEHLER/KAISER: Transnationale Parteienkooperation, S. 43f.

²⁷ ADCP, 09-002-012, Nouvelles Equipes Internationales: L'Europe et la Paix. Congrès de Bad Ems. 14, 15 et 16 Septembre 1951, S. 64.

²⁸ ACDP, 009-002-003, Réunion du Comité directeur, Annexe 4: Communiqué de Presse, 13.02.1954. Vgl. ACDP, 09-002-015, VIIIème Congrès des NEI – Bruges, 10.–12.09.1954, Procès-verbal, S. 19.

²⁹ HAEU, UEF-102, Résolution Politique N° 2 adoptée par le IVème Congrès à Aix-la-Chapelle, 29.–31.03.1952.

scheiden – die europäische Föderation sei aber wiederum die einzige Garantie der Freiheit der Deutschen. Deswegen dürfe die Integration der Bundesrepublik nicht von einer vagen Aussicht auf die nationale Wiedervereinigung verzögert werden, ganz im Gegenteil: Gerade die Vorstellung einer möglichen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ließ die Integration als umso dringender erscheinen.

Denn die „deutsche Frage“ betraf nicht nur die Westgrenzen der Bundesrepublik oder deren Wiedervereinigung mit der DDR. Ein noch größeres Eskalationspotential für die Konflikte um Grenzen und Territorien wurde in der Einigungsdiskussion den jenseits der Oder-Neisse-Linie gelegenen, ehemaligen deutschen und nun zu Polen und der Sowjetunion gehörenden Gebieten zugesprochen. Aus westeuropäischer Sicht waren diese Gebiete eine deutsche Begehrlichkeit und ein sowjetisches Lockmittel mit dem Potential, entweder einen Wechsel der Bundesrepublik ins gegnerische Lager oder einen neuen Krieg zu provozieren. „Every German must have a desire – he cannot help himself – for certain territorial re-arrangements on the Continent of Europe [...] and it is hardly to be believed that there is any German who does not want a revision of the Oder-Neisse frontier“, so der britische Konservative Christopher Hollis im September 1952. Gerade weil dieser Wunsch so selbstverständlich sei, erscheine es sinnlos, darüber zu urteilen. Wichtig sei vielmehr, politisch auf diese Herausforderung zu reagieren. Denn durch die Wiederbewaffnung würde die Bundesrepublik weiter gestärkt werden, und es sei „absolutely certain that one day, when Germany grows strong enough – it may be in five years or more, or fewer – Germany will, in one form or another, make a demand for the liberation of her Eastern territory.“³⁰

Hollis traf sich in dieser Feststellung mit Guy Mollet, obwohl die beiden diametrale Positionen hinsichtlich der NATO- oder EVG-Integration der Bundesrepublik vertraten.³¹ Mollet erblickte dasselbe Bedürfnis der Deutschen nach Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete jenseits der Oder-Neisse-Linie und sah deswegen die Möglichkeit heraufziehen, die Sowjetunion könne „avoir non plus seulement la neutralité, mais l'aide de l'Allemagne de demain [...]“.³² Mollets Schreckensvision einer erneuten deutsch-russischen Allianz auf Kosten Polens hatte zwar in der Nachkriegszeit keine realpolitische,³³ hingegen eine erfahrungsgeschichtliche Grundlage. Die Fortsetzung der ungeklärten deutschen Territorialität

³⁰ CE-AC, Quatrième Session, 13. Sitzung, 17.09.1952, S. 340f.

³¹ Zu den Positionen von Hollis und Mollet vgl. Kap. 5.2. Auch die Gegner jeglicher Form der deutschen Wiederbewaffnung fokussierten auf die Oder-Neisse-Linie. Im Dezember 1953 besuchte gar eine überparteiliche Delegation der französischen Nationalversammlung unter der Leitung Edouard Daladiers die ehemals deutschen, nun zu Polen gehörenden Gebiete und setzte sich für die Anerkennung der neuen Grenzziehung ein; WEBER: Edouard Daladier en Pologne.

³² CE-AC, Quatrième Session, 7. Sitzung, 29.05.1952, S. 208.

³³ Vgl. hierzu LAUFER: Stalins Friedensziele.

nach 1945/49 hielt in allen Ländern, die in der Vergangenheit unter den deutschen Expansionsbestrebungen gelitten hatten – und das waren sämtliche Nachbarn Deutschlands mit Ausnahme der Schweiz und Österreichs, welches sich 1938 „heim ins Reich“ hatte holen lassen – das Bewusstsein eines möglichen, neuerlichen Revanchismus der Deutschen wach.³⁴

„Germanisches Land“ als europäisches Territorium: Der Saarkonflikt

Aus französischer Perspektive brachten die Stalin-Noten nicht nur die Gefahr einer Revision der Ostgrenzen, sondern ebenso der Westgrenzen Deutschlands mit sich, weil das erweckte deutsche Verlangen nach Wiedervereinigung auch den ohnehin schon schwelenden Saarkonflikt vermehrt in den Fokus rücke.³⁵ Weitaus systematischer und durchdachter als mit den deutschen West- und Ostgrenzen oder der deutschen Wiedervereinigung, auf die nur ein unbedeutender Einfluss ausgeübt werden konnte, setzte sich die europäische Einigungsdiskussion mit dem Konflikt um die Zugehörigkeit und den Status der Saar auseinander. Der Status der Saar als eines autonomen, in einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich verbundenen Territoriums bildete einen der strittigsten Punkte im zwischenstaatlichen Verhältnis Frankreichs und der Bundesrepublik, wie auch im Rahmen der europäischen Einigungsdiskussion und -politik. Eine Ausnahme stellen auch hier die NEI dar, die das Konfliktpotential der deutschen Grenzen so weit wie möglich ignorierten. Sie positionierten sich in der Saarfrage nur insofern, als sie 1948 gemeinsam mit einer westdeutschen auch eine saarländische Equipe in ihren Verband aufnahmen – eine Entscheidung, die just in jener Sitzung des Exekutivkomitees getroffen wurde, an der erstmals Konrad Adenauer teilnahm und zu der er „en particulier, donne son accord [...]“.³⁶

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Saarfrage fand in den NEI nicht statt, dennoch drängte der Konflikt aufgrund der Präsenz sowohl bundesrepublikanischer als auch saarländischer Christdemokraten in das Verbandsgeschehen hinein. Als 1951 der Jahreskongress der NEI erstmals in Deutschland stattfinden sollte und von Adenauer mit Verweis auf die anstehenden Wahlkämpfe kurzfristig verschoben wurde, mutmaßte Generalsekretär Robert Bichet über einen Zusammenhang mit dem Saarkonflikt der insbesondere der SPD als Wahlkampfmunition diene, weswegen eine Konferenz unter Anwesenheit einer saarländischen Delegation der CDU zu schaden drohe.³⁷ Tatsächlich trat der Saarkon-

³⁴ WEBER: *Timor Teutonorum*, S. 143f.

³⁵ SOUTOU: *La France*, S. 267.

³⁶ ACDP, 09-002-005/1, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à la Haye, 16.09.1948; vgl. Kap. 3.2.

³⁷ Ebd., Robert Bichet an Lambert Schaus, 12.04.1951. Vgl. Kap. 6.

flikt dann auf der Konferenz zutage, die im September 1951 in Bad Ems stattfand: Die saarländische Equipe beschwerte sich darüber, dass einerseits die Flagge der Saar als einzige sämtlicher anwesender Nationen nicht gehisst worden sei, und dass andererseits die CDU Personen auf die Konferenz eingeladen habe, welche einer im Saarland verbotenen Partei angehörten.³⁸ Konsequenzen oder eine politische Debatte zog dieser Vorfall, der das Verhältnis auch der CDU zu den autonomistischen Christdemokraten des Saargebietes deutlich vor Augen führte, hingegen nicht nach sich.

Die UEF entwickelte gegenüber der Saarfrage eine nuanciertere Position als gegenüber der von den Benelux-Staaten und Frankreich geforderten Grenzveränderungen im Westen, welche rundheraus abgelehnt wurden. Im Gegensatz hierzu unterblieb im Fall der Saar das Argument, traditionell deutsche Territorien dürften nicht aus dem von der Bundesrepublik beanspruchten Gebiet herausgelöst werden, auch wenn in beiden Fällen ein durchaus vergleichbares Konflikt- und nationalistisches Mobilisierungspotential erkannt wurde. Als die Aufnahme der Bundesrepublik und der Saar als assoziierte Mitglieder in den Europarat zur Debatte stand,³⁹ verabschiedete das Zentralkomitee der UEF eine Resolution über die Saarfrage. Diese basierte auf einer langen Einschätzung der Deutschlandkommission Ernst von Schencks. Dessen Ausführungen stellten nicht nur die französisch-deutschen Interessenkonflikte heraus, sondern auch das Problem, dass einerseits „la Sarre en raison de son caractère ethnique, culturel et historique fasse partie de la sphère culturelle allemande“, die Saarregierung jedoch „malgré cela“ für die Autonomie optiert habe. Sollte sie diesen fragwürdigen Standpunkt in einem geeinten Europa tatsächlich beibehalten, dann werde die Saar eben „un Etat pygméen de langue allemande“ bleiben, mit dem sich Frankreich und Deutschland abzufinden hätten. Gegenwärtig hingegen gefährde der Status der Saar nicht nur den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat, sondern vor allem „l’enthousiasme que cette adhésion pourrait soulever en Allemagne [...]“.⁴⁰

Weil eine baldige, allseits befriedigende Lösung nicht in Aussicht stand und der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat offenbar als unaufschiebbar betrachtet wurde, blieb von Schenck nichts anderes übrig als sich für ein Prozedere auszusprechen, das ohnehin im Gange war: So forderte das Zentralkomitee schließlich in seiner Resolution die sofortige Aufnahme der Bundesrepublik und der Saar als assoziierte Mitglieder in den Europarat unter dem Hinweis, dass die Mitgliedschaft der Saar „ne préjuge pas son état défini-

³⁸ ACDP, 09-002-002, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif à Bad Ems, 14./15.09.1951, S. 9. Gemeint war hiermit die Demokratische Partei Saar (DPS), die am 21. Mai 1951 vom saarländischen Innenministerium als verfassungsfeindlich verboten worden war; vgl. BECKER: Die Entwicklung, S. 276.

³⁹ Vgl. Kap. 4.2.

⁴⁰ HAEU, UEF-141, Commission pour l’étude des problèmes allemands, Projet d’une résolution concernant de la Sarre, 05.02.1950, S. 1f.

tif dans la communauté européen, c'est-à-dire que ni l'autonomie de la Sarre ni son incorporation dans l'espace économique français ne peuvent être considérées comme un fait accompli.“ Daraufhin sollte eine Lösung unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten gefunden und, als erster Schritt, ein kooperatives Syndikat für Rohstoffe gegründet werden, welches insbesondere der Inkorporation der Saarkommen dienen und die deutsch-französischen Konflikte um Anspruchs- und Ausbeutungsrechte entschärfen würde: „La Sarre au lieu d'être l'un des obstacles à l'unification de l'Europe, deviendra vraiment un trait d'union entre les deux principaux peuples du continent européen.“⁴¹

Dieser Ansatz, das Saarproblem von der zwischenstaatlichen auf die europäische Ebene zu heben, entsprach dem Bedürfnis, die deutsch-französische Verständigung und somit den europäischen Einigungsprozess zu bewahren. Die aufgeheizte Stimmung angesichts des Saarproblems schien selbst die Kompromissfähigkeit europäisch gesinnter Politiker wie Robert Schuman und Konrad Adenauer einzuschränken. Henri Frenay veröffentlichte parallel zur UEF-Resolution einen kurzen Aufsatz über das Saarproblem, an dem diese Sorge schon an der Änderung des ursprünglichen Titels „La Sarre est un problème européen“⁴² zu „Les relations franco-allemands“ deutlich wird. Der umstrittene Status der Saar bewirkte aus Sicht Frenays einen Teufelskreis des Nationalismus, der nicht nur das deutsch-französische Verhältnis und die europäische Einigung gefährde, sondern gleichermaßen die Demokratie in Deutschland. Durch eine Oktroyierung des Status der Saar, ohne Verständigung mit der Bundesrepublik, „on renforce son nationalisme même, et surtout lorsqu'il est contraint de se taire. On rend chaque jour plus difficile la tâche de ceux qui veulent faire de leur pays un Etat démocratique.“ Frenay betonte, er sei schon immer ein Gegner bilateraler Verhandlungen gewesen, und angesichts des Saarproblems welches „n'est pas franco-allemand [...], c'est l'Europe tout entière qui doit le prendre en charge.“ Frankreich müsse einsehen, dass der Versuch einer bilateralen Regelung nur Schaden anrichte und deswegen „remet la solution définitive du problème entre les mains du Conseil de l'Europe et de la population sarroise elle-même.“⁴³ Im drei Monate später präsentierten Schuman-Plan sah die UEF einen Lösungsansatz, diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht.

Der EGKS-Vertrag vom 23. Juli 1952, dem gemäß Frankreich die Saar in der EGKS repräsentierte und zwei saarländische Vertreter in seine Delegation aufnahm, manifestierte lediglich den unverändert weiterbestehenden Konflikt, und ein dem Vertrag beigefügter Briefwechsel zwischen Schuman und Adenauer die gegenseitige Nichtanerkennung der

⁴¹ HAEU, UEF-128, Réunion du Comité Central à Paris, 04./05.02.1950, Annexe 5: A propos de la question de la Sarre.

⁴² HAEU, UEF-141, Henri Frenay: La Sarre est un problème européenne, 02.02.1950.

⁴³ FRENAY: Les relations franco-allemandes, S. 3.

jeweiligen Ansprüche hinsichtlich der Saar – einig waren sich die Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik lediglich darüber, sich nicht einig zu sein.⁴⁴ Deswegen widmete sich die UEF infolge der Gründung der Montanunion wieder vermehrt dem Saarkonflikt. Ende September 1952 verabschiedete das Zentralkomitee eine erneute Resolution, in der nun von „des facteurs historiques, des facteurs de droit international, des facteurs psychologiques, culturels, politiques et économiques s’y interfèrent de la façon le plus complexe“ die Rede war, welche die bilaterale Lösung des Problems verunmöglichten. Das Zentralkomitee schlug ein Referendum vor, mit dem entschieden werde „si la population est disposée ou non à accepter le principe d’européanisation de son territoire“ – gemeint war damit, dass eine zukünftige europäische Autorität den Status der Saar festlegen und dann die Saarbevölkerung in einem erneuten Referendum über diesen Status entscheiden lassen würde.⁴⁵ Der subtile Unterschied zur Resolution von 1950 lag darin, nun die Komplexität der Einflussfaktoren hervorzuheben, welche die Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland relativierten. Hatte man 1950, nicht zuletzt aus Sorge um ein Scheitern der Inkorporation Westdeutschlands in den Europarat noch den Willen der Saarbevölkerung in den Hintergrund gestellt, so galt dieser Wille nun als eigentlicher Schlüssel zur Lösung des Saarproblems. Denn von allen Beteiligten schienen einzig die Saarländer selbst eine europäische Lösung zu befürworten. Schon auf dem Haager Kongress hatte der saarländische Justizminister Heinz Braun darauf hingewiesen, dass „une petite partie de l’ancienne Allemagne a déjà définitivement décidé de son sort d’une manière bien européenne“ und die Saar als „pont réel, solide entre la France et l’Allemagne dont la réconciliation est indispensable pour la paix de l’Europe“ bezeichnet.⁴⁶

In einem weiteren Memorandum, das die UEF im Oktober 1952 verfasste und im August 1953 in der aktualisierten und erweiterten Form einer 56-seitigen Broschüre veröffentlichte,⁴⁷ hieß es nun: „Auf der Ebene der nationalen Ansprüche hat das Problem keine Lösung.“⁴⁸ Die kulturelle Nähe des Saarlands zu Deutschland stellte das Memorandum zwar nicht infrage, sie wurde jedoch historisch kontextualisiert und relativiert – in den letzten 150 Jahren sei die Saar nur zwischen 1935 bis 1940 von Lothringen getrennt gewesen, die beiden Gebiete bildeten somit die „Einheit eines wirtschaftlichen Raumes“. Die Saar bleibe zwar unzweifelhaft ein „germanisches Land“, sei jedoch wirtschaftlich mit Frankreich

⁴⁴ LAPPENKÜPER: Der Schuman-Plan, S. 436f.

⁴⁵ HAEU, UEF-141, Le Problème Sarrois. Résolution adoptée à l’unanimité par le Comité Central de l’U.E.F., 21./22.09.1952.

⁴⁶ CoE, Political Committee, 09.05.1948, S. 114f.

⁴⁷ HAEU, UEF-141, Union Européenne des Fédéralistes: La Solution du problème sarrois, rédigé par Robert Margin, Paris 1953.

⁴⁸ Ebd., Das Saarproblem (Memorandum N° 1), 25.10.1952, S. 3.

so eng verbunden, dass eine Lösung jenseits seiner Einverleibung durch diese oder jene Nation gefunden werden müsse.⁴⁹ Insofern erschienen nicht nur die im gegenwärtigen Status der Saar manifesten Ansprüche Frankreichs als „Erbe einer Epoche, die jetzt von der neuen europäischen Ära abgelöst ist.“ Gleichmaßen werde diese europäische Ära die deutschen Ansprüche, ihren logischen Gehalt und „ihren Wert beträchtlich herabsetzen.“⁵⁰ Eine bilaterale Vereinbarung, selbst wenn sie gelinge, gehe immer auf Kosten eines Beteiligten; diese „Politik des Prestiges“ müsse beendet und die „die deutschen und die französischen nationalistischen Kundgebungen zum Schweigen“ gebracht werden. Der Weg hierzu führe einzig über die Europäisierung der Saar durch die Saarbevölkerung selbst, also die von den Saarländern per Referendum zu sanktionierende Verwaltung des Saargebiets durch eine europäische Autorität.⁵¹

Nicht nur von der EGKS als europäische Vermittlungsinstanz hatte sich die UEF mittlerweile verabschiedet, sondern auch vom Europarat. War der Europarat noch 1950 als Vermittler zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und der Saar auserkoren worden, weil alle drei Akteure hier unter dem Vorzeichen der europäischen Einigung zusammenkamen, hatte sich mittlerweile herausgestellt, dass die Saarfrage eher dazu angetan war das gegenseitige Misstrauen zu vertiefen und sämtliche Einigungsbemühungen zu affizieren. So war im Mai 1951 eine Protestkundgebung der kurz darauf verbotenen saarländischen DPS am Europarat mit Hinweis auf die nazistische Vergangenheit ihrer Anführer untersagt worden.⁵² Das Verbot der Protestkundgebung wurde von der DPS,⁵³ sowie in der Beratenden Versammlung von deutschen Delegierten wie dem Sozialdemokraten Ernst Roth⁵⁴ als Menschenrechtsverletzung angeprangert und zur Anklage Frankreichs und der Saarregierung genutzt – hier schienen sich jene im Brüsseler Pakt wie in der Beratenden Versammlung geäußerten Befürchtungen zu bestätigen, die Menschenrechte könnten als Waffe der Deutschen gegen ihre Nachbarn genutzt werden.⁵⁵

⁴⁹ Ebd., S. 2.

⁵⁰ Ebd., S. 4.

⁵¹ Ebd., S. 5.

⁵² ACE, Box 594/904/030/1, Note de renseignements, 07.05.1951. Diese Informationen stammten offenbar von französischer Seite, dies wird zumindest aus der Unterscheidung zwischen jenen Parteien des Saarlandes „favorable à notre pays“ und den „sentiments anti-français“ der DPS deutlich.

⁵³ Ebd., Richard Becker, DPS an Europarat, 05.05.1951.

⁵⁴ Roth, der vor den Nationalsozialisten erst ins bis 1935 unter Völkerbundverwaltung stehende Saargebiet und dann nach Frankreich geflohen war, warf der Saarregierung im Mai 1951 in der Beratenden Versammlung vor, sie hätte ihn aus dem Land vertrieben. Seiner Rede erregte ihn offenbar so sehr, dass er einen Herzinfarkt erlitt und wenige Tage später verstarb; CE-AC, Troisième Session, 10. Sitzung, 11.05.1951, S. 235; ebd., 12. Sitzung, 12.05.1951, Rede Paul-Henri Spaak, S. 285; ebd., 15. Sitzung, 14.05.1951, Rede Walter Layton, S. 381.

⁵⁵ Vgl. Kap. 4.1; LEUVREY: La Sarre et le Conseil de l'Europe, S. 100–104.

Hinzu kam die nationalistische Rhetorik des Sozialdemokraten Erik Nölting, der die Ablehnung des Schuman-Plans durch die SPD als „Politik der Sieger“ auch damit begründete, dass die Saarländer in der französischen EGKS-Delegation „ne sont pas à leur place naturelle.“⁵⁶ Solche Überzeugungen wurden in der Beratenden Versammlung immer wieder von deutscher Seite vorgetragen. Besonders eindrücklich war die Debatte um die Flagge des Europarats im September 1953. Der vom Generalsekretär der NEI, Robert Bichet, vorgestellte Entwurf von 15 goldenen Sternen auf blauem Grund wurde von allen deutschen Parteien abgelehnt. Es dürften vielmehr nur 14 Sterne sein, denn die Saar sei, wie es der SPD-Delegierte Fritz Erler betonte, kein Staat – erst recht „[i]l n'existe pas, de toute manière, de nation sarroise“, wie Kurt Georg Kiesinger von der CDU hinzufügte.⁵⁷ Mit dieser Sichtweise standen die deutschen Delegierten nicht allein. Der Antrag auf eine Flagge mit 15 Sternen wurde zwar angenommen, aber auch nichtdeutsche Delegierte wie Paul-Henri Spaak stimmten gegen ihn.⁵⁸ Auch waren solche Einsprüche formell keineswegs abwegig oder neu, bereits zwei Jahre zuvor hatte etwa der britische Delegierte Ronald Mackay die Tatsache problematisiert, dass die Satzung des Europarats die Saar als Staat bezeichne.⁵⁹

Aber die rein formelle Abwägung des Saarproblems und die gegenseitigen Anschuldigungen zwischen deutschen Delegierten einerseits, saarländischen und französischen Delegierten andererseits hatten vorerst lediglich zu Konsequenz, dass verschiedene Delegierte anderer Länder, wie der belgische Sozialist Victor Larock oder der luxemburgische Christdemokrat Nicolas Margue, ihren Unwillen kundtaten das Thema überhaupt zu Sprache zu bringen, sollte es nicht um Lösungsstrategien aus europäischer Perspektive gehen.⁶⁰ Erst im September 1952, also parallel zum Wiederaufnahme der Auseinandersetzung mit dem Saarproblem in der UEF, begann die Beratende Versammlung ihre Beschäftigung mit dem Thema, nachdem der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi „en passant“⁶¹ die Europäisierung der Saar ins Spiel gebracht hatte. Der niederländische Sozialist Marinus van der Goes van Naters sah hierin ebenfalls ein Mittel um zu unterbinden, dass das Saarproblem „peut empoisonner l'atmosphère“⁶² und entwarf im Auftrag der Kommission für Allgemeine Angelegenheiten des Europarats einen Plan zur Europäisierung der Saar.

⁵⁶ CE-AC, Troisième Session, 9. Sitzung, 10.05.1951, S. 202.

⁵⁷ Ebd., Cinquième Session, 23. Sitzung, 25.09.1953, S. 665, S. 667. Vgl. auch WASSENBERG: Histoire du Conseil de l'Europe, S. 111f.

⁵⁸ CE-AC, Cinquième Session, 23. Sitzung, 25.09.1953, S. 681. In seiner Autobiographie sprach Spaak dann auch vom „Problem der von Frankreich besetzten Saar, die jedoch rechtlich gesehen zu Deutschland gehörte [...]“. SPAAK: Memoiren eines Europäers, S. 222.

⁵⁹ CE-AC, Troisième Session, 17. Sitzung, 15.05.1951, S. 424f.

⁶⁰ Ebd., 10. Sitzung, 11.05.1951, S. 237; ebd., Quatrième Session, 15. Sitzung, 18.09.1952, S. 408.

⁶¹ Ebd., 11. Sitzung, 16.09.1952, S. 292.

⁶² Ebd., 13. Sitzung, 17.09.1952, S. 325.

Wie die UEF schon 1950 gefordert hatte, sollte die Saar vom Ausgangspunkt inhereuropäischer Konflikte zum Ausgangspunkt der europäischen Einigung werden. Wichtiger als der Plan selbst, der auf eine Umgehung des bilateralen Dilemmas und des Vorbehalts eines Friedensvertrags hinauslief und die Lösung des Saarproblems an die Existenz der EVG und der EPG koppelte,⁶³ ist hinsichtlich des Verständnisses des „deutschen Problems“ in der europäischen Einigungsdiskussion seine Verteidigung durch van der Goes van Naters. Dieser äußerte noch bei der Vorstellung seines Plans im September 1953 Verständnis für die „situation historiquement difficile“ der deutschen Sozialdemokraten, die unter Kaiser Wilhelm II.,⁶⁴ der Tragödie der Weimarer Republik, dem Terror Hitlers und der deutschen Teilung mehr als jede andere Partei gelitten hätten, wünschte ihnen „un avenir de réunification, de politique constructive et d’inspiration européenne“ und verwies lediglich darauf, dass in dieser Sache noch zwei andere Parteien außer den Deutschen beachtet werden müssten, nämlich Frankreich und die Saar.⁶⁵ Im Frühjahr 1954, als in der SPD immer noch keine „konstruktive Politik“ und „europäische Inspiration“ zu erkennen war, fand er deutlicher Worte: Eine Lösung, wie sie der SPD vorschwebte, nämlich die Angliederung des Saarlands an die Bundesrepublik, entspreche der Lösung von 1935, der vergangenen „période hitlérienne“, aber nicht den seither erreichten Standards. In diesen Zusammenhang fiel auch die schon erwähnte Erinnerung van der Goes van Naters’ an seine KZ-Haft und seine damit verbundene „Germanophobie“ die mittlerweile überwunden sei.⁶⁶ Der Europarat und die daraus entstandenen „relations avec de bons Allemands, qui sont aussi de bons Européens“ hätten maßgeblich zur Überwindung seiner Germanophobie beigetragen – zu diesen guten Deutschen und guten Europäern zählte der Sozialist van der Goes van Naters jedoch ausschließlich Politiker der CDU.⁶⁷ Die CDU verlangte zwar auch die Wiedereingliederung des Saargebiets in das Territorium Bundesrepublik, gab sich aber offener gegenüber den Vorschlägen einer europäischen Lösung und des Naters-Plans, und sie zeigte sich vor allem in der Person Adenauers skeptisch gegenüber der Mobilisierung nationalistischer Stimmungen – ebenfalls mit Verweis auf die Saarabstimmung von 1935.⁶⁸

⁶³ Zum sogenannten Naters-Plan vgl. FISCHER: Das Saarstatut; LEUVREY: La Sarre et le Conseil de l’Europe, S. 112–114.

⁶⁴ Tatsächlich war die Unterdrückung der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich auf das Sozialistengesetz des Reichskanzlers Otto von Bismarck zurückzuführen. Das Gesetz wurde 1890 nicht wieder verlängert und Bismarck entlassen – von dem zwei Jahre zuvor inthronisierten Kaiser Wilhelm II.

⁶⁵ CE-AC, Cinquième Session, 23. Sitzung, 25.09.1953, S. 669; ebd., 24. Sitzung, 25.09.1953, S. 691.

⁶⁶ Vgl. Kap. 2.

⁶⁷ CE-AC, Sixième Session, 8. Sitzung, 26.05.1954, S. 176, S. 183.

⁶⁸ SCHUMACHER: Konrad Adenauer, S. 60, S. 70.

7.2 Deutsches Volk

Keine Orientierung: Die deutsche Jugend

Die Demographie als struktureller Aspekt des „deutschen Problems“ war in der europäischen Einigungsdiskussion weniger mit den klassischen Bildern eines Geburtenüberschusses und eines daraus resultierenden Bevölkerungsdrucks, vielmehr als ideologische Herausforderung präsent. Dennoch spielte das klassische demographische Argument gerade in den Anfangsjahren der Einigungsdiskussionen eine Rolle. In der Einleitung, die NEI-Präsident Jules Soyeur für die Broschüre des Luxemburger Deutschland-Kongresses vom Frühjahr 1948 verfasste, ging er auch auf die Ergebnisse der Umfrage ein, die der Verband im Vorfeld des Kongresses durchgeführt hatte – als eines der wichtigsten Ergebnisse der Umfrage firmierte die „grande vitalité biologique“, gar die „supériorité biologique“ der Deutschen, welche sie zu ihrem expansiven, kontinentalen Nationalismus verleitet habe. Diese biologische Konstitution Deutschlands entwickle sich infolge des Kriegs, durch den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Produktionsregionen und die Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen, zu einer manifesten „crise démographique“, welche die Besatzungsmächte vor schier unlösbare Aufgaben der Versorgung und Unterbringung stelle.⁶⁹ Um den sozialen Zusammenbruch abzuwenden, wurde hier zur Abmilderung des demographischen Drucks neben sozialreformerischen Maßnahmen, der Europäisierung der Industrie und der politischen Dezentralisierung auch eine gelenkte Emigration vorgeschlagen.⁷⁰

Perspektivisch relativierte sich die Analyse der unmittelbaren demographischen Auswirkungen des Kriegs durch eine langfristige, aber absehbare Entwicklung, auf die Desiré Lamalle seiner Darstellung des ökonomischen Aspekts des „deutschen Problems“ einging. Denn nach dem Ende der Massenmigration aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, und nachdem „une jeunesse nombreuse qui est le fruit de la politique de naissance du régime nazi“ in die aktive Lebensphase eingetreten sei, könne mit einer langsamen Verringerung und Alterung der deutschen Bevölkerung gerechnet werden, „qui lui donnera peut-être plus de sagesse et de pondération.“⁷¹ Aber gerade diese von Lamalle skizzierte Perspektive, dass also eine Entspannung eintrete wenn die Deutschen weniger und älter würden, verdeutlicht die deutsche Demographie als zumindest mittelfristiges, strukturelles

⁶⁹ ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 7f.

⁷⁰ Ebd., S. 9.

⁷¹ Ebd., S. 41.

Problem der Nachkriegszeit: Deutschland erschien als bedrohlich, weil es zu viele und zu viele junge Deutsche gebe.

Die beiden Aspekte des demographischen Problems, die Anzahl der Deutschen und die deutsche Jugend, waren in der europäischen Einigungsdiskussion vor 1949 auch andernorts angesprochen worden – etwa im Brüsseler Pakt, wo der zunehmende Nationalismus der deutschen Jugend als Argument für die Notwendigkeit der europäischen Einigung angeführt sowie der Sitzproporz in der Beratenden Versammlung des Europarats von der Bevölkerungsgröße abgekoppelt wurde, um der Bundesrepublik nicht den größten Anteil an Sitzen zusprechen zu müssen.⁷² In der UEF war die Vorstellung eines deutschen Bevölkerungsdrucks nicht anzutreffen. Umso präsenter war dafür die Vorstellung einer desillusi- nierten und orientierungslosen deutschen Jugend, der die europäische Perspektive vermit- telt und die angeleitet werden müsse, um sie vor erneuten nationalistischen Irrwegen zu bewahren.⁷³ Bemerkenswert war hier, dass nicht nur von der deutschen Jugend sondern vom „jeune peuple allemand“⁷⁴ die Rede war: diese Formulierung bezog sich nicht auf die Altersstruktur der Deutschen, sondern auf ihren kollektiven politischen Reifegrad und die Notwendigkeit, diesem jungen deutschen Volk den rechten Weg aufzuzeigen und ihm zu einem inneren Gleichgewicht zu verhelfen. Die UEF förderte die europäische Reorientie- rung der deutschen Jugend vor allem durch ihre im Mai 1948 gegründete Jugendsektion. Deren deutsche Mitgliedsverbände, ihre Gründung, ihr Zusammenschluss und ihr An- schluss an die UEF wurden von Ernst von Schenck und seiner Deutschlandkommission beaufsichtigt, und ihre Aktivitäten, etwa in Gestalt internationaler Jugendbegegnung, vom Verband unterstützt.⁷⁵

Schon ein Jahr nach ihrer Gründung hielten die Jungföderalisten ihre erstes, vorwie- gend von französischen und deutschen Jugendlichen besuchtes Treffen in St. Goar ab, und sie übten offenbar eine große Anziehungskraft auf die deutsche Jugend aus. Bis 1952 schwoll die Jugendsektion der UEF auf ca. 16.800 überwiegend deutsche Mitglieder an, auch ihr erster Präsident war Deutscher.⁷⁶ Dieses Konzept einer Förderung europäischer Tendenzen in der deutschen Jugend ist auch in den NEI anzutreffen, welche ebenfalls eine Jugendsektion aufwiesen und internationale Begegnungen organisierte. Ein Treffen von 25 französischen und 25 deutschen der NEI verbundenen Jugendlichen fand etwa im Früh-

⁷² Vgl. Kap. 3.4.

⁷³ Vgl. Kap. 3.1; Kap. 4.1.

⁷⁴ So Verbandspräsident Henri Brugmans in seiner Rede auf dem Kongress der *Europa-Union* im Mai 1949; HAEU, UEF-246, Bulletin No. 3, Juni 1949, S. 20.

⁷⁵ HAEU, UEF-245, Bulletin No. 1, Mai 1948, S. 10, S. 12; ebd., Bulletin No. 4, September 1948, S. 7; HAEU- UEF-246, Bulletin No. 3, Juni 1949, S. 8.

⁷⁶ LAFFÉACH: *An Avant-garde* for Europe, S. 41–45.

jahr 1950 in einer Villa am Schluchsee stattfand – dass diese Villa einst dem Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, Martin Bormann gehört hatte, erhöhte den symbolischen Gehalt des Treffens.⁷⁷ Ein ausführlicher Bericht in der Verbandszeitschrift kommentierte eigens das Auftreten der jugendlichen deutschen Teilnehmer von der CDU, weil sich darin problematische deutsche Traditionen und Verhaltensweisen zu reproduzieren schienen: „La jeunesse allemande garde pour l'expérience un certain culte. Elle semble parfois assimiler le droit de parole au droit d'ainesse. Elle paraît aimer à se laisser guider.“⁷⁸

Solche Assoziierungen der deutschen Jugend mit preußischem Obrigkeitsdenken und nationalsozialistischem Führerkult waren keine Ausnahme in der europäischen Einigungsdiskussion.⁷⁹ Wichtigster Mahner in dieser Sache war der französische Sozialist André Philip, der 1951 zum Generaldelegierten des ME für die *Campagne européenne de la jeunesse* ernannt wurde, die sich um die Werbung für Europa und den Austausch zwischen europäischen Jugendlichen bemühte.⁸⁰ Aber schon davor hatte sich Philip über den Zustand und die Entwicklung der europäischen, insbesondere aber der deutschen Jugend gesorgt. Im September 1949 berichtete er in der Beratenden Versammlung von seinen Eindrücken, die er während verschiedener Reisen nach Deutschland gesammelt hatte. Für Philip war es

certain que se font jour, dans ce pays, des inquiétudes, des renaissances de certaines paroles plutôt malheureuses ont été prononcées; il est certain surtout, et je l'ai constaté à maintes reprises, qu'il se trouve là-bas, comme hélas! dans beaucoup d'autres pays, une jeunesse désespérée, se trouvant dans une situation difficile, une jeunesse pour qui tout l'avenir intellectuel est bouché et qui est prête à suivre, peut-être sans discernement et sans esprit critique, le premier qui lui apportera une parole d'espérance. La parole d'espérance, c'est l'Europe, aujourd'hui encore, qui peut l'apporter. Je dis 'aujourd'hui encore', mais peut-être pas pendant longtemps.⁸¹

Dieser Zustand der – nicht nur, aber vor allem – deutschen Jugend stellte für die europäische Einigungsdiskussion ein Problem dar, weil er, wie Philipp es ein Jahr später in der Beratenden Versammlung ausdrückte, zwangsläufig in den Skeptizismus und den Zynismus führe.⁸²

Vor allem stellte Philip bei der verzweiferten deutschen Jugend jedoch eine Tendenz fest, sich jedem anzuschließen, der ihr einen Hoffnungsschimmer zu präsentieren vermöge. Wie die NEI erblickte auch Philip ein Bedürfnis nach Anleitung und Führung, und diese Tendenz sollte von der europäischen Einigungsbewegung ausgenutzt werden. Der europäi-

⁷⁷ Die NEI-Zeitschrift betitelte ihren Bericht „Week-End fraternel .. chez Martin Bormann“; ACDP, 09-002-059/2, Les Cahiers des NEI, No 4, März/April 1950, S. 2.

⁷⁸ Ebd., S. 4.

⁷⁹ Vgl. hierzu auch NORWIG: Die erste europäische Generation, S. 313f.

⁸⁰ Zur *Campagne européenne de la jeunesse* vgl. ebd.; PALAYRET: Eduquer les jeunes.

⁸¹ CE-AC, Première Session, 15. Sitzung, 05.09.1949, S. 1015.

⁸² CE-AC, Deuxième Session, 2. Sitzung, 08.08.1950, S. 55.

sche Gedanke müsse das gefährliche Vakuum füllen, bevor eine andere Ideologie dazu ansetzen würde – das Problem der deutschen Jugend interpretierte er als Chance der europäischen Einigung um. In der Beratenden Versammlung des Europarats wurde das allgemeine Thema der Jugend mit seinem besonderen Fokus auf die deutsche Jugend vor allem in der Sitzungsperiode 1950 thematisiert, nicht nur von Philip. Denn seine These von der gefährlichen Orientierungslosigkeit der jungen Deutschen und dem weltanschaulichen Vakuum schien sich im Zuge der welt-, europa- und deutschlandpolitischen Entwicklung des Jahres 1950 gleich doppelt zu bestätigen.

Unter dem Eindruck des Korea-Kriegs hatte die SPD mit einem nationalistischen, gegen die Wiederbewaffnung und Westintegration und für die Wiedervereinigung Stimmung machenden Kurs die Landtagswahlen in Hessen und Baden-Württemberg gewonnen, gleichzeitig war in beiden Ländern die Wahlbeteiligung massiv zurückgegangen. Edouard Bonnefous, Delegierter der französischen Linksrepublikaner und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des französischen Parlaments, interpretierte diese Mischung aus antieuropäischer Wahl und Wahlabstinenz als Versagen, den Deutschen „et particulière-ment à la jeunesse allemande“ die Perspektive der europäischen Einigung zu vermitteln. Hinzu komme die Anziehungskraft, welche die DDR „en raison, non seulement de la nostalgie des territoires perdus, mais de l’organisation traditionnelle du commerce allemand“ auf die Bundesrepublik ausübe. Dass sich der Blick der Deutschen nun angeblich weg von Europa und wieder auf den Osten richtete, verstand Bonnefous als „un retour au vieux dieu allemand“, der Idee einer Wiedererrichtung des Reichs.⁸³ Die mittlerweile in der Beratenden Versammlung vertretenen Delegierten der Bundesrepublik widersprachen dieser Darstellung nicht. Der FDP-Delegierte Max Becker bestätigte sie vielmehr, als er darauf hinwies, dass die deutsche Jugend aufgrund der nationalsozialistischen Herrschaft keine demokratische Erfahrung habe machen können.⁸⁴

Die Kombination aus fehlender oder falscher Orientierung der deutschen Jugend und den Debatten um die deutsche Wiederbewaffnung wurde zu einem wichtigen Argument für die politische Einigung Europas, die einer rein sektoralen Integration, wie sie der Schuman- und der Plevén-Plan anvisierten, entgegengestellt wurde. Denn die sektorale Integration als vorrangig technischer Prozess könne kein Ideal, keine Perspektive schaffen. Die politische Einigung, initiiert vom Europarat, würde hingegen als „une réponse à la détresse de la jeunesse allemande“ dienen, wie es der italienische Liberale Ferruccio Parri aus-

⁸³ Ebd., 24. Sitzung, 22.11.1950, S. 1421f.

⁸⁴ Ebd., 25. Sitzung, 23.11.1950, S. 1503.

drückte.⁸⁵ Zwar betonten die Delegierten durchaus, dass die Orientierungslosigkeit der Jugend ein gemeineuropäisches Problem darstelle.⁸⁶ Aber solche Verallgemeinerungen konnten die besondere deutsche Dimension dieses Problems und vor allem ihre historischen Bedingungen nicht überdecken. So hielt der belgische Liberale Roger Motz den deutschen Erklärungsversuchen für die Konfusion der deutschen Jugend angesichts der Wiederbewaffnungsdebatte entgegen, dass auch in Westeuropa, aufgrund der über Generationen hinweg gesammelten Erfahrung mit der deutschen Armee „des sentiments de méfiance et de crainte à l'égard de l'Allemagne“⁸⁷ bestünden – insofern habe die deutsche Jugend keine Ausrede, die europäische Verteidigung abzulehnen.

Auch diese Unterscheidung fügte sich in ein Bild von der deutschen Jugend ein, dass etwa die ehemalige Präsidentin des *National Council of Women of Great Britain*, Miss M. Cowan, bereits auf dem Haager Kongress gezeichnet hatte, und welches die deutsche „defeated generation“ jenem „spirit of hope and of determination“ entgegenstellte, der in den vom „Dritten Reich“ überfallenen und besiegten Ländern auch unter nationalsozialistischer Besatzung bewahrt worden sei.⁸⁸ Hoffnung und Entschlossenheit hätten den Sieg über den Nationalsozialismus ermöglicht und Europa gerettet, und diese, auf die Zukunft anstatt auf die Vergangenheit gerichtete Perspektive sollte durch die europäische Einigung auch der deutschen Jugend vermittelt werden. Gleichzeitig barg der gewünschte Enthusiasmus nicht zu unterschätzende Risiken. Die Begeisterung der deutschen Jugend für Europa war einerseits erwünscht und wurde gefördert, erschien andererseits jedoch weiterhin als spezifisch deutsche Begeisterung, die sich in der jüngeren Vergangenheit dem Nationalsozialismus, seiner Gewaltherrschaft und seinen Kriegen hingegen habe. Die Thematisierung des weltanschaulichen Vakuums, das der europäische Gedanke zu füllen habe, und der generellen Verführbarkeit der deutschen Jugend, die in die richtige, europäische Richtung gelenkt werden müsse, erfolgte vor dem Hintergrund der erfolgreichen Mobilisierung der Deutschen und insbesondere der deutschen Jugend durch den Nationalsozialismus. Vor diesem Hintergrund erschien die Entfaltung des deutschen Enthusiasmus, selbst wenn er sich auf Europa richten würde, als riskant. Denn nicht nur der Inhalt dieser Begeisterung war entscheidend, sondern gleichermaßen ihre Form; beides musste mit den Prinzipien der europäischen Einigung übereinstimmen, um als glaubwürdiges europäische Engagement anerkannt zu werden. Gerade André Philip, der 1949 die Orientierungslosigkeit und daraus

⁸⁵ Ebd., S. 1537.

⁸⁶ Ebd., 21. Sitzung, 28.08.1950, Rede Federico Marconcini, S. 1265; ebd., 26. Sitzung, 23.11.1950, Rede Georges Bidault, S. 1589.

⁸⁷ Ebd., 28. Sitzung, 24.11.1950, S. 1805.

⁸⁸ CoE, Political Committee, 09.05.1948, S. 112.

resultierende kritiklose Gefolgschaft der deutschen Jugend als Chance für die europäische Einigung beschrieben hatte, wurde sich dieser Diskrepanz schließlich selbst bewusst.

Als das ME im September 1951, nach jahrelangem Beschweigen des „deutschen Problems“, in Hamburg seinen Kongress über „Deutschland und Europa“ abhielt, der sich den psychologischen Hindernissen einer europäischen Integration der Bundesrepublik unter dem Eindruck der Wiederbewaffnungsdebatte widmete,⁸⁹ kam Philip wieder auf das Problem der Jugend zu sprechen. Er beschrieb, wie schon zuvor, eine sehr besorgniserregende Indifferenz und Orientierungslosigkeit der deutschen Jugend in politischen Fragen, konstatierte aber gleichzeitig, dass „deep powers are being developed there; that they are available for us for better or for worse [...]“.⁹⁰ Dieses mächtige Potential müsse, so wiederholte Philip, für die europäische Einigung gewonnen werden. Als dann aber ein offenbar schon erfolgreich überzeugter und für die Sache der europäischen Integration gewonnener, jugendlicher deutscher Konferenzteilnehmer Kritik daran äußerte, dass der Einigungsprozess nicht schnell genug vorangehe, reagierte Philip mit einer bemerkenswerten Analogie, welche die Problematik einer Verführung zum europäischen Engagement offenbarte und seine eigene, mehrfach vorgetragene Strategie infrage stellte:

It is no use asking for action right away. Immediate action and the Führer were automatically linked together. [...] We do not wish to give youth a European mystique which would take the same shape as the national mystique of former days or the shape of the mystiques of the East.⁹¹

Angesichts der Ungeduld der deutschen Jugend in Fragen der europäischen Einigung erschien deren Orientierungs- und Kritiklosigkeit auch Philip nicht mehr als Chance, sondern als Risiko für den Einigungsprozess, als Rückfall in den Erlösungsmythos und ins Führerprinzip, als Gefahr für die Demokratie. Kritik am langsamen und unzureichenden Fortschritt des Einigungsprozesses war, wenn von der deutschen Jugend formuliert, kein Ausdruck ihrer wahrhaften europäischen Gesinnung, sondern ihrer nationalsozialistischen Erziehung und ihrer deutschen Tradition.⁹²

Diese Unterscheidung zeigt angesichts der apokalyptischen Visionen, welche Philip selbst regelmäßig bemühte um den Einigungsprozess voranzutreiben,⁹³ die spezifische Her-

⁸⁹ Vgl. Kap. 6.

⁹⁰ HAEU, ME-608, European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 17.

⁹¹ Ebd., S. 41.

⁹² Die Analogie zwischen europäischer und nationalsozialistischer Mobilisierung der Jugend findet sich auch bei NORWIG: Die erste europäische Generation, S. 99f.

⁹³ So untermalte er etwa auf der Wirtschaftskonferenz des ME in Westminster im April 1949, wie auch im August 1950 in der Beratenden Versammlung des Europarats, den engen zeitlichen Spielraum der europäischen Einigung zur Abwendung des kollektiven Zusammenbruchs mit dem Bild, die Europäer seien „pris“ bzw. „saisis à la gorge“. Ebenfalls in der Beratenden Versammlung hatte bereits 1949 hinsichtlich der ökonomischen und politischen Einigung des Kontinents von einer „urgence exceptionnelle“, ja einer „condition d’existence“ gesprochen, „si nous voulons éviter la catastrophe qui nous menace tous [...]“.

ausforderung der europäischen Einigungsdiskussion durch das „deutsche Problem“ auch am Beispiel der deutschen Jugend auf. Wie das deutsche Wirtschaftspotential für den Wiederaufbau Europas und deutsche Kampfverbände für die Verteidigung Europas mobilisiert werden sollten, so sollte die deutsche Jugend für Europas mobilisiert, ihre Begeisterung und ihr Enthusiasmus entfacht werden. Alle drei Aspekte erschienen nicht nur notwendig, um ein stabiles und lebensfähiges Europa zu schaffen, sondern umso mehr, um die Bundesrepublik stabil und lebensfähig zu machen, ihr durch die europäische Perspektive ein Ziel jenseits des Nationalismus zu präsentieren. Mit dieser europäischen Mobilisierung ging jedoch stets die Sorge einher, sie werde eine spezifisch deutsche Eigendynamik annehmen: die Lösungsstrategie, so die Befürchtung, die Philip im Hinblick auf die deutsche Jugend äußerte, könne sich somit als Problemverschärfung entpuppen. Die Problematik der deutschen Jugend verschwand nach 1951, als Philip damit begann, sich um die *Campagne européenne de la jeunesse* zu kümmern, aus der europäischen Einigungsdiskussion. Zu diesem Zeitpunkt war aber ohnehin schon eine andere deutsche Bevölkerungsgruppe in den Vordergrund europäischer Sorgen und Debatten getreten, an deren Orientierung nicht weniger Zweifel bestanden: die Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Territorien und Siedlungsgebieten sowie aus der DDR.⁹⁴

Falsche Orientierung: Die deutschen Flüchtlinge

Wurde das Problem der deutschen Jugend, ihrer Perspektiv- und Orientierungslosigkeit noch in den Kontext eines allgemeinen europäischen Phänomens eingebettet, so stellten die Flüchtlinge ein unzweifelhaft deutsches Problem dar. Gerade deswegen behandelte die Einigungsdiskussion das Problem der Flüchtlinge aber als europäische Herausforderung. Die Fluchtbewegung im Zuge des Vormarschs der Roten Armee, die Vertreibungen infolge des Potsdamer Abkommens sowie die sogenannte „Republikflucht“, also die Übersiedlung erst aus dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und ab 1949 aus der DDR sorgten für einen nicht enden wollenden Strom an Menschen, die von Ost nach West übersiedelten und unter schwierigen Bedingungen auf die Bundesländer verteilt und versorgt werden mussten. Besonders stark betroffen war hiervon die britische Besatzungszone, die den in absoluten Zahlen größten Anteil der Flüchtlinge in Westdeutschland aufnahm, und insbe-

HAEU, ME-1067, Conférence économique tenue à Westminster, 20.–25.4.1949, Transcriptions des discussions, vol. 1, S. 126f.; CE-AC, Deuxième Session, 2. Sitzung, 08.08.1950, S. 51; ebd., Première Session, 5. Sitzung, 16.08.1949, S. 139f.

⁹⁴ Wenn hier wie im Folgenden der Begriff „Flüchtling“ verwendet wird, entspricht dies dem Sprachgebrauch der europäischen Einigungsdiskussion. Diese unterschied in der Regel nicht zwischen Heimatvertriebenen (aus den ehemaligen deutschen Territorien und Siedlungsgebieten in Osteuropa) und Flüchtlingen (aus der sowjetischen Besatzungszone, der DDR und Ost-Berlin).

sondere die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die den größten Anteil im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße absorbieren mussten.⁹⁵ Dies machte sich auch politisch bemerkbar: Die 1950 gegründete Interessenpartei *Gesamtdentscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (GB/BHE) erzielte in den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 1950 mit 23,4 % und in Niedersachsen 1951 mit 14,9 % ihre besten Ergebnisse.⁹⁶

Der Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten beschäftigte insbesondere den nördlichen Nachbarn Dänemark, der zwar die europäische Integrationspolitik ablehnte, aber die Beratenden Versammlung des Europarats als Bühne nutzte, um seine Bedenken angesichts der Flüchtlingsproblematik zu artikulieren sowie an die Solidarität der anderen westeuropäischen Staaten zu appellieren. Dabei kamen Konflikte zur Geltung, die eng mit der Gründungsgeschichte des Deutschen Reichs verbunden waren, nämlich dem deutsch-dänischen Krieg von 1864, in dessen Folge die unter dänischer Herrschaft stehenden Gebiete Schleswigs und Holsteins an Preußen gefallen waren. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine Volksabstimmung durchgeführt und die noch heutige gültige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wieder nach Norden verschoben. Nach dem Zweiten Weltkrieg verzichtete die dänische Regierung auf eine erneute Grenzkorrektur, welche die in Südschleswig lebende dänische Minderheit zurück ins dänische Staatsgebiet geholt, gleichzeitig aber die deutsche Minderheit in Dänemark weiter vergrößert hätte.⁹⁷

Der Minderheitenschutz war schon in den Diskussionen über einen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Brüsseler Pakt als problematisch eingestuft worden, weil die westeuropäischen Staaten befürchteten, dass er als Mittel der nationalen Sammlung deutscher Minoritäten und zur Destabilisierung der Nachbarstaaten genutzt werden könne, wie es sich schon in der Zwischenkriegszeit zugetragen hatte.⁹⁸ Ähnliche Argumente wurden in den Debatten der Beratenden Versammlung über die europäische Menschenrechtskonvention geäußert, insgesamt überlagerte hier aber der Schutz der individuellen Freiheits- und Menschenrechte das Thema – eine Ausnahme bildeten die dänischen Delegierten, die angesichts der Entwicklung in Südschleswig auf einen effektiven Minderheitenschutz pochten. Der Liberale Hermond Lannung sah im Schutz der nationalen Minderheiten durch einen Gerichtshof für Menschenrechte ein zentrales Anliegen, für Europa im allgemeinen

⁹⁵ In der britischen Besatzungszone wurden bis Ende 1947 3,32 Millionen Flüchtlinge aufgenommen; in Niedersachsen machten sie im Jahr 1949 27,2 % der Gesamtbevölkerung aus, in Schleswig-Holstein 33,5 %; STEINERT: Die große Flucht, S. 561; NEUMANN: Der Block, S. 507.

⁹⁶ Ebd., S. 505f.

⁹⁷ KLATT: Wiedervereinigung oder Minderheit, S. 166.

⁹⁸ Vgl. Kap. 4.1.

und für Dänemark im besonderen, wegen des „vital interest in the protection of the Danish group in South Schleswig [...]“.“⁹⁹

Lannungs konservativer Landsmann Ole Bjørn Kraft bekräftigte diese Forderung und fügt hinzu, Deutschlands Schutz der dänischen Minderheit sei „the touch-stone for her will to live in a democratic community with the rest of us.“¹⁰⁰ Der niederländische Christdemokrat Jan Schmal sprang seinen dänischen Kollegen bei, brachte seine Bewunderung für den „lutte acharnée pour obtenir leur autonomie nationale et culturelle“ der dänischen Minderheit in Südschleswig zum Ausdruck und sah darin „un problème susceptible d'intéresser non seulement les pays du Nord, mais encore tous ceux qui, un peu partout dans l'Europe, ont suivi de près les efforts héroïques des Danois [...]“.“ Deswegen empfahl er der Bundesrepublik „d'envisager dès maintenant une solution à ce problème, solution qui puisse donner satisfaction non seulement aux sentiments nationaux danois, mais encore à la conscience de l'Europe.“¹⁰¹ Der britische Konservative Ronald Ross brachte ebenfalls seine „great sympathy“ mit dem dänischen Anliegen zum Ausdruck und verwies zudem auf den Grund, warum der Minderheitenschutz in Südschleswig überhaupt solch eine drängendes Thema darstellt: „Into this traditionally Danish land there has been an abnormal influx of Germans.“¹⁰²

Das Problem der Flüchtlinge bestand für Dänemark nicht nur in Südschleswig, sondern auch nördlich der Grenze, weil unter deutscher Besatzung zahlreiche Flüchtlinge aus dem Osten im dänischen Nordschleswig angesiedelt worden waren. Die dänische Regierung forderte 1947 die Entfernung dieser Flüchtlinge sowohl aus Nord- als auch aus Südschleswig und drohte, dass wegen der Umkehrung der nationaldemographischen Verhältnisse die dänische Bevölkerung in Südschleswig für eine Rückkehr ihres Territoriums in den dänischen Staatsverband optieren könne.¹⁰³ Die Wiederangliederung Südschleswigs an Dänemark unterstützte der damaligen dänische Ministerpräsident Knud Kristensen entschieden, er konnte sich jedoch letztlich nicht durchsetzen. Ab 1949 saß Kristensen als Delegierter der dänischen Liberalen in der Beratenden Versammlung des Europarats, wo er nun ebenfalls versuchte, das Problem der Flüchtlinge aus seinem konkreten deutsch-dänischen Zusammenhang zu lösen. Kristensen argumentierte, das Problem des „heavy influx of refugees from Eastern Germany and Poland“ könne nicht als „a purely German problem“, nicht einmal als „a purely Western European problem“ angesehen und gelöst

⁹⁹ CE-AC, Première Session, 8. Sitzung, 19.08.1949, S. 414.

¹⁰⁰ Ebd., S. 420.

¹⁰¹ Ebd., S. 455.

¹⁰² Ebd., S. 468.

¹⁰³ LAMMERS: Living Next Door to Germany, S. 457.

werden.¹⁰⁴ Einerseits dürfe Europa die Deutschen mit dem Flüchtlingsproblem nicht allein lassen, andererseits könne es auch keine westeuropäische Lösung für dieses Problem geben, etwa in Gestalt einer Öffnung der Grenzen und einer Ansiedlung der Flüchtlinge in den Nachbarstaaten.

Denn die Flüchtlinge stellten für Kristensen weniger ein ökonomisches Problem als eine Gefahr für die politische Stabilität und nationale Identität der deutschen Nachbarstaaten dar:

I am sure that all the small neighbours of Germany will agree with me when I say we dare not to do that for political reasons – at least not to-day. If we were to have half a million German refugees pouring into Denmark it would quite distort the picture of the Danish population, so that we dare not do it. The German refugee problem must therefore be solved from a wider aspect.¹⁰⁵

Mit diesem „wider aspect“ meinte Kristensen gerade keine europäische Lösung des Flüchtlingsproblems. Vielmehr fügte sich seine Ablehnung einer Ansiedlung der Flüchtlinge in Südschleswig wie auch deren Verteilung auf die europäischen Nachbarstaaten in die allgemeine Ablehnung der europäischen Integration in Dänemark ein, die als späte Verwirklichung der deutschen Hegemonie in einem geschlossenen, europäischen „Großraum“ interpretiert wurde.¹⁰⁶ Wie die Integrationspolitik als Angriff auf die dänische Souveränität, so erschien die Europäisierung des Flüchtlingsproblems als Angriff auf die dänische Identität – die dänischen Apelle dienten der Schaffung eines gemeinsamen, europäischen Problembewusstseins, nicht einer europäischen Lösung des Problems.

Diese dänische Strategie, die Flüchtlingsproblematik vor die Beratende Versammlung zu bringen und im europäischen Bewusstsein wachzuhalten um die dänischen Minderheit in Südschleswig zu schützen, setzte sich auch in den folgenden Sitzungsperioden fort. Hermond Lannung spezifizierte 1950 seine Vorstellung von der gemeinsamen Herausforderung, dem „dangerous pressure of the refugees on the frontiers“, dem aber nicht durch ein europäisches Vorgehen beizukommen sei, sondern durch die Umsiedlung der Flüchtlinge ins deutsche Landesinnere oder nach Übersee.¹⁰⁷ Und er spezifizierte die Gefahr, die er in der hohen Konzentration von Flüchtlingen in den Grenzregionen, insbesondere in Südschleswig erblickte: „The fact is that there are now nearly as many refugees as indigenious inhabitants in the frontier regions of South Slesvig, a territory with which the refu-

¹⁰⁴ CE-AC, Première Session, 10. Sitzung, 23.08.1949, S. 570.

¹⁰⁵ Ebd., S. 571.

¹⁰⁶ BAUERKÄMPER: Das umstrittene Gedächtnis, S. 37. Vgl. auch die Stellungnahmen des dänischen Delegierten Per Federspiel über die europäische Integration; Kap. 2; Kap. 5.

¹⁰⁷ Diese innerdeutsche Umsiedlung wurde ab 1949 tatsächlich durchgeführt. Aus Niedersachsen wurden bis 1958 287.968 Flüchtlinge in andere Bundesländer umgesiedelt, aus Schleswig-Holstein 394.701; STEINERT: Die große Flucht, S. 570; NEUMANN: Der Block, S. 508.

gees, mostly of East Prussian origin, have never had any connection.“¹⁰⁸ In dieser Betonung der Herkunft der Flüchtlinge reflektiert sich die Angst vor einem Verlust der kulturellen Identität der dänischen Minderheit wie ihrer politischen Rechte, die keineswegs unbegründet war. Als der GB/BHE bei der Landtagswahl im Juli 1950 zweitstärkste Partei in Schleswig-Holstein und Mitglied der Regierung wurde, verschärften sich die deutsch-dänischen Konflikte in Südschleswig.¹⁰⁹ Und diese Konflikte hielten an, 1954 war es erneut Hermond Lannung der sich darüber beschwerte, die schleswig-holsteinische Landesregierung habe durch die Ansiedlung von Flüchtlingen aus Ostpreußen in traditionell dänischen Bezirken eine Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag unmöglich gemacht.¹¹⁰

Auch wenn die dänischen Delegierten das Flüchtlingsthema nicht vor die Beratende Versammlung brachten um ein gemeinsames europäisches Vorgehen zu fordern, sondern um auf das Spezialproblem der dänischen Minderheit in Südschleswig aufmerksam zu machen, und auch wenn ihre Forderung nach Minderheitenschutz und Umsiedlung nicht den mittlerweile durchgesetzten Standards eines Schutzes individueller Menschen- und Freiheitsrechte entsprach, konnten sie sich doch der Aufmerksamkeit und Unterstützung ihrer westeuropäischen Kollegen sicher sein. Denn durch den Verweis auf die Herkunft der Flüchtlinge, ihre kulturelle Inkompatibilität mit der ansässigen Bevölkerung und ihr Potential zur politischen Destabilisierung überschchnitt sich die Thematisierung des deutsch-dänischen Spezialproblems mit der weiteren Erörterung des Flüchtlingsproblems in der europäischen Einigungsdiskussion: der Ungewissheit, welchen Einfluss die Aufnahmen von mehreren Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der DDR auf die politische Entwicklung der Bundesrepublik haben werde.¹¹¹ Diese Sorge bestand allein schon aus quantitative Gründen und wurde den europäischen Nachbarn der Bundesrepublik nicht zuletzt von den deutschen Mitgliedern der Beratenden Versammlung selbst vor Augen geführt – etwa von dem CSU-Delegierten Hans Schütz, der von einer „grande armée des réfugiés“ sprach, die so groß wie die Bevölkerun-

¹⁰⁸ CE-AC, Deuxième Session, 5. Sitzung, 11.08.1950, S. 248; vgl. ebd., 18. Sitzung, 26.08.1950, S. 988. Das Argument, die Flüchtlinge seien nicht nur orts- sondern auch kulturfremd, teilte Kristensen mit der dänischen Minderheit in Südschleswig; KLATT: Wiedervereinigung oder Minderheit, S. 158.

¹⁰⁹ Ebd., S. 191.

¹¹⁰ CE-AC, Sixième Session, 7. Sitzung, 26.05.1954, S. 150f.; ebd., 15. Sitzung, 15.09.1954, S. 369–371. Vgl. LAMMERS: Living Next Door to Germany, S. 460f.

¹¹¹ Dies gilt insbesondere für Frankreich, das in seiner Besatzungszone die Unterscheidung zwischen „reichsdeutschen“ Flüchtlingen aus den ehemaligen östlichen Territorien und „volksdeutschen“ Flüchtlingen aus den ehemaligen östlichen Siedlungsgebieten traf, letzteren die deutsche Staatsangehörigkeit absprach und sie so zur Emigration bewegen wollte. Das Motiv einer Emigration vorwiegend der „volksdeutschen“ Flüchtlinge wurde auch von der Bundesregierung geteilt; MIARD-DELACROIX: Question nationale allemande, S. 92f.; STEINERT: Migration und Politik, S. 136.

gen Norwegens und Schweden zusammengekommen, größer als die Bevölkerungen Belgiens oder der Niederlande sei.¹¹²

Aber die Zahl allein machte noch nicht das Gesamtproblem aus. Vielmehr artikuliert sich hier die Annahme eines Umschlagens von Quantität in Qualität, also einer politischen Reorientierung der Bundesrepublik aufgrund des politischen Einflusses der Flüchtlinge aus dem Osten. Ob sich die Bundesrepublik demokratisch und europäisch entwickeln werde, hing maßgeblich von der entsprechenden Orientierung ihrer Bevölkerung ab – einer Orientierung, in der Politik und Geographie, das Problem der Jugend und das Problem der Flüchtlinge, miteinander verschmolzen. Der „vieux dieu allemand“, von dem Edouard Bonnefous sprach und dem er die europäische Perspektive zur Gewinnung der deutschen Jugend entgegenstellte, wurde von ihm nicht zufällig – und auch nicht zu Unrecht – mit der „parti des réfugiés“ identifiziert.¹¹³ Als der französische Linksdemokrat Pierre de Félice 1951 einen Antrag auf Errichtung einer politisch-föderalen Autorität in die Beratende Versammlung einbrachte, argumentierte er ebenfalls mit diesem doppelten „risque allemand“ der fehlenden und falschen Orientierung. Einerseits sprach er von der deutschen „jeunesse secouée, désabusée“, die ungeduldig der europäischen Einigung entgegeblicke, andererseits vom „risque politique d’une cohorte de réfugiés“, die aus dem Osten gekommen waren und weiterhin kämen. Das ohnehin wahrgenommene Risiko einer Reorientierung der westdeutschen Jugend und der westdeutschen Bevölkerung nach Osten würde durch den Zustrom an Flüchtlingen weiter verschärft, weil diese das Bewusstsein des Verlusts und das legitime Bedürfnis nach Wiedervereinigung permanent wachhielten. Nur die europäische Einbindung der Bundesrepublik würde deren Bevölkerung, „revigorée psychologiquement dans ses espérances, alimentée dans son besoin ancestral de suivre une direction“, von der Orientierung nach Osten ablenken.¹¹⁴

Die Bedeutung der deutschen Flüchtlinge für die Stabilität der Bundesrepublik und Europas führte in der Beratenden Versammlung zu einer regelmäßigen Beschäftigung mit dem Thema. Nicht nur die deutschen Delegierten trugen durch eine wiederkehrende Thematisierung der mangelnden Versorgungs- und Unterbringungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik zur Dramaturgie des Flüchtlingsproblems bei. Der italienische Liberale Giuseppe Chiostergi sprach etwa 1952 davon, dass eine nationale Lösung des Flüchtlingsproblems nicht möglich sein werden; diese „sera trouvée dans un temps tellement lointain que beaucoup de ces réfugiés seront morts.“¹¹⁵ Auch wenn die Beratende Versammlung prak-

¹¹² CE-AC, Deuxième Session, 18. Sitzung, 26.08.1950, S. 991.

¹¹³ Ebd., 24. Sitzung, 22.11.1950, S. 1421f.

¹¹⁴ CE-AC, Troisième Session, 39. Sitzung, 10.12.1951, S. 1066.

¹¹⁵ Ebd., Quatrième Session, 21. Sitzung, 26.09.1952, S. 542.

tisch nicht viel ausrichten konnte, setzte sie sich doch für eine Lösung des Problems ein, insbesondere in Person des französischen Berichterstatters für Flüchtlinge, Georges Pernot. Ihr Plädoyer für die Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs der UN, ihr Eintreten für die internationale Anerkennung der deutschen Flüchtlinge, ihr Bemühen um die Einrichtung einer europäischen Behörde für Flüchtlinge, für die Kooperation mit dem Hochkommissariat der UN und der *Internationalen Organisation für Migration* war insofern wirkungsvoll, als es den deutschen Delegierten die viel beschworene europäische Solidarität vor Augen führte und von ihnen entsprechend gewürdigt wurde.¹¹⁶ Dabei wird in der Beschäftigung der Beratenden Versammlung mit dem Thema sowie deren Würdigung durch die deutschen Delegierten und die Bundesregierung eine konträre Perspektive deutlich.

Der Regierung Adenauer diente der Europarat als Instrument, um Aufmerksamkeit auf das Flüchtlingsproblem zu lenken und Unterstützung für dessen interne Bewältigung zu mobilisieren, da sie die Auswanderung der Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten mit einer automatischen Aufgabe deutscher Territorialansprüche gleichsetzte und zu verhindern versuchte – nicht aus revanchistischen Motiven gegenüber Polen, sondern zur Wahrung einer Verhandlungsmasse hinsichtlich der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.¹¹⁷ Die Verbindung von Territorialansprüchen mit den Flüchtlingen nahm auch die europäische Einigungsdiskussion vor, und diese Verbindung trug dazu bei, dass das Problembewusstsein – wie schon in der dänischen Argumentation – über die unmittelbaren sozialen und ökonomischen Herausforderungen des Flüchtlingszuzugs hinausging. Georges Pernots Charakterisierung der Flüchtlinge als „*armée du désordre*“¹¹⁸ spielte nicht nur auf soziale, sondern auf politische Konflikte mit negativen Rückwirkung auf die gesamteuropäische Stabilität an. Die Sorge über die aus dem Osten in die Bundesrepublik gezogenen und weiterhin ziehenden Flüchtlingsströme mag mit der bis vor den Ersten Weltkrieg zurückreichenden, in erster Linie französischen Angst vor einer demographischen Übervorteilung durch Deutschland zu tun gehabt haben, die etwa in der Diskussion über die EPG zutage trat.¹¹⁹ Aber dieses traditionelle Bild eines zur territorialen Expansion antreibenden, deutschen Bevölkerungsdrucks spielte zunehmend eine untergeordnete Rol-

¹¹⁶ Ebd., Troisième Session, 15. Sitzung, 14.05.1951, S. 371–379; ebd., Cinquième Session, 10. Sitzung, 13.05.1953, S. 182f.

¹¹⁷ STEINERT: Migration und Politik, S. 29, S. 136; FROHN: Adenauer und die deutschen Ostgebiete, S. 523–525.

¹¹⁸ CE-AC, Deuxième Session, 18. Sitzung, 26.08.1950, S. 989.

¹¹⁹ Altiero Spinelli warnte etwa auf dem zweiten Haager Kongress 1953 vor einer Ablehnung der EVG und EPG, weil diese das überlegene deutsche „*potentiel démographique*“ für nationalistische Zwecke freisetzen werde; HAEU, ME-952, Mouvement Européen–Comité d’Action pour la Communauté Supranationale Européenne: Deuxième Congrès de La Haye, 8–10 Octobre 1953. Rapport Politique par Altiero Spinelli, S. 22. Hierzu wie zur Diskussion über die Sitzverteilung in der Völkerkammer der EPG vgl. Kap. 5.3.

le. In den Vordergrund trat das Bild der geographischen vermittelten, politischen Orientierung der deutschen Bevölkerung.

So beschrieb der französische General a.D. Béthouart, der sich für die europäische Aussöhnung und Vereinigung der westeuropäischen Weltkriegsveteranen einsetzte,¹²⁰ in seiner Verteidigungsschrift der EVG den deutschen Geburtenüberschuss der Vergangenheit zwar als „cause profonde des deux guerres“. Er sah aber eine Umkehrung der Bevölkerungsentwicklung am Werk, welche die französischen Ängste vor einer demographischen Übervorteilung durch Deutschland widerlege. Das Problem mit Deutschland lag für Béthouart vielmehr in der zwiespältigen, lateinisch-preußischen Orientierung der Deutschen und der Tatsache, dass die preußischen „Kolonnen“ mittlerweile als Flüchtlinge in die Bundesrepublik geströmt seien – eine Ablehnung der EVG und somit eine Zurückweisung der Bundesrepublik aus dem lateinischen Westen „serait favoriser ses éléments les plus dangereux, les représentants de l’orgueil germanique, anciens pangermanistes ou nazis qui n’hésiteraient pas, pour reconstituer l’unité allemande, à courir le risque d’une entente avec la Russie.“¹²¹ Die UEF, in deren Rahmen Béthouart sein europäisches Engagement begann, verstand die deutsche Flüchtlingsproblematik ebenfalls nicht nur als demographische oder soziale Herausforderung. Schwerwiegender erschien auch hier die geographisch bedingte, politische Perspektive der Flüchtlinge: Angesichts der desaströsen ökonomischen und sozialen Lage sowie der revanchistischen Propaganda der Flüchtlingsverbände und -parteien sei zu konstatieren, „que les masses des réfugiés en Allemagne seront radicalisées“, und dass es zur friedlichen Lösung der Problematik nicht nur der Investitionen, der gelenkten Migration und des Wohnungsbaus bedürfe, sondern einer „politique de satisfaction spirituelle et psychologique, suppression des ressentiments nationaux dans tous les pays sous la devise: ‘l’Europe – patrie aussi pour les apatrides‘.“¹²² Allein mit diesen Maßnahmen erschien aber auch der UEF das Problem nicht zu bewältigen. Vielmehr instrumentalisierte sie die Flüchtlinge als Argument für die supranationale Einbindung der Bundesrepublik in die EVG.

Einer Werbebroschüre für die EVG, welche der Dachverband der französischen Föderalisten *Union Française des Fédéralistes* (UFF) 1953 veröffentlichte, verwies nicht nur auf die traditionelle ökonomische Verbindung Deutschlands mit Osteuropa, welche die euro-

¹²⁰ Vgl. Kap. 6.

¹²¹ BÉTHOUART: La peur du risque, S. 24, S. 28f. Die Vorstellung einer strukturellen militärischen Überlegenheit des Deutschen Reichs aufgrund seines größeren Bevölkerungspotentials spielte etwa bei der Einführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich im Vorfeld des Ersten Weltkriegs eine Rolle; KRUMEICH: Aufrüstung und Innenpolitik, S. 45.

¹²² HAEU, UEF-141, Commission internationale de l’U.E.F. pour les problèmes allemands: Les réfugiés et expulsés en Allemagne [1950], S. 2, S. 4.

päische Orientierung der Bundesrepublik gefährde und ihre Einbindung im Rahmen der EVG unumgänglich mache. Vielmehr vermerkte die Broschüre, dass „aujourd’hui sur 4 électeurs il y a 1 réfugié de l’est.“¹²³ Ohne Einbindung in die EVG, so die Botschaft, würde Deutschland sich wieder dem Osten zuwenden, und die Flüchtlinge dienten aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Anzahl der empirischen Untermauerung dieses Arguments. Insofern galt das Flüchtlingsproblem nicht nur der französischen Regierung und politischen Öffentlichkeit als „point de cristallisation de tous les dangers allemands“¹²⁴, als Gefahr für die Stabilität und den Frieden in Europa. Eine vergleichbare Perspektive auf das Thema entwickelte sich in der europäischen Einigungsdiskussion, sie erblickte in den Flüchtlingen den sozialen Nährboden für politische Instabilität, das Fortleben eines deutschen Drangs nach Osten sowie eine Affinität für die auf Wiedervereinigung zielenden, neutralistischen bis revanchistischen Parolen in der westdeutschen politischen Debatte.¹²⁵ Die Identifikation der Flüchtlinge als Gegner einer westlich-europäischen Einbindung der Bundesrepublik bildete hingegen nur in der konzentrierten Form einer bestimmbareren gesellschaftlichen Gruppe ab, was den Deutschen als grundsätzliches, geradezu charakterliches Unvermögen, als logische Konsequenz ihrer nationalen Entwicklung unterstellt wurde

7.3 Deutscher Charakter

Freiheit oder Nation?

In den Diskussionen über die strukturellen Aspekte des „deutschen Problems“, der Erwägung der Grenzen Deutschlands, der ihm zustehenden Territorien, der Orientierung seiner Jugend und der Flüchtlingsproblematik, ging es immer um die Frage, wie sich die Deutschen selbst angesichts dieser Probleme verhalten und ob sie eine europäische Lösung dieser Probleme akzeptieren würden. Das „deutsche Problem“ war in diesem Sinn zuvorderst ein Charakterproblem der Deutschen, welches sich in ihrer politischen – und das bedeutete unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts immer gleichzeitig: geographischen – Orientierung widerspiegelte. Die Erörterung kollektiver deutscher Charakterzüge nahm in den Anfängen der europäischen Einigungsdiskussion viel Raum ein, was in Pierre Friedens Rede über den „spirituellen und kulturellen“ Aspekt des „deutschen Problem“ auf dem NEI-Kongress in Luxemburg Anfang 1948 besonders deutlich hervortrat: „le problème alle-

¹²³ Ebd., UEF-97, Union Française des Fédéralistes: France-Europe, Numéro Spéciale. Communauté Européenne de Défense? [1953].

¹²⁴ MIARD-DELACROIX: Question nationale allemand, S. 108.

¹²⁵ Ebd., S. 112f.; CONNOR: Refugees and expellees, S. 177f. Zum langanhaltenden, gegenseitigen Misstrauen zwischen Flüchtlingen und CDU vgl. BÖSCH: Die politische Integration.

mand est en première ligne le problème du peuple allemand.“¹²⁶ Die Einrichtung einer Deutschlandkommission der UEF mit der Verbandsgründung, wie auch die beiden Versuche aus den Jahren 1948 und 1951, eine solche Kommission unter dem Dach des ME zu installieren, speisten sich aus dem Bedürfnis, die Deutschen zu verstehen und auf sie Einfluss auszuüben, wie es vor allem Henri Brugmans mit seinen Erziehungs- und Resozialisierungsmetaphern zum Ausdruck brachte.¹²⁷ Die Diskussionen über die Gründung des Europarats hatten diese Einflussnahme genauso zum Motiv wie der Versuch des Europarats, den Beitritt der Bundesrepublik an deren Bekenntnis zu Menschenrechten und Grundfreiheiten zu knüpfen.¹²⁸ Die Erörterung des „deutschen Problems“ als Problem der Deutschen, ihrer Geschichte, politischen Kultur und charakterlichen Entwicklung war dabei stets eine Reflexion der europäischen Lösungsstrategie: Wie musste die europäische Einigung organisiert und ausgestaltet werden, um dem „deutschen Problem“ in all seinen Aspekten gerecht zu werden und ausreichend Sicherheit gegen die befürchteten Rückfälle der Deutschen in ihre kollektiven Verirrungen der Vergangenheit zu gewähren?

Die Annahme solcher Rückfälle, eines nur oberflächlich europäisch überdeckten nationalen Egoismus der Deutschen, der jederzeit wieder hervorbrechen könne, zog sich unvermindert durch die Phase der Integrationspolitik. Wie schon in den Anfängen der Einigungsdiskussion firmierte hier die europäische Einbindung der Bundesrepublik nicht nur als Angebot, sondern als existentielle Notwendigkeit, um ihre Partner und die Deutschen selbst vor deren nationalistischem Rückfall zu schützen. Es brauchte, so der italienische Liberale Ferruccio Parri, einen „ancrage“ démocratique occidental européenne de l’avenir du peuple allemand.“¹²⁹ Dieser Anker sei nicht allein notwendig wegen der sozialen Misere, der Arbeitslosigkeit und der Flüchtlingsproblematik, wie Edouard Bonnefous in seiner Warnung vor dem wiedererwachenden „vieux dieu allemand“ betonte. Der europäische Anker war notwendig wegen des fehlenden „attachement ou même la compréhension d’une très large fraction de l’opinion allemande à l’égard des institutions démocratiques“, er war notwendig „de faire triompher contre le Reich futur souhaité par certains et qui ressemblerait comme un frère à celui d’Hitler [...]“.“¹³⁰

Auch André Philip sprach sein Misstrauen gegenüber dem Vermögen der Deutschen aus, Sinn und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie und somit die Grundlage des freien und geeinten Europas zu verstehen und anzuerkennen. Der französische Sozia-

¹²⁶ ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 13; Vgl. Kap. 3.2.

¹²⁷ Vgl. hierzu Kap. 3.1; Kap. 3.3; Kap. 6.

¹²⁸ Vgl. hierzu Kap. 3.4, Kap. 4.2.

¹²⁹ CE-AC, Deuxième Session, 25. Sitzung, 23.11.1950, S. 1537.

¹³⁰ Ebd., 24. Sitzung, 22.11.1950, S. 1421f.

list setzte sich hinsichtlich einer europäischen Lösung des Saarproblems zwar dafür ein, die Saarbevölkerung selbst über ihren Status in Europa entscheiden zu lassen. Dies dürfe jedoch nicht in der Form eines Volksentscheids geschehen, weil „les plébiscites, Hitler en a usé et abusé, d'autres pays en ont usé et abusé, en France, le plébiscite été toujours lié au pouvoir personnel et il a abouti à la dictature [...]“.¹³¹ Das Plebiszit, ohnehin ein Instrument diktatorischer Akklamation, dürfe nicht einer politisch-sensiblen und folgenreichen Entscheidung wie der über den europäischen oder deutschen Status der Saar dienen. Die Saarabstimmung von 1935, in welcher 90 % der Saarbevölkerung – also nicht nur die Rechtsparteien sondern auch große Teile des katholischen Zentrums sowie der Kommunisten und Sozialdemokraten – für ihre Rückkehr in das Deutsche Reich votiert und dadurch die nationale Einheit über die politische Freiheit gestellt hatten, diene hier als offenkundiges historisches Lehrstück für den „Ge- und Missbrauch“ des Plebiszits und die nationalistische Mobilisierung der Deutschen gegen die politische Vernunft.¹³²

Die selbstgewählte Eingliederung der Saarbevölkerung in das „Dritte Reich“ und ihre Unterwerfung unter die nationalsozialistische Diktatur war insbesondere aus französischer Perspektive ein anschauliches Beispiel für die den Deutschen unterstellte Tendenz, sich im Zweifelsfall für die Nation und somit gegen Europa zu entscheiden. Die Positionierungen der SPD, nicht nur im Saarkonflikt, sondern ebenso in den Debatten über die EGKS, die Wiederbewaffnung, die EVG und die Stalin-Noten verwandelten die Alternativstellung einer europäischen Einbindung der Bundesrepublik und eines wiedervereinigten, neutralen und souveränen Deutschlands von einer rein hypothetischen Erörterung in einen realen Verhandlungsgegenstand. An der Rede des luxemburgischen Christdemokraten und Berichterstatters der Beratenden Versammlung über die EVG, Nicolas Margue, offenbarte sich Ende Mai 1952, wenige Tage nach der Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrags, wie sehr dieses unberechenbare deutsche Verhältnis auch die eigenen Überzeugungen ins Wanken brachte.

Denn Margue warf einerseits die Frage auf, ob die EVG dazu beitrage „d'augmenter les risques de guerre plutôt que de les écarter“. Er betonte, dass „le problème allemand [...] n'a pas été créé par le Conseil de l'Europe; il ne sera pas résolu par le Conseil de l'Europe, ni même uniquement par les Etats qui le composent.“ Er behauptete, dass die Zukunft Deutschlands, „malgré les derniers accords qui tendent à le préciser, présente encore des éléments incertains“ und zwar nicht nur wegen des weiterhin unsicheren Status Deutschlands, sondern wegen der unsicheren Einstellung der Deutschen: „L'attitude de l'Allemagne

¹³¹ Ebd., Troisième Session, 10. Sitzung, 11.05.1951, S. 245.

¹³² PAUL: Die Saarabstimmung 1935.

elle-même est incertaine; elle est contradictoire“, und dieses uneindeutige Verhältnis der Deutschen zur europäischen Integration lasse sich nur durch die Wiedervereinigung überwinden. Margue war davon überzeugt, „qu’une Allemagne unifiée, restaurée, maîtresse de ses décisions constituerait un facteur autrement stable et autrement sûr dans toutes les négociations internationales.“¹³³ Dieser kumulierten Infragestellung der europäischen Integration als effektiver Lösung des „deutschen Problems“ stellte Margue andererseits seine Überzeugung – „certaine et absolue“ – entgegen, dass „il n’y a pas d’Europe possible, ni petite ni grande, sans l’Allemagne.“ Deutschland dürfe von seinen Partnern nicht zurückgewiesen werden, es sei in geographischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht essentiell für die Selbstbehauptung Westeuropas. Deswegen „il faut hâter l’incorporation de l’Allemagne dans la mesure et avec tous les moyens possibles en ce moment.“ Zusätzlich unterstrich Margue mit einem Verweis auf die verbreitete Sorge über ein Wiedererwachen des deutschen Militarismus, dass „la dernière guerre a été provoquée non pas par les militaires allemands, mais par le gouvernement d’alors qui était un gouvernement de civils [...]“.“¹³⁴ Nicht die Kontrolle einer abgrenzbaren Gruppe wie des Militärs, sondern der deutschen Politik als solcher, ihrer Unsicherheiten und Widersprüche erschien aus europäischer Perspektive notwendig.

Margue stellte einerseits die Effektivität der europäischen Lösung des „deutschen Problems“ infrage, beharrte aber andererseits auf deren existentieller Notwendigkeit und plädierte für ein konsequentes Vorgehen bei der Integration der Bundesrepublik. Die deutsche Einstellung zur EVG und zur Wiederbewaffnung unterstrich gleichermaßen die westeuropäische Abhängigkeit von der Bundesrepublik wie die Alternativlosigkeit ihrer Einbindung: Der deutsche Widerstand gegen die EVG diene nicht nur Margue als entscheidendes Argument für die konsequente Fortführung dieser Einigung, weil er die befürchtete Abwendung der Deutschen von Europa bestätigte – je größer die Opposition gegen die EVG in der Bundesrepublik erschien, desto dringlicher wurde ihre Durchsetzung. Ungeachtet der realen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, deren Regierung gerade erst die Stalin-Noten abgelehnt sowie den General- und EVG-Vertrag unterzeichnet hatte, ging nicht nur Margue von einer grundsätzlichen Instabilität dieser politischen Verhältnisse und der Abwendung der Bundesrepublik von Europa aus.

Der französische Sozialist Gérard Jaquet gestand im Hinblick auf die Stalin-Noten den Deutschen zwar zu, „que cette proposition se heurte également au sentiment de la majorité du peuple allemand, mais c’est sur ce point que nous voudrions des apaisements, car

¹³³ CE-AC, Quatrième Session, 4. Sitzung, 28.05.1952, S. 85, S. 87.

¹³⁴ Ebd.

le problème est trop grave pour le passer sous silence.“ Obwohl Jaquet explizit die Entscheidung der Bundesrepublik für die europäische Integration würdigte, verlangte er nach weiteren Garantien zur Verhinderung einer Neutralisierung Deutschlands, welche die „impossibilité de faire l'Europe“ und der „ruine de nos espoirs, la fin de notre indépendance et aussi la fin de l'indépendance allemande“ sein würde. Die Erweiterung der bisherigen Integrationsschritte durch eine supranationale politische Autorität als unhintergehbare Garantie der Einbindung erst des westlichen, dann des wiedervereinigten deutschen Staats war für Jaquet „la seule chance de nous sauver, tous ensemble.“¹³⁵ Selbst integrationsskeptische britische Konservative wie Charles Mott-Radclyffe begrüßten die EVG weil sie gewährleistete, dass die Bundesrepublik „walks in step, not out of step“, dass also „the pace, direction and size of her steps“ nicht ihr selbst überlassen bleibe.¹³⁶ Und auch sein Kollege Julian Amery verstand die EVG als Garantie gegen die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland, das automatisch ein erneutes „perilous adventure of constituting a third force between East and West“ mit sich bringe. Für Amery war ein freies Deutschland überhaupt nur in einem geeinten Europa vorstellbar, während der Weg des Neutralismus bedeuten müsse, „that the leaders of German democracy were to be left unaided and alone to resist the eastward pull of economic forces and all the play of Soviet propaganda exploiting the future of the lost Oder-Neisse provinces.“¹³⁷

Die Annahme einer charakterlichen Schwäche der Deutschen, einer Tendenz sich von nationalistischen Impulsen verleiten zu lassen, die schon in den Diskussionen über die deutsche Jugend und die deutschen Flüchtlinge zutage getreten war, spielte auch im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des General- und EVG-Vertrags eine bedeutende Rolle als Argument für die Fortsetzung und Vertiefung der Integrationspolitik. Besonders prägnant führte der Franzose Pierre de Félice dieses Argument in seinem Plädoyer für die Errichtung einer politischen Gemeinschaft aus:

L'Allemagne oscille dangereusement entre l'esprit occidental et le nihilisme découragé. Nous savons quel est son besoin ancestral d'un guide. Ce guide sera ou nationaliste, ou totalitaire, ou européen.

Nous n'avons pas de temps à perdre pour lui faire prendre le meilleur de ces trois aiguillages.¹³⁸

Nicht weniger anschaulich als de Félice zeichnete der EVG-Gegner Robert Boothby ein Bild der deutschen „psychological truth“, wobei er sich auf einen Artikel des 1938 nach

¹³⁵ Ebd., 5. Sitzung, 28.05.1952, S. 124.

¹³⁶ Ebd., 6. Sitzung, 29.05.1952, S. 143.

¹³⁷ Ebd., S. 145f.

¹³⁸ Ebd., 4. Sitzung, 28.05.1952, S. 97; ein Jahr später wiederholte de Félice diese Analyse des deutschen Charakters in identischem Wortlaut; ebd., Cinquième Session, 5. Sitzung, 09.05.1953, S. 62.

England geflohenen, deutschen Publizisten Sebastian Haffner berief,¹³⁹ der die französischen und deutschen Einstellungen zur europäischen Einigung gegenüberstellte: „To the French, Europe is a means by which they can safely remain French. To the Germans it is the means by which they can be released from being merely Germans.“ Den Franzosen gehe es um eine Zweckehe und um Sicherheit, während die Deutschen von einem „great adventure“, einem „huge generous feast of fraternisation“, einer „enormous Wagnerian love affair with metaphysical overtones“ träumten. Problematisch erschien Boothby weder das eine noch das andere Verständnis der europäischen Einigung, vielmehr das gegenseitige Unverständnis zwischen Deutschen und Franzosen: „Our business now is surely to see that this time it has a happy and not a tragic ending.“¹⁴⁰

Während aber Boothby in der EVG kein ausreichendes Mittel sah, um das tragische Ende der europäischen Einigung zu verhindern, prognostizierte Pierre-Henri Teitgen solch eine tragische Entwicklung, sollte die Bundesrepublik nicht in der EVG und der EPG aufgehen. Die Ablehnung der supranationalen Integration werfe die Deutschen auf sich selbst und somit auf jenen Pfad zurück „où chaque homme allemand est comme dépouillé de sa conscience individuelle par l’envahissement d’une psychose collective dont vous savez qu’elle a toujours fait le malheur de l’Allemagne et de l’Europe [...]“.¹⁴¹ Ähnliche Konsequenzen befürchtete der niederländische Sozialist Paul Kapteyn aufgrund der emotionalen Überladung des deutschen Europaverständnisses: Kapteyn stellte fest, dass jedes europäische Volk enthusiastisch, aber nur das deutsche „begeistert“ sein könne. „This is more than being enthusiastic. It is far more intense.“ Die Intensität der deutschen Begeisterung für Europa sei Segen und Fluch zugleich, weil sie rasch in Enttäuschung und Abwendung umschlagen könne: „If we disappoint them now they will be pre-ordained to follow some devilish pied piper of Hamelin on the road of nationalism“, einen Pfad, der sie zurück auf die Schlachtfelder lenke. Die Verantwortung für die Verhinderung eines Ausbruchs jenes „evil spirit“, der schon zwei Mal zu Krieg und millionenfachem Tod in Europa geführt habe, könne hingegen nicht den Deutschen selbst aufgebürdet werden: „we, and we alone, will bear the burden of responsibility.“¹⁴²

Die verbreitete Vorstellung, durch die Integration der Bundesrepublik würden überschießenden Emotionen, die charakterliche Instabilität und die daraus resultierende politische Unberechenbarkeit im Zaum gehalten, kam auch nach dem Scheitern der EVG in den

¹³⁹ Haffners 1940 erschienenes Buch *Germany. Jekyll and Hyde* hatte während des Kriegs in Großbritannien viel Beachtung gefunden hatte und ließ schon durch seinen Titel erahnen, worauf Boothby hinauswollte.

¹⁴⁰ CE-AC, Quatrième Session, 13. Sitzung, 17.09.1952, S. 322f.

¹⁴¹ Ebd., Quatrième Session/Session Extraordinaire, 33. Sitzung, 17.01.1953, S.108.

¹⁴² Ebd., Cinquième Session, 21. Sitzung, 23.09.1953, S. 595.

Diskussionen über eine alternative Einbindungsmöglichkeit für die Bundesrepublik wieder zur Geltung. So plädierte der belgische Christdemokrat Frans van Cauwelaert, ganz im Tenor der EVG-Debatte, für eine Kontrolle der „terribles passions“ der Deutschen durch die NATO-Integration der Bundesrepublik, mit der verhindert werde, dass „l’Allemagne développe des passions qui deviendraient dangereuses, car elles seraient rapidement réprimées.“¹⁴³ Die westeuropäischen Delegierten wie de Félice, Boothby, Teitgen, Kapteyn oder Cauwelaert trauten den Deutschen kein zweckrationales Verhältnis zur europäischen Einigung zu, dieses Verhältnis erschien im besten Fall als wankelmütig und emotional, im schlimmsten Fall als fanatisch und regelrecht psychopathologisch, in jedem Fall aber als unberechenbar. Der instabile deutsche Charakter musste durch eine feste institutionelle Einbindung ausgeglichen werden, ansonsten würden die Deutschen sich erneut für ihre Nation und gegen ihre Freiheit, gegen Europa entscheiden. Solch psychologisierende Erklärungsmuster standen insbesondere in Frankreich in einer langen Tradition, seit sich das positive Bild von den „Deutschländern“ im 19. Jahrhundert zu einem negativen Bild vom preußischen Soldaten verformt und durch völkerpsychologische Theorien verfestigt hatte.¹⁴⁴

Diese Tradition wirkte gleichermaßen in den Vorstellungen und Zuschreibung der Befürworter wie der Gegner der europäischen Einigung fort, nicht nur in Frankreich.¹⁴⁵ Auch in der Beratenden Versammlung nutzten Gegner wie Befürworter der supranationalen Integration solch kollektivpsychologische Zuschreibungen um zu unterstreichen, dass eine engere Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Westeuropa entweder positive Auswirkungen auf die Deutschen oder negative Auswirkungen auf ihre Partner habe. Das Bild des irrationalen Deutschen – verfestigt durch die gemeinsame europäische Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft, der von Deutschland ausgehenden Zerstörung Europas und Selbstzerstörung der eigenen Nation¹⁴⁶ – konnte gleichermaßen als Argument für die europäische Einigung im Sinne einer Neutralisierung der irrationalen Tendenzen dienen, wie als Argument gegen die europäische Einigung im Sinne eines Eindringens dieser irrationalen Tendenzen in die Gemeinschaften der EGKS, der EVG und der EPG.

¹⁴³ Ebd., Sixième Session, 19. Sitzung, 17.09.1954, S. 481.

¹⁴⁴ MIARD-DELACROIX: Question nationale allemande, S. 401.

¹⁴⁵ SCHIRMANN: Quelques éléments, S. 70. Vgl. auch KÖNIG: Deutschlandperzeption und Europadebatte, S. 210–214.

¹⁴⁶ GRUNER: L’image de l’autre, S. 54.

Nation als Befreiung?

Die Unvorstellbarkeit einer Trennung von „deutscher Frage“ und „deutschem Problem“, also einer Wiedervereinigung Deutschlands ohne westlich-europäische Einbindung, lag nicht nur im Ost-West-Konflikt oder im deutschen Potential begründet, das der Gegenseite der Systemkonfrontation zumindest nicht vollständig zufallen sollte.¹⁴⁷ Sie ist genauso auf ein Deutschlandbild zurückzuführen, das die deutsche Wiedervereinigung ohne westlich-europäische Einbindung mit einer Rückkehr zu den politischen Verhältnissen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts identifizierte, durch die ein erneuter Krieg unausweichlich werde. Deutschland war nicht nur „das entscheidende Objekt des Kalten Krieges“¹⁴⁸, sondern als geteilter Frontstaat auch das – zumindest potentiell – entscheidende Subjekt dieses Konflikts: Von seiner politischen Positionierung hing die Eskalation oder Eindämmung des Konflikts ab, aus der westlichen Perspektive auf die Bundesrepublik unvergleichlich stärker als aus der Perspektive der Sowjetunion auf die von ihr abhängige DDR. Gemäß diesem Deutschlandbild musste die deutsche Teilung den Ost-West-Gegensatz zwar verstetigen, aber die historische Rolle Deutschlands als destabilisierende Macht zwischen Ost und West aufheben. Die implizite Annahme, dass das 1945 besiegte und aufgelöste Deutsche Reich weder dem Osten noch dem Westen zugerechnet werden konnte, dass es sich in seiner Außenpolitik dementsprechend unberechenbar gerierte und sowohl den Osten als auch den Westen in zwei Weltkriege hineingezogen habe, verschwand nicht einfach mit der deutschen Teilung.

Die vorrangige Herausforderung der europäischen Einigung bestand in der Verhinderung einer erneuten Destabilisierung des Kontinents mittels Einbindung der Deutschen in die westlich-europäische Gemeinschaft, wobei diese Lösung des „deutschen Problems“ keineswegs mit einer Regelung der „deutschen Frage“ identisch sein würde, ganz im Gegenteil: unter den gegebenen Umständen des Ost-West-Konflikts erschien eine gleichzeitige Regelung der „deutschen Frage“ und eine Lösung des „deutschen Problems“ nicht möglich, weil ein wiedervereinigtes Deutschland nur als ungebundener, neutraler Staat zwischen Ost und West vorstellbar war, und es genau dies zu verhindern galt. Der britische Außenminister Anthony Eden veranschaulichte dieses Dilemma im Februar 1954 in einer Rede vor dem Unterhaus: „Is Germany to be neutral and disarmed? [...] If so, who will keep Germany disarmed? Or is Germany to be neutral and armed? If so, who will keep Germany neutral?“¹⁴⁹ Ein wiedervereinigtes Deutschland als neutraler, unabhängiger Staat

¹⁴⁷ So etwa LOTH: Die Teilung der Welt, S. 348.

¹⁴⁸ MEIER-DÖRNBURG: Politische und militärische Faktoren, S. 273.

¹⁴⁹ Zit. nach GOSSEL: Briten, Deutsche und Europa, S. 83.

konnte in dieser Sichtweise zwar eine Antwort auf die „deutsche Frage“, aber gerade keine Lösung des „deutschen Problems“ bieten. Die in Art. 1 des EPG-Satzungsentwurfs festgeschriebene Unauflösbarkeit der europäischen Gemeinschaft wie auch in die in Art. 103 fixierte Ausweitung dieser Gemeinschaft auf das gesamte zukünftige Staatsgebiet eines wiedervereinigten Deutschlands zielten darauf ab, dass eine Wiedervereinigung nur unter der Bedingung der westlich-europäischen Integration möglich, die Beantwortung der „deutschen Frage“ also von der Lösung des „deutschen Problems“ abhängig sein werde; ein Konstrukt, das mit guten Argumenten als rechtlich unhaltbar – weil auf den hypothetischen Zustand der deutschen Wiedervereinigung vorgehend – und politisch unverantwortlich – weil diesen hypothetischen Zustand praktisch verhindernd – kritisiert wurde.¹⁵⁰

Solch eine fragwürdige Rechtskonstruktion basierte auf der Überzeugung, die nationalstaatliche Souveränität, also die politische Unverbindlichkeit rechtlicher Abmachungen zwischen Staaten sei Ursache des europäischen Niedergangs gewesen. Wie an den föderalistischen Diskussionen im Zuge der Gründung der Bundesrepublik deutlich geworden ist, bestand im Rahmen des allgemeinen Problems nationalstaatlicher Souveränität noch dessen konzentrierter, besonderer Ausdruck, das „deutsche Problem“ – während dem französischen Rechtsverständnis eine prinzipielle Fähigkeit zur zwischenstaatlichen Bindung und Kooperation zugesprochen wurde, galt das deutsche Rechtsverständnis als „zynischer“, weil es zwischenstaatlichen Verpflichtungen jegliche Wirksamkeit absprach, und somit als „logisch konsequenter“ Ausdruck des allgemeinen Souveränitätsproblems.¹⁵¹ Die Vorstellung einer spezifisch deutschen Ausprägung der strukturellen Unverbindlichkeit zwischenstaatlicher Abmachungen verfolgte etwa die UFF – die französische Sektion der Europaföderalisten – bis in die Anfänge der deutschen Nationalbewegung zurück, die sie somit als Ausgangspunkt des deutschen Selbstverständnisses präsentierte. In einer Broschüre über die EVG argumentierte die UFF mit der „fragilité et précarité des alliances“ für die Schaffung einer supranationalen Verteidigungsorganisation, die sie als „la seule grande enseignement de l'histoire“ anführte und mit historischen Beispielen veranschaulichte. Diese Beispiele stammten fast alle aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs: der französische „Verrat“ an der Tschechoslowakei im Münchner Abkommen 1938, der belgische und französische „Verrat“ an Großbritannien durch die separaten Waffenstillstandsabkommen mit dem „Dritten Reich“ im Mai/Juni 1940, der gleichzeitige „Verrat“ Großbritanniens an Belgien und Frankreich durch die Ausschiffung seines Expeditionskorps aus Dünkirchen, der

¹⁵⁰ Vgl. Kap. 5.3.

¹⁵¹ Vgl. Kap. 4.1.

„Verrat“ Italiens an Deutschland durch den Bündniswechsel 1943 – sowie „sans oublier“, der „Verrat“ Preußens am napoleonischen Frankreich 1812/1813.¹⁵²

Das letzte Beispiel verweist nicht nur auf die prinzipielle Fragilität von zwischenstaatlichen Bündnissen, sondern brachte zusätzlich den Beginn der deutschen Nationalbewegung in den sogenannten Befreiungskriegen mit ins Spiel, die in dem preußischen Bündniswechsel ihren Ausgang genommen hatten. Der Wechsel Preußens von der französischen auf die russische Seite durch die Konvention von Tauroggen diente in den Diskussionen über die EVG immer wieder als historischer Beleg für die Unzuverlässigkeit von Bündnissen, insbesondere aber für die historisch verbriefte Unzuverlässigkeit der Deutschen.¹⁵³ Die oberflächliche Vergleichbarkeit der Bedingungen von 1812/13 und 1950ff., also der eines besiegt, zerstückelten und an den – zumindest französischen – Westen gebundenen Deutschlands, das durch den Wechsel auf die russische Seite seine nationale „Befreiung“ erkämpft habe und wieder erkämpfen werde, mag zu dieser Analogie beigetragen haben; in jedem Fall hatte dieses historische Beispiel die doppelte Funktion, gleichermaßen auf das strukturelle Problem nationalstaatlicher Souveränität wie auf das schon in seiner ursprünglichen Ausprägung erkennbare, besondere Problem der deutschen Nation hinzuweisen.¹⁵⁴ Und nicht nur die Föderalisten griffen so weit in die Vergangenheit zurück um die aktuelle Konstellation zu veranschaulichen. Rudolf Augstein, Herausgeber des SPIEGEL und Gegner von Adenauers Integrationskurs, charakterisierte die Bundesrepublik 1952/53 immer wieder despektierlich als „Rheinbund“.¹⁵⁵ Der Vergleich mit der 1806 von Napoleon hergestellten Konföderation vornehmlich westdeutscher und mit Frankreich alliierter Staaten entsprach der föderalistischen Perspektive, mit der europäischen Integration der Bundesrepublik einen erneuten Bündniswechsel der Deutschen zur Herstellung ihrer nationalen Einheit zu verhindern.

Insofern bildete das Bekenntnis zur deutschen Einheit, wenn es denn im Rahmen der europäischen Einigungsdiskussion formuliert wurde, immer ein Bekenntnis zum wieder-

¹⁵² HAEU, UEF-97, Union Française des Fédéralistes: France-Europe, Numéro Spéciale. Communauté Européenne de Défense? [1953]. Dieselben Beispiele hatte schon der UEF-Theoretiker Altiero Spinelli in seinem Memorandum über eine politische Gemeinschaft vom Sommer 1951 angeführt; vgl. Kap. 5.3.

¹⁵³ So etwa beim französischen Hochkommissar in Deutschland, André François-Poncet, und dem französischen NATO-Botschafter Hervé Alphand; BOCK: Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik, S. 611f., S. 624; MEIER-DÖRNBURG: Politische und militärische Faktoren, S. 275.

¹⁵⁴ Der deutsche Nationsbegriff war zwar keineswegs alleiniges Produkt der napoleonischen Besatzung und der Befreiungskriege, aber gewissen Elemente seiner späteren Zuspitzung auf Feindschaft, Abwehrkampf und völkische Einheit lassen sich durchaus auf die anti-französische Mobilisierung zurückführen; BRANDT: Die Befreiungskriege, S. 36f.; ECHTERNKAMP: Der Aufstieg, S. 222–226; SCHULTZ: Mythos und Aufklärung, S. 60f.

¹⁵⁵ SCHWARZ: Anmerkungen, S. 126–128. Der von Napoleon initiierte Rheinbund trat 1806 an die Stelle des aufgelösten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Er wurde von Frankreich dominiert, und leistete dessen Expansionspolitik militärischen Beistand. 1813 löste er sich infolge der Niederlage Napoleons bei Leipzig wieder auf.

vereinigten Deutschland als Teil des geeinten Europas. Das im Mai 1949 vom UEF-Präsidenten Henri Brugmans ausgegebene Motto „Une Allemagne unie dans une Europe unie“¹⁵⁶ implizierte schon, dass ein wiedervereinigtes Deutschland ohne europäische Einbindung undenkbar war. Vier Jahre später, unter dem Eindruck der Diskussionen über die EVG, die Stalin-Noten und die EPG stellte auch Paul-Henri Spaak diesen Zusammenhang ins Zentrum seiner Argumentation für die Fortführung der europäischen Integration der Bundesrepublik: das geeinte Deutschland und das geeinte Europa seien nicht als Alternativen, sondern überhaupt nur gemeinsam vorstellbar, sie seien „deux éléments complémentaires et deux éléments nécessaires pour l'établissement de la paix dans le monde. C'est parce que telle est ma conviction que je ne puis accepter ni la neutralisation totale, ni la démilitarisation de l'Allemagne.“¹⁵⁷

In der Ablehnung eines geeinten aber neutralen Deutschlands und der Alternativlosigkeit einer möglichst engen Einbindung der Bundesrepublik waren sich die UEF und Spaak auch mit den Kritikern der EVG-Lösung einig. So wandte sich der konservative britische Delegierte Christopher Hollis 1952 in seinem Plädoyer für die NATO-Integration der Bundesrepublik dagegen, „to imagine that E.D.C. would immediately become not merely a working arrangement but a spiritual revolution of the type that would wash out all nationalist memories“, also gegen die Erwartung, die europäische Einigung bringe die westdeutsche Bevölkerung dazu „to think of the Frenchman or the Englishman as someone closer to him than the German of the East.“ Hollis führte dies nicht auf einen besonderen deutschen Charakterzug zurück, sondern auf das Faktum der deutschen Teilung. Aber er gestand ebenso ein, dass diese Differenzierung keinen Unterschied ausmache, weil die besondere Position, in der sich die Bundesrepublik befinde, mit besonderen Ansprüchen einhergehe, die von ihren Partnern zurückgewiesen werden müssten:

There is a moral case for liberating Germans from Communist tyranny. But there is not a moral case for liberating only Germans from Communist tyranny. A compromise which left the Germans free and the inhabitants of the satellite countries enslaved would be the worst compromise of all. I made this point once to a German with whom I was sitting on a committee, and he gave me an answer which was odd, disturbing and extraordinary. He said: „I never thought of that“.¹⁵⁸

Das Verlangen der Deutschen nach Wiedervereinigung erkannte Hollis zweifelsohne an, dessen Artikulation setzte er hingegen in einen Widerspruch zu dem gemeineuropäischen Verlangen nach Frieden und Stabilität. Auch der niederländische Sozialist Frans Go-

¹⁵⁶ Vgl. Kap. 7.1.

¹⁵⁷ CE-AC, Cinquième Session, 15. Sitzung, 17.09.1953, S. 313f.

¹⁵⁸ CE-AC, Quatrième Session, 13. Sitzung, 17.09.1952, S. 342. In einem Brief an Erich Ollenhauer äußerte der niederländische Sozialist Marinus van der Goes van Naters 1955 ähnliche Bedenken und fragte den SPD-Vorsitzenden, ob für ihn die Spaltung nur Europas nur in ihrer besonderen Gestalt der deutschen Teilung eine Bedeutung habe; TRUNK: Europa, ein Ausweg, S. 142f.

edhart bekundete seinen Unwillen, die deutsche Teilung auf Kosten anderer Staaten aufzuheben; er betonte „que nous ne voulons pas payer la liberté de l’Autriche et de l’Allemagne orientale par l’asservissement éternel à l’esclavage soviétique des peuples de la Pologne, de la Tchécoslovaquie, de la Hongrie, etc.“, charakterisierte solch partikulare Ansätze als „malsaine, immorale et inhumaine“ und verglich sie mit dem Münchner Abkommen.¹⁵⁹ Goedharts Rede stand im Zeichen des Aufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR, der zahlreiche Solidaritätsbekundungen in der Beratenden Versammlung nach sich zog, aber auch eine erhöhte Sensibilität gegenüber dem deutschen Verlangen nach Wiedervereinigung. Besondere Aufmerksamkeit kam dabei der Rede zu, die Konrad Adenauer anlässlich des Siegs der CDU bei der Bundestagswahl am 6. September gehalten hatte. Die unerwartet deutliche Entscheidung der westdeutschen Bevölkerung für Adenauer bewertete nicht nur die niederländische Christdemokratin Marga Klompé „encouraging surprise“¹⁶⁰ und eindeutiges Votum für die westlich-europäische Einbindung der Bundesrepublik.

Dieser Einschätzung hielt jedoch der britische Labour-Delegierte Alfred Robens entgegen, der deutsche Bundeskanzler habe am Wahlabend zur deutschen Bevölkerung von der „liberation of the enslaved millions of their countrymen“ gesprochen. Bei Robens weckte solch eine Formulierung die „hazy recollection of another German who made a similar speech before another great crowd of enthusiastic Germans“ – gemeint war Hitlers Propaganda einer Befreiung der „enslaved Germans of the Sudetenland“, die er im Münchner Abkommen auch hatte durchsetzen können. „We all know what followed from that“, nämlich die Zerstörung der Tschechoslowakei als erster Schritt der deutschen Expansion und in den Zweiten Weltkrieg. Was Robens befürchtete und mit dieser Analogie deutlich machen wollte, war ein vereintes Deutschland, dass seine wiedergewonnene Dominanz in der europäischen Gemeinschaft gegen den Westen richten und sich „in return for the lost territories“¹⁶¹ der UdSSR zuwenden würde. Der CDU-Delegierte und spätere Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger widersprach Robens zwar in seiner Interpretation der von Adenauer gewählten Formulierung „Befreiung“ und betonte, dass „the German nation has made its choice“, womit die westlich-europäische Einbindung und die „recent events“ der Bundestagswahl und des Aufstands in der DDR gemeint waren.¹⁶² Aber zahlreiche EVG-kritische Delegierte griffen Robens’ Assoziation auf.

¹⁵⁹ Ebd., Cinquième Session, 16. Sitzung, 18.09.1953, S. 333.

¹⁶⁰ Ebd., 17. Sitzung, 19.09.1953, S. 372.

¹⁶¹ Ebd., 16. Sitzung, 18.09.1953, S. 348. Entsprechend energisch hatten schon die drei Hohen Kommissare auf eine Rede Adenauers vor Vertriebenen im November 1951 reagiert, in welcher der Bundeskanzler die EVG als Mittel zur Wiedergewinnung der ehemaligen Ostgebiete beworben hatte; FOSCHÉPOTH: Westintegration statt Wiedervereinigung, S. 43.

¹⁶² CE-AC, Cinquième Session, 17. Sitzung, 19.09.1953, S. 378.

Sein britischer Genosse Fred Peart schien von Kiesingers Versuch einer Klarstellung nicht überzeugt: „I hope M. Kiesinger is sincere, but nevertheless we must face the facts.“ Und die Fakten waren, dass angesichts der in der amerikanischen und europäischen Presse verbreiteten Berichte über die Rede Adenauers und der enthusiastischen Reaktionen seines Publikums eine Distanzierung des Bundeskanzlers von jeglicher Idee einer „Befreiung“ notwendig sei, weil dieser Begriff die Furcht vor dem deutschen Militarismus wachrufe. Auch in Osteuropa und in Russland bestünden weiterhin berechtigte Ängste davor, „that the time may well come when some people again may be thinking in terms of liberation and may use their military and economic might to launch an aggressive campaign [...]“. ¹⁶³ Für einen weiteren britischen Labour-Delegierten, Llywelyn Williams, war Adenauers Rede gar Ausdruck jener zu beobachtenden „trends which suggest that the old military class in Germany is still full of potential danger.“ ¹⁶⁴

Als der irische Delegierte Peadar Cowan die Debatte über Adenauers Wortwahl und deren Bedeutung zum Anlass nahm, eine wahrlich einzigartige Anklage deutscher Verbrechen der Vergangenheit vorzutragen, ¹⁶⁵ sah sich erneut Kurt-Georg Kiesinger zu einem Einschreiten genötigt. Kiesinger behauptete, das dem deutschen Wort „Befreiung“ keine aktive Bedeutung wie dem englischen Wort „liberation“ zukomme. Daraufhin machte ihn der belgische Sozialist Henri Rolin darauf aufmerksam, dass „Befreiung“ durchaus in einem aktiven Sinne verstanden werden könne und auch genauso verstanden werde – nicht nur in Russland, der Tschechoslowakei oder Polen, wo man mit der aktiven Bedeutung der deutschen „Befreiung“ sehr eingehende Erfahrungen gemacht habe. ¹⁶⁶ Sämtliche Delegierte, die sich an dieser Diskussion über die Bedeutung und mögliche Rezeption von Adenauers Wortwahl beteiligten, waren Gegner der deutschen Wiederbewaffnung, sowohl im Rahmen der EVG als auch im Rahmen der NATO ¹⁶⁷ – aber keiner der Befürworter dieser Wiederbewaffnung, ob in der EVG oder in der NATO, unternahm den Versuch, Adenauer gegen die Vorwürfe einer unbedachten oder gar aggressiven Wortwahl zu verteidigen.

Stattdessen wiederholte Nicolas Margue, der als Delegierter der luxemburgischen Christdemokraten zu den unerschütterlichen Befürwortern der europäischen Einigung ge-

¹⁶³ Ebd., 18. Sitzung, 21.09.1953, S. 409f.

¹⁶⁴ Ebd., S. 431.

¹⁶⁵ „Are we to forget the brutality of the Hitler régime in Germany? Are we to forget Belsen? [...] Are we to forget the cindered remains of those thousands of human beings who were burned and destroyed in such a way?“; ebd., 20. Sitzung, 22.09.1953, S. 488.

¹⁶⁶ Ebd., S. 491, S. 511f., S. 515, S. 518.

¹⁶⁷ Auch in der britischen Labour-Partei entwickelte sich nach dem Ausscheiden aus der Regierung 1951 eine Strömung, die die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik grundsätzlich ablehnte und an den Verhandlungstisch mit der Sowjetunion zurückkehren wollte; GOSSEL: Briten, Deutsche und Europa, S. 63f.

hörte,¹⁶⁸ dass eine „Befreiung“ Deutschlands mit der „Befreiung“ der von der UdSSR beherrschten osteuropäischen Staaten verbunden werden müsse – dass es also kein Ende der deutschen ohne Beendigung der europäischen Teilung geben dürfe. Nur darin bestehe „peut-être un pas vers la libération définitive, que nous sommes bien forcés de souhaiter tous pour ne pas voir se perpétuer une situation intolérable.“¹⁶⁹ Neben solch einer impliziten Kritik an der Wortwahl Adenauers betonte lediglich der britische Delegierte aus Nordirland, Ronald Ross, dass der Kanzler für den „march of political democracy“ der Bundesrepublik eine „big responsibility“ trage. Deswegen sei weniger die Bedeutung problematisch, die das Ausland dem Wort „Befreiung“ beimesse, als die Frage, wie es die Deutschen verstünden: „What of the people, the cheering hysterical thousands who heard Dr. Adenauer? What did they understand? I hope they understood it as it was explained to us.“¹⁷⁰ Und auch für andere Delegierte sprach diese Episode eher für Adenauer als gegen ihn, weil das grundsätzliche Problem in dem Verständnis und hysterischen Jubel der Massen lag. Christopher Hollis ging deswegen nicht auf die kritisierte Wortwahl des Kanzlers ein, sondern benannte die Gefahr, „that power would pass out of the hands of reasonable and constitutional people altogether.“ Es gebe schlichtweg keine andere Möglichkeit als die Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundeskanzler, denn würde diese Zusammenarbeit nun verweigert, „we shall certainly before long have to do business with people a great deal more inconvenient than Dr. Adenauer [...]“. ¹⁷¹

Die Alternativlosigkeit Adenauers als Wegbereiter der europäisch-westlichen Einbindung der Bundesrepublik betonten zusätzlich mehrere Redner mit Rückgriff auf die jüngere Vergangenheit: Walter Layton erinnerte an die Tragödie der Zwischenkriegszeit, Hitler das geben zu müssen was man den Weimarer Kanzlern verweigert habe. Deswegen appellierte er an die Europäer, Adenauers Regierung dabei zu unterstützen „to carry out, and carry out quickly, the mandate it has received. I say that they must do so quickly, because we cannot assume that, if nothing is done, German opinion will be the same five years hence as it is to-day.“¹⁷² Auch der belgische Liberale Jean Rey übertrug die Weimar-Hitler-Analogie auf die Gegenwart und spezifiziert die zukünftige Konstellation dahingehend, dass „nous serons obligés de concéder à l'Allemagne du général Remer et du Dr Naumann

¹⁶⁸ Im luxemburgischen Parlament wurden sämtlich europäischen und Westverträge von Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen geschlossen verabschiedet – eine einzigartige überparteiliche Konstante der Anfänge europäischer Einigungspolitik; WOYKE: Erfolg durch Integration, S. 305f.

¹⁶⁹ CE-AC, Cinquième Session, 20. Sitzung, 22.09.1953, S. 481.

¹⁷⁰ Ebd., S. 526.

¹⁷¹ Ebd., 17. Sitzung, 19.09.1953, S. 360f.

¹⁷² Ebd., 18. Sitzung, 21.09.1953, S. 400.

ce que nous aurons refusé aujourd'hui à l'Allemagne du chancelier Adenauer.“¹⁷³ Beide Reaktionen auf Adenauers Wahlsieg vom 6. September 1953, sowohl die Kritik an seiner Wortwahl als auch die Appelle, seiner nun mit einem eindeutigen Mandat ausgestatteten Regierung entgegenzukommen und die europäisch-westliche Einbindung der Bundesrepublik abzuschließen, brachten erneut ein identisches Verständnis des „deutschen Problems“ zum Ausdruck: Das eines nur oberflächlich verdeckten, weiterhin gärenden und die „Befreiung“ der Deutschen in der DDR sowie der verlorenen gegangenen Ostgebiete in den Blick nehmenden Nationalismus. Aus Sicht der Integrationsgegner trat dieser virulente Nationalismus der Deutschen nun selbst bei Konrad Adenauer zutage, was eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durch die EVG oder die NATO undenkbar machte – die Integration ziehe die westlichen Partner in einen deutschen Versuch der „Befreiung“ mit hinein, weswegen sie eine Einigung mit der UdSSR, also eine Rückkehr zur Konstellation der Anti-Hitler-Koalition bevorzugten, welche die deutsche Einheit wiederherstellen und gleichsam kontrollieren würde. Aus Sicht der Integrationsbefürworter war Konrad Adenauer die einzige Garantie gegen den virulenten Nationalismus der Deutschen, was eine rasche Einbindung der Bundesrepublik unumgänglich mache – die Integration garantiere, dass auch auf Adenauer folgende Regierungen nicht wieder durch sowjetische Verlockungen oder einen deutschnationalen Sog von Europa gelöst, sich also der UdSSR anschließen oder diese angreifen würden.

¹⁷³ Ebd., S. 408. Der Staatssekretär in Goebbels Reichpropagandaministerium, Werner Naumann, hatte gemeinsam mit anderen nationalsozialistischen Funktionären versucht, den nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP zu unterwandern und wurde 1953 von den britischen Besatzungsbehörden verhaftet. Der Wehrmachtsoffizier Ernst Otto Remer hatte 1949 die *Sozialistische Reichspartei* gegründet, die offen nationalsozialistische Positionen vertrat – 1952 wurde sie als verfassungswidrig verboten und Remer wegen Verunglimpfung der Attentäter des 20. Juli verurteilt, woraufhin er ins Ausland flüchtete.

8 Das „deutsche Problem“ als Motiv der europäischen Einigung

Die Auseinandersetzung der europäischen Einigungsdiskussion mit dem „deutschen Problem“ beeinflusste die Integration zwischen 1945 und 1954 in nahezu allen Bereichen: Die Gründung des Europarats wie der Entwurf der EPG-Satzung wiesen vielfältig Bezüge zu Deutschland auf, der Schuman- wie der Plevén-Plan reagierten auf aktuelle Entwicklungen, welche das „deutsche Problem“ zu verschärfen drohten, der Saarkonflikt wie die deutschen Flüchtlinge erschienen nicht als Probleme der Bundesrepublik, sondern als europäische Herausforderungen und die Aussicht auf ein wiedervereinigtes, neutrales und souveränes Deutschland führte zurück zum Ursprungsmotiv der Einigungsidee aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs: Die dauerhafte Stabilisierung und Befriedung des Kontinents, die mit einem unabhängigen Deutschland nicht zu vereinbaren sei. „[O]n ne fera pas l'Europe sans résoudre le problème allemand; mais il est tout aussi vrai que le problème allemand est insoluble en dehors de l'Europe“¹, so der Generalsekretär der UEF, Albert Lohest, anlässlich der Gründung der Bundesrepublik. An dem hier herausgestellten deutsch-europäischen Abhängigkeitsverhältnis änderte sich in der europäischen Einigungsdiskussion nichts, solange dieses Verhältnis nicht in einem institutionalisierten und verrechtlichten Rahmen fixiert war. „Pour faire l'Union européenne, *quid* du problème allemand“² fragte der Vorsitzende der SFIO, Guy Mollet, Ende 1951 in der Beratenden Versammlung des Europarats und bestätigte damit, dass die Schaffung eines geeinten Europas auf die Lösung des „deutschen Problems“ ausgerichtet war.

Nach dem Scheitern der EVG sprach der belgische Sozialist Fernand Dehousse von der fortzusetzenden Suche nach einer „bonne formule de solution européenne et de solution du problème allemand“³, und hielt dadurch an der Vorstellung fest, dass die Lösung der europäischen Probleme zugleich die Lösung des „deutschen Problems“ bedeute. Die Aufnahmen der Bundesrepublik in die WEU und die NATO als Alternativlösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung wurde zwar akzeptiert um eine Neutralisierung Deutschlands zu verhindern, wie die christdemokratischen NEI nach dem Scheitern der EVG zugestanden; diese Notlösung dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, was weiterhin als einzig wirksame Lösung galt, „le but essentiel: la construction de l'Europe unie.“⁴ Das unveränderte, deutsch-europäische Abhängigkeitsverhältnis prägte die Einigungsdiskussion,

¹ HAEU, UEF-246, Bulletin N° 3, Juni 1949, S. 8.

² CE-AC, Troisième Session, 20. Sitzung, 27.11.1951, S. 494. [Kursiv im Original]

³ Ebd., Sixième Session, 22. Sitzung, 20.09.1954, S. 573.

⁴ ACDP, 009-002-003, Réunion du Comité Directeur, Annexe 2: Manifeste de Bruges, 11.09.1954. Vgl. KAISER: Deutschland exkulpieren, S. 716.

es diene als Prisma der verschiedenen Ansätze europäischer Kooperation und Integration. Dies lässt sich nicht nur an den spezifischen Themen wie dem Saarkonflikt, der deutschen Wirtschaftsentwicklung, der Wiederbewaffnungsfrage oder den Flüchtlingen ablesen – all diesen Auseinandersetzungen mit den verschiedenen und zahlreichen deutschen Problemen lag ein Verständnis vom deutsch-europäischen Abhängigkeitsverhältnis, dem fundamentalen „deutschen Problem“ und seiner ebenso fundamentalen europäischen Lösung zugrunde, das sich in verschiedenen Strategien zur Legitimierung europäischer Einigungspolitik niederschlug. Anhand dieser Legitimationsstrategien offenbart sich das „deutsche Problem“ als kontinuierliches und themenübergreifendes Motiv der europäischen Einigung im ersten Nachkriegsjahrzehnt.

8.1 Ein deutsch-europäisches Problem

Catastrophic Europeanism. Zur rhetorischen Konstruktion einer Schicksalsgemeinschaft

Europa war gerade erst von der zerstörerischen Herrschaft des Nationalsozialismus befreit worden, da drohte schon die nächste Katastrophe: „Le néant est à nos portes“ schrieb Henri Brugmans 1946 und meinte damit ein der Verzweiflung anheimfallendes deutsches Volk, dass Europa erneut ins Unglück reiße.⁵ Winston Churchill forderte im selben Jahr die Einigung des Kontinents unter Einschluss Deutschlands zur Verhinderung eines „third and possibly fatal holocaust“ und des „final doom“ Europas.⁶ Emanuel Sassen sprach 1947 auf dem Gründungstreffen der NEI von der Notwendigkeit, Europas Zersplitterung zu überwinden und das „deutsche Problem“ zu lösen um „le suicide, ou plutôt, pour utiliser une formule plus moderne, le génocide des Européens“ abzuwenden.⁷ Kurz darauf richtete das Zentralkomitee der UEF einen Appell an die europäischen Öffentlichkeit, in dem es sein Überzeugung mitteilte, dass „seule la solution fédéraliste, si elle intervient à temps, peut encore sauver l’humanité“ – weil nur die Föderation den Deutschen die Gleichberechtigung geben und ihnen gleichzeitig die Instrumente aggressiv-nationalistischer Politik nehmen könne.⁸

⁵ BRUGMANS: L’Allemagne et le Fédéralisme européen, S. 17f.; Vgl. Kap. 3.1.

⁶ CHURCHILL: His complete Speeches, S. 7359, S. 7381. Vgl. Kap. 3.3.

⁷ TPcC, Dok. 4: Convenium christlicher Politiker Europas, Luzern, 27.02.–02.03.1947, Aussprache, S. 91. Vgl. Kap. 3.2.

⁸ HAEU, UEF-128, Réunion du Comité Central à Amsterdam, 11.–16.04.1947, Appel à l’opinion publique. Vgl. Kap. 3.1.

Der französische Außenminister Georges Bidault präsentierte 1948 dem Konsultativrat des Brüsseler Pakts die europäische Föderation als Notwendigkeit „pour vivre, pour survivre“, als Mittel um „non seulement l’avenir, mais peut-être l’existence même de nos pays et de la civilisation“ zu retten, weil nur sie „le problème essentiel de l’Allemagne“ zu lösen vermöge.⁹ Die Gründung eines westdeutschen Staats und „the urgent problems created by the setting up of the German Federal Republic“ vergrößerten für die UEF nur noch die Notwendigkeit und Dringlichkeit „of preventing the final collapse of our civilization“, und auch die NEI sprachen in diesem Zusammenhang wieder vom drohenden „ruine de la civilisation“ und gaben als Motto ihrer Einigungsbemühungen aus: „Faire l’Europa ou mourir“ – eine Formulierung, die Edouard Herriot in seiner Eröffnungsrede vor der Beratenden Versammlung des Europarats aufgriff als er die europäischen Einigung als „un problème de vie ou du mort“ bezeichnete, um anschließend auf die zentrale europäische Herausforderung des „deutschen Problems“ einzugehen.¹⁰ Und immer wieder war die Rede von einem bevorstehenden Dritten Weltkrieg.¹¹ Gerade in den Debatten, die auf die Stalin-Noten sowie die Unterzeichnung des General- und EVG-Vertrags im Mai 1952 folgten, malten sowohl die Anhänger der EVG- als auch die Anhänger der NATO-Lösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung dieses Bedrohungsszenario an die Wand.¹²

Diese ausgeprägte Katastrophenrhetorik war eines der bemerkenswerten Kennzeichen der europäischen Einigungsdiskussion zwischen 1945 und 1954. Die Visionen der nahen und nur durch eine radikale politische Transformation abzuwendenden europäischen Katastrophe erfolgte in einem Ausmaß und einer Kontinuität, dass den Akteuren selbst nicht länger der drohende Untergang, sondern sein Ausbleiben erklärungsbedürftig erschien. Gérard Jaquet, Delegierter der französischen SFIO, konstatierte im November 1951, man habe „si souvent déclaré qu’il fallait faire vite pour éviter la catastrophe que nous sommes peut-être amenés à penser, aujourd’hui, que nous avons encore un certain nombre d’années devant nous, puisque la catastrophe a été, jusqu’à présent, évitée“ – nur um im

⁹ ANLux, UEO-BTO-019, Compte rendu de la seconde session du Conseil Consultatif à La Haye, 19.–20.07.1948, S. 21f. Vgl. Kap. 3.4.

¹⁰ HAEU, UEF-95, European Union of Federalists, From the Powerless Consultative Assembly to a European Pact, 1949, S. 3; ACDP, 09-002-002, Procès-verbal du Comité Exécutif à Bad Hofgastein, 15./16.01.1949, Annexe 11: Message des N.E.I., S. 2f.; CE-AC, Première Session, 1. Sitzung, 10.08.1949, S. 9, S. 11. Vgl. Kap. 4.2.

¹¹ HAEU, UEF-91, Alexandre Marc: A hauteur d’homme: Conquérir la Paix, o.D. [1947], S. 5; HAEU, ME-1182, Memorandum on United Europe by Robert Boothby, o.D. [1948], S. 4; ACDP, 09-002-002, Procès-verbal du Comité Exécutif à Bad Hofgastein, 15./16.01.1949, Annexe 11: Message des N.E.I., S. 3; CE-AC, Deuxième Session, 22. Sitzung, 18.11.1950, Rede Carlo Sforza, S. 1289.

¹² Ebd., Quatrième Session, 6. Sitzung, 29.05.1952, Rede Denis Healey, S. 157; ebd., 7. Sitzung, 29.05.1952, Rede Paul-Henri Spaak, S. 176; ebd., 13. Sitzung, 17.09.1952, Rede Robert Boothby, S. 322; ebd., Cinquième Session, 15. Sitzung, 17.09.1953, Rede Paul Henri-Spaak, S. 310, S. 314; ebd., 18. Sitzung, 21.09.1953, Rede Denis Healey, S. 390, S. 393; ebd., 19. Sitzung, 22.09.1953, Rede Victor Larock, S. 450.

nächsten Satz vor dieser Illusion zu warnen und darauf zu beharren, „que nous arrivons à l'extrême limite du délai que les événements nous ont accordé.“¹³ In Jaquets Festhalten an dem nicht eintretenden, aber nichtsdestotrotz sicher bevorstehenden Untergang wird die politische Funktion der Katastrophenrhetorik deutlich.¹⁴ Als „rhetorisches Handeln“ diente sie der Legitimation und Durchsetzung der europäischen Einigungspolitik, indem sie an ein gemeinschaftliches Bewusstsein, gemeinsame Werte und Ziele, aber auch gemeinsame Erfahrungen und Ängste appellierte und somit die bloße Existenz, das Überleben der Gemeinschaft ins Zentrum ihrer Argumentation rückte.¹⁵

Diese rhetorische Konstruktion einer europäischen Schicksalsgemeinschaft angesichts des drohenden, kollektiven Untergangs wies eine zweifache Verbindung zum „deutschen Problem“ auf. Auch wenn die europäische Einigungsdiskussion nicht primär Deutschland, sondern die UdSSR als unmittelbare Bedrohung für den Frieden, die Freiheit und die Existenz Europas identifizierte, blieben die katastrophischen Assoziationen doch mit dem „deutschen Problem“ verbunden. Denn gerade an Deutschland, so die wiederkehrende Argumentation, könne sich der Dritte Weltkrieg entfachen – mit den Untergangsvisionen ging stets die Forderung nach einer Einbindung der Bundesrepublik einher. Gerade in der Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung trat dieser Zusammenhang zutage: In der Beratenden Versammlung des Europarats warfen die Anhänger der NATO den EVG-Befürwortern vor, das integrierte Europa sei zu schwach um einer wiedererweckten, nunmehr bewaffneten und auf kurz oder lang die nationale Einheit erstrebenden deutschen Nationalismus in Schach zu halten. Umgekehrt hielten die Anhänger der EVG den NATO-Befürwortern dasselbe vor, weil das westliche Bündnis der Bundesrepublik ihre Souveränität und Handlungsfreiheit zurückgeben werde.

Lange bevor die Atombombe die Intellektuellen in ihren Bann zog und „das Undenkbare“ der totalen Vernichtung der sozialen Imagination anheimgab,¹⁶ prognostizierte die europäische Einigungsdiskussion identische Untergangsszenarien und führte die drohende Vernichtung auf das ungelöste „deutsche Problem“ zurück. Denn wie die deutsche Bewegung gegen Atomwaffen, die sich ab Mitte der 1950er Jahre in einer vergleichbaren Katastrophenrhetorik erging, hatte auch die europäische Einigungsdiskussion ein „unheimliches Wissen von dem, was totale Vernichtung bedeutete.“¹⁷ Weder bei den Deutschen noch bei ihren europäischen Nachbarn nährten sich dieses „unheimliche Wissen“ und die

¹³ Ebd., Troisième Session, 21. Sitzung, 28.11.1951, S. 522.

¹⁴ WUKETIS: Apokalyptische Rhetorik, S. 14f.

¹⁵ SCHIMMELPFENNIG: Debatten, S. 92f.; LOTH: Angst und Vertrauensbildung, S. 31f.

¹⁶ HORN: Die apokalyptischen Fiktion, S. 47.

¹⁷ GEYER: Der Kalte Krieg, S. 314.

apokalyptischen Visionen aus den Atombombenabwürfen von Nagasaki und Hiroshima oder den amerikanischen und sowjetischen Zündungen der ersten Wasserstoffbomben in den Jahre 1952/53.

Zwar setzte sich Alexandre Marc, der spätere Generalsekretär der UEF, schon 1945 mit der unterschiedslosen Vernichtung durch die Atombombe auseinander, und Henri Brugmans charakterisierte sie Anfang der 1950er als „Symbol des modernen Untergangs.“¹⁸ Aber eindrucksvoller als dieses Symbol waren die eigene Erfahrung und das Wissen der Europäer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, die Bombardierung europäischer Großstädte, die Vergeltungsaktionen von Wehrmacht und SS gegen die Résistance, die KZ und die Vernichtungslagern. Auch wenn die Einigungsdiskussion die Juden als primäre Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik weitgehend ausblendete, blieben die Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs, die Gaskammern und Krematorien im Bewusstsein. Eine Eskalation des „deutschen Problems“ musste durch die politische und moralische Integration der Deutschen verhindert werden, weil, wie es Pierre-Henri Teitgen 1953 ausdrückte, „le temps n'est pas si loin où flambaient les fours crématoires [...]“.¹⁹ Diesen apokalyptischen Assoziationen der europäischen Zukunft mit der deutschen Vergangenheit wurde die utopisch anmutende Vision des Frieden, Freiheit und Wohlstand garantierenden, geeinten Europas entgegengestellt, welches selbst der nicht als Integrationsenthusiast bekannte belgische Außenminister Paul van Zeeland als „terre promise“ bezeichnete.²⁰ Andere sprachen, wie Henri Brugmans, vom geeinten Europa als „Weg zu unserem Heil“.²¹

Aber die rhetorische Konstruktion einer europäischen Schicksalsgemeinschaft war noch auf andere Weise mit dem „deutschen Problem“ verbunden. So erkannte der französische Sozialist André Philip auf der Hamburger Deutschlandkonferenz des ME im September 1951, dass die permanente Beschwörung der drohenden Katastrophe und des europäischen Heils den zeitlichen, inhaltlichen und methodischen Handlungsspielraum euro-

¹⁸ SAINT-OUEN: *Les grandes figures*, S. 249; BRUGMANS: *Skizze*, S. 109.

¹⁹ CE-AC, Cinquième Session, 5. Sitzung, 09.05.1953, S. 83. Vgl. Kap. 2.

²⁰ ACDP, 009-002-100/4, *Notre Europe*. *Revue européenne* paraissant à Strasbourg, 1 (1950), S. 11f.; CE-AC, Troisième Session, 37. Sitzung, 10.12.1951, S. 991. Van Zeeland stand der supranationalen Integration in Gestalt der EVG und der EPG ausgesprochen skeptisch gegenüber, ließ sich aber auf die Projekte ein um die Gefahr eines neutralen Deutschlands abzuwenden und den fortdauernden amerikanischen Schutz Europas sicherzustellen; GÉRARD-LIBOIS/LEWIN: *La Belgique*, S. 224f.; DUMOULIN: *Les paradoxes*, S. 351.

²¹ BRUGMANS: *Skizze*, S. 51. Vgl. BETHOUART: *La peur du risque*, S. 22; CE-AC, Première Session, 6. Sitzung, 17.08.1949, Rede Georges Bidault, S. 295; ebd., 10. Sitzung, 23.08.1949, Rede Paul Reynaud, S. 505; ebd., Deuxième Session, 28. Sitzung, 24.11.1950, Rede André Philip, S. 1811; ebd., Troisième Session, 14. Sitzung, 14.05.1951, Rede William Glenvil Hall, S. 344; ebd., 39. Sitzung, 10.12.1951, Rede Victor Larock, S. 1046; ebd., Rede Pierre-Henri Teitgen, S. 1057; ebd., Quatrième Session/Session Extraordinaire, 34. Sitzung, 17.01.1953, Rede Marinus van der Goes van Naters, S. 136; ebd., Cinquième Session, 3. Sitzung, 08.05.1953, Rede Paul van Zeeland, S. 22; ebd., 15. Sitzung, 17.09.1953, Rede Paul-Henri Spaak, S. 309; ebd., Sixième Session, 8. Sitzung, 26.05.1954, Rede Marinus van der Goes van Naters, S. 179.

päischer Einigungspolitik einschränkte, dem Einigungsgedanken eine irrationale, schicksalhaft-mythische Qualität verlieh und das Bedürfnis nach Autorität und Führung weckte, also den demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien der Einigungspolitik zuwiderlief. Philip warnte deswegen vor einem wiedererweckten Bedürfnis nach dem „Führer“, vor einer „European mystique which would take the same shape as the national mystique of former days or the shape of the mystiques of the East“, und er beharrte auf dem notwendig langsamen, auf Verhandlung, Kompromissbildung beruhenden, repräsentativdemokratischen Verfahren: „Europe will not be created by a miracle either today or tomorrow but by a continuous effort.“²²

Er führte diese Gedanken anlässlich der Kritik eines deutschen Konferenzteilnehmers aus, dem die europäische Einigung nicht schnell und entschieden genug vorranging. Dass Philip darauf mit der doppelten Warnung vor einer Mythisierung Europas und dem Bedürfnis nach autoritärer Führung reagierte, war kein Zufall, sondern resultierte aus seiner Analyse des geistigen Zustands der Deutschen und insbesondere der deutschen Jugend, die sich in ihrer Orientierungslosigkeit entweder dem totalitären oder dem europäischen Gedanken hingeben würden – dass sich beide Perspektiven nicht ausschließen mussten, wurde Philip offenbar erst in dieser Konfrontation bewusst.²³ Der *catastrophic europeanism* der europäischen Einigungsdiskussion, maßgeblich motiviert durch die Erfahrung mit Deutschland im Zweiten Weltkrieg und die Gegenwart des „deutschen Problems“, überschneidet sich rhetorisch mit jenem „catastrophic nationalism“, dem „claustrophobic and, indeed, paranoid worldview“, auf den der Historiker Michael Geyer die ungeminderte Kampf- und Opferbereitschaft der Deutschen noch in der Endphase des Zweiten Weltkriegs zurückgeführt hat. „It reflected an imagination in which the nation was always already threatened by catastrophe and teetering on the brink of disaster.“²⁴

Diese katastrophische Projektion trat auch in der Nachkriegszeit weiter zutage: In den Jahren 1947 bis 1953, der ersten Hochphase des Kalten Kriegs, kam es etwa in den katholischen Regionen Deutschlands zu einem massiven Anstieg von Marienerscheinungen. Die aus dem Zweiten Weltkrieg in die Nachkriegszeit übertragene Vision eines apoka-

²² HAEU, ME-608, European Movement: „Germany and Europe“ Conference. Hamburg, 21st–23rd September 1951. Report and Final Resolution, Ghent o.D., S. 41. Vgl. Kap. 7.2. Zu Philip's Kritik an der autoritären Schlagseite von Plebisziten, vgl. Kap. 7.3.

²³ Henri Brugmans brachte die Orientierungslosigkeit ebenfalls mit dem totalitären Erlösungsbedürfnis in Verbindung, ohne dadurch seine eigene Katastrophen- und Heilrhetorik infrage zu stellen: „angesichts Relativismus und Nihilismus wird das Leben unmöglich, und das Verlangen nach Unbedingtheit findet scheinbare Befriedigung durch die fanatischen Heilslehren derer, die das Tausendjährige Reich versprechen.“ BRUGMANS: Skizze, S. 141.

²⁴ GEYER: There is a Land, S. 135. Zum antisemitischen Gehalt dieser Vernichtungsprojektion vgl. auch HERF: The Jewish Enemy, S. 230.

lyptischen Endkampfes mit dem „gottlosen“ Bolschewismus nahm religiöse Ausdrucksformen an, die zwar von der katholischen Kirche nicht sanktioniert waren, jedoch einen Strom von Pilgern zu den Erscheinungsorten führten.²⁵ Die – keineswegs auf diese katholische Ausdrucksweise beschränkte – Angst vor einer sowjetischen Eroberung und Vernichtung Deutschlands führte hingegen nicht zu einer Zustimmung der westdeutschen Bevölkerung zur Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG, sondern zu nationalistisch motivierter Opposition und politischer Apathie.²⁶ Erst mit dem Tod Stalins, der Niederschlagung des Aufstands in der DDR und Adenauers überwältigendem Wahlsieg im September 1953 setzte sich in der Bundesrepublik die westlich-europäische Einbindung als mehrheitsfähige Option durch.²⁷ Das deutsche Katastrophendenken wies insofern zwar dieselben rhetorischen Elemente auf wie das europäische und diente ebenfalls der Konstruktion einer Schicksalsgemeinschaft – aber zumindest aus der Sicht André Philips haftete dem deutschen Katastrophendenken weiterhin der totalitäre Zug des „catastrophic nationalism“ an, der den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglicht und dessen Herrschaft stabilisiert hatte. Er verwies zurück auf den Zweiten Weltkrieg, anstatt den Weg in das „gelobte Land“ des geeinten Europas zu weisen. Deswegen stellte Philips Reflexion der Gefahr einer autoritären Mythisierung des Einigungsgedankens keineswegs die eigenen Motive des *catastrophic europeanism* infrage. Sie bestärkte ihn nur weiter in der Annahme eines fundamentalen Unterschieds zwischen dem politischen Denken der Deutschen und ihrer Nachbarn, der selbst anhand identischer rhetorischer Konstruktionen festgestellt wurde.

Lernen aus der Geschichte

Aus dem Jahr 1953 auf die kurze Geschichte der europäischen Integration zurückblickend, schrieb der ehemalige Präsident der UEF, Henri Brugmans, über den „historischen Augenblick“ des alliierten Siegs im Jahr 1945 als Ausgangspunkt der Einigungsbewegung:

Das Dritte Reich kapituliert. Der Augenblick für eine große Neuerung scheint angebrochen zu sein. Die vordem maßgebenden Schichten in den befreiten Ländern sind besonders zurückhaltend, weil sie vielfach durch Kollaboration mit dem Feind kompromittiert sind. Europa scheint sich befreien zu wollen, nicht nur vom Nazismus, sondern auch von einer weiter zurückliegenden Vergangenheit, – einer Vergangenheit, die einerseits die Machtübernahme Hitlers, andererseits den Zusammenbruch der Demokratien zur Folge gehabt hatte.²⁸

²⁵ SCHEER: Unter Deinen Schutz, S. 324f., S. 335f.

²⁶ GEYER: Der Kalte Krieg, S. 276–278.

²⁷ So wurde infolge der Niederschlagung des Aufstands in der DDR ein „Stimmungsumschwung“ in der deutschen Bevölkerung zugunsten der Westbindung festgestellt, der Adenauers eindeutigen Wahlsieg ermöglichte; FRIEDEL: Die Bundestagswahl 1953, S. 131. Vgl. GEYER: Der Kalte Krieg, S. 288.

²⁸ BRUGMANS: Skizze, S. 9.

Brugmans verwies, wie viele seiner Mitstreiter in der Einigungsdiskussion, immer wieder auf die Vergangenheit als gemeinsames Lehrstück und Motiv europäischer Integration. Dieser ständige Verweis auf die Vergangenheit war jedoch, wie Brugmans selbst bemerkte, ein zweischneidiges Schwert: „Les arguments historiques pour ou contre sont toujours fallacieux, car l’histoire ne se répète jamais“²⁹, behauptete er etwa auf dem zweiten Verbandskongress der UEF im November 1948, um die qualitativ neuartige Ausgangslage und Bewegung zu charakterisieren, welche die europäische Einigung notwendig und möglich machte. In diesem Sinne musste eine zu deutliche Herausstellung der desaströsen Fortentwicklung der europäischen Geschichte diese als unweigerlichen Verfall erscheinen lassen, einem Fatalismus das Wort reden und den notwendigen, fundamentalen Neubeginn untermenieren.

Eine mögliche Strategie, diesen Neubeginn als erfolgsversprechendes Unterfangen gerade aus der fatalen historischen Entwicklung Europas abzuleiten, lag in der Herausstellung eines besonderen Aspekts der gemeinsamen Vergangenheit, eines Fixpunkts ihrer Fehlentwicklungen, welcher durch die europäische Einigung beseitigt würde, wodurch sich das Tor zu einem Ausbruch aus dem kollektiven Unglück öffne. Diese Strategie lässt sich an der subtilen Differenzierung ablesen, die Brugmans in seinem Rückblick von 1953 vornahm: Nämlich zwischen der „Machtübernahme Hitlers“ als einem aktiven Prozess, der die Zerstörung Europas im Zweiten Weltkrieg in Gang gesetzt habe, und dem „Zusammenbruch der Demokratien“ als passiver Hinnahme der von Deutschland ausgehenden Entwicklung, vollzogen durch die kollaborierenden Eliten; zwischen einer „weiter zurückliegenden Vergangenheit“, die das kollektive Unglück bereits in sich getragen habe, und dem „Nazismus“, der dieses kollektive Unglück bereitwillig annahm, konsequent verkörperte und bis ins Extrem trieb. Dieses unterschiedliche Verhältnis Deutschlands und seiner Nachbarn zur fatalen historischen Entwicklungen Europas beschrieb auf ähnlich Weise Pierre Frieden in seiner Rede über die geistigen und kulturellen Aspekte des „deutschen Problems“ auf dem Luxemburger Kongress der NEI Anfang 1948: „Pour l’Occident, l’Histoire est une répétition sans fin; pour l’Allemand, elle est création indéfinie.“³⁰ Erst in der krisenhaften Entwicklung des Kontinents fänden die Deutschen zu sich selbst, weswegen sie nicht daran interessiert seien die kollektive Krise zu beenden, sondern sie bis zur

²⁹ HAEU, UEF-100, Deuxième congrès annuel de l’Union Européenne des Fédéralistes à Rome, 7.–11.11.1948, Discours du Président Henri Brugmans, S. 5.

³⁰ ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 18. Frieden machte für dieses spezifisch deutsche Verhältnis die Philosophie Johann Gottlieb Fichtes verantwortlich.

letzten Konsequenz weiterzuführen, bis in den Zusammenbruch Europas der ihr eigener, nationaler Triumph sein würde.

Die Unterstellung eines spezifisch deutschen Opportunismus und Eigensinns, einer deutschen Antizipation und Ausnutzung der europäischen Krise zur Durchsetzung nationaler Zwecke, ist auch in Brugmans' Broschüre an verschiedenen Stellen abzulesen: So bezeichnete er den Pleven-Plan als Verhinderung eines „bewaffneten Vierten Reich[s]“, warf hinsichtlich der Stalin-Noten die Frage auf, ob „Deutschland sich dem Meistbietenden verkaufen“ würde und beschrieb eine deutsche Wiederbewaffnung in einer europäischen Verteidigungsorganisation aber ohne supranationale Kontrolle als „Europäische Wehrmacht“, die „nur ein gefahrbringendes Instrument“ darstelle.³¹ Entscheidend für diese Unterstellung war, dass Deutschland sich weiterhin nicht als Teil einer Gemeinschaft, seine Entwicklung und seine Zukunft nicht als Teil der europäischen Entwicklung und Zukunft verstehe, weswegen Brugmans darauf hinwies: „Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa ist geteilt. Die Europäer sind von ihren Brüdern getrennt.“³² Brugmans Lehre aus der Vergangenheit bestand darin, einerseits Verständnis für die besondere Situation der Deutschen aufzubringen, andererseits alles dafür zu tun, dass diese besondere Situation nicht erneut in einer abgesonderten Entwicklung Deutschlands mündete; sie bestand in der Erkenntnis, dass „das ‚deutsche Problem‘ [...] nicht hauptsächlich propagandistischer Art“³³ war, dass es nicht Kraft des besseren Arguments, durch Umwerbung und Überzeugung, sondern vorrangig durch die unwiderrufliche, institutionelle Einbindung der Deutschen gelöst werden könne.

Das „deutsche Problem“ wurde in der europäischen Einigungsdiskussion nicht zuletzt deswegen als europäisches Problem verstanden, weil den Deutschen durch ihre spezifisch nationale Entwicklung und die Teilung ihres Landes die Möglichkeit abgesprochen wurde, sich als Teil Westeuropas zu begreifen. Ob es um die Gründung des Europarats oder die Menschenrechtskonvention, den Schuman-Plan oder die EVG ging, stets tauchte das sich auf die Geschichte berufende Argument auf, die Deutschen einzubinden und verbindlich auf gemeinsame Prinzipien, Verfahrensweisen und Strukturen zu verpflichten um ihnen den unbewussten oder bewussten Rückfall in die nationalistischen Irrwege der Vergangenheit zu verbauen. Die historischen Analogien, welche in der europäischen Einigungsdiskussion bemüht wurden, liefen einerseits auf einen konstitutiven Fehler der Deutschen hinaus, der bis zur Konvention von Tauroggen und den Befreiungskriegen zurück-

³¹ BRUGMANS: Skizze, S. 12, S. 17, S. 150.

³² Ebd., S. 15.

³³ Ebd., S. 16.

verfolgt wurde, andererseits auf akzidentielle Fehler der anderen europäischen Staaten, die etwa in der Zwischenkriegszeit den Deutschen keine Möglichkeit der Umkehr eröffnet hätten.³⁴

„Wenn man bei der Lösung des deutschen Problems nicht wieder die alten Fehler machen will, gibt es nur eine Lösung, und das ist die europäische Lösung“³⁵, so Robert Schuman wenige Tage vor der Gründung der Bundesrepublik im Außenpolitischen Ausschuss des französischen Parlaments. Die „alten Fehler“, das waren die Versuche einer machtpolitischen Isolierung und Kontrolle Deutschlands, welche die europäischen Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg angewandt hatten. Diese Versuche waren fulminant gescheitert, sie hatten nicht zu einer Kontrolle, sondern zu einer Entfesselung des deutschen Potentials beigetragen, wobei die Einigungsdiskussion dieses Scheitern nicht nur auf die fehlerhafte Konzeption des Vertrags selbst, sondern auf seine mangelnde Umsetzung zurückführte. „The Treaty of Versailles, following the first abortive German attempt to impose integration upon Europe by force [...] paved the way for a second attempt“³⁶, so Robert Boothby in seinen Ausgangsüberlegungen zur europäischen Integration im Vorfeld des Haager Europakongresses. Der doppelte Fehler des Versailler Systems lag demnach darin, dass einerseits die Deutschen zu einer nationalistischen Abwehrhaltung provoziert, ihnen andererseits diese Abwehrhaltung auch ermöglich und die Entwicklung hin zum Aufstieg des Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg in Gang gesetzt worden sei.³⁷

Die neue Strategie einer Integration der Deutschen in die gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der europäischen Krise reflektierte nicht nur das Bewusstsein, dass ohne den deutschen Beitrag kein europäischer Wiederaufbau und keine europäische Selbstbehauptung erfolgen würden. Vielmehr basierte sie auf dem Bewusstsein, dass die Deutschen schon einmal aus der allgemeinen Krise als Gewinner hervorgegangen waren, dass die machtpolitische Isolierung nur zur Mobilisierung ihres nationalen Potentials und zu ihrer politischen Radikalisierung beigetragen hatte. Das Bewusstsein des doppelten Mangels des Systems der Zwischenkriegszeit, die Deutschen weder effektiv kontrollieren noch effektiv einbinden zu können, wird auch an den Reaktionen auf Winston Churchills Vorschlag eines „Ost-Locarno“ deutlich, den der britische Premierminister im Mai 1953 vor dem Unterhaus vorstellte. In Anlehnung an die Verträge von Locarno, die ab 1925 die

³⁴ Vgl. Kap. 5.1; Kap. 7.3.

³⁵ Zit. nach POIDEVIN: Der Faktor Europa, S. 419.

³⁶ HAEU, ME-1182, Memorandum on United Europe by Robert Boothby, o.D. [1948], S. 2.

³⁷ Vgl. Kap. 6; CE-AC, Cinquième Session, 16. Sitzung, 18.09.1953, Rede Alfred Robens, S. 346; ebd., Sixième Session, 5. Sitzung, 25.05.1954, Rede Guy Mollet, S. 90; ebd., 21. Sitzung, 18.09.1954, Rede Walter Layton, S. 543; ebd., 22. Sitzung, 20.09.1954, Rede Fernand Dehousse, S. 572.

deutschen Grenzen zu Belgien und Frankreich garantierten – und die Hitler 1936 durch die Remilitarisierung des Rheinlands aufkündigte –, schlug Churchill vor, die „deutsche Frage“ durch ein kollektives europäisches Sicherheitssystem und durch die Garantie der deutschen Ostgrenze zu klären. Mit diesem Vorschlag stieß er jedoch, nicht zuletzt aufgrund des durch sein Scheitern belasteten historischen Vorbilds, auf wenig Zuspruch.³⁸

Weil sich die europäische Politik gegenüber Deutschland in der Vergangenheit als doppelt ineffektiv erwiesen hatte, erschien die deutsche Politik einer Zusammenfassung und Mobilisierung des nationalen Potentials als umso beeindruckender, sie hatte einen fast schon vorbildhaften Charakter. Brugmans Appell, bei der Analyse der europäischen Entwicklung weiter als bis zum Regierungsantritt Hitlers zurückzugehen, befolgte die europäische Einigungsdiskussion etwa anhand des deutschen Zollvereins, in dem sich ab 1834 die deutschen Staaten unter der Führung Preußens zusammengeschlossen hatten. Verschiedene Einigungsbefürworter wie die NEI oder die Franzosen Edouard Bonnefous und Felix Gaillard führten den Zollverein gleichermaßen als Vorbild – weil als Vorstufe der politischen Einigung Deutschlands – wie als Abschreckung – weil als Ausgangspunkt der nationalen Mobilisierung – an.³⁹ Weil aber die Einigungsdiskussion gleichermaßen daran erinnerte, dass die deutsche Reichsgründung letztlich weder evolutionär noch revolutionär sondern autoritär, durch „Eisen und Blut“ erfolgt war und untrennbar mit dem Namen Bismarck und den Einigungskriegen verbunden blieb, schien sich auch hier der konstitutive Fehler der deutschen politischen Entwicklung zu bestätigen.⁴⁰ Diese fehlerhafte Entwicklung bemühte Henri Brugmans als warnendes Beispiel für eine Einigungspolitik ohne ausreichende gesellschaftliche Verankerung: „Le danger existe d’une évolution politique assez rapide, qui reste sans suffisamment d’écho dans les masses ou qui ne reflète pas une évolution suffisamment réelle dans la vie sociale: cf. le Parlement de Francfort en 1848.“⁴¹

Der Rückgriff auf die Geschichte der deutschen Nationsbildung diene der Vergegenwärtigung eines anhaltenden, weil konstitutiven Problems, an dem die mit den Orten Versailles und Locarno verbundenen Versuche der Zwischenkriegszeit, Deutschland zu kontrollieren oder sich mit ihm zu arrangieren, notwendig gescheitert waren. Weil histori-

³⁸ GOSSEL: Briten, Deutsche und Europa, S. 67f.; CE-AC, Cinquième Session, 15. Sitzung, 17.09.1953, Rede Paul-Henri Spaak, S. 316.

³⁹ ACDP, 09-002-011/2, Nouvelles Équipes Internationales: Le Problème Allemand. Session de Luxembourg, 30–31 Janvier et 1^{er} Février 1948, Saint-Germain-en-Laye o.J., S. 36, S. 57; CE-AC, Première Session, 10. Sitzung, 23.08.1949, S. 531; ebd., 11. Sitzung, 24.08.1949, S. 591; ebd., Deuxième Session, 10. Sitzung, 16.08.1950, S. 603f. Auch Konrad Adenauer sah im deutschen Zollverein ein Vorbild für die Bildung eines geeinten Europas; SCHWARZ: Adenauer und Europa, S. 520.

⁴⁰ Vgl. Kap. 5.

⁴¹ HAEU, UEF-90, Henri Brugmans: Pour l’avenir de l’U.E.F. April 1949, S. 3.

sches Bewusstsein als Motiv politischen Handelns immer ein Bewusstsein der *longue durée* aufweisen und die „großen Dimensionen epochaler Tendenzen“⁴² in den Blick nehmen muss, war die europäische Einigungsdiskussion stets auf der Suche nach Anhaltspunkten aus der deutsch-europäischen Entwicklungsgeschichte, die für die Notwendigkeit eines fundamentalen Neubeginns angeführt werden konnten. Dieses epochale historische Bewusstsein als Ausgangspunkt und Begründung des notwendigen Neubeginns im deutsch-europäischen Verhältnis brachte erneut der französische Außenminister Robert Schuman auf den Punkt, als er 1952 die ganz unidealistische Motivation einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“ zusammenfasste:

Wenn wir Deutschland außerhalb einer europäischen Gemeinschaft lassen, dann geben wir ihm wieder einen Freibrief in die Hand. Es kann seinen Aufstieg fortsetzen und für die eigenen Ziele einspannen. Seine alten Träume von europäischer Vorherrschaft können wieder erwachen, während es heute bereit ist, sich einer europäischen Völkerfamilie einzufügen.⁴³

8.2 Eine europäisch-deutsche Lösung?

Die europäische Einigung als *mission civilisatrice*

Ende 1947 berichtete die französische Zeitschrift *Politique étrangère* über eine Konferenz, die vom 6. bis 10. Oktober im niederländischen Baarn stattgefunden hatte und an der neben dem *Centre d'étude de politique étrangère* – ein französisches Forschungsinstitut für internationale Beziehungen – weitere außenpolitische Think Tanks aus Belgien, Dänemark, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen und den USA teilnahmen. Zweck dieser Konferenz waren der wissenschaftliche Austausch über *Quelques aspects du problème allemand* und die Verständigung über deutschlandpolitische Positionen, die auf einer weiteren Konferenz zum selben Thema im April 1948 fortgeführt werden sollten.⁴⁴ Frankreich wurde repräsentiert durch den Germanisten Edmond Vermeil, einem einflussreichen Deutschlandexperten, der sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit auf die deutsche Geistesgeschichte spezialisiert und insbesondere der Frage gewidmet hatte, ob es eine Kontinuität deutschen Denkens von Luther bis in den Nationalsozialismus gebe. Schon 1945 hatte er in einem Sammelband über *Quelques aspects du problème allemand* die französischen Vorstellungen einer *rééducation* der Deutschen zusammengetragen, und diese Beschäftigung hatte ihn in der unmittelbaren Nachkriegszeit an die Spitze der französischen *Commission de rééducation du peuple*

⁴² SCHIEDER: Politisches Handeln, S. 23f.

⁴³ Zit. nach LATTE: Die französische Europapolitik, S. 27.

⁴⁴ CENTRE D'ÉTUDES: Contribution, S. 598.

allemand befördert.⁴⁵ Auch auf der Konferenz in Baarn sprach Vermeil über die Umerziehung und Entnazifizierung der Deutschen. Dabei betonte er, dass nur ein gemeinsamer Ansatz der drei westlichen Besatzungsmächte erfolgsversprechend sein werde, dass dieser gemeinsame Ansatz aber wiederum in ein politisches und ökonomisches Umgestaltungsprogramm eingebettet werden müsse – des Aufbaus föderalistisch-demokratischer Strukturen und der Verhinderung eines erneuten ökonomischen Ungleichgewichts durch eine „industrialisation excessive“. Nur mit einem umfassenden Bildungs-, Politik- und Wirtschaftskonzept lasse sich den Deutschen und insbesondere der deutschen Jugend zu einem „*idéal de grandeur* auprès duquel les ambitions hitlériennes n’apparaissent que comme jeux puérils de l’imagination et sadisme cruel“ verhelfen und dazu beitragen, „à l’amener à la conception d’une mission nouvelle qui doit échoir à l’Allemagne dans le monde de demain.“⁴⁶

Aber die Konferenz über *Quelques aspects du problème allemand* war nicht der einzige internationale Zusammenhang, in dem Vermeil seine Positionen zum „deutschen Problem“ zur Sprache brachte. Fünf Monate nach seiner Rede in Baarn nahm er am Vorbereitungstreffen für den Haager Europakongress teil, den das *Joint International Committee of the Movements for European Unity* am 5. und 6. März 1948 in London abhielt um die Vorstellungen der Mitgliedsverbände CFEU, LICE, UEF und UEM in einem gemeinsamen Positionspapier – dem *Political Report* – als Diskussionsgrundlage des Haager Kongresses zusammenzutragen.⁴⁷ Das Positionspapier, welches das CFEU hierfür einreichte, stammte von Edmond Vermeil.⁴⁸ Die geistige, politische und wirtschaftliche Erneuerung Deutschlands, für die sich der französische Germanist seit Kriegsende eingesetzt und über die er zuletzt vor internationalem Fachpublikum auf der Konferenz in Baarn gesprochen hatte, jenes „*idéal de grandeur*“ und jene „mission nouvelle“, die er dort als Ziele der Umerziehung der Deutschen angegeben hatte – all dies erkannte Vermeil in der europäischen Einigungsidee.

Sein zehn Seiten umfassender Bericht war nicht nur deswegen ein Plädoyer für die europäische Föderation, weil diese Gemeinschaft sämtliche Konflikte zwischen den europäischen Staaten beenden werde, sondern weil sie in erster Linie „mettrait par là même un terme du danger allemand.“⁴⁹ Die Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“

⁴⁵ MARMETSCHKE: Feindbeobachtung, S. 455; DEFRANCE: Edmond Vermeil. Zu Vermeils Deutschlandbild vgl. auch STRICKMANN: L’Allemagne nouvelle, S. 405–413.

⁴⁶ VERMEIL: Les Alliés, S. 621f.

⁴⁷ HICK: The European Movement, S. 112. Vgl. Kap. 3.3.

⁴⁸ DHEI, Bd. 4, Dok. 73: International Committee: Congress of Europe – Political Report, Mai 1948, S. 333, Anm. 1.

⁴⁹ HAEU, ME-1182, Congrès de l’Europe, Avant-projet Français de Rapport Politique, présenté par Edmond Vermeil, o.D., S. 1.

nahm fast den gesamten Text ein. Sie bildete den Ausgangs- und permanenten Referenzpunkt der Argumente, die das Positionspapier für die europäische Einigung anführte.⁵⁰ Die einzig mögliche Lösung des „deutschen Problems“ durch die europäische Einigung setzte für Vermeil eine wirkliche Föderation und die Beschränkung der nationalen Souveränität voraus: Wie der konföderale Deutsche Bund nur zum Aufstieg Preußens beigetragen habe, werde auch ein konföderaler Zusammenschluss Europas nur die „première condition de la future hégémonie continentale“ Deutschlands sein.⁵¹ Deswegen müsse die Föderalisierung Deutschlands mit einer Föderalisierung Europas einhergehen, die Umgestaltung Deutschlands also durch eine Umgestaltung Europas abgestützt werden. Als ersten Schritt verlangte Vermeil die Europäisierung der Ruhr: „Une fois ce grand problème résolu, il ne serait pas très difficile d’aborder ceux du futur statut politique et du changement de mentalité.“⁵²

Das bei Vermeil zu beobachtende Umschwenken von der *rééducation* zur Integration korrespondierte mit einem Wandel der französischen Besatzungspolitik in Deutschland – und nicht zuletzt der Umerziehungs- und Kulturpolitik in der französischen Zone – vom zivilisatorischen „Überlegenheitsanspruch“ zum „Geist der Verständigung unter den westlichen Nachbarn“⁵³. Es wird aber genauso deutlich, dass dieser Wandel bloß einen Wechsel der Maßnahmen darstellte, mit denen ein und dasselbe Ziel erreicht werden sollte, nämlich ein Mentalitätswandel und eine Hinwendung der Deutschen zu Prinzipien, die den westlichen Besatzungsmächten gemein waren und die nun in der Konfrontation mit der UdSSR schärfere Konturen annahmen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Kooperation. Die Umerziehungspolitik Frankreichs, aber auch Großbritanniens, war geprägt von einem national-kulturellen Prestigedenken. Aus Perspektive der beiden Besatzungsmächte hatte sich die eigene kulturelle Entwicklung gegenüber der Unterwerfung der traditionsreichen deutschen Kulturwelt unter die Maximen des deutschen Machtstaats historisch bewährt.

Damit ging die Überzeugung einher, dass eine erneute Isolierung der deutschen Kultur deren Fehlentwicklungen begünstigen und somit den Frieden und die Sicherheit in Eu-

⁵⁰ Alan Hick kann in seiner ausführlichen Darstellung der Diskussionen im *Joint Committee* kaum seine Überraschung verhehlen, dass „much more space was devoted to the ‚German problem‘ than to that of Communism.“; HICK: *The European Movement*, S. 125.

⁵¹ HAEU, ME-1182, Congrès de l’Europe, Avant-projet Français de Rapport Politique, présenté par Edmond Vermeil, o.D., S. 3f.

⁵² Ebd., S. 9. Vermeil taucht nach diesem Auftritt wieder auf der Hamburger Deutschlandkonferenz des ME vom September 1951 auf. Dort nahm er an der Arbeit der Kommission teil, die sich mit den aus der Vergangenheit resultierenden, psychologischen Hindernissen der europäischen Einbindung der Bundesrepublik beschäftigte – und verweigerte dem Resolutionstext als einziges Kommissionsmitglied seine Zustimmung; HAEU, ME-608, Projet d’une commission du Mouvement Européen chargée de lutter contre les obstacles à l’intégration de l’Allemagne à la communauté européenne qui résultent du passé. Annexe, 22.09.1951.

⁵³ RUGE-SCHATZ: *Grundprobleme der Kulturpolitik*, S. 92.

ropas bedrohen werde. Der Umerziehungsgedanke nährte sich gleichermaßen aus einem Über- wie Unterlegenheitsgefühl gegenüber Deutschland.⁵⁴ Insofern bestand kein Widerspruch zwischen dem Weg der kulturpolitischen *rééducation* und der politischen wie ökonomischen Integration.⁵⁵ Die politisch-ökonomisch und die geistig-kulturelle Transformation Deutschlands waren nicht nur aus Vermeils Perspektive untrennbar miteinander verbunden, weswegen der Weg der *rééducation* und der Weg der Integration derselben Einsicht folgten und dasselbe Ziel hatten: Eine erneute Isolation Deutschlands zu unterbinden und es den Deutschen zu ermöglichen, sich als Teil Europas zu verstehen, sich somit aus eigener Motivation von der kulturellen und politischen Selbstfixierung abzuwenden und sich stattdessen zu den gemeinsamen Prinzipien eines geeinten Europas zu bekennen.

Wie Winston Churchill in seiner Eröffnungsansprache auf dem Haager Kongress gegenüber der deutschen Delegation verkündete, war es die „proud mission of the victorious nations to take the Germans by the hand and lead them back into the European family“⁵⁶ – eine Aussage, die gleichermaßen als Bekenntnis zur *rééducation* wie zur Integration verstanden werden kann. In Frankreich waren es mit den Christdemokraten und den Sozialisten gerade die überzeugten Anhänger der europäischen Föderation, die auch eine Politik der *rééducation* in der französischen Besatzungszone unterstützten.⁵⁷ Die SFIO verstand, wie es ihr langjähriger Vorsitzender Léon Blum schon während des Kriegs formulierte, die europäische Einbindung als Möglichkeit, die Deutschen „umzuschulen, zu disziplinieren und nötigenfalls zu meistern.“⁵⁸ Der Gedanke Blums, die Deutschen durch ihre europäische Einbindung vor sich selbst und somit Europa vor Deutschland zu schützen, zog sich durch die Beiträge der französischen Sozialisten zur europäischen Einigungsdiskussion.

Insbesondere ihr Parteivorsitzender Guy Mollet bekannte sich gerade aus dem Grund immer wieder zur supranationalen Integration der Bundesrepublik, dass die Verlockung einer Wiedergewinnung von Märkten und Territorien im Osten „pourrait peser un jour trop lourdement sur les consciences allemandes pour que nous acceptions un tel danger moins de dix ans après la défaite du nazisme“, weswegen sich Europa durch die supranationale Integration gegen die „double menace“ des Militarismus und des Nationalismus wappnen müsse.⁵⁹ Und auch für die Europapolitik des MRP lässt sich eine konzeptionelle

⁵⁴ ZAUNER: Erziehung und Kulturmission, S. 320; CLEMENS: Britische Kulturpolitik, S. 281f.

⁵⁵ So etwa RUGE-SCHATZ: Grundprobleme der Kulturpolitik, S. 110.

⁵⁶ CoE, Opening Plenary Session, 07.05.1948, S. 8f. Vgl. Kap. 3.3.

⁵⁷ ZAUNER: Erziehung und Kulturmission, S. 43.

⁵⁸ BLUM: Blick auf die Menschheit, S. 109. Vgl. auch die entsprechenden deutschlandpolitischen Ausführungen vom November 1944 auf dem ersten Nationalkongress der SFIO nach der Befreiung Frankreichs; LOTH: Sozialismus und Internationalismus, S. 50f.

⁵⁹ CE-AC, Sixième Session, 5. Sitzung, 25.05.1954, S. 90.

Kontinuität zu den deutschlandpolitischen Zielen des Jahres 1945 feststellen⁶⁰ – eine Kontinuität, die in einer Rede Robert Schumans vom Oktober 1953 zum Ausdruck kommt, in der er seinem Publikum die Alternativlosigkeit der supranationalen Integration klarzumachen versuchte:

Well, since we are in a confidential mood this evening, I will tell you quite simply that it is to enable Germany to accept restrictions on her own sovereignty which is being gradually and irrevocably restored to her. And if we wish to make Germany accept these restrictions we must set her an example.⁶¹

Indem Frankreich und Westeuropa mit gutem Beispiel vorangingen, befähigten sie die Deutschen zur Einsicht in die europäische Notwendigkeit. Die Einigungspolitik erschien in diesem Sinne als politische Entwicklungsmaßnahme, als europäische *mission civilisatrice*.

Vor diesem Hintergrund weist die Debatte eine erstaunliche Übereinstimmung zu den von dem Historiker Jürgen Osterhammel analysierten Zivilisierungsmissionen der europäischen Kolonialmächte auf. Das koloniale Konzept der Zivilisierungsmission war durch eine „doppelte horizontale und vertikale Inklusivität“ gekennzeichnet: „der Überzeugung des Zivilisators von der eigenen Überlegenheit, aus der sich die Selbstermächtigung zur Intervention in die Lebensumstände Anderer ableiten lässt, *und* der Erwartung einer gewissen Rezeptivität auf Seiten der zu Zivilisierenden.“ Die Zivilisierungsmission postulierte den Fortschritt als universelle Verheißung, die aber in den verschiedenen Gesellschaften eine unterschiedliche Ausprägung erfahren habe: „Die Starken und Aufgeklärten gehen voran und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Schwächeren in ihrer anderen und bescheideneren Weise ebenfalls die Früchte aufstrebender Entwicklung genießen.“⁶² Diese Vorstellung, die Osterhammel der „allenfalls als therapeutische und auch strafende Korrektur eines Zivilisationsbruchs“⁶³ zu verstehenden, alliierten Besatzungspolitik in Deutschland abspricht, lässt sich umso deutlicher in der europäischen Einigungsdiskussion nachvollziehen – die Tatsache, dass sowohl Großbritannien und Frankreich als auch Belgien und die Niederlande Kolonialmächte waren, mag zu diesem Transfer vom kolonialen in den kontinentalen Kontext beigetragen haben.

Dass Henri Brugmans und die UEF die europäische Einbindung Deutschlands als Resozialisierungsmaßnahme eines Schwerekriminalen beschrieben und ihrer Deutschlandkommission die Aufgabe einer „Erziehung der Erzieher“ zusprachen, dass die NEI die

⁶⁰ ZERAFPE-DRAY: *Le Mouvement Républicain Populaire*, S. 233.

⁶¹ SCHUMAN: *French Policy*, S. 21.

⁶² OSTERHAMMEL: *The Great Work*, S. 365f. Zur schon zu Kriegszeiten etablierten Überzeugung, dass für eine erfolgreiche Umerziehung die Kooperation mit den Deutschen selbst unerlässlich sei vgl. JARAUSCH: *Die Umkehr*, S. 32f.

⁶³ OSTERHAMMEL: *The Great Work*, S. 415.

katholische Rechristianisierung der Deutschen mit dem Einigungsgedanken verbanden,⁶⁴ dass Churchill die Deutschen an der Hand nahmen und Schuman ihnen mit gutem Beispiel vorangehen wollte, und dass in den Diskussionen über die Integrationspolitik nicht nur Guy Mollet sondern zahlreiche seiner Kollegen immer wieder von der „entstehenden“, „jungen“, „instabilen“ und „bedrohten“ deutschen Demokratie sprachen, die ihre Stabilität erst unter Beweis stellen müsse und deren Schutzbedürftigkeit und existentiell notwendige Verankerung im europäischen Kontext hervorgehoben wurde,⁶⁵ verstärkt den Eindruck von der Integration als *rééducation* und *mission civilisatrice*. Dieser Eindruck drängte sich auch den Zeitgenossen auf, wie etwa dem SPD-Delegierten Karl Mommer, der 1951 anmerkte „que les projets d’union continentale nous font facilement l’impression d’être un peu des maisons de correction pour la dangereuse Allemagne.“⁶⁶

Das sich in der Zivilisierungsrhetorik reflektierende, moralische und kulturelle Überlegenheitsgefühl der Westeuropäer gegenüber dem durch den Nationalsozialismus diskreditierten Deutschland verband sich mit einem gegenläufigen Gefühl der Unterlegenheit. Das Deutsche Reich hatte es in lediglich zwei Jahrzehnten vermocht, die Position der besiegten, gestraften und isolierten Nation des Jahres 1918 umzukehren, zur ökonomischen Dominanz zurückzufinden, dem Kontinent seinen politischen Willen aufzuzwingen und ihn letztlich fast vollständig zu erobern. Auch nach 1945 erschien das deutsche Potential, trotz Besatzungsherrschaft, territorialer Verluste und deutscher Teilung, als ungebrochen und die erneute Rückkehr der Deutschen zu einer dominanten Position auf dem Kontinent als wahrscheinlich. Die zivilisatorische Rhetorik diente hingegen weniger der Kompensation des machtpolitischen Unterlegenheitsgefühls. Vielmehr gab sie der verbreiteten Überzeugung Ausdruck, die Deutschen durch die europäische Einigung auf gemeinsame Prinzipien, Verfahren und Institutionen festlegen zu müssen, und hatte deswegen notwendig „eine

⁶⁴ Vgl. Kap. 3.1, Kap. 3.2.

⁶⁵ Um nur einige Beispiel aus der Beratenden Versammlung des Europarats aufzuzählen – unter Auslassung Guy Mollets, der auf den Schutz der deutschen Demokratie in jedem Beitrag zu sprachen kam –, vgl. CE-AC, Première Session, 5. Sitzung, 16.08.1949, Rede Marinus van der Goes van Naters, S. 167; ebd., 6. Sitzung, 17.08.1949, Rede Paul Bastid, S. 255; ebd., 15. Sitzung, 05.09.1949, Rede Ferruccio Parri, S. 1009; ebd.; Deuxième Session, 2. Sitzung, 08.08.1950, Rede André Philip, S. 51; ebd., 24. Sitzung, 22.11.1950, Rede Edouard Bonnefous, S. 1423; ebd., Rede André Philip, S. 1443; ebd., 25. Sitzung, 23.11.1950, Rede Ferruccio Parri, S. 1537; Troisième Session, 4. Sitzung, 08.05.1951, Rede Stefano Jacini, S. 71; ebd., 10. Sitzung, 11.05.1951, Rede André Philip, S. 245; ebd., 21. Sitzung, 28.11.1951, Rede Paul Reynaud, S. 518f.; ebd., Quatrième Session, 6. Sitzung, 29.05.1952, Rede Julian Amery, S. 145; ebd., 24. Sitzung, 27.09.1952, Rede Victor Larock, S. 639; ebd., Quatrième Session/Session Extraordinaire, 33. Sitzung, 17.01.1953, Rede Pierre-Henri Teitgen, S. 108; ebd., Sixième Session, 6. Sitzung, 25.05.1954, Rede Natale Santero, S. 108; ebd., 18. Sitzung, 17.09.1954, Rede Gérard Jaquet, S. 462; ebd., 22. Sitzung, 20.09.1954, Rede Fernand Dehousse, S. 572.

⁶⁶ Ebd., Troisième Session, 25. Sitzung, 30.11.1951, S. 638.

institutionelle und eine moralische Seite.“⁶⁷ Es ging nicht darum „bloß palliativ die Beseitigung von Missständen“ zu erreichen, sondern „transformativ die Umwandlungen gesellschaftlicher Strukturen“ mittels der „institutionellen Verankerung“ der Deutschen in Europa durchzusetzen, um erneut die von Jürgen Osterhammel aufgestellten Kategorien der Zivilisierungsmission auf den Integrationsprozess anzuwenden. Aber dieser institutionelle Transformationsprozess hing von der Einsicht, der Zustimmung und der aktiven Mitarbeit der Deutschen ab.⁶⁸ Sie benötigte deutsche Partner, die sich nicht nur zur europäischen Einigung bekannten, sondern ebenso die Prämisse einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“ teilten.

„Ein Glück, dass wir ihn haben.“

Konrad Adenauer als europäischer Hoffnungsträger

Vom 19. bis zum 22. August 1954 tagte in Brüssel eine Konferenz der sechs westeuropäischen Staaten, die mehr als zwei Jahre zuvor den EVG-Vertrag unterzeichnet hatten und nun über Möglichkeiten seiner Rettung verhandelten – ein Unterfangen, das letztlich an der Kompromisslosigkeit des französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès France scheiterte. Paul-Henri Spaak, der erneut das Amt des belgischen Außenministers bekleidete und die Konferenz initiiert hatte, gibt in seinen Memoiren nicht nur der allgemeinen Frustration über die verfahrenen Verhandlungen Ausdruck, die sich an rein hypothetischen Überlegungen aufhielten wie etwa der Frage „was im Fall einer Wiedervereinigung Deutschlands geschehen könnte!“ Auch zitiert er aus einer Niederschrift vom Abend des zweiten Verhandlungstags, in der er das Verhalten der verschiedenen Teilnehmer bewertete: „Adenauer ist wirklich erstklassig. Ein Glück, daß wir ihn haben; man muß Deutschland unbedingt festlegen, solange er da ist.“⁶⁹ Spaak war keineswegs der einzige, der so dachte.

Unmittelbar nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen reiste Pierre Mendès France nach Großbritannien weiter, um mit dem britischen Premierminister Winston Churchill eine alternative Lösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung zu eruiieren.⁷⁰ Churchill äußerte gegenüber seinem französischen Gast dieselbe Feststellung, die Paul-Henri Spaak wenige Tage zuvor notiert hatte: „Man muss um jeden Preis den Kanzler Adenauer erhalten, denn jede andere Regierung, die dessen Platz einnähme, drohte eine

⁶⁷ Folgende Zitate aus OSTERHAMMEL: *The Great Work*, S. 370f.

⁶⁸ Dies wurde auch im Rahmen der französischen und britischen Umerziehungspolitik erkannt; DEFRANCE: Edmond Vermeil, S. 218; RUGE-SCHATZ: *Grundprobleme der Kulturpolitik*, S. 106; CLEMENS: *Britische Kulturpolitik*, S. 270.

⁶⁹ SPAAK: *Memoiren eines Europäers*, S. 226f.

⁷⁰ HITCHCOCK: *France restored*, S. 93–95.

Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu betreiben.“⁷¹ Zwischen dem britischen Konservativen, der eine Beteiligung an der EVG ablehnte und dem belgischen Sozialisten, dessen Vorstellungen von europäischer Integrationspolitik noch über die EVG hinausgingen, bestand eine identische Wahrnehmung des deutschen Bundeskanzlers als womöglich einziger Hoffnung für die Zukunft der Bundesrepublik und des Kontinents. Die Vorstellung von Adenauer als europäischem Hoffnungsträger war ein die ideologischen und nationalen Grenzen transzendierendes Element der europäischen Einigungsdiskussion.

Als Spaak anlässlich der Bundestagswahl vom 6. September 1953 in der Beratenden Versammlung des Europarats den „victoire du chancelier Adenauer“ enthusiastisch als „victoire européenne“ würdigte,⁷² artikulierte er lediglich, was ein Großteil seiner Kollegen empfand und in den folgenden Diskussionen auf widersprüchlich erscheinende Weise zum Ausdruck brachte: Dass nämlich zu Adenauer keine – oder zumindest keine gleichwertige – Alternative existierte. Einerseits entfachte sich eine Diskussion über Adenauers Verwendung des Begriffs „Befreiung“ im Hinblick auf die Deutschen in der DDR, die einige Delegierte als mindestens fahrlässig kritisierten, weil sie den Nationalismus seiner Wählerschaft erwecke oder anspreche. Andererseits verwiesen zahlreiche Redner auf die Notwendigkeit, nun eine Vereinbarung mit Adenauer zu treffen, die mit seinem Nachfolger nicht mehr möglich sein würde – so wie man letztlich Hitler hätte zugestehen müssen, was man den Weimarer Kanzlern verweigert habe.⁷³ In beiden Diskussionssträngen war dieselbe Vorstellung enthalten, dass nämlich nur der greise deutsche Bundeskanzler das „deutsche Problem“ seiner europäischen Lösung würde zuführen können.

Noch deutlicher als im Europarat trat diese Überhöhung Adenauers zum persönlichen Garanten der bundesrepublikanischen Westorientierung im Brüsseler Pakt zutage, wo sein Wahlsieg vom September 1953 ebenfalls eine doppelte Reaktion hervorrief. Dirk Stikker, mittlerweile vom Amt des Ministerpräsidenten in das des niederländischen Botschafters in Großbritannien gewechselt, brachte in der Ständigen Kommission Adenauers Wahlsieg zur Sprache, der jeden Anlass zur Freude gebe. Man dürfe aber nicht übersehen „that his advancing age might, in the not-so-distant future, raise the problem of furtherance of his policy.“ Adenauer selbst habe seit dem Aufstand vom 17. Juni in der DDR mehr Gewicht auf die Wiedervereinigung gelegt, und den deutschen Kindern würden in der Schule Lieder beigebracht „which expressed a longing for a united Germany [...]“. Angesichts dieser Entwicklung seien die Niederlande „particularly anxious“, das Gelingen der EVG

⁷¹ Zit. nach REINFELDT: Kontrolliertes Vertrauen, S. 39f.

⁷² CE-AC, Cinquième Session, 15. Sitzung, 17.09.1953, S. 312.

⁷³ Vgl. Kap. 7.3.

sicherzustellen, „thus enabling Western Germany to be closely associated with the future of Western Europe as a whole.“⁷⁴ Auch für Stikker war also die europäische Lösung des „deutschen Problems“ untrennbar mit der Person Adenauers verbunden.

Diese Fixierung auf Adenauer trat am deutlichsten in den NEI zutage, nachdem sich der spätere Bundeskanzler Anfang 1948 auf der Konferenz über „Le problème allemand“ zur deutschen Verantwortung, zur christlichen Erneuerung sowie zur europäischen Einigung bekannt hatte und eine deutsche Equipe unter seiner Führung in den Verband aufgenommen worden war.⁷⁵ Adenauer fungierte aus Perspektive der NEI als Garant der europäischen Lösung des „deutschen Problems“ wie für die Verlässlichkeit, die Präsenz und den Kooperationswillen der deutschen Equipe. Wann immer die als unerlässlich erachtete, aktive Beteiligung der deutschen Christdemokraten an der Arbeit des Verbands infrage zu stehen schien, intervenierte die Führungsriege des Verbands direkt beim Bundeskanzler und insistierte auf der zugesagten deutschen Präsenz – etwa im Vorfeld der Jahreskongresse in Sorrento 1950 und in Tours 1953, als die Teilnahme hochrangiger Vertreter der CDU wegen terminlicher Überschneidungen abgesagt wurde, oder als die CDU keinen Vertreter in die Kulturkommission der NEI entsandte.⁷⁶ Je mehr Adenauer seine europäische Gesinnung nicht nur rhetorisch heraus- sondern auch politisch unter Beweis stellt, breitete sich die Fixierung auf seine Person auch über den Kreis der europäischen Christdemokraten aus.

Die UEF begrüßten den westdeutschen Kanzler auf ihrem ersten in der Bundesrepublik stattfindenden Kongress im März 1952 als Hauptredner und verteidigten ihn einen Monat später entschieden gegen Angriffe in der französischen Presse.⁷⁷ Anlässlich der Wiederwahl Adenauers teilte ihm Henri Frenay 1953 die „volle Genugtuung“ mit, die der Verband und er persönlich wegen seines „mit Mut und Ausdauer und ohne Nachlass seit 1949“ geführten Kampfs für die europäische Integration der Bundesrepublik empfänden.⁷⁸ Solche Bekundungen waren keine standardisierten Pflichtübungen, die ohne Ansehen der Person versandt wurden. Sie gaben vielmehr einem über die Jahre gewachsenen Vertrauen

⁷⁴ ANLux, UEO-BTO-032, Minutes of the 166th Meeting of the Permanent Commission, 08.10.1953, Bl. 51f.

⁷⁵ Vgl. Kap. 3.2.

⁷⁶ ACDP, 009-002-011/4, Robert Bichet an Konrad Adenauer, 01.04.1950; ebd., August de Schryver an Robert Bichet, 04.04.1950; ACDP, 009-002-003, Procès-verbal de la réunion du Comité Exécutif, 31.01.1953, S. 6; ACDP, 009-002-034, Réunion du Bureau de la Commission Culturelle des N.E.I. à Bruxelles, 29.10.1951, S. 6.

⁷⁷ HAEU, UEF-102, Discours de Bundeskanzler Adenauer à l'occasion du IV^e Congrès de l'U.E.F. à Aix-la-Chapelle, 31.03.1952; HAEU, UEF-129, Réunion du Comité Central à Paris, 28./29.04.1952, S. 10f.; ebd., Annexe 2 au Compte-rendu du Comité Central: L'interview du Dr. Adenauer, 28./29.04.1952, S. 3.

⁷⁸ HAEU, UEF-20, Henri Frenay an Konrad Adenauer, 07.09.1953.

in die Zuverlässigkeit und Integrität des Bundeskanzlers Ausdruck, wie auch der Sorge, dass diese politischen Tugenden mit ihm verschwinden könnten, weil schon die nächsten Wahlen „peuvent remettre en question les succès acquis.“⁷⁹

Der Historiker und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz hat, mit Blick auf die Anwesenheit sämtlicher westlicher Staats- und Regierungschefs bei der Beisetzung des ersten bundesrepublikanischen Kanzlers 1967, treffend eine Stimmung zusammengefasst, die schon in der europäischen Einigungsdiskussion anzutreffen war: „Da die Deutschen auch nach dem Zweiten Weltkrieg als unberechenbar galten, obwohl sie zugleich gebraucht wurden, huldigt man dem Staatsmann, der sie domestiziert und Europa beruhigt hat.“⁸⁰ Die Beruhigung Europas durch Domestizierung der Deutschen war aus Sicht der Einigungsdiskussion die zentrale Herausforderung Westeuropas, und in Adenauer fand dieses Anliegen Resonanz und Unterstützung. Denn er stimmte nicht nur mit der Lösung überein, die europäische Politiker und Aktivisten für das „deutsche Problem“ proklamierten, sondern teilte im Wesentlichen auch ihr Verständnis dieses Problems selbst, insbesondere durch seine Unterscheidung zwischen einem preußischen, östlich-konservativen Bestimmungsfaktor der deutschen Geschichte seit 1870 und einer westlich-liberalen Orientierung, welche durch die Dominanz Preußens unterdrückt worden sei – ähnlich plakativ und simplifizierend wie die Diskussionen über das „deutsche Problem“ erschien auch das Geschichtsbild Adenauers.⁸¹

Insofern bestand Einigkeit darüber, dass die europäisch-westliche Einbindung der Bundesrepublik die nachholende Entwicklung und Modernisierung der deutschen politischen Kultur absichern sollte. Als der italienische Außenminister Carlo Sforza im Zuge der begonnenen EGKS-Verhandlungen und der Diskussionen über eine deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen einer europäischen Armee Ende 1950 davon sprach, dass „le problème allemand, il semble hérissé de dangers, même aux esprits allemands les plus nobles et les plus européens“⁸², war damit zweifellos Adenauer gemeint. Welche Rolle dem „deutschen Problem“ in seinem europäischen Denken zukam, oder eher: seinem Denken zugeschrieben wurde, offenbaren die Erinnerungen Pierre-Henri Teitgens: Dieser berichtet von einem Gespräch mit Adenauer, das ihm die Augen geöffnet und ihn zum Einigungsbeiwörter gemachte habe, und zwar aufgrund der eindringlichen Warnung Adenauers, „si

⁷⁹ HAEU, UEF-129, Réunion du Comité Central à La Haye, 11.10.1953, S. 2.

⁸⁰ SCHWARZ: Anmerkungen, S. 36f.

⁸¹ Adenauers Vorstellung eines Ringens zwischen der preußischen und der lateinischen Orientierung als wesentlichem Bestimmungsfaktor der deutschen Geschichte findet sich etwa bei BÉTHOUART: *La peur du risque*, S. 30. Vgl. WINKLER: Adenauer, S. 12f., S. 15.

⁸² CE-AC, Deuxième Session, 22. Sitzung, 18.11.1950, S. 1291.

vous n'avez plus peur d'Allemagne, nous sommes en grave danger. Elle peut encore être ressaisie par ses vieux démons à la recherche de son mythe d'obscur puissance“⁸³, notwendig sei. Auch wenn diese Erinnerung falsch oder übertrieben sein sollte, bestätigt sie doch das Bild, welches in der europäischen Einigungsdiskussion von dem deutschen Bundeskanzler herrschte.

Adenauers innenpolitische Strategie, „generell tabula rasa zu machen“⁸⁴, sich im doppelten Sinn von der Vergangenheit loszusagen, diese also weder zu konfrontieren noch an sie anzuknüpfen um der politischen und ökonomischen Stabilisierung der Bundesrepublik keine – historisch belasteten – Steine in den Weg zu legen, lässt sich auch auf seine außenpolitische Konzeption übertragen. Er wandte sich nicht nur aus Opportunität oder aus Alternativlosigkeit, sondern aus Überzeugung vom Osten – und somit von den ehemaligen Ostgebieten und der DDR – ab und konzentrierte seine Energie auf den Westen, die europäische Integration, die Aussöhnung mit Frankreich, das Bündnis mit Großbritannien und den USA.⁸⁵ Er verstand die Wiedervereinigung als „Bedrohung seines Westkonzepts“ und verfolgte sie deswegen „nicht als operatives Ziel“⁸⁶. Diese eindeutige Ausrichtung der Bundesrepublik bedeutete ebenfalls eine Lossagung von den Lasten der Vergangenheit im doppelten Sinn: Erstens eine Befreiung vom Traditionsbestand einer deutschen Außenpolitik der Mittellage und kontinentalen Dominanz durch die eindeutige Westbindung, und zweitens die damit verbundene Forderung nach Souveränität und Wiederbewaffnung, welche den Paria Deutschland zum Gleichen unter Gleichen erheben würde.⁸⁷ Adenauer erkannte die Sorgen seiner Partner über die Zukunft Deutschlands nicht nur an, sondern bestätigte sie. Weil sich diese Interessenkongruenz auch praktisch niederschlug, insbesondere in der gemeinsamen Antwort der Westmächte und der Bundesrepublik auf die Stalin-Noten, die das Angebot einer Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands ausschlug, absorbierte er das Vertrauen in die politische Zuverlässigkeit der Deutschen und avancierte zum

⁸³ TEITGEN: *Faites entre le témoin suivant*, S. 476.

⁸⁴ Zit. nach FREI: *Vergangenheitspolitik*, S. 31. Diesen Ausspruch tätige Adenauer in einer Kabinettsitzung vom 26. September 1949 im Hinblick auf das von ihm gewünschte Amnestiegesetz, also die Reintegration nationalsozialistischer Beamter, Juristen und Soldaten in den westdeutschen Staat.

⁸⁵ SCHWARZ: *Adenauer und Europa*, S. 495.

⁸⁶ FOSCHÉPOTH: *Westintegration*, S. 39. So teilte Adenauer fünf Monate nach der Genfer Gipfelkonferenz der vier Siegermächte vom Juli 1955 der britischen Regierung mit, dass er „kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. Er sei äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte.“ Deswegen bat er darum, von weiteren Vorstößen in Sachen Wiedervereinigung abzusehen; zit. nach ebd., S. 55. Vgl. auch BÖSCH: *Die Adenauer-CDU*, S. 118f.

⁸⁷ Den Aspekt der „Vergangenheitsbewältigung“ in Adenauers Europapolitik betont auch WEIDENFELD: *Konrad Adenauer*, S. 191.

alternativlosen Fixpunkt westlicher Deutschlandpolitik, während sich die SPD in den Augen der Europäer und Amerikaner zusehends als Partei des nationalen Egoismus diskreditierte.⁸⁸

Vielleicht mehr noch als Adenauer selbst trug die SPD zur Wahrnehmung des Bundeskanzlers und seiner Partei als alternativlosen Garanten einer westlich-europäischen Einbindung der Bundesrepublik bei. Die Einigungsbewegung verwandelte sich aus weltanschaulichen Verbänden in überparteiliche Zusammenschlüsse wie dem ME oder der *Campagne pour un pacte fédérale*, und der Sozialist André Philip bekannte, dass „j'aimerais mieux une Europe libérale que pas d'Europe du tout, et je pense que nos amis libéraux aimeraient mieux aussi une Europe socialiste que pas d'Europe du tout.“⁸⁹ In dieser überparteilichen und transnationalen proeuropäischen Konstellation isolierte sich die SPD und entfremdete ihre Schwesterparteien durch ihr Beharren auf Souveränität, Gleichberechtigung und Wiedervereinigung, ihre Ablehnung von EGKS, EVG und EPG sowie ihr forderndes und kompromissloses Auftreten in der Beratenden Versammlung des Europarats. Nicht nur die französischen Sozialisten hegten gegenüber der SPD ein tiefes Misstrauen.⁹⁰ Der niederländische Sozialist Marinus van der Goes van Naters, der 1949 die deutschen Sozialdemokraten zu ihrem Ergebnis bei der ersten Bundestagswahl beglückwünscht und noch 1953 deren Obstruktionspolitik in der Beratenden Versammlung auf ihr schweres Schicksal unter Bismarck und Hitler zurückgeführt hatte, bedankte sich 1954 namentlich bei zwei Delegierten der Beratenden Versammlung, die ihn als „grands Allemands et [...] courageux Européens“ in seinem Einsatz für die europäische Integration bestärkt und von seiner „Germanophobie“ geheilt hätten – Eugen Gerstenmeier und Heinrich von Brentano von der CDU.⁹¹

Ganz gleich, um welches Thema der europäischen Einigungspolitik es konkret ging, stets konnte die aus Christdemokraten, Liberalen und Sozialisten bestehende, westeuropäische Koalition der Integrationsbefürworter mit der Kooperationsbereitschaft Adenauers und der CDU rechnen, während sich in der europapolitischen Verhärtung der SPD die nationale Fehlentwicklung Deutschlands fortzusetzen schien. In der Wahrnehmung Ade-

⁸⁸ FOSCHÉPOTH: Westintegration, S. 48f.; LEUGERS-SCHERZBERG: Von den Stalin-Noten, S. 50–53.

⁸⁹ HAEU, ME-1067, Conférence économique tenue à Westminster, 20.–25.04.1949, Transcription des discussions, vol. 1, Bl. 122.

⁹⁰ BENZ: Kurt Schumachers Europakonzeption, S. 55; LAFON: Guy Mollet, S. 419.

⁹¹ CE-AC, Première Session, 5. Sitzung, 16.08.1949, S. 167; ebd., Cinquième Session, 23. Sitzung, 25.09.1953, S. 668f.; ebd., Sixième Session, 8. Sitzung, 26.05.1954, S. 183. Nicht nur van der Goes van Naters, sondern die gesamte niederländische sozialistische Partei erkannte vermehrt in der CDU statt in der SPD ihren eigentlichen politischen Partner; NOTTEN: Die niederländischen und deutschen Sozialdemokraten, S. 172.

nauers verbanden sich die verschiedenen Elemente, anhand derer sich das „deutsche Problem“ als Faktor der europäischen Einigung umreißen lässt: Das Katastrophendenken, also die existentielle Notwendigkeit der europäischen Einbindung Deutschlands zur Abwendung des Untergangs Europas, weil Adenauer als alternativloser Garant dieser Einbindung erschien. Das Lernen aus der Geschichte, also die Feststellung einer strukturellen Fehlentwicklung der deutschen Nation als Extremform der europäischen Fehlentwicklungen, weil Adenauer als verlässlichem Partner in der Integrationspolitik nicht verweigert werden dürfte, was man einem unzuverlässigen Nachfolger zu schlechteren Bedingungen wahrscheinlich ohnehin würde zugestehen müssen. Und die europäische Zivilisationsmission, also die Festlegung der Deutschen auf gemeinsame moralische und politische Prinzipien, weil Adenauer die westlich-europäische Einbindung der Bundesrepublik nicht nur aus politischem Kalkül, sondern aus persönlicher Einsicht in die gemeinsame, europäische Aufgabe zu betreiben schien.

9 Schlussbetrachtung

Das „deutsche Problem“ war ein zentraler Begriff der europäischen Einigungsdiskussion zwischen 1945 und 1954. Zahllose Memoranden, Resolutionen, Positionspapiere und Reden, sogar spezielle Kommission und Konferenzen waren diesem Problem gewidmet und erörterten Vorschläge seiner Lösung durch die europäische Einigung. Während die Forschungsliteratur immer wieder auf die „deutsche Frage“ als eine der Antriebskräfte europäischer Einigungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg verweist, deren spezifische Bedeutung jedoch kaum näher untersucht, sprachen die Zeitgenossen vom „deutschen Problem“ und stellten somit schon semantisch heraus, dass hier ein grundsätzlicher Interessenswiderspruch lag und beseitigt werden musste. Worin es aber genau bestand, wurde allein durch das quantitative Ausmaß der Äußerungen zum „deutschen Problem“ nicht deutlicher – weder folgten diese Äußerungen einer Definition, noch entwickelte sich solch eine Definition im Zuge der Beschäftigung mit dem „deutschen Problem“. Seine Thematisierung in der Nachkriegszeit war nicht an bestimmte Aspekte, Ereignisse, Gruppen, Ideen oder Interessen gebunden. Es tauchte gleichermaßen in den Diskussionen über die Friedenswahrung und den wirtschaftlichen Aufschwung auf, wurde in den ersten Treffen von Europaaktivisten zum Kriegsende genauso angeführt wie infolge des Scheiterns der EVG, beschäftigte die Anhänger einer europäischen Föderation, einer schrittweisen sektoralen Integration und einer zwischenstaatlichen Kooperation, belgische Liberale, französische Sozialisten, italienische Christdemokraten und britische Konservative.

Die Omnipräsenz des „deutschen Problems“ hing mit der ungeklärten Gestalt und Zukunft Deutschlands im ersten Nachkriegsjahrzehnt zusammen: die Teilung Deutschlands, erst in vier Besatzungszonen und dann in zwei Staaten mit konträren politischen Systemen und als Teil von verfeindeten Blöcken, machte es zum Zentrum des Kalten Kriegs. Mit dem geteilten Deutschland wurde die Frage nach Krieg und Frieden und somit die Zukunft Europas assoziiert, weswegen es für das „deutsche Problem“ nur eine, nämlich die europäische Lösung geben könne – die Einigung des Kontinents baute auf dieser Überzeugung auf, weswegen das „deutsche Problem“ in den verschiedenen Foren, in denen ab 1945 über Europa diskutiert wurde, solch eine zentrale Stellung einnahm. Diese Überzeugung, das omnipräsente wie ominöse „deutsche Problem“ müsse durch die europäische Einigung gelöst werden, basierte hingegen nicht allein auf der politischen Entwicklung der Nachkriegszeit. Wie diese politische Entwicklung war auch die Überzeugung der Europaaktivisten ein Resultat des Zweiten Weltkriegs. Schon nach 1918 hatten die europäischen Staaten vor der Herausforderung einer Friedensordnung gestanden, in deren Zentrum die

Verhinderung einer erneuten Dominanz und kriegerischen Expansion Deutschlands stand. Diese Friedensordnung, die das Sicherheitsbedürfnis insbesondere Frankreichs zum Ausdruck, aber keinen engeren Zusammenschluss der Kriegsgegner Deutschlands hervorbrachte, war gescheitert. Weder ermöglichte sie eine politische und ökonomische Stabilisierung der europäischen Staaten noch konnte sie Deutschland von seiner Rückkehr zum Großmachtstatus abhalten oder einen politischen Aussöhnungsprozess bewirken.

Am Anfang der Versailler Friedensordnung stand der Versuch einer machtpolitischen Kontrolle Deutschlands, an ihrem Ende die Kontrolle des Kontinents durch das Dritte Reich. Der Nationalsozialismus bedeutete für zahlreiche Westeuropäer, die sich nach 1945 für die europäische Einigung als Lösung des „deutschen Problems“ einsetzten, einen lebensgeschichtlichen Bruch aufgrund von Krieg und Besatzung, Flucht und Exil oder Widerstand und Internierung. Daraus resultierte ein Bruch mit politischen Überzeugungen, deren Scheitern sich mit dem Zweiten Weltkrieg und der Eroberung des Kontinents durch das Dritte Reich offenbart hatte und der eine Neuorientierung, den Versuch einer grundsätzlichen Transformation der politischen und wirtschaftlichen Struktur Europas nach sich zog. Die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus ging mit einem intensiven Reflexionsprozess darüber einher, wie die fatale Entwicklung des Kontinents zu erklären und zu beheben sei. Vor diesem Hintergrund bildete die Auseinandersetzung mit dem „deutschen Problem“ den Ausgangs- und ständigen Referenzpunkt der europäischen Einigungsdiskussion im ersten Nachkriegsjahrzehnt, bis mit der Ablehnung der EVG in der französischen Nationalversammlung am 31. August 1954 der Versuch seiner Lösung durch die supranationale Einigung und Einbindung der Bundesrepublik scheiterte.

Insofern war das „deutsche Problem“ ein Motiv der Einigungsdiskussion im doppelten Sinn: Einerseits als Motivation, Anreiz oder Beweggrund der Einigungspolitik, andererseits als Thema oder als zentraler Gegenstand des Bilds, welches in der Einigungsdiskussion von Europa entworfen wurde. Das „deutsche Problem“ als Motiv in seiner ersten Bedeutung wurde in der vorliegenden Arbeit anhand der Gründung und Aktivität verschiedener Verbände und Institutionen aufgezeigt, welche über die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner europäischen Lösung debattierten. Die 1946/47 gegründeten, föderalistischen und christdemokratischen Einigungsverbände UEF und NEI, das 1947/48 ins Leben gerufene ME als überparteiliche Dachorganisation der Einigungsverbände, der 1948 geschlossene Brüsseler Pakt und der 1949 konstituierte Europarat nahmen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Selbstverständnisse und Zielvorstellungen zum „deutschen Problem“ Stellung. Am ausführlichsten erfolgte diese Auseinandersetzung im Rahmen der UEF, einem Zusammenschluss föderalistischer Gruppierungen, die sich für eine vollständige Über-

tragung der legislativen, exekutiven und juridischen Kompetenzen des Nationalstaats an gemeinschaftliche Institutionen aussprach und deswegen in der europäischen Einigungsdiskussion die integrationspolitische Maximalposition einnahm.

Mit ihrer Gründung 1946 bildete die UEF eine sehr aktive Deutschlandkommission, mittels derer Einfluss auf die deutsche Europabewegung genommen wurde. Zusätzlich behandelte sie das „deutsche Problem“ ohne Unterlass, als gesondertes Thema wie als Bestandteil ihrer allgemeinen Erörterungen der europäischen Einigung. Die Verbandsorgane der UEF, nicht nur die Deutschlandkommission, sondern auch das Zentralkomitee und das Exekutivbüro, äußerten sich in Form von Empfehlungen, Anträgen, Positionspapieren und Resolutionen kontinuierlich zum deutsch-europäischen Zusammenhang. Nicht nur beschlossen das erste Treffen des Zentralkomitees und der erste Kongress der UEF, die im April und August 1947 stattfanden, jeweils Anträge zur europäischen Lösung des „deutschen Problems“. Auch nahm der Verband zur Gründung des Europarats und der Bundesrepublik, hinsichtlich des Saarkonflikts und der deutschen Einheit, zur EVG und zu den Stalin-Noten Stellung. Das „deutsche Problem“ stellte ebenfalls einen wichtigen Anreiz der 1949/50 von der UEF initiierten *Campagne pour un pacte fédérale* dar, 1952 startete die UEF gar eine Initiative zur Gewinnung der deutschen Wehrmachtsveteranen für die europäische Föderation und ihrer Anbindung an den Verband.

In den NEI nahm die Beschäftigung mit dem „deutschen Problem“ einen anderen Verlauf. Es stand zwar gleichermaßen am Anfang des Eintretens des Verbands für die europäische Einigung, in Gestalt der Konferenz „Le problème allemand“, die 1948 in Luxemburg stattfand. Infolge der Konferenz und der Einbindung der westdeutschen CDU in die NEI verschwand das Problem aber nahezu aus dessen Diskussionen und Aktivitäten, bis es im Zuge der EVG-Debatte im September 1951 erneut auf einer Konferenz in Bad Ems thematisiert wurde – jedoch nicht als gesonderter Gegenstand, sondern durch eine Rede des französischen Christdemokraten Pierre-Henri Teitgen, der die Unterscheidung zwischen Westeuropa und (West-)Deutschland im europäischen Einigungsprozess wieder in Erinnerung rief. Und auch im ME nahm das „deutsche Problem“ eine hervorgehobene Stellung in der Gründungsphase des Verbands ein, wurde auf dem Haager Europakongress vom Mai 1948 intensiv und kontrovers diskutiert und sollte auch hier in Gestalt einer Deutschlandkommission eine dauerhafte Beschäftigung erfahren. Stattdessen verschwand das Thema mit der Aufnahme deutscher Europaaktivisten nahezu vollständig aus dem europapolitischen Horizont des ME, bis ebenfalls im September 1951 auf der Konferenz „L’Allemagne et l’Europe“ die Auseinandersetzung wiederaufgenommen wurde.

Wie bei den NEI verschwand das „deutsche Problem“ im ME nach einer initialen, ausgiebigen Beschäftigung, und wie bei den NEI beförderte die Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung und die EVG die deutsch-europäische Differenz erneut ins Bewusstsein zurück. Während sich die UEF über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg mit dem „deutschen Problem“ auseinandersetzten, sind in den NEI und im ME sowohl Phasen der geradezu eruptiven Aufmerksamkeit als auch der vollständigen Ausblendung nachweisbar. Die unterschiedliche Präsenz des „deutschen Problems“ und seiner europäischen Lösung in den drei Verbänden rechtfertigt hingegen nicht die Annahme einer unterschiedlichen Ausprägung: In all diesen Foren wurde gleichermaßen ein wesentlicher Unterschied zwischen Deutschland und Westeuropa hinsichtlich der (geistes-)geschichtlichen Entwicklung, der nationalen Selbstverständnisse sowie der Befähigung zu einer politischen Neuorientierung und europäisch-kooperativen Existenzweise ausgemacht – die europäische Einbindung der Deutschen diente aus Sicht all dieser Verbände dazu, sie zu letzterem zu befähigen und somit von einem als wahrscheinlich angenommenen Rückfall in die nationale Selbstbezogenheit und internationale Isolierung abzuhalten.

Solche Kollektivzuschreibungen bildeten den Anknüpfungspunkt zwischen der europäischen Einigungsbewegung und der westeuropäischen Deutschlandpolitik. Die von der Europabewegung lancierte Forderung nach einer europäischen Versammlung wurde 1948/49 von Frankreich im Brüsseler Pakt mit denselben Argumenten und Bildern verfochten, wie sie die Einigungsverbände formulierten. Ein unterschiedliches Verständnis des „deutschen Problems“ aus der nationalstaatlichen und der Einigungsperspektive bestand nicht, hingegen unterschiedliche Vorstellung von der europäischen Lösung. Aus beiden Perspektiven sollte mit einem europäischen Rat ein Organ geschaffen werden, in welches der wiedererstehende (west-)deutsche Staat perspektivisch eingebunden würde. Während jedoch die Europabewegung in diesem Rat den Nukleus einer europäischen politischen Autorität erblickte und somit nicht nur die Aufnahme der Bundesrepublik, sondern auch deren gleichberechtigte Teilhabe an gemeinsamen politischen Entscheidungen forderte, sollte der Europarat aus Perspektive der im Brüsseler Pakt versammelten westeuropäischen Regierungen einerseits als Orientierungspunkt der Deutschen dienen, andererseits als Bewährungsprobe ihrer politischen Reife und Kooperationsbereitschaft.

Hier zeichnete sich schon eine folgenschwere Entwicklung für die weitere Integrationspolitik ab, dass nämlich aus einem identischen Deutschlandbild vollkommen gegensätzliche politische Konsequenzen gezogen wurden. Aus der Annahme einer konstitutiven Fehlentwicklung der deutschen Nation, einer mangelnden politischen Reife bei fortwährend struktureller – ökonomischer und demographischer – Übermacht der Deutschen in

Europa konnte einerseits die Notwendigkeit ihrer sofortigen Einbindung in eine politische Gemeinschaft gefolgert werden. Die kollektive Abtretung nationaler Souveränität an eine übergeordnete, gemeinschaftliche Autorität diene in dieser Perspektive als Mittel, um die deutsche Souveränität einzuschränken, das deutsche Machtpotential zu neutralisieren und die Erziehung der Deutschen zur europäischen Zusammenarbeit praktisch anzugehen, bevor die Bundesrepublik ihre Souveränität zurückerlangen würde. Andererseits konnte mit dieser Annahme einer deutschen Sonderstellung die Beschränkung der europäischen Einigung auf konsultative oder kooperative Zusammenhänge gerechtfertigt werden. In diesen Zusammenhängen würden die Deutschen in ihrer politischen Entwicklung beobachtet, kontrolliert und beeinflusst, ohne dass die westeuropäischen Staaten ihre Handlungsfreiheit einschränken und sich dem potentiellen Übergewicht Deutschlands in einer supranationalen Gemeinschaft ausliefern mussten.

Diese beiden Argumentationsstränge entwickelten sich angesichts der anstehenden Gründung der Bundesrepublik, reflektieren sich im Kompromiss über die Gründung des Europarats und entwickelten sich ebendort, in der Beratenden Versammlung, ab 1949 weiter. Je mehr der wiederentstandene (west-)deutsche Staat auf die internationale Bühne – ab 1950 war das insbesondere die Bühne der Beratenden Versammlung – zurückkehrte, sich vom Objekt in ein Subjekt europäischer Politik verwandelte, sein wirtschaftliches Potential entfaltete und perspektivisch zur Souveränität zurückkehrte, desto mehr verstärkten sich in der Einigungsdiskussion die westeuropäischen Assoziationen des gegenwärtigen und zukünftigen Deutschlands mit dem Deutschland der Vergangenheit, desto mehr traten aber auch die beiden Argumentationsstränge auseinander. Wie insbesondere in der EVG-Debatte deutlich wurde, unterschieden sich deren Anhänger und Gegner nicht durch ein konträres Verständnis des „deutschen Problems“. Der Unterschied bestand in der Lösungsstrategie und der Frage, wie die unweigerliche Übermacht eines bald wieder bewaffneten Deutschlands zu kontrollieren sei.

Was sich die Anhänger der EVG und die Befürworter einer NATO-Integration der Bundesrepublik gegenseitig vorwarfen, war die Umkehrung des defensiven Charakters des jeweiligen Verteidigungsbündnisses – dass die Bundesrepublik ihr machpolitisches Übergewicht in der kontinentalen EVG oder ihre wiedergewonnene Souveränität in der NATO auf kurz oder lang dazu nutzen werde, die nationale Wiedervereinigung zu erzwingen und ihre verlorenen Territorien im Osten zurückzuerhalten, stand aus der jeweiligen Perspektive in der EVG-Debatte zweifelsfrei fest. Aber nicht nur das Problem der deutschen Wiederbewaffnung, sondern alle deutschlandpolitischen Herausforderungen, mit denen sich die europäische Einigungsdiskussion insbesondere in der Beratenden Versammlung ausei-

nandersetzte – seien es die Entwicklung von Industrie und Handel, die Territorialdispute um die deutschen Grenzen und der Saarkonflikt, die deutsche Einheit und die neutralistische Bewegung oder die deutsche Jugend und die Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen –, wurden stets im Hinblick auf das grundsätzliche „deutsche Problem“ betrachtet.

Insofern war das „deutsche Problem“ mehr als die Summe aller mit Deutschland verbundenen Probleme. Weniger konstituierten die Einzelprobleme das „deutsche Problem“, als dass sich ihr Verständnis aus diesem Grundproblem entwickelte – man könnte davon sprechen, dass das „deutsche Problem“ in der europäischen Einigungsdiskussion den Gattungsbegriff der einzelnen deutschen Probleme darstellte.¹ Hierdurch wurde nicht nur die Auseinandersetzung mit Deutschland von Erwartungen, Ängsten und Assoziationen überladen, sondern ebenfalls die europäische Integrationspolitik als solche: Es entwickelte sich ein regelrechter Manichäismus, der die Lösung des „deutschen Problems“ durch die Einbindung der Bundesrepublik oder den Untergang Europas als die einzig denkbaren Alternativen präsentierte. Dieser europäische Manichäismus verweist auf die angesprochene zweite Bedeutung des „deutschen Problems“ als Motiv der europäischen Integration: In dem Bild, welches die Einigungsdiskussion von Europa zeichnete, war Deutschland der zentrale Gegenstand, das negative Leitthema.

Solange Deutschland diese zentrale Stellung beibehielt, war auch das Europabild negativ konnotiert. Die Föderalisten und die Christdemokraten versuchten deswegen, die deutsche Entwicklung als – wenn auch vollendeten – Ausdruck einer allgemeinen europäischen Entwicklung zu präsentieren. Auch die Problematisierung des deutschen Nationalismus wurde in der Einigungsdiskussion eingerahmt von Verweisen auf den Nationalismus in anderen Staaten, die Orientierungslosigkeit der deutschen Jugend in einem Zusammenhang mit einer in ganz Westeuropa nachweisbaren Apathie unter Jugendlichen gestellt. Das Dilemma der europäischen Einigungsdiskussion im ersten Nachkriegsjahrzehnt bestand darin, das Misstrauen gegenüber den Deutschen, ihre nationale Sonderentwicklung und strukturelle Übermacht als Motiv – im Sinne eines Beweggrunds – der Integration der Bundesrepublik so deutlich herauszustellen, dass das Motiv des „deutschen Problems“ – im Sinne eines Themas – das europäische Bild fast vollständig einnahm und verdunkelte. Dieses doppelte Motiv einer Einigung Europas gleichzeitig mit und gegen Deutschland trug maßgeblich zum ihrem vorläufigen Scheitern bei.

¹ Um dieser biologischen Metaphorik treu zu bleiben: „Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen. Die Andeutungen auf Höheres in den untergeordneten Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist.“ MARX: Grundrisse, S. 39.

Das motivische Dilemma des „deutsche Problems“ fand letztlich keine europäische, sondern eine atlantische Lösung, durch die Integration der Bundesrepublik in die NATO und die gleichzeitige Rückkehr Großbritanniens in den europäischen Zusammenhang, wenn auch nur im Rahmen der WEU als einer um Italien und die Bundesrepublik erweiterten Form des Brüsseler Pakts. In den folgenden Jahren konnte der sektorale Integrationsprozess durch den Messina-Prozess und die Gründung der EWG ausgeweitet werden, und auch das Saarproblem wurde gelöst – wenn auch wiederum nicht europäisch, sondern durch die Rückkehr des Saargebiets in den Territorialverband der Bundesrepublik. Dass diese Entwicklung möglich war, hängt auch mit der Überladung des „deutschen Problems“ bis 1954 zusammen. Die Bundesrepublik wandte sich nicht vom Westen und von Europa ab, seine demokratische Entwicklung fand mit der Gründung der Bundeswehr kein abruptes Ende, der Kontinent versank nicht in Krieg, Chaos und Zerstörung, sondern erlebte eine beispiellose Phase an Prosperität.

Genauso hängt die Ermöglichung dieser Entwicklung damit zusammen, dass durch die NATO- und WEU-Integration der Bundesrepublik die Einschränkung nationaler Souveränität nicht, wie in der EVG, allen Partnern auferlegt wurde, sondern in einem entscheidenden Punkt einseitig für Deutschland galt: hinsichtlich der Produktion von Massenvernichtungswaffen. Frankreich wahrte sein Recht auf Fortführung des nationalen Atomwaffenprogramms, welches der Bundesrepublik versagt blieb.² Noch 1967 betonte Charles de Gaulle, nunmehr französischer Staatspräsident, bei einem Besuch in Polen, dass die französische *force de frappe* nicht nur im Hinblick auf eine Bedrohung von Seiten UdSSR, sondern auch von Seiten Deutschlands entwickelt worden sei.³ Das „deutsche Problem“, die Furcht vor einem Rückfall der Deutschen in Nationalismus, Diktatur und kriegerrische Expansion, schwelte zwar in solchen Maßnahmen und Aussagen weiter, aber es drohte sich nicht länger zu entfachen und einen europäischen Flächenbrand auszulösen. Wie nachhaltig das „deutsche Problem“ letztlich im Bewusstsein der Westeuropäer verankert war, lässt sich noch 45 Jahre nach dem Scheitern der EVG an den britischen und französischen Sorgen über die deutsche Wiedervereinigung nachvollziehen. Es wäre ein lohnenswertes Unterfangen, dieses Fortwirkens des „deutschen Problems“ infolge seiner nicht-europäischen Lösung in den Integrationsdebatten nach 1954 zu untersuchen, insbesondere im Hinblick auf Kontinuität, Ausdifferenzierung oder Wandel des bis dahin wirkungsmächtigen Deutschlandbilds.⁴

² BARIETY: Die deutsche Frage, S. 191f.; DELMAS: Naissance et développement, S. 267; SOUTOU: France, S. 511.

³ BANGE: A German finger on the trigger, S. 278.

⁴ Erste Ansätze hierzu finden sich bei GEHLER: Deutsch-französische Union.

Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für christlich-demokratische Politik
ACE	Archives du Conseil de l'Europe
AHK	Alliierte Hohe Kommission
ANLux	Archives Nationales de Luxembourg
CDU	Christlich Demokratische Union
CE-AC	Conseil de l'Europe-Assemblée Consultative
CFEU	Conseil Française de l'Europe Unie
CoE	Congress of Europe
CSU	Christlich-Soziale Union
DEI	Dokumentation der Europäischen Integration
DHIE	Documents on the History of European Integration
DPS	Demokratische Partei Saar
DZP	Deutsche Zentrumspartei
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPU	Europäische Parlamentarier Union
EU	Europäische Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZU	Europäische Zahlungsunion
FDP	Freiheitlich Demokratische Partei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
HAEU	Historical Archives of the European Union
IRB	Internationale Ruhrbehörde
KVP	Katholieke Volkspartij
KZ	Konzentrationslager

LECE	Ligue Européenne de Coopération Economique
ME	Mouvement Européen
MRP	Mouvement Républicain Populaire
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NEI	Nouvelles Equipes Internationale
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
OFME	Organisation Française du Mouvement Européen
PCF	Parti Communiste Français
SD	Sicherheitsdienst
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
TPeC	Transnationale Parteienkooperation europäischer Christdemokraten
UEF	Union Européenne des Fédéralistes
UEM	United Europe Movement
UFF	Union Française des Fédéralistes
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
VdS	Verband deutscher Soldaten
WEU	Western European Union

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalische Quellenbestände

ACDP (Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin)

09-002 – Nouvelles Equipes Internationales

- 002 (Comité exécutif: Protokolle, 1948–1952)
- 003 (Comité directeur: Protokolle, 1953–1959)
- 005/1 (Comité exécutif: Sitzungsunterlagen, 1947–1951)
- 011/1 (Erster Kongress in Chaudefontaine, 31.05.1947)
- 011/2 (Zweiter Kongress in Luxemburg, 29.01.–01.02.1948)
- 011/3 (Dritter Kongress in Den Haag, 17.–19.09.1948)
- 011/4 (Vierter Kongress in Sorrent, 12.–14. April 1950)
- 012 (Fünfter Kongress in Bad Ems, 14.–16.09.1951)
- 015 (Achter Kongress in Brügge, 10.–12.09.1954)
- 034 (Kulturausschuss: Korrespondenz, 1949–1951)
- 035/1 (Kulturausschuss: Studienunterlagen, 1949–1954)
- 045/1 (ME: Zweite Wirtschaftskonferenz von Westminster, 29.01.–01.02.1954)
- 049/5 (ME: Konferenz in Hamburg, 21.–23.09.1951)
- 055/3 (Korrespondenz mit einzelnen Equipes: Frankreich, 1948–1965)
- 059/2 (Periodika: Les cahiers des N.E.I., 1949–1950)
- 100/2 (Allgemeine Korrespondenz, 1948–1964)
- 100/4 (Korrespondenz, 1950)

ACE (Archives du Conseil de l'Europe, Straßburg)

- Box 24/17 (Preparatory Conference, 1949)
- Box 25/18/1 (Preparatory Conference, Working Papers, 1949)
- Box 26/19 (Conference of Ministers of Foreign Affairs, 1949)
- Box 577/769/030/1 (Relations with Germany)
- Box 594/904/030/1 (Relations with Saar)

ANLux (Archives Nationales de Luxembourg, Luxemburg)

UEO-BTO – Brussels Treaty Organization

- 004 (Sixth meeting of the consultative council held in Luxembourg, 17.–18.06.1949)
- 007 (Ninth meeting of the consultative council held in The Hague, 01.08.1950)
- 013 (Records of the sessions of the consultative council, 1948–1949)
- 018 (Consultative council – communiqués, 1948–1949)
- 019 (Seconde session du conseil consultative tenue à La Haye, 19.–20.07.1948)
- 021 (Quatrième session du conseil consultatif tenue à Londres, 27.–28.01.1949)
- 027 (Permanent commission, 1st to 46th meeting, 1948)
- 028 (Permanent commission, 47th to 71st meeting, 1949)
- 032 (Permanent commission, 161th to 182nd meeting, 1953–1955)
- 042 (Second meeting of the Ministers of Defence held in Brussels, 14.01.1949)
- 122 (Establishment of the Council of Europe, 1948–1950)

HAEU (Historical Archives of the European Union, Florenz)

ME – Mouvement Européen

- 79 (Résolutions finales des Congrès du ME, 1949–1957)
- 107 (Session inaugurale du Conseil international à Bruxelles, 25.–28.02.1949)
- 264 (Session constitutive du Bureau exécutif international à Bruxelles, 24.–25.10.1948)
- 331 (Réunion du Comité Exécutif, 11.–12.09.1948)
- 333 (Réunion du Comité Exécutif à Paris, 17.–19.07.1948)
- 334 (Réunion du Bureau Exécutif à Paris, 18.08.1948)
- 547 (Préparation de la session inaugurale du Conseil international à Bruxelles, 1948–1949)
- 608 (Rapports, Conférence à Hambourg, 21.–23.09.1951)
- 613 (Correspondance avec Eugen Kogon, 1948–1952)
- 644 (Correspondance préparatoire, Conférence à Hambourg, 21.–23.09.1951)
- 882 (Réunion de la Commission permanente tenue à Bruxelles, 22.03.1952)
- 943 (Comptes-rendus du 2ème Congrès de La Haye, 08.–10.10.1953)
- 952 (Rapports du 2ème Congrès de La Haye, 08.–10.10.1953)
- 1067 (Discussions, Conférence économique tenue à Westminster, 20.–25.04.1949, vol. 1)
- 1182 (Préparation du Congrès de l'Europe à La Haye, 07.–10.05.1948)
- 1256 (Communauté européenne de défense, documents diverses)

OFME – Organisation Française du Mouvement Européen

69 (Communauté européenne de défense, campagne de soutien, 1952–1954)

UEF – Union Européenne des Fédéralistes

1–27 (Correspondance 1947–1953)

88 (Circulaires d'information du Secrétariat général, 1947–1948)

90 (Présentations de l'UEF 1949–1971)

91 (Formation et débuts de l'UEF, 1946–1949)

95 (Campagne pour le Pacte fédéral, 1949–1950)

97 (Communauté européenne de défense, 1951–1954)

100 (2ème congrès: Rome, 07.–11.11.1948)

101 (3ème congrès: Strasbourg 17.–19.11.1950)

102 (4ème congrès: Aix-la-Chapelle, 29.–31.03.1952)

128 (Réunions du Comité central 1947–1951)

129 (Réunions du Comité central 1952–1954)

135 (Réunions du Bureau exécutif, 1950–1954)

141 (Relations avec l'Europa-Union, politique sur la question allemande etc., 1947–1956)

233 (Activités de publication, documentation etc., 1948–1959)

245 (Bulletin de l'U.E.F., 1948)

246 (Bulletin de l'U.E.F., 1949)

Edierte Quellen

CE-AC	Conseil de l'Europe-Assemblée Consultative. Compte Rendu des Débats. Première Session 1949–Sixième Session 1954, Strasbourg 1949–1954.
CoE	Congress of Europe. The Hague, 7–11 May 1948, hg. vom Council of Europe, Strasbourg 1999.
DEI	Dokumentation der Europäischen Integration mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses EWG–EFTA. Von der Züricher Rede Winston Churchills 1946 bis zur Bewerbung Großbritanniens um Mitgliedschaft bei der EWG 1961, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1961.
DHEI	Documents on the History of European Integration, hg. von Walter Lipgens, 4 Bd., Berlin u.a. 1985–1991.

- EFW Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation, gesammelt und eingeleitet von Walter Lipgens, München 1968.
- TPeC Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965, hg. von Michael Gehler und Wolfram Kaiser, München 2004.

Gedruckte Quellen und Literatur

- AGAMBEN, Giorgio: Se un impero latino prendesse forma nel cuore d'Europa, in: *La Repubblica*, 15.03.2013.
- ALBRECHT-CARRIÉ, René: Europe and the German Problem, in: *Orbis*, 10 (1967), S. 1031–1045.
- AMÉRY, Jean: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten [1966], in: Ders.: *Werke*, Bd. 2, hg. von Gerhard Scheit. Stuttgart 2002, S. 7–177.
- ARENDT, Hannah: Das »Deutsche Problem«. Die Restauration des alten Europa [1945], in: Dies.: *Zur Zeit. Politische Essays*, hg. von Marie Luise Knott, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Hamburg 1999, S. 23–41.
- VON ARETIN, Karl O. Freiherr/BARIÉTY, Jacques/MÖLLER, Horst (Hg.): *Das deutsche Problem in der neueren Geschichte*, München 1997.
- ASBEEK BRUSSE, Wendy: Liberalising Intra-European Trade, in: GRIFFITHS (Hg.): *Explorations*, S. 123–137.
- ASSMANN, Aleida: Von kollektiver Gewalt zu gemeinsamer Zukunft: Vier Modelle für den Umgang mit traumatischer Vergangenheit, in: Kerstin von Lingen (Hg.): *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*, Paderborn u. a. 2009, S. 42–51.
- ATTLEE, Clement: Der Friede, den wir erstreben [1939], in: *Die Britische Arbeiterpartei über Krieg, Frieden, Neues Europa*, eingeleitet und übersetzt von Julius Braunthal, London, o.J., S. 98–113.
- BALL, George W.: 'The German Problem', in: *The New York Times*, 29.03.1982.
- BANGE, Oliver: »A German finger on the trigger«. Die Furcht vor den bundesdeutschen Nuklearaspirationen, der Nichtverbreitungsvertrag und der Aufbruch in die Ära der Entspannung, in: GREINER/MÜLLER/WALTER (Hg.): *Angst im Kalten Krieg*, S. 278–307.
- BARIÉTY, Jacques: Die deutsche Frage aus französischer Sicht, 1945–1955, in: LOTH (Hg.): *Die deutsche Frage*, S. 172–194.
- BAUERKÄMPER, Arnd: *Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945*, Paderborn u.a. 2012.

- BECKER, Winfried: Die Entwicklung der politischen Parteien im Saarland 1945 bis 1955 nach französischen Quellen, in: HUDEMANN/POIDEVIN (Hg.): Die Saar, S. 253–296.
- Die Nouvelles Equipes Internationales und der Föderalismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 15 (2008), S. 81–102.
- BELOT, Robert: Henri Frenay. De la Résistance à l'Europe, Paris 2003.
- BENZ, Wolfgang: Kurt Schumachers Europakonzeption, in: HERBST/BÜHRER/SOWADE (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG, S. 47–61.
- BÉTHOUART, Général [Marie Emile Antoine]: La peur du risque et la Communauté Européenne de Défense, Paris 1954.
- Réflexions sur la Communauté Européenne de Défense, in: Revue de Défense Nationale, 16 (1953), S. 131–141.
- BITSCH, Marie-Thérèse: Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours, aktualisierte Neuauflage, Bruxelles 2004.
- La triple option de Paris. Pour une Europe supranationale et sectorielle autour d'un noyau franco-allemand, in: Dies.: La construction européenne. Enjeux politiques et choix institutionnels, Bruxelles 2007, S. 77–95.
- Le rôle de la France dans la naissance du Conseil de l'Europe, in: POIDEVIN (Hg.): Histoire des débuts, S. 165–198.
- BITSCH, Marie-Thérèse (Hg.): Jalons pour une Histoire du Conseil de l'Europe, Berne 1997.
- BLESSING, Ralph: Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923–1929, München 2008.
- BLOCH, Jacqueline/BLOCH, Roger: L'Europe déchirée. Le problème allemand, Paris 1988.
- BLUM, Léon: Blick auf die Menschheit, Zürich 1947.
- BOCK, Hans Manfred: Wechselseitige Wahrnehmung als Problem der deutsch-französischen Beziehungen, in: Frankreich-Jahrbuch, 8 (1995), S. 35–56.
- Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949 bis 1955, in: Francia, 15 (1987), S. 579–658.
- BÖSCH, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1965, Stuttgart/München 2001.
- Die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Einbindung in die CDU, in: Rainer Schulze/Reinhard Rohde/Rainer Voss (Hg.): Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945–2000, Osnabrück 2001, S. 107–125.
- BÖSCH, Frank/BRILL, Ariane/GREINER, Florian (Hg.): Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie, Göttingen 2012.

- BOEKESTIJN, Arend Jan: The Incantation of a Trojan Horse, the Dutch Government and the Benelux Agreements, in: DUMOULIN (Hg.): *Plans des temps de guerre*, S. 127–151.
- BOISSIER, Pierre/FRENAY, Henri: Afin que justice soit faite. (Les crimes de guerre), in: *Monde Nouveau – Paru*, 8 (1952), Nr. 62, S. 8–44.
- BOSMANS, Jac: Das Ringen um Europa. Die Christdemokraten der Niederlande und Deutschlands in den ‚Nouvelles Equipes Internationales‘ (1947–1965), in: DERS. (Hg.): *Europagedanke*, S. 123–148.
- BOSMANS, Jac (Hg.): *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*, Münster/Hamburg 1996.
- BOSSUAT, Gérard: *Faire l’Europe sans défaire la France. 60 ans de politique d’unité européenne des gouvernements et des présidents de la République française (1943–2003)*, Bruxelles 2005.
- *La France et la construction de l’unité européenne. De 1919 à nos jours*, Paris 2012.
- BOTHE, Michael: Remedies of Victims of War Crimes and Crimes against Humanities: Some Critical Remarks on the ICJ’s Judgement on the Jurisdictional Immunity of States, in: Anne Peters/Evelyne Lagrange/Stefan Oeter/Christian Tomuschat (Hg.): *Immunities in the Age of Global Constitutionalism*, Leiden 2015, S. 99–115.
- BRANDT, Peter: Die Befreiungskriege von 1813 bis 1815 in der deutschen Geschichte, in: Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 17–57.
- BRANDT, Willy: Das deutsche Problem [1944], in: Ders.: *Berliner Ausgabe*, hg. von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler, Bd. 2: *Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947*, Bonn 2000, S. 115–153.
- BRILL, Ariane: *Abgrenzung und Hoffnung. »Europa« in der deutschen, britischen und amerikanischen Presse, 1945–1980*, Göttingen 2014.
- BROCHHAGEN, Ulrich: *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994.
- BRÜLL, Christoph: *Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich (1944–1958)*, Essen 2009.
- BRUGMANS, Henri: *A travers le siècle*, Bruxelles 1993.
- *L’Allemagne et le fédéralisme européen [1946]*, in: DERS.: *Vingt ans d’Europe*, S. 17–30.
- *L’idée européenne 1920–1970*, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bruges 1970.
- *L’Union Européenne des Fédéralistes se réunit à Amsterdam [1947]*, in: DERS.: *Vingt ans d’Europe*, S. 31–35.
- *Skizze eines europäischen Zusammenlebens*, Frankfurt am Main 1953.

- Vingt ans d'Europe. Témoignages 1946–1966, Bruges 1966.
- BURGESS, Michael: Politischer Katholizismus, europäische Einigung und der Aufstieg der Christdemokratie, in: GRESCHAT/LOTH (Hg.): Die Christen, S. 125–137.
- CALLEO, David: The German Problem reconsidered. Germany and the World Order, 1870 to the Present, Cambridge 1978.
- CAMUS, Albert: Der Mensch in der Revolte [1951], 24. Auflage, Reinbek bei Hamburg 2001.
- CENTRE D'ÉTUDES DE POLITIQUE ÉTRANGÈRE: Contribution à l'étude du problème allemand, in: Politique étrangère, 12 (1947), S. 597–598.
- CESARANI, David: A New Look at some Old Memoirs: Early Narratives of Nazi Persecution and Genocide, in: Suzanne Bardgett u.a. (Hg.): Justice, Politics and Memory in Europa after the Second World War (Landscapes after Battle, Bd. 2), London/Portland, OR 2011, S. 121–168.
- CHURCHILL, Winston S.: His Complete Speeches 1897–1963, Bd. VII: 1943–1949, hg. von Robert Rhodes James, New York/London 1974.
- CLEMENS, Gabriele: Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997.
- „Eine neue Ordnung für Europa“. Die Herausbildung transnationaler Netzwerke zur Einigung Europas in den 1920er Jahren, in: Prague Papers on the History of International Relations 2009, S. 587–594.
- L'Image de l'Europe dans le Court-Métrage des Années 1950, in: Marie-Thérèse Bitsch/Wilfried Loth/Charles Barthel (Hg.): Cultures Politiques, Opinions Publiques et Intégration Européenne, Bruxelles 2007, S. 431–447.
- »Von der Venus von Milo bis zu Jean Monnet« – Narrative der europäischen Integration, in: Dies. (Hg.): Werben für Europa. Die mediale Konstruktion europäischer Identität durch Europafilme, Paderborn 2016, S. 401–438.
- CLEMENS, Gabriele/REINFELDT, Alexander/WILLE, Gerhard: Geschichte der europäischen Integration. Ein Lehrbuch, Paderborn 2008.
- CLESSE, Armand: Le projet de C.E.D. du Plan Peven au « crime » du 30 août. Histoire d'un malentendu européen, Baden-Baden 1989.
- COHEN, Antonin: De la révolution nationale à l'Europe fédérale. Les métamorphoses de la troisième voie aux origines du mouvement fédéraliste français: La Fédération (1943–1948), in: Le Mouvement Social, 217 (2006), S. 53–72.
- CONNOR, Ian: Refugees and expelled in post-war Germany, Manchester/New York 2007.
- CONZE, Vanessa: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.
- Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Zürich 2004.

- CORNELISSEN, Christoph: »Vergangenheitsbewältigung« – ein deutscher Sonderweg?, in: Katrin Hammerstein/Ulrich Mähler/Julia Trappe/Edgar Wolfrum (Hg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, Göttingen 2009, S. 21–36.
- COTILLON, Jérôme: *Ce qu'il reste de Vichy*, Paris 2003.
- COWANS, Jon: Visions of the Postwar. The Politics of Memory and Expectation in 1940s France, in: *History & Memory*, 10 (1998), Nr. 2, S. 68–101.
- D'AURIA, Matthew: The Ventotente Manifesto: the Crisis of the Nation State and the Political Identity of Europe, in: SPIERING/WINTLE (Hg.): *European Identity and the Second World War*, S. 141–158.
- DEÁK, István: *Europe on Trial. The Story of Collaboration, Resistance and Retribution during World War II*, Boulder 2015.
- DEFrance, Corinne: Edmond Vermeil et la commission de rééducation du peuple allemand, 1945–1946, in: *Revue d'Allemagne*, 28 (1996), S. 207–221.
- DEFrance, Corinne/PFEIL, Ulrich: *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963*, Darmstadt 2011.
- Verständigung und Versöhnung. Eine Herausforderung für Deutschland nach 1945, in: Dies. (Hg.): *Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland in Europa nach 1945*, Bruxelles 2016, S. 13–53.
- DELMAS, Jan: Naissance et développement d'une politique nucléaire militaire en France (1945–1956), in: MAIER/WIGGERSHAUS (Hg.): *Das Nordatlantische Bündnis*, S. 263–272.
- DEPKAT, Volker: Erfahrungsgeschichtliche Wege nach Europa, in: Ders./Piero S. Graglia (Hg.): *Entscheidung für Europa. Erfahrung, Zeitgeist und politische Herausforderung am Beginn der europäischen Integration*, Berlin/New York 2010, S. 3–10.
- DEVLEESHOUE, Robert: *Henri Rolin 1891–1973. Une voie singulière, une voix solitaire*, Bruxelles 1994.
- DICKHAUS, Monika: "It is only the Provisional that lasts": The European Payments Union, in: GRIFFITHS (Hg.): *Explorations*, S. 183–200.
- DIEHL, James M.: *The Thanks of the Fatherland. German Veterans after the Second World War*, Chapel Hill/London 1993.
- DINER, Dan: *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München 1999.
- Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichten, München 2003.
- Restitution and Memory – The Holocaust in European Political Cultures, in: *New German Critique*, 90 (2003), S. 36–44.
- Rückkehr der deutschen Frage, in: *Die Welt*, 05.03.2016.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: *Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871*, 3. erweiterte Auflage, München 2010.

- DORFEY, Beate: Die Benelux-Länder und die Internationale Ruhrbehörde. Kontrolle oder europäische Integration?, Essen 1999.
- DUCHÊNE, François: Jean Monnet. The First Statesman of Interdependence, New York/London 1994.
- DÜLFFER, Jost: Europa – aber wo liegt es? Zur Zeitgeschichte des Kontinents, in: Archiv für Sozialgeschichte, 44 (2004), S. 524–564.
- Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991, München 2010.
 - Europäische Zeitgeschichte – Narrative und historiographische Perspektiven, in: Zeithistorische Forschungen, 1 (2004), S. 51–71.
- DUJARDIN, Vincent: La Belgique face à la création de la RFA (1948–1949), in: DUMOULIN/ELVERT/SCHIRMANN (Hg.): Ces chers voisins, S. 29–44.
- DUMOULIN, Michel: Les paradoxes de la politique belge en matière de Communauté Politique Européenne (septembre 1952–juin 1954), in: TRAUSCH (Hg.): Die Europäische Integration, S. 349–363.
- Spaak, 2. durchgesehene Auflage, Bruxelles 1999.
- DUMOULIN, Michel (Hg.): Plan des Temps de Guerre pour l'Europe d'Après-Guerre (1940–1947), Bruxelles u.a. 1995.
- DUMOULIN, Michel/DUTRIEUE, Anne-Myriam: La Ligue Européenne de Coopération Economique (1946–1981). Un groupe d'étude et de pression dans la construction européenne, Berne 1993.
- DUMOULIN, Michel/ELVERT, Jürgen/SCHIRMANN, Sylvain (Hg.): Ces chers voisins. L'Allemagne, la Belgique et la France en Europe du XIX^e au XXI^e siècles, Stuttgart 2010.
- DUPEUX, Louis: Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985.
- DURANTI, Marco: "A Blessed Act of Oblivion". Human Rights, European Unity and Postwar Reconciliation, in: Birgit Schwellung (Hg.): Reconciliation, Civil Society, and the Politics of Memory. Transnational Initiatives in the 20th and 21st Century, Bielefeld 2012, S. 115–139.
- DUXBURY, Neil: Lord Kilmuir: A Vignette, Oxford/Portland, OR 2015.
- EARL, Hilary: Prosecuting genocide before the Genocide Convention: Raphael Lemkin and the Nuremberg Trials, 1945–1949, in: Journal of Genocide Research, 15 (2013), S. 317–337.
- ECHTERNKAMP, Jörg: Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770–1840), Frankfurt am Main/New York 1998.
- ECHTERNKAMP, Jörg/MARTENS, Stefan: Der Weltkrieg als Wegmarke? Die Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für eine europäische Zeitgeschichte, in: DIES. (Hg.): Der Zweite Weltkrieg, S. 1–33.

- ECHTERNKAMP, Jörg/MARTENS, Stefan: (Hg.): Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung, Paderborn u.a. 2007.
- ECKEL, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014.
- ENDERS, Ulrich: Der Konflikt um den Beitritt der Bundesrepublik und des Saarlandes zum Europarat, in: HERBST/BÜHRER/SOWADE (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG, S. 19–46.
- ENGELBEL, Marie-Anne: La Belgique et les débuts du Conseil de l'Europe, in: BITSCH (Hg.): Jalons pour une Histoire, S. 53–75.
- EPSTEIN, Simon: Un paradoxe française. Antiracistes dans la Collaboration, antisémites dans la Résistance, Paris 2008.
- EUROPA-UNION DEUTSCHLAND: Beiträge zum Thema: Soldaten in Europa. Esslingen, Oktober 1952–Rhöndorf, März 1953.
- EVANS, Richard: A new Vision of Germany, in: The New York Review of Books, 63 (2016), Nr. 1, S. 43–45.
- FINK, Carole: Defender of Minorities: Germany in the League of Nations, 1926–1933, in: Central European History, 5 (1972), S. 330–357.
- Minority Rights as an International Question, in: Contemporary European History, 9 (2000), S. 385–400.
- FISCHER, Per: Das Saarstatut des Europarats. Vorstoß in europäisches integrationspolitisches Neuland, in: HUDEMANN/POIDEVIN (Hg.): Die Saar, S. 115–126.
- FLEURY, Antoine/JÍLEK, Lubor (Hg.): Le Plan Briand d'Union fédérale européenne. Perspectives nationales et transnationales, avec documents, Bern u.a. 1998.
- FOSCHEPOTH, Josef: Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten 1945–1948, in: DERS. (Hg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage, S. 175–197.
- Westintegration statt Wiedervereinigung: Adenauers Deutschlandpolitik 1949–1955, in: Ders. (Hg.): Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 29–60.
- FOSCHEPOTH, Josef (Hg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen/Zürich 1985.
- FORLENZA, Rosario: Sacrificial Memory and Political Legitimacy in Postwar Italy, in: History & Memory, 24 (2012), Nr. 2, S. 73–116.
- FRANÇOIS, Etienne: Edmond Michelet et la réconciliation franco-allemand, in: Nicole Lemaitre (Hg.): Edmond Michelet, un chrétien en politique, Paris 2011, S. 191–203.
- Europäische *lieux de mémoire*, in: Cornelia Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006, S. 290–303.
- FRANÇOIS, Etienne/SCHULTZE, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bd., vierte Auflage, München 2002.

- FRANÇOIS-PONCET, André: Von Versailles bis Potsdam. Frankreich und das deutsche Problem der Gegenwart 1919–1945, Mainz 1949.
- FRANK, Robert: Mentalitäten, Vorstellungen und internationale Beziehungen, in: LOTH/OSTERHAMMEL (Hg.): Internationale Geschichte, S. 159–185.
- Mentalités, opinion, représentations, imaginaires et relations internationales, in: Ders. (Hg.): Pour l'histoire des relations internationales, Paris 2012, S. 345–370.
- FRANK, Robert/LAFFÉACH, François-Xavier: André Philip et l'Europe, in: Christian Chevandier/Gilles Morin (Hg.): André Philip, socialiste, patriote, chrétien, Paris 2005, S. 405–418.
- FREI, Norbert: Nach der Tat. Die Ahndung deutscher Kriegs- und NS-Verbrechen in Europa – eine Bilanz, in: DERS. (Hg.): Transnationale Vergangenheitspolitik, S. 7–36.
- Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2. Auflage, München 2003.
- FREI, Norbert (Hg.): Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006.
- FRENAY, Henri: Les relations franco-allemandes, in: Bulletin européen, 1 (1950), Nr. 3, S. 3.
- FREVERT, Ute: Europeanizing Germany's Twentieth Century, in: History & Memory, 17 (2005), Nr. 1–2, S. 87–116.
- FRIEDEL, Mathias: Die Bundestagswahl 1953, in: Nikolaus Jacob (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912–2005, Wiesbaden 2007, S. 112–136.
- FRITSCH-BOURNAZEL, Renata: Mourir pour Berlin? Die Wandlungen der französischen Ost- und Deutschlandpolitik während der Blockade 1948/49, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 35 (1987), S. 171–192.
- FROHN, Axel: Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 44 (1996), S. 485–525.
- FURSDON, Edward: The European Defence Community: A History, New York 1980.
- GALLUS, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschlands zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001.
- GARTON ASH, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993.
- GEHLER, Michael: Deutsch-französische Union oder Achse Berlin – Moskau – Peking? Richard Coudenhove-Kalergi, Fritz Erler, Ernst Friedlaender und die deutsche Frage 1955/56, in: Mareike König/Matthias Schulz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag, Stuttgart 2004, S. 527–556.

- Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945 – 1955, Innsbruck 2015.
- GEHLER, Michael/KAISER, Wolfram: Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten: Nouvelles Equipes Internationales und Genfer Kreis, in: TPcC, S. 29–79.
- GEISS, Immanuel: Die deutsche Frage 1806–1990, Mannheim u.a. 1992.
- GÉRARD-LIBOIS, Jules/LEWIN, Rosine: La Belgique entre dans la guerre froide et l'Europe (1947–1953), Bruxelles 1992.
- VON GERSDORFF, Gero: Die Gründung der Nordatlantischen Allianz, München 2009.
- GERWARTH, Robert/MALINOWSKI, Stephan: Europeanization through Violence? War Experiences and the Making of Modern Europe, in: Martin Conway/Kiran Klaus Patel (Hg.): Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches, Basingstoke 2010, S. 189–209.
- GEYER, Michael: Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 267–318.
- “There is a Land where Everything is Pure: Its Name is Land of Death”. Some Observations on Catastrophic Nationalism, in: Greg Eghigian/Matthew Paul Berg (Hg.): Sacrifice and National Belonging in Twentieth-Century Germany, Arlington 2002, S. 118–147.
- GILBERT, Martin: ‘Never Despair’. Winston S. Churchill, Bd. VIII: 1945–1965, London 1988.
- GILLINGHAM, John: Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and the French from Ruhr Conflict to Economic Community, Cambridge 1991.
- Die französische Ruhrpolitik und die Anfänge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 35 (1987), S. 1–24.
- European Integration, 1950–2003. Superstate or New Market Economy? Cambridge 2003.
- The German Problem and European Integration, in: Desmond Dinan (Hg.): Origins and Evolution of the European Union, 2. Auflage, Oxford 2014, S. 60–88.
- GISCH, Heribert: Die europäischen Christdemokraten (NEI), in: LOTH (Hg.): Die Anfänge, S. 227–236.
- GOSSEL, Daniel: Briten, Deutsche und Europa. Die Deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945–1962, Stuttgart 1999.
- GREILSAMMER, Alain: Les Mouvements Fédéralistes en France de 1945 à 1974, Nice 1975.
- GREINER, Bernd: Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995.
- GREINER, Bernd/MÜLLER, Christian Th./WALTER, Dierk (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009.

- GREINER, Christian: Zur Rolle Kontinentaleuropas in den militärstrategischen und operativen Planungen der NATO von 1949 bis 1958, in: MAIER/WIGGERSHAUS (Hg.): Das Nordatlantische Bündnis, S. 147–175.
- GREINER, Florian: Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945, Göttingen 2014.
- GRESCHAT, Martin/LOTH, Wilfried (Hg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart u.a. 1994.
- GRIFFITHS, Richard T. (Hg.): Explorations in OEEC History, Paris 1997.
- GROSSMANN, Kurt Richard: Peace and the German Problem, New York 1943.
- GRÜNER, Stefan: Paul Reynaud (1878–1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich, München 2001.
- GRUNER, Wolf D.: Der Platz Deutschlands in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Sicht Jean Monnets (1940–1952), in: Andreas Wilkens (Hg.): Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 31–71.
- Deutschlandproblem und europäische Einigung zwischen der Jaltakonferenz und dem Marshallplan 1945–1947, in: DUMOULIN (Hg.): Plans des temps de guerre, S. 589–615.
 - Die deutsche Frage in Europa 1800–1990, München 1993.
 - Die europäische Integration und die Lösung der deutschen Frage: Probleme und Aspekte, in: Ders.: Deutschland mitten in Europa. Aspekte und Perspektiven der deutschen Frage in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1992, S. 333–384.
 - L’image de l’autre: Das Deutschlandbild als zentrales Element der europäischen Dimension der deutschen Frage in Geschichte und Gegenwart, in: TRAUTMANN (Hg.): Die häßlichen Deutschen, S. 29–59.
- GRUNERT, Robert: Der Europagedanke westeuropäischer faschistischer Bewegungen 1940–1945, Paderborn u.a. 2012.
- GUIEU, Jean-Michel/LE DRÉAU, Christophe (Hg.): Le «Congrès de l’Europe» à la Haye (1948–2008), Bruxelles 2009.
- GUILLEN, Pierre: Le Conseil de l’Europe et la « construction culturelle » de l’Europe, de sa création à la fin des années soixante, in: BITSCH (Hg.): Jalons pour une Histoire, S. 325–337.
- L’Italie et le problème allemand, 1945–1955, in: Relations internationales, 51 (1987), S. 269–287.
- HACKER, Jens/MAMPEL, Siegfried (Hg.): Europäische Integration und deutsche Frage, Berlin 1989.
- HARRYVAN, Anjo/van der Harst, Jan/Mans, Guy M. V./Kersten, Albert E.: Dutch Attitudes towards European military, political and economic integration (1950–1954), in: TRAUSCH (Hg.): Die Europäische Integration, S. 321–347.

- VAN HEERIKHUIZEN, Annemarie: Pioniers van een verenigd Europa, Diss., Univ. Amsterdam 1998.
- HEIDELBERGER-LEONARD, Irene: Jean Améry. Revolte in der Resignation, Stuttgart 2004.
- HEINEN, Armin: Saarljahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945–1955, Stuttgart 1996.
- HELLMAN, John: The Communitarian Third Way. Alexandre Marc's Ordre Nouveau, 1930–2000, Montreal u.a. 2002.
- HENIG, Stanely: The uniting of Europe. From discord to concord, London/New York 1997.
- HENRICH-FRANKE, Christian (Hg.): Die „Schaffung“ Europas in der Zwischenkriegszeit: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstruktionen eines vereinten Europas, Münster 2014.
- HERBST, Ludolf/BÜHRER, Werner/SOWADE, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990.
- HERF, Jeffrey: The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge/London 2006.
- Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.
- HEYDE, Veronika: De l'esprit de la Résistance jusqu'à l'idée de l'Europe. Projets européens et américains pour l'Europe de l'après-guerre (1940–1950), Bruxelles 2010.
- HICK, Alan: Die Union Europäischer Föderalisten (UEF), in: LOTH (Hg.): Die Anfänge, S. 189–196.
- The European Movement and the Campaign for a European Assembly 1947–1950, Diss., EUI Florenz 1981.
- HILDEBRAND, Klaus/POMMERIN, Reiner (Hg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln 1985.
- HILLGRUBER, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1986. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, 6., überarbeitete Auflage, Stuttgart u.a. 1987.
- HITCHCOCK, William I.: France Restored. Cold War Diplomacy and the Quest for Leadership in Europa, 1944–1954, Chapel Hill/London 1998.
- HOLLSTEIN, Jürgen: Zur Geschichte christlich-demokratischer Zusammenarbeit in Europa: Die „Nouvelles Equipes Internationales“ (NEI), in: Libertas, 3–4 (1989), S. 82–117.
- HORN, Eva: Die apokalyptische Fiktion. Weltende und Zukunftsmodellierung im Kalten Krieg, in: Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hg.): Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte, Essen 2014, S. 43–61.
- HUDEMANN, Rainer/KAELBLE, Hartmut/SCHWABE, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewusstsein und Institutionen (Historische Zeitschrift–Beihefte, Neue Folge, Bd. 21), München 1995.

- HUDEMANN, Rainer/POIDEVIN, Raymond (Hg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1995.
- HÜSER, Dietmar: Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944–1950: Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen, in: MARTENS (Hg.): Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«, S. 19–64.
- Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996.
- INGRAM, Norman: La Ligue des droits de l'homme et le problème allemand, in: Revue d'histoire diplomatique, 124 (2010), S. 119–131.
- JARAUSCH, Konrad H.: Contemporary History as Transatlantic Project: Autobiographical Reflections on the German Problem 1960–2010, in: Historical Social Research, Supplement, 24 (2012), S. 7–49.
- Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.
- JEISMANN, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918, Stuttgart 1992.
- JERVIS, Robert: Perception and Misperception in International Politics, Princeton 1976.
- JESSUP, Philipp C.: The Berlin Blockade and the Use of the United Nations, in: Foreign Affairs, 50 (1971), S. 163–173.
- JOKUSCH, Laura: *Khurban Forshung* – Jewish Historical Commissions in Europe, 1943–1949, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts, 7 (2006), S. 441–473.
- JUDT, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 2009.
- The Past is Another Country. Myth and Memory in Postwar Europe, in: István Deák/Jan T. Gross/Tony Judt (Hg.): The Politics of Retribution in Europe. World War II and its Aftermath, Princeton 2000, S. 293–323.
- KAELBLE, Hartmut: Europäisches Selbstverständnis und gesellschaftliche Entwicklung im 20. Jahrhundert, in: Ders./Martin Kirsch (Hg.): Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2008, S. 421–447.
- KAISER, Wolfram: Begegnungen christdemokratischer Politiker in der Nachkriegszeit, in: GRESCHAT/LOTH (Hg.): Die Christen, S. 139–157.
- Deutschland exkulpiert und Europa aufbauen. Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten in den Nouvelles Equipes Internationales 1947–1965, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 695–719.
 - From Isolation to Centrality: Contemporary History meets European Studies, in: Ders./Antonio Varsori (Hg.): European Union History. Themes and Debates, Basingstoke 2010, S. 45–65.

- „Überzeugter Katholik und CDU-Wähler“: Zur Historiographie der Integrationsgeschichte am Beispiel Walter Lipgens, in: *Journal of European Integration History*, 8 (2002), Nr. 2, S. 119–128.
- KAPLAN, Jacob J./SCHLEIMINGER, Günther: *The European Payments Union. Financial Diplomacy in the 1950s*, Oxford/New York 1989.
- KENNAN, George F.: *Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925–1950*, 3. Auflage, Stuttgart 1968.
- KERSTEN, Albert E.: Die Niederlande und die Westintegration der Bundesrepublik. Wirtschaft, Sicherheit und politische Kontrolle, in: HERBST/BÜHRER/SOWADE (Hg.): *Vom Marshallplan zur EWG*, S. 119–138.
- Niederländische Regierung, Bewaffnung Westdeutschlands und EVG, in: VOLKMANN/SCHWENGLER (Hg.): *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*, S. 191–219.
- KESSEL, Martina: »L'empêcheur de la danse en ronde«: Französische Deutschlandpolitik 1945–1947, in: MARTENS (Hg.): *Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«*, S. 65–85.
- KESTELOOT, Chantal: Die Stellung des Krieges in den nationalen Gesellschaften: Belgien, Luxemburg und die Niederlande, in: ECHTERNKAMP/MARTENS (Hg.): *Der Zweite Weltkrieg*, S. 45–63.
- KETTENACKER, Lothar: Preußen-Deutschland als britisches Feindbild im Zweiten Weltkrieg, in: Bernd Jürgen Wendt (Hg.): *Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bochum 1984, S. 145–168.
- KIM, Seung-Ryeol: *Der Fehlschlag des ersten Versuchs zu einer politischen Integration Westeuropas von 1951 bis 1954*, Frankfurt am Main 2000.
- KIPP, Yvonne: *Eden, Adenauer und die deutsche Frage. Britische Deutschlandpolitik im internationalen Spannungsfeld 1951–1957*, Paderborn 2002.
- KIPPING, Matthias: *Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952*, Berlin 1996.
- KLATT, Martin: Wiedervereinigung oder Minderheit 1945–1955, in: Lars N. Henningsen (Hg.): *Zwischen Grenzkonflikt und Grenzfrieden. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein in Geschichte und Gegenwart*, Flensburg 2011, S. 143–206.
- KLOTZBACH, Kurt: Die deutsche Sozialdemokratie und der Schuman-Plan, in: SCHWABE (Hg.): *Die Anfänge des Schuman-Plans*, S. 333–344.
- KOENEN, Gerd: *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*, München 2005.
- KÖNIG, Mareike: *Deutschlandperzeption und Europadebatte in Le Monde und Le Figaro 1950–1954*, Opladen 2000.
- KOJÈVE, Alexandre: Das lateinische Reich. Skizze einer Doktrin der französischen Politik (27. August 1945), in: *Tumult*, 15 (1991), S. 92–122.

- KOSELLECK, Reinhart: ›Erfahrungsraum‹ und ›Erwartungshorizont‹ – zwei historische Kategorien, in: Ders.: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1989, S. 349–375.
- Erinnerungsschleusen und Erfahrungsschichten. Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein, in: Ders.: *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt am Main 2000, S. 265–284.
- KRIEGER, Wolfgang: Gründung und Entwicklung des Brüsseler Paktes 1948–1950, in: WIGGERSHAUS/FOERSTER (Hg.): *Die westliche Sicherheitsgemeinschaft*, S. 191–207.
- KRÜGER, Dieter: *Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/58*, München 2003.
- KRUMEICH, Gerd: *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914*, Wiesbaden 1980.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen: *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000.
- Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: SCHWABE (Hg.): *Die Anfänge des Schuman-Plans*, S. 73–102.
- Zwischen Vormarsch und Schlaganfall. Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Haltung der Bundesrepublik Deutschland (1951–1954), in: TRAUSCH (Hg.): *Die Europäische Integration*, S. 259–293.
- LACHAISE, Bernard: *La délégation française au Congrès de La Haye*, in: GUIEU/LE DRÉAU (Hg.): *Le «Congrès de l'Europe»*, S. 151–167.
- LADEMACHER, Horst: Der ungleiche Nachbar. Das Bild der Deutschen in den Niederlanden, in: TRAUTMANN (Hg.): *Die häßlichen Deutschen*, S. 181–193.
- LAFFÉACH, Jean-François: *An Avant-garde for Europe. The Young European Federalists and the Emergence of a European Conscience, 1948–1972*, in: Morten Rasmussen/Ann-Christina L. Knudsen (Hg.): *The Road to a United Europe. Interpretations of the Process of European Integration*, Brussels 2009, S. 39–51.
- LAFON, François: *Guy Mollet. Itinéraire d'un socialiste controversé (1905–1975)*, Paris 2006.
- LAGROU, Pieter: Eine Frage der moralischen Überlegenheit? Die Ahndung deutscher Kriegsverbrechen in Belgien, in: FREI (Hg.): *Transnationale Vergangenheitspolitik*, S. 326–350.
- European Integration and the Legacy of the Second World War. The Invention of a European Tradition as a Means of Overcoming the German Problem, 1945–1965, in: Barrie Axford/Daniela Berghahn/Nick Hewlett (Hg.): *Unity and Diversity in the New Europe*, Bern u.a. 2000, S. 79–95.

- La Résistance et les conceptions de l'Europe, 1945–1965. Le monde associatif international d'anciens résistants et victimes de la persécution devant la Guerre froide, le problème allemand et l'intégration européenne, in: Antoine Fleury/Robert Frank (Hg.): *Le rôle des guerres dans la mémoire des Européens: leur effet sur la conscience d'être européen*, Berne 1997, S. 137–181.
 - Return to a Vanished World: European Societies and the Remnants of their Jewish Communities, 1945–1947, in: David Bankier (Hg.): *The Jews are Coming Back. The Return of the Jews to their Countries of Origin after WWII*, Jerusalem 2005, S. 1–24.
 - The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965, Cambridge 2000.
- LAMMERS, Karl Christian: Living Next Door to Germany: Denmark und the German Problem, in: *Contemporary European History*, 15 (2006), S. 453–472.
- LAPPENKÜPER, Ulrich: Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 42 (1994), S. 403–445.
- ŁAPTOS, Józef: Visionen des gemeinsamen Europas. Die ostmitteleuropäische Emigration zu Beginn des Kalten Krieges, in: José M. Faraldo/Paulina Gulińska-Jurgiel/Christian Domnitz (Hg.): *Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse (1945–1991)*, Köln/Weimar/ Wien 2008, S. 317–339.
- LARGE, David Clay: *Germans to the Front. West German Rearmament in the Adenauer Era*, Chapel Hill/London 1996.
- LATTE, Gabriele: *Die französische Europapolitik im Spiegel der Parlamentsdebatten (1950–1965)*, Berlin 1979.
- LAUFER, Jochen: Stalins Friedensziele und die Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1953, in: Jürgen Zarusky (Hg.): *Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung*, München 2006, S. 131–157.
- LEFEBVRE, Denis: Les socialistes français et le Congrès de La Haye, in: GUIEU/LE DRÉAU (Hg.): *Le «Congrès de l'Europe»*, S. 103–108.
- LEFFLER, Melvyn P.: *The Struggle for Germany and the Origins of the Cold War* (German Historical Institute Occasional Paper, Nr. 16), Washington, D.C. 1996.
- LEMKE, Michael: Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): *Krisen im Kalten Krieg*, Hamburg 2008, S. 204–243.
- LENHARD, Philipp: *Volk oder Religion? Die Entstehung moderner jüdischer Ethnizität in Frankreich und Deutschland 1782–1848*, Göttingen 2014.
- LEONHARD, Jörn: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750–1914*, München 2008.

- LEUGERS-SCHERZBERG, August H.: Von den Stalin-Noten bis zum Deutschlandplan: Die deutsche Sozialdemokratie und der Neutralismus in den 1950er Jahren, in: Dominik Geppert/Udo Wengst (Hg.): Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschlands und die Welt 1945–1990, München 2005, S. 45–58.
- LEUVREY, Bruno: La Sarre et le Conseil de l'Europe 1949–1954, in: HUDEMANN/POIDEVIN (Hg.): Die Saar, S. 97–114.
- LEWKOWICZ, Nicolas: The German Question and the International Order, 1943–48, Basingstoke 2010.
- LINDNER, Stephan H.: Das Urteil im I.G.-Farben-Prozess, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 405–433.
- VON LINGEN, Kerstin: Kesselrings letzte Schlacht. Kriegsverbrecherprozesse, Vergangenheitspolitik und Wiederbewaffnung: Der Fall Kesselring, Paderborn u.a. 2004.
- LINSEL, Knut: Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969, Sigmaringen 1998.
- LIPGENS, Walter: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. Erster Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977.
- Die Bedeutung des EVG-Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung, in: VOLKMANN/SCHWENGLER (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 9–30.
 - EVG und politische Föderation. Protokolle der Konferenz der Außenminister der an den Verhandlungen über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Länder am 11. Dezember 1951. Dokumentation, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 32 (1984), S. 637–688.
- LÖHNIG, Martin: Wechselwirkungen zwischen internationalen Vereinbarungen zum Patentrecht und deutschem Patentrecht zwischen 1870 und 1980, in: OTTO/KLIPPEL (Hg.): Geschichte des deutschen Patentrechts, S. 71–87.
- LOTH, Wilfried: André Philip und das Projekt eines sozialistischen Europas, in: GRECHAT/LOTH (Hg.): Die Christen, S. 189–202.
- Angst und Vertrauensbildung, in: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hg.): Dimensionen Internationaler Geschichte, München 2012, S. 29–46.
 - Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration, in: ders./Wolfgang Wessels (Hg.): Theorien europäischer Integration, Opladen 2001, S. 87–106.
 - Charles de Gaulle, Stuttgart 2015.
 - De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: Historische Zeitschrift, 253 (1991), S. 629–660.
 - Der Abschied vom Europarat. Europapolitische Entscheidungen im Kontext des Schuman-Plans, in: SCHWABE (Hg.): Die Anfänge des Schuman-Plans, S. 183–195.

- Der Prozess der europäischen Integration. Antriebskräfte, Entscheidungen und Perspektiven, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte, 1 (2000), S. 17–30.
 - Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, 3., durchgesehene Auflage, Göttingen 1996.
 - Die deutsche Frage als europäisches Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32 (1982), Nr. 51–52, S. 3–13.
 - Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: HUDEMANN/KAELBLE/SCHWABE (Hg.): Europa im Blick der Historiker, S. 191–201.
 - Die Historiker und die deutsche Frage. Ein Rückblick nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Historisches Jahrbuch, 112 (1992), S. 366–382.
 - Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, erweiterte Neuauflage, München 2000.
 - Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt am Main/New York 2014.
 - Integrating Paradigms. Walter Lipgens and Alan Milward as Pioneers of European Integration History, in: Fernando Guirao/Frances M. B. Lynch/Sigfrido M. Ramírez Pérez (Hg.): Alan Milward and a Century of European Change, New York/London 2012, S. 255–267.
 - Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.
- LOTH, Wilfried (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950, Bonn 1990.
- Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994.
- LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000.
- LOTTE, Günther: Europäische Erinnerung und europäische Erinnerungsorte?, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte, 3 (2002), S. 81–92.
- MAELSTAF, Geneviève: Que faire l'Allemagne? Les responsables français, le statut international de l'Allemagne et le problème de l'unité allemande (1945–1955), Paris 1999.
- MAIER, Charles S.: Die drei Dimensionen der Westintegration, in: Ludolf Herbst (Hg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 247–252.
- MAIER, Klaus A./WIGGERSHAUS, Norbert (Hg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956, München 1993.
- MALLINSON, William: From Neutrality to Commitment. Dutch Foreign Policy, NATO and European Integration, London/New York 2010.
- MANIG, Bert-Oliver: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2004.

- MARMETSCHKE, Katja: Feindbeobachtung und Verständigung. Der Germanist Edmond Vermeil (1878–1964) in den deutsch-französischen Beziehungen, Köln/Weimar/Wien 2008.
- MARTENS, Stefan (Hg.): Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993.
- MARX, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857/58], in: Marx-Engels-Werke, Bd. 42, Berlin (Ost) 1983, S. 19–875.
- MASTNY, Vojtech: Die NATO im sowjetischen Denken und Handeln 1949 bis 1956, in: Norbert Wiggershaus/Dieter Krüger (Hg.): Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946 bis 1956, München 2003, S. 381–471.
- MAYEUR, Jean-Marie: Une mémoire-frontière: l’Alsace, in: Pierre Nora (Hg.): Les lieux de mémoire, Bd. 2/2: La Nation. Le territoire, l’état, le patrimoine, Paris 1986, S. 63–95.
- MAZOWER, Mark: Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 2009.
- MCALLISTER, James: No Exit. America and the German Problem, 1943–1954, Ithaca 2002.
- MEIER-DÖRNBERG, Wilhelm: Politische und militärische Faktoren bei der Planung des deutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der EVG, in: VOLKMANN/SCHWENGLER (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, S. 271–290.
- MEYER-LANDRUT, Nikolaus: Frankreich und die deutsche Einheit. Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952, München 1988.
- MIARD-DELACROIX, Hélène: Question nationale allemande et nationalisme. Perceptions françaises d’une problématique allemande au début des années cinquante, Villeneuve d’Ascq 2004.
- MICHALKA, Wolfgang (Hg.): Die Deutsche Frage in der Weltpolitik, Stuttgart 1986.
- MILWARD, Alan S.: The Reconstruction of Western Europe 1945–51, Berkeley/Los Angeles 1984.
- MITCHELL, Maria: Materialism and Secularism. CDU Politicians and National Socialism, 1945–1949, in: Journal of Modern History, 67 (1995), S. 278–308.
- MOISEL, Claudia: Résistance und Repressalien. Die Kriegsverbrecherprozesse in der französischen Zone und in Frankreich, in: FREI (Hg.): Transnationale Vergangenheitspolitik, S. 247–282.
- MØLLER, John Christmas: The German Problem, London 1945.
- MONNET, Jean: Erinnerungen eines Europäers, München 1980.
- MORGENTHAU, Henry: Germany is our Problem, New York/London 1945.
- MÜLLER, Guido: Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund, München 2005.

- MÜLLER, Jan-Werner: On 'European Memory'. Some Conceptual and Normative Remarks, in: Malgorzata Pakier/Bo Stråth (Hg.): *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*, New York/Oxford 2010, S. 25–37.
- NEUMANN, Franz: *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenspartei*, Meisenheim am Glan 1968.
- NEW STATESMAN: *The German problem. From Bismarck to Merkel: Why Europe will always fear Berlin*, 15–21 March 2013.
- NIEDHART, Gottfried: Selektive Wahrnehmungsprozesse und politisches Handeln: internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: LOTH/OSTERHAMMEL (Hg.): *Internationale Geschichte*, S. 141–157.
- NIESS, Frank: *Die europäische Idee – aus dem Geist des Widerstands*, Frankfurt am Main 2001.
- NORWIG, Christina: *Die erste europäische Generation. Europakonstruktionen in der Europäischen Jugendkampagne 1951–1958*, Göttingen 2016.
- NOTTEN, Wolfgang: Die niederländischen und deutschen Sozialdemokraten als Gegner und Partner in der Europapolitik 1945–1955, in: BOSMANS (Hg.): *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik*, S. 148–172.
- OPPERMANN, Matthias: *Raymond Aron und Deutschland. Die Verteidigung der Freiheit und das Problem des Totalitarismus*, Ostfildern 2008.
- ORLUC, Katiana: A last Stronghold against Fascism and National Socialism? The Pan-European Debate over the Creation of a European Party in 1932, in: *Journal of European Integration History*, 8 (2002), Nr. 2, S. 23–43.
- OSTERHAMMEL, Jürgen: „The Great Work of Uplifting Mankind“. Zivilisierungsmission und Moderne, in: Boris Barth/Jürgen Osterhammel (Hg.): *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*, Konstanz 2005, S. 363–425.
- OTTO, Martin/KLIPPEL, Diethelm (Hg.): *Geschichte des deutschen Patentrechts*, Tübingen 2015.
- PAHLOW, Louis: Das Patent als Waffe im Wirtschaftskampf. Patentrecht und Kartellrecht in der Weimarer Republik, in: OTTO/KLIPPEL (Hg.): *Geschichte des deutschen Patentrechts*, S. 109–127.
- PALAYRET, Jean-Marie: De l'espoir à la désillusion: le mouvement européen et le Conseil de l'Europe (1949–1952), in: BITSCH (Hg.): *Jalons pour une Histoire*, S. 99–132.
- Eduquer les jeunes à l'union: La campagne européenne de la jeunesse 1951–1958, in: *Journal of European Integration History*, 1 (1995), Nr. 2, S. 47–60.
- PATEL, Kiran Klaus: Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung. Ein Forschungsbericht, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 50 (2010), S. 595–642.

- Foes to Friends? Germany's role in postwar European integration, in: Kurt Almqvist/Alexander Linklater (Hg.): *The Pursuit of Europe. Perspectives from the Engelsberg seminar 2012*, Stockholm 2013, S. 81–89.
 - In Search for a Transnational Historicization: National Socialism and Its Place in History, in: Konrad H. Jarausch/Thomas Lindenberger (Hg.): *Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories*, New York/Oxford 2007, S. 96–116.
- PAUL, Gerhard: Die Saarabstimmung 1935. Determinanten eines verhinderten Lernprozesses über den Faschismus an der Macht, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 26 (1985), S. 5 – 28.
- PAVKOVIĆ, Aleksandar: What is common European heritage? The debates in the first Consultative Assembly of the Council of Europe, 1949, in: *Journal of European Integration History*, 5 (1999), Nr. 2, S. 63–73.
- PEARCE, Edward: Denis Healey. A Life in our Times, London 2002.
- PETRIE, Jon: The secular word HOLOCAUST: scholarly myths, history, and 20th century meaning, in: *Journal of Genocide Research*, 2 (2000), S. 31–63.
- PFISTER, Eugen: Europa im Bild. Imaginationen Europas in Wochenschauen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich 1948–1959, Göttingen 2014.
- PIKART, Eberhard: Militärische Lage und Bedrohungsperzeptionen, in: WIGGERSHAUS/FOERSTER (Hg.): *Die westliche Sicherheitsgemeinschaft*, S. 227–238.
- PINDER, John: British Federalist Movements 1940–1947: From Movement to Stasis, in: DUMOULIN (Hg.): *Plan des Temps de Guerre*, S. 247–274.
- PISTONE, Sergio: The Union of European Federalists. From the Foundation to the Decision on direct Elections of the European Parliament (1946–1974), Milano 2008.
- POIDEVIN, Raymond: Der Faktor Europa in der Deutschland-Politik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949), in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 33 (1985), S. 406–419.
- Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 – aus einer Zwangslage geboren?, in: HERBST/BÜHRER/SOWADE (Hg.): *Vom Marshallplan zur EWG*, S. 257–262.
 - Frankreich, der Marshall-Plan und das deutsche Problem 1947–1948, in: Charles S. Maier/Günter Bischof (Hg.): *Deutschland und der Marshall-Plan*, Baden-Baden 1992, S. 371–400.
 - Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: VOLKMANN/SCHWENGLER (Hg.): *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*, S. 101–124.
 - La France devant le danger allemand (1944–1952), in: HILDEBRAND/POMMERIN (Hg.): *Deutsche Frage*, S. 253–267.
 - Robert Schuman, homme d'Etat 1886–1963, Paris 1986.

- POIDEVIN, Raymond (Hg.): *Histoire des débuts de la Construction Européenne* (Mars 1948–Mai 1950), Bruxelles 1986.
- RADISCH, Iris: *Camus. Das Ideal der Einfachheit. Eine Biographie*, 9. Auflage, Reinbek bei Hamburg 2013.
- DU RÉAU, Elisabeth: Jean Monnet, le Comité de coordination économique franco-britannique et le projet d'Union franco-britannique: les moyens de vaincre le nazisme (septembre 1939–juin 1940), in: Gérard Bossuat/Andreas Wilkens (Hg.): *Jean Monnet, l'Europe et les Chemins de la Paix*, Paris 1999, S. 77–96.
- REINFELDT, Alexander: Kontrolliertes Vertrauen. Die westdeutsche Wiederbewaffnung und das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Reinhild Kreis (Hg.): *Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/München/Boston 2015, S. 33–47.
- The Hague “Congress of Europe”: A Congress of Europeans? Elites, the Public and European Unification, in: GUIEU/LE DRÉAU (Hg.): *Le «Congrès de l'Europe»*, S. 287–298.
- REBATTET, François Xavier: *The „European Movement“ 1945–1953: a Study in National and International Non-Governmental Organisations working for European unity*, Diss., Univ. Oxford 1962.
- RÉVEILLARD, Christophe: *Les premières tentatives de construction d'une Europe fédérale. Des projets de la Résistance au traité de C.E.D. (1940–1954)*, Paris 2001.
- RHODES JAMES, Robert: *Robert Boothby. A Portrait of Churchill's Ally*, New York 1991.
- RITTER, Gerhard: *Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute* [1948], neubearbeitete Ausgabe, München 1962.
- RÖPKE, Wilhelm: *Die deutsche Frage*, dritte veränderte und erweiterte Ausgabe, Erlenbach-Zürich 1948.
- *Le problème allemand*, Lausanne 1945.
- ROGOSCH, Detlef: *Vorstellungen von Europa. Europabilder bei der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945–1957*, Hamburg 1996.
- ROMBECK-JASCHINSKI, Ursula: *Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2005.
- ROUCHE, Genviève: Le Quai d'Orsay face au problème de la souveraineté allemande. La conjonction des Accords de Bonn et de Paris des 26 et 27 mai 1952, in: *Revue d'histoire diplomatique*, 104 (1990), S. 37–55.
- ROUSSO, Henry: L'épuration en France. Une histoire inachevée, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 33 (1992), S. 78–105.
- RUGE-SCHATZ, Angelika: Grundprobleme der Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hg.): *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983, S. 91–110.
- SAFIRE, William: The German Problem, in: *The New York Times*, 08.01.1984.

- The German Problem, in: The New York Times, 02.01.1989.
- SAINT-OUEN, François: Les grandes figures de la construction européenne, Genève 1997.
- SCHEER, Monique: »Unter Deinen Schutz und Schirm fliehen wir«. Religiöse Ausdrucksformen in der Angstkultur des Kalten Kriegs, in: GREINER/MÜLLER/WALTER (Hg.): Angst im Kalten Krieg, S. 322–346.
- VON SCHENCK, Ernst: Europa vor der deutschen Frage. Briefe eines Schweizers nach Deutschland, Bern 1946.
- SCHIEDER, Theodor: Politisches Handeln aus historischem Bewußtsein, in: Historische Zeitschrift, 220 (1975), S. 4–25.
- SCHIMMELPFENNIG, Frank: Debatten zwischen den Staaten. Rhetorisches Handeln in internationalen Gemeinschaften, in: Rhetorik, 25 (2006), S. 83–97.
- SCHINZINGER, Francesca: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Schuman-Planes, in: SCHWABE (Hg.): Die Anfänge des Schuman-Plans, S. 143–159.
- SCHIRMANN, Sylvain: Des occupations à l'intégration européenne, in: DUMOULIN/ELVERT/SCHIRMANN (Hg.): Ces chers voisins, S. 155–168.
- Quelques éléments pour comprendre le ressentiment dans la relation franco-allemande au XXe siècle, in: Antoine Marès/Marie-Pierre Rey (Hg.): Mémoires et émotions. Au cœur de l'histoire des relations internationales, Paris 2014, S. 65–74.
- SCHLINKMANN, Thomas: Der Weg Deutschlands in den Europarat – Ein Exkurs, in: Uwe Holtz (Hg.): 50 Jahre Europarat, Baden-Baden 2000, S. 197–212.
- SCHMIDT-GERNING, Alexander: Gibt es eine „europäische Identität“? Konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang transnationaler Erfahrungsräume, kollektiver Identitäten und öffentlicher Diskurse in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Harmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.): Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 163–216.
- SCHMITT, Carl: Verfassungslehre [1928], 9. Auflage, Berlin 2003.
- SCHÜTZ, Mathias: Kein Vergessen. Die Europa-Föderalisten, der Verband deutscher Soldaten und die europäischen Veteranentreffen 1952/53, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 75 (2016), S. 388–414.
- SCHULTZ, Heiner: Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte [1979], in: Hans Joas/Peter Vogt (Hg.): Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhardt Kosellecks, Berlin 2011, S. 225–263.
- SCHULTZ, Helga: Mythos und Aufklärung. Frühformen des Nationalismus in Deutschland, in: Historische Zeitschrift, 263 (1996), S. 31–67.
- SCHULZE-FORBERG, Hagen: Before Integration: Human Rights and Post-War Europe, in: SPIERING/WINTLE (Hg.): European Identity and the Second World War, S. 37–54.
- SCHULZE WESSEL, Martin: Rapallo, in: FRANÇOIS/SCHULZE (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, S. 537–551.

- SCHUMACHER, Winfried: Konrad Adenauer und die Saar, in: HUDEMANN/POIDEVIN (Hg.): Die Saar, S. 49–74.
- SCHUMAN, Robert: French Policy towards Germany since the War (Stevenson Memorial Lecture No. 4. Delivered on 29 October 1953 at the Royal Institute of International Affairs), London 1954.
- Für Europa, Hamburg u.a. 1963.
- SCHWABE, Klaus (Hg.): Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, Baden-Baden 1988.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer und Europa, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), S. 471–523.
- Anmerkungen zu Adenauer, überarbeitete Ausgabe, München 2007.
- SCHWENGLER, Walter: Der doppelte Anspruch: Souveränität und Sicherheit. Zur Entwicklung des völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 4: Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit, München 1997, S. 187–566.
- SHIRER, William L.: Berliner Tagebuch. Das Ende 1944–1945 [1947], Berlin 1999.
- SIMMS, Brendan: Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute, München 2014.
- SNYDER, Timothy: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, 4., durchgesehene Auflage, München 2012.
- The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999, New Haven/London 2003.
- SOUTOU, Georges-Henri: France and the German Rearmament Problem 1945–1955, in: Rolf Ahmann/Adolf M. Birke/Michael Howard (Hg.): The Quest for Stability. Problems of West European Security 1918–1957, Oxford u.a. 1993, S. 487–512.
- Georges Bidault et la construction européenne 1944–1954, in: Revue d'histoire diplomatique, 105 (1991), S. 267–306.
- La France et les notes soviétiques de 1952 sur l'Allemagne, in: Revue d'Allemagne, 20 (1988), S. 261–273.
- SPAACK, Paul-Henri: Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969.
- SPÄTER, Jörg: Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902–1945, Göttingen 2003.
- SPAULDING, Robert Mark: Osthandel und Ostpolitik. German Foreign Trade Policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer, Providence/Oxford 1997.
- SPETH, Rudolf: Europäische Geschichtsbilder heute, in: Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 159–175.

- SPIERING, Menno/WINTLE, Michael (Hg.): *European Identity and the Second World War*, Basingstoke 2011.
- SPINELLI, Altiero: *European Union in the Resistance*, in: *Government and Opposition*, 2 (1967), S. 321–329.
- STEEGMANN, Robert: *Das Konzentrationslager Natzweiler-Struthof und seine Außenkommandos an Rhein und Neckar 1941–1945*, Berlin/Straßburg 2010.
- STEINBACH, Peter: *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.): *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2000, S. 32–44.
- STEINERT, Johannes-Dieter: *Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen*, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.): *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, München 1995, S. 557–579.
- *Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961*, Osnabrück 1995.
- STEININGER, Rolf/Weber, Jürgen/Bischof, Günter/Albrich, Thomas/Eisterer, Klaus (Hg.): *Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern*, München 1993.
- STENGERS, Jean: *Paul-Henri Spaak et le Traité de Bruxelles de 1948*, in: POIDEVIN (Hg.): *Histoire des débuts de la Construction Européenne*, S. 119–142.
- STERNHELL, Zeev: *Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bruxelles 2000.
- STERNHELL, Zeev/SZNAIDER, Mario/ASHERI, Maia: *Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini*, Hamburg 1999.
- STRÄTH, Bo/SANDKÜHLER, Thomas: *Europäische Integration. Grundlinien und Interpretationen*, in: Thomas Sandkühler (Hg.): *Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960*, S. 19–39.
- STRICKMANN, Martin: *L'Allemagne nouvelle contre l'Allemagne éternelle. Die französischen Intellektuellen und die deutsch-französische Verständigung 1944–1950. Diskurse, Initiativen, Biografien*, Frankfurt am Main u.a. 2004.
- SZANAJDA, Andrew: *The Allies and the German Problem, 1941–1949: From Cooperation to Alternative Settlement*, Basingstoke 2015.
- SZNAIDER, Natan: *Gedächtnisraum Europa. Die Visionen des europäischen Kosmopolitismus: eine jüdische Perspektive*, Bielefeld 2008.
- DE TAAR, Francis: *The French Radical Party. From Herriot to Mendès-France*, London 1961.
- TEITGEN, Pierre-Henri: *« Faites entre le témoin suivant ». 1940–1958 de la résistance à la V^e république*, Rennes 1988.

- THIEMEYER, Guido: Europäische Integration. Motive – Prozesse – Strukturen, Köln u.a. 2010.
- Supranationalität als Novum in der Geschichte der internationalen Politik der fünfziger Jahre, in: *Journal of European Integration History*, 4 (1998), Nr. 2, S. 5–21.
- TRACHTENBERG, Marc: *A Constructed Peace. The Making of a European Settlement*, Princeton 1999.
- TRAUSCH, Gilbert: Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität. Der Stellenwert des Schuman-Planes, in: HUDEMANN/KAELBLE/SCHWABE (Hg.): *Europa im Blick der Historiker*, S. 105–128.
- Luxemburg als Nachbar Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, in: Klaus Schwabe/Francesca Schinzingler (Hg.): *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert*, Teil 2: Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1994, S. 213–240.
- TRAUSCH, Gilbert (Hg.): *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, Baden-Baden u.a. 1993.
- TRAUTMANN, Günter (Hg.): *Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn*, Darmstadt 1991.
- TRUNK, Achim: *Europa, ein Ausweg. Politische Eliten und europäische Identität in den 1950er Jahren*, München 2007.
- UNION EUROPÉENNE DES FÉDÉRALISTES: *Die Stunde der europäischen Einigung*, o.O. 1952.
- Rapport du premier congrès annuel de l’U.E.F. 27–31 août 1947 – Montreux (Suisse).
- VAYSSIÈRE, Bertrand: L’Europe aux Européens: les tentatives fédéralistes de s’implanter à l’Est dans l’après-guerre, 1945–1947, in: Antoine Fleury/Lubor Jílek (Hg.): *Une Europe malgré tout, 1945–1990. Contacts et réseaux culturels, intellectuels et scientifiques entre Européens dans la guerre froide*, Bruxelles 2009, S. 205–222.
- VERGEZ-CHAIGNON, Bénédicte: *Histoire de l’épuration*, Paris 2010.
- Vers une Europe fédérale? Les espoirs et les actions fédéralistes au sortir de la Seconde Guerre mondiale, Bruxelles 2006.
- VERMEIL, Edmond: Les Alliés et la rééducation des allemands, in: *Politique étrangère*, 12 (1947), S. 599–622.
- VOLKMANN, Hans-Erich/SCHWENGLER, Walter (Hg.): *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985.
- WARNER, Geoffrey: Die britische Labour-Regierung und die Einheit Westeuropas 1949–1951, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 28 (1980), S. 310–330.
- WASSENBERG, Birte: *Histoire du Conseil de l’Europe (1949–2009)*, Bruxelles 2012.
- WEBER, Pierre-Frédéric: Edouard Daladier en Pologne (décembre 1953). Chronique des contacts officiels franco-polonais sur la question allemande et la CED, in: *Allemagne d’aujourd’hui*, 187 (2009), S. 62–80.

- Timor Teutonorum. Angst vor Deutschland seit 1945: eine europäische Emotion im Wandel, Paderborn 2015.
- WEHLER, Hans-Ulrich: Sozialimperialismus, in: Ders. (Hg.): Imperialismus, Köln/Berlin 1970, S. 83–96.
- WEIDENFELD, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976.
- WEHNER, Gerd: Die Westalliierten und das Grundgesetz 1948–1949. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, Freiburg im Breisgau 1994.
- WEILL, Georges: Le problème allemand: Comment l'expliquer, comment le résoudre, Alger 1944.
- WENKEL, Christian: Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie, München 2014.
- Inquiétudes parlementaires. La perception du problème allemand à travers les débats de la commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale, 1949–1955, in: Relations internationales, 129 (2007), S. 85–102.
- WETTIG, Gerhard: Die Lage in der Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik bei den Westverträgen von 1952, in: Heinz Timmermann (Hg.): Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 58–74.
- Die Stalin-Note. Historische Kontroverse im Spiegel der Quellen, Berlin 2015.
- Vorgeschichte und Gründung des Warschauer Paktes, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 64 (2005), S. 151–176.
- WIELENGA, Friso: Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945, Münster 2000.
- WIEVIORKA, Olivier: Divided Memory. French Recollections of World War II from the Liberation to the Present, Stanford 2012.
- WIGGERSHAUS, Norbert: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, München/Wien 1982, S. 325–402.
- Nordatlantische Bedrohungsperzeptionen im »Kalten Krieg« 1948–1956, in: MAIER/WIGGERSHAUS (Hg.): Das Nordatlantische Bündnis, S. 17–54.
- WIGGERSHAUS, Norbert/FOERSTER, Roland G. (Hg.): Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948–1950. Gemeinsame Probleme und gegensätzliche Nationalinteressen in der Gründungsphase der Nordatlantischen Allianz, Boppard am Rhein 1988.
- WILKE, Karsten: Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn u.a. 2011.

- WINKLER, Heinrich August: Adenauer und der deutsche Sonderweg, in: Anselm Doering-Manteuffel/Hans Peter Schwarz (Hg.): Adenauer und die deutsche Geschichte, Bonn 2001, S. 10–18.
- WOLGAST, Eike: Menschenrechte, in: Pim den Boer/Heinz Durchhardt/Georg Kreis/Wolfgang Schmale (Hg.): Europäische Erinnerungsorte, Bd. 1: Mythen und Grundbegriffe des europäischen Selbstverständnisses, München 2012, S. 165–176.
- WOYKE, Wichard: Erfolg durch Integration – Die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969, Bochum 1985.
- WUKETIS, Franz M.: Apokalyptische Rhetorik als politisches Druckmittel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62 (2012), Nr. 51–52, S. 11–16.
- WURM, Clemens: Early European Integration as a Research Field: Perspectives, Debates, Problems, in: Ders. (Hg.): Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration 1945–1960, Oxford/Washington 1995, S. 9–21.
- WYRWA, Ulrich: Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren, in: Historische Zeitschrift, 283 (2006), S. 103–122.
- ZAUNER, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994.
- ZEEMAN, Bert: Der Brüsseler Pakt und die Diskussion um einen westdeutschen Militärbeitrag, in: HERBST/BÜHRER/SOWADE (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG, S. 399–425.
- ZÉRAFFE-DRAY, Danièle: Le Mouvement Républicain Populaire et la construction d'Europe, in: TRAUSCH (Hg.): Die Europäische Integration, S. 231–239.
- ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Anita: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien 2004.

Kurzfassung

In den Jahren 1945 bis 1954, vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, bildeten sich in Westeuropa zahlreiche politische Zusammenhänge heraus, die auf eine Einigung des Kontinents auf kooperativer oder supranationaler Grundlage hinarbeiteten. Hierzu zählen die europäischen Einigungsverbände der *Union Européenne des Fédéralistes*, der christdemokratischen *Nouvelles Equipes Internationales* und der überparteilichen Dachorganisation der Europaverbände *Mouvement Européen*, die Kooperationsorgane des Verteidigungsbündnisses des Brüsseler Pakts und die Beratende Versammlung des Europarats. All diese Zusammenhänge beschäftigten sich intensiv mit einer besonderen Herausforderung europäischer Einigungspolitik: dem „deutschen Problem“. Auch wenn die Anfänge der europäischen Integration im ersten Nachkriegsjahrzehnt in zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten ausgiebig untersucht worden sind, hat dieses „deutsche Problem“ als Thema und Faktor der Einigungsdiskussion kaum eine nähere Betrachtung erfahren. Das lässt sich nicht zuletzt daran ablesen lässt, dass in der Forschung fast ausschließlich von der „deutschen Frage“ als Motiv der europäischen Integration die Rede ist, während die Zeitgenossen vom „deutschen Problem“ sprachen. Dieser semantische Unterschied spiegelt auch einen Bedeutungsunterschied wider: Die „deutsche Frage“ zielte auf die staatsförmige Gestalt der deutschen Nation ab und stellte sich vorrangig den Deutschen selbst, während das „deutsche Problem“ in erster Linie die Europäer und die Möglichkeit ihres friedlichen Zusammenlebens mit dem deutschen Nachbarn betraf. Aus zeitgenössischer Perspektive war das „deutsche Problem“ insofern ein drängendes europäisches Problem und bedurfte einer Lösung durch die europäische Einigung.

Anhand der genannten Verbände und Institutionen, deren Funktion in der ersten Phase der europäischen Integration vor allem darin zu sehen ist, dass sie Foren der Diskussion über die Möglichkeit, die Notwendigkeit und die Gestalt eines geeinten Europas darstellten, lässt sich die Bedeutung des „deutschen Problems“ als gemeineuropäische Herausforderung deutlich nachvollziehen. Denn der Beginn der Einigungsdiskussion in all diesen Foren stand mit dem „deutschen Problem“ in Zusammenhang. Die UEF bildeten mit ihrer Gründung im Jahr 1946 eine ständige Deutschlandkommission, die NEI veranstalteten Anfang 1948 eine Konferenz über „Le problème allemand“, und das ME wurde infolge des Haager Europakongresses vom Mai 1948 gegründet, auf dem die Debatten über die Zukunft Deutschlands in Europa breiten Raum einnahmen und ebenfalls zur Gründung einer Deutschlandkommission führten. Der Brüsseler Pakt hatte zum erklärten Ziel, eine erneut aggressive Politik Deutschlands zu unterbinden und widmete sich dieser Aufgabe nicht zuletzt durch seinen Beschluss der Gründung des Europarats, um dem wiederentstehenden westdeutschen Staat eine europäische Perspektive zu vermitteln. Der Europarat stand daher mit dem „deutschen Problem“ in einem konstitutiven Zusammenhang, und in jeder

Sitzungsperiode seiner Beratenden Versammlung trat dieser Zusammenhang auch in den Diskussionen zutage. Dabei wurde nicht, wie etwa in den Einigungsverbänden, das „deutsche Problem“ in speziellen Kommissionen oder als eigenes Thema behandelt, es affizierte vielmehr die grundsätzlichen Diskussionen über die Fort- und Zielsetzung europäischer Einigungspolitik. Die Erwägung einer ökonomischen Integration hatte das als überlegen erachtete deutsche Potential an Rohstoffen und industriellen Produktionskapazitäten zum zentralen Thema. Die Debatten über eine europäische Armee zielten auf die Verhinderung einer nationalen deutschen Armee. Die Überlegungen zur politischen Einigung des Kontinents kreisten um das Risiko eines angenommenen nationalistischen Rückfalls der Deutschen. Zudem beschäftigten sich die verschiedenen Foren der europäischen Einigungsdiskussion ausgiebig mit spezifisch deutschen Problemen wie Territorialdisputen, der deutschen Jugend oder den deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen. Aber auch diese Probleme wurden bloß als Ausprägungen des grundsätzlichen „deutschen Problems“, als Hinweise auf den wiedererwachenden Nationalismus, die Demokratieunfähigkeit oder die Reorientierung der Deutschen nach Osten, somit als europäische Probleme verstanden.

Aus Sicht der europäischen Einigungsdiskussion bestand das „deutsche Problem“ so lange, wie die deutschen Probleme nicht in eine europäische Lösungsstrategie eingebettet waren. Es bestand nicht einfach aufgrund der deutschen Teilung, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der jungen Bundesrepublik oder weil der ökonomische Aufschwung und die Sicherheit Westeuropas von einem deutschen Beitrag abhingen. All diese Aspekte spielten zweifelsohne eine Rolle, ihre Relevanz bestimmte sich jedoch aufgrund der erfahrungsbedingten Perzeption des „deutschen Problems“: Der Vorstellung, dass die Deutschen wieder in eine Position gelangen könnten, ihre Probleme eigenmächtig und unabhängig von ihren westeuropäischen Nachbarn anzugehen, durch eine konfrontative und aggressive, auf Dominanz zielende Politik. Dieses Verständnis einer Abhängigkeit Europas von Deutschland ließ das „deutsche Problem“ als ein europäisches Problem, die Zukunft Europas als untrennbar mit der Zukunft Deutschlands verbunden erscheinen. Die europäische Integration war insofern konzipiert als Einigung Europas sowohl mit als auch gegen Deutschland. Aus solch einem Verständnis, welches die verschiedenen Fraktionen der europäischen Einigungsdiskussion miteinander teilten, ergab sich hingegen keineswegs eine einheitliche Lösungsstrategie, wie insbesondere an den unversöhnlichen Positionen der EVG-Debatte deutlich wurde. Die angenommene, strukturelle Übermacht Deutschlands konnte gleichermaßen der Legitimation einer möglichst weitgehenden, supranationalen Integration dienen, wie sie solch eine Einigung als Auslieferung Europas an das übermächtige Deutschland diskreditieren konnte. Hierin lag das Dilemma der Anfänge europäischer Einigungspolitik.

Summary

During the period between 1945 and 1954, from the end of the Second World War until the failure of the European Defense Community, several political associations were formed in Western Europe working towards a unification of the continent on a cooperative or integrative basis. Among those associations were the unification movements *Union Européenne des Fédéralistes*, the Christian-Democratic *Nouvelles Equipes Internationales*, and the *Mouvement Européen* as a non-party umbrella organization of the unifications movements, the collaborative bodies of the defense alliance Brussels Treaty Organization and the Consultative Assembly of the Council of Europe. All of those associations dealt in great depth with one particular challenge of European unification: the “German problem”. Although the beginnings of European integration in the first post-war decade have been examined extensively in numerous historical studies, the “German problem” as a subject and parameter of the discussions on unification has rarely received a closer investigation. This can be taken not least from the fact that research is almost exclusively naming the “German question” as a motive for European integration, whereas contemporaries were talking about the “German problem.” This difference in semantics also reflects a difference in meaning: The “German question” pointed at the German nation-state and was raised mostly by the Germans themselves, while the “German problem” first and foremost concerned Europeans and the possibility of their peaceful cohabitation with the German neighbor. From the contemporary perspective, the “German problem” was a pestering European problem and required a solution by means of European unification.

On the basis of the abovementioned movements and institutions, whose role during the first phase of European integration can be understood primarily as constituting forums of discussion on the necessity, possibility and shape of a united Europe, the significance of the “German problem” as a European challenge can be clearly retraced. The origins of discussions on European unification were connected to the “German problem” in all of those forums. Right after their foundation, in 1946, the UEF formed a commission on Germany, in early 1948 the NEI organized a conference on “Le problème allemand”, and the ME was founded after the The Hague Congress of Europe from May 1948, during which the debates on the future of Germany were extensive and resulted in the establishment of another commission on Germany. The Brussels Treaty Organization had the declared goal of preventing a renewed German policy of aggression and consecrated its work to this end, not least through its decision to form the Council of Europe to deliver a European perspective for the reemerging West German state. The Council of Europe, therefore, had a

constitutive connection to the “German problem”, and during every of its Consultative Assembly’s yearly sessions this connection manifested itself in the debates. The “German problem” was not dealt with in specially assigned commissions or as a separate subject as it was in the unification movements, it rather affected the fundamental discussions on the development and goals of European unification policy. The contemplation of economic integration focused on a German potential of raw materials and manufacturing capacities, regarded as superior. The debates on a European army aimed at the prevention of a national German army. The deliberations on the political unification of the continent revolved around an assumed nationalist relapse of the Germans. Additionally, the different forums of discussion on European unification dealt with specific German problems like territorial disputes, the German youth or the German expellees and refugees. But, those problems were also understood as characteristics of the fundamental “German problem”, as hints of a reawakening nationalism, the democratic inabilities and the reorientation of the Germans towards the east, therefore as European problems.

From the perspective of the discussion on European unification, the “German problem” persisted as long as the German problems were not resolved within a European framework. It did not simply exist because of the division of Germany, because of the political, economic, and social challenges of the young Federal Republic, or because Western Europe’s economic recovery and its security depended upon a German contribution. Undoubtedly, all those aspects played a role, but their relevance was determined by the experience and perception of the “German problem”: The imagination that the Germans would once more gain a position to approach their problems arbitrarily and independently from their Western European neighbors, by means of a confrontational, aggressive policy aiming at dominance. This understanding of a European dependency from Germany let the “German problem” appear as a European problem, and the future of Europe as inextricably bound to the future of Germany. European integration therefore meant the unification of Europe with as well as against Germany. Such an understanding which was shared by the different factions of the discussion on European unification did not in any way result in a homogeneous strategy of resolve, as can clearly be shown by the irreconcilable positions during the debate on the EDC. The assumed, structural superiority of Germany could be utilized for legitimizing a supranational policy of integration as far-reaching as possibly, while it could likewise discredit such a policy of unification as a surrender of Europe to a superior Germany. This was the predicament of the beginnings of European unification.

Shout-outs

Dank gebührt an erster Stelle meiner Doktormutter Gabriele Clemens, die sich meinem Projektvorschlag annahm und die Dissertation mit ihrer Expertise, strategischen Ratschlägen und zahlreichen kurzfristigen Empfehlungsschreiben unterstützt hat. Wolf D. Gruner erklärte sich freundlicherweise bereit, das Zweitgutachten zu erstellen und Monica Rüthers, die Disputation mit abzunehmen.

Zudem sei Tilman Mayer gedankt, der das Projekt ebenfalls mit Interesse begleitet und gefördert hat. Der DAAD sowie engagierte Archivarinnen und Archivare in Florenz, Luxemburg, Straßburg und Sankt Augustin haben mir die Forschung erleichtert und zu der hilfreichen Illusion beigetragen, ich befände mich doch irgendwie im Urlaub (außer in Sankt Augustin, was objektiv unmöglich ist).

Die Hamburger haben von Beginn an dafür gesorgt, dass mir meine Besuche stets nicht nur ein akademischer, sondern auch ein persönlicher Gewinn waren: Propz an Andreas Bestfleisch, Anne Bruch, Wiebke Hohberger, Telse Rüter und Gerhard Wille. Peggy März ist sowieso die Beste.

Die Famillisch, Andrea, Hans Günter und Elisa Schütz, Kristina, Eddie, Falka und Zoe Zeiler, weiß zwar immer noch nicht so recht was ich hier eigentlich fabriziert habe, fand es aber trotzdem immer super. Gleiches gilt für Marion und Wolfgang Pützer und deren vorbehaltlose Unterstützung. Hugs & Kisses!

Die Münchner Philipp Lenhard, Sabine Nisslmüller, Sebastian Rojek, Hanna Schmidt und Anna Ullrich haben in ganz unterschiedlicher, jeweils unverzichtbarer Weise zum Vollzug der Promotion beigetragen. Für das Ergebnis und dessen etwaige Defizite können auch sie selbstverständlich nichts.

Lebenslauf

– entfällt aus datenschutzrechtlichen Gründen –